III-49 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XIV. GP

1976 -10- 13

Republik Österreich

Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes

Verwaltungsjahr 1975

Wien 1976

Österreichische Staatsdruckerei

Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes

Verwaltungsjahr 1975

Vorbemerkungen

I. Der Rechnungshof hat gemäß Art. 126 d Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 dem Nationalrat über seine Tätigkeit im vorangegangenen Jahr spätestens bis 15. Oktober jeden Jahres Bericht zu erstatten. Der hiemit vorgelegte Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes schließt unmittelbar an den Tätigkeitsbericht 1974 an, der am 13. Oktober 1975 unter Zl. 1033-Pr/75 (1 der Beilagen) dem Nationalrat übermittelt wurde. Der Nationalrat hat vom Tätigkeitsbericht 1974 am 7. Juli 1976 auf Antrag des Rechnungshofausschusses (298 der Beilagen) durch Beschluß Kenntnis genommen.

In den folgenden Bericht wurden die in der Zeit vom 1. September 1975 bis 31. August 1976 berichtsreif gewordenen Ergebnisse der vom Rechnungshof in den Verwaltungsbereichen des Bundes im Jahre 1975 durchgeführten Prüfungen aufgenommen. Den nach Verwaltungsbereichen geordneten Prüfungsergebnissen sind Nachträge zu früheren Berichten vorangestellt, wenn solche Ergänzungen notwendig erschienen. Die Ergebnisse jener Prüfungen im Jahre 1975, die am 31. August 1976 noch nicht berichtsreif vorlagen, werden allenfalls in einen Nachtrag zu diesem Tätigkeitsbericht, sonst aber in den nächstfolgenden Tätigkeitsbericht aufzunehmen sein.

II. Im Jahre 1975 wurde die Gebarung der Bundesländer Oberösterreich, Steiermark und Tirol, der Stadtgemeinde Amstetten, der Landeshauptstädte Graz (einschließlich der Stadtwerke) und Linz (nur Teilgebarung), der Oberösterreichischen Landes-Hypothekenbank, der Landes-Hypothekenbank Salzburg sowie der Oberösterreichischen Kraftwerke AG (OKA) geprüft. Die Ergebnisse dieser Prüfungen finden im vorliegenden Bericht keinen Niederschlag, da hierüber nur den zuständigen Landtagen zu berichten ist.

III. Neben seiner Prüfungstätigkeit hatte der Rechnungshof im Jahre 1975 den Bundesrechnungsabschluß 1974 zu verfassen, den er am 4. November 1975 dem Nationalrat vorlegte (III/1 der Beilagen), und gemäß § 1 des Rechnungshofgesetzes die Abweichungen der Gebarung des Bundes vom Bundesvoranschlag 1975 zu überwachen. Er wirkte im Rahmen seiner Zuständigkeit gemäß den §§ 6 und 10 des Rechnungshofgesetzes an der Ordnung des Rechnungswesens und an der Finanzschuldengebarung des Bundes mit.

IV. Der Rechnungshof gibt im vorliegenden Bericht dem Hohen Haus einen umfassenden Überblick über die Ergebnisse seiner Kontrolltätigkeit im Jahre 1975, mußte sich hiebei jedoch auf die Wiedergabe der ihm bedeutsam erscheinenden Feststellungen, Wahrnehmungen, Empfehlungen und Mängel beschränken.

V. Abgesehen von allgemein üblichen Abkürzungen wurden für die im Bericht häufig wiederkehrenden Wörter Bundesministerium (Bundesministerien), Bundeskanzleramt, Rechnungshof und Tätigkeitsbericht die Kurzbezeichnungen BM, BKA, RH und TB verwendet, soweit nicht der Zusammenhang die offene Schreibweise verlangte. Andere Kurzbezeichnungen sind in den einzelnen Absätzen gesondert angeführt.

Inhaltsübersicht

I. Abschnitt

Verwaltungsbereiche des Bundes und der Sozialversicherungsträger (ausgenommen Kapitalbeteiligungen)

Verwaltungsbereich des Bundeskanzleramtes

Absatz/Seite

Elektronische Datenverarbeitung 1/5

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Inneres

a) Nachträge zu Berichten aus den Vorjahren
Unterstützungsinstitut der Bundessicherheitswache Wien 2/5
Polizei- und Gendarmeriemassafonds 3/5
Bundespolizeidirektion Klagenfurt 4/6
Landesgendarmeriekommando für Niederösterreich 5/6
Landesgendarmeriekommando für Steiermark 6/7
Landesgendarmeriekommando für Burgenland 7/7

b) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1974
Bundesministerium für Inneres; Fahrzeugwesen 8/7

c) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1975
Dorotheum 9/8
Österreichisches Polizeikontingent auf Cypern 10/13

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst

a) Nachträge zu Berichten aus den Vorjahren
Höhere Technische Bundeslehranstalt Eisenstadt 11/14
Landesschulrat für Burgenland 12/14
Bundesministerium für Unterricht und Kunst 13/14

b) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1974
Österreichischer Bundestheaterverband . 14/14

c) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1975
Bundeserziehungsanstalt Saalfelden 15/14

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung

a) Nachtrag zu Berichten aus den Vorjahren
Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Graz 16/18

Absatz/Seite

b) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1975
Bundesstaatliche Studienbibliothek in Linz 17/18

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für soziale Verwaltung

a) Nachträge zum Tätigkeitsbericht 1974
Schülerausspeisung 18/24
Kurhaus Ferdinand Hanusch für Kriegsbeschädigte in Bad Hofgastein..... 19/24
Landesarbeitsamt Wien und Landesarbeitsamt Salzburg 20/25

b) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1975
Reservefonds nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz..... 21/25

Träger der Sozialversicherung

c) Überblick über die Entwicklung der Gebarung der österreichischen Sozialversicherungsträger 22/26

d) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1973
Salzburger Gebietskrankenkasse für Arbeiter und Angestellte 23/37

e) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1974
Niederösterreichische Gebietskrankenkasse für Arbeiter und Angestellte.... 24/39

f) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1975
Wiener Gebietskrankenkasse für Arbeiter und Angestellte 25/46
Betriebskrankenkasse des Werkes Donawitz der VÖEST-Alpine Montan Aktiengesellschaft 26/50

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz

a) Nachträge zu Berichten aus den Vorjahren
BM f. Gesundheit und Umweltschutz; Sachgebiet Umweltschutz 27/51
Bundesanstalten für veterinärmedizinische Untersuchungen in Linz und in Innsbruck 28/51

b) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1975
Bundesapotheken 29/52

c) Sonstige Wahrnehmungen
Vorbereitung einer Durchführungsverordnung zum § 59 a des Krankenanstaltengesetzes 30/59

Absatz/Seite

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Justiz

Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1974
Oberlandesgericht Linz 31/60
Landesgericht und Bezirksgericht Linz... 32/65

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung

a) Nachträge zu Berichten aus den Vorjahren
Heeres-Materialamt und nachgeordnete Dienststellen 33/68
3. Panzergrenadierbrigade und 7. Jägerbrigade 34/68
Gebarung des BM f. Landesverteidigung mit den Mitteln für Wohnbauvorhaben. 35/69

b) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1974
Armeekommando und nachgeordnete Dienststellen 36/70

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen

a) Nachtrag zum Tätigkeitsbericht 1974
Verwertungsstelle des Österreichischen Branntweinmonopols 37/82

b) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1975
Finanzlandesdirektion für Kärnten..... 38/83

c) Sonstige Wahrnehmungen auf dem Gebiete der Finanzverwaltung
1. Nachtrag zum Tätigkeitsbericht 1974
Veterinärbehördliche Grenzkontrolle durch die Zollämter 39/87
2. Ergebnisse aus dem Jahre 1975
Reform des Haushaltsrechtes..... 40/88
Mitwirkung an der Ordnung des Rechnungswesens 41/88
Ausführung der Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung (VRV) 42/88
Automatisierung der Berechnung und Auszahlung der Bundesmineralölsteuervergütungen 43/89
Zweckzuschuß des Bundes gemäß § 18 Abs. 1 Z. 7 des Finanzausgleichsgesetzes 1973 an Gemeinden zur Förderung von öffentlichen Personennahverkehrsunternehmen 44/90
Abgabenrückstände, Abgabenabschreibungen 45/90

d) Finanzschuld
Finanzschuld 1975..... 46/92

Absatz/Seite

e) Sonstige Wahrnehmungen auf dem Gebiete der Finanzschuld
Schuldscheindarlehen der Versicherungsanstalten 1974 ..... 47/100
Werbeaufwand für Investitionsanleihen . 48/101
Umrechnung eines Anleiheerlöses..... 49/103

f) Bundeshaftungen 50/104

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft

a) Nachträge zum Tätigkeitsbericht 1974
Burgenländische Landwirtschaftskammer; Bundesförderungsmittel für den Weinbau 51/104
BM f. Land- und Forstwirtschaft; Zinsenzuschüsse für die Agrarkredite.. 52/105
Viehverkehrsfonds..... 53/105
Weinwirtschaftsfonds 54/105
Landwirtschaftskammer für Oberösterreich; Zinsenzuschüsse für die Mechanisierung der Landwirtschaft..... 55/105
Landeshauptmann von Kärnten; Zinsenzuschüsse für die AIK-Aktion „Verbesserung der landwirtschaftlichen Wohn- und Wirtschaftsgebäude“..... 56/105

b) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1974
Überprüfung bestimmter Personalaufwendungen des BM f. Land- und Forstwirtschaft 57/106
Preisausgleichsgebarung des BM f. Land- und Forstwirtschaft (Kap. 62)..... 58/107
Gebarung mit den Bundeszuschüssen für die Treibstoffverbilligung bei der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in Steiermark 59/123

c) Sonstige Wahrnehmungen
Nachträge zum Tätigkeitsbericht 1974
Mehlpreisstützung 1974 ..... 60/125
Hochwasserschutzanlage Urfahr-Plesching 61/125

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Bauten und Technik

a) Nachträge zu Berichten aus den Vorjahren
Bundesgebäudeverwaltung II 62/126
Planung eines Amtssitzes Internationaler Organisationen 63/126
Verbesserung des Hochwasserschutzes Wien 64/127

Absatz/Seite

b) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1975

Bundesgebäudeverwaltung I; Justizanstalten 65/127

Tauern Autobahn Aktiengesellschaft 66/128

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

Telegraphenbauamt 6 ..... 67/128

Fernmeldetechnisches Zentralamt..... 68/132

Signalstreckenleitung Linz der ÖBB ... 69/139

Kraftwagenbetriebsleitung Graz der ÖBB. 70/144

Absatz/Seite

II. Abschnitt

Kapitalbeteiligungen des Bundes

Verwaltungsbereich des Bundeskanzleramtes

Überblick über die allgemeine Entwicklung der verstaatlichten Industrie..... 71/149

Wolfsegg-Traunthaler Kohlenwerks Aktiengesellschaft 72/157

III. Abschnitt

Internationale Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI). 73/167

Österreichischer Bundestheaterverband 74/167

Tätigkeitsbericht 1975

I. ABSCHNITT

Verwaltungsbereiche des Bundes und der Sozialversicherungsträger (ausgenommen Kapitalbeteiligungen)

Verwaltungsbereich des Bundeskanzleramtes

Elektronische Datenverarbeitung

1.1. Ende 1975 betrug die Zahl der im Prüfungsbereich des RH verwendeten Datenverarbeitungsanlagen 337. Verglichen mit der Ende 1974 festgestellten Zahl ergibt sich ein Zuwachs um 37 Anlagen. Auf den Prüfungsbereich der Gebarung des Bundes entfallen davon 217 Anlagen. Sie verteilen sich auf folgende Gebiete:

Verwaltung	74 Anlagen,
Betriebe	5 Anlagen,
Wirtschaftliche Unternehmungen	116 Anlagen,
Sonstige Rechtsträger	22 Anlagen.

In den Prüfungsbereichen Gebarung der Länder, Gemeindeverbände, Gemeinden und anderer durch Gesetz bestimmter Rechtsträger standen Ende 1975 120 Anlagen in Verwendung.

Von den am Ende des Berichtsjahres vorhandenen Anlagen zählten 149 zu den größeren und 188 zu den mittleren und kleineren Einrichtungen dieser Art.

1.2. Der RH war so wie in den Vorjahren auch im Jahre 1975 im Subkomitee und im Koordinationskomitee für den Einsatz von EDV-Anlagen in der Bundesverwaltung vertreten.

1.3. Bei der Behandlung des Projektes EDV-Plan, das eine Planung der EDV-Aktivitäten innerhalb der Ressorts der Bundesverwaltung vorsieht, erinnerte der Vertreter des RH an die vom RH im Jahre 1971 ausgesprochene Anregung, Umfang und Details dieses Planes festzulegen. Die Empfehlung des RH, die gesammelten Automatisierungspläne der Ressorts einem zu erstellenden EDV-Plan über die Verwendung der elektronischen Datenverarbeitung in der Bundesverwaltung zugrunde zu legen, wurde aufgegriffen.

1.4. Anläßlich der Behandlung des Projektes Wildbach- und Lawinenverbauung im Bereich des BM f. Land- und Forstwirtschaft empfahl der Vertreter des RH, sich entsprechend dem Schwerpunktprogramm des Koordinationskomitees für den Einsatz der EDVA in der Bundesverwaltung bei der Durchführung dieses Projektes des Bundesrechenzentrums zu bedienen. Ferner regte der Vertreter des RH an, dieses Vorhaben in einem Detailkonzept zu präzisieren.

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Inneres

a) Nachträge zu Berichten aus den Vorjahren

Unterstützungsinstitut der Bundessicherheitswache Wien

2.1. Der RH hat anläßlich der Gebarungsüberprüfung beim Unterstützungsinstitut der Bundessicherheitswache Wien im Jahre 1963 den Mangel einer gesetzlichen Grundlage für diese Einrichtung beanstandet und das BM f. Inneres ersucht, für den Ersatz der Kosten der bei der Verwaltung des Unterstützungsinstitutes verwendeten Sicherheitswachebeamten vorzusorgen (siehe zuletzt TB 1974 Abs. 3.).

2.2. Die dem Bund im Jahre 1975 durch die Verwendung von Sicherheitswachebeamten bei der Verwaltung des Unterstützungsinstitutes entstandenen Kosten beliefen sich auf 2,3 Mill. S, so daß sich die Gesamtkosten seit der Gebarungsüberprüfung auf 22,1 Mill. S erhöhten.

2.3. Das BM f. Inneres hat zwar den Standpunkt des RH grundsätzlich anerkannt, darüber hinaus aber zum Ausdruck gebracht, daß es außerstande sei, eine rechtliche Sanierung dieser Einrichtung herbeizuführen und den Ersatz der Personalkosten zu veranlassen.

2.4. Diese Situation besteht seit Jahren unverändert fort. Der Aufwand für die bei der Verwaltung des Unterstützungsinstitutes verwendeten Sicherheitswachebeamten wird von der Geschäftsführung dieser Institution in den jährlichen Rechnungsabschlüssen als Personalsubvention durch den Bund ausgewiesen.

Polizei- und Gendarmeriemassafonds

3.1. Der RH weist immer wieder, zuletzt im TB 1974 Abs. 4., darauf hin, daß für die derzeitige Form der Dienstkleiderbewirtschaftung bei der Bundespolizei und bei der Bundesgendarmerie die gesetzliche Grundlage fehlt. Darüber hinaus ist die Organisation der Dienstkleiderbewirtschaftung, derzufolge für jeden der vier Wachkörper des Bundes ein selbständiger Massafonds geführt wird, unzweckmäßig und unwirtschaftlich.

3.2. Aus den Rechnungsabschlüssen der beiden dem BM f. Inneres unterstellten Massafonds geht hervor, daß allein im Jahre 1975 an Massateilnehmer ohne gesetzliche Grundlage aus Massaguthaben ein Betrag von rund 3,5 Mill. S aus-

gezahlt wurde. Die Forderungen der Massateilnehmer an die Fonds betrugen Ende 1975 rund 22 Mill. S. Sie werden spätestens beim Ausscheiden aus dem Dienstverhältnis fällig.

3.3. Das für die Behandlung dieser Frage führend zuständige BKA teilte neuerlich mit, daß die Schwierigkeiten einer Lösung vor allem in den unterschiedlichen Verhältnissen bei den einzelnen Wachkörpern zu suchen seien. Eine Bereinigung würde außerdem eine beträchtliche finanzielle Belastung des Bundes bewirken, so daß die Verhandlungen noch geraume Zeit in Anspruch nehmen werden.

3.4. Eine Lösung wurde bisher nicht gefunden.

Bundespolizeidirektion Klagenfurt

4.1.1. Der RH regte im Hinblick auf die im Verhältnis zur Entlohnung geringe Monatsdienstleistung der Polizeiärzte an, für die Verwendung von Ärzten im polizeiärztlichen Dienst leistungsgerechtere Dienstverhältnisse anzustreben (siehe TB 1971 Abs. 14,1.).

4.1.2. Das BM f. Inneres hat sich zwar grundsätzlich der Ansicht des RH angeschlossen, jedoch darauf hingewiesen, daß die Dienstleistung der Polizeiärzte zum überwiegenden Teil in einer Rufbereitschaft bestehe. Würde diese Rufbereitschaft nicht in einem gewissen Umfang als Dienstzeit anerkannt und finanziell abgegolten, wäre es schwierig, die Einrichtung des polizeiärztlichen Dienstes beizubehalten.

4.1.3. Mit der Dienstpragmatik-Novelle 1972, BGBl. Nr. 213, wurde bestimmt, daß die Zeit einer Rufbereitschaft nur dann als Dienstzeit gilt, wenn ein Beamter innerhalb dieser Zeit zur Dienstleistung herangezogen wird. Der vom BM f. Inneres angestrebten Sonderregelung der Dienstzeit beim polizeiärztlichen Dienst wurde somit vom Gesetzgeber nicht Rechnung getragen.

4.1.4. Das BM f. Inneres teilte zuletzt im Jahre 1974 mit, daß die Untersuchungen über das Ausmaß der Dienstleistungen im polizeiärztlichen Dienst noch nicht abgeschlossen seien. Es sei bemüht, eine einheitliche Dienstzeitregelung zu schaffen. Entsprechende Verhandlungen, darunter auch mit dem BKA, seien in Aussicht genommen.

4.1.5. Ein Ergebnis dieser Bemühungen ist dem RH bisher nicht bekannt geworden.

4.2.1. Der RH regte ferner an, die Auszahlung von Vergütungen an Bedienstete des polizeiärztlichen Dienstes für die Gutachtertätigkeit im Rahmen der Untersuchung von Führerscheinwerbern mangels gesetzlicher Deckung einzustellen (siehe TB 1971 Abs. 14,2.).

4.2.2. Das BM f. Inneres teilte dazu mit, daß 36 Polizeiärzte gemäß Art. 137 B-VG beim Verfassungsgerichtshof eine Klage gegen den Bund und das Land Kärnten wegen Vergütung für die amtsärztliche Untersuchung von Führerscheinwerbern eingebracht hätten. Im Zuge dieses Verfahrens werde voraussichtlich auch der vom RH bestrittene Gebührenanspruch erörtert werden. Es sei daher zweckmäßig, die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes abzuwarten.

4.2.3. Der Verfassungsgerichtshof hat mit Erkenntnis vom 22. Oktober 1975, Zl. A 15/74 — 25, A 1/75—22, die betreffenden Klagebegehren abgewiesen. Der vom RH verneinte Gebührenanspruch war jedoch nicht Gegenstand des Verfahrens.

4.2.4. Das BM f. Inneres ist der Empfehlung des RH bisher nicht nachgekommen.

Landesgendarmeriekommando für Niederösterreich

5.1.1. Die Kanzleivorschrift für die österreichische Bundesgendarmerie sieht vor, daß bei allen Gendarmeriedienststellen ein Eingangsbuch zu führen ist, in das alle ein- und auslaufenden Dienststücke einzutragen sind. Die Handhabung dieser Vorschrift ist äußerst arbeits- und personalaufwendig. Aufgrund positiver Erfahrungen bei den Sicherheitsdirektionen und Bundespolizeibehörden empfahl der RH, für bestimmte Geschäftsfälle die protokollose Aktenverwaltung nach einem Aktenplansystem einzuführen (siehe TB 1972 Abs. 11,5.).

5.1.2. Nach längerem Schriftwechsel hat das BM f. Inneres eine Arbeitsgruppe mit der Aufgabe betraut, die Kanzleivorschrift für die österreichische Bundesgendarmerie zu überarbeiten und Vereinfachungen der Aktenverwaltung herbeizuführen.

5.1.3. Die Beratungen dieser Arbeitsgruppe sind noch nicht abgeschlossen.

5.2.1. Die von den Bundespolizeibehörden und Gendarmeriedienststellen angelegten Fingerabdruckblätter sind der Bundespolizeidirektion Wien zur zentralen Auswertung zuzuleiten. Im Bereich der Bundesgendarmerie wurden diese Fingerabdruckblätter vorerst der Kriminalabteilung des örtlich zuständigen Landesgendarmeriekommandos vorgelegt und dort vor der Weiterleitung an die Bundespolizeidirektion Wien einer Vorprüfung unterzogen.

5.2.2. Da die Fingerabdruckblätter von der Bundespolizeidirektion Wien in jedem Fall klassifiziert werden müssen, empfahl der RH im Interesse einer Verwaltungsvereinfachung die Auflassung dieser Vorprüfstellen (siehe TB 1972 Abs. 11,6.).

5.2.3. Mit Erlaß vom 16. Mai 1975, Zl. 5632/3-II/5/75, ist das BM f. Inneres dieser Empfehlung nachgekommen.

5.3.1. Der RH regte aus mehreren Gründen an, die Dienstvorschrift für die Verkehrsabteilung der Landesgendarmeriekommanden zu überarbeiten (siehe TB 1972 Abs. 11,9.).

5.3.2. Das BM f. Inneres teilte zuletzt mit, daß der Entwurf einer neuen Dienstvorschrift zur Begutachtung versendet worden sei. Ein Ergebnis ist dem RH bisher nicht bekannt geworden.

5.4.1. Wegen der unterschiedlichen Praxis in den einzelnen Bundesländern bei der Anordnung von Transportbegleitungen nach den Bestimmungen des Kraftfahrgesetzes empfahl der RH Verhandlungen über eine Beschränkung und Vereinheitlichung solcher die Verkehrsabteilungen der Landesgendarmeriekommanden erheblich belastenden Dienstleistungen (siehe TB 1972 Abs. 11,10.).

5.4.2. Das BM f. Inneres hat diese Empfehlung seinerzeit dem BM f. Handel, Gewerbe und Industrie zugeleitet. Entsprechende Anordnungen sind dem RH bisher nicht bekannt geworden.

Landesgendarmeriekommando für Steiermark

6.1. Im Zusammenhang mit der Überprüfung der Kantinengebarung beantragte der RH, den zur Zeit der Gebarungsüberprüfung festgestellten Überschuß von rund 100 000 S an den Bund abzuführen (siehe TB 1973 Abs. 13.11.).

6.2. Das BM f. Inneres teilte dazu mit, daß sich im Hinblick auf den nunmehr fertiggestellten Abschnitt des Neubaues des Amtsgebäudes für das Landesgendarmeriekommando die Notwendigkeit ergeben habe, auch die Kantinenräumlichkeiten neu einzurichten. Der seinerzeit erwirtschaftete Überschuß werde zur Anschaffung von Einrichtungsgegenständen verwendet.

Landesgendarmeriekommando für Burgenland

7.1.1. Der RH empfahl, die mit weniger als vier Beamten besetzten Gendarmerieposten aufzulassen, weil diese Dienststellen wegen der geringen Personaldotierung bei der geltenden Arbeitszeitregelung oft unbesetzt sind und daher vom Standpunkte der Sicherheitsverwaltung aus nur geringe Wirkung haben, darüber hinaus aber wegen des auch bei kleinen Dienststellen notwendigen Sachaufwandes (Miete, Beleuchtung, Beheizung, Kraftfahrzeug- und sonstige Ausstattung) unwirtschaftlich sind (siehe TB 1973 Abs. 16.1.).

7.1.2. Das Landesgendarmeriekommando wies nach mehrmaligem Schriftwechsel schließlich auf eine Stellungnahme der zuständigen Sicherheitsdirektion hin, derzufolge die Auflassung einzelner Posten keine wesentlichen Vorteile bieten würde. Zunächst sollte ein Gesamtkonzept über die Neuorganisation der Bundesgendarmerie für das ganze Bundesgebiet geschaffen werden. Erst nach Erstellung des Gesamtkonzeptes könnte beurteilt werden, ob kleinere Dienststellen als sogenannte Kontaktposten bestehen bleiben oder aufgelöst werden sollten. Das BM f. Inneres teilte ergänzend mit, daß es sich bei dem Gesamtkonzept um die Neuorganisation des Funk-Journaldienstes im Bereich der Bundesgendarmerie handle.

7.1.3. Diese Neuorganisation wurde bisher nicht realisiert.

7.2.1. Der RH beanstandete die Gewährung einer Entschädigung gemäß § 25 des Gehaltsgesetzes 1956 an bestimmte leitende Beamte des Landesgendarmeriekommandos für eine Unterrichtstätigkeit in der Schulabteilung (siehe TB 1973 Abs. 16.8.).

7.2.2. Da eine übereinstimmende Auffassung mit dem BM f. Inneres nicht erzielt werden konnte, ersuchte der RH um die Einholung einer Stellungnahme des BKA und des BM f. Finanzen.

7.2.3. Die Stellungnahmen dieser beiden Zentralstellen liegen noch nicht vor.

7.3.1. Der RH bemängelte ferner die Zuerkennung einer Gefahrenzulage gemäß § 19 b des Gehaltsgesetzes an die beim Stab des Landesgendarmeriekommandos verwendeten Beamten auf der Berechnungsbasis von 40% der im jeweiligen Monat im Dienstplan vorgeschriebenen Dienststunden als unzulässige Pauschalierung (siehe TB 1973 Abs. 16.9.).

7.3.2. Auch in dieser Frage kam es zu keiner übereinstimmenden Auffassung mit dem BM f. Inneres. Der RH ersuchte daher das BM, eine Stellungnahme des BKA und des BM f. Finanzen einzuholen. Entsprechende Stellungnahmen liegen bisher nicht vor.

b) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1974

Bundesministerium für Inneres; Fahrzeugwesen

8.1. Der RH überprüfte in der Zeit von Feber 1974 bis Feber 1976 mit Unterbrechungen das gesamte Fahrzeugwesen beim BM f. Inneres — Zentralleitung, bei allen Sicherheitsdirektionen, Bundespolizeibehörden und Landesgendarmeriekommanden sowie bei den Flugeinsatzstellen. Die Überprüfung umfaßte die Anschaffung, Ausrüstung, Verwendung und Ausscheidung

von Kraftfahrzeugen und Motorbooten sowie die Verwendung von Luftfahrzeugen und die damit im Zusammenhang stehende Verwaltungstätigkeit.

8.2. Das Überprüfungsergebnis ist wegen der Vielzahl der überprüften Fahrzeuge und der vielschichtigen damit im Zusammenhang stehenden Verwaltungstätigkeit entsprechend umfangreich. Es wird dem BM f. Inneres noch im Jahre 1976 zur Stellungnahme übermittelt und vom RH in seinen Tätigkeitsbericht für das Verwaltungsjahr 1976 aufgenommen werden.

c) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1975

Dorotheum

9.1. Die Gebarungsprüfung beim Dorotheum in Wien schloß an die letzte Prüfung des RH im Jahre 1962 an (siehe TB 1963 Abs. 24.). Im Hinblick auf eine zeitnahe Berichterstattung wurde das Hauptgewicht jedoch auf die Überprüfung der Gebarung der Geschäftsjahre 1968 bis 1973 gelegt.

Rechtsgrundlagen

9.2.1. Das Versatz-, Verwahrungs- und Versteigerungsamt in Wien ist eine juristische Person und führt den Namen Dorotheum. Seine rechtlichen Grundlagen sind das Gründungspatent vom 14. März 1707 sowie die Kaiserliche Nachricht vom 1. Februar 1785. Diese Vorschriften wurden in den Rechtsbestand der Ersten Republik übergeleitet. Jene Bestimmungen des Gründungspatentes bzw. der Kaiserlichen Nachricht, die das Armenwesen betreffen und nunmehr unter Art. 12 B-VG fallen, sind gemäß § 3 Abs. 2 des Übergangsgesetzes 1920 in der geltenden Fassung drei Jahre nach Inkrafttreten der bundesstaatlichen Kompetenzverteilung außer Kraft getreten. Das Behörden-Überleitungsgesetz, StGBl. Nr. 94/1945, stellte die Aufsicht über die Geschäfte des Dorotheums in die Zuständigkeit des Staatsamtes für Inneres (nunmehr BM f. Inneres).

9.2.2. Den von diesem BM unter Mitwirkung der gesamten Bundesregierung ergangenen Statuten kommt Verordnungscharakter zu. Diese Statuten und die auf ihrer Grundlage abgefaßte Geschäftsordnung enthalten wegen der zwischenzeitlich geänderten Verhältnisse einzelne Bestimmungen, die gesetzlich nicht gedeckt sind. Sie betreffen u. a. die Abgrenzung des Geschäftsumfanges, den Pensionsfonds und dienstrechtliche Vorschriften.

9.2.3. Da die auf Gesetzesstufe stehenden Normen durch Verordnungen oder Statuten nicht abgeändert werden können, hielt der RH eine neue gesetzliche Regelung der Angelegenheiten des Dorotheums für dringend erforderlich.

9.2.4. Die Anstaltsleitung teilte mit, daß entsprechende Vorschläge ausgearbeitet und dem BM f. Inneres vorgelegt würden.

9.3.1. Die Verwaltungsorgane des Dorotheums sind das Kuratorium und der Vorstand. Dem Vorstand obliegen die Leitung der ökonomisch-administrativen Verwaltung und die Vertretung der Anstalt nach außen sowie die Durchführung der Beschlüsse des Kuratoriums. Außer der Wahrnehmung seiner Kontrollaufgaben vertritt das Kuratorium ebenfalls das Dorotheum nach außen und nimmt an der Geschäftsführung teil.

9.3.2. Der RH vertrat die Ansicht, daß die Abgrenzung der Wirkungsbereiche und der Vertretungsbefugnisse des Vorstandes und des Kuratoriums nicht eindeutig sei. Er empfahl daher eine Kompetenzverteilung in der Form, daß der Vorstand die Anstalt in Eigenverantwortung zu leiten hätte, während dem Kuratorium die Überwachung der Geschäftsführung des Vorstandes vorbehalten sein sollte.

Jahresabschlüsse

9.4.1. Die Bilanzsumme des Dorotheums erhöhte sich in den Jahren 1963 bis 1973 um rund 41% auf 351 Mill. S. Die bedeutendste Position der Aktiva stellten die gewährten Pfanddarlehen dar, die im Jahr 1973 mit 228 Mill. S rund 65% der Bilanzsumme ausmachten. Die starke Aufwärtsentwicklung des Jahres 1973 (Erhöhung um 58 Mill. S), die auch 1974 noch anhielt, war vor allem darauf zurückzuführen, daß das Dorotheum nicht dem Kreditkontrollabkommen unterlag und die steigende Kreditnachfrage leichter befriedigen konnte.

9.4.2. Das Anlagevermögen, welches im Jahr 1973 mit rund 65 Mill. S ausgewiesen ist, besteht fast zur Gänze aus Grundstücken und Gebäuden und mußte zum überwiegenden Teil mit Fremdmitteln finanziert werden.

9.4.3. Das Dorotheum ist mit keinem förmlichen Eigenkapital ausgestattet. Aufgrund des Statuts sind etwaige Gebarungsüberschüsse — unbeschadet der Verpflichtung zur tunlichsten Verbilligung des Faustpfandkredites — zur Errichtung eines Pensionsfonds, zur Dotierung von Reservefonds sowie zur Erhöhung des Auslösungsfonds für arme Pfandschuldner zu verwenden. Der Pensionsfonds betrug seit 1955 unverändert 10 Mill. S; der Auslösungsfonds für arme Pfandschuldner war im Jahr 1973 mit 1,6 Mill. S dotiert. Mangels ausreichender Gewinne konnte der Bestimmung, den Reservefonds, der im Jahre 1973 einen Stand von 6,7 Mill. S erreicht hatte, im vorgeschriebenen Ausmaß zu halten, nicht entsprochen werden.

9.4.4. Für die bedeutenden Pensionsansprüche ihrer Beamten bildete die Anstalt ursprünglich

neben dem Pensionsfonds auch Pensionsrückstellungen auf versicherungsmathematischer Grundlage, die jedoch bis zum Jahre 1968 allmählich abgebaut werden mußten. Demgegenüber betrugen im Jahre 1973 die kapitalisierten Pensionsverpflichtungen, die jedoch nicht Pensionszusagen an noch aktive Bedienstete berücksichtigten, rund 159 Mill. S.

9.4.5. Der RH bemängelte, daß das Dorotheum für die bedeutenden Pensionsverpflichtungen keine bilanzmäßige Vorsorge traf, so daß die Darstellung der Vermögens- und Ertragslage der Anstalt unvollständig war.

9.4.6. Das Dorotheum stimmte der Auffassung des RH zu, bezeichnete jedoch eine solche Passivierung angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage der Anstalt als nicht zweckmäßig. Es sagte aber zu, in Hinkunft im Geschäftsbericht das Ausmaß der Pensionsverpflichtungen anzumerken.

9.5.1. Die Gesamtsumme der Erträge war im Jahr 1963 mit 78 Mill. S ausgewiesen und erreichte im Jahr 1973 134 Mill. S. Während die Gebührenerträge aus dem Versatzbetrieb in diesem Zeitraum lediglich eine verhältnismäßig geringe Steigerung aufwiesen, erhöhten sich die Gebühren aus dem Versteigerungsbetrieb ungefähr um das Doppelte. Die sonstigen Erträge, welche ebenfalls erheblich zugenommen haben, enthielten auch Schuldnachlässe des Bundesministers für Finanzen, die in den Jahren 1970 bis 1973 insgesamt 19,3 Mill. S betrugen.

9.5.2. Der größte Teil der Aufwendungen entfiel auf Personalkosten und Pensionen, die von 38 Mill. S im Jahr 1963 auf fast 86 Mill. S im Jahr 1973 zunahmen. Unter Hinzurechnung der sozialen Aufwendungen sowie der bezugsabhängigen Steuern und Abgaben erreichten die gesamten Personal- und Pensionsaufwendungen im Jahr 1973 mit insgesamt 97 Mill. S bereits 72% des Gesamtaufwandes.

9.5.3. Das Dorotheum wies im Berichtszeitraum in einzelnen Jahren Gewinne in der Gesamthöhe von 6 Mill. S aus, welche jedoch von den Verlusten der übrigen Jahre von zusammen 19 Mill. S erheblich übertroffen wurden. Die 1970 und 1971 aufgetretenen hohen Verluste von 3,2 bzw. 6,3 Mill. S konnten 1972 auf 2,2 Mill. S und 1973 auf 0,4 Mill. S vermindert werden.

Funktion der Anstalt

9.6.1. Der Zweck des Dorotheums ist vor allem die Gewährung billiger Faustpfandkredite sowie die Veranstaltung von Versteigerungen und der Betrieb des Verwahrungsgeschäftes. Weiters ist das Dorotheum zu einer Reihe von Bankgeschäften berechtigt. Im Sinne des Gründungspatentes ist der Pfandleihbetrieb als Wohlfahrtseinrichtung zu führen.

9.6.2. Bei der Gründung vor mehr als zweieinhalb Jahrhunderten waren für die Zweckbestimmung der Anstalt vollkommen andere Voraussetzungen maßgebend, als sie derzeit gegeben sind. Wie auch aus dem Gründungspatent hervorgeht, hatte die Versatzanstalt die Aufgabe, der großen Zahl von Armen und Bedürftigen in der Bevölkerung an die Hand zu gehen. Um den bedrängten Leuten zu helfen und sie aus dem äußersten Notstand zu retten — so hieß es damals —, wären ihnen gegen Versatz einiger Pfänder Darlehen zu geben. Hiedurch versuchte man zu verhindern, daß sie in die Hände privater Geldverleiher geraten, Wucherzinsen zahlen müssen und sich dadurch noch mehr verschulden.

9.6.3. Im Gegensatz hiezu haben in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die fortschreitende Konsolidierung der österreichischen Wirtschaft und der Ausbau des Sozialrechtes zu einer weitgehenden Veränderung der Einkommensverhältnisse der Bevölkerung geführt. Diese Entwicklung ist nicht ohne Einfluß auf die Geschäftsgebarung der Anstalt geblieben. So gingen allein in den letzten 20 Jahren die Pfandposten auf etwa ein Drittel des seinerzeitigen Standes zurück. Die Darlehenssumme hat sich, wie bereits erwähnt, in diesem Zeitraum nur verhältnismäßig geringfügig erhöht. Unter Berücksichtigung der Indexsteigerung hätte jedoch die Darlehenssumme bei gleichem Geschäftsumfang etwa auf das Zweieinhalbfache steigen müssen. Schließlich führte die Geldwertverminderung dazu, daß sich die mit weniger als 100 S belehnten Pfandposten stückmäßig auf 14% — vor rund 20 Jahren betrugen sie noch fast 60 % — und wertmäßig auf nur mehr 1,3% der Gesamtsumme verringerten.

9.7.1. Der RH hat schon bei seiner Prüfung im Jahr 1958 (siehe TB 1958 Abs. 248. bis 267.) festgestellt, daß das Dorotheum damals zwar seiner Aufgabe als Wohlfahrtseinrichtung gerecht wurde, aber seine eigentliche Zweckbestimmung — die Gewährung billigen Faustpfandkredites — nicht erfüllen konnte. Die Zinsen und Pfändergebühren konnten wegen der Kosten der vielen manipulativen Leistungen nicht in einem Rahmen gehalten werden, der dem Wohlfahrtscharakter des Institutes entsprochen hätte. Es wurde daher nahegelegt zu versuchen, durch Verstärkung der übrigen dem Dorotheum nach seinem Statut erlaubten Geschäfte Einnahmen zu erzielen, die es ermöglichen, die hohen Pfandgebühren zu senken.

9.7.2. Bereits anläßlich seiner damaligen Prüfung hatte der RH empfohlen, die Rechtsgrundlagen des Dorotheums den neuzeitlichen Gegebenheiten anzupassen und zu ergänzen, und

gleichzeitig nahegelegt, bei einer derartigen Neuordnung zu entscheiden, ob das Dorotheum als eine öffentliche Anstalt mit Wohlfahrtscharakter oder als ein auf Gewinn gerichtetes Unternehmen geführt werden soll. Er hatte schließlich festgestellt, daß eine Verbindung beider Ziele, wie sie bisher versucht wurde, zu Widersprüchen führte und zwangsläufig Ergebnisse zeitigte, die weder dem einen noch dem anderen Zweck gerecht werden konnten.

Wirtschaftliche Gesamtsituation

9.8. Der RH vertrat bei seiner nunmehrigen Gebarungsprüfung den Standpunkt, daß bei unveränderter Beibehaltung der bisherigen Geschäftsform eine positive Entwicklung auf lange Sicht nur schwer erreichbar ist. Dieser Ansicht trat auch das Dorotheum bei und wies ergänzend darauf hin, daß für eine Senkung der hohen Pfändergebührensätze in erster Linie eine Entlastung des Institutes von den Pensionszahlungen eine maßgebliche Voraussetzung wäre. Trotz des starken Rückganges der Pfandkredite werde eine bestimmte, wirtschaftlich schwache Bevölkerungsschicht nach wie vor auf diese Kreditform angewiesen sein. Bei einer Neuordnung der Rechtsgrundlagen des Dorotheums wäre daher darauf Bedacht zu nehmen, daß unabhängig von sonstigen Erwägungen der Wohlfahrtscharakter der Pfandkreditgewährung erhalten bleibe und verhältnismäßig billige Kredite gewährt werden könnten.

9.9.1. Die Anstaltsleitung hat eine Reihe von Einsparungs- und Reorganisierungsmaßnahmen bereits getroffen bzw. zur Durchführung in Betracht gezogen. Insbesondere wurde der Personalstand in den letzten zehn Jahren um 24% gesenkt. Auch der anstaltseigene Fuhrpark wurde reorganisiert. Der Werkstättenbetrieb konnte weiter eingeschränkt werden. Schließlich wurde eine EDV-Anlage zur schrittweisen Umstellung des Rechnungswesens der Anstalt eingerichtet.

9.9.2. Der RH vertrat hiezu die Ansicht, daß eine Besserung der finanziellen Lage der Anstalt in erster Linie durch Einnahmenerhöhungen herbeizuführen wäre, welche im Versteigerungsbetrieb besonders bei Kunstgegenständen, Briefmarken und Pretiosen erreichbar erschienen. Weiters könnte die Bankabteilung, welche zur Zeit der Gebarungsprüfung noch in der Hauptanstalt des Dorotheums ungünstig situiert war, nach Einzug in ihre neuen Räumlichkeiten den Geschäftsumfang erweitern.

9.9.3. Laut ihrer Stellungnahme ist die Anstalt bestrebt, im Sinne der Anregung des RH vor allem die Einnahmen des Versteigerungsbetriebes zu verbessern. Ihre derzeitige finanzielle Lage werde allerdings eine grundlegende Verbesserung der Raumverhältnisse in der Kunstabteilung noch nicht möglich machen. Einer Anregung des RH folgend werden bei den künftigen Planungen Marktforschungsergebnisse und Rentabilitätsberechnungen berücksichtigt werden.

9.10.1. Der RH bemängelte, daß die Anstaltsleitung die allgemeine wirtschaftliche und soziale Entwicklung Österreichs für eine mögliche Geschäftsausweitung in zu geringem Maße ausgenützt hat. Auf diese Weise hat sie den Anschluß an die Aufwärtsentwicklung der anderen Geldinstitute verloren. Sie hätte durch die Renovierung einzelner Räume der Zweiganstalten bzw. durch Schaffung leicht zugänglicher, eventuell vom Versatzgeschäft getrennter, ebenerdiger Straßenlokale eine Ausweitung der Spareinlagen und der sonstigen Bankgeschäfte erreichen können; statt dessen ist das Dorotheum insbesondere auf dem Gebiet der Kleinkredite, die seit etwa 10 bis 15 Jahren in großem Umfang in Anspruch genommen werden und bei den Banken zu einer Umsatzerweiterung durch Gewährung von Privat-, Personal- und Anschaffungskrediten führten, untätig geblieben.

9.10.2. Die Anstalt gab dem RH hiezu bekannt, daß sie bestrebt sei, gerade bei den Bankgeschäften unter Einsatz aller verfügbaren Mittel eine Ausweitung zu erreichen.

9.11.1. Das Dorotheum konnte bisher als positives Merkmal für seine Kreditgewährung im Wege des Pfandleihgeschäftes nur die rasche Abwicklung — sie erfolgt unmittelbar nach der Verpfändung — und die Anonymität der Kreditwerber ins Treffen führen. Dagegen wirkten sich die wegen der umfangreichen Manipulationen verhältnismäßig hohen Gebühren, welche mehr als das Doppelte der bei Kleinkrediten anfallenden Zinsen und Spesen betragen, negativ aus. Auch die Schwierigkeiten bei der Verbringung des oft schweren und sperrigen Pfandgutes zur und von der Anstalt beeinträchtigten die Inanspruchnahme von Pfandkrediten.

9.11.2. Der RH, der in der alleinigen Pfandnahme beweglicher Güter eine nicht mehr zeitgemäße Form der Besicherung sah, regte eine Kreditgewährung auf einer anderen Besicherungsbasis an. Dazu teilte das Dorotheum mit, daß es bestrebt sein werde, nunmehr auch Kreditgeschäfte mit anderer Besicherung durchzuführen.

9.12.1. Der RH stellte schließlich fest, daß bei den bisherigen Aktionen der Anstaltsleitung zur Hebung des Geschäftsumfanges die Durchsetzung zeitadäquater Konzepte fehlte. Auch die in größerem Umfang beschlossenen Instandsetzungen der Räumlichkeiten der Hauptanstalt und der Zweiganstalten hätten im Vergleich zur allgemeinen Entwicklung verhältnismäßig spät eingesetzt.

9.12.2. Das Dorotheum führte als Grund der verzögerten Verwirklichung größerer Adap-

tierungs-, Raumplanungs- und sonstiger organisatorischer Konzepte seine finanzielle Beengtheit an. Der Durchführung grundlegender Maßnahmen stünden auch weiterhin große finanzielle Schwierigkeiten entgegen.

Pfandleih- und Versteigerungsgeschäft

9.13.1. Das Versatzgeschäft wird in der Versatzhauptanstalt, in den sechzehn Wiener Zweiganstalten und in den sieben Zweiganstalten in den Bundesländern betrieben. Sechs Wiener Zweiganstalten und die Zweiganstalt Innsbruck gewähren allerdings lediglich Darlehen auf Pretiosenpfänder sowie auf optische Geräte, Schreibmaschinen, Radioapparate usw. Die Zahl der Pfandposten, die im Jahr 1963 noch rund 441.000 betragen hatte, nahm bis 1973 auf 209.000 ab. Die Belehnungshöhe betrug im Jahr 1973 durchschnittlich 895 S.

9.13.2. Der RH stellte u. a. fest, daß die vom Dorotheum festgesetzte Mindestdarlehenshöhe von 30 S seit Jahren unverändert blieb. Angesichts der ständig steigenden Aufwendungen reichen die von niedrigen Darlehen eingehobenen Gebühren in immer geringerem Umfang aus, die anfallenden Kosten zu decken, weshalb angeregt wurde, den Mindestdarlehensbetrag zu erhöhen.

9.13.3. Die geprüfte Anstalt will nunmehr eine Erhöhung dieser Betragsgrenze unter Berücksichtigung einer Ausnahmeregelung für Härtefälle dem Kuratorium vorschlagen.

9.14.1. Im Versteigerungsbetrieb ging die Zahl der Auktionen von insgesamt 3 474 im Jahr 1963 auf 2 819 im Jahr 1973 zurück. Auch die Zahl der verkauften Posten hatte sich im selben Zeitraum von 579 000 auf 471 000 vermindert. Die unverkauft gebliebenen Posten stiegen in den Jahren 1963 bis 1973 von 75% auf 80% der Gesamtzahl der Posten, weshalb der RH eine strengere Auswahl der Pfandgegenstände bei der Annahme sowie eine flexiblere Verteilung der Versteigerungsposten auf die einzelnen Zweiganstalten empfahl.

Die erzielten Meistbote konnten zufolge der allgemeinen Preisentwicklung und besonders wegen der Verlagerung zum Pretiosengeschäft von 114 Mill. S im Jahr 1963 bis zum Jahre 1973 auf 247 Mill. S verbessert werden.

9.14.2. Die Hauptgeschäftstätigkeit besteht in der Versteigerung freiwilliger Einbringungen, die ungefähr ¾ der gesamten Versteigerungen ausmachen. Der verhältnismäßig geringe Anteil der Versteigerung verfallener Pfänder war für den RH ebenfalls ein Hinweis, daß die Bedeutung des Dorotheums als Wohlfahrtseinrichtung gegenüber der Funktion der Anstalt als Auktionshaus immer mehr in den Hintergrund tritt.

9.14.3. Die Versteigerungsabteilung für Möbel und sonstige Gebrauchswaren ist zwar organisatorisch geteilt, buchhalterisch werden diese beiden Sparten jedoch nur gemeinsam erfaßt. Das Dorotheum sagte zu, der Anregung des RH entsprechend in Hinkunft die Ergebnisse dieser Abteilungen getrennt auszuweisen.

9.15.1. In der Kunstabteilung wurden pro Jahr durchschnittlich 17 000 Posten versteigert. Während 1963 in Summe nur ein Meistbot von 16,4 Mill. S erzielt werden konnte, war es durch Verbesserung der Qualität möglich, 1973 über 56 Mill. S zu erreichen. Jährlich werden 18 Versteigerungen durchgeführt. Die Vorbereitungs- und Abräumungsarbeiten einer Schaustellung erfordern einen Zeitaufwand von rund drei Wochen.

9.15.2. Da die Durchführung von mehr Versteigerungen pro Jahr in der bisherigen Aufmachung mit dem vorhandenen Personal nicht möglich war, hielt der RH eine Umsatzsteigerung nur durch eine bessere Qualität der aufgebotenen Gegenstände für erzielbar. Zu der weiteren Empfehlung des RH, auch qualitativ hochwertige, in den Zweiganstalten eingebrachte Objekte in größerem Maße als bisher in der Kunstabteilung zu versteigern, führte die Anstaltsleitung aus, daß die Überstellung solcher Objekte nach Wien einen erheblichen Arbeitsaufwand erfordern würde.

9.15.3. Dem hielt der RH entgegen, daß die Aufbringung heimischer Kunstgegenstände und Antiquitäten kaum einen größeren Aufwand verursachen dürfte als deren Beschaffung aus dem Ausland.

9.16.1. Die Kunstabteilung ist seit 1936 in einem eigenen Gebäude, einem ehemaligen Palais in der Dorotheergasse, untergebracht. Für den derzeitigen Geschäftsumfang und für eine moderne Abwicklung des Versteigerungsgeschäftes mußten die Räumlichkeiten als unzureichend bezeichnet werden. Da ein Umbau zum Zwecke der günstigeren Raumausnutzung und zur besseren Aufteilung der Magazins- und Arbeitsräume zu hohe Kosten verursachen würde und außerdem im Hinblick darauf, daß das Gebäude unter Denkmalschutz steht, mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden wäre, war die Anstaltsleitung — allerdings bisher erfolglos — um eine anderweitige Unterbringung dieser Abteilung bemüht.

9.16.2. Zu der unzulänglichen räumlichen Unterbringung und dem umständlichen Arbeitsablauf teilte das Dorotheum mit, daß es sich der Notwendigkeit entsprechender Maßnahmen bewußt sei, jedoch vorerst nur schrittweise vorgehen könne; auch werde es die vom RH beanstandete Einlagerung von Kunstgegenständen auf dem Dachboden auf ein unvermeidbares

Mindestmaß sowie auf weniger wertvolle Objekte einschränken.

9.17. In der Briefmarkenabteilung wiesen die Darlehen in den letzten Jahren eine sinkende Tendenz auf. Das Hauptgeschäft dieser Abteilung bestand in der Versteigerung freiwillig eingebrachter Werte und zusätzlich vom Dorotheum angekaufter Ware. Der RH empfahl besondere Kontrollmaßnahmen zur Sicherung des hochwertigen Auktionsmaterials. Zu dem in der Stellungnahme des Dorotheums vertretenen Standpunkt, daß die bisherige Vorgangsweise nicht zu Reklamationen geführt habe, erklärte der RH, daß er eine unverzügliche Regelung der Briefmarkengebarung nach strengsten bankwirtschaftlichen Grundsätzen für dringend erforderlich erachte. Weiters empfahl er, die Kunden entsprechend zu beraten, was die Anstaltsleitung auch zusagte.

9.18. In der Hauptanstalt des Dorotheums ist eine eigene Abteilung eingerichtet, die sich nur mit der Pretiosenversteigerung befaßt. Da sich bei diesen Auktionen lediglich ein verhältnismäßig enger, gleichbleibender Interessentenkreis aktiv beteiligt, wurde nahegelegt, durch geeignete Werbemaßnahmen weitere Käuferschichten zu interessieren. In diesem Zusammenhang teilte die Anstaltsleitung mit, daß sie sich aufgrund der vorgesehenen räumlichen Verlegung und Neugestaltung dieser Abteilung eine Geschäftsausweitung erhoffe.

Zweiganstalten und sonstige Abteilungen

9.19.1. Von den 23 Zweiganstalten des Dorotheums befinden sich 16 in Wien und 7 in den übrigen Bundesländern. Sie haben die Aufgabe, das Versatz- und Versteigerungsgeschäft gleichmäßig zu erfassen. Aus organisatorischen Gründen betreiben jedoch nicht alle Zweiganstalten das Gesamtgeschäft des Dorotheums.

9.19.2. Aufgrund der eindeutig besseren Ergebnisse jener Zweiganstalten, die lediglich Pretiosen belehnen, empfahl der RH, die Belehnungen und Versteigerungen sonstiger Gebrauchsgegenstände in einigen verkehrsmäßig günstig gelegenen Zweiganstalten zusammenzufassen. Überdies wurde die Spezialisierung einzelner Zweiganstalten nahegelegt, wie sie in der Anstalt Josefstadt für technische Geräte und Kraftfahrzeuge bereits erfolgt ist.

9.19.3. Die Anstaltsleitung teilte mit, sie beabsichtige, die Belehnung und Versteigerung von Gebrauchsmöbeln in den Zweiganstalten Josefstadt und Floridsdorf zu konzentrieren.

9.20.1. Auf die weitere Empfehlung des RH, den Ursachen der bedeutenden Abweichungen der Personalauslastung in den einzelnen Zweigstellen nachzugehen, teilte die Dorotheumsleitung mit, daß die Personalstände in einigen Zweiganstalten zwischenzeitlich hätten gesenkt werden können und daß durch die Vermehrung der Geschäftsfälle eine bessere Auslastung des Personals gewährleistet sei.

9.20.2. Der RH empfahl, darüber hinaus zu untersuchen, ob nicht jene Zweiganstalten, die über zu viele Räumlichkeiten in schlechtem Bauzustand verfügen, aufgelassen und anderswo günstiger untergebracht werden sollten. In diesem Zusammenhang wurde festgestellt, daß gerade kleinere Zweiganstalten, die mit einem geringen Personalstand das Auslangen finden, verhältnismäßig günstige Ergebnisse aufweisen.

9.20.3. Hiezu teilte die Dorotheumsleitung mit, daß sie in einzelnen Fällen bereits seit längerer Zeit um die Beschaffung neuer Räumlichkeiten bemüht sei.

9.21.1. Die Bankabteilung des Dorotheums hat es u. a. übernommen, an den Geschäften der Österreichischen Postsparkasse mitzuwirken bzw. die Geschäfte in deren Namen und auf deren Rechnung oder kommissionsweise durchzuführen. Einzelne Geschäfte, wie z. B. die Entgegennahme von Erlagscheinen, wurden auch auf die Zweigstellen in Wien und in den Bundesländern ausgedehnt. Auch das Spareinlagengeschäft wird in der Bankabteilung und in einzelnen Zweigstellen betrieben. Schwierigkeiten für das Dorotheum wurden darin gesehen, daß sein Kundenkreis eher an Krediten als an Einlagen interessiert ist. Möglichkeiten zur Hebung des Einlagengeschäftes sah der RH in der Verbreiterung des Anbotes der verschiedenen Sparformen und in der Werbung für diese Geschäftssparte.

9.21.2. Das Giroeinlagengeschäft hatte beim Dorotheum bisher geringere Bedeutung. Eine Ausweitungsmöglichkeit sah der RH in einer intensiveren Kundenberatung, bei der auch auf die Vorteile eines Gehaltskontos beim Dorotheum aufmerksam gemacht wird. Hiezu teilte die Anstaltsleitung mit, daß sie sich neben verstärkter Werbe- und Akquisitionstätigkeit durch verbesserte Kundendienste, wie Daueraufträge, Abbuchungsaufträge, Scheckkarte u. dgl., eine Belebung dieser Geschäftssparte erwarte.

9.22.1. Die Bücherabteilung, welche ursprünglich verhältnismäßig gute Umsätze erzielte, mußte später wieder aufgelassen werden. In Anbetracht der Verluste, die seinerzeit durch die Weiterführung dieser Abteilung auftraten, war zu bemängeln, daß sich die Geschäftsleitung nicht rechtzeitig entschloß, entweder nachhaltige Aktionen zur Wiederbelebung dieses Geschäftszweiges durchzuführen oder bereits zu einem früheren Zeitpunkt die Bücherabteilung aufzulassen.

9.22.2. Das Dorotheum teilte hiezu mit, daß es bestrebt sei, die Versteigerung von Büchern sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht zu verbessern. Sollte durch Umsatzsteigerung auf diesem Sektor die Wiedereröffnung einer eigenen Bücherabteilung in Frage kommen, werden hiefür Rentabilitätsberechnungen angestellt werden.

9.23.1. Eine Teppichreinigungsabteilung wird in der Zweiganstalt Favoriten unterhalten. Die Teppiche wurden dort entstaubt, gewaschen und aufbewahrt. Da der Umsatz in den letzten Jahren stark zurückgegangen war, nahm die Anstaltsleitung auch keine Erneuerungen oder Großinstandsetzungen beim Maschinenpark mehr vor. Zur Zeit der Prüfung wurde diese Abteilung in der Hauptsache nur mehr zur Aufbewahrung von Teppichen herangezogen.

9.23.2. Mit der Einschränkung der Agenden dieser Abteilung hat das Dorotheum, wie es mitteilte, auch eine einschneidende Personalverminderung verbunden.

9.24.1. Der Technischen Abteilung des Dorotheums obliegt die Überwachung der Bau- und Erhaltungsarbeiten der dorotheumseigenen Objekte, die sich zum Teil in einem schlechten baulichen Zustand befanden. Es wurden bereits größere Umbauten der Zweigstellen in Graz, Linz und Wien-Josefstadt durchgeführt; auch mit einer Teilrenovierung der Hauptanstalt in der Dorotheergasse wurde begonnen. Infolge der personellen Unterdotierung dieser Abteilung wurde die Rechnungsprüfung zurückgestellt. So lagen die Baurechnungen bis zu einem Jahr lang ungeprüft in der Abteilung. Die Bauüberwachung konnte nur in ungenügendem Maße wahrgenommen werden. Verzögerungen traten auch dadurch ein, daß die Bauleiter des Dorotheums von den Lieferfirmen oft nicht einmal telefonisch für Auskünfte über technische Detailfragen erreicht werden konnten. Der RH verwies darauf, daß das Dorotheum im Bedarfsfalle von der Möglichkeit Gebrauch machen könnte, sich eines Zivilingenieurs zu bedienen.

9.24.2. Hiezu teilte die Dorotheumsleitung mit, daß in der Zwischenzeit zusätzliches Fachpersonal eingesetzt worden sei und überdies Planungs- und Bauleitungsaufträge auch an Zivilingenieure vergeben worden seien, so daß bereits eine Verminderung der Arbeitsrückstände hätte erreicht werden können.

9.25.1. In der Buchhaltungsabteilung wurde jährlich eine nach Zweigstellen und Abteilungen gegliederte Erfolgs- und Rentabilitätsrechnung erstellt, bei der von den Finanzkonten ausgegangen wurde. Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen vom Eigenkapital blieben unberücksichtigt. Überdies wurden den einzelnen Zweiganstalten und Abteilungen nicht betriebsbedingte Aufwendungen angelastet und Erträge, z. B. außerordentliche Ergebnisse, gutgeschrieben. Der RH hielt diese Unterlagen als Basis betriebswirtschaftlich fundierter Information und Entscheidungen für unzureichend, weshalb er die Einführung einer Deckungsbeitragsrechnung mit stufenweiser Fixkostenzurechnung empfahl. Weiters regte er an, die Kosten von Großreparaturen in der Rentabilitätsrechnung auf mehrere Jahre zu verteilen.

9.25.2. In ihrer Stellungnahme sagte die Anstalt zu, die Empfehlungen des RH nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten zu befolgen.

9.26. Weitere Feststellungen und Empfehlungen des RH betrafen die möglichst exakte Erstellung der jährlichen Voranschläge, die termingerechte Vorlage der Rechnungsabschlüsse, Maßnahmen zum Zwecke der Zusammenlegung weiterer Kassen zwecks Personaleinsparung sowie die Durchführung einer internen Administrativkontrolle, der in Anbetracht der großen Zahl der Zweiganstalten und Abteilungen besondere Bedeutung beizumessen sei. Die Anstaltsleitung sagte zu, auch diesen Anregungen ehestens zu entsprechen.

Österreichisches Polizeikontingent auf Cypern

10.1. Die Kosten des Einsatzes des 40., 41., 42. und 43. Polizeikontingentes auf Cypern, die bei den Vereinten Nationen zur Refundierung anzusprechen sind, betrugen im Jahre 1974 6 963 863,51 S und setzten sich aus 6 133 908,80 S für den Personal- und 829 954,71 S für den Sachaufwand zusammen.

Der Personalstand des Polizeikontingentes verblieb auch im Jahre 1974 bei durchschnittlich 55 Beamten.

10.2. Die Überprüfung durch den RH hat die Übereinstimmung der vom BM f. Inneres für das Jahr 1974 angesprochenen Kosten mit den tatsächlichen Kosten ergeben.

Der RH hat dem BM f. Auswärtige Angelegenheiten mitgeteilt, daß er die Richtigkeit der Abrechnung im Sinne des Verlangens der Rechnungsprüfer der Vereinten Nationen beglaubigt hat.

Laut Rechnungsabschluß für das Jahr 1974 bestand am 31. Dezember 1974 ein Zahlungsrückstand von 20 822 945,68 S, der von den Vereinten Nationen noch nicht beglichen war.

Die Inlandsbezüge der Angehörigen des österreichischen Polizeikontingentes auf Cypern, die von Österreich getragen werden, beliefen sich vom 13. April 1964 bis 31. Dezember 1974 auf insgesamt 37 295 161,07 S.

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst

a) Nachträge zu Berichten aus den Vorjahren

Höhere Technische Bundeslehranstalt Eisenstadt

11. Nach einer Mitteilung des BM f. Unterricht und Kunst hat die Freistadt Eisenstadt dem Bund den vom 1. Mai 1972 bis 31. Oktober 1973 aufgelaufenen Betriebsaufwand für die Höhere Technische Bundeslehranstalt Eisenstadt in Höhe von 72 852 S ersetzt (siehe TB 1974 Abs. 16.5.5.).

Landesschulrat für Burgenland

12.1. Der Landesschulrat für Burgenland (kurz LSR) gab bekannt, er habe die Bezirksschulräte im Erlaßwege angewiesen, im Sinne der Geschäftsordnung mindestens viermal im Jahr Kollegiumssitzungen abzuhalten (siehe TB 1974 Abs. 18.3.3.).

12.2. Das BM f. Unterricht und Kunst teilte mit, es sei bemüht, die Angelegenheit baldigst zum Abschluß zu bringen. Es fänden mit dem LSR und dem Amt der Burgenländischen Landesregierung laufend Verhandlungen über den Kostenersatz sowie den Abschluß eines Übereinkommens gemäß § 20 Abs. 3 des Bundes-Schulaufsichtsgesetzes statt (siehe TB 1974 Abs. 18.5.4.).

Bundesministerium für Unterricht und Kunst

13.1. Nach Mitteilung des BM f. Unterricht und Kunst hat der Verein den vom RH angeregten pauschalierten Kostenersatz in Höhe von 46 687 S dem BM überwiesen (siehe TB 1974 Abs. 19.8.3.).

13.2. Das BM f. Unterricht und Kunst wiederholte seine Ansicht, daß dem LSR für Burgenland im Hinblick auf die ungünstigen Verkehrsverhältnisse und die räumliche Ausdehnung des Bundeslandes ein Dienstwagen zur Verfügung stehen sollte. Das BM f. Finanzen habe jedoch die Aufnahme eines Dienstwagens in den Systemisierungsplan 1976 wegen allfälliger Beispielsfolgerungen neuerlich abgelehnt. Der LSR für Burgenland halte seinen Antrag auf Systemisierung eines Kraftwagens weiterhin aufrecht.

Der RH ersuchte nochmals, von der Verwendung eines nichtsystemisierten Dienstwagens abzusehen und in dieser Angelegenheit der Rechtslage entsprechend vorzugehen (siehe TB 1974 Abs. 19.16.4.).

b) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1974

Österreichischer Bundestheaterverband

14. Der RH hat vom März bis Oktober 1974 die Gebarung des Österreichischen Bundestheaterverbandes überprüft. Das umfangreiche Prüfungsergebnis war offensichtlich auch die Ursache, daß die geprüften Stellen die im Gesetz vorgesehene Frist von drei Monaten zur Abgabe ihrer Stellungnahmen überschritten. Die Darstellung des Prüfungsergebnisses an dieser Stelle des TB 1975 hätte dessen rechtzeitige Fertigstellung gefährdet und mußte deshalb an den Schluß des III. Abschnittes gesetzt werden. Es darf daher auf Abs. 74 verwiesen werden.

c) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1975

Bundeserziehungsanstalt Saalfelden

15.1.1.1. Gemäß Art. 14 Abs. 1 und 6 B-VG sind die Gesetzgebung und die Vollziehung in Angelegenheiten der Errichtung, Erhaltung und Auflassung der öffentlichen Schülerheime Bundessache, soweit es sich nicht um Schülerheime handelt, die ausschließlich oder vorwiegend für Schüler von Pflichtschulen — diese wieder mit Ausnahme der in die Zuständigkeit des Bundes fallenden Übungspflichtschulen — bestimmt sind. Ein auf dieser Kompetenz beruhendes Bundesgesetz war bis zur Gebarungsüberprüfung der Bundeserziehungsanstalt Saalfelden (kurz BEA) noch nicht erlassen worden.

15.1.1.2. Auch über den Betrieb öffentlicher Schülerheime gab es noch keine bundesgesetzliche Regelung.

15.1.2.1. Der RH wies auf seinen Schriftwechsel mit dem BM f. Unterricht und Kunst im Zusammenhang mit der Überprüfung der Gebarung des Landesschulrates für Burgenland, in welchem er die Auffassung vertrat, daß die bundesgesetzliche Regelung der Errichtung, Erhaltung und Auflassung von in die Zuständigkeit des Bundes fallenden öffentlichen Schülerheimen im Rahmen eines Bundesschulerrichtungs- und -erhaltungsgesetzes erfolgen könnte, hin.

15.1.2.2. Nach den Empfehlungen des RH sollte eine bundesgesetzliche Regelung für den Betrieb öffentlicher Schülerheime insbesondere die Aufgaben des Erziehungsleiters und der Erzieher, die Aufgaben von Internaten, die Festlegung der einzelnen Formen von Internaten sowie die Voraussetzungen, unter denen ein Schüler in ein öffentliches Schülerheim aufgenommen und allenfalls aus diesem ausgeschieden werden kann, umfassen.

15.1.3. Das BM f. Unterricht und Kunst teilte hiezu mit, es sei bemüht, eine gesetzliche Regelung herbeizuführen.

15.2.1. Die BEA Saalfelden führte seit dem Schuljahr 1969/70 neben dem neusprachlichen Gymnasium auch noch einen realgymnasialen Sportzweig als Schulversuch gemäß § 7 des Schulorganisationsgesetzes. Lehrplanmäßig unterschied sich dieser Schulversuch von der Normalform des neusprachlichen Gymnasiums dadurch, daß die Anzahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden aus Leibesübungen zu Lasten des Lateinunterrichtes erhöht worden war.

Dieser Schulversuch war aufgenommen worden, obwohl die Schule über keinen eigenen Sportplatz verfügte. Noch zum Ende des Schuljahres 1973/74 standen der BEA als einzige Leichtathletikanlagen eine Weit- und eine Hochsprunganlage zur Verfügung. Die Schüler des Sportzweiges haben anläßlich der Matura praktische Vorprüfungen abzulegen. Diese Vorprüfungen mußten in Leogang durchgeführt werden, ohne daß die Sportzweigschüler vorher eine Trainingsmöglichkeit hatten.

15.2.2. Der RH empfahl, mit derartigen Schulversuchen erst zu beginnen, wenn die Anstalt, an der ein solcher Schulversuch vorgesehen ist, über die notwendige Ausrüstung verfügt.

15.2.3. Nach der Stellungnahme des BM f. Unterricht und Kunst standen der BEA bei Aufnahme des Schulversuches ein eigenes Hallenbad, eine Turnhalle und ein Basketballplatz zur Verfügung. Außerdem hätten die Leichtathletikanlagen eines Sportvereines benützt werden können, die jedoch in einem „sportlich und gesundheitlich unzumutbaren Zustand" gewesen seien. Nach Auffassung des BM f. Unterricht und Kunst sei der Schulversuch daher nicht ohne die erforderliche Ausrüstung begonnen worden.

15.2.4. Der RH bemerkte hiezu, es könne bei der geringen Anzahl von Sporteinrichtungen, von denen sich eine dazu noch in einem unzumutbaren Zustand befunden hatte, nicht davon gesprochen werden, daß die für die Aufnahme des Schulversuches erforderliche Ausrüstung vorhanden gewesen sei, weil dieser Schulversuch eine Vielfalt von Sportdisziplinen umfasse. Die angeführten Einrichtungen haben in ihrer Gesamtheit nicht einmal der Grundausstattung einer Höheren Internatsschule des Bundes entsprochen.

15.3.1. Nach § 52 des am 1. September 1974 in Kraft getretenen Schulunterrichtsgesetzes hat der Bundesminister für Unterricht und Kunst die den Kustoden obliegenden Pflichten durch Dienstanweisung festzulegen.

15.3.2.1. Diese Dienstanweisung, die vom BM f. Unterricht und Kunst noch nicht erlassen wurde, sollte nach Auffassung des RH auch Vorschriften über die Ausbildung der Kustoden enthalten, weil mit der Verwaltung von Lehrmittelsammlungen nur mehr Personen betraut werden sollten, die entsprechend geschult sind. Ferner sollte in der Dienstanweisung vorgesehen werden, daß die Kustoden nötigenfalls in regelmäßigen Zeitabständen Fortbildungskurse zu absolvieren haben.

15.3.2.2. Im Hinblick auf die kostspielige Anschaffung technischer Geräte, insbesondere audio-visueller Unterrichtsmittel, empfahl der RH eine bestmögliche Nutzung dieser Geräte. Die gesetzlich vorgesehene Dienstanweisung sei mit Rücksicht auf die in den Lehrmittelsammlungen lagernden erheblichen Vermögenswerte dringend notwendig.

15.3.3. Das BM teilte hiezu mit, eine Dienstanweisung für Kustoden sei in Vorbereitung.

15.4.1. Obgleich den Platzgebühren die tatsächlichen Kosten zugrunde gelegt werden sollten, findet sich bei den Bundeserziehungsanstalten noch keine Kostenrechnung. Selbstkostenrechnungen gibt es jedoch schon bei Konvikten, Lehrhaushalten und Schülerheimen des Bundes.

15.4.2. Aus wirtschaftlichen Erwägungen regte der RH an, auch an den Bundeserziehungsanstalten eine Kostenrechnung einzuführen.

15.4.3. Das BM wird versuchen, dieser Anregung zu entsprechen.

15.5.1. Das Entgelt für eine Nächtigung in den Gästezimmern der BEA war mit Wirkung vom 1. Dezember 1969 an mit 10 S festgesetzt worden. Zur Zeit der Gebarungsüberprüfung reichte infolge der allgemeinen Kostensteigerungen dieser Betrag nicht einmal mehr für die Reinigung der Bettwäsche aus, für die bereits rund 15 S aufzuwenden waren. Mangels einer Kostenrechnung wurden auch keine anteiligen Personal-, Strom- und Heizkosten berücksichtigt.

15.5.2. Der RH empfahl, bei der Festsetzung des Nächtigungstarifes auch auf die angeführten Kosten Bedacht zu nehmen.

15.5.3. Das BM hat das Nächtigungsentgelt mit Wirkung vom 1. Jänner 1976 an auf 30 S pro Nacht erhöht und versichert, es werde der Empfehlung des RH nachkommen.

15.6.1. Vier leitende Funktionäre der BEA benützten Dienstwohnungen im Ausmaß von 102 m² bzw. 124,5 m², für die sie monatlich zwischen 141 S und 356 S zu zahlen hatten.

Nach dem Einkommensteuergesetz unterliegt der Mietwert bei Gewährung von freien oder verbilligten Dienstwohnungen, wenn der Unterschiedsbetrag zwischen dem Preis, zu dem die Wohnung überlassen wird, und dem ortsüblichen Mietpreis 100 S monatlich übersteigt, der Steuerpflicht.

15.6.2. Obwohl die Differenz zum ortsüblichen Mietpreis in allen vier Fällen mehr als 100 S monatlich betrug, wurde bis zur Gebarungsüberprüfung dem Zentralbesoldungsamt keine Mitteilung über diese steuerpflichtigen Naturalbezüge gemacht, so daß eine Versteuerung nicht erfolgen konnte. Der RH wies darauf hin, daß die steuerpflichtigen Beträge zur Mitversteuerung bekanntzugeben waren.

15.6.3. Das BM f. Unterricht und Kunst teilte mit, es werde die entsprechenden Veranlassungen treffen.

15.7.1. Ein Lehrer der BEA hatte 1970 eine Dienstreise ausschließlich mit dem anstaltseigenen VW-Bus durchgeführt. In seiner Reiserechnung, deren sachliche Richtigkeit vom Direktor bestätigt wurde, hatte er jedoch angegeben, ein öffentliches Verkehrsmittel (Eisenbahn) benützt zu haben. Für die Dienstreise hatte der Lehrer den Ersatz von Reisekosten gemäß § 4 Ziff. 1 der Reisegebührenvorschrift 1955 (kurz RGV) in Höhe von 494 S geltend gemacht, der ihm auch tatsächlich vergütet wurde.

Gemäß § 10 Abs. 4 der RGV gebührt bei Benützung eines unentgeltlich zur Verfügung gestellten Kraftfahrzeuges keine Reisekostenvergütung.

15.7.2. Der RH wies darauf hin, daß sich der Lehrer durch die unrichtigen Angaben in seiner Reiserechnung zum Nachteil des Bundes bewußt einen finanziellen Vorteil verschafft hatte. Der zu Unrecht angewiesene Betrag wurde inzwischen rückgezahlt.

15.8.1. Für drei der vier Internatsgebäude waren zur Zeit der Überprüfung noch keine Hausordnungen erlassen worden.

15.8.2. Im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung in den Internatsgebäuden und zur Schonung von Bundeseigentum empfahl der RH, die noch ausständigen Hausordnungen ehestens zu erlassen. Da an den Bundeserziehungsanstalten der Internats- und der Schulbetrieb eine Einheit bilden, sollten die Hausordnungen für den Internatsbereich durch eine für den Schulbetrieb bestimmte Hausordnung gemäß § 44 Abs. 1 des Schulunterrichtsgesetzes ergänzt werden.

15.8.3. Nach Mitteilung der Direktion der BEA ist die Hausordnung für ein zweites Internatsgebäude bereits in Geltung. Die Hausordnungen für die beiden restlichen Gebäude würden in Kürze vom Schulgemeinschaftsausschuß genehmigt werden.

15.9.1. Von einem Großteil der in den Personalakten der BEA einliegenden Bewerbungsbögen, die gemäß § 14 TP 6 Abs. 1 des Gebührengesetzes 1957 der Gebührenpflicht unterlagen, waren die Gebühren nicht oder nicht ordnungsgemäß erhoben worden.

15.9.2. Der RH gab diesen Sachverhalt der Finanzlandesdirektion für Salzburg bekannt. Der Direktion der BEA empfahl er, den Bestimmungen des Gebührengesetzes künftig größeres Augenmerk zu schenken.

15.9.3. Die Direktion teilte hiezu mit, die teilweise fehlenden Stempelgebühren seien durch das zuständige Finanzamt von den Betroffenen nachgefordert worden.

15.10.1. Die Telephonkosten der BEA sind 1974 gegenüber 1972 um 981 Gebührenstunden (28,6%) übermäßig gestiegen. Die Gesamtausgaben für Telephongespräche betrugen 1974 bereits rund 88 000 S, die den Telephonkosten eines kleineren Landesschulrates entsprachen. Eine Ursache der hohen Telephonkosten war der Mangel an Aufzeichnungen über Art, Zweck und Dauer der interurbanen Gespräche, so daß eine Kontrolle durch die Direktion praktisch unmöglich war. Weiters gab es eine unverhältnismäßig große Anzahl von Anschlüssen (neun Apparate), die es erleichterten, Ferngespräche im Selbstwählverkehr zu führen. Schließlich verhinderte das Fehlen von Zählwerken eine Kostenermittlung nach privaten Ferngesprächen.

15.10.2. Der RH empfahl, über die Telephongespräche entsprechende Aufzeichnungen zu führen und für deren regelmäßige Kontrolle zu sorgen. Weiters regte er den Einbau von Fernwahlsperren und von Zählwerken sowie die Einholung von Bewilligungen bei Ferngesprächen an.

15.10.3. Den Empfehlungen des RH wurde in vollem Umfang Rechnung getragen.

15.11.1. Die BEA war mit Lehrmitteln reichlich ausgestattet, von denen jedoch manche den Eindruck erweckten, schon mehrere Jahre nicht verwendet worden zu sein. Manche Geräte waren unzweckmäßig aufbewahrt, von den 35 audio-visuellen Unterrichtsgeräten wurde nur ein Teil vom zuständigen Kustodiat verwaltet. Über das Ausmaß der Verwendung der einzelnen Geräte wurden keine Aufzeichnungen geführt. Überdies wurden im Bereich der Kustodiate vielfach Bestimmungen der „Richtlinien für die Verwaltung der Bibliotheken“ nicht beachtet.

15.11.2. Der RH empfahl, die vorhandenen Bestände zu sichten und die nicht benötigten Lehrmittel an andere Schulen abzugeben, bei der Anschaffung von Lehrmitteln darauf zu achten, daß sie ohne Schwierigkeiten aufbewahrt werden können, über das Ausmaß der Verwendung der einzelnen audio-visuellen Geräte Aufzeichnungen zu führen und die Bestimmungen der genannten Richtlinien einzuhalten. Weiters hielt es der RH für zweckmäßig, alle audio-visuellen Geräte — das Sprachlabor ausgenommen — vom zuständigen Kustos verwalten zu lassen, weil eine zentrale

Verwaltung für die Wartung günstiger ist und die Geräte rationeller eingesetzt werden können.

15.11.3. Den Empfehlungen des RH wird bereits entsprochen.

15.12.1. Einige Fachlehrer hoben ohne Genehmigung des BM f. Unterricht und Kunst pauschalierte Arbeitsmittelbeiträge ein, verwalteten und verrechneten sie jedoch nicht nach Schulstufen getrennt. Die eingehobenen Bargeldbeträge wurden von den Lehrkräften entgegen der Regelung durch das BM f. Unterricht und Kunst aufbewahrt; ein für die Verrechnung dieser Beiträge bestimmtes Kassabuch wurde nicht ordnungsgemäß geführt. Ein Teil der Beiträge diente widmungswidrig zur Nachschaffung von abhanden gekommenem Kleinwerkzeug.

15.12.2. Der RH bemängelte diese vorschriftswidrige Vorgangsweise und wies auf die einschlägigen Erlässe hin. Er empfahl, künftig die Arbeitsmittelbeiträge nach Schulstufen getrennt abzurechnen, die festgestellten Bargeldbestände an die Anstaltskassa abzuführen und die pauschalierten Beiträge jeweils zu Beginn des Schuljahres mittels Erlagscheinen einzuheben.

15.12.3. Die Direktion hat den Empfehlungen des RH entsprochen.

15.13.1.1. Bei der BEA erfolgten Bestellungen in der Regel nur mündlich oder telephonisch. Der Anstalt fehlte oft auch ein Überblick über bereits eingegangene Verpflichtungen, so daß manche Lieferfirmen auf die Begleichung ihrer Rechnungen über Gebühr warten mußten.

15.13.1.2. Vor allem bei Heizölbestellungen war auf die ÖNORM A 2050 nicht entsprechend Bedacht genommen worden. Die Vergabe von Aufträgen erfolgte zumeist freihändig ohne Einholung entsprechender Vergleichsangebote. Beispielsweise entstanden durch die Nichtberücksichtigung des Bestbieters im Jahre 1971 Mehrkosten von rund 5 700 S, das sind 3,4% der gesamten Auftragssumme.

15.13.2. Der RH empfahl, künftig die für die Vergabe von Aufträgen geltenden Bestimmungen zu beachten.

15.13.3. Die Direktion sagte zu, die Empfehlung des RH zu beachten.

15.14.1. Die Anstalt hatte seit 1966 rund 72 000 kg Koks gelagert, für die wegen der später installierten Ölheizung kein Bedarf mehr bestand. Dieser Koksvorrat stellte einen Wert von rund 180 000 S dar.

15.14.2. Der RH empfahl, das Kokslager in geeigneter Weise ehestens abzubauen.

15.14.3. Wie die Direktion mitteilte, hat das BM f. Unterricht und Kunst einer Abgabe des Koksvorrates an eine private Heizöllieferfirma, die der BEA dafür eine entsprechende Menge Heizöl liefert und für die anfallenden Transportkosten selbst aufkommt, zugestimmt. Die Firma sei mit der Durchführung bereits betraut worden.

15.15.1.1. Im Bereich des Internates der BEA wurden 232 private Elektrogeräte von Zöglingen und 62 private Elektrogeräte von Erziehern und Lehrkräften benützt. Den verantwortlichen Funktionären der BEA war die große Anzahl dieser ständig benützten privaten Geräte nicht annähernd bekannt. Die unkontrollierte Verwendung dieser privaten Elektrogeräte führte nicht nur zur vollen Ausschöpfung der für die BEA vorgesehenen elektrischen Spitzenleistung, sondern auch zu deren fast ständigen Überschreitung, die 1974 Mehrkosten von rund 30 000 S verursachte.

15.15.1.2. Eine Kontrolle dieser Geräte während der Gebarungsüberprüfung ergab, daß einige Geräte der Zöglinge nicht den Sicherheitsvorschriften entsprachen. Wegen des Sicherheitsrisikos wurden diese Geräte von der Verwaltung der BEA in Verwahrung genommen.

15.15.1.3. Obwohl vom BM f. Unterricht und Kunst schon 1962 im Erlaßwege ein Stromkostenersatz für die Verwendung bestimmter privater Elektrogeräte festgesetzt worden war, wurde für die von den Zöglingen betriebenen privaten Geräte kein Kostenersatz verlangt. Auch bei manchen Erziehern wurde davon Abstand genommen.

15.15.2.1. Der RH empfahl, die Verwendung privater Elektrogeräte von einer schriftlichen Genehmigung der Direktion abhängig zu machen, die über die benützten Geräte Aufzeichnungen zu führen hätte. Die Direktion sollte außerdem geeignete Maßnahmen ergreifen, um den Energieverbrauch und die Stromkosten zu senken.

15.15.2.2. Weiters regte der RH an, zur Vermeidung eines erhöhten Sicherheitsrisikos die mitgebrachten Geräte vor Erteilung einer Benützungsbewilligung zu prüfen, ob sie den Sicherheitsvorschriften entsprechen.

15.15.2.3. Zur Sicherstellung einer sparsamen Verwendung elektrischer Energie sowie zur Vermeidung finanzieller Nachteile für den Bund sollten von den Benützern privater Elektrogeräte — ausgenommen für jene, die der Körperpflege dienen — pauschalierte Kostenersätze verlangt werden.

15.15.2.4. Wegen des hohen Stromverbrauches der BEA von rund 340 000 kWh jährlich wies der RH auf die Energieerlässe des BKA vom November 1974 hin und empfahl, um deren Einhaltung besonders bemüht zu sein.

15.15.3. Die BEA teilte hiezu mit, sie habe sofort nach der Gebarungsüberprüfung die An-

zahl der Geräte der Zöglinge erheblich verringert und listenmäßig erfaßt. Für den Betrieb der verbliebenen Geräte werde ein pauschalierter Kostenersatz eingehoben, der vom BM f. Unterricht und Kunst zentral festgesetzt und bei allen Bundeserziehungsanstalten eingehoben werden würde.

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung

a) Nachtrag zu Berichten aus den Vorjahren

Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Graz

16.1.1. Die Verhandlungen über den sogenannten Akademievertrag (zuletzt siehe TB 1974 Abs. 25.1.) ergaben, daß das BM f. Finanzen das Ausscheiden des Landes Steiermark aus diesem Vertrag außer von einer entsprechenden Abschlagszahlung für die Errichtung eines Neubaues der Musikhochschule auch von der Verfügbarkeit eines geeigneten Bauplatzes abhängig machte.

16.1.2. Der Stellungnahme des BM f. Wissenschaft und Forschung vom 15. April 1976 zufolge wird das Amt der Steiermärkischen Landesregierung nach Genehmigung durch das BM f. Bauten und Technik nunmehr einen überarbeiteten Bauzonenplan gemäß dem von ihm gelieferten Bebauungsvorschlag samt einem Modell der Stadtplanung Graz vorlegen und das Widmungsverfahren durchführen. Parallel dazu werden Verkaufsverhandlungen über die dem Palais Meran angrenzende Liegenschaft weitergeführt.

16.1.3. Der RH behält sich vor, auf diese Angelegenheit zurückzukommen.

16.2.1. Zur Empfehlung des RH, die Beschäftigung von Landesbediensteten an der Hochschule nach Möglichkeit zu vermeiden (siehe zuletzt TB 1974 Abs. 25.2.), wies das BM f. Wissenschaft und Forschung in seiner Stellungnahme vom 15. April 1976 darauf hin, daß diese Frage ein Teilproblem des Akademievertrages darstelle, über dessen Auflösung seit längerer Zeit die zuständigen Stellen des Bundes und des Landes Steiermark verhandeln.

16.2.2. Der RH wird diese Angelegenheit weiterverfolgen.

16.3. Zur Anregung des RH, um das baldige Zustandekommen einer entsprechenden gesetzlichen Regelung des Höchstausmaßes der Lehrverpflichtung der Bundeslehrer L 1 an den Kunsthochschulen besorgt zu sein (siehe zuletzt TB 1974 Abs. 25.3.), teilte das BM f. Wissenschaft und Forschung in seiner Stellungnahme vom 15. April 1976 dem RH mit, daß Vorarbeiten für eine einheitliche Regelung der Lehrverpflichtung der Bundeslehrer der Verwendungsgruppe L 1 im Bereich der Universitäten sowie der Kunsthochschulen bereits in Angriff genommen worden seien.

16.4.1. Zur Trennung der Vereinsaktivitäten der Internationalen Gesellschaft für Jazzforschung von den Aufgaben der Hochschule empfahl der RH den Abschluß eines Vertrages, in dem die gegenseitigen Rechte und Pflichten festgelegt werden (siehe TB 1971 Abs. 28,6.).

16.4.2. Der Stellungnahme des BM f. Wissenschaft und Forschung vom 15. April 1976 zufolge liegt der Vertrag nunmehr vor.

b) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1975

Bundesstaatliche Studienbibliothek in Linz

Organisationsangelegenheiten

17.1.1. Die Bundesstaatliche Studienbibliothek in Linz (kurz StB) ist die letzte noch bestehende bundesstaatliche Studienbibliothek.

17.1.2. Der RH wies darauf hin, daß derzeit in Linz drei selbständige wissenschaftliche Bibliotheken bestehen, die in die Kompetenz des BM f. Wissenschaft und Forschung fallen. Er empfahl, wegen der steigenden Anforderungen an die Bibliotheken, der zunehmenden Personalkosten und Verkürzungen der Arbeitszeit, die zu einer möglichst umfassenden Rationalisierung, Koordination und Kooperation zwingen, die StB einer der bestehenden Bibliotheken in Linz anzugliedern. In diesem Zusammenhang führte der RH die seinerzeitige Zusammenlegung der Bundesstaatlichen Studienbibliothek in Klagenfurt mit der Bibliothek der Hochschule für Bildungswissenschaften an.

17.1.3. Der Stellungnahme des BM f. Wissenschaft und Forschung zufolge wurde bereits eine Reihe von Maßnahmen zur organisatorischen und funktionellen Zusammenführung der StB mit den anderen seiner Kompetenz unterstehenden Linzer Bibliotheken durchgeführt. In diesem Sinne wurde der Gebarungsvollzug für die StB mit 1. Jänner 1975 an die Quästur der Universität Linz übertragen. Die StB wurde angewiesen, im Interesse der gebotenen Sparsamkeit bei der Literaturbeschaffung auf eine möglichst weitgehende Zusammenarbeit mit der Universitätsbibliothek zu achten. Hinsichtlich des Bestandsaufbaues seien die beiden Bibliotheken mithin als eine Einheit zu betrachten.

Die Zweckmäßigkeit einer Zusammenlegung mit der Bibliothek der Hochschule für künstlerische

und industrielle Gestaltung hielt das BM in seiner Stellungnahme jedoch schon im Hinblick auf die unterschiedliche Größenordnung und Zielsetzung der beiden Bibliotheken für fraglich. Es wäre aber wirtschaftlich, die beiden Bibliotheken aufgrund ihrer räumlichen Nähe einer gemeinsamen Leitung zu unterstellen und die Buchbearbeitung für die beiden Bibliotheken gemeinsam durchführen zu lassen. Die StB wurde auch diesbezüglich bereits ausdrücklich angewiesen.

17.2.1. Ferner bemängelte der RH, daß für die StB im Gegensatz zu den wissenschaftlichen Bibliotheken der Kunsthochschulen und Universitäten keine gesetzliche Grundlage entsprechend Art. 18 Abs. 1 B-VG gegeben ist. Daher fehlt u. a. eine Funktions- und Zielbeschreibung, die auch Sammlungsschwerpunkte beinhalten könnte oder festlegt, welche Sondersammlungen zweckmäßigerweise bei welchen Bibliotheken angelegt werden sollten. Das Fehlen einer gesetzlichen Funktions- und Zielbeschreibung der StB wirkte sich bei der Mitbetreuung anderer Bibliotheken, bei der Abgabe der Graphiksammlung (siehe auch Abs. 17.9. und 15.), bei der Beschaffung zusätzlichen Speicherraumes (siehe auch Abs. 17.13.) usw. aus.

17.2.2. Hiezu führte das BM f. Wissenschaft und Forschung aus, daß die Vorbereitung eines Bibliothekgesetzes einen Bestandteil seines Konzeptes für die Reform des wissenschaftlichen Bibliothekswesens bilde. Bei den Beratungen über die Hochschulreform sei jedoch der Schaffung einer neuen Rechtsgrundlage für die Universitätsbibliotheken der Vorrang zu geben gewesen. Im übrigen stelle das Inkrafttreten der einschlägigen Bestimmungen des Universitäts-Organisationsgesetzes eine wesentliche Voraussetzung für die gesetzliche Regelung des übrigen wissenschaftlichen Bibliothekswesens dar.

17.3.1. Die StB besitzt u. a. umfangreiche, wertvolle Altbestände, darunter Handschriften und Inkunabeln, ferner Handzeichnungen und Naturselbstdrucke sowie moderne wissenschaftliche Werke aus allen Wissensgebieten.

17.3.2. Der RH beanstandete, daß seit dem Jahre 1952 keine Inventur durchgeführt wurde, und empfahl eine Generalrevision und Zählung der Bestände.

17.3.3. Das BM teilte dem RH mit, daß es die Direktion der StB bereits angewiesen habe, die empfohlenen Maßnahmen unverzüglich einzuleiten.

17.4.1. Der RH stellte fest, daß es bei der StB keine Sammlungsschwerpunkte gibt. Als solche waren noch in der Bibliotheksstatistik 1971 die Naturwissenschaften, die Technik und die Medizin angeführt.

17.4.2. Das BM teilte hiezu mit, daß sich bei der StB die Sammlungsschwerpunkte aus ihrer im Verhältnis zu den anderen Bibliotheken in Linz subsidiären Funktion ergeben und sich daher kaum ein echter Sammlungsschwerpunkt realisieren lasse. Im übrigen sei eine Abstimmung der Grundsätze für die Literaturanschaffungen der Linzer Bibliotheken zuletzt am 4. August 1975 in einem Übereinkommen über die Zusammenarbeit zwischen der StB und der Universitätsbibliothek Linz erzielt worden.

17.5.1. Mängel wurden ferner im Rahmen der Erwerbung beim Buchlauf festgestellt.

17.5.2. Der RH empfahl daher, zum Zwecke der Arbeitsvereinfachung und der Beschleunigung des Buchlaufes die Bestellzettel-Vordrucke so zu gestalten, daß sie als Buchnachweiskarten für alle im Laufe der Bearbeitung eines Druckwerkes vorzunehmenden schriftlichen Aufzeichnungen verwendet und nach schrittweiser Ergänzung der Aufschreibung zu einem Sonderinventar vereinigt werden können. Auch sollten die Arbeitsphasen des Buchlaufes neu gestaltet werden.

17.5.3. Der Stellungnahme des BM zufolge wird diese Empfehlung anläßlich einer Inspektion des im BM eingerichteten Beirates für das Bibliothekswesen bei der StB in die Prüfung einbezogen werden.

17.6.1. Der RH stellte fest, daß sich durch das bei der StB derzeit angewandte Ermittlungsverfahren für die Leserstatistik stark überhöhte statistische Zahlen betreffend die Leser und Entleiher ergeben. Es wird nämlich nicht die Anzahl der Leser, sondern die Anzahl der aus den Beständen der StB und aus der Landeslehrerbücherei zur Benützung im Lesesaal und zur Entlehnung außer Haus ausgehobenen Bände gezählt. Dabei wird in den Statistikaufzeichnungen der StB zwischen Lesern, die ein Buch im Lesesaal benützen, und solchen, die ein Buch außer Haus entlehnen, nicht unterschieden. Dazu kommt noch eine Quote von rund 20%, die die Anzahl der Benützer der im Lesesaal aufgestellten Bände, des Zeitschriftenlesesaales, der Handschriftensammlung sowie der Fernleihe erfassen soll. Durch das von der StB angewandte Verfahren der Statistikermittlung stand im Jahre 1974 einer Anzahl von nur 50 067 im Lesesaal benützten Bänden eine Benützerfrequenz von 62 853 gegenüber.

17.6.2. Der RH empfahl daher, in Hinkunft nicht eine Benützerfrequenz, sondern die Anzahl der Leser zu ermitteln.

17.6.3. Das BM teilte hiezu dem RH u. a. mit, daß sich der im BM eingerichtete Beirat für das Bibliothekswesen mit dieser Angelegenheit beschäftigen werde.

17.6.4. Dem RH erschien die Einholung eines Gutachtens des Beirates über die in den Formularen zur Österreichischen Bibliotheksstatistik anzugebende „Zahl der Leser" entbehrlich, da seiner Ansicht nach dieser Begriff in den Erläuterungen zur Österreichischen Bibliotheksstatistik durch den Satz „Zahl der Leser nicht nach Leserkarten, sondern nach Zahl der tatsächlichen Besuche (und Benützung von Büchern)" ohnehin ausreichend definiert ist.

17.7.1. Eine weitere Feststellung des RH betraf die mangelhafte Entleiherstatistik.

17.7.2. Der RH empfahl, die Anzahl der eingetragenen Entleiher einwandfrei festzustellen und im Formblatt der Österreichischen Bibliotheksstatistik einzutragen. Keinesfalls sollte die Anzahl der für die Entlehnung aus dem Bücherspeicher ausgehobenen Bände als Anzahl der Entleiher angegeben werden.

17.7.3. Das BM teilte dem RH mit, daß es eine entsprechende Anweisung an die Direktion der StB geben werde.

17.8.1. Das Handel-Mazzetti-Archiv setzte sich aus vier Teilen zusammen, die der StB einesteils von der Dichterin und anderen Persönlichkeiten letztwillig überlassen, anderenteils von den Erben der Dichterin, der Oberösterreichischen Landesregierung und einem Verlag, im Jahre 1956 lediglich in die Verwaltung übergeben wurden. Im Jahre 1973 stimmte des BM der Abgabe des Archivs als Leihgabe an das Adalbert-Stifter-Institut des Landes Oberösterreich zu, da es zu dieser Zeit in den Kellerräumen der StB vollkommen ungeordnet untergebracht und daher nicht benützbar war.

17.8.2. Der RH beanstandete, daß die StB seinerzeit dem BM gegenüber das gesamte Handel-Mazzetti-Archiv als Eigentum des Landes Oberösterreich bezeichnete, obwohl es sich zum Teil um Bundeseigentum handelte. Ferner bemängelte er, daß das Archiv durch die Verlagerung in den Keller der StB entwertet und unbenützbar geworden war und daß die Zerstörung der seinerzeitigen Ordnung die Erkennung und Bezeichnung der im Bundeseigentum stehenden Archivteile unmöglich gemacht hatte.

17.8.3. Das BM teilte dem RH mit, es habe die StB angewiesen, die Liste der als Eigentum der Republik erkannten Archivobjekte vom Adalbert-Stifter-Institut anzufordern und diese Objekte als Leihgaben der StB zu bezeichnen. Die StB hätte in Hinkunft alle Handlungen zu unterlassen, durch die die Bestände der StB entwertet oder unbenützbar würden oder die eine Klärung von Eigentumsverhältnissen erschweren oder unmöglich machen.

17.9.1. Anläßlich der Verbundlichung der Kunstschule der Stadt Linz durch die Errichtung der Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung (BGBl. Nr. 251/1973) bot der Magistrat der Landeshauptstadt Linz dem Bund die Bibliotheksbestände der ehemaligen Kunstschule im Tausch gegen die graphische Sammlung der StB an. Das BM stimmte der Abgabe der Graphiksammlung im Austausch gegen gleichwertige Objekte zu, da die Sammlung der StB weder betreut noch aufgearbeitet und benützbar war.

17.9.2. Der RH beanstandete u. a., daß einerseits eine Aufstellung über die von der StB dem Magistrat der Stadt Linz zu übergebenden Graphiken insgesamt 5 336 Blätter sowie ein Konvolut Graphiken aufwies, andererseits die StB den Umfang der Graphiksammlung dem BM gegenüber mit rund 16 000 Blättern angab. Überdies vermißte der RH den Abschluß eines Vertrages.

17.9.3. Hiezu führte das BM aus, daß aufgrund der zahlenmäßigen Abweichungen der Angaben das Tauschobjekt derzeit noch nicht hinlänglich bestimmt erscheint. Das Rektorat der Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz wurde daher angewiesen, vorläufig bis zur Klärung der noch offenen Fragen von der Unterzeichnung des Tauschvertrages Abstand zu nehmen.

17.10.1. Die graphischen Blätter, die sich seit etwa einem halben Jahrhundert in der StB befanden, waren nicht inventarisiert. So fand auch die Bestandsänderung anläßlich der Abgabe der graphischen Sammlung in den Bestandsaufschreibungen der StB keinen Niederschlag.

17.10.2. Der Stellungnahme des BM zufolge steht dieser Mangel im Zusammenhang mit den an der StB derzeit noch unbearbeiteten Beständen (siehe Abs. 17.28.).

17.11.1. Die Landeslehrerbücherei für Oberösterreich wurde im Jahre 1960 der StB angegliedert. Die StB verpflichtete sich, den Raum für den Zuwachs an Büchern, etwa 400 Bände jährlich, bereitzustellen.

17.11.2. Der RH beanstandete, daß trotz weitgehender Angliederung dieser Bücherei keine entsprechenden Vorkehrungen dagegen getroffen wurden, daß die Landeslehrerbücherei kurzfristig aus dem Verband der StB wieder ausscheidet. Eine Ausgliederung würde nicht nur einen beträchtlichen Verwaltungsaufwand (z. B. die Herausnahme der Bestände dieser Bücherei aus dem Sach- und Autorenkatalog der StB), sondern auch einen bedeutenden Substanzverlust bei der StB verursachen. Der RH empfahl daher eine entsprechende Vereinbarung mit dem Lande Oberösterreich gemäß Art. 15 a des Bundes-Verfassungsgesetzes.

17.11.3. Das BM f. Wissenschaft und Forschung hielt dagegen ein im Jahre 1960

abgeschlossenes Gestattungsübereinkommen für ausreichend, um eine kurzfristige Ausgliederung der Landeslehrerbücherei aus dem Verband der StB zu verhindern. Inwieweit durch Vereinbarungen mit dem Land Oberösterreich im Sinne der zitierten bundesverfassungsgesetzlichen Bestimmung jede Art der bibliothekarischen Zusammenarbeit der StB mit Landesdienststellen vertraglich zu regeln sei, werde das BM noch überprüfen.

17.11.4. Der RH wird diese Angelegenheit weiterverfolgen.

17.12.1. Der RH wies darauf hin, daß durch eine Neuaufteilung der Kellerräume der StB rund 300 m² Nutzfläche gewonnen werden könnten, von denen ein Großteil für Speicherzwecke geeignet wäre.

17.12.2. Das BM teilte hiezu mit, daß es das BM f. Bauten und Technik ersucht habe, die Möglichkeiten einer besseren Ausnützung der Kellerräume zu untersuchen. Das Ergebnis der Überprüfung liegt noch nicht vor.

17.13.1. Seitens der Direktion der StB wie auch des BM f. Wissenschaft und Forschung wurde in den letzten Jahren wiederholt auf die Notwendigkeit der Schaffung zusätzlichen Speicherraumes für die StB hingewiesen. Folgende Projekte wurden erwogen: Aufstockung des bestehenden Büchermagazins um drei Stockwerke, Errichtung eines Speicherzubaues auf dem im Jahre 1969 erworbenen Grundstück oder die Anmietung geeigneter Räumlichkeiten. Dazu stellte der RH fest, daß seit dem Jahre 1970 ein halbes Speichergeschoß mit Beständen der Landeslehrerbücherei für Oberösterreich belegt ist, daß Speicherraum durch eine Ablage laufender Zeitschriften nicht entsprechend verwendet wird und daß in dem für die Aufstellung von Bücherregalen geeigneten Kassensaal die Hälfte des Stellraumes von einem etwa 20 m³ großen Bücherdepot eingenommen wurde. Ferner wurden dem Zentralkatalog der wissenschaftlichen Bibliotheken Oberösterreichs seit 1. Jänner 1972 Räumlichkeiten der StB zur Verfügung gestellt. Mehrere als Speicherräume ausbaufähige Kellerräume wurden zum Abstellen von Möbeln u. a. verwendet.

17.13.2. Nach Ansicht des RH würde es keine Raumnot der StB geben, wenn die vorhandenen Räumlichkeiten besser genutzt und darüber hinaus die Räume, die für ressortfremde Dienststellen und für Wohnzwecke zur Verfügung gestellt sind, für Zwecke der StB herangezogen würden. Im übrigen sollte dem Projekt eines zentralen Bücherdepots für alle wissenschaftlichen Bibliotheken in Linz erst dann nähergetreten werden, wenn die gesetzliche Grundlage für eine Kooperation und Koordination der wissenschaftlichen Bibliotheken auch außerhalb der Universitäten und Kunsthochschulen gegeben ist.

17.13.3. Das BM teilte dem RH hiezu mit, daß die gesamte Raumkonzeption der StB im Zuge einer Inspektion der StB durch den im BM eingerichteten Beirat für das Bibliothekswesen untersucht und begutachtet werden wird.

17.13.4 Der RH wird diese Angelegenheit weiterverfolgen.

17.14.1. Der RH stellte ferner fest, daß die StB eine Reihe von Agenden für auswärtige Institutionen führte, obwohl seiner Ansicht nach organisatorische Mängel und die nichtbearbeiteten Rückstandslager an der StB diese Arbeiten nicht zuließen.

17.14.2. Die Stellungnahme des BM macht eine Weiterverfolgung dieser Angelegenheit im Zusammenhang mit der zu schaffenden gesetzlichen Grundlage für die wissenschaftlichen Bibliotheken erforderlich.

17.15.1. Im Frühjahr 1975 stimmte das BM der Wiederaufstellung der Bestände der der Generaldirektion der Österreichischen Bundesforste unterstehenden Schloßbibliothek Steyr durch Bedienstete der StB zu. Schon das seinerzeitige BM f. Unterricht nahm zustimmend zur Kenntnis, daß der frühere Leiter der StB die Betreuung der Schloßbibliothek Steyr übernahm.

17.15.2. Der RH empfahl, zunächst zu prüfen, ob für die Betreuung der Schloßbibliothek eine Zuständigkeit des BM f. Wissenschaft und Forschung gegeben ist. Für den Fall einer Zuständigkeit des BM wäre ehebaldigst ein Verwaltungsübereinkommen abzuschließen, das klare Verhältnisse betreffend die zukünftige Verwertung der Schloßbibliothek schafft.

17.15.3. Das BM hält vom Bestand her gesehen seine Zuständigkeit für gegeben. Es werde aber noch zu prüfen sein, ob es sinnvoll sei, den Bücherbestand zu bearbeiten und für die Forschung zugänglich zu machen, und ob eine Übertragung der weiteren Bearbeitung an die StB vertretbar sei. Der Abschluß eines Verwaltungsübereinkommens mit den Österreichischen Bundesforsten würde sich dann erübrigen, wenn das Schloß vom BM f. Bauten und Technik übernommen wird.

17.16.1. Der RH stellte fest, daß die Ablieferung von Freistücken gemäß § 21 des Bundesgesetzes über die Presse, BGBl. Nr. 218/1922, besonders mangelhaft erfolgte. In zahlreichen Fällen wurden Freistücke überhaupt nicht an die StB abgeliefert.

17.16.2. Der RH empfahl daher der StB, alle Verlage und Druckereien des Landes Oberösterreich in einem Rundschreiben an die im

Pressegesetz verankerte Pflicht zur Ablieferung von Druckwerken zu erinnern und den Eingang der Freistücke laufend zu überwachen.

17.16.3. In ihrer Stellungnahme führte die StB aus, durch entsprechende Maßnahmen sei nunmehr die Gewähr gegeben, daß eine möglichst vollständige Erfassung der Freistücke (Pflichtexemplare) erfolge.

17.17.1. Ferner bemängelte der RH den Rückstand bei der Titelaufnahme, unter dem sich auch zahlreiche bereits in früheren Jahren inventarisierte Werke befanden. Außerdem waren etwa 20 000 im Bücherspeicher aufgestellte, inventarisierte und signierte Werke zur Zeit der Gebarungsüberprüfung noch in keinem Katalog verzeichnet.

17.17.2. Der RH empfahl die umgehende Aufarbeitung der Rückstände und organisatorische Maßnahmen für eine raschere Titelaufnahme der laufenden Neuzugänge. Ebenso regte er an, mit der Nachkatalogisierung der älteren Serien zu beginnen.

17.17.3. Der Stellungnahme der StB zufolge wurden Maßnahmen zur Titelaufnahme bereits eingeleitet, die Nachkatalogisierung sei jedoch derzeit nicht möglich, da die Neuzugänge Vorrang hätten.

17.17.4. Der RH entgegnete, daß nur bei vollständiger Katalogisierung die Benützbarkeit der Werke gewährleistet ist und daß gerade in der bibliothekarischen Erschließung der mangelhaft erfaßten Altbestände neben der Bearbeitung der Neuzugänge eine der wesentlichsten Aufgaben einer Bibliothek gesehen wird.

17.18.1. Der Porträtkatalog wurde vom RH unbenutzt in einem Kellerabteil der StB vorgefunden. Der RH empfahl daher, auch diesen Katalog der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Er beanstandete, daß Teile des systematischen Bandkataloges aus der Zeit vor 1900 zum Beschweren von Zeitschriften verwendet wurden. Er empfahl daher, diesen Katalog umgehend ordnungsgemäß aufzustellen.

17.18.2. Der Stellungnahme der StB zufolge werden der Porträtkatalog und der Bandkatalog der Empfehlung entsprechend aufgestellt werden.

17.19.1. Der RH beanstandete, daß für entlehnte oder im Lesesaal benützte Werke keine Platzzettel im Bücherspeicher verwendet wurden. Er wies dabei auf die Funktion der Platzzettel als Nachweis über den Verbleib eines Buches hin.

17.19.2. Die StB lehnte in ihrer Stellungnahme die Verwendung von Platzzetteln ab, weil sie ihrer Meinung nach eine Mehrbelastung des Personals bedinge, die nicht mehr zugemutet werden könne.

17.19.3. Der RH stellte demgegenüber fest, daß das Einlegen der Platzzettel gleichzeitig mit dem Ausheben der Bände zu erfolgen hätte und zur Einführung der Platzzettel lediglich eine Änderung der Bestellzettel erforderlich wäre.

17.20.1. Insbesondere bei Seriensignaturen wurden laufend zeitraubende Umstellungen im Bücherspeicher durchgeführt, die durch eine zweckentsprechende Speicherorganisation vermieden werden könnten.

17.20.2. Die StB führte die Verlagerungen auf den Mangel an ausreichendem Speicherraum zurück. Sie würden im übrigen gewöhnlich vom Direktorstellvertreter und einem B-Beamten freiwillig durchgeführt.

17.20.3. Der RH bemerkte dazu, daß es sich dabei keinesfalls um eine der Einstufung dieser Beamten entsprechende Tätigkeit handelt. Vielmehr sollten diese beiden Beamten für eine zweckmäßige Aufstellung im Bücherspeicher sorgen.

17.21.1. Im Lesesaal der StB war zur Zeit der Überprüfung auch die Entlehnstelle untergebracht. Nur eine geringe Zahl der Leser benützte den Lesesaal für Studienzwecke, weil vor allem die mit der Entlehnung verbundenen Personenaufrufe, der Schalterverkehr usw. den Lesebetrieb erheblich stören.

17.21.2. Der RH empfahl daher, die Entlehnstelle aus dem Lesesaal zu entfernen.

17.21.3. Der Stellungnahme der StB zufolge ist eine Trennung von Lesesaal und Entlehnstelle ein personelles und räumliches Problem.

17.21.4. Der RH entgegnete, daß die Entfernung der Entlehnstelle aus dem Lesesaal kein Problem darstellt, wenn von der bisherigen Praxis der sofortigen Buchausgabe bei der Entlehnung abgegangen und zwecks rationelleren Einsatzes des Bibliothekspersonals die Entlehnzeit auf bestimmte Amtsstunden beschränkt wird.

17.22.1. Zur Zeit der Überprüfung gab es keine geeigneten Sicherheitsvorkehrungen gegen die unerlaubte Mitnahme von Werken der StB aus dem Lesesaal.

17.22.2. Der RH empfahl u. a. die Errichtung einer Schranke, die alle Lesesaalbenützer zwingt, an dem diensthabenden Beamten vorbeizugehen, sowie stichprobenweise Taschenkontrollen.

17.22.3. Die Stellungnahme der StB macht eine Weiterverfolgung dieser Angelegenheit erforderlich.

17.23.1. Da für entlehnte Bücher bei der StB keine Kautionen verlangt werden, kam es, wie der RH feststellte, häufig vor, daß trotz wiederholter Mahnungen Bücher nicht zurückgegeben wurden.

17.23.2. Der RH empfahl, in Hinkunft Bücher nur gegen entsprechende Sicherstellungen zu verleihen.

17.23.3. Dazu führte die StB aus, daß Sicherstellungen einerseits eine Frage der Bewältigung, andererseits auch eine Frage des Verständnisses von seiten der Leserschaft seien. Kautionen würden eine erhebliche Ausweitung im Entlehnbereich bedingen und „selbstverständlich auch eine psychische Belastung für die Bediensteten im Lesesaal bedeuten".

17.23.4. Der RH sieht dennoch nur in entsprechenden Sicherstellungen die Möglichkeit, dem aufgezeigten Mangel wirksam vorzubeugen.

17.24.1. Weitere Beanstandungen wegen unbearbeiteter Handschriften, fehlender Eigentumsvermerke, ungeklärter Eigentumsverhältnisse usw. betrafen die Handschriften- und Inkunabelnsammlung.

17.24.2. Die StB sagte zu, die festgestellten Mängel im Rahmen einer Gesamtrevision zu beheben.

17.25.1. Der RH stellte ferner umfangreiche Dublettenbestände fest, die nur zum Teil aufgearbeitet waren. Er empfahl, da der Großteil der Dubletten wertvollen Speicherraum verstellt, diese Bestände zu sichten, wertvolle Exemplare aufzustellen, die übrigen aber auszusondern und entweder anderen Bibliotheken zum Tausch anzubieten, zu verkaufen oder als Makulatur abzustoßen.

17.25.2. Die StB hat nunmehr einen Großteil der Dubletten bereits gesichtet und deren Aufarbeitung begonnen.

17.26.1. Weiters beanstandete der RH, daß die StB alljährlich dem BM f. Wissenschaft und Forschung eine Bibliotheksstatistik vorlegte, die zahlenmäßig mit den tatsächlichen Personal- und Sachausgaben nicht übereinstimmte. Diese Statistik führe, wenn sie vom BM f. Wissenschaft und Forschung zur Erstellung des Teiles „Bibliotheken" des Hochschulberichtes ausgewertet wird, zu unrichtigen Ergebnissen.

17.26.2. Hiezu teilte die StB mit, daß zum Zwecke der Erstellung einer genauen Bibliotheksstatistik vom BM f. Wissenschaft und Forschung eine einheitliche Regelung für alle Bundesbibliotheken angestrebt werde.

17.27.1. Zahlreiche Mängel fand der RH in der Inventar- und Materialverwaltung. Er empfahl daher, sie entsprechend den Richtlinien für die Verwaltung der beweglichen Sachen (RIM) ehestmöglich in Ordnung zu bringen.

17.27.2. Der Empfehlung soll in Bälde entsprochen werden.

17.28.1. Für verschiedene Fremdveranstaltungen im Festsaal der StB wird kein Entgelt eingehoben, obwohl entsprechende Kosten anfallen. Der RH empfahl daher, in Hinkunft die Kosten solcher Veranstaltungen den jeweiligen Institutionen in Rechnung zu stellen.

17.28.2. Laut Mitteilung der StB wird dieser Empfehlung Folge geleistet werden.

Verschiedenes

17.29.1. Die wöchentliche Dienstzeit ist an der StB seit Jänner 1975 sehr ungleichmäßig auf die einzelnen Tage der Woche verteilt.

17.29.2. Der RH stellte fest, daß Arbeitstage mit 10 und 11 Arbeitsstunden der Bewältigung der gestellten Aufgaben nicht förderlich sind, und wies auf § 28 Abs. 2 der Dienstpragmatik hin, demzufolge die Wochendienstzeit unter Berücksichtigung der dienstlichen Erfordernisse und der berechtigten Interessen der Beamten möglichst gleichmäßig und bleibend auf die Tage der Woche aufzuteilen ist.

17.29.3. In seiner Stellungnahme teilte das BM mit, daß der derzeitige Dienstplan der StB vom BM bisher nicht genehmigt worden sei. Die Direktion sei im übrigen aufgefordert worden, die Notwendigkeit des Dienstplanes in der derzeitigen Form zu begründen und darüber hinaus zu prüfen, ob durch einen neuen Dienstplan eine der Dienstpragmatik entsprechende möglichst gleichmäßige Verteilung der wöchentlichen Dienstzeit auf alle Tage der Woche erreicht werden kann.

17.30.1. Zur Zeit der Gebarungsüberprüfung hatten der Direktor und mehrere Bedienstete der StB zahlreiche Resturlaubstage noch nicht verbraucht, die zum Teil gemäß § 42 Abs. 11 der Dienstpragmatik schon verfallen oder vom Verfall bedroht waren.

17.30.2. Der RH empfahl, um die Bediensteten vor einem Verfall des Urlaubes zu bewahren und um allzulangen Absenzen vorzubeugen, in Hinkunft auf einen regelmäßigen Verbrauch des jährlichen Erholungsurlaubes hinzuwirken.

17.30.3. Das BM trat der Auffassung des RH im grundsätzlichen bei. Es sehe sich aber aufgrund der gegebenen Rechtslage erst dann veranlaßt, auf den Verbrauch des jährlichen Erholungsurlaubes im Erlaßwege Einfluß zu nehmen, wenn konkrete Dienstinteressen dies verlangen. Das BM forderte jedenfalls den Direktor der StB auf, einen eingehenden Bericht im Gegenstande vorzulegen, der die Grundlage für allfällige Veranlassungen bilden wird.

17.31.1. Allen Bediensteten der StB wird von der Direktion zusätzlich zum gesetzlichen Urlaubsanspruch ein Tag für bewegliche Feiertage, die auf Samstage fallen, freigegeben.

17.31.2. Der RH wies darauf hin, daß die generelle Gewährung dieses zusätzlichen Urlaubstages einer rechtlichen Grundlage entbehre.

17.31.3. Das BM hat den Direktor der StB bereits angewiesen, diese Begünstigung sofort einzustellen.

17.32.1. Eine Reihe von Feststellungen des RH betraf das Bestellwesen bei der StB. So beanstandete er, daß an der StB in vielen Fällen die schriftlichen Bestellungen erst nach Eingang der Rechnungen und Bezahlung der bestellten Lieferungen oder Leistungen ausgefertigt werden.

17.32.2. Das BM hat laut seiner Stellungnahme die StB auf die unabdingbare Notwendigkeit einer strikten Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen hingewiesen. Darüber hinaus wurde die Quästur der Universität Linz als die nunmehr für den Gebarungsvollzug der StB zuständige Kasse angewiesen, die Einhaltung der Vorschriften durch die StB zu kontrollieren.

17.33.1. Weiters beanstandete der RH, daß die StB über die ihr zugewiesenen Jahreskreditmittel hinaus in Erwartung außerordentlicher Dotationen entgegen den Bestimmungen über das Bestellscheinverfahren Bücher angekauft hat.

17.33.2. Der RH empfahl, die StB auf die Notwendigkeit der Einhaltung zugewiesener Kredite aufmerksam zu machen und bei der Zuweisung weiterer Kreditmittel einen strengen Maßstab anzulegen.

17.33.3. Das BM teilte hiezu mit, daß es die StB entsprechend der Empfehlung des RH angewiesen habe. Weiters sei die Direktion der StB ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht worden, daß Bedienstete, die die Richtlinien über das Bestellscheinverfahren nicht befolgen, sich einer Pflichtverletzung schuldig machen. Darüber hinaus wurde die Quästur der Universität Linz angewiesen, die Beachtung der Bestimmungen über das Bestellverfahren durch die Direktion der StB zu überwachen.

17.34.1. Weiters empfahl der RH, in Anbetracht der hohen jährlichen Ausgaben für Buchbinderarbeiten in Hinkunft vor Vergabe dieser Aufträge Kostenvoranschläge mehrerer Firmen einzuholen und durch langfristige Verträge mit den beauftragten Firmen für preisgünstigere Buchbinderarbeiten zu sorgen.

17.34.2. Dieser Empfehlung des RH wird entsprochen werden.

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für soziale Verwaltung

a) Nachträge zum Tätigkeitsbericht 1974

Schülerausspeisung

18.1. Zu der Empfehlung des RH, im Hinblick auf die bereits seit dem Jahre 1958 dauernden Bemühungen um eine gesetzliche Regelung der Schülerausspeisung umgehend die geplante Gesetzesvorlage auszuarbeiten (siehe TB 1974 Abs. 28.), teilte das BM f. soziale Verwaltung mit, es müßten für die Vorbereitung des Entwurfes eines Bundesgesetzes über die Förderung der Schülerausspeisung noch neue Grundlagen erarbeitet werden.

18.2. Hiezu erwiderte der RH, daß bei einer nahezu 20jährigen Erfahrung auf diesem Gebiet die erforderlichen Grundlagen alsbald zur Verfügung stehen müßten. Er wiederholte daher mit Nachdruck seine Empfehlung.

Kurhaus Ferdinand Hanusch für Kriegsbeschädigte in Bad Hofgastein

19.1.1. Zu der Empfehlung des RH (siehe TB 1974 Abs. 32.2.2.), das neu errichtete Kurhaus einem weiteren Personenkreis als dem der Kriegsbeschädigten zu öffnen und die im Zuge des Neubaues des Kurhauses geschaffenen, jedoch stillgelegten Einrichtungen der Elektro- und Physikotherapie für Zwecke der Rehabilitation zu nutzen, antwortete das BM f. soziale Verwaltung, daß die Einrichtungen des Kurhauses für eine nach den modernsten Erkenntnissen durchzuführende Rehabilitation bei weitem nicht ausreichten und es daher nicht möglich sei, das Kurhaus Ferdinand Hanusch in eine Rehabilitationsanstalt umzugestalten.

Zu der Feststellung des RH, daß Zivilinvalide und Versorgungsberechtigte nach dem Heeresversorgungsgesetz von der Benützung des Kurhauses nach dem Stiftungszweck ausgeschlossen seien (siehe TB 1974 Abs. 32.2.4.), teilte das BM mit, daß für die Versorgungsberechtigten nach dem Heeresversorgungsgesetz gemäß dem seinerzeitigen Stifterwillen zweifellos eine Aufnahme in das Kurhaus in Betracht komme.

19.1.2. Der RH verblieb bei seiner Auffassung, daß in dem Kurhaus aufgrund der gegebenen Möglichkeiten nach Durchführung erforderlicher Investitionen ein Heilbäderaufenthalt als Teilprogramm einer Rehabilitation für jenen Personenkreis vorgesehen werden sollte, der bisher infolge Mangels solcher Einrichtungen auf eine Rehabilitation verzichten mußte. Dazu bedürfte es allerdings auch einer Abänderung des seit 1955 maßgeblichen Stiftungszweckes, der nur eine Heilfürsorge für Kriegsbeschädigte vorsieht.

19.2.1. Zu dem Hinweis, es sollte im Kurhaus entsprechend der Betriebsbewilligung und der Anstaltsordnung für ein stets verfügbares und geeignetes, gemäß den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 22. Mai 1961 betreffend die Regelung des Krankenpflegefachdienstes, der medizinisch-technischen Dienste und der Sanitätshilfsdienste, BGBl. Nr. 102, ausgebildetes und berufsberechtigtes medizinisches Fachper-

sonal Sorge getragen werden (siehe TB 1974 Abs. 32.8.), teilte das BM mit, daß nach einer Stellungnahme des BM f. Gesundheit und Umweltschutz nicht alle drei in diesem Bundesgesetz genannten Personenkategorien vorhanden sein müßten. Im Falle des Kurhauses Ferdinand Hanusch wäre die Verwendung von Personal des Krankenpflegefachdienstes bzw. des medizinisch-technischen Dienstes im Hinblick auf den Anstaltszweck nicht erforderlich.

19.2.2. Nach Auffassung des RH genügen im Hinblick auf den Anstaltszweck des Kurhauses Ferdinand Hanusch Bademeister allein nicht. Er verwies daher erneut auf die Gesetzesbestimmungen und die behördliche Betriebsbewilligung, wonach dafür Sorge zu tragen ist, daß über das Personal für den Sanitätshilfsdienst hinaus stets auch das vorgeschriebene Personal für den Krankenpflegefachdienst und für medizinisch-technische Dienste zur Verfügung steht.

Landesarbeitsamt Wien und Landesarbeitsamt Salzburg

20.1. Zu TB 1974 Abs. 33.1.1. und Abs. 33.1.2. trug das BM nach, daß für jene 4 Referate, deren Leitung von den zuständigen Abteilungsleitern wahrgenommen wird, auch künftig Referatsleiter nicht bestellt werden. Weiters beabsichtigte das BM, im Frühjahr 1976 die Notwendigkeit der nach Durchführung der Neuorganisation des LAA Salzburg zusätzlich geschaffenen Referate zu prüfen und sodann zu entscheiden, ob im Sinne der Anregung des RH Referate aufgelöst werden könnten.

20.2. In der Frage eines einheitlichen Beihilfenverfahrens teilte das BM f. soziale Verwaltung mit, daß es die Anregung des RH in der Absicht weiterhin evident hält, sie im Zuge der geplanten Einführung der EDV bei der Abwicklung des Beihilfenverfahrens zu verwirklichen (siehe TB 1974 Abs. 33.2.2.).

20.3 Zu TB 1974 Abs. 33.13.3. gab das BM bekannt, daß die Prüfung der Möglichkeit einer einfachen Verfahrensregelung bei Konkurrenzierung von Lebensunterhaltsbeihilfen und Schülerbeihilfen noch nicht abgeschlossen ist.

20.4. Zu der vom RH empfohlenen Einsparung von 2 B-Dienstposten teilt das Landesarbeitsamt Wien mit, daß es den Personalstand um 2 Dienstposten vermindert habe (siehe TB 1974 Abs. 33.25.3.).

b) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1975

Reservefonds nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz

21.1. Die Gebarung der Arbeitslosenversicherung ergab im Jahre 1975 einen Abgang von 471 930 706,18 S, der durch Auflösung der zweckgebundenen Arbeitslosenversicherungsrücklage in Höhe von 241 609 386,56 S und durch eine Überweisung vom Reservefonds im Nettobetrag von 230 321 319,62 S gedeckt wurde. Dadurch verringerte sich der buchmäßige Geldstand des Reservefonds Ende 1975 auf 1 596 469 806,30 S. Auf dem Konto des Reservefonds befand sich am 31. Dezember 1975 einschließlich der bisherigen Zinsenzuwächse von rund 120,5 Mill. S ein Betrag von 1 694 565 647,29 S, der sich zufolge der nach diesem Stichtag durchzuführenden Überweisungen — hauptsächlich zur Abdeckung des Gebarungsabganges 1975 — auf 1 458 236 216,80 S verminderte.

Unter Einbeziehung der Darlehensforderung gegen den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds (16 Mill. S) und einer weiteren Darlehensforderung (3 941 142,21 S) ergab sich Ende 1975 ein Gesamtvermögen des Reservefonds von 1 616 410 948,51 S.

Außerdem bestand Ende 1975 unter Berücksichtigung der Rücklagenauflösung von 241 609 386,56 S bei Kapitel 2/15580 aus der zweckgebundenen Gebarung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge ein Rest von 579 595 647,27 S.

21.2. Anläßlich der Kenntnisnahme des Gebarungsergebnisses 1975 der Arbeitslosenversicherung ermittelte der RH (siehe TB 1974 Abs. 34.2.) das Ausmaß der Zinsenverluste des Reservefonds infolge der verspäteten Überweisung der Gebarungsüberschüsse der Jahre 1973 und 1974, die letztlich am 31. Dezember 1975 erfolgte. Dem Reservefonds sind insgesamt rund 36,6 Mill. S an Zinsen entgangen.

21.3. Der Vermögensstand des Reservefonds liegt unter dem Durchschnitt der in den letzten fünf Jahren eingegangenen Arbeitslosenversicherungsbeiträge, weshalb sich eine Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages gemäß § 64 Abs. 4 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 1958 erübrigt. Im Hinblick auf den Gebarungsabgang 1975 und den im Bundesvoranschlag für das Jahr 1976 beim Ansatz 1/15037 vorgesehenen Gebarungsabgang der Arbeitslosenversicherung in Höhe von 306,5 Mill. S hat der RH auf § 61 Abs. 10 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 1958 verwiesen, wonach die Pflicht zur Änderung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages gegeben ist, wenn er dem voraussichtlichen Aufwand, der aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung zu bestreiten ist, nicht mehr entspricht.

21.4. Weiters empfahl der RH, wegen der unklaren Gesetzeslage hinsichtlich der Entnahme vorschußweiser Mittel aus dem Reservefonds für eine eindeutige gesetzliche Regelung zu sorgen, bei der § 40 des Familienlastenausgleichsgesetzes zum Vorbild dienen könnte.

21.5. Da die Kostentragung des Teilersatzes des Wochengeldes gemäß § 33 Abs. 4 AlVG

dem Bund obliegt, für die Jahre 1956 bis 1975 aber der Arbeitslosenversicherung angelastet wurde, hat das BM f. soziale Verwaltung eine Forderung des Reservefonds an den Bund in Höhe von rund 400 Mill. S errechnet. Der RH empfahl dem BM f. Finanzen, die in Aussicht gestellte gesonderte Entscheidung in dieser Frage ehestens zu treffen.

21.6. Weiters regte der RH an, die Beiträge bzw. Vorschüsse des Familienlastenausgleichsfonds, die von den Beträgen an ausgezahltem Karenzurlaubsgeld und den Krankenversicherungsbeiträgen abgesetzt veranschlagt und verrechnet werden, künftig gemäß § 40 der Bundeshaushaltsverordnung brutto zu verrechnen.

21.7. Der Schriftverkehr mit dem BM f. Finanzen über die unter Abs. 21.5. und Abs. 21.6. angeführten Fragen ist noch nicht abgeschlossen.

21.8. Mit dem Ergebnis der finanziellen Gebarung der Arbeitslosenversicherung wurde dem RH auch eine Gebarungsübersicht des Wintermehrkostenausgleichsfonds, dem aufgrund des § 65 a Abs. 2 AlVG 1958 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 179/1974 im Jahre 1975 erstmals Mittel zuflossen, vorgelegt. Bis zum 31. Dezember 1975 wurden diesem Fonds 34 126 267 S zugeführt.

Träger der Sozialversicherung

c) Überblick über die Entwicklung der Gebarung der österreichischen Sozialversicherungsträger

Vorbemerkungen

22.1. Auf die mit 1. Jänner 1974 vollzogene Konzentration in der Sozialversicherung, durch die die Zahl der Versicherungsträger von 47 auf 28 verringert wurde, mußte auch im folgenden Überblick Bedacht genommen werden. Im Bereich der Krankenversicherung wurden deshalb die Werte 1973 der aufgelassenen Landwirtschaftskrankenkassen den Gebietskrankenkassen und die Werte der Selbständigen-Krankenkassen der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft als den nachfolgenden Trägern zugerechnet. Da die Land- und Forstwirtschaftliche Sozialversicherungsanstalt ihre unfallversicherten Mitglieder teils an die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt (kurz AUVA), teils an die Sozialversicherungsanstalt der Bauern abgab, eine genaue Zuordnung ihrer Ergebnisse 1973 an diese Nachfolgeanstalten aber nicht möglich war, wurden Steigerungsraten 1974/1973 bei diesen beiden Anstalten nicht angegeben und in der Zeile der Sozialversicherungsanstalt der Bauern für das Jahr 1973 die Werte der Land- und Forstwirtschaftlichen Sozialversicherungsanstalt aufgenommen. Eine Fußnote erinnert an diesen Umstand. In der Pensionsversicherung wurden die 1973 von der Land- und Forstwirtschaftlichen Sozialversicherungsanstalt erzielten Gebarungsergebnisse der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter zugerechnet, die Werte der Pensionsversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft jenen der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft gegenübergestellt.

Im übrigen sei auf die einleitenden Ausführungen im TB 1974 Abs. 35. verwiesen.

22.2. Wenn auch für die Erstellung des nachstehenden Überblicks über die finanzielle Situation der Sozialversicherung nur vorläufige Gebarungsergebnisse zur Verfügung standen, wird dadurch der Informationsgehalt nicht wesentlich beeinträchtigt, da selbst vorläufige Werte bereits Entwicklungstendenzen erkennen lassen.

Gesamtentwicklung

22.3. Die vorläufigen Gesamteinnahmen der österreichischen Sozialversicherungsträger erreichten im Jahre 1975 88,6 Milliarden S, das sind rund 14,7% mehr als 1974. In den vorangegangenen Jahren hatte die Erhöhung 16,7% bzw. 14,7% betragen. In dieser Einnahmensumme sind allerdings auch die Überweisungen innerhalb des Bereiches der Sozialversicherung, z. B. die Beiträge der Pensions- und Unfallversicherungsträger zur Krankenversicherung in Höhe von 3 479 Mill. S, enthalten.

22.4. Um den gleichen Betrag erhöhten diese internen Überweisungen die Gesamtausgaben der Sozialversicherungsträger, die für 1975 vorläufig mit rund 87,4 Milliarden S angegeben werden können. Gegenüber dem Jahre 1974 trat eine Steigerung um 16,1% ein. 1974 und 1973 hatten die Erhöhungen gegenüber den vorangegangenen Jahren 18,9% bzw. 11,9% betragen.

22.5. Daraus ergibt sich für das Berichtsjahr 1975 ein vorläufiger Gebarungsüberschuß in Höhe von rund 1 240,8 Mill. S gegenüber 1 973,9 Mill. S im Jahre 1974 und 2 858,8 Mill. S im Jahre 1973. Ohne Bundesbeiträge, jedoch mit den vom Bund in der Pensionsversicherung zu leistenden Ersätzen für Ausgleichszulagen hätten sich in allen drei abgelaufenen Jahren beträchtliche Gebarungsabgänge ergeben, nämlich

15 146 Mill. S im Jahre 1975,
10 609 Mill. S im Jahre 1974,
7 152 Mill. S im Jahre 1973.

22.6. Die Beitragseinnahmen waren 1975 mit rund 63 978 Mill. S um 10,4% höher als im Vorjahr; 1974 und 1973 betrugen die Erhöhungen

15,2 bzw. 16,8%. Mit einem Anteil von 72,2% (in den Vorjahren 75% und 76%) an den Gesamteinnahmen erwiesen sich die Beitragseinnahmen auch 1975 als die wichtigste Einnahmenquelle der Sozialversicherung.

22.7. Die Beiträge des Bundes gemäß dem ASVG, dem GSPVG, dem B-PVG und dem B-KVG betrugen im Jahre 1975 rund 16 387 Mill. S und waren damit gegenüber dem Jahre 1974 um 3804 Mill. S oder 30,2% höher. Einschließlich der Ersätze für Ausgleichszulagen leistete der Bund somit

1975 ..... rund 20 656 Mill. S,
1974 ..... rund 16 384 Mill. S,
1973 ..... rund 13 441 Mill. S,

so daß von je 1 000 S der Gesamteinnahmen im Jahre

1975 ..... 233 S,
1974 ..... 212 S,
1973 ..... 203 S

aus dem Bundesbeitrag und den Ausgleichszulagenersätzen des Bundes stammten.

22.8. Für Leistungen mußten die Sozialversicherungsträger in den Jahren

1975 ..... 81 215 Mill. S,
1974 ..... 70 108 Mill. S,
1973 ..... 59 797 Mill. S

aufwenden. Damit erhöhte sich zwar der Leistungsaufwand gegenüber 1974 um rund 15,8% (in den Vorjahren um 17,2% bzw. 11,8%), doch sank der Anteil des Leistungsaufwandes an den Gesamtausgaben von 93,1% im Jahre 1974 und 94,4% im Jahre 1973 auf 92,9% im Jahre 1975.

22.9. Die übermäßige Steigerung des Verwaltungsaufwandes im Jahre 1974 hat sich im Berichtsjahr nicht fortgesetzt. 1975 wurden 3 227,6 Mill. S für die Verwaltung aufgewendet, in den Jahren 1974 und 1973 2 754,6 Mill. S bzw. 2 146,5 Mill. S. Die Steigerung betrug somit 1975 17,2% gegenüber 28,3% im Jahre 1974 und 19% im Jahre 1973. Somit entfielen von je 1 000 S Gesamtausgaben auf die Verwaltungskosten

1975 ..... 37 S,
1974 ..... 37 S,
1973 ..... 34 S.

Krankenversicherung

22.10. Der Gebarungserfolg aller Krankenversicherungsträger im Berichtsjahr 1975 war vor allem dadurch gekennzeichnet, daß die Einnahmen in diesem Jahr prozentuell in einem geringeren Ausmaß gestiegen sind als in den Vorjahren. Die neuerliche Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage für die nach dem ASVG versicherten Dienstnehmer brachte infolge der eingetretenen Konjunkturabschwächung nicht die erhofften Mehreinnahmen. Die Senkung des Beitragssatzes für die dem Entgeltfortzahlungsgesetz (kurz EFZG) unterliegenden Versicherten verursachte wohl eine Verringerung der Beitragseinnahmen, die jedoch ungefähr dem Rückgang der Ausgaben für Krankenunterstützung entsprach, so daß diese Maßnahme keinen wesentlichen Einfluß auf das Gebarungsergebnis der Krankenversicherungsträger hatte. Wohl aber führte der von den Krankenversicherungsträgern an den beim Hauptverband errichteten Erstattungsfonds zu leistende Zuschuß in Höhe von 300 Mill. S zu einer beachtlichen Steigerung der sonstigen Ausgaben. Die Zunahme des Leistungsaufwandes war einerseits auf eine Verbesserung des Leistungsrechts (Erweiterung des Anspruches auf Fahrtkostenersatz und Entfall des 10%igen Kostenanteils bei Anstaltspflege aus dem Versicherungsfall der Mutterschaft), andererseits auf eine erhöhte Inanspruchnahme von Versicherungsleistungen, insbesondere von Zahnbehandlungen und Zahnbehelfen, und auf gestiegene Tarife der Vertragspartner der Krankenversicherungsträger zurückzuführen.

22.11. Die Gesamteinnahmen der Krankenversicherungsträger im Berichtsjahr und die prozentuellen Einnahmenerhöhungen in den Vergleichsjahren betrugen:

Krankenversicherungsträger	Einnahmen 1975 in Mill. S	Prozentuelle Erhöhung 1975	1974	1973
Alle Krankenversicherungsträger	22 775,2	11,1	17,4	16,7
Gebietskrankenkassen	16 679,7	10,2	17,4	18,3
Betriebskrankenkassen	392,4	4,6	13,4	15,0
Versicherungsanstalten	3 508,7	14,3	21,5	13,8
SVA der gewerblichen Wirtschaft	1 069,7	15,7	15,4	11,9
SVA der Bauern	1 124,7	13,7	9,3	8,0
Wiener Gebietskrankenkasse allein	4 941,2	9,8	16,5	16,3

22.12. Ausgaben der Krankenversicherungsträger:

Krankenversicherungsträger	Ausgaben 1975 in Mill. S	Prozentuelle Erhöhung 1975	1974	1973
Alle Krankenversicherungsträger	23 371,9	14,8	23,5	12,1
Gebietskrankenkassen	17 124,7	13,3	24,0	13,0
Betriebskrankenkassen	390,8	6,5	14,2	11,5
Versicherungsanstalten	3 578,9	19,5	26,2	9,9
SVA der gewerblichen Wirtschaft	1 121,9	22,3	21,2	6,7
SVA der Bauern	1 155,6	20,9	13,4	11,3
Wiener Gebietskrankenkasse allein	5 128,4	11,5	23,3	11,5

22.13. Daraus ergibt sich folgender vorläufiger Gebarungserfolg der Krankenversicherungsträger:

Krankenversicherungsträger	Gebarungserfolg in Mill. S 1975	1974	1973
Alle Krankenversicherungsträger	—596,7	+140,9	+970,1
Gebietskrankenkassen	—445,0	+ 15,6	+699,7
Betriebskrankenkassen	+ 1,6	+ 8,0	+ 9,4
Versicherungsanstalten	— 70,3	+ 77,0	+154,1
SVA der gewerblichen Wirtschaft	— 52,1	+ 7,2	+ 44,4
SVA der Bauern	— 30,9	+ 33,1	+ 62,5
Wiener Gebietskrankenkasse allein	—187,2	— 98,3	+136,0

22.14. Im Berichtsjahr konnten von den bestehenden 24 Krankenversicherungsträgern nur neun, und zwar sieben Betriebskrankenkassen, eine Versicherungsanstalt und eine Gebietskrankenkasse, ein positives Gebarungsergebnis erzielen. Im Jahre 1974 hatten noch 19 Krankenversicherungsträger einen Überschuß aufgewiesen. Ohne den Bundesbeitrag von 351 Mill. S hätte sich bei der Sozialversicherungsanstalt der Bauern in der Sparte Krankenversicherung ein um diesen Betrag höherer Abgang ergeben.

Dem Ausgleichsfonds der Krankenversicherungsträger wurden im Berichtsjahr von den Gebietskrankenkassen und der Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues 139,6 Mill. S zugeführt, während der Bund einen Beitrag von 50 Mill. S leistete. Im Jahre 1975 wurden insgesamt zehn Zuschüsse gemäß § 447 b ASVG in Höhe von 57,8 Mill. S, eine Zuwendung gemäß § 447 c ASVG in Höhe von 10,3 Mill. S und erstmals Zweckzuschüsse gemäß § 447 e ASVG in Höhe von 187,8 Mill. S aus den Mitteln des Ausgleichsfonds zuerkannt.

22.15. Beiträge für Versicherte im Jahre 1975:

Krankenversicherungsträger	Beiträge 1975 in Mill. S	Prozentuelle Erhöhung 1975	1974	1973
Alle Krankenversicherungsträger	19 879,2	9,1	16,7	17,3
Gebietskrankenkassen	14 777,9	7,7	16,2	18,5
Betriebskrankenkassen	360,4	4,0	13,2	16,9
Versicherungsanstalten	3 122,3	13,3	21,1	14,6
SVA der gewerblichen Wirtschaft	987,3	14,6	14,7	13,9
SVA der Bauern	631,3	13,4	14,8	6,6

Krankenversicherungsträger	Prozentueller Anteil der Versicherungsbeiträge an den Gesamteinnahmen 1975	1974	1973
Alle Krankenversicherungsträger	87,3	88,9	89,5
Gebietskrankenkassen	88,6	90,6	91,6
Betriebskrankenkassen	91,8	92,4	92,5
Versicherungsanstalten	89,0	89,7	90,1
SVA der gewerblichen Wirtschaft	92,3	93,2	93,8
SVA der Bauern	56,1	56,3	53,6

22.16. Leistungsaufwand der Krankenversicherungsträger im Jahre 1975:

Krankenversicherungsträger	Leistungen 1975 in Mill. S	Prozentuelle Erhöhung 1975	1974	1973
Alle Krankenversicherungsträger	21 006,0	13,6	19,6	12,1
Gebietskrankenkassen	15 338,0	11,7	19,8	13,1
Betriebskrankenkassen	370,8	4,9	11,5	11,3
Versicherungsanstalten	3 224,5	18,8	22,6	9,7
SVA der gewerblichen Wirtschaft	1 021,7	22,7	18,6	8,4
SVA der Bauern	1 051,0	21,8	12,0	9,2

Krankenversicherungsträger	Prozentueller Anteil des Leistungsaufwandes an den Gesamtausgaben 1975	1974	1973
Alle Krankenversicherungsträger	89,9	90,8	93,8
Gebietskrankenkassen	89,6	90,8	94,0
Betriebskrankenkassen	94,9	96,3	98,7
Versicherungsanstalten	90,1	90,7	93,3
SVA der gewerblichen Wirtschaft	91,1	90,7	92,7
SVA der Bauern	90,9	90,3	91,4

22.17. Die Verwaltungskosten betrugen:

Krankenversicherungsträger	Verwaltungsaufwand 1975 in Mill. S	Prozentuelle Erhöhung 1975	1974	1973
Alle Krankenversicherungsträger	970,1	19,4	34,9	18,2
Gebietskrankenkassen	691,0	19,1	43,4	17,9
Versicherungsanstalten	148,9	19,5	26,5	10,9
SVA der gewerblichen Wirtschaft	57,4	15,0	20,5	2,6
SVA der Bauern	72,3	24,8	—0,2	55,4

Krankenversicherungsträger	Prozentueller Anteil des Verwaltungsaufwandes an den Gesamtausgaben 1975	1974	1973
Alle Krankenversicherungsträger	4,2	4,0	3,7
Gebietskrankenkassen	4,0	3,8	3,3
Versicherungsanstalten	4,2	4,2	4,2
SVA der gewerblichen Wirtschaft	5,1	5,4	5,5
SVA der Bauern	6,3	6,1	6,9

Unfallversicherung

22.18. Erstmals seit dem Jahre 1967 schloß die Unfallversicherung mit einem negativen Gebarungsergebnis ab. Diese ungünstige Entwicklung gründet sich auf die im Vergleich zur Ausgabensteigerung zu schwache Zuwachsrate bei den Einnahmen. Die Umschichtung in der Arbeitnehmerschaft — Rückgang der Arbeiter (Unfallversicherungsbeitrag: 2%) bei gleichzeitiger Erhöhung des Standes der Angestellten (Unfallversicherungsbeitrag: 0,5%) — ist als Hauptursache für das Zurückbleiben der Einnahmen anzusehen. Die nachstehende Tabelle zeigt die Gesamteinnahmen der Unfallversicherungsträger und die prozentuellen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr:

Unfallversicherungsträger	Gesamteinnahmen in Mill. S (prozentuelle Veränderung) 1975	1974	1973
Alle Unfallversicherungsträger	3 703,9 (+ 8,8)	3 404,4 (+11,7)	3 047,2
Allgemeine Unfallversicherungsanstalt	3 061,6 (+ 9,6)	2 793,1	2 411,3
SVA der Bauern	415,8 (— 1,3)	421,4	469,0 *)
VA der österreichischen Eisenbahnen	149,8 (+12,1)	133,5 (+14,2)	117,0
VA öffentlich Bediensteter	76,7 (+36,1)	56,4 (+12,9)	49,9

*) Land- und Forstwirtschaftliche SVA

22.19. In der folgenden Tabelle über die vorläufigen Gesamtausgaben der Unfallversicherungsträger und deren prozentuelle Veränderungen ist jener Betrag berücksichtigt, den die AUVA aufgrund des EFZG an den beim Hauptverband errichteten Erstattungsfonds zu leisten hatte. Vorschußweise überwies die AUVA für das Jahr 1975 dafür den Betrag von 66 Mill. S.

Unfallversicherungsträger	Gesamtausgaben in Mill. S (prozentuelle Erhöhung) 1975	1974	1973
Alle Unfallversicherungsträger ...	3 762,5 (+14,5)	3 285,2 (+16,0)	2 830,9
Allgemeine Unfallversicherungsanstalt	3 114,4 (+14,5)	2 721,1	2 215,4
SVA der Bauern	432,4 (+15,1)	375,5	450,8 *)
VA der österreichischen Eisenbahnen	145,8 (+12,4)	129,7 (+13,4)	114,4
VA öffentlich Bedienstеter	69,9 (+18,8)	58,9 (+16,9)	50,3

*) Land- und Forstwirtschaftliche SVA

22.20. Wie schon erwähnt, schlossen die Unfallversicherungsträger insgesamt im Jahre 1975 mit einem negativen Gebarungsergebnis ab, nur die VA der österreichischen Eisenbahnen und die VA öffentlich Bediensteter konnten Überschüsse erzielen. Ohne den Bundesbeitrag in Höhe von 100,56 Mill. S, den die SVA der Bauern erhielt, hätten die Unfallversicherung als Erfolg des Jahres 1975 einen Abgang von 159,20 Mill. S statt von 58,64 Mill. S und die SVA der Bauern einen Abgang von 117,19 Mill. S statt von 16,63 Mill. S ausgewiesen. Im einzelnen zeigen die Jahresabschlüsse der letzten Jahre folgende Ergebnisse:

Unfallversicherungsträger	Gebarungserfolg in Mill. S 1975	1974	1973
Alle Unfallversicherungsträger	— 58,6	+119,2	+216,2
Allgemeine Unfallversicherungsanstalt	— 52,8	+ 72,0	+195,9
SVA der Bauern	— 16,6	+ 45,9	+ 18,1 *)
VA der österreichischen Eisenbahnen	+ 4,0	+ 3,8	+ 2,6
VA öffentlich Bedienstеter	+ 6,8	— 2,5	— 0,4

*) Land- und Forstwirtschaftliche SVA

22.21. Abgesehen von dem erwähnten Bundesbeitrag für die SVA der Bauern stammen die Einnahmen der Unfallversicherungsträger fast ausschließlich aus den Beiträgen für die Versicherten. Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung des Beitragsaufkommens:

Unfallversicherungsträger	Beiträge für Versicherte in Mill. S (prozentuelle Erhöhung) 1975	1974	1973
Alle Unfallversicherungsträger ...	3 360,5 (+ 9,3)	3 074,2 (+12,1)	2 742,0
Allgemeine Unfallversicherungsanstalt	2 842,1 (+ 9,7)	2 589,7	2 225,4
SVA der Bauern	301,2 (∓ 0,0)	301,2	354,6 *)
VA der österreichischen Eisenbahnen	146,4 (+12,0)	130,7 (+13,8)	114,9
VA öffentlich Bedienstеter	70,8 (+34,7)	52,6 (+11,6)	47,1

*) Land- und Forstwirtschaftliche SVA

Unfallversicherungsträger	Prozentueller Anteil der Beiträge für Versicherte an den Gesamteinnahmen 1975	1974	1973
Alle Unfallversicherungsträger.....	90,7	90,3	90,0
Allgemeine Unfallversicherungsanstalt	92,8	92,7	92,3
SVA der Bauern	72,4	71,5	75,5 *)
VA der österreichischen Eisenbahnen	97,8	97,9	98,2
VA öffentlich Bedienstеter	92,3	93,3	94,3

*) Land- und Forstwirtschaftliche SVA

22.22. Die beiden folgenden Tabellen geben einen Überblick über den Leistungsaufwand der Unfallversicherungsträger. Die Anzahl der Unfallrenten im Dezember 1975, 1974 und 1973 und ihre Veränderung gegenüber den Vorjahren sind aus der dritten Tabelle zu ersehen.

Unfallversicherungsträger	Leistungsaufwand in Mill.S (prozentuelle Veränderung) 1975	1974	1973
Alle Unfallversicherungsträger ...	2 992,6 (+14,6)	2 611,1 (+13,2)	2 307,6
Allgemeine Unfallversicherungsanstalt	2 466,3 (+14,4)	2 156,4	1 764,6
SVA der Bauern	335,9 (+17,3)	286,5	395,6 *)
VA der österreichischen Eisenbahnen	128,4 (+11,4)	115,3 (+13,3)	101,8
VA öffentlich Bedienstete	62,0 (+17,3)	52,9 (+16,1)	45,6

*) Land- und Forstwirtschaftliche SVA

Unfallversicherungsträger	Prozentueller Anteil des Leistungsaufwandes an den Gesamtausgaben 1975	1974	1973
Alle Unfallversicherungsträger.....	79,5	79,5	81,5
Allgemeine Unfallversicherungsanstalt	79,2	79,2	97,7
SVA der Bauern	77,7	76,3	87,7 *)
VA der österreichischen Eisenbahnen	88,1	88,9	89,0
VA öffentlich Bedienstete	88,7	89,9	90,5

*) Land- und Forstwirtschaftliche SVA

Unfallversicherungsträger	Anzahl der Renten im Dezember (prozentuelle Veränderung im Jahre) 1975	1974	1973
Alle Unfallversicherungsträger ...	124 788 (+ 1,0)	123 605 (+ 0.9)	122 492
Allgemeine Unfallversicherungsanstalt	81 563 (+ 0,4)	81 263	70 221
SVA der Bauern	36 052 (+ 2,4)	35 217	45 303 *)
VA der österreichischen Eisenbahnen	5 340 (— 1,0)	5 393 (— 0,1)	5 398
VA öffentlich Bedienstete	1 833 (+ 5,8)	1 732 (+10,3)	1 570

*) Land- und Forstwirtschaftliche SVA

22.23. Höhe und Entwicklung des Verwaltungsaufwandes in der Unfallversicherung:

Unfallversicherungsträger	Verwaltungsaufwand in Mill. S (prozentuelle Veränderung) 1975	1974	1973
Alle Unfallversicherungsträger ...	329,0 (+12,7)	292,0 (+37,6)	212,2
Allgemeine Unfallversicherungsanstalt	231,4 (+13,2)	204,3	156,2
SVA der Bauern	79,1 (+ 9,5)	72,2	43,2 *)
VA der österreichischen Eisenbahnen	12,4 (+18,3)	10,5 (+19,3)	8,8
VA öffentlich Bedienstete	6,1 (+23,9)	5,0 (+25,8)	4,0

*) Land- und Forstwitrschaftliche SVA

Unfallversicherungsträger	Prozentueller Anteil des Verwaltungsaufwandes an den Gesamtausgaben 1975	1974	1973
Alle Unfallversicherungsträger	8,7	8,9	7,5
Allgemeine Unfallversicherungsanstalt	7,4	7,5	7,1
SVA der Bauern	18,3	19,2	9,6*)
VA der österreichischen Eisenbahnen	8,5	8,1	7,7
VA öffentlich Bediensteter	8,8	8,4	7,8

*) Land- und Forstwirtschaftliche SVA

Pensionsversicherung der Unselbständigen

22.24. Einnahmen der Träger der Pensionsversicherung der Unselbständigen in den Jahren 1975, 1974 und 1973 und deren prozentuelle Veränderungen:

Pensionsversicherungsträger	Einnahmen in Mill. S (prozentuelle Veränderung) 1975	1974	1973
Alle Pensionsversicherungsträger	52 810 (+16,0)	45 526 (+15,9)	39 275
PVA der Arbeiter	32 348 (+16,4)	27 792 (+14,5)	24 265
VA der österreichischen Eisenbahnen	625 (+12,2)	557 (+15,7)	482
PVA der Angestellten	18 110 (+15,7)	15 657 (+18,6)	13 201
VA des österreichischen Bergbaues	1 727 (+13,6)	1 520 (+14,6)	1 327

22.25. Ausgaben der Träger der Pensionsversicherung der Unselbständigen in den Jahren 1975, 1974 und 1973 und deren prozentuelle Veränderungen:

Pensionsversicherungsträger	Ausgaben in Mill. S (prozentuelle Veränderung) 1975	1974	1973
Alle Pensionsversicherungsträger	50 989 (+16,2)	43 875 (+16,4)	37 679
PVA der Arbeiter	31 740 (+15,2)	27 559 (+15,1)	23 937
VA der österreichischen Eisenbahnen	620 (+12,2)	552 (+16,2)	475
PVA der Angestellten	16 918 (+18,7)	14 256 (+19,2)	11 959
VA des österreichischen Bergbaues	1 711 (+13,5)	1 508 (+15,3)	1 308

22.26. Der Gesamtgebarungsüberschuß belief sich im Jahre 1975 auf 1,8 Milliarden S oder 3,4% der Gesamteinnahmen und lag damit unter dem Wert der Vorjahre (1974: 3,6%; 1973: 4,1%).

Pensionsversicherungsträger	Gebarungsüberschuß in Mill. S 1975	1974	1973
Alle Pensionsversicherungsträger	1 821,4	1 650,7	1 595,9
PVA der Arbeiter	608,8	232,4	327,5
VA der österreichischen Eisenbahnen	5,7	5,3	6,8
PVA der Angestellten	1 191,6	1 401,3	1 242,6
VA des österreichischen Bergbaues	15,3	11,7	19,0

22.27. Höhe der Beiträge für Versicherte und deren Anteil an den Einnahmen:

Pensionsversicherungsträger	Beiträge für Versicherte in Mill.S (prozentuelle Veränderung) 1975	1974	1973
Alle Pensionsversicherungsträger	38 409 (+11,1)	34 561 (+15,0)	30 061
PVA der Arbeiter	19 805 (+7,4)	18 442 (+12,2)	16 442
VA der österreichischen Eisenbahnen	406 (+19,8)	339 (+23,5)	275
PVA der Angestellten	17 635 (+15,4)	15 275 (+18,4)	12 904
VA des österreichischen Bergbaues	563 (+11,6)	505 (+14,7)	440

Pensionsversicherungsträger	Prozentueller Anteil der Beiträge für Versicherte an den Gesamteinnahmen 1975	1974	1973
Alle Pensionsversicherungsträger	72,7	75,9	76,5
PVA der Arbeiter	61,2	66,4	67,8
VA der österreichischen Eisenbahnen	64,9	60,8	57,0
PVA der Angestellten.....	97,4	97,6	97,7
VA des österreichischen Bergbaues	32,6	33,2	33,2

22.28. Die erste der drei nachstehenden Tabellen zeigt die Höhe des Bundesbeitrages gemäß § 80 ASVG, die zweite die Summe aus Bundesbeitrag und Ausgleichszulagenersätzen in absoluten Beträgen. Die dritte Tabelle stellt den Anteil dieser Einnahmen an den Gesamteinnahmen seit 1973 dar.

Pensionsversicherungsträger	Bundesbeitrag gemäß § 80 ASVG in Mill. S (prozentuelle Erhöhung) 1975	1974	1973
Alle Pensionsversicherungsträger..	10 723,8 (+34,6)	7 968,4 (+23,3)	6 459,6
PVA der Arbeiter	9 452,5 (+38,3)	6 836,1 (+25,3)	5 457,6
VA der österreichischen Eisenbahnen	189,0 (— 0,6)	190,2 (+ 4,0)	182,9
PVA der Angestellten	—	—	—
VA des österreichischen Bergbaues.	1 082,3 (+14,9)	942,1 (+15,0)	819,1

Pensionsversicherungsträger	Bundesbeitrag und Ausgleichszulagenersätze in Mill. S (prozentuelle Erhöhung) 1975	1974	1973
Alle Pensionsversicherungsträger .	13 232,4 (+29,4)	10 227,2 (+20,0)	8 523,6
PVA der Arbeiter	11 769,1 (+31,9)	8 924,3 (+21,1)	7 366,7
VA der österreichischen Eisenbahnen	207,6 (+ 0,3)	207,0 (+ 4,5)	198,0
PVA der Angestellten	129,6 (+13,5)	114,2 (+10,8)	103,1
VA des österreichischen Bergbaues	1 126,1 (+14,7)	981,7 (+14,7)	855,8

Pensionsversicherungsträger	Prozentueller Anteil des Bundesbeitrages samt Ausgleichszulagenersätzen an den Gesamteinnahmen 1975	1974	1973
Alle Pensionsversicherungsträger	25,1	22,5	21,7
PVA der Arbeiter	36,4	32,1	30,4
VA der österreichischen Eisenbahnen	33,2	37,1	41,1
PVA der Angestellten.....	0,7	0,7	0,8
VA des österreichischen Bergbaues	65,2	64,6	64,5

22.29. In den ersten zwei der folgenden Tabellen ist die Entwicklung des Leistungsaufwandes, in der dritten die Anzahl der im Dezember 1975, 1974 und 1973 aufrechten Pensionen und deren prozentuelle Veränderungen dargestellt:

Pensionsversicherungsträger	Leistungsaufwand in Mill. S (prozentuelle Veränderung) 1975	1974	1973
Alle Pensionsversicherungsträger .	48 441,9 (+16,3)	43 653,3 (+15,8)	35 963,2
PVA der Arbeiter	30 154,0 (+15,2)	26 171,5 (+14,8)	22 806,5
VA der österreichischen Eisenbahnen	581,0 (+11,9)	519,2 (+16,2)	446,9
PVA der Angestellten	16 073,0 (+18,9)	15 523,7 (+18,1)	11 452,7
VA des österreichischen Bergbaues	1 633,9 (+13,6)	1 438,9 (+14,5)	1 257,1

Pensionsversicherungsträger	Prozentueller Anteil des Leistungsaufwandes an den Gesamtausgaben 1975	1974	1973
Alle Pensionsversicherungsträger	95,0	94,9	95,4
PVA der Arbeiter	95,0	95,0	95,3
VA der österreichischen Eisenbahnen	93,7	94,0	94,0
PVA der Angestellten.....	95,0	94,9	95,8
VA des österreichischen Bergbaues	95,5	95,4	96,1

Pensionsversicherungsträger	Anzahl der Pensionen im Dezember (prozentuelle Veränderung im Jahre) 1975	1974	1973
Alle Pensionsversicherungsträger .	1 102 786 (+1,8)	1 083 648 (+1,6)	1 067 061
PVA der Arbeiter	784 786 (+1,1)	776 043 (+1,1)	767 410
VA der österreichischen Eisenbahnen.....	15 933 (+1,6)	15 683 (+0,4)	15 621
PVA der Angestellten	272 230 (+3,9)	261 987 (+3,1)	254 077
VA des österreichischen Bergbaues	29 837 (—0,3)	29 935 (—0,1)	29 953

22.30. Höhe und Entwicklung des Verwaltungsaufwandes in der Pensionsversicherung der Unselbständigen:

Pensionsversicherungsträger	Verwaltungsaufwand in Mill. S (prozentuelle Veränderung) 1975	1974	1973
Alle Pensionsversicherungsträger .	1 556,8 (+16,7)	1 334,0 (+19,3)	1 118,5
PVA der Arbeiter	875,1 (+13,8)	768,8 (+11,6)	688,9
VA der österreichischen Eisenbahnen	26,2 (+17,7)	22,2 (+ 7,0)	20,8
PVA der Angestellten	606,9 (+21,2)	500,7 (+33,9)	374,0
VA des österreichischen Bergbaues	48,6 (+14,9)	42,3 (+21,5)	34,8

Pensionsversicherungsträger	Prozentueller Anteil des Verwaltungsaufwandes an den Gesamtausgaben 1975	1974	1973
Alle Pensionsversicherungsträger	3,1	3,0	3,0
PVA der Arbeiter	2,8	2,8	2,9
VA der österreichischen Eisenbahnen	4,2	4,0	4,4
PVA der Angestellten.....	3,6	3,5	3,1
VA des österreichischen Bergbaues	2,8	2,8	2,7

Pensionsversicherung der Selbständigen

22.31. Einnahmen der Träger der Pensionsversicherung der Selbständigen und deren Entwicklung seit 1973:

Pensionsversicherungsträger	Einnahmen in Mill. S (prozentuelle Veränderung) 1975	1974	1973
Alle Pensionsversicherungsträger .	9 354,5 (+19,1)	7 853,9 (+22,4)	6 416,8
SVA der gewerblichen Wirtschaft .	5 101,7 (+18,6)	4 299,8 (+21,6)	3 535,1
SVA der Bauern	4 208,7 (+19,7)	3 515,8 (+23,4)	2 850,3
VA des österreichischen Notariats .	44,1 (+15,3)	38,3 (+21,9)	31,4

22.32. Gesamtausgaben der Pensionsversicherungsträger der Selbständigen seit 1973 und deren Entwicklung:

Pensionsversicherungsträger	Ausgaben in Mill. S (prozentuelle Veränderung) 1975	1974	1973
Alle Pensionsversicherungsträger .	9 279,8 (+19,1)	7 790,9 (+22,9)	6 340,2
SVA der gewerblichen Wirtschaft .	5 060,9 (+18,6)	4 265,9 (+22,2)	3 492,0
SVA der Bauern	4 179,6 (+19,7)	3 491,7 (+23,9)	2 819,2
VA des österreichischen Notariats .	39,3 (+18,2)	33,3 (+14,8)	29,0

22.33. Auch im Jahre 1975 konnte die Pensionsversicherung einen Gebarungsüberschuß aufweisen, der dank des hohen Bundesbeitrages über dem des Vorjahres lag:

Pensionsversicherungsträger	Gebarungsüberschuß in Mill. S 1975	1974	1973
Alle Pensionsversicherungsträger	74,7	63,1	76,6
SVA der gewerblichen Wirtschaft	40,8	34,0	43,1
SVA der Bauern	29,1	24,1	31,1
VA des österreichischen Notariats	4,8	5,0	2,4

22.34. Beitragseinnahmen der Pensionsversicherung der Selbständigen:

Pensionsversicherungsträger	Beiträge für Versicherte in Mill. S (prozentuelle Veränderung) 1975	1974	1973
Alle Pensionsversicherungsträger .	2 328,6 (+11,5)	2 088,8 (+11,3)	1 876,5
SVA der gewerblichen Wirtschaft .	1 427,0 (+13,2)	1 261,1 (+12,9)	1 117,3
SVA der Bauern	861,3 (+ 8,7)	792,2 (+ 8,6)	729,4
VA des österreichischen Notariats .	40,3 (+13,5)	35,5 (+19,1)	29,8

Pensionsversicherungsträger	Prozentueller Anteil der Beiträge für Versicherte an den Gesamteinnahmen 1975	1974	1973
Alle Pensionsversicherungsträger	24,9	26,6	29,2
SVA der gewerblichen Wirtschaft	28,0	29,3	31,6
SVA der Bauern	20,5	22,5	25,6
VA des österreichischen Notariats	91,3	92,7	94,8

22.35. Ähnlich wie die Pensionsversicherung der Unselbständigen konnte auch die Pensionsversicherung der Selbständigen nur zufolge der Leistung eines Bundesbeitrages ein positives Gebarungsergebnis erzielen. Obwohl die Beitragseinnahmen des Jahres 1975 gegenüber 1974 um 11,5% stiegen, erhöhten sich die Bundesbeiträge gemäß § 27 GSPVG bzw. § 19 B-PVG im gleichen Zeitraum um 24,5%; zusammen mit den Ausgleichszulagenersätzen betrugen die Leistungen des Bundes 74,5% der Gesamteinnahmen der Pensionsversicherung der Selbständigen.

Pensionsversicherungsträger	Bundesbeitrag in Mill. S (prozentuelle Veränderung) 1975	1974	1973
Alle Pensionsversicherungsträger .	5 211,7 (+24,5)	4 186,3 (+33,1)	3 145,2
SVA der gewerblichen Wirtschaft .	2 901,9 (+23,9)	2 342,0 (+31,6)	1 779,9
SVA der Bauern	2 309,8 (+25,2)	1 844,3 (+35,1)	1 365,3
VA des österreichischen Notariats .	—	—	—

Pensionsversicherungsträger	Bundesbeitrag und Ausgleichszulagenersätze in Mill. S (prozentuelle Veränderung) 1975	1974	1973
Alle Pensionsversicherungsträger .	6 971,9 (+21,7)	5 728,1 (+27,0)	4 511,6
SVA der gewerblichen Wirtschaft .	3 646,9 (+20,9)	3 015,5 (+25,6)	2 400,5
SVA der Bauern	3 325,0 (+22,6)	2 712,6 (+28,5)	2 111,1
VA des österreichischen Notariats	—	—	—

Pensionsversicherungsträger	Prozentueller Anteil des Bundesbeitrages samt Ausgleichszulagenersätzen an den Gesamteinnahmen 1975	1974	1973
Alle Pensionsversicherungsträger	74,5	72,9	70,3
SVA der gewerblichen Wirtschaft	71,5	70,1	67,9
SVA der Bauern	79,0	77,2	74,1
VA des österreichischen Notariats	—	—	—

22.36. Die folgenden Tabellen zeigen die Entwicklung des Leistungsaufwandes und die Anzahl der Renten in den letzten drei Jahren:

Pensionsversicherungsträger	Leistungsaufwand in Mill. S (prozentuelle Veränderung) 1975	1974	1973
Alle Pensionsversicherungsträger .	8 774,8 (+19,4)	7 351,0 (+21,3)	6 062,2
SVA der gewerblichen Wirtschaft .	4 819,4 (+19,0)	4 051,3 (+21,2)	3 342,3
SVA der Bauern	3 919,1 (+19,9)	3 269,0 (+21,4)	2 693,0
VA des österreichischen Notariats	36,3 (+18,1)	30,7 (+14,4)	26,9

Pensionsversicherungsträger	Prozentueller Anteil des Leistungsaufwandes an den Gesamtausgaben 1975	1974	1973
Alle Pensionsversicherungsträger	94,6	94,4	95,6
SVA der gewerblichen Wirtschaft	95,2	95,0	95,7
SVA der Bauern	93,8	93,6	95,5
VA des österreichischen Notariats	92,3	92,3	92,7

Pensionsversicherungsträger	Anzahl der Renten im Dezember (prozentuelle Veränderung im Jahre) 1975	1974	1973
Alle Pensionsversicherungsträger .	292 704 (+2,9)	284 414 (+2,7)	276 835
SVA der gewerblichen Wirtschaft .	126 146 (+3,4)	122 003 (+4,1)	117 206
SVA der Bauern	166 234 (+2,6)	162 087 (+1,7)	159 313
VA des österreichischen Notariats .	324 (+0,0)	324 (+2,5)	316

22.37. Entwicklung des Verwaltungsaufwandes in der Pensionsversicherung der Selbständigen:

Pensionsversicherungsträger	Verwaltungsaufwand in Mill. S (prozentuelle Veränderung) 1975	1974	1973
Alle Pensionsversicherungsträger .	371,8 (+17,6)	316,2 (+47,9)	213,9
SVA der gewerblichen Wirtschaft .	175,2 (+13,4)	154,6 (+31,8)	117,3
SVA der Bauern	194,6 (+21,6)	160,0 (+67,9)	95,3
VA des österreichischen Notariats .	2,0 (+21,3)	1,6 (+24,4)	1,3

Pensionsversicherungsträger	Prozentueller Anteil des Verwaltungsaufwandes an den Gesamtausgaben 1975	1974	1973
Alle Pensionsversicherungsträger	4,0	4,1	3,4
SVA der gewerblichen Wirtschaft	3,5	3,6	3,4
SVA der Bauern	4,7	4,6	3,4
VA des österreichischen Notariats	5,0	4,8	4,5

d) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1973

Salzburger Gebietskrankenkasse für Arbeiter und Angestellte

23.1.1. Bei der Bestellung der leitenden Ärzte und des leitenden Angestellten verzichtete die Salzburger Gebietskrankenkasse (kurz Kasse) jeweils auf die Hälfte der entsprechend den angerechneten Vordienstzeiten nachzuentrichtenden Pensionsbeiträge und gewährte für den verbleibenden Betrag langfristige Teilzahlungen. Die Kasse vertrat den Standpunkt, daß dieses Entgegenkommen allen Bediensteten im Falle der nachträglichen Anrechnung von Vordienstzeiten gebühre.

23.1.2. Der RH wies auf § 17 Abs. 4 Dienstordnung für Angestellte (kurz DO.A) hin, der eine Ermäßigung nachzuentrichtender Pensionsbeiträge nur bei besonders berücksichtigungswürdigen Umständen vorsieht. Solche berücksichtigungswürdige Sachverhalte seien jedoch vom RH nicht festgestellt worden.

23.1.3. Die Kasse erwiderte, die vom RH kritisierte Praxis sei von ihr bereits seit dem Inkrafttreten der seinerzeitigen DO.Ang. geübt und seitens des Aufsichtskommissärs gutgeheißen worden. Sie werde aber künftig eine Ermäßigung nachzuentrichtender Pensionsbeiträge nur bei besonders berücksichtigungswürdigen Umständen gewähren.

23.2.1. Die Kasse gewährte einzelnen Bediensteten, die zum Zeitpunkt ihrer Ruhestandsversetzung den gebührenden Erholungsurlaub ganz oder teilweise nicht in Anspruch genommen hatten, beträchtliche Urlaubsentschädigungen. So erhielt etwa der ehemalige leitende Angestellte für seinen für das Kalenderjahr 1963 noch offenen Urlaubsanspruch eine Abgeltung von 15 776,96 S, und seinem Nachfolger löste die Kasse 64 nicht verbrauchte Urlaubstage mit 44 184 S ab. Weiters bezahlte die Kasse dem mit 1. März 1972 pensionierten Heimverwalter als Urlaubsablöse für 59 Tage 39 002,54 S, obwohl ein Verbrauch des Urlaubs infolge der Bestellung des neuen Heimverwalters ohneweiters möglich gewesen wäre.

23.2.2. Hiezu führte der RH aus, daß die Gehaltsordnung der DO.A und auch das Angestelltengesetz solche Geldleistungen nicht vorsehen, sie also nur mit Berufung auf aus der Rechtsprechung abgeleitete allgemeine arbeitsrechtliche Grundsätze gewährt werden können. Diese aber leiten einen Anspruch auf Urlaubsentschädigung nur aus dem Schadenersatzrecht ab und setzen folgerichtig ein Verschulden des Dienstgebers voraus. Da aber in den erwähnten Fällen ein Verschulden der Kasse an dem Nichtverbrauch des Urlaubs nicht vorlag, hatte sie die Entschädigung ihren Bediensteten zu Unrecht gewährt.

23.2.3. Die Kasse antwortete, sie werde eine diesbezügliche Dienstanweisung erlassen und Urlaubsentschädigungen nur mehr dann gewähren, wenn ein Nichtverbrauch auf allein vom Dienstgeber zu vertretende Gründe zurückzuführen sei.

23.3.1. Die Kasse stellte mit Sondervertrag vom 21. Juni 1968 ohne vorherige Zustimmung des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger einen neuen Chefzahnarzt an und legte den Vertrag erst am 4. Juli 1968 zur Genehmigung vor. Da sich der Hauptverband nicht in der Lage sah, eine im Sondervertrag vorgesehene Zulagenregelung zu akzeptieren, verzögerte sich der Abschluß eines zweiten, abgeänderten Vertrages bis zum 6. Juni 1969.

23.3.2. Der RH verwies auf § 1 Abs. 8 DO.A, der den Abschluß von Sonderverträgen an die vorherige Zustimmung des Hauptverbandes bindet. Nur bei Einhaltung dieser Vorschrift könnten Übergenüsse, wie sie sich im gegenständlichen Falle im Ausmaß von 22 673 S ergeben haben, vermieden werden.

23.3.3.1. Die Kasse erklärte ihr Verhalten mit dem Wunsche, einen ausgezeichneten Fachmann für sich zu gewinnen. Sie habe aber den Hauptverband mündlich informiert und sei der Meinung gewesen, der späteren sondervertraglichen Regelung stünden keine Schwierigkeiten entgegen. Sie bezeichnete ihre Vorgangsweise als formalrechtlich wohl nicht einwandfrei, vertrat aber die Ansicht, daß die Dienstordnung bei Bestellung von Spitzenkräften großzügiger gehandhabt werden sollte.

23.3.3.2. Das BM f. soziale Verwaltung nahm diesen Fall zum Anlaß, nachdrücklich auf die bestehende Rechtslage hinzuweisen, nach der die Sozialversicherungsträger vor Abschluß derartiger Vereinbarungen an den Hauptverband heranzutreten und die Gründe für den Abschluß solcher Verträge eingehend darzulegen haben. Dieser Vorgang erscheine ihm auch dann geboten, wenn eine sondervertragliche Regelung in erheblichem Maße zur Erfüllung der durch das Gesetz übertragenen Aufgaben erforderlich sei. Auch bei unumgänglicher Notwendigkeit einer solchen Regelung sei der rechtmäßige Abschluß von der erteilten Zustimmung des Hauptverbandes abhängig.

23.4.1. Am 21. August 1973 reichte ein Reinigungsunternehmen bei der Wirtschaftsabteilung der Kasse ein Offert ein, in dem es die ständige Reinigung des gesamten Kassengebäudes mit Beistellung des Materials, der Maschinen und Arbeitsgeräte sowie des Zu- und Abtransportes der Arbeitskräfte um monatlich

66 850 S zuzüglich 16% Mehrwertsteuer anbot. Weil es die Wirtschaftsabteilung bisher verabsäumt hatte, den Aufwand der in Eigenregie durchgeführten Gebäudereinigung zu ermitteln, sah sich die Kasse nicht in der Lage, zu diesem Angebot Stellung zu nehmen.

23.4.2. Um sich eine Beurteilungsgrundlage zu schaffen, berechnete der RH die bisherigen Kosten mit 1 461 629 S im Jahr und stellte sie dem Jahrespauschalpreis von 930 552 S laut Angebot gegenüber. Dabei ergab sich eine jährliche Ersparnismöglichkeit von rund 531 000 S bei Beschäftigung des Reinigungsunternehmens.

Angesichts dieses Kostenunterschiedes empfahl der RH, weitere Reinigungsunternehmen zur Offertstellung einzuladen und die ständige Reinigung dem Bestbieter zu übertragen.

23.4.3. In ihrer Stellungnahme betonte die Kasse die langjährige Tätigkeit ihrer mit den Reinigungsarbeiten befaßten Bediensteten und wies auf den sozialen Aspekt des Problems hin. Sie versprach jedoch, aufgrund der Anregung des RH nach einer Lösung zu trachten, die auch den sozialen Überlegungen Rechnung trägt.

23.5.1. In dem am 14. November 1960 mit einem Ehepaar abgeschlossenen Mietvertrag verpflichtete sich die Kasse, die vom Mieter im Bestandobjekt Bischofshofen, Hauptschulstraße 16, bereits vorgenommenen Verbesserungen bei Beendigung des Mietverhältnisses abzulösen. Die Höhe der Ablöse sollte sich aus dem Anschaffungswert der Investitionen, gekürzt um die Wertminderung nach den Weisungen für die Rechnungslegung der Sozialversicherungsträger errechnen.

Als die Mieter aufgrund des vom Bürgermeister der Marktgemeinde Bischofshofen am 7. November 1963 verfügten Baubescheides die Wohnung räumen mußten, teilten sie der Kasse mit, sie hätten eine andere Wohnung gefunden, die jedoch erst in zwei Monaten beziehbar sei; die Zeit bis dahin würden sie in einem Gasthof wohnen. Im übrigen ersuchten sie um die vereinbarte Investitionsablöse. Mit einem weiteren Schreiben vom 9. November 1963 legte das Ehepaar eine Aufstellung jener Investitionen vor, für die es die Ablöse begehrte. Es behauptete, die Belege hiefür bereits 1960 der Kasse eingesandt und nicht zurückerhalten zu haben.

Nach Durchsicht der Unterlagen schlug das Wirtschaftsressort der Direktion die Herausnahme der erst kürzlich vorgenommenen Verbauung der Heizkörper aus der Aufstellung vor; damit verringere sich die Endsumme von 40 800 S auf 34 300 S, von der noch die Wertminderung für die Jahre 1960 bis 1963 im Ausmaß von 40% abzusetzen wäre, so daß sich nur eine Ablösesumme von 20 580 S ergäbe. Dieser Vorschlag fand nicht die Zustimmung des Vorstandes, der am 18. November 1963 beschloß, nur eine 30%ige Wertminderung anzunehmen. Überdies solle die Kasse die als Folge der vorübergehenden Unterbringung im Hotel entstehenden Mehrkosten ersetzen. Aufgrund dieses Beschlusses erhielten die ehemaligen Mieter 25 410 S an Ablöse und 6 868,56 S als Ersatz der durch den Aufenthalt im Hotel entstandenen Mehrkosten.

23.5.2. Hiezu führte der RH aus, die vertragliche Vereinbarung einer Investitionsablöse sei bei einer monatlichen Miete von 250 S ein weit über das übliche Ausmaß hinausgehendes Entgegenkommen gewesen; außerdem habe die Kasse Aufwendungen abgelöst, die im Vertrag nicht vorgesehen waren. So akzeptierte sie die in der Aufstellung angeführten Ausgaben für die Verlegung zweier Parkettfußböden, den Belag der übrigen Räume mit Kunststoff, die Verfliesung der Küchenwand, die Verbauung der Heizkörper und sonstige Erhaltungsarbeiten. Weiters übernahm die Kasse die Kosten des Hotelaufenthaltes, ohne vertraglich oder gesetzlich hiezu verpflichtet zu sein. Somit verstieß sie gegen § 81 ASVG, der eine Verwendung der Mittel nur für gesetzlich vorgeschriebene oder zulässige Zwecke vorsieht.

23.5.3. Die Kasse nahm die Ausführungen des RH zur Kenntnis und betonte, daß in allen übrigen von ihr abgeschlossenen Mietverträgen keine Vereinbarungen über die Gewährung einer Investitionsablöse enthalten seien.

23.6.1. Die Außenstelle der Kasse in Hallein befand sich in einem aus dem 15. Jahrhundert stammenden Gebäude, das trotz vorgenommener Umbauten und laufender Sanierung in keiner Weise den Erfordernissen entsprach. Die Kasse beschloß deshalb in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 7. Feber 1966, eine 1 406 m² große Liegenschaft um 1,2 Mill. S zu erwerben, um dort ein neues Außenstellengebäude zu errichten. Dazu kamen später die Abbruchkosten eines Altgebäudes und die Kosten des Notars, so daß sich ein Gesamtaufwand von 1 301 000 S und damit ein Preis von 925 S pro m² Grund und Boden ergaben. Ein vom Ökonomat der Kasse erstellter grober Kostenvergleich zeigte, daß die Unterbringung der Außenstelle in den vom Verein der Freunde des Wohnungseigentums angebotenen Räumen der Kasse billiger gekommen wäre.

23.6.2. In seinen Prüfungsmitteilungen beanstandete der RH die Unterlassung jedweder Untersuchungen bezüglich der zweckmäßigsten und wirtschaftlichsten Unterbringung der Außenstelle; auch der vorerwähnte Kostenvergleich war erst auf Anregung der Beauftragten des RH zustande gekommen.

23.6.3. Die Kasse erwiderte, daß sie aus verschiedenen Gründen ein Neubauvorhaben verwirklichen wollte und den Erwerb von Wohnungseigentum nicht ins Auge gefaßt habe. Deshalb habe sie einen Kostenvergleich erst gar nicht angestellt.

23.7.1. Die Kasse plante, im neuen Außenstellengebäude wie bisher neben der Verwaltung das Zahnambulatorium und den kontrollärztlichen Dienst unterzubringen, und sah hiebei in Anbetracht der zu erwartenden Steigerung des Versichertenstandes einen größeren Raumbedarf vor. Da nach Ansicht der Kasse je eine Wohnung für den Arzt, für den Außenstellenleiter und für den Hausmeister sowie sieben Garagen notwendig waren, standen letztlich einem Nettobedarf an Betriebsflächen von insgesamt 374 m² Wohn- und Garagenflächen von 340 m² gegenüber.

23.7.2. Der RH bemängelte die Großzügigkeit der Planung, die allein für den Schalterraum 120 m² vorsah, während die im alten Gebäude zur Verfügung stehende Betriebsfläche insgesamt nur 115,35 m² betragen hatte. Die für den Arzt geplante und dann auch gebaute Wohnung wurde von diesem nicht bezogen und stand deshalb monatelang leer. Für die sieben gebauten Garagen hatte die Kasse wegen fehlenden Eigenbedarfes keine Verwendung und konnte mangels zahlungswilliger Interessenten nur drei vermieten; eine nützte sie als Abstellraum für Fahrräder, die drei übrigen Garagen blieben unbenützt. Der RH vertrat die Auffassung, es sei nicht Aufgabe eines Sozialversicherungsträgers, Wohnraum zu schaffen und seine Geldmittel für die Errichtung von Mieträumlichkeiten zu verwenden.

23.7.3. Die Kasse begründete ihre Großzügigkeit mit der Industrialisierung des Raumes Hallein, die einen wachsenden Versichertenstand und damit vermehrten Parteienverkehr mit sich bringe. Die vorhandene, für den Arzt geplante Wohnung würde nun für einen Zahnarzt Verwendung finden; bezüglich der unbenützten Garagen äußerte sich die Kasse nicht.

23.8.1. Auf den Stammkarten der etwa 180 000 Versicherten wurden alle für das Versicherungsverhältnis relevanten Daten händisch festgehalten, obwohl dasselbe Datengut auch für Zwecke der EDV zu erfassen und zu speichern war.

23.8.2. Der RH verband seine Feststellung, daß hier vermeidbare Mehrarbeit in Kauf genommen werde, mit der Anregung, die Automation dieses datenintensiven Tätigkeitsbereiches ehestmöglich in Angriff zu nehmen.

23.8.3. Die Kasse erwiderte, sie habe den Aufbau von Datenbanken mit Einbeziehung des Leistungsbereiches bereits als nächste Etappe ihres Automationsprogramms vorgesehen.

23.9.1. Die im Eigentum der Kasse stehende EDV-Anlage wies im monatlichen Durchschnitt eine Maschineneinschaltzeit von 305 Stunden auf; die durchschnittliche Anzahl der CPU-Zählerstunden lag um 260.

23.9.2. Der RH stellte fest, daß bei einer maximal möglichen Einschaltzeit von 720 Stunden monatlich, selbst bei Berücksichtigung der für Systemwartung und Maschinenausfälle zu veranschlagenden Zeitverluste, nur etwa die Hälfte der zur Verfügung stehenden Maschinenkapazität genutzt wurde.

23.9.3. Die Kasse verwies in ihrer Stellungnahme auf die inzwischen um etwa 10% verbesserte Maschinenauslastung und bemerkte, daß im Zuge der fortschreitenden Automatisierung mit noch höheren Auslastungsquoten gerechnet werden könne.

e) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1974

Niederösterreichische Gebietskrankenkasse für Arbeiter und Angestellte

Organisation

24.1.1.1. Die Verteilung der Leitungskompetenzen bei der Niederösterreichischen Gebietskrankenkasse (kurz Kasse) auf sieben Angestellte bewirkte die Trennung zusammengehöriger Arbeitsgebiete, erschwerte den laufenden Dienstbetrieb und engte die Wahrnehmung einer zukunftsorientierten Planung wesentlich ein.

24.1.1.2. So umfaßte die vom leitenden Angestellten selbst geführte Verwaltungsgruppe neben dem Gesamtvertragswesen, der Öffentlichkeitsarbeit und der Innenrevision auch die Aufgabengebiete Organisation, Finanzen, Liegenschaftsverwaltung sowie Wirtschafts- und Bauwesen. Außerdem waren ihm die 19 Bezirksstellen der Kasse direkt unterstellt.

24.1.1.3. Im Gegensatz hiezu bestand zwischen den beiden in der Hauptstelle (kurz HSt) beschäftigten Direktor-Stellvertretern eine sinnvolle Aufgabenteilung: der eine war für das Versicherungs- und Beitragswesen, der andere für den Leistungsbereich einschließlich der eigenen Einrichtungen verantwortlich.

24.1.1.4. Schwerpunkte des von der Außenstelle (kurz ASt) in Wien betreuten und dem dritten Direktor-Stellvertreter übertragenen Aufgabenbereiches bildeten der chefärztliche Dienst mit seinen kontrollärztlichen Dienststellen sowie das mit den Angelegenheiten der Vertragsärzte befaßte Ärztereferat. Weiters unterstand diesem Angestellten die gesamte Ärzte- und Zahnbehandlerverrechnung der §-2-Kassen des Bundeslandes Niederösterreich.

24.1.1.5. Die die Datenerfassung, Statistik und Planung der künftigen Automation einschließende Verwaltungsgruppe des einen der beiden Direktionssekretäre bildete bis zu der vom leitenden Angestellten verfügten Abtretung der Organisationsabteilung eine betriebliche Einheit. Hingegen umfaßte die Verwaltungsgruppe des anderen Direktionssekretärs neben den Personalangelegenheiten die Krankenkontrolle und Arzneikostenprüfung, die in keinerlei Sachzusammenhang mit dem erstgenannten Arbeitsgebiet standen.

24.1.2.1. Der RH vertrat die Auffassung, daß eine richtige Kompetenzverteilung zur Bildung jener Schlüsselfunktionen zu führen habe, die in ihrer Summe die Erfüllung der betrieblichen Aufgaben sichern helfen. Diese sind bei einem Sozialversicherungsträger zunächst die dem unmittelbaren Vollzug des Gesetzesauftrages dienenden, das Versicherungs- und Leistungswesen umfassenden Prozeßfunktionen, sodann die zur Steuerung des hiezu erforderlichen Einsatzes der Mittel notwendigen Verwaltungsfunktionen.

24.1.2.2. Die aus Teilbereichen aller Schlüsselfunktionen zusammengesetzte Verwaltungsgruppe des leitenden Angestellten stellte keine organisch vorteilhafte Lösung dar, weil sie den Verantwortlichen durch die Mannigfaltigkeit seiner Inanspruchnahme einerseits bei der Ausübung seiner Leitungsfunktion behinderte und ihm anderseits die Möglichkeit nahm, jedes seiner Teilgebiete entsprechend zu überwachen. So wiesen die Wirtschafts-, die Bau- und die Liegenschaftsverwaltung nicht unbedeutende Mängel auf, und die notwendige Umgestaltung der Organisation der personalintensiven und damit teuren Bezirksstellen war unterblieben. In seinem Bemühen, alle ihm bedeutend erscheinenden Aufgabenbereiche selbst zu leiten, hatte der leitende Angestellte auch die bisher einem der Direktionssekretäre unterstehende Organisationsabteilung an sich gezogen, eine Maßnahme, die wohl seine Aufgaben weiter vermehrte, die Verwirklichung des für die Kasse wichtigen EDV-Projektes jedoch nicht beschleunigte. Der RH regte an, der leitende Angestellte möge sich nicht über betriebswirtschaftliche Zusammenhänge hinwegsetzen und daher sein unmittelbares Arbeitsgebiet auf jene Schlüsselfunktionen beschränken, die vor allem als Leitungsfunktionen im engsten Sinn in Betracht kommen. Die Prozeß- und Verwaltungsfunktionen soll er grundsätzlich nur mittelbar über die ihm verantwortlichen Verwaltungsgruppenleiter ausüben.

24.1.2.3. Bei der sinnvollen Aufgabenteilung zwischen den beiden Direktor-Stellvertretern der HSt sah der RH für die bestehende Zuordnung der TBC- und Gesundenuntersuchungsstellen zu der Wiener Dienststelle keinen sachlichen Grund. Seiner Ansicht nach sollte auch die gesamte Kontrahentenverrechnung einschließlich der Arzneimittelprüfung der HSt übertragen werden.

24.1.2.4. Die Zusammenfassung von teils aus Prozeß-, teils aus Leitungsfunktionen bestehenden Aufgabengebieten bei der räumlich getrennten Dienststelle in Wien fand der RH im Hinblick auf die zu erwartende, durch die EDV bedingte Konzentration der Verrechnung bei der Hauptstelle nicht als zweckmäßig.

24.1.2.5. Die dem leitenden Angestellten und den beiden Direktionssekretären obliegenden Verwaltungsfunktionen sollten nach Meinung des RH in einer Verwaltungsgruppe vereinigt werden. Hiedurch würden sich die Anzahl der Spitzendienstposten und damit der zur Besorgung der gesetzlichen Aufgaben erforderliche Aufwand verringern. Im Interesse einer planvollen Entwicklung und kostensparenden Verwirklichung des EDV-Vorhabens erscheint es dem RH angezeigt, hiefür aus dem Kreis der Verwaltungsangestellten der ersten Führungsebene einen Projektleiter zu bestimmen.

24.1.3.1. Die Kasse betonte in ihrer Stellungnahme, die Kompetenzen des leitenden Angestellten seien von den Verwaltungskörpern beschlossen worden, sie würden also im Einvernehmen mit den Verwaltungskörpern von ihm wahrgenommen; dies gelte vor allem für die ihm direkt unterstellten 19 Bezirksstellen. Sicherlich bestünden theoretisch organisatorische Möglichkeiten, die vom RH als vorteilhafter bezeichnet werden, doch habe sich in der Praxis die gegenwärtige Organisationsform bewährt. Die späte Realisierung des EDV-Projektes sei ausschließlich in der Raumnot begründet, die jetzt durch den Erwerb eines Baugrundes für den notwendigen Erweiterungsbau beseitigt würde. Mit der Einrichtung einer EDV-Anlage würde aber die Möglichkeit geschaffen werden, die Verrechnung von der ASt Wien abzuziehen und in St. Pölten zu konzentrieren. Die Organisationsabteilung sei aus der mit den EDV-Planungsarbeiten befaßten Verwaltungsgruppe ausgegliedert worden, weil letztere allgemeine Organisationsaufgaben und nicht spezielle EDV-Organisationsfragen zu lösen habe. Diese allgemeinen Fragen seien nach Meinung der Verwaltungskörper vom leitenden Angestellten zu behandeln. Der Dienstpostenplan vom 1. Dezember 1974 habe dieser Teilung Rechnung getragen.

24.1.3.2. Das BM f. soziale Verwaltung bemerkte hiezu, daß der Anregung des RH, einen an Schlüsselfunktionen ausgerichteten Organisationsplan zu erstellen, nicht mit einem Lob der gegenwärtigen Organisationsform begegnet werden sollte. Es lade die Kasse ein, der gegebenen Anregung tunlichst zu entsprechen.

24.1.3.3. Hierauf antwortete die Kasse, mit dem Hinweis, „die Kompetenzen des leitenden

Angestellten sind von den Verwaltungskörpern" beschlossen worden, sollte lediglich ausgedrückt werden, dieser habe sich nicht selbst Schlüsselfunktionen angeeignet. Sie werde aber ehestens eine auf betriebliche Schlüsselfunktionen ausgerichtete Kompetenzverteilung vornehmen und die bisherige personal- und kostenaufwendige Organisationsform nach Installierung einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage schrittweise abändern. Die sachgerechte Erfüllung der Aufgaben werde durch den Übertritt des bisherigen leitenden Angestellten in den Ruhestand erleichtert.

24.2.1. Anhand des anläßlich der Gehaltsüberleitung zum 1. Dezember 1973 verfaßten Dienstpostenverzeichnisses stellte der RH eine im Verhältnis zum Gesamtstand der Angestellten auffallend große Anzahl mit allgemeinen Verwaltungsaufgaben befaßte Bedienstete fest. Allein der HSt standen 13 Sekretärinnen sowie 56 Kanzlei- und Schreibkräfte zur Verfügung, deren Zahl sich um weitere 47 Bedienstete erhöhte, die „mit Verwaltungsaufgaben der einzelnen Organisationseinheiten" betraut waren. Da noch 166 Dienstposten dieser Art in den auswärtigen Dienststellen bestanden, entfiel somit auf nicht einmal drei sachbearbeitende Mitarbeiter eine Administrativkraft.

24.2.2. Als Ursachen dieses Zahlenverhältnisses, das sich ohne Berücksichtigung der im Dienste der Kasse stehenden Bürolehrlinge ergab, nannte der RH die reichliche Zuteilung von Administrativkräften an Bedienstete der mittleren Führungsebene und das Fehlen eines organisierten Kanzlei- und Schreibdienstes. Er empfahl deshalb, dieses Arbeitsgebiet mit Hilfe textverarbeitender Systeme zu rationalisieren und jene freiwerdenden Stellen, denen keine kassenspezifischen Aufgaben übertragen sind, einzusparen.

24.2.3. In ihrer Antwort nahm die Kasse nicht auf die oben angeführten Ursachen Bezug, sondern hob im Anschluß an eine Darstellung des Dienstpostenplanes vom 1. Dezember 1973 hervor, daß den 616 Dienstposten des Verwaltungsdienstes (= 65,26% des Gesamtpersonalstandes) 124 Dienstposten des Kanzleidienstes (= 13,14%) gegenüberstünden. Selbst von diesen entfielen nur 26 auf Schreib- und Kanzleikräfte.

In der Folge nahm die Kasse zu den vom RH genannten Zahlen Stellung und meinte, in diesen Zahlen seien junge Kräfte, die sich erst einarbeiten müssen, und solche Bedienstete, die zum Teil mit Verwaltungsaufgaben betraut sind, enthalten. Sie werde aber bestrebt sein, diese Kräfte produktiv einzusetzen, und auch die Einsatzmöglichkeit textverarbeitender Systeme prüfen.

24.2.4. Dem entgegnete der RH, daß die Kasse von der Zugehörigkeit der Bediensteten zu der in der DO.A für den Kanzleidienst bestimmten Gehaltsgruppe ausgegangen sei, während der RH die Anzahl der mit allgemeinen, nicht sachbezogenen Verwaltungsaufgaben befaßten Bediensteten nach den im Dienstpostenverzeichnis angegebenen Tätigkeitsmerkmalen ermittelt habe. Das Vorbringen der Kasse, das letztlich nur eine besoldungsmäßig zu hohe Einstufung vieler mit Kanzleidiensten befaßter Angestellter zu rechtfertigen versuche, sei somit nicht geeignet, die Feststellungen des RH zu entkräften.

Personalwesen

24.3.1. Anläßlich der Überprüfung des Gesamtpersonalstandes stellte der RH fest, daß sich die Zahl der von einem Bediensteten der Kasse zu betreuenden Versicherten von 551 im Jahre 1968 auf 573 im Jahre 1972 erhöht hatte; nach dem Dienstpostenplan vom 1. Dezember 1973 verringerte sich diese Zahl jedoch auf 528. Die demgegenüber im Jahrbuch 1973 der österreichischen Sozialversicherungsträger für den Bereich der Gebietskrankenkassen ausgewiesene Durchschnittszahl von 589 Versicherten läßt die geprüfte Kasse in einem ungünstigen Licht erscheinen.

24.3.2. Der RH wies die Kasse auf den Rationalisierungsvorsprung anderer Sozialversicherungsträger hin und legte ihr nahe, durch gezielte Maßnahmen auf dem Personalsektor, vor allem in den Bezirksstellen, kostengünstigere Verhältnisse zu schaffen.

24.3.3. Als Hauptursache für das bisherige Ausbleiben erwünschter Rationalisierungseffekte bezeichnete die Kasse ihre durch starke Dezentralisation geprägte Organisationsform, die historisch bedingt sei und auf die ehemals selbständigen Bezirks- und Kreiskrankenkassen zurückgehe. Die Kasse sei nun bemüht, mit der Errichtung eines Zubaues zum Hauptstellengebäude die Voraussetzung für die Installierung einer EDV-Anlage zu schaffen und mit deren Hilfe wesentliche Arbeitsvorgänge von den Bezirksstellen in die Hauptstelle zu verlegen. Sie werde bei dieser Neuorganisation im Sinne der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit jene Maßnahmen setzen, die zu einer Verringerung der Personaldichte und des Personalzuwachses notwendig erscheinen.

24.4.1. Zwischen dem 1. April 1971 und dem 1. April 1972 gewährte die Kasse allen drei Direktor-Stellvertretern außerordentliche Vorrückungen im Ausmaß von fünf Bezugsstufen, ohne in die Sitzungsprotokolle der damit befaßten Verwaltungskörper eine Begründung hiefür aufzunehmen.

24.4.2. Der RH vertrat die Ansicht, daß § 40 Abs. 10 DO.A wohl die Gewährung außerordentlicher Vorrückungen mit der Einschrän-

kung, daß sie zwei Bezugsstufen nicht überschreiten sollen, ohne ausdrückliche Auflage gestatte, die Kasse aber nicht von der Verpflichtung enthebe, besoldungsmäßige Besserstellungen nur aus begründeten Anlässen und in vertretbarem Ausmaß zu verfügen. Im gegebenen Falle wären aber die Begünstigten innerhalb eines Jahres in den Genuß einer grundsätzlich zehn Dienstjahre dauernden Bezugsentwicklung gekommen.

24.4.3.1. Die Kasse rechtfertigte ihr Vorgehen damit, daß den drei Direktor-Stellvertretern während ihrer mehr als 20jährigen Dienstzeit wegen der besonderen Zurückhaltung der Kasse bisher noch keine außerordentlichen Vorrückungen gewährt worden seien. Die Zuerkennung der in Rede stehenden Biennien sei wegen besonderer Arbeitsleistung erfolgt; durch diese Maßnahme sollte die bei anderen Sozialversicherungsträgern bessere Einstufung der Angestellten des leitenden Dienstes erreicht werden.

24.4.3.2. Das BM f. soziale Verwaltung äußerte sich dahingehend, daß das Ermessen der Sozialversicherungsträger, außerordentliche Vorrückungen zu gewähren, nicht durch die Dienstordnung, wohl aber durch das allgemein zu beachtende Gebot der Sparsamkeit beschränkt sei.

Liegenschaftsgebarung

24.5.1. Mit Kaufvertrag vom 8. Feber 1971 veräußerte die Kasse die Liegenschaft EZ 213, Niederösterreichische Landtafel, genannt „Der Sauerhof zu Rauhenstein", zum Kaufpreis von 2 Mill. S an eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. In Punkt X des Vertrages erteilte sie die ausdrückliche Einwilligung zur Einverleibung des Eigentumsrechtes zugunsten der Käuferin, obwohl diese bis zur Unterfertigung noch keine Zahlung geleistet oder eine Sicherstellung angeboten hatte. Da sich die Gesellschaft in der Folge als gänzlich zahlungsunfähig erwies, sah sich die Kasse gezwungen, im Herbst 1971 vom Vertrag zurückzutreten und die Kosten des Vertragsabschlusses zu übernehmen.

24.5.2. Der RH verwies auf das von der Vertragsunterfertigung an von der Kasse getragene Risiko einer Einverleibung des Eigentumsrechtes zugunsten der Käuferin. Hätte diese von der im Kaufvertrag abgegebenen Aufsandungserklärung Gebrauch gemacht, so wären der Kasse aus dem Titel der Wiederherstellung des vorangegangenen Grundbuchstandes weitere Kosten erwachsen. Er empfahl, bei Liegenschaftsverkäufen in Hinkunft einen gerichtlichen Rangordnungsbescheid zu erwirken und diesen nur Zug um Zug gegen Erlag bzw. Sicherstellung des vollen Kaufpreises dem Käufer zu übergeben.

24.5.3. Die Kasse wies auf die Schwierigkeit hin, den denkmalgeschützten Sauerhof zu verkaufen; nur der Vollständigkeit halber habe der endlich zustande gekommene Kaufvertrag auch die übliche Grundbuchklausel enthalten. Es sei aber nie versucht worden, die Einverleibung des Eigentumsrechtes vornehmen zu lassen. Kosten der Vertragserrichtung seien ihr infolge der eigenen Durchführung nur in geringem Ausmaß entstanden. Da eine solche Entwicklung nicht vorherzusehen gewesen sei, habe sie keinen gerichtlichen Rangordnungsbescheid erwirkt, sie werde aber in Hinkunft auf eine Sicherstellung Bedacht nehmen.

24.6.1. Mit Vertrag vom 17. Mai 1954 gab die Kasse einem Touristenverein eine ungefähr 2 500 m² große Liegenschaft gegen Entrichtung eines Jahresentgeltes von 300 S in Bestand. Gemäß Punkt II des Bestandvertrages erfolgte die Vermietung ausschließlich zum Zwecke der Nutzung als Sportplatz; in Punkt IV verpflichtete sich der Verein, jede auch nur teilweise Afterbestandgabe zu unterlassen bzw. bei Einräumung von Mitbenützungsrechten an Dritte die Genehmigung der Kasse einzuholen.

Mit Schreiben vom 24. Jänner 1972 bot die Kasse dem Touristenverein die genannte Liegenschaft, deren Gesamtausmaß sich nach einer im Jahre 1965 an die Gemeinde St. Pölten erfolgten Grundabtretung auf 2 149 m² verringert hatte, zum Preis von 1 719 200 S zum Kauf an. Dieses Angebot schlug der Verein am 29. Jänner 1972 aus, worauf die Kasse mit Schreiben vom 13. April 1973 die Liegenschaft zum Preis von 891 835 S anbot. Der vorgeschlagene Kaufpreis gründete sich auf zwei schriftliche Gutachten, die sich die Kasse von einem Architekten und einem Baumeister hatte erstellen lassen. Nach einer Unterredung, die der leitende Angestellte der Kasse mit Bevollmächtigten des Vereins am 25. Mai 1973 geführt hatte, erklärte sich der Touristenverein am 20. Juli 1973 zum Kauf der Liegenschaft bereit. Der zum Verkauf des Grundstückes erforderliche Beschluß des Verwaltungsausschusses wurde am 17. September 1973 nach einer ausführlichen Diskussion, die auch über die Bebaubarkeit des Grundstückes geführt wurde, gefaßt, nachdem sowohl der Obmann der Kasse als auch der leitende Angestellte erklärt hatten, daß dieses Grundstück „als Baugrund nicht in Frage kommt" bzw. „es sich nicht um einen Baugrund handelt".

Dieser Beschluß führte am 15. Jänner 1974 zum Verkauf der Liegenschaft an den Touristenverein, der das um 891 835 S erworbene Grundstück schon am 17. Jänner 1974 an den Anrainer um 3 Mill. S veräußerte und damit einen um 2 108 165 S höheren Preis erzielte.

24.6.2. Zu der während zweier Jahrzehnte beibehaltenen Höhe der Grundstücksmiete wies

der RH auf den Punkt III des Bestandsvertrages hin, nach dem die Kasse berechtigt gewesen wäre, die schon zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses verhältnismäßig niedrige Miete jederzeit neu festzusetzen; mit dieser Unterlassung habe die Kasse ihre Eigentümerinteressen zugunsten des Bestandnehmers hintangestellt. Ferner habe es die Kasse ungeachtet des Verbotes der Aftervermietung zugelassen, daß der Verein einen Teil des Grundstückes einem Gastwirt zur gewerblichen Nutzung und einen weiteren Teil einem Unternehmen zur Errichtung von Werbeflächen überließ. Obwohl aufgrund dieser widmungswidrigen Nutzung die Kasse zur Auflösung des Bestandverhältnisses berechtigt gewesen wäre, sei auf Weisung der Direktion ein diesbezüglicher Schritt unterblieben, und die Aftervermietung — die Werbeflächen brachten dem Verein Einnahmen, die etwa das Zwanzigfache der von ihm zu leistenden Miete betrugen — weiterhin geduldet worden. Diese Weisung stellte nach Ansicht des RH ein mit den Amtspflichten leitender Bediensteter unvereinbares Vorgehen dar.

Zur Höhe des im Auftrag der Kasse ermittelten Schätzwertes bemerkte der RH, es sei offensichtlich unterlassen worden, die Sachverständigen über die vorzeitige Auflösungsmöglichkeit des Bestandverhältnisses und die dadurch erzielbare Lastenfreiheit der Liegenschaft zu unterrichten. Schließlich hatte einer der Sachverständigen vorerst einen Preis von 1 800 S pro Quadratmeter für Grundstücke dieser Qualität als angemessen erachtet und war nur unter Bedachtnahme auf die noch bestehenden Belastungen zu einem niedrigeren Schätzwert gelangt. Überdies seien die Sachverständigen auch von einer von der Stadtgemeinde St. Pölten vorgesehenen Erlassung eines Bauverbotes ausgegangen, wogegen die Erhebungen des RH keine Bestätigung für eine beabsichtigte Umwidmung des seit dem Flächenwidmungsplan vom 15. Juli 1936 unverändert als Bauland gewidmeten Grundstückes erbrachten. Die Äußerungen des Obmannes und des leitenden Angestellten über die mangelnde Baulandeignung des gegenständlichen Grundstückes standen mit dem von der Kasse geführten Liegenschaftsakt, in welchem in einem undatierten Aktenvermerk eine „derzeitige Verbauungshöhe viergeschossig" festgehalten ist, nicht im Einklang. Nach Auffassung des RH trifft daher die beiden Berichterstatter, die mit ihrem Vorbringen schließlich die Zustimmung der Verwaltungskörper zu dem beabsichtigten Liegenschaftsverkauf erwirkten, eine gewisse Verantwortung für das Zustandekommen des für die Kasse nachteiligen Rechtsgeschäftes.

24.6.3. Den Vorwurf der Vernachlässigung der Eigentümerinteressen wies die Kasse in ihrer Stellungnahme zurück und erklärte, mit Rücksicht auf die Höhe der vom Verein zu leistenden Betriebskosten von einer Anpassung der Grundstücksmiete Abstand genommen zu haben. Von der teilweisen Aftervermietung an den Gastwirt habe sie zwar im Jahr 1967 erfahren, von der Geltendmachung des hiedurch gegebenen Kündigungsgrundes jedoch im kommunalen Interesse abgesehen. Die Nutzung der Umzäunung als Werbefläche habe sie aufgrund verschiedener Interventionen toleriert. Sie wies daher auch den Vorwurf des RH, die diesbezüglichen Weisungen der Direktion stellten ein mit den Amtspflichten leitender Bediensteter unvereinbares Vorgehen dar, zurück. Um laufenden Unannehmlichkeiten zu entgehen, habe die Kasse das Grundstück dem Verein am 24. Jänner 1972 zum Quadratmeterpreis von 800 S angeboten und damit den gleichen Preis gewählt, den die Stadtgemeinde St. Pölten für einen an das Hauptstellengebäude der Kasse anschließenden Grund von ihr verlangt habe. Die Stadtgemeinde wäre auch zu einem Tausch bereit gewesen, hätte sie über das „Langteich"-Grundstück frei verfügen können. Dieses Preisangebot sei dem Verein aber zu hoch gewesen. Aufgrund zweier Schätzgutachten, die einen mittleren Schätzwert von 415 S pro m² ergaben, habe sie die Liegenschaft schließlich zu einem Gesamtpreis von 891 835 S neuerlich angeboten. Dieser Preis sei ihr annehmbar erschienen, zumal die Stadtgemeinde für das bis 1982 vermietete Grundstück wegen dieser Beschränkung nur 200 S pro m² geboten hatte. Eine Fehlinformation der Sachverständigen sei nicht erfolgt, denn es wären ihnen objektive Auskünfte erteilt worden, und außerdem wären ihnen alle sonstigen Informationsquellen zur Verfügung gestanden.

Auch für die Kasse hätte nur eine geringe Verwertbarkeit des Grundstückes vorgelegen, denn abgesehen vom bestehenden Bestandververhältnis wäre für das schmale Grundstück aufgrund der Niederösterreichischen Bauordnung nur eine beschränkte Verbauung zulässig gewesen. Deshalb sei auch die Liegenschaft von den Berichterstattern als „für Baugrund nicht in Frage kommend" bezeichnet worden.

Den gegenüber dem leitenden Angestellten erhobenen Vorwurf, er habe dem Überwachungsausschuß unrichtig berichtet, wies die Kasse ebenfalls zurück; er habe sich nur auf ein mit dem Bürgermeister der Stadt geführtes Gespräch bezogen, weshalb auch die Einsichtnahme in den Flächenwidmungs- bzw. Verbauungsplan unterblieben sei.

24.6.4. Der RH erwiderte, die Kasse habe keine stichhältigen Gründe vorgebracht, warum sie trotz vertraglicher Möglichkeiten während der zwanzigjährigen Bestanddauer keine Valorisierung der Grundstücksmiete vorgenommen hat. Auch die Auffassung des RH, der leitende Angestellte wäre gemäß § 8 Abs. 1 DO.A und

§ 460 Abs. 4 ASVG zu einer nachdrücklichen Vertretung der Interessen der Kasse verpflichtet gewesen, hat die Kasse zwar zurückgewiesen, hat aber ihren Standpunkt nicht überzeugend begründet.

Weiters wiederholte der RH seine Feststellung, daß die Kasse dem Sachverständigen zwar die bestandrechtlichen Beschränkungen mitteilte, ihm aber nicht bekanntgab, daß sie wegen der Verstöße gegen den Mietvertrag zu einer Auflösung des Bestandverhältnisses berechtigt gewesen sei. Bei Berücksichtigung dieser Möglichkeit hätte nämlich die bestandrechtliche Beschränkung keine wesentliche Wertminderung dargestellt.

Sachaufwand

24.7.1. Der Personalausschuß der Kasse bewilligte am 11. April 1967 auf Antrag des damaligen Obmannes mit späterer Billigung seitens der zuständigen Verwaltungskörper dem leitenden Angestellten den Gebrauch eines Dienstwagens mit Kraftwagenlenker zu Fahrten zwischen dessen Wohnort Baden und dem Dienstort St. Pölten. Als Begründung wurde die Nichtgewährung von Reisegebühren angeführt; der Beschluß erfolgte, obwohl dem leitenden Angestellten in derselben Sitzung ein möbliertes Zimmer im Hauptgebäude der Kasse kostenlos zur Verfügung gestellt worden war.

Da die Kasse einen in St. Pölten wohnhaften Kraftwagenlenker einsetzte, fielen bei jeder Beförderung des leitenden Angestellten in den Dienstort bzw. in den Wohnort vier Fahrten von insgesamt rund 300 km an. Infolge dieser Regelung erhöhten sich die Kfz-Spesen der Kasse nicht unwesentlich, für den leitenden Angestellten hingegen stellte die Beförderung ein zusätzliches, bislang unversteuertes Einkommen dar.

24.7.2. Der RH vertrat die Auffassung, daß Dienstwagen ausschließlich für dienstliche Zwecke zu verwenden seien, Fahrten zwischen dem Wohn- und Dienstort jedoch keine Dienstfahrten darstellen. Er bezweifelte überdies, daß eine regelmäßige Benützung des Dienstwagens gemeint gewesen sei; die Bereitstellung eines möblierten Zimmers ließ eher darauf schließen, daß nur an eine fallweise Benützung des Wagens, etwa an Wochenenden, gedacht war. Im übrigen wäre es angezeigt gewesen, einen in Baden wohnhaften Lenker einzustellen, um solcherart die Abhol- und Rückfahrten einzusparen. Da eine derartige Verwendung der Mittel der Sozialversicherung dem Gebot des § 81 ASVG widerspricht, legte der RH der Kasse nahe, die seinerzeitige Genehmigung zu widerrufen.

24.7.3.1. Gegen die Beanstandungen des RH wendete die Kasse ein, der Wagen des leitenden Angestellten sei nicht täglich, sondern in den Kalenderjahren 1970 an 23, 1971 an 75, 1972 an 45, 1973 und 1974 an je 83 Tagen je viermal diese Wegstrecke gefahren. Der Grund hiefür sei in der Ausübung öffentlicher Funktionen durch den leitenden Angestellten als Gemeinde- bzw. Stadtrat von Baden und als Obmann einer Fraktion zu sehen; diese Funktionen habe er bei seiner Bestellung bereits innegehabt. Außerdem sei zu berücksichtigen, daß bei Benützung eines öffentlichen Verkehrsmittels für den leitenden Angestellten ein weit größerer Arbeitszeitverlust eingetreten wäre, der für die Kasse infolge der Personalkosten des Betreffenden einen höheren Aufwand bedeutet hätte. Da keine täglichen Fahrten stattfanden, widersprach die Beistellung des Dienstwagens auch nicht der Bereitstellung des „Übernachtungsraumes" im Gebäude der Hauptstelle. Die Beurteilung, inwieweit die Beförderung mit dem Dienstwagen unter diesem Aspekt ein zusätzliches, bislang unversteuertes Einkommen darstellte, überließ die Kasse dem RH und vertrat den Standpunkt, sowohl in der Privatwirtschaft und in der verstaatlichten Industrie als auch im öffentlichen Dienst würde einem leitenden Angestellten ein Dienstwagen mit Kraftfahrer zur Verfügung gestellt.

24.7.3.2. Hiezu bemerkte das BM f. soziale Verwaltung, daß gemäß § 27 Abs. 1 DO.A den Angestellten wohl die zur pflichtgemäßen Ausübung eines öffentlichen Mandates erforderliche Zeit zu gewähren sei, jedoch der Versicherungsträger die Dienstbezüge des Angestellten kürzen oder ganz einstellen könne, falls die Ausübung einer solchen Funktion die Dienstleistung des Angestellten beeinträchtige und diese Funktion mit einem wesentlichen Einkommen verbunden sei. Diese Regelung stehe aber in keinem Zusammenhang mit der Frage, ob Angestellte der Sozialversicherungsträger anläßlich der Ausübung eines öffentlichen Mandates außer der erforderlichen Freizeit auch noch sonstige Begünstigungen in Anspruch nehmen dürften.

Im vorliegenden Fall handle es sich um die Benützung eines Dienstwagens für Fahrten zwischen dem Ort der Mandatsausübung und dem Dienstort, wobei es keiner weiteren Begründung bedürfe, daß es sich nicht um Dienstfahrten gehandelt habe, zumal ja der Angestellte in der Zeit seiner Mandatsausübung von der Verpflichtung zur Dienstverrichtung befreit gewesen sei. Wenn daher dem leitenden Angestellten für derartige Fahrten ein Dienstwagen zur Verfügung gestellt worden sei, so hätte diese Vorgangsweise nicht der Vorschrift des § 81 ASVG über die Verwendung der Mittel der Sozialversicherung entsprochen.

24.8.1. In seiner Sitzung am 4. April 1971 ermächtigte der Vorstand der Kasse die sechs Mitglieder des Bauausschusses, vor der Ausschreibung eines Architektenwettbewerbes für

den in Baden geplanten Bau einer Rheumaheilstätte einschlägige Einrichtungen im In- und Ausland zu besichtigen. An der Auslandsreise nahmen aber noch weitere sechs Personen, nämlich der leitende Angestellte, die drei damaligen Direktor-Stellvertreter, der Chefarzt und ein weiterer Arzt als Sachverständiger, teil. Die Reise führte in der Zeit vom 17. bis 25. Oktober 1971 in die Bundesrepublik Deutschland, in die Schweiz und die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken. In Anbetracht der hohen Teilnehmerzahl ergaben sich für diese Besichtigungsreisen laut Zusammenstellung vom 15. November 1971 Kosten von rund 168 000 S.

24.8.2. Der RH vertrat die Auffassung, daß solche Informationsreisen auf einen kleinen Kreis von Experten beschränkt werden sollten, weil sonst die Kosten dem Gebot des § 81 ASVG widersprechen würden.

24.8.3.1. Die Kasse berichtigte die Angaben des RH dahingehend, es hätten an der Reise nur elf Personen teilgenommen. Außerdem hätten die in den ausländischen Kuranstalten gewonnenen Erfahrungen bei der Planung Berücksichtigung gefunden.

24.8.3.2. Dem BM f. soziale Verwaltung erschien diese Stellungnahme der Kasse nicht geeignet, die Beanstandung des RH zu entkräften. Es lud die Kasse ein, über die Gründe, die für die Teilnahme so vieler Personen maßgeblich waren, zu berichten.

24.8.3.3. Die Kasse antwortete, der Vorstand habe mit Rücksicht auf die Größe des Bauvorhabens die Ansicht vertreten, die Besichtigung einschlägiger ausländischer Einrichtungen sei von Vorteil. Er hielt es auch für erforderlich, nicht nur die Mitglieder des Bauausschusses, sondern auch Ärzte und die für die büromäßige Durchführung des Vorhabens verantwortlichen Direktionsmitglieder zu entsenden.

24.9.1. Mit Erlaß vom 20. Oktober 1967, Zl. II-88 163-10/67, hatte das BM f. soziale Verwaltung alle Sozialversicherungsträger aufgefordert, durch entsprechende, von den sachlich zuständigen Verwaltungskörpern zu beschließende Richtlinien für eine einheitliche Vergabe von Leistungen nach den Bestimmungen der ÖNORM A 2050 und für eine genaue Beachtung aller übrigen vom Österreichischen Normenausschuß aufgestellten Richtlinien zu sorgen. Die geprüfte Kasse nahm aber erst in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 27. Mai 1974 die kurze Zeit vorher vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger erarbeiteten „Richtlinien über die Vergebung von Leistungen durch Sozialversicherungsträger und den Hauptverband" zur Kenntnis. Der RH beanstandete, daß die Kasse keine Richtlinien zur Durchführung der ÖNORM A 2050 erlassen hatte.

24.9.2. Wiederholt und zuletzt in einem Schreiben vom 12. Februar 1974 behauptete die Kasse dem BM f. soziale Verwaltung gegenüber, daß sie seit jeher bei Vergabe von Leistungen und Lieferungen sowie bei Durchführung ihrer Bauvorhaben die Bestimmungen der ÖNORM A 2050 eingehalten und das Verbot der Bevorzugung ortsansässiger Unternehmen beachtet habe. Der RH stellte jedoch fest, daß die Kasse im überprüften Zeitraum keine einzige öffentliche Ausschreibung vorgenommen und für die anderen Arten der Vergabe (beschränkte Ausschreibung und freihändige Vergabe) keine „besonderen Gründe" festgehalten hatte.

24.9.3.1. Die Kasse behauptete in ihrer Stellungnahme, sie habe sich bei der Vergabe von Leistungen seit jeher in der Regel an die ÖNORM A 2050 gehalten; gelegentliche Abweichungen seien sachlich oder wirtschaftlich bedingt gewesen. Sie habe den angeführten Erlaß den Verwaltungskörpern zur Kenntnis gebracht; es sei allerdings richtig, daß die in diesem Erlaß geforderten Richtlinien nicht beschlossen worden seien. Dieses Vorgehen sei darin begründet, daß die ÖNORM A 2050 ohnedies alle bei Leistungsvergaben zu beachtenden Bestimmungen erschöpfend behandle und Richtlinien daher diese Normen nur überflüssigerweise wiederholt oder sogar weitgehend eingeengt hätten. Es sei der Kasse unsinnig erschienen, daß jeder Sozialversicherungsträger Österreichs eigene Richtlinien beschließen und somit nach anderer Praxis arbeiten solle. Sie hätte die Ansicht vertreten, wenn Richtlinien erforderlich sein sollten, dann müßten sie bundeseinheitlich vom Hauptverband geschaffen werden, wie es inzwischen mit erheblicher Verzögerung auch geschehen sei. Diese habe der Vorstand nunmehr am 27. Mai 1974 zur Kenntnis genommen.

24.9.3.2. Hiezu bemerkte das BM f. soziale Verwaltung, gemäß Art. I Punkt 3 der Richtlinien des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger über die Vergebung von Leistungen durch die Sozialversicherungsträger hätten für alle Bieter dieselben Wettbewerbsbedingungen zu gelten, daher sei jede Begünstigung oder Benachteiligung einzelner Bieter verboten. Es wies u. a. auf den obigen Erlaß hin, nach dem sowohl bei der Wahl einer anderen Vergabeart als der der öffentlichen Ausschreibung im Sinne der zitierten ÖNORM als auch bei der endgültigen Bestimmung des gewählten Bieters die für die Wahl maßgebenden Gründe aktenkundig zu machen seien.

24.9.3.3. Die Kasse nahm die Äußerung des BM zur Kenntnis und versprach, in Hinkunft eine Abweichung von der Vergabeart der öffentlichen Ausschreibung zu begründen. Sie machte jedoch den Vorbehalt, sie hätte auf die wirtschaftliche Lage im Kassenbereich Rücksicht

zu nehmen, weil mit dieser das Beitragsaufkommen eng verquickt sei.

24.9.4. In seiner Antwort betonte der RH, er glaube, in seinen Prüfungsmitteilungen hinlänglich dargelegt zu haben, daß die Kasse im überprüften Zeitraum die Bestimmungen der ÖNORM A 2050 nicht nur gelegentlich, sondern in zahlreichen Fällen nicht eingehalten habe.

f) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1975

Wiener Gebietskrankenkasse für Arbeiter und Angestellte

Finanzielle Lage

25.1.1. Während die Wiener Gebietskrankenkasse (kurz Kasse) im Jahre 1972 aufgrund des Ansteigens der Leistungsaufwendungen bei fast gleichbleibendem Beitragsaufkommen einen Gebarungsabgang von 21,4 Mill. S verzeichnete, vermochte sie im Jahre 1973 zufolge der neuen Höchstbeitragsgrundlage einen Mehrertrag von 136,3 Mill. S zu erzielen. Im Jahre 1974 schloß die Kasse trotz einer weiteren Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage und des Beitragssatzes wieder mit einem Abgang von 98,3 Mill. S ab.

25.1.2. Der RH wies auf die durch diesen Gebarungsverlauf verminderte Liquidität der Kasse hin, da die in den angeführten Jahren zur Verfügung stehenden Geldmittel jeweils nur zur Bedeckung der laufenden monatlichen Ausgaben ausgereicht hatten. Er empfahl im Interesse der Wahrnehmung der im § 116 ASVG genannten Aufgaben sowohl beim Personal- als auch beim Sachaufwand größte Sparsamkeit.

25.1.3. Die Kasse erwiderte, die angespannte finanzielle Lage sei vorwiegend auf Verbesserungen des Leistungsrechtes zurückzuführen, an die sie ebenso wie an die kollektivvertraglich begründete Änderung des Gehaltsschemas der Verwaltungsangestellten gebunden war. Sie werde jedoch alle von ihr beeinflußbaren Ausgaben, insbesondere für beabsichtigte Investitionen, erst nach sorgfältiger Überlegung leisten.

25.2.1. Mit 20 allgemeinen Ambulatorien und neun Zahnstationen sowie dem kasseneigenen Hanusch-Krankenhaus stand die Kasse hinsichtlich der Kapazität ihrer eigenen Einrichtungen an der Spitze aller österreichischen Krankenversicherungsträger. Der Aufwand für die in den eigenen Einrichtungen der Kasse erbrachten Leistungen stieg vom Jahre 1963 bis zum Jahre 1973 von 172 Mill. S auf 425,5 Mill. S, wobei sich der Anteil dieser Leistungen am gesamten Leistungsvolumen nur geringfügig von 11,96% auf 12,30% erhöhte. Dabei gelang es, die Zuwachsrate dieses Aufwandes unter der für Vertragspartner, Vertragseinrichtungen und Kostenersätze zu halten.

25.2.2. Der RH wies darauf hin, daß diese den Betriebsabrechnungsbogen entnommenen Zahlen allerdings nur den erfolgswirksamen Teil der im Zuge der Erhaltung und Erweiterung eigener Einrichtungen angefallenen Baukosten ausweisen, und empfahl, bei den Kosten der Entwicklung des Gesundheitsdienstes — unbeschadet des formellen Gebarungsmodus — auch auf die dem Anlagevermögen zugeschriebenen Aufwendungen Bedacht zu nehmen.

25.2.3. Die Kasse antwortete, die Betriebsabrechnungsbogen nach den Weisungen für die Rechnungslegung des BM f. soziale Verwaltung erstellt zu haben. Sie habe jedoch bei den darüber hinaus angestellten Kostenvergleichsrechnungen die Gesamtaufwendungen berücksichtigt.

25.3.1.1. Innerhalb des letzten Jahrzehntes vermochte die Kasse die Gebarungsergebnisse ihrer Ambulatorien beachtlich zu verbessern. Eine Gegenüberstellung der eigenen und der vergleichsweisen Kosten, die bei gleichen Leistungen durch Vertragspartner entstanden wären, ergab für das Jahr 1973 ein Mindererfordernis von 19,3 Mill. S, wogegen im Jahre 1963 noch ein Mehrerfordernis von 7,2 Mill. S vonnöten gewesen war.

25.3.1.2. Hingegen konnte auf dem stationären Sektor keine ähnlich günstige Entwicklung festgestellt werden. Abgesehen von den eingetretenen Mehrerfordernissen war innerhalb der letzten zehn Jahre sogar ein rascheres Ansteigen der Eigenkosten gegenüber dem Aufwand für Leistungen der Vertragskrankenhäuser zu beobachten.

25.3.2. Der RH empfahl, durch Rationalisierung des kasseneigenen Gesundheitsdienstes — vor allem durch die Auflassung einiger Kleinambulatorien — die Fortsetzung der auf dem ambulanten Sektor verzeichneten Gebarungsentwicklung auch für die Zukunft zu gewährleisten. Darüber hinaus könnte eine Spezialisierung der Ambulatorien auf jene Leistungen, die aus technischen oder organisatorischen Gründen die Möglichkeiten der vertragsärztlichen Praxis überschreiten und daher meist im Rahmen der Anstaltspflege gewährt werden, ohne daß die stationäre Unterbringung der betreffenden Patienten wegen Pflegebedürftigkeit geboten wäre, auch Einsparungen beim Spitalsaufwand bewirken.

25.3.3. Die Kasse nahm die Ausführungen des RH zur Kenntnis. Sie betonte jedoch, daß der kasseneigene Krankenhausbetrieb infolge der zum tatsächlichen Spitalsaufwand im Mißverhältnis stehenden Verpflegskostenersätze zwangsläufig Mehrkosten mit sich bringe.

Organisation

25.4.1. Die Kasse benützte in der Bundeshauptstadt neben dem Verwaltungsgebäude Wipplingerstraße noch ein weiteres in der Mariahilfer Straße, in dem vorwiegend die Leistungsabteilungen untergebracht waren. Außerdem verfügte sie in den Gemeindebezirken über je eine, in manchen über zwei oder drei Bezirks- und Gruppenstellen.

25.4.2.1. Nach Auffassung des RH stellte der Mangel eines genügend großen Zentralgebäudes eine bedeutende administrative Erschwernis dar, welche nicht nur zeitraubende Wege, sondern auch die Aufrechterhaltung mehrfacher Organisationseinheiten, wie Einlaufstellen, Telefonzentralen, Kassen, Wirtschaftsstellen und Gebäudedienste, notwendig machte. Da die Kasse zur Zeit der Gebarungsüberprüfung bereits zwei für die Errichtung eines neuen Verwaltungsgebäudes offensichtlich geeignete Liegenschaften besaß, empfahl der RH, mittelfristig die Realisierung dieses Vorhabens voranzutreiben, sobald auch die finanziellen Voraussetzungen erfüllt sind.

25.4.2.2. Wegen der ineinandergreifenden Aufgabenbereiche der regionalen Dienststellen regte der RH an, Bezirks- und Gruppenstellen zu einer Organisationseinheit zusammenzufassen und nach Maßgabe der Verkehrserschließung die Zahl dieser Dienststellen zu verringern.

25.4.3.1. Die Kasse erklärte, daß der Vorstand die ihr gehörige Liegenschaft Wienerbergstraße 11 als künftigen Standort des Zentralgebäudes in Aussicht genommen habe und entsprechende Planungsarbeiten bereits im Gange seien.

25.4.3.2. Ferner berichtete die Kasse, daß mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1976 an die Zusammenlegung der Bezirks- und Gruppenstellen zu je einer Dienststelle durchgeführt und dadurch eine Einsparung von 44 Dienstposten erreicht worden sei.

25.5.1. Zur Zeit der Gebarungsüberprüfung sah der Organisationsplan sieben Verwaltungsgruppen und deren Unterstellung unter den leitenden Angestellten (Generaldirektor), die vier ständigen Stellvertreter und zwei weitere Verwaltungsangestellte des leitenden Dienstes (Direktoren) vor. Jeweils mit Beginn der drei letzten Geschäftsjahre hatten die zuständigen Verwaltungskörper der Kasse grundlegende Kompetenzverschiebungen verfügt, ohne allerdings den leitenden Angestellten, dem die umfangreichste aller Verwaltungsgruppen zugefallen war, merklich zu entlasten.

25.5.2. Der RH empfahl, in Hinkunft im Sinne der bei der Besorgung von Leitungsaufgaben gebotenen Kontinuität um eine stabile Kompetenzverteilung bemüht zu sein. Ferner regte er an, der leitende Angestellte möge seine Leitungsaufgabe vor allem in der Wahrnehmung von Führungs- und Kontrollfunktionen gegenüber den ihm verantwortlichen Verwaltungsgruppenleitern erblicken und die Anzahl der ihm unmittelbar nachgeordneten Abteilungen möglichst beschränken.

25.5.3. Die Kasse schloß sich der Auffassung des RH an und erklärte sich bereit, nach Abschluß der derzeitigen Reorganisationsphase die Kompetenzverteilung innerhalb der Leitungsebene nach der funktionellen Zusammengehörigkeit bestimmter Arbeitsgebiete vorzunehmen.

25.6.1. Außer der mit 125 Dienstposten dotierten „Versicherungs- und Beitragsabteilung" verfügte die Kasse noch über eine zusätzliche „Beitragsabteilung für Lohnstufenverrechnung", der 130 Verwaltungsangestellte angehörten. Die Personalintensität des Beitragssektors war vorwiegend auf das Fehlen eines vollentwickelten Systems der elektronischen Datenverarbeitung zurückzuführen; während sich die Kasse zur Kontenführung, Beitragsvorschreibung, Mahnung und Exekutionseinleitung sowie zu allen Erledigungen rechnerischer Art der EDVA bediente, führte sie die zur Beitragsgebarung notwendigen Evidenzen noch in konventioneller Weise.

25.6.2. Der RH regte an, die verfügbare Maschinenkonfiguration voll zu nützen und eine Zusammenführung der beiden bestehenden Organisationseinheiten anzustreben.

25.6.3. Die Kasse erwiderte, daß sie seit Jahren ein integriertes Datenbanksystem vorbereite, dessen Sollkonzept Mitte des Jahres 1976 vorliegen werde. Im Rahmen dieses Systems sei die Zusammenführung der beiden Beitragsabteilungen geplant.

25.7.1. Obwohl die Kasse über freie Arbeitskapazitäten ihrer EDV-Großanlage verfügte, behalf sie sich auf den Gebieten der Finanzverwaltung, der Kontrahentenverrechnung und des Barleistungswesens mit Anlagen der mittleren Datentechnik. Insgesamt standen elf derartige Anlagen, die die Kasse überdies von verschiedenen Herstellern bezogen hatte, in Verwendung.

25.7.2. Der RH empfahl, die freien Kapazitäten der EDV-Großanlage für die Durchführung automatisierbarer Arbeitsvorgänge zu nützen und insoweit die mittleren Anlagen zu erübrigen.

25.7.3. Die Kasse unterstrich ihre Bemühungen, den Einsatz der MDV-Geräte abzubauen, und versprach, im Rahmen des angestrebten Datenbanksystems die vom RH angeregte Rationalisierung vorzunehmen.

Personalwesen

25.8.1. Im Laufe der Jahre 1968 bis 1975 gelang es der Kasse, die Anzahl der Dienstposten

für Verwaltungsangestellte um 414 auf insgesamt 1484 zu vermindern; die Einsparung war vorwiegend auf die Automatisierung der Beitragsverrechnung sowie auf eine Reorganisation des Leistungssektors zurückzuführen.

25.8.2. Da der tatsächliche Personalstand ständig um etwa 5% höher war als der dienstpostenplanmäßig vorgesehene, empfahl der RH, durch eine Zurückhaltung bei den Personalaufnahmen die Anzahl der Verwaltungsangestellten dem dienstpostenplanmäßigen Stand anzugleichen.

25.8.3. Die Kasse erwiderte, daß alljährlich für etwa 50 weibliche Bedienstete, die ihren Karenzurlaub nach dem Mutterschutzgesetz in Anspruch nehmen, ungeachtet des sich daraus ergebenden Personalüberhanges Ersatzkräfte eingestellt werden müßten. Das gleiche gelte für die wegen Krankheit arbeitsunfähigen, jedoch noch zum Weiterbezug des vollen Entgelts berechtigten Bediensteten. Schließlich wies sie auf den Ist-Stand des Jahres 1975 hin, der im Vergleich mit dem des Jahres 1967 eine Verringerung des Personalstandes um 399 Verwaltungsangestellte gebracht habe.

25.9.1. Die Kasse rechnete einigen neu eingestellten Verwaltungsangestellten Vordienstzeiten in einem durch die Vorschriften der Dienstordnung für Angestellte (kurz DO.A) nicht gedeckten Ausmaß an. Dieses ungerechtfertigte Entgegenkommen erstreckte sich auf die eingeräumte Gehaltsstufe und auf das Ausmaß des Erholungsurlaubes.

25.9.2. Nach Auffassung des RH stellten diese Zugeständnisse Sonderregelungen dar, die gemäß § 1 Abs. 8 DO.A der vorherigen Zustimmung des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger bedurft hätten. Er empfahl, in Hinkunft die Anrechnungsbestimmungen der Dienstordnung einzuhalten oder in begründeten Ausnahmefällen den für den Abschluß von Sonderverträgen vorgeschriebenen Weg zu beschreiten.

25.9.3. Die Kasse erwiderte, sie habe in den beanstandeten Fällen von der in § 40 Abs. 8 DO.A vorgesehenen Möglichkeit, außerordentliche Vorrückungen zu gewähren, schon bei Dienstantritt Gebrauch gemacht. Sie sei daher der Meinung, daß ihr Vorgehen der Dienstordnung voll entspreche.

25.9.4. Das BM f. soziale Verwaltung teilte die Auffassung des RH und stellte fest, daß die Dienstordnung eine Einheit darstelle, so daß auch die Auslegung einzelner Normen derselben im Einklang mit ihren anderen Bestimmungen zu stehen habe. Abgesehen davon seien die Sozialversicherungsträger zur Einhaltung des Grundsatzes der Sparsamkeit in einer die unbeschränkte Ermessensfreiheit ausschließenden Weise verpflichtet.

25.10.1. Die Kasse gewährte allen Abteilungsleitern, deren Stellvertretern sowie fünf weiteren Bediensteten Funktionszulagen im Sinne des § 44 DO.A. Das Ausmaß dieser Zulagen gründete sich jedoch nicht auf eine mit dem Organisationsplan im Zusammenhang stehende Stellen- bzw. Arbeitsplatzbewertung, sondern wurde in jedem einzelnen Fall vom Obmann festgesetzt.

25.10.2. Der RH äußerte sich dahin gehend, daß die Funktionszulagen zwar individuell und mit Berücksichtigung der quantitativen und qualitativen Dienstleistung, jedoch nicht ohne Bezug auf nachprüfbare Kriterien innerhalb der vorgegebenen Rahmensätze festzusetzen seien. In Anbetracht der als Folge der Zuerkennung von Funktionszulagen eintretenden finanziellen Mehrbelastung sollte die Kasse sowohl Berechtigung als auch Höhe der Funktionszulagen wohl erwägen.

25.10.3. Die Kasse erwiderte, es bestehe keine Vorschrift, wonach das Ausmaß der Funktionszulagen mit einer Arbeitsplatzbewertung abgestimmt werden müsse; da die freie Festlegung derselben innerhalb der gegebenen Rahmensätze liege, entspreche sie durchaus dem § 44 DO.A.

25.10.4. Das BM f. soziale Verwaltung bemerkte hiezu, daß die Kasse das ihr zustehende freie Ermessen ohne gleichzeitige Angabe der für die Entscheidung maßgeblichen Kriterien den Bedenken des RH nicht mit Erfolg entgegenhalten könne.

25.11.1. Zur Zeit der Gebarungsüberprüfung bezogen 186 Verwaltungsangestellte der Kasse Maschinenzulagen im Sinne des § 45 DO.A. Diese außergewöhnlich hohe Anzahl der Maschinenzulagenbezieher war vor allem auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Kasse nicht nur Programmierern, Operators und Datentypistinnen, sondern auch den Benützern von Addiermaschinen diese Zulage gewährte.

25.11.2. Der RH beanstandete diese großzügige Praxis und erklärte, daß ihm die Gewährung von Maschinenzulagen an Verwaltungsangestellte, die nur konventionelle Büromaschinen bedienen, durch die Bestimmungen des § 45 DO.A nicht gedeckt erscheine.

25.11.3. In ihrer Stellungnahme brachte die Kasse zwar vor, daß auch der Einsatz an Buchungs- und Adressiermaschinen sowie Mikrofilm- und Umdruckanlagen Anspruch auf Maschinenzulagen begründen könne; zu dem vom RH erhobenen Einwand nahm sie jedoch nicht Stellung.

25.11.4. Das BM f. soziale Verwaltung schloß sich in einem an die geprüfte Kasse gerichteten Erlaß der Auffassung des RH an und erklärte ausdrücklich, daß die Bedienung einfacher Büromaschinen nicht als anspruchsbegründender Umstand zu werten sei.

25.12.1. Die Kasse gewährte einigen dem Betriebsrat angehörenden und deshalb vom Dienst freigestellten Bediensteten Zulagen, die mit ihren ursprünglichen Dienstverwendungen in keinem Zusammenhang standen; so wurde einem vom Dienst befreiten Portier eine Außendienstzulage zuerkannt, eine Bedienstete erhielt, obwohl sie auch vor ihrer Dienstfreistellung kein Überstundenpauschale bezogen hatte, mit Wirkung vom 1. November 1973 an ein solches bewilligt, und dem Obmann des Angestelltenbetriebsrates wurde die Funktionszulage in den beiden letzten Jahren zweimal erhöht.

25.12.2. Der RH erklärte, daß freigestellte Betriebsräte zwar gemäß § 117 Abs. 1 des Arbeitsverfassungsgesetzes Anspruch auf Fortzahlung des Entgeltes, nicht jedoch auf Abgeltung eines etwaigen funktionsbedingten zeitlichen Mehraufwandes haben. Aus dem Begriff „Fortzahlung des Entgeltes" ergebe sich überdies, daß ihnen der ungeschmälerte Bezug bisher gewährter Gehaltszuschläge zu erhalten sei, hingegen Ansprüche auf zusätzliche, mit ihrer ursprünglichen Verwendung nicht in Zusammenhang stehende Zulagen von ihnen nicht erworben werden können.

25.12.3. Die Kasse erwiderte, für die vom RH beanstandeten Zugeständnisse sei die Annahme maßgeblich gewesen, daß die freigestellten Betriebsratsmitglieder im Falle ihrer uneingeschränkten Dienstausübung in den Genuß derartiger Gehaltszuschläge gelangt wären.

25.12.4. Das BM f. soziale Verwaltung wies die Kasse an, in Hinkunft die vom RH beanstandete Praxis im Sinne der auch von ihm geteilten Rechtsauffassung zu ändern.

25.13.1. Die Kasse gewährte 58 in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Mai 1973 in den Ruhestand getretenen Bediensteten einmalige Belohnungen, um sie gegenüber den am 1. Juli 1973 anläßlich des 25jährigen Bestehens der Selbstverwaltung der Kasse mit freiwilligen Zuwendungen bedachten Mitarbeitern nicht zu benachteiligen. Dadurch kamen auch Bedienstete mit negativen Dienstbeschreibungen in den Genuß dieser als außerordentliche Belohnung bezeichneten Geldleistung. Die Bedeckung des für solche Belohnungen erforderlichen Aufwandes erfolgte überdies — entgegen den bestehenden Richtlinien — aus dem bei der Kasse gemäß § 31 Abs. 3 Z. 3 ASVG eingerichteten Sozialfonds.

25.13.2. Der RH hielt diesem Vorgehen der Kasse entgegen, daß selbst bei extensiver Auslegung aller einschlägigen Bestimmungen ein ruhestandsbedingtes Versäumen einer Jubiläumszuwendung nicht als belohnungswürdiger Umstand gewertet werden könne.

25.13.3. Da die Kasse in ihrer Stellungnahme auf diese Beanstandung nicht einging, wurde sie vom BM im Erlaßwege dazu aufgefordert. Das BM erklärte ausdrücklich, daß die vom RH vertretene Auffassung mit seiner wiederholt geäußerten aufsichtsbehördlichen Meinung übereinstimme.

Leistungswesen

25.14.1. Der von der Kasse im Falle der Nachverrechnung von Beiträgen gemäß § 113 Abs. 1 ASVG vorgeschriebene Beitragszuschlag betrug durchwegs nur 10% der nachzuentrichtenden Beiträge. Von der im Gesetz eingeräumten Möglichkeit, das Ausmaß des Zuschlages entsprechend der Art des Meldeverstoßes bis zum Zweifachen der Beitragssumme festzusetzen, wurde kein Gebrauch gemacht.

25.14.2. Der RH vertrat die Auffassung, daß eine flexiblere Vorgangsweise der Kasse die Einhaltung der Meldevorschriften eher gewährleiste, und empfahl, anstelle der Verhängung starrer Beitragszuschläge die gesetzlichen Rahmensätze gegebenenfalls auszuschöpfen.

25.14.3. Die Kasse berichtete, die Höhe der Beitragszuschläge nunmehr unter Berücksichtigung der für diese Ermessensentscheidungen maßgeblichen Tatbestandsmerkmale abzustufen. Sie gab jedoch zu bedenken, daß die von ihr verhängten Zuschläge im Einspruchsverfahren vom Landeshauptmann in der Regel auf 10% der Nachforderungssumme herabgesetzt würden.

25.14.4. Das BM nahm das Vorbringen der Kasse zum Anlaß, die Einspruchsbehörde von der Anregung des RH mit dem Bemerken, daß dieser künftig zu folgen wäre, in Kenntnis zu setzen.

25.15.1. Die Eröffnung von Insolvenzverfahren über das Vermögen von Beitragsschuldnern gelangte der Exekutionsabteilung oft verspätet zur Kenntnis. Dadurch hatte die Kasse Kosten für die Anberaumung nachträglicher Prüfungstagsatzungen zu tragen; mitunter verabsäumte sie es, ihre Ansprüche zu sichern.

25.15.2. Der RH empfahl, den Insolvenzfällen erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen und zur Vermeidung finanzieller Nachteile um die rechtzeitige Kenntnis eingeleiteter Insolvenzverfahren bemüht zu sein.

25.15.3. Die Kasse erklärte, sie habe die Exekutionsabteilung angewiesen, aufgrund aller einschlägigen, im Amtsblatt zur Wiener Zeitung erscheinenden Veröffentlichungen unverzüglich die gebotenen Maßnahmen zu ergreifen.

25.16.1. Zur Erledigung der mit Inkrafttreten des Entgeltfortzahlungsgesetzes (EFZG), BGBl. Nr. 399/1974, angefallenen Arbeiten hatte die Kasse eine spezielle Dienststelle eingerichtet. Ihr oblag die formale Prüfung der von den Dienstgebern vorgelegten Anträge und deren allfällige

Ergänzung; die Kontrolle der Dienstgeberkontonummern sowie der Ausdruck der Überweisungsträger erfolgten sodann mittels der EDVA, von der die Anträge neuerlich der „Versicherungs- und Beitragsabteilung" zugeleitet wurden, die vor Zahlungsvollzug die Möglichkeit einer Kompensation mit allfällig vorhandenen Beitragsrückständen überprüfte.

25.16.2. Der RH beanstandete, daß dieser Erledigungslauf die materielle Kontrolle der geltend gemachten Erstattungsansprüche vernachlässige, weil die Frage der individuellen Anspruchsberechtigung des Dienstnehmers sowie der Betrag des vom Dienstgeber ausbezahlten Entgeltes nicht geprüft wurden. Er empfahl, das zur Zeit der Gebarungsüberprüfung bestehende provisorische Arbeitssystem durch ein allen Anforderungen entsprechendes Verfahren zu ersetzen.

25.16.3. Die Kasse erwiderte, sie habe bereits im Begutachtungsverfahren zum EFZG auf den Umstand hingewiesen, daß eine Einhaltung der zweiwöchigen Erledigungsfrist nur bei Verzicht auf eine vorgängige Kontrolle möglich sei. Es sei jedoch beabsichtigt, den vom RH kritisierten Erledigungslauf durch eine materielle Überprüfung zu ergänzen, sobald das integrierte Datenbanksystem zur Verfügung stehe.

Heilmittelverrechnung

25.17.1. Die Kasse pflegte nur die aufgrund hoher Rechnungsbeträge auffallenden Rezepte zu retaxieren, geringwertige Verschreibungen überprüfte sie nicht. Ferner nahm die Kasse entgegen der Praxis anderer Krankenversicherungsträger keine Entwertung der verrechneten Rezepte vor, auch nicht der Suchtgiftrezepte, die in einem dem Anstaltsgebäude benachbarten Kellerlokal ungesichert aufbewahrt wurden.

25.17.2. Der RH empfahl, die Retaxierung fallweise auch auf geringwertige Verschreibungen auszudehnen und zur Hintanhaltung von Mißbräuchen für die Entwertung der bezahlten Rezepte sowie deren sichere Verwahrung zu sorgen.

25.17.3. Die Kasse erklärte, sie werde künftig auch Rezepte mit geringen Beträgen retaxieren, und berichtete, seit September 1975 alle eingelösten Rezepte mit einem Spezialfarbstoff zu entwerten. Aufgrund der Beanstandung des RH sei überdies der zur Lagerung von Rezepten verwendete Archivraum mit zwei zusätzlichen Schlössern gesichert worden.

Sachaufwand

25.18.1. Die Kasse verfügte über fünf Personenkraftwagen und fünf Transportfahrzeuge zur Beförderung der Dienstpost und des Labor-gutes, wofür sie allein im Jahre 1974 rund 1,2 Mill. S aufzuwenden hatte. Dieser beachtliche Aufwand der Kraftfahrzeughaltung entstand insbesondere aus der überdurchschnittlich großen Zahl gefahrener Kilometer.

25.18.2. Im Hinblick auf die finanzielle Lage der Kasse empfahl der RH, die Anzahl der Dienstfahrzeuge zu vermindern und den Einsatz durch genauere Aufzeichnungen zu kontrollieren.

25.18.3. Die Kasse erwiderte, daß die täglichen Fahrten jeweils vom leitenden Angestellten oder einem anderen Verwaltungsgruppenleiter schriftlich bestätigt werden müßten, wodurch der ungerechtfertigten Inanspruchnahme von Dienstfahrzeugen vorgebeugt werde. Zur beanstandeten Anzahl der Kraftfahrzeuge erklärte sie, einen Personenkraftwagen von der Landwirtschaftskrankenkasse Wien übernommen zu haben. Da dessen Verkauf nur mehr wenig einbringen würde, finde er vorläufig als Reservefahrzeug Verwendung.

Betriebskrankenkasse des Werkes Donawitz der VÖEST-Alpine Montan Aktiengesellschaft

26.1. In den Jahren 1972 bis 1974 sank der Mehrertrag der Betriebskrankenkasse des Werkes Donawitz (kurz BKK) von 1,1 Mill. S, d. s. 2,9% der Beiträge, auf 110 000 S, d. s. 0,2% der Beiträge. Die Ursachen dieser Entwicklung lagen zunächst in der der BKK durch die Gesunden- und die Jugendlichenuntersuchungen entstandenen Mehrbelastung und später in den von ihr an den Entgeltfortzahlungs-Fonds zu leistenden Beträgen. Eine laufende und große Belastung stellte für die BKK außerdem der Abgang im eigenen Werksspital dar, der sich von 2,26 Mill. S im Jahre 1972 auf 3,24 Mill. S im Jahre 1974 erhöhte. Er war die Folge der hohen Leistungen für Anstaltspflege, die bei der BKK die höchste Kopfquote aller Betriebskrankenkassen mit 1 755,56 S gegenüber einem Durchschnittswert von 1 240,15 S erreichte. Verglichen mit dem Aufwand bei Einweisung der Versicherten in ein Krankenhaus eines anderen Rechtsträgers mußte die Kasse als Folge des Betriebes eines eigenen Krankenhauses pro Verpflegstag um 471,44 S mehr aufwenden.

Infolge dieser Umstände sank die Liquidität der BKK vom Jahre 1972 bis zum Jahre 1974 von 5,8 Mill. S auf 3,6 Mill. S und verringerte sich die Deckung des Aufwandes von sieben auf vier Wochen.

26.2. Selbst unter Berücksichtigung des Umstandes, daß der Betrieb gemäß § 445 Z. 2 und 3 ASVG zur Leistung erforderlicher Zuschüsse und im weiteren zur Leistung von Zu-

schüssen zwecks der von der BKK zu erbringenden gesetzlichen Mindestleistungen verpflichtet ist, erschien dem RH die Fortführung des Spitalsbetriebes nicht mehr vertretbar. Er empfahl, mit der Werksleitung zwecks Übernahme des Werksspitals und der dazugehörenden Ambulanz Verhandlungen aufzunehmen oder aber eine Einstellung des Spitalsbetriebes in Erwägung zu ziehen. Eine solche Maßnahme würde die Erfüllung der im § 116 ASVG der BKK gestellten Aufgaben gewährleisten.

26.3. In ihrer Stellungnahme erklärte die BKK, der Vorstand sowie der Überwachungsausschuß hätten in ihrer Sitzung am 9. März 1976 den Beschluß gefaßt, umgehend mit der Unternehmensleitung Verhandlungen bezüglich einer Übernahme des Werksspitals seitens des Betriebes aufzunehmen.

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz

a) Nachträge zu Berichten aus den Vorjahren

BM f. Gesundheit und Umweltschutz; Sachgebiet Umweltschutz

27.1.1. Der RH hat seinen Standpunkt bezüglich der Organisation der Gruppe „Veterinärangelegenheiten" (siehe TB 1973 Abs. 42.2.2. und TB 1974 Abs. 41.5.) in den Prüfungsmitteilungen und in weiteren Schreiben ausführlich dargelegt.

27.1.2. Die vom BM hiezu in einer neuerlichen Stellungnahme vorgebrachten Argumente, daß eine Verkleinerung des organisatorischen Rahmens der Gruppe „Veterinärangelegenheiten" z. B. wegen Zunahme des Grenzverkehrs mit Kleintieren (Sittichen, Papageien, Zwergkaninchen) nicht zweckmäßig erscheine, waren nicht geeignet, den RH zu einer Änderung seiner Auffassung zu veranlassen.

27.2.1. Das BM stimmte dem RH zu, daß eine gesetzliche Regelung des Tätigkeitsbereiches des BM f. Gesundheit und Umweltschutz auf dem Gebiete des Umweltschutzes zweckmäßig wäre (siehe TB 1974 Abs. 61.2.).

Der Auffassung des RH, daß mit 16½ Bediensteten das Auslangen zu finden wäre, trat das BM nicht bei.

27.2.2. Der RH verblieb bei seinem Standpunkt, daß mit 16½ Bediensteten das Auslangen gefunden werden könnte, da die vom BM vorgebrachten Umstände bereits berücksichtigt worden waren.

Bundesanstalten für veterinärmedizinische Untersuchungen in Linz und in Innsbruck

28.1. Zu der vom BM f. Gesundheit und Umweltschutz in Aussicht gestellten Erlassung eines eigenen Bundesgesetzes betreffend Einrichtung und Betrieb der veterinärmedizinischen Bundesanstalten (kurz BA) (siehe TB 1974 Abs. 42.1.3.) steht trotz Urgenz seitens des RH eine weitere Stellungnahme des BM noch aus.

28.2. Das BM teilte dem RH mit, daß ein Dienstposten eines B-Bediensteten bei der BA Innsbruck vorläufig nicht nachbesetzt wird. Der RH wies darauf hin, daß die verbleibenden B-Bediensteten die vom BM angeführten Tätigkeiten vollauf bewältigen können, so daß der bisher vorläufig nicht nachbesetzte B-Posten einzusparen wäre (siehe TB 1974 Abs. 42.3.3.).

28.3. Eine neuerliche Überprüfung durch die Ministerialbuchhaltung hat eine überwiegend B-wertige Tätigkeit und Auslastung des Rechnungsführers der BA Linz ergeben. Der RH ersuchte um Bekanntgabe der Begründung des Überprüfungsergebnisses (siehe TB 1974 Abs. 42.4.2.).

28.4. Die Richtlinien für die Bewertung der bei den BA vorkommenden Tätigkeiten (siehe TB 1974 Abs. 42.5.2.) stehen noch aus.

28.5. Die Zusagen des BM, Richtlinien zur Erstellung einheitlicher Geschäftseinteilungen bei den BA zu erlassen (siehe TB 1974 Abs. 42.16.3.) sowie für eine einheitliche Vorgangsweise bei der Erstellung der Jahresberichte zu sorgen (siehe TB 1974 Abs. 42.17.3.), wurden bisher nicht erfüllt.

28.6. Zu den vom BM in Aussicht gestellten Lösungsmöglichkeiten einer bundeseinheitlichen Regelung des Eutergesundheitsdienstes teilte das BM mit, daß bereits Gespräche auf Beamtenebene zwischen dem BM f. Land- und Forstwirtschaft und dem BM f. Gesundheit und Umweltschutz aufgenommen worden seien, bei denen in erster Linie der veterinärhygienische Aspekt des Komplexes behandelt wird. Die Aktionen, die unter Mitwirkung der BA laufen, sollen zu Modellen einer künftigen Regelung ausgebaut werden (siehe TB 1974 Abs. 42.20.3.).

28.7. Die Überarbeitung der für die BA geltenden Gebarungs- und Verrechnungsrichtlinien ist noch nicht abgeschlossen (siehe TB 1974 Abs. 42.22.2. und 3.).

28.8. Eine weitere Mitteilung über die Durchführung der vom RH empfohlenen Erhöhung der Gebührentarife ist dem RH bisher nicht zugegangen (siehe TB 1974 Abs. 42.23.3.).

28.9. Zur Überprüfung der Notwendigkeit der Neuanschaffung eines neuen Transport-

fahrzeuges für die BA Linz (siehe TB 1974 Abs. 42.25.3.) steht seitens des BM eine Stellungnahme noch aus.

28.10. Zu den noch offenen Fragen der Vereinfachung der Bücherinventare, der Protokollbücher und des Formularwesens (siehe TB 1974 Abs. 42.26.) ist eine Regelung durch das BM bisher noch nicht erfolgt.

b) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1975

Bundesapotheken

29.1. Die Bundesapotheke „Alte Hofapotheke" (kurz Bundesapotheke Wien I) und die Bundesapotheke „Alte Hofapotheke Schönbrunn" (kurz Bundesapotheke Wien XIII) waren ursprünglich im Besitz des Hofstaates. Die Bundesapotheke „Zur Mariahilf" (kurz Bundesapotheke Wien VI) wurde zufolge einer Schenkung Eigentum des Hofstaates. Alle drei Apotheken gehörten ab dem Jahre 1837 dem kaiserlich-königlichen Ärar und gingen im Jahre 1918 in das Eigentum der Republik Österreich über.

Die Bundesapotheken stehen somit nicht etwa im Sinne eines umfassenden, im öffentlichen Interesse gelegenen Konzeptes im Eigentum des Bundes und haben gesamtwirtschaftlich betrachtet keine Bedeutung (Gebarungsumfang rund 10 Mill. S). Die Führung dieser Bundesbetriebe war bis zum Jahre 1972 vom BM f. soziale Verwaltung zu besorgen und wurde dann vom BM f. Gesundheit und Umweltschutz übernommen.

29.2.1.1. Die drei Bundesapotheken haben in den Jahren 1964 bis 1974 die folgenden Gewinne bzw.Verluste erzielt:

Rechnungsjahr	Reingewinn	Reinverlust
	Schilling	
1964	314 057,54	—
1965	216 703,31	—
1966	370 005,28	—
1967	188 400,11	—
1968	289 281,84	—
1969	961 896,63	—
1970	—	12 660,68
1971	—	879 947,41
1972	—	284 392,65
1973	—	962 225,99
1974	—	964 498,02

29.2.1.2. Die Bundesapotheke Wien VI weist durchwegs positive, die Bundesapotheke Wien XIII hingegen stets negative Wirtschaftserfolge auf. Bei der Bundesapotheke Wien I konnten die Verluste aus dem Apothekengeschäft bis zum Jahre 1970 durch die Nebenerträge ausgeglichen werden; im Jahre 1971 ergab sich aber trotz der gegenüber dem Jahre 1970 höheren Nebenerträge bereits ein Reinverlust, der ab dem Rechnungsjahr 1972 in höherem Maße anstieg, als es dem Einnahmenausfall aus der defizitären Entwicklung im Versandgeschäft entsprochen hätte. Die erhebliche Ertragsminderung im Versandgeschäft ab dem Jahre 1969 wurde vor allem mit dem Rückgang der Lieferungen an Anstaltsapotheken wie auch an Hausapotheken zufolge stärkerer Konkurrenzierung durch private Apotheken begründet.

Wesentlich beeinflußt wurde das Erfolgsbild der Bundesapotheken durch die Steigerung des Aktivitätsaufwandes (einschließlich des gesetzlichen Sozialaufwandes) von rund 1,6 Mill. S im Jahre 1964 auf rund 4 Mill. S im Jahre 1974.

29.2.1.3. Die Gebarungsergebnisse der Bundesapotheken können nicht unmittelbar mit jenen privater Apotheken verglichen werden, weil private Apotheken keine Pensionslasten zu tragen haben und der Personalaufwand für den Leiter nicht anfällt, sondern aus dem Reingewinn zu decken ist. Gleiches gilt für den Aufwand an Körperschaftsteuer, an deren Stelle der private Apotheker die Einkommensteuer aus seinem Reingewinn zu tragen hat.

Bei einem solchen Vergleich müßten allerdings die kostenlosen Leistungen im besonderen des BM f. soziale Verwaltung bzw. des BM f. Gesundheit und Umweltschutz in Personalangelegenheiten sowie in wirtschaftlichen und administrativen Belangen wie auch die der Buchhaltung des BM f. soziale Verwaltung und des Bundesrechenzentrums durch ihre Mitwirkung an den Zahlungs- und Verrechnungsgeschäften der Bundesapotheken in Rechnung gestellt werden. Schließlich müßten dabei den Bundesapotheken auch Aufwendungen der Bundesgebäudeverwaltung I für die Instandhaltung dieser Betriebe zugerechnet werden.

29.2.2. Der RH gelangte zur Auffassung, daß die Bundesapotheken bei Berücksichtigung all dieser Umstände nicht in der Lage sind, die vergleichbaren Erfolge privater Apotheken zu erreichen. Danach müßten die Bundesapotheke Wien I einen Reingewinn von rund 500 000 S und die Bundesapotheke Wien VI einen solchen von 1 500 000 S erzielen. Die Bundesapotheke Wien XIII liegt an der Grenze der Existenzfähigkeit.

29.2.3. Das BM f. Gesundheit und Umweltschutz wies darauf hin, daß bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bundesapotheken, wie dies auch seitens des RH geschehen sei, vor allem die örtlichen Gegebenheiten in Betracht gezogen werden müßten.

Der stets negative Erfolg der Bundesapotheke Wien XIII sei durch die äußerst ungünstige Lage bedingt, und auch bei größter Anstrengung wäre für diese Apotheke eine Besserung der

Situation nicht zu erreichen, weil der Kundenkreis nicht erweitert werden könne.

Die Bundesapotheke Wien I sei durch die Lage im Stadtzentrum von Wohn- und Ärztevierteln zu weit entfernt, um einen entsprechend großen Kundenkreis zu halten; ihre negative Entwicklung in den letzten Jahren sei noch durch den Rückgang der Nebenerträge mangels Konkurrenzfähigkeit mit privaten Apotheken verstärkt worden. Das BM führte weiters die in letzter Zeit häufigen und langen Krankenstände der Leiterin und die erfolglosen Bemühungen ins Treffen, die Bundesdienststellen, insbesondere aus dem Bereich der Justizverwaltung, als Kunden zurückzugewinnen, die zufolge günstigerer Einkaufsquellen in privaten Apotheken (siehe TB 1970 Abs. 30,4.) abgewandert sind.

29.3.1. Die Buchhaltung des BM f. soziale Verwaltung hat in ihren jährlichen Erläuterungen zu den Bilanzen durch betriebswirtschaftliche Kennzahlen verschiedene Ansatzpunkte für Betriebsdispositionen aufgezeigt und entsprechende Anregungen gegeben. Solche Anregungen führten jedoch zu keinen konkreten Veranlassungen der fachlich zuständigen Sektion des BM f. soziale Verwaltung bzw. des BM f. Gesundheit und Umweltschutz und zu keiner Einflußnahme auf die Wirtschaftsführung der Apotheken.

29.3.2. Nach Auffassung des RH hätte es die gebotene Sorgfalt einer ordnungsgemäßen Wirtschaftsführung erfordert, die möglichen Einflußfaktoren zu ergründen und zu diesem Zweck etwa zeitlich begrenzte Aufzeichnungen über den Waren-Eingang und -Ausgang zu führen, die Aufnahme und Bewertung des Lagerbestandes zu überwachen wie auch die Umsatzstruktur und die Wirtschaftlichkeit des Rabattgeschäftes zu untersuchen.

29.3.3. Das BM f. Gesundheit und Umweltschutz teilte mit, daß von der Buchhaltung angeregte Maßnahmen, wie die Beurteilung des Warenlagers, die Ausscheidung unverkäuflicher Waren und die Rabattgewährung, so wie in jeder anderen Apotheke auch in den Bundesapotheken in der Verantwortlichkeit des Apothekenleiters gelegen seien. Eine unmittelbare Einflußnahme des BM auf Details der Apotheken würde nach seiner Ansicht einen Ministerialbeamten an Ort und Stelle erfordern, weil nur durch einen kontinuierlichen Überblick über die geschäftlichen Einzelheiten eine Steuerung möglich sei. Ein solches Vorhaben hielt es allerdings nicht für realistisch, zumal für eine solche Funktion im Dienstpostenplan kein Posten vorgesehen werden könnte.

29.3.4. Der RH erwiderte, daß der ständige Einsatz eines Ministerialbeamten an Ort und Stelle durch die Rechnungsführerin gegeben sei, die einen kontinuierlichen Überblick über die geschäftlichen Einzelheiten hat. Abgesehen davon hätte das BM im Hinblick auf die Ausführungen der Buchhaltung und den negativen Gebarungserfolg auf die Apothekenführung unmittelbar Einfluß nehmen und die Verantwortlichkeit des Apothekenleiters geltend machen müssen.

29.4.1. Die mangelnde Einflußnahme des BM zeigte sich im besonderen in der Personalbewirtschaftung der Bundesapotheken. So brachte die für die Aufsicht der Bundesapotheken zuständige Sektion in einem Geschäftsstück vom August 1973 zum Ausdruck, sie habe schon immer betont, daß zu hohe Personalkosten die Ursache für die niedrigen Betriebserfolge seien. In ihrer Bilanzbetrachtung für das Jahr 1972 wies auch die Buchhaltung darauf hin, daß sich die wirtschaftliche Situation der Bundesapotheke Wien I in den nächsten Jahren nur dann merklich bessern könne, wenn es unter anderem gelänge, den Personalaufwand in ein zum Umsatz wirtschaftlich gerechtfertigtes Verhältnis zu bringen. Für dieselbe Apotheke machte weiters ein vom Bundesminister beauftragter Gutachter, der mit den wirtschaftlichen Aussichten und den möglichen Rationalisierungsmaßnahmen der Bundesapotheken befaßt war, im September 1973 konkrete Vorschläge zu einer Personalverminderung. Auch Vertreter des Ressorts stellten aufgrund dieses Gutachtens fest, daß das Personal dieser Apotheke keineswegs ausgelastet sei.

29.4.2. Trotz dieser Feststellungen wurde der Stand von 27 Dienstposten für die drei Bundesapotheken seit dem Jahre 1964 — die Zeit der Verpachtung der Bundesapotheke Wien VI ausgenommen — unverändert beibehalten, weil nach den allgemeinen Bemerkungen zur Erstellung des jährlichen Dienstpostenplanes eine Postenverminderung die ordnungsgemäße Bewältigung der Aufgaben dieser Betriebe gefährden würde. Dazu kommt, daß zur Zeit der Gebarungsüberprüfung zwei für die Bundesapotheke Wien I vorgesehene Dienstposten unbesetzt waren und das BM bei der Erstellung des Dienstpostenplanes 1976 nicht die Möglichkeit wahrnahm, den Personalstand um diese Dienstposten zu vermindern.

29.4.3. Das BM gab dazu bekannt, daß in Abänderung des seinerzeitigen Antrages für den Dienstpostenplan 1976 die Übertragung von drei Dienstposten aus dem Personalstand der Bundesapotheken in den der Zentralstelle beantragt worden sei.

29.5.1.1. Eine wesentliche Ursache für die Säumigkeit in wirtschaftlichen Entscheidungen war nach Auffassung des RH die Vielfalt der Zuständigkeiten.

Im Zuge der Auflösung der Zentraldirektion der Bundesapotheken im Jahre 1950 wurden

einige ihrer Agenden, wie im besonderen die Aufsicht über diese Betriebe, einer Abteilung im BM f. soziale Verwaltung übertragen. Bereits anläßlich seiner Gebarungsüberprüfung im April 1951 wies der RH auf Unzukömmlichkeiten in manchen Belangen als Folge der Neuorganisation hin und empfahl, durch geeignete Maßnahmen eine wirtschaftliche und elastische Betriebsführung der einzelnen Apotheken zu gewährleisten. Vor allem hielt er es für erforderlich, den Aufgabenkreis und die Befugnisse der Leiter der einzelnen Apotheken in einer Dienstanweisung festzulegen und dafür zu sorgen, daß die Leiter in etwa vierteljährlichen Zeitabständen über den Wirtschaftserfolg ihres Betriebes informiert werden.

Das BM hielt damals die empfohlene Dienstanweisung im Hinblick auf die einschlägigen gesetzlichen Normen über die Pflichten und Rechte eines verantwortlichen Leiters einer öffentlichen Apotheke nicht für erforderlich. Zur Information der Leiter über den Wirtschaftserfolg ihres Betriebes nahm es aber vierteljährliche Besprechungen in Aussicht.

29.5.1.2. Die nunmehrige Gebarungsüberprüfung ergab, daß die Angelegenheiten der Bundesapotheken inzwischen auf fünf Organisationseinheiten des BM f. Gesundheit und Umweltschutz aufgeteilt wurden, die Aufteilung einen umfangreichen Informationsfluß erforderte und diese Stellen letztlich in wesentlichen Belangen aus ihrer Zuständigkeit wohl eine Mitwirkungs-, jedoch keine Entscheidungspflicht ableiteten.

Dazu kommt, daß die Leiterin der Bundesapotheke Wien I auch mit der Führung der administrativen, kaufmännischen und personellen Angelegenheiten der beiden anderen Bundesapotheken betraut ist, die Gebarungsüberprüfung aber keine Anhaltspunkte ergab, die ihre Einflußnahme auf kaufmännische Belange dieser Apotheken erkennen ließen. Den Leitern dieser Apotheken wurde, wie bereits seinerzeit vom RH kritisiert worden war, nicht einmal Gelegenheit gegeben, sich über die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Betriebe wenigstens anhand der Bilanzen ins Bild zu setzen.

29.5.2. Der RH unterstrich neuerlich die Notwendigkeit, den Aufgabenkreis und die Befugnisse der Apothekenleiter in einer Dienstanweisung festzulegen.

29.5.3. Das BM wiederholte seinen Standpunkt, daß eine Dienstanweisung für die Leiter der Bundesapotheken im Hinblick auf die für die Apothekenbetriebsführung geltenden gesetzlichen Bestimmungen nicht zielführend sei. Es hat jedoch die Leiterin der Bundesapotheke Wien I angewiesen, mit den Leitern der beiden anderen Bundesapotheken monatliche Besprechungen über die wirtschaftliche Situation, die Möglichkeit von Verbesserungen und über sonstige wichtige Erfahrungen zu führen.

29.5.4. Der RH verblieb bei seiner Anregung, die Aufgaben und Befugnisse der einzelnen Apothekenleiter in einer Dienstanweisung festzulegen, zumal in gesetzlichen Bestimmungen ein solches Innenverhältnis nicht geregelt ist.

29.6.1.1. Die Bundesapotheke Wien I verfügt über eine Berechtigung zum Groß- und Kleinhandel mit Wein, gebrannten geistigen Getränken und Medizinalweinen. Im Rahmen dieser Konzession wurden von ihr 28 verschiedene Wein- und Weinbrandsorten angeboten. Zur wirtschaftlichen Nutzung dieser Gewerbeberechtigung wurden in den Jahren 1959 bis 1963 insgesamt rund 6 800 l Weinbrand unterschiedlicher Qualität in der Annahme angesetzt, daß die Käufer auch als Kunden für Arzneiwaren in Frage kämen und eine durch die Lagerdauer bedingte Qualitätssteigerung einen wesentlichen Gewinn erwarten lasse. Diese Erwartungen gingen nicht in Erfüllung, denn es wurden in den Jahren 1959 bis 1968 insgesamt nur 355 l Weinbrand verkauft.

29.6.1.2. Im Sinne der Bestrebungen zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauches hat das BM f. Gesundheit und Umweltschutz zu Beginn des Jahres 1973 die Bundesapotheke Wien I angewiesen, den gesamten Weinbrandvorrat abzustoßen und zu diesem Zwecke von interessierten Stellen Offerte einzuholen. Nach Eingang von Angeboten zweier Firmen (die eine bot einheitlich 32 S, die andere je nach Qualität 28,57 S bzw. 35,71 S je Liter) hat die zuständige Fachabteilung des BM der Apotheke nahegelegt, keinesfalls unter den Gestehungskosten des seinerzeitigen Weinbrandansatzes von rund 52 S je Liter zu verkaufen. Aufgrund des negativen Ergebnisses eines vom BM Ende des Jahres 1974 eingeholten Qualitätsgutachtens wurde dann vom BM angeordnet, den Weinbrand an die Firma, die einheitlich 32 S geboten hatte, abzustoßen. Der Abnehmer zahlte schließlich 30,50 S je Liter. Die bei der Abfüllung durch den Abnehmer bestätigte Lieferung von 2 610 l wurde in der Rechnung um 100 l herabgesetzt. Für die Kontrolle der abgegebenen Menge durch ein Organ der Bundesapotheke war keine Vorkehrung getroffen worden. Darüber hinaus war die Liefermenge gegenüber dem buchmäßigen Bestand um nahezu 1 000 l geringer. Die Fehlmenge, die zwar seit Jahren vermutet, aber nie auf ihr Ausmaß geprüft wurde, entsprach einem Bestandswert von rund 44 000 S, der unter Zugrundelegung der Rohaufschläge einem Warenwert von rund 78 000 S gleichkommt.

29.6.1.3. In seiner Gesamtheit erwies sich das Weinbrandgeschäft als eine mißlungene Maßnahme, zumal für die fachgemäße Pflege

und Überwachung des Lagervorrates keine Vorsorge getroffen war und auch die Kellereiaufzeichnungen mangelhaft waren.

29.6.2. Der RH stellte die Frage, warum die Ursache dieser Bestandsdifferenzen nicht untersucht und nicht geklärt wurde, wer für den Fehlbestand verantwortlich ist. Er bemängelte, daß der Apothekenleitung durch das BM trotz Kenntnis der Schwachstellen im Wirtschaftsbereich die notwendige Beratung und Unterstützung nicht gewährt und auch keine Konsequenzen in personeller Hinsicht gezogen wurden.

29.6.3. Das BM führte zu den aufgezeigten Mängeln aus, die nunmehrige Leiterin habe angegeben, daß sie die Weinbrandvorräte wie auch die übrigen Warenvorräte von ihrer Vorgängerin unkontrolliert übernommen habe, daß sie damals wie auch in den Folgejahren keine Möglichkeit gehabt habe, den tatsächlichen Inhalt der Fässer zu prüfen, und daß das Weinbrandgeschäft so weitergeführt worden sei, wie es von der Vorgängerin übernommen worden war, da sowohl ihr selbst als auch dem Personal jede Kellereierfahrung fehlte.

Nicht nur die grundsätzliche Ablehnung des Alkoholverkaufes in einer Bundesapotheke, sondern auch die negative wirtschaftliche Entwicklung der Bundesapotheken, die zweifellos zu einem erheblichen Teil auf die hohen Personalstände zurückzuführen sei, habe das BM bewogen, einen möglichst raschen Abverkauf der Weinbrandvorräte und damit auch eine Änderung der Personalsituation herbeizuführen. Es habe allerdings eine weitere Entscheidung erst getroffen, nachdem es der Bundesapotheke nicht gelungen war, den Weinbrand zu einem möglichst günstigen Preis im großen abzuverkaufen. Wegen der keineswegs einwandfreien Qualität habe getrachtet werden müssen, das Produkt zu einem Preis abzustoßen, der für ein Erzeugnis dieser Qualität gerade noch erreicht werden konnte. Das BM habe eine Kontrolle der Abfüllung als selbstverständlich vorausgesetzt und halte dafür die Apothekenleitung für verantwortlich.

Zum gesamten Fehlbestand gab es die Ansicht der Apothekenleiterin wieder, die auch von Experten des Abnehmers geteilt worden sei, daß die verwendeten Fässer nicht ordentlich instand gesetzt und von vornherein nur teilweise gefüllt gewesen seien, so daß große Verdunstungsmöglichkeiten bestanden hätten. Die Apothekenleiterin hätte bei Auftreten von Fehlbeständen Maßnahmen zu treffen gehabt oder sich mit konkreten Unterlagen an das BM wenden müssen. Tatsächlich habe die Krankheit der Apothekenleiterin die Situation erschwert. Das Weinbrandgeschäft sei zweifellos ein Mißerfolg gewesen; Alkoholverkäufe würden künftig nur in dem für eine Apotheke nach den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften gebotenen Rahmen erfolgen.

29.7. Zu der weiteren Feststellung des RH, daß der Absatz von Wein und Weinbrand in der Bundesapotheke Wien XIII unzulässig war, da die entsprechende Gewerbeberechtigung lediglich auf den Standort der Bundesapotheke Wien I lautet, teilte das BM mit, daß der Apotheke solche Geschäfte inzwischen untersagt worden seien.

29.8.1. Im Jahre 1951 empfahl der RH, durch zentrale Lenkung und durch Zusammenfassung des Einkaufes von Rohstoffen und Medikamenten bestmögliche Einstandspreise und günstigere Rabatte zu erzielen. Anlaß dazu gab die Feststellung, daß die drei Bundesapotheken voneinander unabhängig einkaufen und die gleichen Spezialitäten (Medikamente) oder Einwieger (Grundstoffe für Eigenrezepturen und Elaborationen) bei denselben Firmen zu unterschiedlichen Preisen, Rabatten und Skonti beziehen.

Das seinerzeit für die Verwaltung der Bundesapotheken zuständige BM f. soziale Verwaltung sagte dem RH zu, daß es „auf den zentralen Einkauf zurückkommen" werde.

29.8.2. Der RH hat nunmehr die gleiche Situation vorgefunden. Nach wie vor wird bei einem zu verwaltenden Gesamtkredit von mehr als 6 Mill. S für den Wareneinkauf von jeder Apotheke einzeln disponiert, gelten unterschiedliche Preise, Nachlässe, Zahlungskonditionen und Vergütungen in Form von Naturalrabatten.

29.8.3. Das BM teilte mit, daß ein zentraler Einkauf entsprechend der Empfehlung des RH kaum einen Vorteil bringen würde, da nicht jede der drei Apotheken alle Waren in größeren Mengen benötige. Jede Apotheke müsse von sich aus trachten, die bestmögliche Einkaufsquelle zu ermitteln, zumal bei einer zentralen Belieferung die Zustellung der Waren kaum befriedigend gelöst werden könnte. Nunmehr finde aber unter den drei Apotheken ein Erfahrungsaustausch über günstige Bezugsquellen statt.

29.8.4. Der RH verblieb bei seiner Auffassung, daß eine zentrale Lenkung und Zusammenfassung des Einkaufes der gängigsten Apothekenwaren, womit eine zentrale Belieferung nicht verbunden sein müsse, wirtschaftliche Vorteile gebracht hätte. Auf jeden Fall hätte sie zur Folge gehabt, daß alle drei Apotheken zu gleich günstigen Konditionen eingekauft hätten.

29.9.1. Eine seit vielen Jahren bestehende Großhandelskonzession der Bundesapotheke Wien I wurde nicht verwertet. Zur Zeit der Gebarungsüberprüfung wußten weder die Leiter

der Bundesapotheken noch die für die ökonomisch-administrativen Belange zuständige Fachabteilung des BM f. Gesundheit und Umweltschutz von der Existenz dieser Konzession. Ungeklärt blieb allerdings, wieso in einem Geschäftsstück des BM aus dem Jahre 1973 festgehalten werden konnte, daß die Bundesapotheke Wien I diese Konzession weitgehend — im Jahre 1972 im Umfang von rund 1,5 Mill. S — ausnütze. Den Beauftragten des RH wurde einhellig bekundet, daß die Bundesapotheken zur Ausübung dieser Konzession nicht fähig seien.

29.9.2. Das BM teilte mit, daß in den letzten Jahren vielfach für eine ordnungsgemäße Überprüfung bzw. Durchführung von Angelegenheiten notwendige Akten aus den Vorjahren unauffindbar gewesen seien und es auch blieben.

29.10.1. Im Jahre 1974 wurden für die Bundesapotheke Wien I Geräte als Teil eines elektronischen Spezialitäten-Defektursystems und die zugehörigen Minikärtchen in Lochkartenausführung gekauft. Die Anschaffung der für das elektronische Bestellverfahren erforderlichen weiteren Geräte war nach Auskunft der Apothekenleitung zu einem späteren Zeitpunkt in Aussicht genommen. Dieses System sollte nach Neueinrichtung der Materialkammer seiner besonderen Vorteile wegen sofort angewendet werden und zufolge der erwarteten großen Arbeits- und Zeitersparnis die Einsparung eines Dienstpostens ermöglichen.

29.10.2.1. Zur Zeit der Gebarungsüberprüfung wurde die unter Berücksichtigung dieses Systems neu eingerichtete Materialkammer schon seit einiger Zeit benützt, aber das neue Bestellsystem wurde noch nicht angewendet. Die Minikärtchen zusammen mit einer Reihe nicht aufgearbeiteter Ergänzungslieferungen aus dem Veränderungsdienst befanden sich im Museumsraum der Apotheke. Bei der Apothekenleitung bestand keine Gewißheit, wann nach diesem System vorgegangen werden könne, da für die Aufarbeitung der Ergänzungslieferungen der Bedienstetenstand nicht ausreichte. Überdies waren die Bediensteten bis dahin über das neue System weder informiert noch darin ausgebildet.

29.10.2.2. Der RH wies auf das Defektursystem der Bundesapotheke Wien VI hin, das sich bestens bewährte und geringere Kosten verursacht. Da im Bundesvoranschlag für das Jahr 1976 auch für diese Apotheke der Ankauf des neuen Systems der Bundesapotheke Wien I vorgesehen war, empfahl der RH, von dieser Anschaffung im Hinblick auf die Mißerfolge der letztgenannten Apotheke vorerst Abstand zu nehmen.

29.10.3. Das BM teilte mit, daß an eine Erweiterung dieses für die elektronische Bestellung geeigneten Systems bei der Bundesapotheke Wien I nicht gedacht, das Minikärtchensystem vielmehr für die phonetische Bestellung eingeführt worden sei und aus der Anschaffung noch nicht abgeleitet werden könne, daß dadurch Personal eingespart werde. Dieses System solle in erster Linie einer dem Bedarf besser angepaßten Bestellung dienen. Auch die Bundesapotheke Wien VI wolle das Minikärtchensystem wegen seiner Vorteile anschaffen.

29.10.4. Die Ausführungen des BM vermochten die Bemängelung des Defektursystems bei der Bundesapotheke Wien I nicht zu entkräften. Der RH verblieb bei seiner Auffassung, daß die für ein elektronisches Spezialitäten-Defektursystem bestimmten Minikärtchen mit einem weit über dem Warenumfang dieser Bundesapotheke liegenden Sortiment für eine rein phonetische Bestellung, die bei diesem System nur als Ausnahme gedacht ist, zu teuer sind und die hiefür getätigten Ausgaben von rund 39 000 S nicht wirtschaftlich waren. Er erachtete es daher nicht für sachlich gerechtfertigt, auch das Bestellwesen der Bundesapotheke Wien VI auf dieses eingeschränkte System umzustellen.

29.11.1. Im Jahre 1974 sind aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem BM f. Gesundheit und Umweltschutz und dem BM f. Land- und Forstwirtschaft Räumlichkeiten der Bundesapotheke Wien I im Erdgeschoß und ersten Stock an die unter Raumnot leidende Spanische Reitschule unter der Bedingung abgetreten worden, daß als Gegenleistung dafür ein zweckentsprechender Umbau und eine Neuadaptierung der für die Apotheke verbliebenen Räume finanziert werde (von ursprünglich rund 1 000 m² wurden 250 m² abgetreten).

Dieses Bauvorhaben ging während der Gebarungsüberprüfung seiner Vollendung entgegen. Die Kosten beliefen sich laut Auskunft der Burghauptmannschaft einschließlich der Ausstattung mit neuem Mobilar auf 3,1 Mill. S.

Das BM war zwar bereits selbst zur Feststellung gelangt, daß einige der verbliebenen Räume im 1. Stock für die Apotheke nicht erforderlich sind, hielt es jedoch nicht für zweckmäßig, sie unaufgefordert abzugeben.

29.11.2. Der RH wies darauf hin, daß eine auf Rentabilität zielende Bundesapotheke von sich aus verpflichtet wäre, nicht benötigten Raum wegen des damit verbundenen Aufwands abzugeben. Er beantragte daher, auf Verwaltungsräume im Ausmaß von rund 350 m² im 1. Stock zugunsten der Spanischen Reitschule zu verzichten und diesen Verzicht hinsichtlich der Räume der Versandabteilung mangels eines Verwendungszweckes sofort auszusprechen.

29.11.3. Das BM teilte mit, daß die Räume der Versandabteilung nach Kündigung des Vertrages zunächst geschlossen worden seien und über ihre weitere Verwendung für Zwecke des BM verhandelt werde.

29.12.1. Die Bundesapotheke Wien I hat im Jahre 1951 mit einem Heilmittelwerk ein Übereinkommen über die Belieferung von hausapothekenführenden Ärzten und Krankenanstalten ohne Anstaltsapotheke geschlossen. Danach stellte die Bundesapotheke für die Errichtung einer vom Apothekenbetrieb getrennten, aber unter der Leitung und fachlichen Kontrolle des jeweiligen Leiters der Apotheke stehenden Versandabteilung fünf Räume zur Verfügung. Die Versandabteilung bezog die Waren vom Vertragspartner, der die Fakturierung der verkauften Waren im Namen der „Alten Hofapotheke, Versandabteilung" besorgte und dem auch der Bargeldverkehr, die Lagerkontrolle sowie die gesamte Buchführung im Rahmen dieses Geschäftes oblagen. Im Jahre 1961 wurde ein neues Übereinkommen geschlossen, das bis zur Lösung des Vertragsverhältnisses mit dem späteren Rechtsnachfolger des Heilmittelwerkes am 31. Mai 1975 bestand.

Aufgrund der starken Verminderung der Bruttoerträge des Versandgeschäftes in den Jahren 1968 und 1969 und der damit verbundenen Reingewinnminderung gelangte das BM zur Auffassung, daß es im Falle eines weiteren Rückganges des Reingewinnes nicht mehr vertretbar wäre, die Versandabteilung weiterzuführen. Diese ungünstige Entwicklung führte im Jahre 1972 erstmals zu einem Verlust von 78 000 S, der sich in den Jahren 1973 und 1974 auf 103 000 S bzw. 253 000 S erhöhte. Die Forderungen des Vertragspartners beliefen sich per 31. Dezember 1974 auf rund 660 000 S. Die Bilanz für das Jahr 1975 war zum Zeitpunkt der Lösung des Vertragsverhältnisses noch ausständig. Darüber hinaus hat der Vertragspartner angekündigt, daß er die den Bediensteten anläßlich der Lösung des Dienstverhältnisses gezahlten Abfertigungen sowie sonstige Leistungen mit einer Schlußabrechnung geltend machen werde.

29.12.2. Der RH stellte fest, daß das Versandgeschäft im Laufe der Zeit der Bundesapotheke Wien I wirtschaftlich vollkommen entglitten war. Die Versandabteilung stellte sich innerhalb der Bundesapotheke als Apotheke mit eigenem Labor und eigener Verwaltungsabteilung dar. Die ihr zur Verfügung gestellten Räume standen in keinem vertretbaren Verhältnis zu den dort entfalteten Tätigkeiten. Ihre abgeschiedene Lage und die mangelnde Aufsicht durch die Leiterin der Bundesapotheke brachten es mit sich, daß die dort beschäftigten Bediensteten nicht ausgelastet waren. Die buchmäßige Behandlung der Wirtschaftsvorgänge entsprach nicht den Erfordernissen der kaufmännischen und abgabenrechtlichen Buchführungspflicht. Durch die nettomäßige Darstellung des Gebarungserfolges aus dem Versandgeschäft in der Jahreserfolgsrechnung der Bundesapotheke wurden deren Geschäftserfolge und Umsätze nicht richtig ausgewiesen. Dadurch wurden auch vom Umsatz der Apotheke zu berechnende Leistungen, wie z. B. die Apothekerkammer-Umlage, unrichtig ermittelt.

29.12.3. Das BM teilte mit, daß die Verhandlungen über die Schlußabrechnung noch im Gange seien.

29.12.4. Der RH ersuchte das BM um Bekanntgabe der Schlußabrechnung.

29.13.1. Die auf einer umsatzbezogenen Provisionsbasis beruhenden Nebenerträge der Bundesapotheke Wien I aus der Geschäftsverbindung mit dem Serotherapeutischen Institut waren bis zum Jahre 1969 auf rund 0,5 Mill. S angestiegen und sind seither auf rund 0,2 Mill. S im Jahre 1974 gesunken. Der Wirtschaftserfolg aus dem laufenden Geschäftsbetrieb ist bereits ein Verlust. Lediglich durch eine 10%ige Provision für die Mitarbeit der Apotheke bei der Beschaffung des Impfstoffes für die Impfaktionen des BM f. Gesundheit und Umweltschutz, der den Bundesländern auf Kosten des Bundes zur Verfügung gestellt wird, ist dieser Geschäftszweig noch aktiv.

29.13.2.1. Der RH gelangte zur Auffassung, daß die Geschäftsverbindung mit dem genannten Institut neu zu ordnen gewesen wäre, weil der geringe Provisionsertrag nicht mehr imstande war, die Aufwendungen zu decken.

29.13.2.2. Das Institut führte einen großen Teil des Provisionsgeschäftes in Form von Direktlieferungen an Krankenanstalten und ähnliche Einrichtungen sowie sonstige Abnehmer durch, so daß in derartigen Fällen dem gesetzlich zwingenden Erfordernis der Abgabe über eine öffentliche Apotheke nicht entsprochen wurde, da die Bundesapotheke diese Produkte nicht einmal sah und daher auch die vorschriftsgemäße Abgabe nicht gewährleisten konnte. Gleiches hat der RH hinsichtlich der Beschaffung bzw. Abgabe des Impfstoffes für die Impfaktionen des BM festgestellt.

29.13.2.3. Ferner vertrat er die Auffassung, daß die Umsätze aus einer wirtschaftlichen Tätigkeit, die kraft Gesetzes nur über eine öffentliche Apotheke ausgeübt werden kann, der Apotheke zuzurechnen sind und daher in die Jahreserfolgsrechnung einbezogen werden sollten.

29.13.3.1. Das BM erwiderte, daß seinerzeit für die Impfaktionen des Bundes der Impfstoff ausschließlich vom Serotherapeutischen Institut bezogen worden sei. Als das BM auch Erzeugnisse

anderer Unternehmen zuließ, habe das genannte Institut die Provision im Jahre 1967 auf 2% herabgesetzt. Auch in letzter Zeit sei ein Versuch, eine bessere Provision zu erzielen, ergebnislos geblieben, da das Institut nur dann bessere Konditionen bieten würde, wenn ausschließlich seine Erzeugnisse für Impfaktionen des Bundes verwendet würden, was vom Standpunkt des BM aus jedoch nicht möglich sei.

29.13.3.2. Zur Gesetzmäßigkeit der Direktlieferungen des Institutes teilte das BM mit, daß es diese Frage aufgrund der von der Bundesapotheke Wien I erst vor kurzem zur Verfügung gestellten Unterlagen neuerlich prüfen werde.

29.13.3.3. Auch die buchmäßige Darstellung des Umsatzes aus den Provisionsgeschäften will das BM klären.

29.14.1.1. Der anhaltend schlechte Gebarungserfolg der drei Bundesapotheken war für die zuständigen Bundesministerien seit Jahren Veranlassung, nach Möglichkeiten zur Verbesserung der Ertragslage zu suchen. Im Jahre 1967 wurde erwogen, die Bundesapotheke Wien I aus wirtschaftlichen Gründen weiterzuführen, die Bundesapotheke Wien VI und die Bundesapotheke Wien XIII jedoch zu verpachten. Seitens der zuständigen Fachsektion des BM f. soziale Verwaltung wurde damals eingewendet, daß bei einer allfälligen Verpachtung der Verpächter eine Reihe von Verpflichtungen habe, die sich im Laufe der Zeit als drückend erweisen könnten. So werde der Verpächter unter anderem verpflichtet sein, das Inventar und allfällige Schäden auf seine Rechnung instand zu halten oder auch zu erneuern. Da für die Apotheken die Apothekenbetriebsordnung mit ihren genauen Vorschriften gelte, entstünde bei einer Verpachtung eine starke Belastung. Andererseits müßte bei der Verpachtung ein Ertrag erzielt werden, der die Forderungen des Verpächters befriedigt, aber auch dem Pächter die Möglichkeit gibt, den Betrieb nach den Grundsätzen eines ordentlichen Kaufmannes zu führen und einen Reingewinn zu erzielen, der nach Abzug des Pachtschillings und der Steuern größer sein muß als der Gehalt eines angestellten Apothekers mit einer bestimmten Anzahl von Dienstjahren. Ferner wurden auch darüber Überlegungen angestellt, was nach Beendigung eines Pachtvertrages zu geschehen hätte, weil nach einem bestimmten Zeitablauf sich auch die wirtschaftlichen Gegebenheiten ändern.

29.14.1.2. Die allein stets gewinnbringende Bundesapotheke Wien VI wurde mit 1. Mai 1970 verpachtet. Diese Verpachtung endete jedoch bereits mit 1. April 1972 durch Kündigung des Pächters. Die kurzfristige Verpachtung erforderte einen umfangreichen Verwaltungsaufwand, der nach Klärung der Verpachtungsmöglichkeiten die Ausschreibung, die Vergabe, den Abschluß des Pachtvertrages, die Übernahme des Warenlagers, den Wechsel des Personals, die Überwachung der Pachteinnahmen und deren Versteuerung, die Erfüllung der Verpflichtungen des Verpächters, die Geschäftsabwicklung nach der Kündigung, die Warenübernahme, die Personaleinstellung und die rechtzeitige Wiederinbetriebnahme durch den Bund und anderes mehr umfaßte, zumal ein keineswegs geordneter Betrieb zurückgenommen werden mußte.

Bereits im Feber 1972 wurde in Kenntnis der Kündigung des Pachtverhältnisses ein neuer Sanierungsversuch eingeleitet. Es wurde die Möglichkeit einer Änderung der Rechtsform der drei Bundesapotheken bzw. deren Zusammenfassung in eine Ges. m. b. H. untersucht. Die Besprechungen dieser Fragen erstreckten sich bis Oktober 1974, führten aber zu keinem Ergebnis, da die Führung einer Apotheke in der Form einer Kapitalgesellschaft nach den apothekenrechtlichen Vorschriften unzulässig ist.

Seit Oktober 1974 gingen die Bemühungen dahin, alle drei Bundesapotheken zu verpachten und für diese Verpachtung durch eine aktive Bilanz eine günstige Ausgangsposition zu schaffen. Im Zuge dieser Bemühungen wurden die Versandabteilung aufgelöst, das Weinbrandgeschäft überwiegend eingestellt und bauliche Adaptierungen in der Alten Hofapotheke fortgesetzt.

Ungeklärt blieb aber, wann und wie die Apotheken verpachtet werden sollen. Es wurde lediglich die Verpachtung aller drei Apotheken an die Apothekerkammer in Aussicht genommen.

29.14.2.1. Der RH vertrat dem BM gegenüber die Auffassung, daß aufgrund der bisherigen Erfahrungen eine Verpachtung nicht geeignet sei, das wirtschaftliche Problem der Bundesapotheken zu lösen. Die Risken einer Verpachtung auf lange Sicht seien viel zu groß, und die Chancen, alle drei Apotheken ertragbringend zu verpachten, nicht gegeben. Überdies stehe die Verpachtung aller drei Apotheken an einen Rechtsträger mit den apothekenrechtlichen Vorschriften nicht im Einklang.

29.14.2.2. Aufgrund seiner Prüfungsfeststellungen gelangte der RH schließlich zur Überzeugung, daß der Bund nicht in der Lage ist, die Bundesapotheken gewinnbringend zu führen, und daß an der Führung von Apotheken durch den Bund kein öffentliches Interesse besteht. Um weitere unnötige Belastungen der Bundesfinanzen zu vermeiden, empfahl daher der RH den ehestmöglichen Verkauf aller drei Apotheken.

29.14.3. Das BM erwiderte, daß es, wie vom RH anerkannt worden sei, in den letzten eineinhalb Jahren seine Anstrengungen verstärkt

habe, um zu einer Verbesserung der Bilanz der Bundesapotheken zu gelangen.

Darüber hinaus sei im Frühherbst 1975 beim BM ein Arbeitskomitee gebildet worden, das unter Bedachtnahme auf die Feststellungen des RH jene Maßnahmen zu prüfen habe, die zur Vermeidung weiterer, nicht unbedingt notwendiger Belastungen der Bundesfinanzen angezeigt erscheinen. Vorweg sei festgestellt worden, daß die Bundesapotheken Wien I und Wien XIII den an solche Betriebe zu stellenden Anforderungen bis auf geringfügige Anschaffungen durchaus entsprechen. Lediglich für die Bundesapotheke Wien VI wären Aufwendungen in der Höhe von 2,4 Mill. S erforderlich. Somit wäre auch das Risiko, daß der Verpächter gemäß der Apothekenbetriebsordnung für die Instandhaltung und Erneuerung des Inventars aufzukommen hat, nicht mehr als gravierend einzuschätzen.

Im Hinblick auf den günstigen Standort der Bundesapotheke Wien VI hegt das BM keinen Zweifel, daß im Falle einer Verpachtung ein Ertrag zu erzielen sein wird, der die vom RH umrissene Höhe erreicht. Auch bei der Bundesapotheke Wien I erscheint es dem BM möglich, daß ihr Betrieb für den Pächter einen solchen Ertrag abwirft, daß ein echtes Interesse an der Pachtung besteht; dies umsomehr, als hier noch weitere Rationalisierungsmöglichkeiten durch Einschränkung der Betriebsräume und Verringerung des Personalstandes bestehen. Wenn die Erwartungen auf Pachterträge nicht zu hoch angesetzt werden, sollte daher auch hier kaum ein Ertragsrisiko bestehen.

Daraus schließt das BM, daß die Bundesapotheken insgesamt bei einer Verpachtung für den Bund jedenfalls einen höheren Ertrag abwerfen werden als bei der derzeitigen Form ihrer Betriebsführung.

Nach Meinung des BM ergibt sich daraus, daß bei der derzeitigen Situation einer Verpachtung der Bundesapotheken gegenüber einem Verkauf der Vorzug zu geben wäre, weil es dadurch möglich sei, nicht nur Verluste zu vermeiden, sondern darüber hinaus Einnahmen zu erzielen, ohne auf den Vermögenswert verzichten zu müssen, den die Bundesapotheken schließlich darstellen.

Das BM rechnet auch damit, daß durch eine Verpachtung eine Ertragssteigerung eintritt, die sich wieder auf den Ertragswert als eine der möglichen Grundlagen für die Kaufpreisermittlung auswirkt.

Aus diesen Erwägungen glaubt daher das BM, der Empfehlung des RH, die Bundesapotheken zu veräußern, nicht folgen zu sollen. Es ist vielmehr der Ansicht, weitere Belastungen der Bundesfinanzen durch eine baldige Verpachtung dieser Betriebe vermeiden zu können. Es hat daher in Aussicht genommen, unter Inanspruchnahme der von der Österreichischen Apothekerkammer angebotenen guten Dienste zum ehestmöglichen Zeitpunkt in konkrete Verhandlungen über den Abschluß dieser Pachtverträge mit Interessenten einzutreten.

29.14.4. Diese Stellungnahme des BM veranlaßte den RH zu dem Hinweis, daß die Erzielung von Einnahmen aus der Verpachtung der Bundesapotheken noch nicht bedeute, daß die Apotheken dem Bund einen Gewinn bringen werden. Schon allein zur Hereinbringung der Investitionen von 3,1 Mill. S in die Bundesapotheke Wien I und der vorgesehenen Aufwendungen von 2,4 Mill. S für die Bundesapotheke Wien VI in ein nicht dem Bund gehörendes Gebäude wären jahrelang gute Pachterträge (Pachtzins abzüglich aller Lasten und Aufwendungen) erforderlich.

Der RH führte weiter aus, daß ein Verkauf keinen Verzicht auf einen Vermögenswert, sondern bloß eine Vermögensumschichtung darstelle und es angesichts der bisherigen Erfahrungen mit der Führung der Bundesapotheken und dem keineswegs geringen Konkurrenzdruck in diesem Bereich für den Bund nicht lohnend sei, aus Gewinngründen Apotheken zu verpachten, zumal sich die Situation nach einer Verpachtung für einen Verkauf auch ungünstiger gestalten kann und nach weiteren Jahren finanzieller Einbußen eine ähnliche Zwangssituation hinsichtlich des Verkaufes wie derzeit bei der Bundesapotheke Wien XIII eintreten kann.

29.15. Wie dem RH in weiterer Folge zur Kenntnis gelangte, wurde im Hinblick auf die ungünstige finanzielle Lage der Bundesapotheken zwischen dem BM f. Gesundheit und Umweltschutz und dem BM f. Finanzen auf Ministerebene Einvernehmen darüber erzielt, daß die Bundesapotheken Wien I und Wien VI ehestmöglich verpachtet werden und die Bundesapotheke Wien XIII geschlossen wird. In diesem Sinne wurde die Bundesapotheke Wien VI mit 1. Juli 1976 verpachtet und die Bundesapotheke Wien XIII ab diesem Zeitpunkt geschlossen. Die Einnahmenerwartung aus dem Pachtschilling im zweiten Halbjahr bezifferte das BM f. Gesundheit und Umweltschutz mit rund 225 000 S. Nach der letzten Mitteilung des BM wird auch die Bundesapotheke Wien I mit 1. Dezember 1976 verpachtet.

c) Sonstige Wahrnehmungen

Vorbereitung einer Durchführungsverordnung zum § 59 a des Krankenanstaltengesetzes

30.1. Mit der 2. Novelle zum Krankenanstaltengesetz (kurz 2. KAG-Novelle), BGBl. Nr. 281/1974, wurde dem Krankenanstaltengesetz (kurz KAG) ein § 59 a eingefügt, der die Gewährung von Zweckzuschüssen des Bundes an die Bedin-

gung knüpft, daß die Krankenanstalten ein Buchführungssystem anwenden, das eine Kostenermittlung und eine Kostenstellenrechnung ermöglicht. Eine bundeseinheitliche Form dieses Buchführungssystems ist durch Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen festzulegen. Am 3. April 1975 hat das BM f. Gesundheit und Umweltschutz Verhandlungen über die Erlassung einer Durchführungsverordnung zum § 59 a KAG aufgenommen, an denen Vertreter der genannten Ministerien, der Spitalserhalter und des RH teilnahmen. Bis zum 23. Oktober 1975 wurden insgesamt zehn Sitzungen abgehalten, seither ruhen die Beratungen in diesem Gremium.

30.2. In Österreich werden rund 320 Krankenanstalten geführt. Spitalserhalter sind Gebietskörperschaften (Länder und Gemeinden) und sonstige Rechtsträger (Sozialversicherungsträger, Religionsgemeinschaften oder Private). Nach der letzten verfügbaren Krankenanstaltenstatistik (1973) sind nur 72,2% der Ausgaben durch Einnahmen an Pflegegebühren gedeckt.

30.3. Der Bund hat im Art. II der 2. KAG-Novelle jenen Rechtsträgern, welche Krankenanstalten führen, Zweckzuschüsse zugesichert, welche bis zu 24% (1974) und 28% (1975) des jeweiligen Betriebsabganges decken sollen. Anhaltspunkte für eine aussagefähige Beurteilung der Spitalsökonomik und damit auch Entscheidungsgrundlagen für eine Reform der Krankenhausfinanzierung könnten mit Sicherheit nur gewonnen werden, wenn das Rechnungswesen der Krankenanstalten zwischenbetriebliche Vergleiche erlaubt. Die bisher geführte Krankenanstaltenstatistik reicht für eine umfassende betriebswirtschaftliche Aussage nicht aus.

30.4. Die vom BM f. Gesundheit und Umweltschutz entfaltete Initiative ließ zunächst die Sorge aufkommen, daß jene Krankenanstalten der Gebietskörperschaften, die vom Geltungsbereich der VRV 1974, BGBl. Nr. 493, erfaßt sind, ihre Finanzbuchhaltung allenfalls doppelgleisig führen müßten. Der Standpunkt des RH, daß unbedingt eine VRV-verbundene Lösung für die Buchführung dieser Krankenanstalten anzustreben sei, fand schließlich allgemeine Anerkennung.

30.5. Eine weitere Sorge hinsichtlich der Spitalsverrechnung äußerten die Vertreter des RH auch wegen einer im KAG selbst gelegenen Unstimmigkeit, da § 11 Abs. 3 KAG der Landesgesetzgebung die Erlassung von Buchführungsvorschriften für die Krankenanstalten aufträgt, ohne auf die bundeseinheitliche „Systemverordnung" des § 59 a KAG Bezug zu nehmen.

30.6. Weiters verwies der RH auf die notwendige Unterscheidung zwischen (externer) Finanz- und (interner) Betriebsbuchhaltung. Umformungen in der Art eines Überleitungs(Betriebsabrechnungs)bogens wären vorzunehmen, um von den für die Haushaltsführung notwendigen Daten zu jenen einer Kostenrechnung zu gelangen.

30.7. Die von der Verbindungsstelle der Bundesländer am 19. Dezember 1975 dem BM f. Gesundheit und Umweltschutz unterbreitete Urgenz wegen Fortführung der Besprechungen blieb unbeantwortet.

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Justiz

Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1974

Oberlandesgericht Linz

Organisation

31.1.1. Gemäß § 70 Abs. 2 des Behörden-Überleitungsgesetzes, StGBl. Nr. 94/1945, bleibt das Oberlandesgericht in Linz vorläufig bestehen. Dementsprechend sah die Verordnung des Staatsamtes für Justiz vom 6. Dezember 1945, BGBl. Nr. 10/1946, nur eine „vorübergehende" Zuweisung des Landesgerichtes Salzburg zum Sprengel des Oberlandesgerichtes (kurz OLG) Linz vor.

Der RH meinte, daß nunmehr eine endgültige Regelung angebracht wäre.

31.1.2. Das BM f. Justiz erachtete eine solche Regelung nicht für erforderlich, weil es sich lediglich um Absichtserklärungen des historischen Gesetzgebers handle, die nur durch ein Bundesgesetz geändert werden könnten, dem überdies nur deklarative Wirkung zukäme.

31.1.3. Da sich diese provisorische Regelung schon seit mehr als 30 Jahren bewährt hat, hielt der RH dennoch eine Umwandlung dieses Provisoriums in eine endgültige Regelung für angezeigt.

31.2.1.1. Der RH hat bereits im Jahre 1959 (siehe TB 1959 Abs. 244.) angeregt, alle jene Bezirksgerichte aufzulassen, deren Fortbestand im Interesse der rechtsschutzsuchenden Bevölkerung nicht mehr notwendig war. Das BM f. Justiz teilte die Ansicht des RH, wies jedoch auf den Widerstand der örtlichen Bevölkerung sowie auf den Mangel an ausreichenden Räumlichkeiten für die Unterbringung der zu verlegenden Dienststellen bei den aufnehmenden Bezirksgerichten hin. Erschwert wurden die Bemühungen des BM f. Justiz in der Folge noch durch das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 20. Juni 1969, Zl. K II-5/68, demzufolge die Errichtung, Auflassung oder Zusammenlegung von Bezirksgerichten gemäß § 8

Abs. 5 lit. d des Übergangsgesetzes 1920 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 368/1925 nur durch Verordnung der Bundesregierung mit Zustimmung der jeweiligen Landesregierung verfügt werden dürfen.

31.2.1.2. Anläßlich der Gebarungsüberprüfungen bei den OLG Innsbruck (1973) und Linz (1974) hat der RH festgestellt, daß bauliche Investitionen wegen der geplanten Zusammenlegungen vielfach nicht mehr ausreichend vorgenommen wurden, so daß sowohl für die Gerichtsbediensteten als auch für die rechtsschutzsuchende Bevölkerung unzumutbare, dem Ansehen der Justiz abträgliche Raumverhältnisse entstanden und das erforderliche qualifizierte Personal für die ländlichen Bezirksgerichte kaum mehr gefunden werden konnte.

31.2.2. Da eine Zusammenlegung mehrerer Bezirksgerichte sowohl im Interesse einer besseren Rechtsprechung als auch im Interesse einer wirtschaftlichen und sparsamen Justizverwaltung geboten erscheint, regte der RH neuerlich an, die Lösung dieses Problems in verstärktem Maße zu betreiben.

31.2.3. Das BM f. Justiz, das seit Jahren um die Auflösung kleiner Bezirksgerichte bemüht ist, erwiderte, daß es im Jahre 1972 den Entwurf einer Verordnung der Bundesregierung über die Auflassung von 54 Bezirksgerichten im gesamten Bundesgebiet ausgearbeitet und den betroffenen Ländern mit dem Ersuchen um Zustimmung übersandt habe.

31.2.4. Nach andauernden Verhandlungen des BM f. Justiz mit den Ländern hat vorerst nur die Steiermärkische Landesregierung der Auflassung von acht Bezirksgerichten zugestimmt, die in der Folge mit Verordnung der Bundesregierung vom 6. Juli 1976, BGBl. Nr. 353, auch verfügt wurde.

31.3.1.1. Die Wertgrenze für die Zuständigkeit eines Einzelrichters bei den Gerichtshöfen I. Instanz wurde zuletzt im Jahre 1948 mit 100 000 S festgesetzt. Der RH stellte nunmehr fest, daß in der Zeit von 1964 bis 1975 die Anzahl der Senatsprozesse wesentlich stärker als die Anzahl der Einzelrichterprozesse gestiegen ist (Senatsprozesse um 135%, Einzelrichterprozesse nur um 85%).

31.3.1.2. Eine ähnliche Entwicklung wurde auch beim Anfall an Zivilrechtssachen bei den Gerichtshöfen I. Instanz gegenüber den Bezirksgerichten festgestellt, nachdem die hiefür maßgebliche Wertgrenze zuletzt im Jahre 1964 mit 15 000 S festgesetzt worden war (Zunahme der Zivilprozesse bei den Gerichtshöfen um 147% und bei den Bezirksgerichten lediglich um 6,6%).

31.3.2. Im Interesse einer Entlastung der aufwendigeren Senatsgerichtsbarkeit und der für die rechtssuchenden Parteien wesentlich einfacheren Prozeßführung bei den Bezirksgerichten empfahl der RH eine entsprechende Anhebung beider Wertzuständigkeitsgrenzen.

31.3.3. Den Anregungen des RH wurde bereits mit der am 1. April 1976 in Kraft getretenen Wertgrenzennovelle, BGBl. Nr. 91/1976, Rechnung getragen.

Personalangelegenheiten

31.4.1. Die Entschädigungen für Vortragende und Prüfer bei dienstlichen Kursen und Prüfungen wurden durch Erlaß des BM f. Justiz geregelt. Die Festsetzung der Entschädigungen erfolgte nicht gemäß § 25 Abs. 2 des Gehaltsgesetzes 1956 in jedem Einzelfalle und bescheidmäßig, sondern bloß in Form eines Aktenvermerkes. Überdies wurde stets die höchstzulässige Vorbereitungszeit für Prüfungen und Vorträge honoriert, auch wenn der Prüfer ein schriftliches Beispiel mehrmals verwendete und ein Vortragender denselben Stoff mehrmals vortrug.

31.4.2. Der RH wies auf das gesetzliche Erfordernis der bescheidmäßigen Festsetzung der Entschädigungen in jedem Einzelfalle hin und empfahl, bei der Festsetzung der Entschädigungen nur von der tatsächlich aufgewendeten Zeit auszugehen.

31.4.3. Das OLG sagte die künftige Beachtung dieser Empfehlungen zu.

31.5.1.1. Die von einem Richter gemeldete erwerbsmäßige Nebenbeschäftigung (Lehrverpflichtung in einer Berufs- und Handelsschule im Ausmaß von 12 Wochenstunden) wurde ohne Bedenken zur Kenntnis genommen, obwohl über denselben Bediensteten bereits einmal die Ordnungsstrafe der Verwarnung verhängt wurde, weil er seinen Amtspflichten gemäß § 57 Abs. 1 des Richterdienstgesetzes (RDG) nicht entsprechend nachgekommen war.

31.5.1.2. Ein anderer Richter meldete erst nach vier Monaten seine Nebenbeschäftigung als Konsulent bei einer örtlichen Sparkasse.

31.5.1.3. Die von einem Grundbuchbeamten gemeldete Nebenbeschäftigung bei einer Wohnbaugenossenschaft, die verschiedene Arbeiten, wie die Anfertigung von Verträgen und Grundbuchseingaben, umfaßte, wurde aufgrund des besonderen Personalnotstandes im Grundbuch zur Kenntnis genommen.

31.5.2. Das OLG sagte zu, künftig gemeldete Nebenbeschäftigungen gemäß § 73 Abs. 4 RDG und § 33 Abs. 4 DP genau zu überprüfen.

31.6.1. Eine als Heimarbeitskraft in Aussicht genommene Anstellungswerberin erhielt bereits Schreibaufträge und die entsprechende Entlohnung, bevor noch die gemäß § 36 VBG 1948 erforderliche Zustimmung des BKA und des BM f. Finanzen vorlag.

31.6.2. Das OLG sagte zu, die für den Abschluß von Sonderverträgen geltenden Bestimmungen künftighin genauestens einzuhalten.

31.7.1. Der Präsident des Kreisgerichtes Ried im Innkreis hat am 3. August 1972 die Kündigung des Aufsehers des bezirksgerichtlichen Gefangenenhauses Braunau beim OLG beantragt, weil dieser Vertragsbedienstete seine Dienstpflichten mehrmals gröblich verletzt hatte. Obwohl auch der Dienststellenausschuß zustimmte, trat das OLG diesem Antrag nicht näher. Die Auflösung des Dienstverhältnisses erfolgte erst auf Ansuchen des Vertragsbediensteten und unter Zuerkennung einer Abfertigung einverständlich mit Ablauf des 30. April 1974.

31.7.2. Der RH vertrat hiezu die Auffassung, daß die begangenen Pflichtverletzungen eine Entlassung gemäß § 34 Abs. 2 lit. b und c VBG 1948, zumindest aber eine Kündigung gemäß § 32 Abs. 2 lit. a, c und f VBG 1948 ohne Zuerkennung einer Abfertigung gerechtfertigt hätten.

31.7.3. Das OLG bemerkte hiezu, daß das Dienstverhältnis damals nicht beendet wurde, weil kein Nachfolger gefunden werden konnte und die Staatsanwaltschaft Ried im Innkreis hinsichtlich aller dem Bediensteten vorgeworfenen Fakten die Erklärung gemäß § 90 StPO (kein Grund zur weiteren Verfolgung) abgegeben hatte. Erst als im Frühjahr 1974 die Schließung des Gefangenenhauses bewirkt werden konnte, wurde auch das Dienstverhältnis mit 30. April 1974 unter Zuerkennung einer Abfertigung einverständlich aufgelöst.

31.7.4. Der RH erwiderte, daß dieser Situation allenfalls mit einer Dienstzuteilung oder mit einer anderwärtigen Unterbringung der Gefangenen hätte begegnet werden können.

31.8.1. Im Mai 1974 nahmen 34 Bedienstete aus dem OLG-Sprengel Linz an einem zweitägigen Seminar für Personalvertreter in Ternberg teil. Das OLG übernahm die Kosten der Vortragenden und der Unterbringung der Teilnehmer und verrechnete letztere direkt mit dem Gasthof zu Lasten des Kontos 5600 „Reisegebühren".

31.8.2. Der RH wies darauf hin, daß dieses Seminar keine Sitzung im Sinne des § 29 Abs. 2 des Bundespersonalvertretungsgesetzes, BGBl. Nr. 133/1967, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 284/1971 darstellte, so daß die hiefür geleisteten Zahlungen der rechtlichen Grundlage entbehrten.

31.8.3. Das OLG sagte zu, derartige Kosten nicht mehr zu übernehmen.

31.9.1. Das OLG hat mehreren Justizbediensteten Nachlässe von Grundbuchseintragungsgebühren gewährt, obwohl nach Ansicht des RH in diesen Fällen weder eine besondere Härte noch ein öffentliches Interesse im Sinne des § 9 Abs. 2 des Gerichtlichen Einbringungsgesetzes 1962, BGBl. Nr. 288 (kurz GEG 1962), vorlag. In einem Fall wurde die Zahlungsunfähigkeit eines höheren Bediensteten und somit das Vorliegen einer besonderen Härte bejaht, obwohl die vorgeschriebene Grundbuchseinverleibungsgebühr bereits vor fast zwei Jahren bezahlt worden war. Sie wurde dem Bediensteten zurückgezahlt.

31.9.2. Das OLG teilte hiezu mit, daß bei der Prüfung von Gebührennachlässen künftig ein strenger Maßstab angewendet werde.

Kassen- und Rechnungswesen

31.10.1. Die zur besonderen Sicherung des Kassenbehälters angeordnete Doppelsperre verfehlte insofern ihren Zweck, als bei urlaubs- oder krankheitsbedingter Abwesenheit eines der beiden mit Sperrfunktionen betrauten Beamten dem jeweiligen Mitsperrer beide Kassenschlüssel zur Verfügung standen.

Auch die Sicherung des Kassenraumes erschien unzureichend, weil zufolge des im Gerichtsgebäude eingeführten Zentralschlüsselsystems nicht nur der Rechnungsführer und die zuständige Reinigungskraft, sondern auch noch alle anderen im selben Stockwerk untergebrachten Dienststellenangehörigen sowie eine Reihe weiterer Bediensteter mit ihren Zimmerschlüsseln jederzeit auch den Kassenraum öffnen konnten.

Weiters wurden verschiedene Nebengebühren- und Entschädigungsbeträge, die der Rechnungsführer zwecks Ausfolgung an die Empfangsberechtigten häufig zu übernehmen hatte, in den Kassenaufschreibungen nicht verbucht, im Kassenbehälter neben den im Dienstbetrieb vereinnahmten Zahlungsmitteln auch noch Privatgelder (Vereinsbeiträge) verwahrt, die zur Information der Parteien vorgesehenen Unterschriftsproben der Kassenbediensteten und die für den Rechnungsführer bestimmten Unterschriftsproben der zur Unterfertigung von Zahlungsaufträgen berechtigten Bediensteten vermißt und die Vormerkungen über die Verwendung einer streng verrechenbaren Drucksorte nicht vom Dienststellenleiter, sondern vom Rechnungsführer selbst geführt.

31.10.2. Der RH verwies auf die Verpflichtung zur Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen der Kassensicherungsvorschrift und der sonstigen maßgebenden Dienstvorschriften.

31.10.3. Das OLG hat den Empfehlungen des RH bereits entsprochen.

31.11.1. Das OLG Linz hat mehrere Male noch nicht fällige Wasser- und Postgebühren akontiert und für die Dienstkraftwagen Anschaffungen ohne vorherige Genehmigung vorgenommen.

31.11.2. Der RH empfahl die genaue Beachtung der diesbezüglichen haushaltsrechtlichen Vorschriften.

31.11.3. Das OLG sagte zu, künftighin diese Bestimmungen zu beachten.

31.12.1. Die Geschäftsverteilung der Buchhaltung und die Nachprüfung der Gebarung der nachgeordneten Gerichte entsprachen teilweise nicht den Bestimmungen der Allgemeinen Verrechnungs- und Zahlungsvorschrift.

Die Bestimmungen über die Vorlage von Steuerunbedenklichkeitsbescheinigungen wurden nicht immer eingehalten.

Der für die nachgeordneten Gerichte gültige Kontenplan wies zahlreiche Untergliederungen auf, die beträchtliche Mehrarbeit verursachten.

31.12.2. Der RH empfahl die genaue Einhaltung der Verrechnungsvorschriften und eine Verminderung des zu weit aufgegliederten Kontenplanes.

31.12.3. Das OLG ist auch diesen Empfehlungen bereits nachgekommen.

31.13.1. Bei Anschaffung von Brennstoffen, Büromaschinen und sonstigen Einrichtungsgegenständen wurden die Richtlinien für die Vergabe von Leistungen nicht immer eingehalten. Teils wurden zuwenig Angebote eingeholt, teils erfolgte bei Aufträgen über 50 000 S anstatt einer beschränkten Ausschreibung nur eine freihändige Vergabe.

31.13.2. Der RH wies auf die vom BM f. Justiz erlassenen Richtlinien zur ÖNORM A 2050 hin.

31.13.3. Die künftige Einhaltung dieser Richtlinien für das Bestellwesen wurde zugesagt.

31.14.1. Infolge fehlerhafter Wärmezähler wurden die Heizkostenanteile des im Bundesamtsgebäude Enns untergebrachten Bezirksgerichtes seit mehreren Jahren der Justizverwaltung nicht mehr zum Ersatz vorgeschrieben, so daß zur Zeit der Gebarungsüberprüfung bereits ein Kostenrückstand von mehr als 150 000 S bestand.

31.14.2. Da die erforderlichen Reparaturen von der zuständigen Baudienststelle trotz wiederholter Urgenzen nicht durchgeführt wurden, ersuchte der RH das BM f. Bauten und Technik, sich dieser Angelegenheit anzunehmen und beim oberösterreichischen Landesbauamt die notwendigen Maßnahmen zu erwirken. Dem OLG wurde empfohlen, bis zur endgültigen Abrechnung Abschlagszahlungen zu leisten.

31.14.3. Das OLG ist dieser Empfehlung bereits nachgekommen.

31.15.1. Die im GEG 1962 und im Gerichts- und Justizverwaltungsgebührengesetz 1962, BGBl. Nr. 289, enthaltenen festen Gebührensätze sind teilweise 1963 und zuletzt 1968 den geänderten Preisverhältnissen angepaßt worden.

31.15.2.1. Unter Hinweis auf die seither eingetretene Kaufkraftänderung und die gestiegenen Aufwendungen für die Gerichte empfahl der RH, abermals eine entsprechende Erhöhung der festen Gerichtsgebühren in die Wege zu leiten.

31.15.2.2. Darüber hinaus schlug der RH Vereinfachungen bei den Gebühren im Zivil- und Exekutionsverfahren sowie bei den Ausfertigungskosten vor.

31.15.3. Das BM f. Justiz teilte mit, daß es seit Jahren um eine grundlegende Neuordnung des Gerichtsgebühren- und Einbringungsrechtes bemüht sei, durch die auch bestehende Überschneidungen und Zweigleisigkeiten mit dem Bereich des BM f. Finanzen ausgeschaltet werden sollen. Mit einer bloßen Anhebung der festen Gebühren an die geänderten Verhältnisse werde deshalb noch etwas zugewartet.

31.15.4. Der RH wird die Angelegenheit weiterverfolgen.

31.16.1. Die Einrichtungsgegenstände für Justizdienststellen werden vielfach bei privaten Firmen gekauft, obwohl bereits mehrere Strafvollzugsanstalten über modern eingerichtete Betriebe verfügen und daher in der Lage sind, solche Möbel selbst zu erzeugen.

31.16.2. Der RH vertrat die Auffassung, daß Aufträge, welche die Anstalten technisch und personell erfüllen können, aus Gründen der Sparsamkeit und der Arbeitsbeschaffung an die Anstalten und erst nach Ausschöpfung aller Möglichkeiten an die Privatwirtschaft vergeben werden sollten. Um dies zu gewährleisten, empfahl er, die Oberlandesgerichte über die Leistungsfähigkeit der einschlägigen Arbeitsbetriebe periodisch zu informieren, die üblichen Amtseinrichtungsgegenstände weitgehend zu normieren und die Aufträge entsprechend zu koordinieren.

31.16.3. Das BM f. Justiz stimmte dieser Empfehlung grundsätzlich zu, bezweifelte jedoch unter Hinweis auf die verschiedenen Größen der Amtsräume die Zweckmäßigkeit einer solchen Normierung.

31.16.4. Der RH wies darauf hin, daß es sich bei den von der Privatwirtschaft gekauften Einrichtungsgegenständen für Gerichtskanzleien ebenfalls um Serienerzeugnisse handle, weshalb auch in den Justizanstalten eine gewisse Typisierung bei der Möbelerzeugung gerechtfertigt erschiene, die auch eine Verbilligung und Beschleunigung in der Anfertigung mit sich brächte.

31.17.1. Die nachgeordneten Gerichtshöfe I. Instanz und die Bezirksgerichte suchen bei notwendigen Anschaffungen und Reparaturen auch dann, wenn es sich oft nur um ganz gering-

fügige Beträge handelt, beim OLG um Genehmigung an und legen solche Rechnungen im Dienstweg zur Zahlung vor, wodurch ein beträchtlicher Verwaltungsaufwand entsteht.

31.17.2. Im Interesse einer bundeseinheitlichen Vorgangsweise empfahl der RH, diesen Gerichten die generelle Ermächtigung zu erteilen, bis etwa 500 S selbständig Aufträge zu vergeben und die betreffenden Rechnungen selbst zu begleichen.

31.17.3. Das BM f. Justiz teilte mit, daß es die nachgeordneten Gerichte entsprechend anweisen werde.

Verschiedenes

31.18.1. In zahlreichen Personalakten fehlten die Aktenübersichten, die Ordnungsnummern und die Meldungen über Nebenbeschäftigungen.

31.18.2. Das OLG sagte zu, die Personalakten entsprechend der Geschäftsordnung der Gerichte (Geo) zu vervollständigen und künftighin vorschriftsgemäß zu führen.

31.19.1. Das OLG hat bei den nachgeordneten Gerichtshöfen I. Instanz in Einzelfällen schon seit 25 Jahren keine Amtsuntersuchungen mehr vorgenommen. Auch die Geschäftsführung einer Reihe von Bezirksgerichten wurde bis zu acht Jahre lang weder vom zuständigen Gerichtshof I. Instanz noch vom Oberlandesgericht untersucht. Unvertretbar lange Prüfungsintervalle haben sich schließlich auch im Einsatz der nach den Richtlinien über die Inventar- und Materialverwaltung (RIM) eingerichteten Inventurkommission ergeben, die bei manchen Gerichten zuletzt vor zehn Jahren, beim Oberlandesgericht und bei der Oberstaatsanwaltschaft Linz bisher überhaupt noch nicht tätig geworden ist.

31.19.2. Der RH erinnerte an § 95 Abs. 1 Geo und § 75 des Gerichtsorganisationsgesetzes, nach denen sowohl die Gerichtshöfe I. Instanz als auch die Bezirksgerichte wenigstens alle zwei Jahre eingehend zu untersuchen sind, und machte weiters darauf aufmerksam, daß bei jeder inventarführenden Dienststelle innerhalb von fünf Jahren eine unvermutete kommissionelle Prüfung vorzunehmen ist.

31.19.3. Das OLG hat inzwischen sowohl das Visitationsorgan als auch die Inventurkommission intensiver eingesetzt und versprochen, die Prüfungsintervalle zu verkürzen.

31.20.1. In der Bibliothek des OLG wurden keine alphabetischen Kataloge, sondern nur ein Mengeninventar und für entlehnte Bücher ein Entlehnbuch geführt, wodurch die Auffindung von Büchern schwer möglich war. Die Räume standen zeitweilig unbeaufsichtigt offen. Auch wurden die Bücher nicht immer zu den günstigsten Bedingungen angekauft.

31.20.2. Der RH empfahl, die Katalogisierung und Inventarisierung gemäß den vom BM f. Finanzen empfohlenen Richtlinien für die Verwaltung von Bibliotheken vorzunehmen, Platzzettel für entlehnte Bücher einzuführen, die Bibliothek stets zu beaufsichtigen und beim Einkauf von Büchern den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit zu beachten.

31.20.3. Das OLG sagte zu, diese Empfehlungen zu beachten.

31.21.1. Im Land Oberösterreich sind 43 private Gerichtskostenmarkenverkaufsstellen eingerichtet, die überwiegend in Verbindung mit einer Trafik betrieben werden. Demgegenüber verfügt das ebenfalls dem Oberlandesgerichtssprengel Linz angehörende Land Salzburg nur über einen einzigen, übrigens im Gebäude des Landesgerichtes Salzburg untergebrachten privaten Kostenmarkenverkäufer.

31.21.2. Der RH regte an, auch bei den oberösterreichischen Gerichten in vermehrtem Ausmaß die amtlichen Kostenmarkenverwalter zum Markenverkauf heranzuziehen.

31.21.3. Das OLG erklärte sich bereit, der Anregung des RH nachzukommen.

31.22.1. Im Archivraum des Oberlandesgerichtsgebäudes befanden sich erhebliche Aktenbestände, die nach den Bestimmungen über die notwendige Aufbewahrungsdauer bereits abgelegter Akten längst ausscheidungsreif waren.

Außerdem hat das OLG die skartierten Akten bisher immer an die örtliche Zweigniederlassung eines papierverwertenden Unternehmens veräußert, obwohl es vorteilhafter gewesen wäre, das anfallende Altpapier an eine andere oberösterreichische Papierfabrik mit weitaus günstigeren Konditionen zu verkaufen.

31.22.2. Der RH empfahl, angesichts des zunehmenden Platzmangels im Gerichtsgebäude der laufenden Aktenausscheidung ein besonderes Augenmerk zuzuwenden und bei der Veräußerung von Altpapier dem jeweils preisgünstigsten Angebot den Vorzug zu geben. Er bemerkte, daß sich auch eine Salzburger Firma bereit erklärt hatte, den Abtransport des bei Gericht anfallenden Altpapiers gegen eine angemessene Verkaufsvergütung zu übernehmen.

31.22.3. Das OLG sagte zu, den Empfehlungen des RH zu entsprechen.

31.23.1. An einigen großflächigen Fensterfronten des Gerichtsgebäudes wurden Leichtmetalljalousien angebracht, die sich nach Meinung des RH als Fehlinvestition erwiesen, weil sie infolge unzweckmäßiger Montage weder wärmeisolierend sind noch zum Schutz gegen direkte und daher arbeitsstörende Sonneneinstrahlung benötigt werden.

31.23.2. Im Hinblick auf die beabsichtigte Anschaffung weiterer Jalousien empfahl der RH, diese entweder an der Außenfront bzw. innerhalb der Verbundfenster montieren zu lassen oder auf deren Anschaffung überhaupt zu verzichten.

31.23.3. Das OLG teilte mit, daß sich die Anschaffung weiterer Jalousien nunmehr erübrigt habe.

31.24.1. Für die bei den Oberlandesgerichten abzuhaltenden Kurse zur Vorbereitung auf Dienstprüfungen standen keine ressorteinheitlichen Lernbehelfe zur Verfügung, weshalb fallweise die Vortragenden mit der Verfassung solcher Behelfe gegen gesonderte Entschädigung beauftragt wurden.

31.24.2. Im Interesse einer möglichst guten und einheitlichen, aber auch rationellen Ausbildung empfahl der RH eine zentral gelenkte Erstellung und Herausgabe von Lernbehelfen unter Berücksichtigung der bei den Oberlandesgerichten bereits vorhandenen brauchbaren Unterlagen.

31.24.3. Das BM f. Justiz nahm diese Anregung zustimmend zur Kenntnis.

31.25.1. Auf Weisung des BM f. Justiz wurde im Jahre 1973 eine audio-visuelle Anlage, bestehend aus sieben Schwarzweißfernsehgeräten, sechs Videorecordern, zwei Videokameras und Zubehör, um 278 000 S für die Abhaltung von Seminaren und Dienstkursen errichtet. Von diesen Geräten wurden je ein Fernseher und ein Videorecorder den Gerichtshöfen I. Instanz im OLG-Sprengel, ausgenommen das Kreisgericht (kurz KG) Ried, das nur ein Fernsehgerät beanspruchte, zugewiesen. Der Präsident des KG Ried hatte nämlich mit dem Leiter des Gefangenenhauses vereinbart, daß der dem angeschlossenen Gefangenenhaus zugewiesene Videorecorder im Bedarfsfalle dem KG Ried zur Verfügung gestellt werde.

Zur gleichen Zeit wurden auch sämtliche Anstalten zum Vollzug von Freiheitsstrafen mit Videorecordern und Fernsehgeräten ausgestattet.

31.25.2. Da die Gerichtshöfe I. Instanz und die gerichtlichen Gefangenenhäuser im OLG-Sprengel Linz, ausgenommen das KG Steyr, im selben Gebäudekomplex untergebracht sind und die audio-visuelle Anlage für Schulungszwecke meistens nur während der Dienstzeit, für die Betreuung der Strafgefangenen hingegen in der Regel nur in den Abendstunden oder an arbeitsfreien Tagen benötigt wird, vertrat der RH die Auffassung, daß bei entsprechender Koordinierung entweder auf die Ausstattung der Gerichtshöfe I. Instanz oder der gerichtlichen Gefangenenhäuser mit solchen Geräten hätte verzichtet und dadurch rund 97 000 S hätten erspart werden können.

31.25.3. Das BM f. Justiz teilte hiezu mit, daß die audio-visuelle Ausbildungseinrichtung beim OLG ein Modell sei, welches später bei allen Gerichtshöfen des Bundesgebietes eingesetzt werden sollte. Bei der Ausdehnung dieses Modells auf das Bundesgebiet würden nunmehr die für die Gefangenenhäuser angeschafften Geräte einbezogen und die Linzer Geräte den Gerichten ohne Gefangenenhäuser übergeben, so daß keinerlei Mehrkosten entstünden.

31.26.1. Die Dienstwagen im Sprengel des OLG Linz, im besonderen die der Präsidenten der Landes- und Kreisgerichte, weisen eine sehr geringe Auslastung auf (Durchschnitt der letzten fünf Jahre: LG Linz: 7 583 km, LG Salzburg: 6 701 km, KG Ried: 5 411 km, KG Steyr: 5 200 km, KG Wels: 3 418 km).

31.26.2. Der RH verwies auf das Schreiben des BM f. Justiz vom 8. Mai 1968, Zl. 2 492/68, in welchem 12 000 km als Mindestjahresleistung pro Dienstkraftwagen verlangt werden, und regte an, die Frage der Einsparung von vier Dienstkraftwagen im Sprengel zu überprüfen.

31.26.3. Das BM f. Justiz will dieser Anregung des RH nachkommen.

31.26.4. Der RH wird die Angelegenheit weiterverfolgen.

Landesgericht und Bezirksgericht Linz

32.1.1. Infolge einer unzulänglichen Kompetenzabgrenzung zwischen den beiden in der Rechnungsführung des Landes- und Bezirksgerichtes Linz (kurz LG bzw. BG) tätigen Bediensteten (Rechnungsführer und dessen Stellvertreter) wurden auch die jeweils anfallenden Bargeldgeschäfte wechselweise vollzogen, wobei der Kassenbehälter mit seinem zuweilen beträchtlichen Barmittelbestand tagsüber immer beiden Organen frei zugänglich war.

32.1.2. Der RH empfahl, sämtliche Barzahlungsgeschäfte künftighin nur mehr durch den Rechnungsführer vornehmen zu lassen und dafür zu sorgen, daß die im Laufe eines Tages voraussichtlich benötigten Barmittel nicht mehr im Kassenbehälter, sondern in einer Handkasse aufbewahrt werden.

32.1.3. Das LG hat der Empfehlung des RH bereits entsprochen.

32.2.1. Sachverständigen wurde für ein und dieselbe in gerichtlichem Interesse aufgewendete Zeit nicht nur die beantragte Entlohnung für Mühewaltung, sondern auch noch eine Entschädigung für Zeitversäumnis zugesprochen. Außerdem fehlte in jenen Strafakten, in denen Sachverständigengebühren bestimmt und bereits

vor Rechtskraft des Zuerkennungsbeschlusses ausgezahlt worden sind, jedweder Hinweis auf einen entsprechenden Antrag des Sachverständigen.

32.2.2. Der RH verwies auf § 26 Abs. 1 des Gebührenanspruchsgesetzes 1965, BGBl. Nr. 179, nunmehr § 32 Abs. 2 des Gebührenanspruchsgesetzes, BGBl. Nr. 136/1975, denenzufolge der Anspruch auf Entschädigungen für Zeitversäumnis soweit nicht besteht, als der Sachverständige Anspruch auf eine Gebühr für Mühewaltung hat, und empfahl dessen Beachtung. Zur besseren Anweisungskontrolle regte er an, die für den Rechnungsführer bestimmten Auszahlungsanordnungen durch bestimmte Daten zu ergänzen.

32.2.3. Das LG teilte mit, daß die Leiter der Gerichtsabteilungen entsprechend angewiesen worden seien.

32.3.1. Aus dem bereits Anfang 1973 dem Präsidium des LG erstatteten Prüfungsbericht des mit der Kontrolle der Verwahrungsstelle beauftragten Richters ging nicht hervor, ob der Bericht dem Präsidenten vorgelegt wurde, zu weiteren Verfügungen Anlaß gab oder nach Kenntnisnahme bloß abzulegen war. Außerdem wurde bis zur Überprüfung durch den RH, das ist nahezu zwei Jahre später, auch keine neuerliche Kontrolle der Verwahrungsstelle angeordnet.

32.3.2. Der RH verwies darauf, daß die Gebarung der Verwahrungsstelle gemäß § 620 Abs. 2 Geo wenigstens einmal im Jahr eingehend zu untersuchen ist, und empfahl, insbesondere im Hinblick auf die mehrere Jahre hindurch unaufgedeckt gebliebenen Unterschlagungen durch den ehemaligen Leiter dieser Verwahrungsstelle sowohl der Wahrnehmung einschlägiger Prüfungsvorschriften als auch der Vermeidung der aus früheren Kontrollen offenkundig gewordenen Unzulänglichkeiten ein erhöhtes Augenmerk zuzuwenden.

32.3.3. Nach Mitteilung des LG wurden die vorgeschriebenen Jahreskontrollen seither regelmäßig vorgenommen und deren Ergebnisse dem Präsidenten zur Kenntnis gebracht.

32.4.1.1. Alle Parteien, die im landesgerichtlichen Aktenlager zwecks Einsichtnahme in dort bereits abgelegte Akten vorsprachen, wurden an die für das gewünschte Aktenzeichen zuständige Geschäftsabteilung verwiesen, die den Akt ausheben ließ und die Einsichtnahme selbst überwachte.

32.4.1.2. Die Rücksendung der anderen Gerichten bzw. Ämtern zur Verfügung gestellten Akten erfolgte oft sehr schleppend; so fehlten 18 Strafakten, deren Versendung bereits fünf bis elf Jahre zurücklag.

32.4.1.3. Der im Inneren des Gerichtsgebäudes angebrachte Einlaufkasten wurde infolge zeitlich beschränkter Zugänglichkeit nur selten benützt.

32.4.1.4. Manche zum Verkauf von Gerichtskostenmarken zugelassene Trafikanten deckten ihren Markenbedarf mehrmals wöchentlich beim gerichtlichen Kostenmarkenverwalter.

32.4.2. Der RH empfahl, dem Leiter des Aktenlagers aus Vereinfachungsgründen auch die Gewährung der Einsichtnahme in die abgelegten Akten zu übertragen, die Rückstellung der versendeten Akten intensiver zu betreiben, den Einlaufkasten an die Außenfront des Gerichtsgebäudes zu verlegen und die Trafikanten an § 267 Abs. 4 Geo zu erinnern, nach welchem jeder Markenfassung der voraussichtliche Bedarf einer ganzen Woche zugrunde zu legen ist.

32.4.3. Das LG hat die Empfehlungen des RH aufgegriffen.

32.5.1. In einer für mehrere landesgerichtliche Zivilabteilungen zuständigen Geschäftsabteilung waren seit der etwa ein halbes Jahr zurückliegenden Neuübernahme der Kanzleileitung derart große Bearbeitungsrückstände in der abschließenden Gebühren- und Kostenberechnung und in der Abfertigung richterlicher Verfügungen entstanden, daß die Kanzleileiterin einen erheblichen Teil der täglichen Arbeitszeit dazu aufwenden mußte, um dringend benötigte Akten zu suchen, Urgenzen zu verfolgen und den Parteien und Anwälten Aktenauskünfte zu erteilen.

32.5.2. Zur baldigen Wiederherstellung eines geordneten Dienstbetriebes empfahl der RH, die Rückstände baldigst zu beseitigen und dieser Geschäftsabteilung erforderlichenfalls eine geeignete Aufarbeitungskraft zur Verfügung zu stellen.

32.5.3. Das LG teilte mit, daß die Kanzleileiterin inzwischen abgelöst werden mußte und sämtliche Rückstände bereits aufgearbeitet worden seien.

32.6.1. In der Bibliothek des LG wurde kein Inventar im Sinne der vom BM f. Finanzen empfohlenen Richtlinien für die Verwaltung von Bibliotheken geführt. Außerdem wurde jedes neu einlangende Buch in das Register für die Justizverwaltungssachen eingetragen.

32.6.2. Der RH regte an, ein solches Inventar zu führen und die Bücher allein in dieses Inventar einzutragen und mit einer fortlaufenden Nummer zu versehen.

32.6.3. Das LG sagte zu, den Anregungen des RH nachzukommen.

32.7.1. In den Außerstreitabteilungen lag zwischen der Absendung der Zahlungsaufforderungen und der Abfertigung der Zahlungsaufträge vielfach ein Zeitraum von mehreren Monaten.

32.7.2. Im Interesse einer raschen Gebühreneinbringung empfahl der RH, mit der Erlassung eines Zahlungsauftrages nicht zu lange zuzuwarten, und erachtete hiefür eine Frist von etwa vier Wochen nach Zusendung der Zahlungsaufforderung als angemessen.

32.7.3. Das BG teilte mit, daß die Kostenbeamten entsprechend angewiesen wurden.

32.8.1. Die Zehr- und Ganggelder der Vollstrecker betrugen pro Monat durchschnittlich rund 4 500 S. Lediglich ein Vollstrecker erreichte bereits seit mehreren Jahren einen Betrag von rund 7 000 S.

32.8.2. Der RH empfahl eine gleichmäßige Auslastung der Vollstrecker durch eine Neueinteilung der Rayone.

32.8.3. Das BG bemerkte hiezu, daß die Unterschiede bloß auf die urlaubsbedingte Aufarbeitung von Vollzugsrückständen zurückzuführen seien, ansonsten aber auf eine gleichmäßige Auslastung geachtet werde.

32.8.4. Der RH verwies auf die ihm zur Verfügung gestellten Unterlagen, aus denen sich auch außerhalb der Urlaubsperioden eine sehr unterschiedliche Belastung der Vollstrecker ergab, weshalb er seine Empfehlung aufrecht hielt.

32.9.1. Wegen der immer größer werdenden Schwierigkeiten bei der Führung der Grundbücher (zunehmende Unübersichtlichkeit der Hauptbucheintragungen, bedeutende Verzögerungen bei der Erledigung von Grundbuchsachen und der Ausfertigung von Grundbuchsauszügen u. dgl.) hat das BM f. Justiz im Jahre 1971 eine umfassende Untersuchung des Ist-Zustandes im Grundbuchwesen vorgenommen, um Möglichkeiten für die Verbesserung des Grundbuchbetriebes zu finden.

32.9.2. Der RH konnte sich bei seinen letzten Gebarungsüberprüfungen von der zunehmend dringender werdenden Reformbedürftigkeit des Grundbuchwesens überzeugen und meinte, daß unbeschadet einer etwaigen späteren Umstellung auf elektronische Datenverarbeitung mit Reformmaßnahmen nicht mehr länger zugewartet werden sollte. Er empfahl Maßnahmen zur Vereinfachung der Grundbuchseintragungen (Weglassung entbehrlicher Daten, Verwendung von Stampiglien u. dgl.) und verwies auf die im Jahre 1968 in der Notariatszeitung erschienenen Reformvorschläge für das Grundbuchsverfahren.

32.9.3. Das BM f. Justiz anerkannte die Notwendigkeit sofortiger Reformmaßnahmen im Grundbuch und kündigte als Übergangslösung bis zu einer allfälligen Umstellung auf elektronische Datenverarbeitung die baldige probeweise Einführung eines vom Präsidenten des OLG Graz unterbreiteten Loseblatt-Grundbuches im Ordnersystem beim BG f. Zivilrechtssachen Graz an. Weiters teilte das BM f. Justiz allen Grundbuchsgerichten mit, daß die Weglassung bestimmter Füllwörter und Urkunden sowie die Verwendung von Stampiglien bei Grundbuchseintragungen bereits aufgrund der bestehenden Rechtslage möglich sind.

Zu den in der Notariatszeitung enthaltenen Reformvorschlägen bemerkte das BM f. Justiz, daß deren Verwirklichung eine Änderung von Gesetzen bedinge, die nicht den Zuständigkeitsbereich des BM f. Justiz beträfen (z. B. Dienstbarkeiten für elektrische Leitungen). Das BM f. Justiz habe diese Vorschläge dennoch geprüft und in zwei Fällen entsprechende Anregungen den anderen Ressorts unterbreitet, denen aber bisher nicht Rechnung getragen worden sei.

32.10.1. Die Personalakten der Strafvollzugsbediensteten einschließlich der Bewährungshilfe werden sowohl beim Präsidium des Gerichtshofes I. Instanz als auch beim gerichtlichen Gefangenenhaus geführt, während die Dienstrechtsangelegenheiten dieser Bediensteten vom BM f. Justiz in erster Instanz wahrgenommen werden.

32.10.2.1. Der RH verwies auf das Dienstrechtsverfahrensgesetz (DVG) und die Dienstrechtsverfahrensverordnung (DVV), derzufolge die Zuständigkeit für Beamte, die nicht der obersten Dienstbehörde angehören, in taxativ aufgezählten Dienstrechtsangelegenheiten den in § 2 DVV genannten unmittelbar nachgeordneten Dienststellen übertragen worden ist. Da die Strafvollzugsbediensteten einschließlich der Bewährungshilfe nicht der obersten Dienstbehörde angehören, wäre demnach für sie nicht das BM f. Justiz, sondern eine der im § 2 lit. c DVV aufgezählten nachgeordneten Dienststellen zuständig. Sofern es das BM f. Justiz jedoch für zweckmäßig erachte, diese Dienstrechtsangelegenheiten weiterhin in erster Instanz wahrzunehmen, empfahl der RH, eine entsprechende Änderung der DVV anzustreben.

32.10.2.2. Ferner regte er an, alle Gerichtshöfe I. Instanz mit angeschlossenen Gefangenenhäusern von der Führung der in Frage stehenden Personalakten zu entbinden.

32.10.3.1. Das BM f. Justiz bemerkte hiezu unter Hinweis auf den Dienstpostenplan, daß hinsichtlich der genannten Personalstände an eine Aufgabenübertragung nicht gedacht sei, sondern diese Dienstrechtsangelegenheiten vielmehr von der Zentralstelle wahrzunehmen wären. Schließlich wies es darauf hin, daß keine der im § 2 lit. c DVV angeführten Justizbehörden im Instanzenzug des Strafvollzuges oder der Be-

währungshilfe aufscheint und daher schon aus diesen Gründen eine Zuständigkeit für die Erledigung von Verwaltungsagenden nicht gefunden werden könne. Auch habe sich die zentrale Steuerung des Personaleinsatzes von mehr als 3 000 Bediensteten als kostensparend und zweckmäßig erwiesen.

32.10.3.2. Zur Führung der Personalunterlagen durch den Gerichtshof I. Instanz bemerkte das BM f. Justiz, daß eine Änderung nur nach umfangreichen Vorarbeiten bewerkstelligt werden könne, daß vereinzelt die Personalakten schon ausschließlich von den Gefangenenhäusern geführt würden, daß sich die Führung der Personalunterlagen bei größeren Gerichtshöfen infolge des ausgebildeten Personals bewährt habe und daß bei Übertragung dieser Agenden an die Gefangenenhäuser eine Erweiterung der dortigen Personalabteilung erforderlich wäre, ohne daß beim Gerichtshof I. Instanz ein Mitarbeiter eingespart würde; schließlich könne dem Präsidenten des Gerichtshofes als Vollzugsoberbehörde nicht die Führung von Personalunterlagen verwehrt werden.

32.10.4.1. Der RH wies neuerlich auf den klaren Wortlaut des § 2 DVG und der §§ 1 und 2 DVV hin, wonach zweifelsfrei die Zuständigkeit für Beamte, die nicht der obersten Dienstbehörde angehören, in zahlreichen Dienstrechtsangelegenheiten zwingend auf nachgeordnete Dienststellen übertragen ist.

Im Hinblick darauf jedoch, daß es auch das BM f. Justiz für zweckmäßig erachtete, diese Agenden weiterhin selbst wahrzunehmen, regte der RH neuerlich an, eine entsprechende Änderung der DVV anzustreben.

32.10.4.2. Zur Führung der Personalakten stellte der RH fest, daß die Bearbeitung der Dienstrechtsangelegenheiten der in Frage stehenden Bediensteten größtenteils ohnehin vom BM f. Justiz erfolgt, so daß für die verbleibende Tätigkeit wohl kaum zusätzliches Personal bei den Justizanstalten erforderlich sein dürfte. Er hielt daher auch seine diesbezügliche Empfehlung aufrecht.

32.11.1. Entsprechend den einschlägigen Vorschriften werden dem Rechnungsführer des LG vom landesgerichtlichen Gefangenenhaus jene Eigengeldbeträge der Häftlinge überwiesen, auf die zwecks Hereinbringung der Verfahrenskosten gegriffen werden darf. Allerdings fiel auf, daß sich darunter nicht selten auch Überweisungen von Beträgen bis höchstens 100 S — zuweilen sogar von solchen unter 50 S — befanden.

32.11.2. Der RH empfahl dem BM f. Justiz, aus Vereinfachungsgründen dafür zu sorgen, daß solche Eigengeldüberschüsse künftighin nur dann zu überweisen sind, wenn sie eine betragsmäßig festgesetzte Bagatellgrenze übersteigen.

32.11.3. Das BM f. Justiz teilte hiezu mit, daß ein entsprechender Erlaß bereits an die Vollzugsanstalten versendet worden sei.

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung

a) Nachträge zu Berichten aus den Vorjahren

Heeres-Materialamt und nachgeordnete Dienststellen

33.1. Zum TB 1974 Abs. 49.1. wird nachgetragen, daß die Verschuldensfrage nicht mehr geklärt werden konnte. Das BM f. Landesverteidigung und das Heeres-Bau- und Vermessungsamt hatten zwar wegen der notwendig gewordenen Neueindeckung von Flugdächern, die erst kurz vorher errichtet worden waren, Schadenersatzansprüche an eine Privatfirma gestellt, aufgrund eines nicht eindeutigen Gutachtens konnten die Ansprüche aber nicht durchgesetzt werden.

33.2. Die Beratungen über die Vorschläge des RH, die Anzahl der heereseigenen Großwerkstätten zu verringern (siehe TB 1973 Abs. 44.32. sowie TB 1974 Abs. 49.3.), brachten noch kein endgültiges Ergebnis. Wie das BM mitteilte, befasse sich nun die „Arbeitsgruppe Truppentechnik und Technik im Bereich des Heeres-Materialamtes" mit dieser Angelegenheit. Die in der Hessenkaserne befindlichen Panzerwerkstätten seien aber bereits zum Teil zusammengelegt worden (siehe TB 1973 Abs. 44.35.).

33.3. Laut Mitteilung des BM ist die Truppenerprobung der Kraftstoffkanister aus Kunststoff (siehe TB 1974 Abs. 49.5.2.) aufgrund unbefriedigender Zwischenergebnisse eingestellt worden. Damit fand ein vor 13 Jahren begonnenes Vorhaben einen erfolglosen Abschluß (siehe TB 1974 Abs. 49.5.3.).

3. Panzergrenadierbrigade und 7. Jägerbrigade

34.1. Bezüglich der Änderungen auf dem Bekleidungssektor (siehe TB 1974 Abs. 50.4.) sagte das BM f. Landesverteidigung die Anpassung der Friedensstärkenachweisungen im Zuge der Neuausgabe der Organisationspläne für die noch zu schaffenden Landwehrausbildungsregimenter zu.

34.2.1. Aufgrund der Erwiderung des RH (siehe TB 1974 Abs. 50.6.4.) teilte das BM mit, daß es den Posten des Kommandanten der ersten I-Gruppe des Instandsetzungszuges einer Brigadeartillerieabteilung inzwischen aufgelassen habe.

34.2.2. Demgegenüber ergab jedoch die Durchsicht der neuen Organisationspläne der in Artilleriebataillone umbenannten Brigadeartil-

lerieabteilungen, daß das BM den gleichen Gruppenkommandantenposten, der bei der ersten I-Gruppe aufgelassen worden war, bei der zweiten I-Gruppe neu systemisiert hatte. Damit hat es sich über das Verlangen des BKA, im Friedensbetrieb für den Instandsetzungszug und die ersten zwei Gruppen dieses Zuges nur einen Kommandanten einzuteilen, erneut hinweggesetzt.

34.3. Bezüglich der Überbrückungskontingente (siehe TB 1974 Abs. 50.7.) teilte das BM mit, diese würden grundsätzlich möglichst niedrig und in geregelten Stärken gehalten. Welche Maßnahmen ergriffen wurden, damit dieser Grundsatz von den verschiedenen Einheiten gleichermaßen eingehalten wird, gab es nicht bekannt.

34.4.1. Aufgrund des Ersuchens des RH um Bekanntgabe jener innerbetrieblichen Funktionsposten, für die Maßnahmen zur Erhaltung des Ausbildungsstandes nicht erforderlich sind (siehe TB 1974 Abs. 50.8.4.), teilte das BM mit, daß z. B. Mechaniker, Schreiber, Köche, Beifahrer und Munitionsgehilfen deshalb keiner militärischen Fortbildung bedürfen, weil diese durch die vergleichbare zivile Berufsausbildung erfolge.

34.4.2. Dazu bemerkte der RH, daß die Schreiber und Beifahrer in der Hauptsache noch eine andere Funktion, z. B. als Melder oder Wirtschafts- und Nachschubgehilfe, auszuüben haben, wofür sie seiner Ansicht nach eine militärische Aus- und Fortbildung benötigen. Das gleiche gelte für die Mechaniker, Köche, Munitionsgehilfen und sonstigen Berufe, sobald sie unter den erschwerten Bedingungen eines militärischen Einsatzes ausgeübt werden müssen.

34.5.1. Hinsichtlich der gemäß Artikel VIII Abs. 2 der Wehrgesetznovelle 1971 zwecks Aufstellung der Bereitschaftstruppe zu ergreifenden Maßnahmen (siehe TB 1974 Abs. 50.9.) verwies das BM bloß auf die auch vom RH erwähnte Zuständigkeit der Bundesregierung.

34.5.2. Der RH ersuchte daher, der Bundesminister für Landesverteidigung möge die Bundesregierung veranlassen, die im Artikel VIII Abs. 2 der Wehrgesetznovelle 1971 vorgesehenen Maßnahmen zu treffen.

34.6. Viele der dem Stabsbataillon 7 und dem Panzerstabsbataillon 3 zugewiesenen Ersatzteilkästen wiesen nach kurzer Zeit beträchtliche Mängel auf (siehe TB 1974 Abs. 50.15.). Das BM teilte nun mit, daß insgesamt 190 Ersatzteilkästen zum Preis von 332 650 S beschafft worden seien. Die Ansicht des RH, die Qualitätsmängel an den Ersatzteilkästen hätten bereits bei der Abnahme festgestellt werden müssen, blieb unwidersprochen.

34.7. Die Einsatzfähigkeit eines in den Jahren 1967 bis 1969 um 40 Mill. S angeschafften Abwehrmittels wurde durch eine im Laufe der Zeit eingetretene Materialveränderung beeinträchtigt (siehe TB 1974 Abs. 50.16.). Das BM teilte hiezu ergänzend mit, daß zugleich mit den Arbeiten zur Behebung der Mängel bei einem Großteil der schadhaften Vorräte auch eine Modernisierung veranlaßt werde. Vertraglich sei sichergestellt worden, daß die von der Lieferfirma im Rahmen der Gewährleistungsverpflichtung durchzuführenden Arbeiten nicht in die vom Bundesheer zu tragenden Modifizierungskosten einbezogen werden. Die Instandsetzungsarbeiten und die Modifizierungen werden erst im Jahre 1978 abgeschlossen sein.

34.8. Zur Kritik im Zusammenhang mit der Errichtung zweier Werkstättenkomplexe in der Kopalkaserne (siehe TB 1974 Abs. 50.20.) und zur Auffassung des RH, daß auch beim militärischen Instandsetzungsdienst in Friedenszeiten auf gewisse betriebswirtschaftliche Methoden und Rationalisierungsmaßnahmen nicht verzichtet werden sollte (siehe TB 1974 Abs. 50.21.2.1.), teilte das BM mit, aufgrund der neuen Verteidigungsdoktrin seien organisatorische Maßnahmen erforderlich, die sich auf die Instandsetzungsorganisation auswirken werden. Es könne daher noch keine endgültige Stellungnahme abgeben.

34.9.1. Zu der Empfehlung des RH, drei Kochstellen in Krems und im Garnisonsbereich Klagenfurt (siehe TB 1974 Abs. 50.27.) zu schließen, teilte das BM mit, daß die Kochstelle der Herbertkaserne in Krems stillgelegt worden sei. Über die Schließung der beiden Küchen im Garnisonsbereich Klagenfurt sei die Entscheidung noch nicht gefallen.

34.9.2. Der RH ersuchte das BM, ihn bezüglich der Schließung von Truppenküchen und Kochstellen auf dem laufenden zu halten.

Gebarung des BM f. Landesverteidigung mit den Mitteln für Wohnbauvorhaben

35.1.1. Wie im TB 1974 Abs. 52.6.4. ausgeführt wurde, konnte der RH noch keinen vollständigen Überblick über die Gebarung des BM f. Landesverteidigung auf dem Gebiete des Wohnungswesens gewinnen.

35.1.2. Auch eine weitere Stellungnahme dieses Ministeriums brachte noch immer kein klares Bild über die Verwendung der Mittel für Wohnbauvorhaben, über offene Zahlungsverpflichtungen, über geleistete Überzahlungen, über die mit Ausgaben für Wohnzwecke belasteten finanzgesetzlichen Ansätze und über einzelne Gebarungsfälle.

35.1.3. Das BM wurde daher erneut auf die noch bestehenden Unklarheiten und Widersprüche hingewiesen und um entsprechende Antworten ersucht.

35.2.1. Bezüglich der Summe der offenen Zahlungsverpflichtungen per 1. Juli 1974 (siehe TB 1974 Abs. 52.7.), die aufgrund von Berechnungen des RH zumindest 12 782 859,38 S betragen hat, vom BM f. Landesverteidigung unter Zugrundelegung einer falschen Ausgabensumme hingegen nur in der Höhe von 3 220 434,55 S ermittelt wurde, ergeben sich durch Berichtigungen bzw. Ergänzungen der hiefür maßgebenden Daten noch immer Änderungen. Trotzdem besteht das BM darauf, daß der Betrag von 3 220 434,55 S richtig sei.

35.2.2. Der RH ersuchte daher das BM, sein Kontrollbüro mit der Überprüfung der offenen Zahlungsverpflichtungen zu beauftragen und bei dieser Überprüfung allenfalls auftretende Unklarheiten in einer Besprechung, an der teilzunehmen der RH bereit ist, zu klären.

35.3. Der Differenzbetrag von 400 000 S bei Mietenvorauszahlungen im Jahre 1966 (siehe TB 1974 Abs. 52.8.4.) war der erwähnten Wohnbauvereinigung als „Stützungsbetrag" zum Ankauf von Baugründen für die Errichtung von Eigentumswohnungen für Pensionisten gewährt worden. Diese Wohnungen waren für die Benützer von Naturalwohnungen vorgesehen, die die Benützer bei ihrer Pensionierung zu räumen hätten. Es waren jedoch zuwenig Naturalwohnungsbenützer bereit, die für den Erwerb einer Pensionisten(eigentums)wohnung erforderlichen Mittel anzusparen, zumal sie verschiedentlich feststellten, daß das BM bei Ruhestandsversetzungen die Räumung von Naturalwohnungen ohnedies nicht in die Wege leitete. Schließlich verfügte das BM sogar, daß Ruhestandsbeamte und deren Hinterbliebene in Naturalwohnungen belassen werden und ihre Naturalwohnung als Eigentumswohnung erwerben können.

Da es zu der vorgesehenen Errichtung von Eigentumswohnungen für Pensionisten somit nicht kam, wurde der Betrag von 400 000 S im November 1971 in einen „einmaligen nicht rückzahlbaren Stützungsbetrag" umgewandelt. Nachträglich hat das BM nun erklärt, daß damit jene Leistungen abgegolten worden seien, die die Wohnbauvereinigung bei der Vorbereitung der Projekte für Eigentumswohnungen für Pensionisten erbracht habe.

35.4.1. Das BKA hat unter Hinweis auf die von Ressort zu Ressort verschiedene Praxis bei der Zuweisung von Dienst- und Naturalwohnungen und der Festsetzung der Vergütung eine Vereinheitlichung der Vorgangsweise vorgeschlagen. Danach ist die Vergütung für Naturalwohnungen, die gemäß § 24 Abs. 1 des Gehaltsgesetzes 1956 und § 23 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 unter Bedachtnahme auf die örtlichen Verhältnisse sowie auf die dem Bund erwachsenden Gestehungskosten allgemein von der Bundesregierung durch Verordnung oder im Einzelfall vom zuständigen BM im Einvernehmen mit dem BKA und dem BM f. Finanzen festzusetzen ist, von der ungekürzten Grundvergütung (Grundmiete) durch einen 25%igen Abschlag zu ermitteln.

35.4.2. Hingegen bemißt das BM f. Landesverteidigung die Vergütungen für Naturalwohnungen in den von ihm gemieteten Objekten ungeachtet der verschieden hohen Mietkosten in der Regel mit 4 S pro m² (siehe TB 1974 Abs. 52.9.1.).

35.4.3. Der RH machte das BM f. Landesverteidigung daher auf die erforderliche Neubemessung der Vergütungen für Naturalwohnungen aufmerksam.

35.5. Bezüglich der durch die Mietenvorauszahlungen sich ergebenden Probleme (siehe TB 1974 Abs. 52.9.4.) und der Leistung von Mietenvorauszahlungen und Stützungsbeträgen für PKW-Abstellplätze und Garagen aus dem Heeresetat (siehe TB 1974 Abs. 52.11.) ist der Schriftwechsel mit dem Ministerium noch im Gange.

35.6. Zu der Empfehlung des RH, das BM f. Landesverteidigung möge seine Wohnbauaktion, für die es aufgrund des Bundesministeriengesetzes 1973 nicht zuständig ist, beenden und die weitere Beschaffung von Wohnraum dem BM f. Bauten und Technik und der BUWOG überlassen (siehe TB 1974 Abs. 52.13.), ist die gemäß § 5 des Rechnungshofgesetzes 1948 seit September 1974 fällige Stellungnahme noch ausständig.

b) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1974

Armeekommando und nachgeordnete Dienststellen

Heeresgliederung 1972

36.1. Die Überprüfung des Armeekommandos erstreckte sich auf Maßnahmen zur Durchführung der Heeresgliederung 1972 und deren personelle Auswirkungen.

Das Schwergewicht der Überprüfung lag jedoch bei den Heeresfliegerkräften mit Ausnahme der Fliegerabwehr- und der Flieger-Tel-Einrichtungen. Dabei fand auch bei jenen Teilen des seit 1. Juli 1973 bestehenden Armeekommandos (siehe Abs. 36.4.) eine Überprüfung statt, die speziell mit Aufgaben der Heeresfliegerkräfte befaßt sind.

36.2. Die Heeresgliederung 1972 wurde in drei Sitzungen des Ministerrates am 7. März 1972, 6. Juni 1972 und 16. Jänner 1973 beschlossen. Ihre Durchführung erfolgt schrittweise aufgrund gesonderter Weisungen und Durchführungsbestimmungen des BM f. Landesverteidigung und ist noch im Gange.

36.3.1. Mit Wirkung vom 1. Dezember 1972 an erfolgte die Errichtung von fünf dem BM f. Landesverteidigung unmittelbar nachgeordneten Ämtern. Von diesen sind das Amt für Wehrtechnik, das Heeres-Beschaffungsamt, das Heeresbau- und Vermessungsamt und das Heeres-Nachrichtenamt aus den entsprechenden Fachabteilungen des BM hervorgegangen. Das Heeres-Materialamt wurde aus dem ehemaligen Kommando der Heeresversorgungstruppen mit Stabskompanie gebildet.

Die Umwandlung des ehemaligen Kommandos der Heeresversorgungstruppen mit Stabskompanie in das Heeres-Materialamt brachte keine wesentlichen Veränderungen. Die Anzahl der systemisierten Dienstposten, die den Sollstand an Kaderpersonal ergibt, verminderte sich dabei geringfügig.

Die Errichtung der übrigen Ämter hatte hingegen bis Jänner 1975 eine Vermehrung um 238 (= 11,66%) systemisierte Dienstposten zur Folge. Dieser Postenvermehrung stand ein Personalzugang von 220 zusätzlichen Bediensteten gegenüber.

36.3.2. Dazu stellte der RH fest, daß das BM in der Begründung seines Antrages auf Zustimmung der Bundesregierung zur Errichtung der Heeresämter erklärt hatte, dadurch würden keine Mehrkosten entstehen. Diese Erklärung hat sich als unrichtig erwiesen.

36.3.3. Das BM f. Landesverteidigung erwiderte, durch die Ausgliederung der Ämter aus dem Stand des BM sei es notwendig geworden, sie mit dem für eine eigene Standesführung und Materialverwaltung erforderlichen Personal auszustatten. Bei der Erarbeitung der neuen Organisationspläne seien auch berechtigte Anträge auf Verbesserung der Personalstruktur und neue Aufgaben berücksichtigt worden. So seien die systemisierten Dienstposten zugunsten der nachgeordneten Dienststellen des Amtes für Wehrtechnik und der Nachrichtenstellen, welche anläßlich der Organisationsänderung 1968 nur einen vorläufigen Organisationsplan aufgrund ihrer Iststände erhalten hatten, vermehrt worden. Als Ersatz für Grundwehrdiener, die bis zum Jahre 1973 im BM und bei nachgeordneten Dienststellen des Amtes für Wehrtechnik Dienst versahen, durch Zivilbedienstete wären 50 und zusätzliche, zahlenmäßig nicht genannte Dienstposten erforderlich. Schließlich seien dafür andere Dienststellen aufgelassen und in die Ämter eingegliedert worden.

36.4.1. Mit 1. Juli 1973 wurde aus dem aufgelösten Gruppenkommando I und dem Kommando der Luftstreitkräfte das Armeekommando aufgestellt.

Am 1. Dezember 1973 erhielt das Armeekommando ein Kommandobataillon. Gleichzeitig wurde das Kommandobataillon des BM f. Landesverteidigung aufgelöst.

Aufgrund dieser Umgliederungen ergab sich per saldo eine Vermehrung um 60 systemisierte Dienstposten. Der tatsächliche Personalstand war im Jänner 1975 im wesentlichen noch unverändert.

36.4.2. Der RH bemängelte, daß das BM nach der Errichtung des Armeekommandos, dessen Aufgaben es bis dahin im wesentlichen selbst wahrnehmen mußte, keine Dienstposten an das Armeekommando abgegeben hat. Ferner wurde beanstandet, daß rund 250 Dienstposten für Angehörige (hauptsächlich Unteroffiziere) des Kommandobataillons des BM, die im bzw. für das BM Dienst versahen, einem anderen Standeskörper, nämlich der Luftschutztruppenschule, eingegliedert wurden. Gleichzeitig ersuchte der RH, zwecks richtiger Darstellung der Dienstpostenverteilung dafür zu sorgen, daß alle vom BM beanspruchten Dienstposten auch im Dienstpostenplan der „Zentralleitung" ausgewiesen werden.

36.4.3. Das BM antwortete, die Errichtung des Armeekommandos als zentrales Kommando für Führungs- und Truppenaufgaben, die es selbst bisher nur unzureichend erfüllen konnte, habe es ihm ermöglicht, sich seinen eigentlichen Aufgaben intensiver zu widmen. So habe der durch die Wehrgesetznovelle 1971 und die Heeresgliederung 1972 festgelegte weitere Aufbau und Ausbau des Bundesheeres zielstrebig weiterverfolgt werden können. Der vermehrte Dienstpostenbedarf sei durch die dem Armeekommando zugeordneten umfangreichen Aufgabengebiete und in der Selbständigkeit des Kommandobataillons des Armeekommandos als eines eigenen Standes-, Wirtschafts- und Materialverwaltungskörpers begründet; ferner sei aus dem Militärstreifenzug des ehemaligen Gruppenkommandos I eine eigene Militärstreifenkompanie aufgestellt worden, für die 29 zusätzliche Dienstposten benötigt wurden.

Die Luftschutztruppenschule habe für den Schulbetrieb gleichfalls zusätzliche Dienstposten benötigt. Die Zahl der zugunsten des BM in die Luftschutztruppenschule eingegliederten Unteroffiziersdienstposten betrage lediglich 180. Diese Eingliederung sei erforderlich, um die wirtschaftliche Betreuung und die militärische Aus- und Weiterbildung des gesamten Personenkreises sicherzustellen und für die Zentralstelle eine entsprechende Anzahl von Bediensteten

für den MobFall zur Verfügung zu haben. Die vollständige Darstellung der von ihm beanspruchten Dienstposten im Dienstpostenplan der „Zentralleitung" lehnte das BM mit der Begründung ab, daß alle Bediensteten, die in der Zentralleitung verwendet werden, beim Titel 400 im Teilheft zum Bundesfinanzgesetz veranschlagt seien.

36.4.4. Der RH ersuchte das BM um Aufklärung, aus welchen Gründen die Zahl der Dienstposten für die Luftschutztruppenschule von 53 um mehr als das Doppelte auf 132 Dienstposten erhöht worden sei.

Außerdem erwiderte der RH, daß die der Luftschutztruppenschule eingegliederten Unteroffiziere im BM in der Regel in gleicher Weise Dienst versehen wie Zivilbedienstete und dafür keiner speziellen wirtschaftlichen Betreuung und militärischen Aus- und Weiterbildung bedürfen. Im MobFall müßten auch die Zivilbediensteten auf ihren Posten bleiben. Die Grundlage für die Veranschlagung des Personalaufwandes des BM (Titel 400) sowie des Heeres und der Heeresverwaltung (Titel 401) im Bundesfinanzgesetz bilde der Dienstpostenplan.

36.5.1. Die Agenden des mit 1. Juli 1973 aufgelösten Gruppenkommandos I wurden zunächst größtenteils auf die Gruppenkommanden II und III aufgeteilt.

Mit Wirkung vom 1. Jänner 1974 an wurden aus den Gruppenkommanden II und III die Korpskommanden I und II errichtet. Gleichzeitig begann eine schrittweise Änderung der Unterstellungsverhältnisse, bedingt durch die Aufteilung der bestehenden Truppenkörper nach „Bereitschaftstruppen" gemäß Art. VIII der Wehrgesetznovelle 1971, BGBl. Nr. 272, und nach „Landwehrverbänden". Während die Bereitschaftstruppen den beiden Korpskommanden direkt unterstellt werden sollen, ist die Unterstellung der Landwehrverbände unter die den Korpskommanden nachgeordneten territorialen Militärkommanden vorgesehen.

Um die Führungsstruktur der Landwehr zu verbessern, wurde am 1. Juli 1974 zunächst bei fünf Militärkommanden begonnen, Landwehrabteilungen einzurichten und dem Militärkommandanten einen Landwehrkommandanten beizugeben.

Diese Maßnahmen haben ebenfalls zu einer Vermehrung der systemisierten Dienstposten geführt: bei den beiden Korpskommanden (den ehemaligen Gruppenkommanden II und III) um 25 Dienstposten und bei den Militärkommanden, deren Ausbau im Jänner 1975 jedoch noch nicht abgeschlossen war, um 256 Dienstposten. Der effektive Personalstand ist bei den Korpskommanden bis Jänner 1975 unverändert geblieben, bei den Militärkommanden hat er sich um 167 Bedienstete erhöht.

36.5.2. Der RH wies darauf hin, daß in der geplanten Friedensgliederung des Bundesheeres die bisherigen Brigadekommanden nicht mehr vorgesehen sind. Durch die Errichtung der territorialen Landwehrabteilungen und die Bestellung von Landwehrkommandanten böte sich die Gelegenheit, die bestehenden Brigadekommanden in eine entsprechende andere Verwendung überzuleiten.

36.5.3. Das BM f. Landesverteidigung erwiderte, daß zwecks Sicherstellung der Führung des Bundesheeres in der Übergangszeit unter vorübergehender Belassung der alten Struktur die neue Kommandostruktur erst einmal aufzubauen und einzuspielen sei. Nach Konsolidierung der neuen Kommandostruktur sei neben der Stillegung der friedensmäßigen Brigadekommanden als weiterer Schritt auch die Straffung der gesamten Stabsorganisation vorgesehen. Die Errichtung einer Landwehrabteilung und die Bestellung eines Landwehrkommandanten sei nur bei jenen Militärkommanden erfolgt, in deren Bereich sich keine Jägerbrigade befindet bzw. das Brigadekommando bereits aufgelöst wurde.

Eine Personalvermehrung sei vor allem bei den Ergänzungsabteilungen der Militärkommanden erforderlich gewesen.

36.6.1. Aufgrund der Heeresgliederung 1972 wurden zwischen den Stichtagen 10. August 1972 und 15. Jänner 1975 insgesamt 3 169 zusätzliche Dienstposten systemisiert. Diese Zahl ist jedoch unvollständig, weil eine Reihe weiterer, für bestimmte Funktionen systemisierter, vorläufig aber „gesperrter" Dienstposten in der Personalstatistik des BM f. Landesverteidigung nicht erfaßt ist.

Der tatsächliche Personalstand hat sich im selben Zeitraum um 683 Zivilbedienstete und drei Militärpersonen erhöht.

Aufgrund der bisherigen Maßnahmen zur Heeresgliederung 1972 hat sich die Kaderpersonallage bei den Truppenkörpern effektiv verschlechtert. So hat sich z. B. der Stand an Offizieren beim BM, den Heeresämtern, dem Armeekommando sowie den Korps- und den Militärkommanden um 33 Offiziere erhöht, bei den Truppenkörpern und sonstigen Dienststellen des Bundesheeres ist er um 66 Offiziere niedriger geworden.

36.6.2. Der RH bemängelte, daß das BM den Grundsatz laut seiner Weisung Nr. 6 zur Heeresgliederung 1972, die personelle Organisation müsse sich an der Kaderlage und der Kaderentwicklung in den nächsten 4 bis 5 Jahren

orientieren und den Dienstpostenplan des Bundesfinanzgesetzes beachten, selbst nicht genügend beachtet hat. Um so viel Kaderpersonal aufnehmen zu können, als für die Besetzung der bis Jänner 1975 in den neuen Organisationsplänen vorgesehenen Dienstposten erforderlich war, müßte die Anzahl der im Dienstpostenplan des Bundesfinanzgesetzes 1975 veranschlagten Dienstposten um 5 298 Dienstposten erhöht werden. In dieser Zahl sind die „gesperrten" systemisierten Dienstposten noch nicht enthalten.

36.6.3. Das BM erwiderte, daß die Organisationspläne samt ihren systemisierten Dienstposten Soll-Vorstellungen eines gut funktionierenden, in den Einzelbereichen zueinander abgewogenen Organismus seien, wobei der Grundsatz der Sparsamkeit bei der Erstellung der Organisationspläne seiner Ansicht nach beachtet werde. Der Grundauftrag an das Bundesheer, wie er in der Bundesverfassung und in der Landesverteidigungsdoktrin formuliert ist, bleibe weiterhin bestehen. Die Verwaltung und die Organisation der Ausbildung werden jedoch aufwendiger. So erfordere z. B. die Änderung der Dienstpflicht auf 6 Monate und 60 Tage Truppenübung einen höheren Verwaltungsaufwand und verstärkten Personaleinsatz.

Ein weiterer Ausbau der Landwehr werde abermals personelle Auswirkungen haben.

Die Erreichung der geplanten Sollstärken sei in erster Linie eine Frage des Dienstpostenplanes. Der tatsächliche Stand an Kaderpersonal habe sich vom Stichtag 15. Jänner 1975 bis zum 15. Mai 1976 um 694 Bedienstete weiter erhöht, von denen 341 Militärpersonen sind. Eine weitere Steigerung bei Militärpersonen werde vorerst dadurch verzögert, daß die Übernahme von freiwillig verlängerten Grundwehrdienern als zeitverpflichtete Sodaten aufgrund einer internen Regelung erst nach einer zweijährigen Dienstzeit als freiwillig verlängerter Grundwehrdiener erfolgt.

Die Vermehrung der Dienstposten für Offiziere im BM, bei den Ämtern und den höheren Kommanden begründete das BM mit zusätzlichen Aufgabenstellungen und der geänderten Organisationsstruktur.

36.7. Gemäß den ursprünglichen Zielvorstellungen der Heeresgliederung 1972 wurden die Heeresfliegerkräfte mit Wirkung vom 1. Juli 1973 an in einer „Fliegerbrigade" zusammengefaßt. Gleichzeitig wurden das Kommando der Luftstreitkräfte, das teilweise in das Armeekommando einbezogen wurde, und das Kommando der Luftabwehrbrigade aufgelöst. Am 3. Juli 1974 gab das BM f. Landesverteidigung bekannt, daß es die Fliegerbrigade, vorbehaltlich der Zustimmung des Ministerrates, in eine Fliegerdivision umwandeln werde. Diese Umwandlung, der der Ministerrat am 20. Mai 1975 zustimmte, erfolgte mit Wirkung vom 1. Juli 1975 an. Die Umgliederung der Verbände der Fliegerdivision wird schrittweise nach Maßgabe der neuen Organisationspläne erfolgen.

Die Entwürfe der neuen Organisationspläne waren zum Zeitpunkt der Umbenennung in Fliegerdivision bereits fertiggestellt. Sie sehen eine Neugliederung der Verbände der Fliegerdivision und die Schaffung einer zusätzlichen Führungsebene zwischen den Verbänden und dem Divisionskommando durch Errichtung von drei Regimentskommanden vor. Dafür wurden insgesamt 605 zusätzliche Dienstposten systemisiert, von denen 128 auf neu aufzustellende Einheiten entfallen.

36.8. Bezüglich rund eines Fünftels der für das Kommando Fliegerdivision systemisierten Dienstposten, die aufgrund der Prüfungsergebnisse entbehrlich wären und teilweise nicht besetzt waren, ist der Schriftwechsel mit dem BM f. Landesverteidigung noch im Gange.

Weitere Prüfungsergebnisse in Personalangelegenheiten, zu denen das BM um ergänzende Mitteilungen bzw. eine Änderung seines Standpunktes ersucht wurde, betreffen den Personalbedarf für die Flugverkehrskontrolle auf dem Flugplatz Linz-Hörsching, die laut Abs. 36.22. in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Zivilluftfahrt durchgeführt wird, den Personalbedarf und die Schichtdiensteinteilung bei den Flugplatzfeuerwehren sowie die Ausbildung des Technischen Personals.

Geräteausstattung und Ersatzteilversorgung

36.9.1. Auswirkungen auf die Ersatzteilversorgung und damit auf den Klarstand des Fluggeräts hat auch die Entscheidung, ob ein Fluggerät in der Ausführung beschafft wird, in der es sich in anderen Armeen bereits bewährt hat, oder ob umfangreiche Änderungen und Einbauten speziell für die österreichischen Heeresfliegerkräfte bestellt werden. Mit dem Düsenflugzeug SAAB 105 Ö hatte das Bundesheer praktisch einen Prototyp erhalten, da gegenüber der Grundversion Modifikationen und Einbauten in großem Umfang vorgenommen worden waren. Die Folge war, daß in den ersten Jahren des Betriebes überaus viele nachträgliche Verbesserungen und Änderungen vorgenommen werden mußten, die lange Stehzeiten verursachten.

36.9.2. Der RH empfahl daher, in Hinkunft nur solches Gerät zu beschaffen, das sich woanders als Standardausrüstung bewährt hat und ohne größere Änderungen für die österreichischen Verhältnisse übernommen werden kann. Dadurch könnten auch eine Erschwerung der Wartungs- und Überholungsarbeiten sowie eine Verteuerung der Ersatzteilversorgung vermieden werden.

36.9.3. Das BM f. Landesverteidigung erwiderte, daß es die Empfehlung des RH beim jüngsten Ankauf von 12 Hubschraubern bereits berücksichtigt habe. Fallweise müsse aber doch der Nachteil der Anpassung an die österreichischen Verhältnisse dem Vorteil der Beibehaltung der Standardversion gegenüber ins Auge gefaßt werden, insbesondere dann, wenn diese für andere Verhältnisse und Einsatzanforderungen konzipiert wurde.

36.10.1. In der neuen Organisation der Heeresfliegerkräfte aufgrund der Heeresgliederung 1972 ist ein Überwachungsgeschwader vorgesehen, dessen Ausstattung vorerst mit dem Düsenflugzeug SAAB 105 Ö erfolgen soll. Um diesem Geschwader die volle Erfüllung der Aufgaben zu ermöglichen, die ihm auf dem Gebiete der Luftraumüberwachung und Luftraumsicherung gestellt werden, ist für einen späteren Zeitpunkt die Beschaffung von Abfangjägern ins Auge gefaßt.

36.10.2.1. Die technisch hoch komplizierten Abfangjäger, wie sie dem heutigen Standard entsprechen, erfordern den Ausbau der Boden- und der sonstigen Unterstützungseinrichtungen.

36.10.2.2. Der RH empfahl, dies bei einer eventuellen Bestellung zu berücksichtigen und den Liefertermin des Fluggeräts mit der Fertigstellung der Infrastruktur sowie mit der Modernisierung und dem Ausbau der Radaranlagen abzustimmen.

36.10.3. Das BM f. Landesverteidigung erwiderte, daß sich seine Ansichten mit denen des RH in dieser Hinsicht decken.

36.11.1. Im Zuge der Gebarungsüberprüfung untersuchte der RH auch die Einsatzbereitschaft der Geräte im Bereich der Heeresfliegerkräfte zu einem bestimmten Stichtag und die Klarstände der einzelnen Flugzeugtypen für die Jahre 1970 bis 1974.

36.11.2. Der RH zeigte auf, daß sich die teilweise unzweckmäßige Organisation der Instandsetzungseinrichtungen, die Mängel in der Beschaffungsplanung, der Verbrauchserfassung und der Bevorratung der Ersatzteile für das Fluggerät sowie die in quantitativer und qualitativer Hinsicht unbefriedigende Personalsituation im Versorgungssektor der Heeresfliegerkräfte nicht günstig auf die Einsatzbereitschaft der Luftfahrzeuge auswirkten.

Die Klarstände bei einer bestimmten Hubschraubertype lagen im Jahresdurchschnitt zum Teil beträchtlich über denen der anderen Hubschraubertypen, was auch Rückschlüsse auf die Qualität der örtlichen Instandsetzungseinrichtungen zuläßt; beim Düsenflugzeug SAAB 105 Ö konnte im Jahre 1974 erstmals ein höherer Prozentsatz an Klarständen als in den Vorjahren erreicht werden, weil das Fliegerbrigadekommando Verbesserungen im Instandsetzungs- und Versorgungsbereich für diese Flugzeugtype bereits eingeleitet hatte.

36.11.3.1. Das BM f. Landesverteidigung entgegnete, daß Klarstandberechnungen über längere Sicht statistische Feststellungen seien, die vor allem dann problematisch werden, wenn von einigen Luftfahrzeugtypen nur wenige Exemplare verfügbar sind. Luftfahrzeuge seien bestimmten vorherberechenbaren Kontrollen unterworfen und müßten daher zu gegebener Zeit flugklar aus dem Betrieb genommen werden. Klarstände wären daher der Ausdruck und das Resultat der Einsatzdichte und des jeweilig gegebenen Wartungs- und Erhaltungssystems einerseits und der finanziellen Möglichkeiten anderseits. Einige Prozente mehr Klarstand könnten meist nur mit erheblich mehr Personal und finanziellen Mitteln erreicht werden. Ein Luftfahrzeug werde umso anfälliger, je älter es ist, und umso zeitaufwendiger würden die Reparaturen.

36.11.3.2. Das BM führte weiters aus, daß Ende 1974 die Studiengruppe „OVID" errichtet worden sei, deren wissenschaftliche Leitung in der Hand eines Universitätsprofessors liege. Ziel der Studiengruppe sei es, die Instandsetzungsdienste und Versorgungsdienste der Heeresfliegerkräfte nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu optimieren.

Die vom RH aufgezeigten Mängel würden durch Weiterführung und Verbesserung der bereits 1973 eingeleiteten Lagerplanung und Vorauskalkulation am Ersatzteilsektor sowie der Flugstundensteuerung beseitigt werden. Außerdem seien Vorarbeiten zur Bildung einer zentralen und autarken Führungsstelle für die Materialerhaltung von luftfahrtspezifischem Gerät geleistet worden. Damit wäre die Aufsplitterung auf mehrere Führungsebenen und Verzettelung des an sich zu geringen Fachpersonals in diesem Bereich gelöst.

36.12.1.1. In den Ersatzteillagern der Fliegertruppe stellte der RH eine größere Zahl unerfüllter Anforderungen fest. Auch bei Ersatzteilmangel ist wegen der Verwendungsart und der besonderen Beschaffenheit der Luftfahrzeug-Bestandteile (enge Toleranzgrenzen, besondere Legierungen, bestimmte Verwendungsfristen usw.) ein Ausweichen auf ähnliche Erzeugnisse oft nicht möglich. Der Engpaß bei einer bestimmten Dichtung oder einem anderen Kleinteil kann daher zu langen Stehzeiten von Maschinen führen, wie es in den letzten Jahren wiederholt vorkam. Mangels einiger solcher Ersatzteile und wegen der Vornahme von 19 Modifikationen stand z. B. ein Flugzeug in der Zeit vom 6. Dezember 1971 bis 29. August 1972 in einer Werk-

stätte. Ein Transportflugzeug war in der Zeit vom 30. November 1973 bis 15. Juli 1974 u. a. wegen eines undichten Treibstofftanks nicht einsatzbereit. Im April 1972 wurde ein Ersatzteil für den defekten Radiokompaß eines Transportflugzeuges angefordert. Bis zum Einlangen desselben wurde aus einem Hubschrauber der Radiokompaß ausgebaut und in die Transportmaschine eingebaut. Bis Mai 1974 war der angeforderte Ersatzteil noch nicht eingelangt. Ein anderes Flugzeug war in der Zeit vom 10. August 1972 bis 4. Dezember 1973 nicht einsatzbereit, da ein Defekt bei bestimmten Kontrollvorrichtungen festgestellt wurde und die benötigten Teile nicht vorrätig waren. Aus dieser Maschine wurden diverse Ersatzteile, Aggregate, Funkgeräte usw. ausgebaut, die für andere Maschinen dringend gebraucht wurden. Das „Ausschlachten" von Maschinen, die sich gerade in einer Werkstatt befanden und zu denen wichtige Ersatzteile fehlten, ist in der Vergangenheit öfters vorgekommen. Es wurde praktiziert, um so viele Maschinen wie nur möglich einsatzbereit zu haben.

36.12.1.2. Mangelnde Koordination zwischen den fliegenden Einheiten und den Werftkompanien führte dazu, daß oftmals mehrere Maschinen zu Wartungsarbeiten heranstanden, was zu den Engpässen bei Ersatzteilen beitrug und eine ungleichmäßige Kapazitätsauslastung der Werkstätten verursachte. Das Fehlen einer Flugstundenplanung brachte es mit sich, daß z. B. die für die Durchführung von „Technischen Anweisungen" benötigten Ersatzteile bei Einlangen der Maschine in der Werft oftmals nicht vorhanden waren und erst angefordert bzw. beschafft werden mußten.

36.12.1.3. Neben dem empfindlichen Mangel an manchen Ersatzteilen wurde auch eine Überbevorratung bei vielen Ersatzteilen festgestellt, die entweder erst in vielen Jahren oder — wegen Ausscheidens des Hauptgerätes — überhaupt nicht mehr aufgebraucht werden kann. Die Überbevorratung in den Werftlagern entstand zum Teil bereits bei der Erstbeschaffung durch Überschätzung des Bedarfes anläßlich der Einführung der betreffenden Flugzeugtype.

36.12.1.4. Die Mängel bei der Bevorratung von Ersatzteilen entstanden auch dadurch, daß die Disponentenabteilung keinen Überblick über die Gesamtbestände hatte, weil sie die Bestände bei den Truppenkörpern und Werftkompanien nicht kannte.

36.12.1.5. Nicht zuletzt führten mangelnde Budgetmittel zu einer Unterdotierung des Luftzeuglagers mit Ersatzteilen.

36.12.1.6. Die langen Stehzeiten der Maschinen und die unterschiedlich lange Arbeitsdauer für den gleichen Wartungs- und Kontrollvorgang an einem bestimmten Fluggerätetyp bei den einzelnen Instandsetzungseinrichtungen waren außerdem auf das Fehlen einer entsprechenden Arbeitsvorbereitung in den Werkstätten und einer Flugstundenplanung sowie auf eine unzweckmäßige Organisation der Instandsetzungseinrichtungen zurückzuführen. So waren die großen Instandsetzungseinrichtungen der Heeresfliegerkräfte („Werftkompanien"), die mit Großbetrieben der Privatindustrie vergleichbar sind, als militärische Einheit (Kompanie) gegliedert und einem Truppenkörper unterstellt.

36.12.1.7. Die leitenden und die höher qualifizierten Techniker der Heeresfliegerkräfte waren auf mehrere Führungsebenen und Dienststellen verteilt (BM f. Landesverteidigung, Amt für Wehrtechnik, Prüf- und Versuchsstelle für Fluggerät, Armeekommando und Kommando der Fliegerbrigade bzw. Fliegerdivision). Es fehlte auch an einer klaren Kompetenzabgrenzung.

36.12.2.1. Der RH machte dem BM und dem Kommando der Fliegerdivision eine Reihe von Vorschlägen, die die Verbesserung der Ersatzteilversorgung, die Straffung der Lagerverwaltungen, das Kennziffernwesen, die Führung der Lagerkarteien usw. betrafen. Er verwies auch darauf, daß überhöhte Lagerbestände nicht nur unnütze Geldausgaben verursachen und unnötigerweise Geldmittel binden, sondern im laufenden Betrieb auch zu einer Erschwerung und Aufblähung der Lagerverwaltungen führen. Der RH empfahl daher u. a. die Abschöpfung aller jener Ersatzteile bei den Geschwadern und Staffeln, die in den letzten zwei Jahren keine Bewegung aufwiesen.

36.12.2.2. Noch während der Überprüfung durch den RH hatte das damalige Fliegerbrigadekommando begonnen, die jahrelangen Versäumnisse aufzuholen und neben organisatorischen Eingriffen in den Flugbetrieb auch die Instandsetzungseinrichtungen zu straffen.

36.12.3.1. Das BM erwiderte, die vom RH aufgezeigten Beispiele würden für die von der Fliegerdivision in Zusammenarbeit mit der Studiengruppe OVID in Angriff genommene Klärung der Materialkreisläufe verwendet, die letztlich auch auf das Beschaffungs- und Ersatzteillagerwesen Auswirkungen haben wird. Die Eingliederung des bisher beim Heeres-Materialamt geführten Luftzeuglagers in den Organisationsbereich der Fliegerdivision sei vorgesehen. Der Versorgungsweg bei Ersatzteilen sei bereits zweckmäßiger geregelt. An einer weiteren Verbesserung des Ablaufes der Ersatzteilbevorratung werde derzeit bei der Fliegerdivision gearbeitet.

36.12.3.2. Die höherwertigen Instandsetzungsarbeiten an den einzelnen Fluggerätetypen seien jetzt in „Typenwerften" zusammengefaßt. Den Beanstandungen des RH hinsichtlich der Organi-

sationsform tragen die neuen Organisationspläne bereits Rechnung. Grundsätzlich werde es aber auch in Zukunft nicht möglich sein, diese Instandsetzungseinrichtungen zur Gänze außerhalb des militärischen Bereiches zu organisieren. Eine Angleichung an die Organisation privatwirtschaftlicher Großbetriebe werde nicht als möglich und durchführbar erachtet. Die Angleichung in den Arbeitsprozessen selbst sei dadurch aber nicht ausgeschlossen. Die Ausstattung der Werftleitungen mit Stabsstellen und Führungsmitteln, die jenen in zivilen Fertigungs- und Reparaturbetrieben gleichen, sei aber in den Organisationsplänen bereits vorgesehen. Die unklare Kompetenzabgrenzung und die Verteilung der höher qualifizierten und leitenden Techniker seien Gegenstand eines Hauptvorhabens der Studiengruppe OVID. Eine rasche Lösung dieses Problems könne wegen der Schwierigkeit, Personen innerhalb des Ressortbereiches zu versetzen, nicht erwartet werden.

36.12.3.3. Das Kommando Fliegerdivision teilte mit, daß sich bereits eine Verbesserung der Ersatzteilsituation abzeichne. Auch durch die Abschöpfung von Beständen in den Staffellagern sei eine erhebliche Anzahl von Ersatzteilen wieder verfügbar geworden. Verschiedene Maßnahmen sollen jeweils für ein Betriebsjahr im voraus eine genaue Kalkulation und Beschaffungsplanung der benötigten Ersatzteile ermöglichen. Die Lagerhaltung werde rationeller gestaltet werden. Außerdem werde getrachtet, Überbevorratungen bei gewissen Ersatzteilen, insbesondere bei der Neueinführung von Luftfahrzeugtypen, in Zukunft zu vermeiden.

36.12.3.4. Die Jahresflugstundenplanung sei nunmehr generell eingeführt worden. Dadurch ergebe sich eine genaue zeitliche Festlegung aller geplanten Wartungsereignisse. Eine der Personalkapazität entsprechende Belegung der Werkstätten mit Flugzeugen sei damit erreicht.

36.13.1.1. Mit Stichtag 1. Mai 1974 fehlte dem JaboGeschwader in der Grundausrüstung auf die MobStärke eine bestimmte Anzahl von Düsenflugzeugen. Es hatte aber um einige Flächenflugzeuge mehr, als vorgesehen waren. Beim I. und II. Geschwader des Fliegerregiments 1 fehlten jeweils einige Transporthubschrauber auf die MobStärke; beim III. Geschwader/FlR 1 betrug der Fehlbestand mehrere Verbindungs- bzw. Transportluftfahrzeuge.

36.13.1.2. In der Gesamtsumme war die Grundausrüstung an Handfeuerwaffen im Vergleich zur MobStärkenachweisung überkomplett. Bei bestimmten Fliegerabwehrkanonen war der Bestand geringer, als in der MobStärke vorgesehen war.

36.13.1.3. Bei der Ausstattung mit Fahrzeugen stach besonders der Fehlbestand einer großen Anzahl von Lastkraftwagen, mehrerer Werkstattkraftwagen und Instandsetzungstrupp-Kraftwagen gegenüber der MobStärke hervor. Auch gegenüber der Friedensstärke war der Unterschied beträchtlich.

Ein weiterer Mangel sowohl im Vergleich zur Friedens- als auch zur MobStärke herrschte bei Anhängern, Feldküchen und einigen Spezialfahrzeugen.

36.13.2. Der RH ersuchte das BM zu prüfen, inwieweit die in den Friedens- bzw. MobStärken vorgesehene Ausstattung noch dem Bedarf der Heeresfliegerkräfte in ihrer jetzigen Gliederung entspricht.

36.13.3. Das BM erwiderte, daß im Jahre 1975 aus budgetären Gründen nur 100 Stück Lastkraftwagen der 2½- bis 4-Tonnen-Klasse angeschafft werden konnten. Andererseits seien rund 300 Stück derartiger Fahrzeuge (hauptsächlich aus US-Beständen) ausgeschieden worden. Aus diesem Grund sei für 1976 die Beschaffung von mindestens 300 Stück eingeleitet worden. Als Nachfolge-Fahrzeuge für die Werkstattkraftwagen, die ebenfalls hauptsächlich aus US-Beständen stammen, seien Lastkraftwagen Steyr-Diesel 680M3 mit Doppelkabine vorgesehen. Bei den Instandsetzungstrupp-Kraftwagen sei die Beschaffung bereits durchgeführt worden, die Anschaffung von 600 bis 700 Stück Einachs-Anhängern der 1-Tonnen-Klasse sei geplant.

Die in den Organisationsplänen noch enthaltene Friedens- und MobStärke entspreche nicht mehr der derzeitigen Gliederung der Heeresfliegerkräfte. Die neuen Organisationspläne seien bereits fertiggestellt und würden noch 1976 in Kraft treten.

Materialverwaltung

36.14.1.1. Bei der Überprüfung der Ankäufe für Instandhaltungs- und Instandsetzungszwecke fiel dem RH bei einem Geschwader zunächst auf, daß eine Firma für geliefertes Werkzeugzubehör überhöhte Preise (bis zum Zehnfachen der Listenpreise) verrechnet hatte und daß Büromaterialien sowie diverse Rohstoffe und Verbrauchsmaterialien in Mengen weit über den normalen Bedarf hinaus eingekauft worden waren. Die Überprüfung der Bestandskartei des Ersatzteil- und Materiallagers ergab schließlich, daß von Angehörigen des Geschwaders seit dem Jahre 1969 auf Scheinrechnungen einiger Firmen falsche Inventarisierungsmerkmale und Richtigkeitsbestätigungen angebracht worden waren, die eine anstandslose Begleichung der Rechnungen durch die zuständige Verwaltungsstelle ermöglichten.

36.14.1.2. Aufgrund der Feststellungen des RH setzte die damalige Fliegerbrigade noch Ende November 1974 eine eigene Untersuchungskommission ein. Laut dem Untersuchungsergebnis wurden seit dem Jahre 1969 durch Bezahlung von 37 Scheinrechnungen und überhöhten Preisen

auf 54 Rechnungen bei vier Firmen Guthaben im Ausmaß von rund 80 000 S gebildet. Diese „Schwarzen Guthaben" seien zum Ankauf von Schreibmaschinen, Kühlschränken, elektronischen Rechenmaschinen, einem Vervielfältigungsgerät, Holzplatten und Beschlägen für Büroeinrichtungen sowie Werkzeugen und Kleinmaterial verwendet worden. Wie das Brigadekommando dem RH dazu noch mitteilte, habe es in der Zwischenzeit die Inventarisierung dieser Gegenstände veranlaßt. Außerdem würde die widmungswidrige Verwendung der Mittel aus den Jahreskreditverlägen disziplinär geahndet werden.

36.14.2. Der RH vertrat die Ansicht, daß es bei einer entsprechenden Dienstaufsicht und Kontrolle kaum möglich gewesen wäre, fünf Jahre hindurch diese Unkorrektheiten zu begehen. Er empfahl nachdrücklich, in Hinkunft bei Inspizierungen und Kontrollen sowie anläßlich der Nachzensur der Rechnungen die Gebarung aus Jahreskreditverlägen genauer überprüfen zu lassen.

36.14.3.1. Das BM teilte dem RH mit, daß es die Ämter und das Armeekommando erneut an die genaueste Einhaltung der Bestimmungen über die Erteilung und Verwendung von Jahreskreditverlägen erinnert und darauf hingewiesen habe, daß ohne Ansehung der Person gegen Zuwiderhandelnde disziplinär vorgegangen werde. Der Empfehlung des RH bezüglich Überprüfung der Gebarung mit den Jahreskreditverlägen werde das BM im Rahmen der personellen Möglichkeiten nachkommen.

36.14.3.2. Das Kommando Fliegerdivision teilte dem RH ergänzend mit, daß die Staatsanwaltschaft die Strafanzeige zurückgelegt habe, gegen den betreffenden Angehörigen des Geschwaders sei aber ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

36.15.1.1. Bei demselben Geschwader fiel bei der Überprüfung der Instandsetzungsscheine in mehreren Fällen ein überhöhter Materialverbrauch auf. Dem RH wurde hiezu mitgeteilt, daß es bis zu Anfang des Jahres 1974 Angehörigen des Geschwaders möglich gewesen sei, nach Dienstschluß, also auch an Samstagen und Sonntagen, die Werkstätten und das Ersatzteillager zu betreten und zu benützen. Viele Angehörige hätten Schlüssel zu diesen Räumlichkeiten besessen und außerhalb der Dienststunden oder während der Einsatzbereitschaft privat gearbeitet. Dem Werkstättenpersonal sei es mehrmals aufgefallen, daß bei Arbeitsbeginn Werkzeuge fehlten. Es sei daher möglich, daß Fehlbestände an Materialien durch überhöhte Verbrauchsangaben ausgeglichen wurden.

36.15.1.2. Mittels Geschwaderbefehls wurde im Jänner 1974 verfügt, die im Geschwader vorhandenen Schlüssel in ein Schlüsselverzeichnis aufzunehmen. Eine Schlüsselordnung wurde erst Mitte März 1974 erstellt. Damals erging auch der Befehl, daß nach Dienst die in Frage kommenden Räumlichkeiten von Unbefugten nicht mehr betreten werden dürfen.

36.15.2. Der RH empfahl, bei Inspizierungen in Hinkunft auch darauf zu achten, daß das Verbot der Benützung von Werkstätten und deren Einrichtung für private Zwecke überall befolgt wird.

36.15.3. Das BM erwiderte, daß es die Empfehlung des RH beachten werde.

36.16.1.1. Zusätzlich zu den Jahreskreditverlägen erhielten die Werftkompanien laufend „Ausgabebefugnisse", die zur Bestreitung von Materialankäufen für bestimmte Arbeiten dienten.

36.16.1.2. In den Jahren 1971 bis 1974 erteilte das BM der Werftkompanie einer Fliegerhorstabteilung Ausgabebefugnisse von insgesamt mehr als 450 000 S. Die Werftkompanie verwendete diese Mittel teilweise zum Ankauf anderer Materialien, als auf den Kostenvoranschlägen angegeben waren.

36.16.2. Der RH empfahl zu veranlassen, daß die Ausgabebefugnisse in Hinkunft genau abgerechnet und die vorgelegten Rechnungen mit den ursprünglichen Kostenaufstellungen verglichen werden.

36.16.3. Das BM teilte mit, daß es auch dieser Empfehlung entsprechen werde.

36.17.1. Die vom RH festgestellten Unzukömmlichkeiten auf dem Versorgungssektor waren zwar in erster Linie auf Mängel des Nachschubpersonals und auf die unzulängliche Dienstaufsicht zurückzuführen, doch wirkte sich auch das Fehlen einer übersichtlichen Dienstvorschrift nachteilig aus. Dem Nachschubpersonal standen zwei umfangreiche Vorschriften, die „RIG 64" und die „RIG 67", sowie mehr als 80 Weisungen mit einer größeren Anzahl von ergänzenden Bestimmungen zur Verfügung. Nur das geübte und voll ausgebildete Nachschubpersonal kam damit zurecht.

36.17.2. Der RH empfahl, so bald als möglich alle auf dem Versorgungssektor bestehenden Vorschriften, Erlässe, Weisungen u. dgl. auf ihre Gültigkeit zu untersuchen, zusammenzufassen und in Lose-Blatt-Form neu herauszugeben, wodurch eine leichte Austauschbarkeit einzelner Abschnitte und Blätter gewährleistet wäre.

Ferner regte er an, die Führung von Werkstättenbüchern auch im Bereich der Heeresfliegerkräfte allgemein vorzuschreiben.

36.17.3. Das BM erwiderte, daß ihm die Schwierigkeiten auf dem Vorschriftensektor bekannt seien, es sei aber erst im Juni 1976 möglich

geworden, die zentrale Bearbeitung einer Versorgungsvorschrift endgültig in Angriff zu nehmen.

Zur Einführung geeigneter Aufzeichnungen für die Werkstättenbereiche werde es im Laufe des Jahres 1977 kommen.

36.18.1. Bei der Überprüfung der Verwaltung der Bestände, insbesondere des Waffenzubehörs, und der Führung der vorgeschriebenen Aufzeichnungen wurden bei einigen Einheiten Mängel festgestellt, die auf Unkenntnis der Vorschriften, Nachlässigkeiten und mangelnde Dienstaufsicht zurückzuführen waren.

36.18.2. Der RH machte darauf aufmerksam, daß gerade bei der Verwaltung der Waffen, des Zubehörs und der Munition größte Sorgfalt herrschen sollte, und ersuchte um entsprechende Veranlassungen.

36.18.3. Das Kommando Fliegerdivision teilte dem RH mit, daß den Kommandanten deren Verantwortung für die Anwendung strengster Maßstäbe und größter Sorgfalt bei der Gebarung mit Waffen und Munition dargelegt werde. Die Führung der Bestandsnachweisungen sei dem Versorgungspersonal erläutert, und die Unzukömmlichkeiten seien abgestellt worden. Ein Schwergewicht der Überprüfungen, die vom Kommando Fliegerdivision vorzunehmen sind, werde auf diesem Sektor liegen.

36.19.1. Die Überprüfungen des RH in den Ersatzteil-, Material- und Werkzeuglagern der Heeresfliegerkräfte ergaben überaus zahlreiche Abweichungen des Ist-Bestandes vom Soll-Bestand. Überdies waren die Bestandsaufzeichnungen oftmals unvollständig oder mangelhaft.

Die internen Bestandsprüfungen wurden entweder überhaupt nicht oder nur in sehr großen Zeitabständen durchgeführt; außerdem mangelte es an der entsprechenden Dienstaufsicht.

36.19.2. Der RH empfahl, Maßnahmen zu treffen, die in Hinkunft eine ordnungsgemäße Lagerführung sowie eine wirkungsvollere Kontrolltätigkeit und Dienstaufsicht gewährleisten.

36.19.3. Noch während der Gebarungsüberprüfung hat das damalige Kommando der Fliegerbrigade kommissionelle Inventuren begonnen bzw. angeordnet.

Das Kommando Fliegerdivision teilte mit, daß die Bestandsprüfungen bei allen kleinen Verbänden der Fliegerdivision im Jahre 1975 abgeschlossen worden seien. Die festgestellten Mehrbestände seien inventarisiert und die Fehlbestände den verantwortlichen Organen zum Ersatz vorgeschrieben worden. Die Fehlleistungen seien darauf zurückzuführen, daß das im Ersatzteilwesen tätige Personal in der Vergangenheit nicht genügend geschult worden sei. Gegen mehrere Offiziere und Unteroffiziere seien Disziplinarmaßnahmen eingeleitet worden. Die Verwaltung der Bestände erfolge nunmehr gemäß den Vorschriften, die Fachausbildung werde intensiviert und die Dienstaufsicht und Kontrolltätigkeit verstärkt werden. Die Qualifikation des Versorgungspersonals werde in Hinkunft besonders überwacht werden.

36.20.1.1. Bei einem Schulgeschwader stellte der RH besonders grobe und zahlreiche Unstimmigkeiten und Nachlässigkeiten in der Geräte- und Ersatzteilverwaltung fest. Der RH empfahl dem damaligen Kommando der Fliegerbrigade, ehestens eine Gesamtinventur anzuordnen und so bald wie möglich eine genaue Untersuchung vorzunehmen.

36.20.1.2. Das Kommando befahl eine kommissionelle Untersuchung, deren Ergebnis im November 1974 vorlag. Die Bestandsaufzeichnungen des Schulgeschwaders waren vielfach entweder nicht vorhanden, falsch angelegt und unbrauchbar oder unvollständig. Die Übertragungsbuchungen von einer im Jahre 1967 aufgelassenen alten Kartei wurden mangelhaft durchgeführt, so daß verschiedene Bestände nicht übereinstimmten. Von den 117 vorhandenen Ausrüstungsblättern lauteten 53 auf Personen, die sich nicht mehr im Stand des Schulgeschwaders befanden (versetzte, ausgeschiedene oder verstorbene Personen). Das gesamte auf diesen 53 Ausrüstungsblättern verzeichnete Gerät fehlte. Die Zubehörlisten für Waffen, Flugzeug- und Kfz-Gerät sowie für die Werkzeugsätze waren zum Teil unvollständig oder falsch geführt, zum Teil überhaupt nicht vorhanden. Zu Lasten der Jahreskreditverläge wurden Materialien und Geräte angekauft, die auf dem Nachschubweg erhältlich gewesen wären. Zwei Drittel des Bestandes an wertvollem und wichtigem Gerät stimmten mit den Bestandsnachweisungen nicht überein (Fehl- und Mehrbestände). Es fehlten z. B. 93 Schutzmasken, 23 Funksprechsätze, 2 Sender-Empfänger, 7 Bussolen, 3 Feldstecher, 2 Vergrößerungsapparate, 1 Kamera-Objektiv, 2 Handbohrmaschinen, 2 Winkelbohrmaschinen, 3 Flugzeugelektromechaniker-Werkzeugsätze, 1 Waffenmeisterwerkzeugsatz und diverse Bordinstrumente. Anderseits waren große Mengen von Sanitätsmaterial (z. B. 2 400 Verbandspäckchen), eine Filmkamera mit reichlichem Zubehör sowie viele Werkzeuge und Einrichtungsgegenstände für die Werkstätten vorhanden, in den Bestandsnachweisungen aber nicht festgehalten (Überbestände). Auch die Bestandsaufzeichnungen über die Erstausstattungs- und die Ausbildungsmunition waren mangelhaft geführt. Die Lagerräume waren verschmutzt und die Bestände unübersichtlich und ungeordnet gelagert.

36.20.2. Der RH führte diese Mißstände darauf zurück, daß in den letzten Jahren beim Schulgeschwader kein ausgebildetes Nachschubpersonal zur Verfügung stand, keine Bestandsüberprüfungen stattfanden und offensichtlich keine Dienstaufsicht durch Vorgesetzte des eigenen und übergeordneten Bereiches ausgeübt wurde.

36.20.3. Das Kommando Fliegerdivision teilte mit, daß gegen drei verantwortliche Offiziere wegen Verdachtes der gröblich vernachlässigten Hintansetzung der Dienstobliegenheiten und Dienstaufsichtspflichten Disziplinaranzeige erstattet worden sei. Der Nachschubunteroffizier sei bereits nach Verhängung einer Disziplinarstrafe abgelöst worden. Nach der endgültigen Inventurauswertung betrage die Gesamtschadenssumme für die mehr als 700 fehlenden Gegenstände rund 30 000 S; sie sei den verantwortlichen Personen zum Ersatz vorgeschrieben worden. An der Neuauflage der Verwaltungs- und Bestandsunterlagen werde noch gearbeitet.

Flugbetrieb

36.21.1.1. Gemäß § 2 Abs. 1 lit. c und Abs. 2 des Wehrgesetzes ist das Bundesheer zur Hilfeleistung nur bei Elementarereignissen und Unglücksfällen außergewöhnlichen Umfanges unter der Voraussetzung berufen, daß die gesetzmäßige bürgerliche Gewalt die Mitwirkung des Bundesheeres in Anspruch nimmt. Die Behörden und Organe des Bundes, der Länder und Gemeinden sind innerhalb ihres Wirkungsbereiches aber nur dann berechtigt, diese Hilfe in Anspruch zu nehmen, wenn sie aus eigenem der gegebenen Lage nicht Herr werden.

36.21.1.2. Darüber hinaus genehmigte das BM f. Landesverteidigung Hilfeleistungen durch die Truppe aber auch dann, wenn diese nicht dem Wehrgesetz entsprachen, jedoch als im öffentlichen Interesse und „im Rahmen der Ausbildung" liegend bezeichnet wurden. Es handelte sich dabei um Hilfestellungen verschiedenster Art für Gemeinden, Vereine und Firmen, Mitwirkung bei Sportveranstaltungen, Vorbereitungsarbeiten für die Olympischen Winterspiele 1976 usw.

36.21.1.3. Die Aktionen der Heesresfliegerkräfte unter Einsatz von Hubschraubern, wie z. B. Personen- und Krankentransporte sowie Vermißtensuchaktionen im Gebirge, wurden nicht als Hilfeleistungen im Rahmen der Ausbildung bezeichnet, sondern „in weiter Auslegung des § 2 Abs. 1 lit. c Wehrgesetz als Assistenz gewertet", obwohl z. B. die Bergung von verletzten oder erkrankten Touristen kaum als Elementarereignis oder Unglücksfall außergewöhnlichen Umfanges anzusehen ist, Außenlandungen im Gebirge und die Bergung mittels Seilwinden von Hubschraubern aus hingegen der Erhaltung und Weiterbildung des fliegerischen Könnens dienen.

36.21.2. Der RH anerkannte die Notwendigkeit vieler solcher Einsätze, regte aber an, eine gesetzliche Verankerung aller jener Hilfeleistungen in die Wege zu leiten, die im Interesse der Öffentlichkeit und der Ausbildung von Angehörigen des Bundesheeres erfolgen.

36.21.3. Das BM erwiderte, daß seiner Ansicht nach die Heranziehung des Bundesheeres im Rahmen der militärischen Ausbildung jeweils gesetzlich gedeckt sei. Da eine Erweiterung der Hilfeleistungen zu anderen als zu Ausbildungszwecken nicht in Erwägung gezogen werde, bedürfe es auch keiner weiteren gesetzlichen Maßnahmen.

36.21.4. Der RH konnte sich den Ausführungen des BM nicht anschließen. Ein Schriftwechsel ist noch im Gange.

36.22.1. Am 14. September 1973 wurde zwischen den Bundesministern für Landesverteidigung und für Verkehr ein Ressortübereinkommen geschlossen, demzufolge das Bundesamt für Zivilluftfahrt Militärflugleitungen und Personen aus dem Bereich des BM f. Landesverteidigung mit der Durchführung von Aufgaben der Flugsicherung beauftragen kann. Zu einer derartigen Zusammenarbeit ist es bisher nur auf dem Flugplatz Linz-Hörsching gekommen, wo die Flugverkehrskontrolle von Organen des Bundesamtes für Zivilluftfahrt und militärischem Flugleitungspersonal gemeinsam durchgeführt wird.

36.22.2. Der RH wies darauf hin, daß weitere Möglichkeiten zur gemeinsamen Durchführung von Flugsicherungsaufgaben auch bei der Flugabfertigung, der Flugberatung und der Wetterberatung bestehen. Eine derartige Zusammenarbeit wäre auch auf dem Flugplatz Graz-Thalerhof möglich. Er ersuchte das BM, dazu Stellung zu nehmen und mitzuteilen, welche allfälligen Maßnahmen getroffen worden seien.

36.22.3. Das BM antwortete, daß eine Zivil- und Militärprojektgruppe für die Errichtung eines Luftraumüberwachungssystems bestehe. Zur Zusammenarbeit bei der Flugsicherung teilte es lediglich mit, das BM f. Verkehr habe wegen Zusammenlegung der Wetterdienste (Zentralanstalt für Meteorologie, Wirtschaftswetterdienst, ziviler Flugwetterdienst, Militärwetterdienst) eine Untersuchung eingeleitet, das damalige BM f. Unterricht habe eine solche jedoch abgelehnt.

36.22.4. Der RH ersuchte das BM um eine entsprechende Ergänzung seiner Stellungnahme.

36.23.1. Der Flugplatz Wiener Neustadt wird von einer Flugbetriebsgruppe betreut, für die laut Organisationsplan sechs Dienstposten für Unteroffiziere vorgesehen sind, die alle besetzt waren. Weitere zwei Beamte des Gehobenen Dienstes gehörten der Flugbetriebsgruppe überplanmäßig an.

Der Flugplatz wurde von der Heeressport- und Nahkampfschule zur Fallschirmspringerausbildung verwendet. Die Heeresfliegerkräfte übten dort Außenlandungen, die normalerweise im Gelände durchgeführt werden. Dennoch ergab sich nur eine geringe Verwendung des Flugplatzes, der z. B. im Jahre 1973 an 255 Tagen überhaupt nicht benützt wurde.

36.23.2. Der RH wies darauf hin, daß es unter diesen Umständen nicht zweckmäßig sei, die Flugbetriebseinrichtungen des Flugplatzes Wiener Neustadt und die dortige Flugbetriebsgruppe aufrechtzuhalten.

36.23.3. Das BM f. Landesverteidigung antwortete, daß im Zuge der Heeresgliederung 1968 die Flugbetriebskompanie Wiener Neustadt aufgelöst worden sei. Dies habe zur Folge gehabt, daß die zwei Beamten des Gehobenen Dienstes ihre Dienstposten verloren. Die Angelegenheit werde jedoch bei der derzeitigen Neugliederung der Heeresfliegerkräfte bereinigt.

Im Gegensatz zum Berichtszeitraum des RH (1973) sei die Ausnützung des Militärflugplatzes Wiener Neustadt wieder steigend. Die Militärflüge haben 1974 1 160 und 1975 1 835 Flugbewegungen erreicht. Vorerst sei ein Ausbau des Militärflugplatzes durch Errichtung einer Flugplatzkontrollstelle und Wetterwarte vorgesehen. Der Flugplatz werde ganzjährig für militärische und zivile Zwecke verwendet. Dafür seien mindestens zwei Flugverkehrsleiter erforderlich.

Wirtschaftliche Belange

36.24.1. Auf seinerzeitige Anregung des RH hat das BM f. Landesverteidigung die Militärwirtschaftsvorschrift Verpflegung neu gefaßt und im Verlautbarungsblatt vom 15. Oktober 1973 unter Nr. 84 für das Kassen- und Rechnungswesen die „Vorläufigen Verfahrensvorschriften für die Verrechnung des Bundes—VVV" (1. und 3. Band des Fünften Teiles) für seinen Bereich übernommen.

36.24.2. Der RH empfahl, nunmehr die Neuauflage einer Militärwirtschaftsvorschrift Bekleidung vordringlich in Angriff zu nehmen, zumal dieses Sachgebiet wegen der bestehenden zahlreichen Einzelanordnungen einer generellen Neufassung bedarf.

36.24.3. Das BM teilte mit, daß es auf Teilgebieten des Bekleidungswesens bereits erforderliche Regelungen getroffen und eine Arbeitsgruppe beauftragt habe, die Möglichkeiten der Erfassung der Wirtschaftsgüter mittels EDV zu untersuchen. Nach Abschluß der Untersuchung werde die Neuauflage der Militärwirtschaftsvorschrift in Angriff genommen werden.

36.25.1. Die Militärwirtschaftsvorschrift Verpflegung sieht für Personen, die im Flugdienst verwendet werden, eine Fliegerzubuße vor, die zur Zeit der Gebarungsüberprüfung 12 S betrug und grundsätzlich vor Beginn des Flugdienstes als „Fliegerfrühstück" auszufolgen ist.

36.25.2. Von den im Genuß der Fliegerzubuße stehenden Bediensteten nimmt nur ein geringer Prozentsatz am Mittagessen teil. Die Verabreichung einer leistungssteigernden Fliegersonderverpflegung zeigte sich daher als nicht erforderlich. Der RH trat für eine Neuregelung der Verpflegung ein.

36.25.3. Das BM f. Landesverteidigung schloß sich unter Hinweis auf die quantitativ und qualitativ vorzügliche Beschaffenheit der Truppenkost der Ansicht des RH an. Es beabsichtige, die Fliegerzubuße in Verpflegszubußen umzuwandeln.

36.25.4. Der RH erwiderte, daß seiner Ansicht nach die Erhaltung der körperlichen Einsatzbereitschaft der im Flugdienst verwendeten Bediensteten durch die Truppenverpflegung sichergestellt sei und die Fliegerzubuße daher ersatzlos einzustellen wäre.

36.26.1. Zur Sicherstellung der verpflegsmäßigen Versorgung in der ersten Zeit von Einsätzen ist die MobVerpflegung vorgesehen.

Bei zwei Wirtschaftsstellen und bei einer Kochstelle der Fliegerdivision ergab der Vergleich der gelagerten Vorräte mit dem errechneten Sollbestand große Differenzen. Einige Arten von Konserven fehlten zur Gänze.

36.26.2. Der RH empfahl, die fehlenden Bestände vordringlich zu beschaffen.

36.26.3. Das BM f. Landesverteidigung teilte mit, daß wegen budgetärer Schwierigkeiten die Auffüllung der MobVerpflegung erst ab dem Jahre 1974 laufend erfolge.

36.27.1. Die Wirtschaftsstelle einer Fliegerhorstabteilung unterhält innerhalb des Fliegerhorstes einen Küchengarten. Die Geldmittel desselben werden in einem eigenen Geldbestandsnachweis außerhalb der haushaltsmäßigen Verrechnung nachgewiesen. Notwendige Arbeiten werden von Grundwehrdienern verschiedener Truppenteile geleistet.

36.27.2. Der RH empfahl die Einstellung des Betriebes und Vereinnahmung des vorhandenen Bargeldbestandes.

36.27.3. Das BM f. Landesverteidigung teilte mit, daß es die Führung des Küchengartens vorläufig genehmigt habe und beabsichtige, mit Ablauf der Saison 1976 den Betrieb desselben einzustellen und das vorhandene Bargeld haushaltsmäßig zu vereinnahmen.

36.28.1. Auf einem Fliegerhorst in Steiermark wurden sowohl von der zuständigen Fliegerhorstabteilung als auch beim Kasernkommando unabhängig voneinander Bekleidungsmagazine geführt.

36.28.2. Da die bekleidungsmäßige Versorgung des Fliegerhorstes auch mit nur einem Magazin sichergestellt werden kann, drängte der RH auf entsprechende Veranlassungen.

36.28.3. Das BM sagte zu, daß die Zusammenlegung der beiden Magazine im Zuge der Verwaltungsreform bzw. der Einspeicherung in die EDV erfolgen werde.

36.29.1. Bei der Weiterleitung von Jahreskreditverlägen durch die Fliegerbrigade an die nachgeordneten Dienststellen wurden Organisationsänderungen teilweise nicht beachtet. Dadurch kam es, daß ein Bedarfsträger mehrere Jahre hindurch seine Kreditmittel erst auf einem Umweg bekam. Auch begründete Anträge auf Erhöhung des Kreditverlages blieben bisher unerledigt.

Zu bemängeln war auch, daß bei einigen Dienststellen einer Fliegerhorstabteilung der Einkauf und die Verwaltung von Kanzleimaterial mehreren Bediensteten übertragen waren.

36.29.2. Der RH hielt eine direkte Zuweisung der Kreditmittel an die Bedarfsträger sowie eine zentrale Beschaffung und Nachweisung von Kanzleimaterial für zweckmäßiger.

36.29.3. Das Kommando Fliegerdivision teilte mit, daß der Anregung des RH entsprochen werde.

36.30.1.1. Das BM f. Landesverteidigung hat mit der Militärwirtschaftsvorschrift Geldwesen sowie mit Erlässen Anordnungen für die Gewährleistung der Kassensicherheit getroffen, die aber durch die Vorläufigen Verfahrensvorschriften für die Verrechnung des Bundes weitgehend ersetzt wurden.

36.30.1.2. Bei einer Dienststelle der Fliegerdivision wurde das vorhandene Bargeld nach Dienstschluß in einem Briefumschlag im Tresor einer anderen Dienststelle deponiert.

36.30.1.3. Der Bargeldbestand überstieg bei der Wirtschaftsstelle einer Fliegerhorstabteilung und bei einer Flugplatzkompanie häufig das erforderliche Ausmaß. Bei einer anderen Fliegerhorstabteilung wurden eingehobene Ersatzbeträge mit großen Verzögerungen abgeführt.

36.30.1.4. In den Schlüsselverzeichnissen fanden Übergaben bei Vertretungen wegen dienstlicher Abwesenheit, Krankheit oder Urlaubes vielfach keinen Niederschlag. Auch war bei doppelsperrigen Kassenbehältern die getrennte Verwahrung der Schlüssel nicht immer gewährleistet.

36.30.1.5. Unvermutete Kontrollen wurden sowohl von Kompaniekommandanten als auch von Vorständen einiger Wirtschaftsstellen nur lückenhaft oder überhaupt nicht vorgenommen.

36.30.2. Der RH regte an, Geldbeträge offen zu übergeben und zu verbuchen, Bargeldbestände grundsätzlich möglichst niedrig zu halten, Schlüsselverzeichnisse und Geldbestandsnachweise sorgfältig zu führen sowie Kontrollen gewissenhaft und regelmäßig durchzuführen.

36.30.3. Das Kommando Fliegerdivision sagte die künftige Beachtung der Kassensicherheitsvorschriften zu.

36.31.1. Der Tausch- und Mob-Vorrat zweier Wirtschaftsstellen an Bekleidung wurde in Dachbodenräumen gelagert. Zur Brandbekämpfung waren in einem Fall lediglich ein Eimer und eine Kübelspritze aufgestellt; ein Löschschlauch fehlte. Im Magazin der anderen Wirtschaftsstelle waren die hölzernen Schrägwände und die Stützbalken seit der Errichtung im Jahre 1939 nicht mehr mit einem Feuerschutzanstrich versehen worden. In diesem Magazin lagerte sogar eine erhebliche Anzahl Trockenbrennspirituspackungen.

Verschiedene Gegenstände wurden in Ermangelung ausreichender Stellagen auf dem Fußboden gelagert. Die künstliche Beleuchtung war in den meisten Magazinräumen nicht ausreichend.

In zwei Magazinen ergab die Überprüfung der Bekleidungsbestände zahlreiche Differenzen.

36.31.2. Der RH empfahl, Trockenschaumlöscher in ausreichender Zahl zu installieren, Neonleuchten anzubringen, durch Verwendung von Stellagen eine geordnete Lagerhaltung sicherzustellen und die Bestandsdifferenzen zu bereinigen.

36.31.3. Das Kommando Fliegerdivision hat den Empfehlungen des RH entsprochen.

36.32.1. Das mit der Lagerung, Zubereitung und Ausgabe von Lebensmitteln befaßte Personal ist vor seiner Verwendung und dann jährlich einmal amtsärztlich nach den Bestimmungen des Bazillenausscheidergesetzes zu untersuchen.

Mehrere in Truppenküchen beschäftigte Personen waren erst verspätet untersucht worden. Bei drei Bediensteten der Truppenküche auf einem Fliegerhorst fehlte das Untersuchungsergebnis überhaupt. Auch der Vorstand der Wirtschaftsstelle und sein Stellvertreter waren nicht untersucht.

36.32.2. Der RH ersuchte, fehlende Untersuchungen umgehend nachzuholen und auf Einhaltung der vorgeschriebenen Untersuchungen aller Personen vor deren Verwendung im Küchenbereich zu achten.

36.32.3. Das Kommando Fliegerdivision begründete diese Vorkommnisse teilweise damit, daß es bei Versetzungen von Soldaten oft zu Verzögerungen bei der schriftlichen Nachweisung der durchgeführten Untersuchungen gekommen sei. Es versicherte, die einschlägigen Bestimmungen künftig genau zu beachten.

36.33.1.1. Sowohl die Ausgabe als auch Güte und Menge der verabreichten Verpflegung sind laufend zu überwachen. Das Ergebnis dieser Kontrollen ist im Kostbefundbuch festzuhalten.

36.33.1.2. Bei mehreren Truppenküchen wurden diese Überprüfungen nur mangelhaft oder unregelmäßig durchgeführt. Beim Kasernkommando eines Fliegerhorstes fehlte eine Weisung für derartige Überprüfungen überhaupt.

36.33.2. Um in Hinkunft Mängel in der Verpflegung möglichst zu unterbinden, legte der RH dem Kommando Fliegerdivision nahe, die regelmäßigen Kontrollen der ausgegebenen Kost sicherzustellen.

36.33.3. Das Kommando Fliegerdivision teilte die Anweisung den Kasernkommanden mit.

36.34.1. Zur Unterbringung des für den Ausmarsch vorgesehenen Verpflegsgerätes von Einheiten der Fliegerdivision stand teilweise nur unzureichender Lagerraum zur Verfügung. So mußten etwa Kochgeräte wegen Platzmangels und fehlender Stellagen auf dem Boden gelagert werden. In einem anderen Fall befanden sich mehrere Feldkochherde und eine größere Anzahl von Essensträgern in ungepflegtem Zustand und wiesen starke Rostspuren auf.

Stichprobenweise mengenmäßige Überprüfungen zeigten in einem Fall starke Differenzen zwischen Kartei- und Lagerbestand.

36.34.2. Der RH bezeichnete die Lagerbedingungen als unzureichend und empfahl eine Inventur sowie eine sorgfältigere Lagerung und Pflege.

36.34.3. Das Kommando Fliegerdivision teilte mit, daß die aufgezeigten Mängel behoben seien.

36.35.1. Auf dem Militärflugplatz in Aigen befindet sich eine Verwaltungsstelle, deren Aufgabengebiet nicht einmal halb so groß ist, wie es die Norm vorsieht. Demzufolge war das Personal dieser Verwaltungsstelle, das sich aus einem Offizier, einem Beamten des Gehobenen Dienstes, fünf Unteroffizieren, einer Schreibkraft und einem Magazinsarbeiter zusammensetzte, großteils nicht ausgelastet.

36.35.2. Der RH wiederholte sein schon mehrmals gestelltes Ersuchen (siehe TB 1966 Abs. 36,11. und TB 1974 Abs. 51.1.), kleinere Verwaltungsstellen zusammenzulegen oder aufzulassen.

36.35.3. Das BM f. Landesverteidigung erwiderte, daß der Bundeshaushaltsgesetzentwurf sowie die beabsichtigte Haushaltsführung mit Hilfe der Datenverarbeitungsanlagen auch eine Änderung in den Verwaltungsabläufen der Heeresverwaltung nach sich ziehen werden. Eine „Arbeitsgruppe Verwaltungsreform", in welcher der Arbeitskreis „Trennung der Sachgebarung von der Geldmittelgebarung" errichtet wurde, und eine „Arbeitsgruppe EDV/WiGüter" seien zurzeit damit befaßt, unter Ausnützung technischer Möglichkeiten eine neue Aufgabenzuteilung an die hiefür bestimmten Dienststellen und damit eine Neuorganisation des Militärwirtschaftsdienstes zu schaffen. Eine derart umfangreiche Problematik könne nur systematisch gelöst werden. Nicht in die Gesamtplanung passende Maßnahmen, z. B. die sofortige Zusammenlegung einzelner Verwaltungsstellen, könnten eine sinnvolle Endlösung nur erschweren oder unter Umständen sogar verhindern. Die Ersuchen des RH würden jedoch Berücksichtigung finden.

36.35.4. Während das BM dem RH im September 1974 mitgeteilt hatte, daß im Zuge der Neuorganisation des Wirtschaftsdienstes gemäß der Heeresgliederung 1972 und dem zu erwartenden neuen Haushaltsrecht die Verringerung der Zahl der Verwaltungsstellen geplant sei, unterbreitete es im Juli 1975 dem BM f. Finanzen im Zusammenhang mit der Automatisierung des Rechnungswesens einen Vorschlag, der den Fortbestand aller Verwaltungsstellen zur Grundlage hat.

Der RH wird diese Angelegenheit daher weiterverfolgen.

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen

a) Nachtrag zum Tätigkeitsbericht 1974

Verwertungsstelle des Österreichischen Branntweinmonopols

37.1. Anläßlich der Überprüfung der Verwertungsstelle des Österreichischen Branntweinmonopols (siehe TB 1974 Abs. 58.) wurde das BM f. Finanzen vom RH mit rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen grundsätzlicher Bedeutung befaßt. Mit Schreiben vom November 1975 hat das BM f. Finanzen dazu Stellung genommen.

37.2.1. Gemäß § 2 des Verfassungsgesetzes vom 1. Mai 1945 (Rechts-Überleitungsgesetz), StGBl. Nr. 6, waren Gesetze und Verordnungen, die nach dem 13. März 1938 für die Republik Österreich oder ihre Teilbereiche erlassen worden sind, bis zur Neugestaltung der einzelnen Rechtsgebiete als österreichische Rechtsvorschriften in vorläufige Geltung gesetzt worden. Derartige

Gesetze und Verordnungen stellen mit Ausnahme geringfügiger Änderungen noch immer die Rechtsgrundlage für die Ausübung eines Branntweinmonopols durch den Bund dar.

37.2.2. Der RH führte aus, daß die ausdrücklich als vorläufig bezeichnete Regelung im Rahmen des Rechts-Überleitungsgesetzes nach Ablauf eines Zeitraumes von 30 Jahren wohl kaum mehr als verfassungsrechtlich gedeckte Rechtsgrundlage betrachtet werden könne. Der seinerzeit ebenfalls als Kompetenztatbestand anzusehende Art. 10 Abs. 1 Z. 15 B-VG sei mit Inkrafttreten des Staatsvertrages 1955 weggefallen. Eine verfassungsrechtliche Legitimation zur Ausübung des Branntweinmonopols aufgrund des Art. 10 Abs. 1 Z. 4 B-VG, wonach dem Bund in Gesetzgebung und Vollziehung eine Kompetenz auf dem Gebiete des Monopolwesens zukommt, könne schon deshalb nicht angenommen werden, weil die in den Kompetenzartikeln enthaltenen Ausdrücke in der Bedeutung verstanden werden müssen, die ihnen im Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Komptenzartikel (1. Oktober 1925) nach dem Stande der Rechtsordnung zugekommen sind. Zu diesem Zeitpunkt sei in der österreichischen Rechtsordnung aber kein Monopol des Bundes auf dem Gebiete der Branntweinwirtschaft ausgebildet gewesen. Einer Auslegung der zitierten Bestimmung in der Richtung, daß neue Monopole geschaffen werden könnten, stünde überdies auch das die Erwerbsfreiheit garantierende Grundrecht gemäß Art. 6 StGG, RGBl. Nr. 142/1867, entgegen. Der RH bekundete die Ansicht, daß die Ausübung des Branntweinmonopols durch den Bund als verfassungsrechtlich nicht mehr ausreichend gedeckt angesehen werden müsse.

37.2.3. In der Stellungnahme teilte das BM f. Finanzen mit, daß die Neuregelung der Vorschriften über das Branntweinmonopol und die Besteuerung von Branntwein bereits eingeleitet sei. Als verfassungsrechtliche Grundlage zur Ausübung eines Branntweinmonopols durch den Bund könne Art. 10 Abs. 1 Z. 4 B-VG betrachtet werden. Ein diesbezügliches Gesetz hätte sich jedoch im Rahmen verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte zu halten, wobei auf den Gleichheitsgrundsatz und auch darauf Rücksicht zu nehmen sei, daß das Recht auf die Freiheit der Erwerbsbetätigung in seinem Wesenskern nicht verletzt werde.

37.3.1. Die vom BM f. Finanzen und der Verwertungsstelle des Österreichischen Branntweinmonopols geübte Praxis in Ausführung des Branntweinmonopols weicht von den gesetzlichen Bestimmungen zum Teil sehr wesentlich ab.

Der RH kritisierte die vielen Widersprüche zwischen dem Branntweinmonopolgesetz und seiner praktischen Anwendung bereits anläßlich seiner Prüfungen in den Jahren 1954 und 1961. Erklärte das BM f. Finanzen 1954, daß dieses Gesetz auf österreichische Verhältnisse nicht passe und die zweckmäßigste Lösung in der Aufhebung des Branntweinmonopols und in der Einführung der freien Spirituswirtschaft zu suchen wäre, so vertrat es 1961 die Meinung, daß angesichts des Umfanges und der Schwierigkeit der Materie, insbesondere aber auch wegen sehr gegensätzlicher Interessen innerhalb der Erzeuger- und Verbrauchergruppen, vorerst einmal abzuwarten sei, wie sich die bevorstehende Gestaltung der Eingliederung Österreichs in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft auf Finanzmonopole überhaupt auswirken werde.

37.3.2. Der RH empfahl, in Erwägung zu ziehen, ob die Schaffung einer entsprechend gestalteten Verbrauchsabgabe nicht zielführender wäre, da diese im Wege eines einfachen Gesetzes geregelt werden könnte, viele mit dem Bestand eines Monopols verbundenen rechtlichen Probleme wegfielen und der Bund mit wesentlich weniger Einsatz zum gleichen Einnahmenerfolg kommen könnte. Die im Schutze des staatlichen Monopols gegebene wirtschaftliche Situation, die von einer mitunter sehr stark ausgeprägten Förderung einzelner Wirtschaftsgruppen gekennzeichnet ist, müßte bei einer künftigen Neugestaltung sicherlich beachtet werden. Eine weitere Stützung dieser Wirtschaftsgruppen durch den Bund müßte sich jedoch nach Ansicht des RH auf eine eindeutige rechtliche Legitimation berufen können.

37.3.3. In seiner Stellungnahme führte das BM f. Finanzen aus, daß die Auflösung des Monopols und die wirtschaftliche Absicherung der Branntweinwirtschaft auf andere Weise dazu führen würde, daß bis zur Abklärung der Frage, wie der Binnenmarkt für Branntwein reguliert werden kann, die Einführung einer Verbrauchsabgabe auf Branntwein hinausgeschoben werden müßte. Im Hinblick auf diese Gegebenheiten und unter Bedachtnahme auf den Umstand, daß in den europäischen Gemeinschaften die Errichtung einer Alkoholmarktordnung vorbereitet wird, wäre nach Ansicht des BM f. Finanzen einer Beibehaltung des Branntweinmonopols gegenüber anderen Lösungsvorschlägen der Vorzug zu geben.

b) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1975

Finanzlandesdirektion für Kärnten

38.1.1. Im April 1975 überprüfte der RH die Gebarung der Finanzlandesdirektion für Kärnten (kurz FLD f. Kärnten) mit Ausnahme der Erhebung der Eingangsabgaben sowie der die Zoll-

wache betreffenden Gebarung. Die Erhebung der Bundesabgaben, die Anwendung der Monopolvorschriften und die Durchführung der Verwaltungsstrafverfahren erfolgen im Bereich der FLD f. Kärnten, soweit nicht die Zollämter zuständig sind, durch die Finanzämter Klagenfurt, St. Veit an der Glan, Spittal an der Drau, Villach, Wolfsberg und das Finanzamt für Gebühren- und Verkehrsteuern in Klagenfurt. Das Netto-Aufkommen dieser Finanzämter erreichte im Jahre 1974 rund 5 179 Mill. S. Damit lag die FLD f. Kärnten im Bundesgebiet nach der FLD f. Wien, Niederösterreich und Burgenland sowie den Finanzlandesdirektionen für Oberösterreich, für Steiermark, für Salzburg und für Tirol an sechster Stelle. Von den 821 im Dezember 1974 auf dem Sektor der direkten Abgaben in Kärnten tätigen Bediensteten waren 111 bei der FLD f. Kärnten selbst beschäftigt.

38.1.2. Der Abgabenrückstand betrug am 31. Dezember 1974 bei den Finanzämtern der FLD f. Kärnten rund 274,9 Mill. S, d. s. 5,3% des Netto-Aufkommens, und lag damit unter dem Bundesdurchschnitt von 6,5%.

38.1.3. Besonders hervorzuheben ist daher die Überwachung der Einbringung. Das Steuerlandesinspektorat widmete diesem Gebiet der Abgabeneinhebung die erforderliche Aufmerksamkeit; seine Tätigkeit in dieser Richtung kann als vorbildlich bezeichnet werden.

38.2.1. Bei der FLD f. Kärnten stellte der RH fest, daß bei der Treibstoffbewirtschaftung und -verrechnung die geltenden Gebarungs- und Verrechnungsvorschriften des Bundes und bei der Heizölbewirtschaftung die Vorschriften der ÖNORM A 2050 über das schriftliche Bestellverfahren nicht eingehalten wurden. Die Art der Führung der Protokollbücher war teilweise unzweckmäßig.

38.2.2. Der RH empfahl die Beseitigung dieser Mängel.

38.2.3. In ihrer Stellungnahme berichtete die FLD f. Kärnten über die im Sinne der Empfehlungen des RH getroffenen Maßnahmen.

38.3.1. Auch bei der FLD f. Kärnten ging wie bei anderen Finanzlandesdirektionen (siehe TB 1974 Abs. 57.10.1.) die Veranlagungstätigkeit zurück. Während beispielsweise die Veranlagung des Jahres 1968 Ende März 1970 bereits zu 90% durchgeführt war, konnte die Veranlagung des Jahres 1973 bis Ende März 1975 erst zu 55% erledigt werden. Dies bedeutet einen Rückgang von 40% in fünf Jahren. Dieser Rückgang der Veranlagungstätigkeit ist sowohl auf die Neuerungen auf dem Gebiet der Umsatz- und Einkommensteuer als auch auf die in der Abgabenverwaltung herrschende Personalnot zurückzuführen.

38.3.2. Der RH wies daher neuerlich auf die Notwendigkeit hin, einen weiteren Rückgang der Veranlagungstätigkeit zu verhindern.

38.3.3. Das BM f. Finanzen brachte dem RH die Maßnahmen zur Kenntnis, die es zum Abbau der Veranlagungsrückstände angeordnet hat. Wie es weiter ausführte, gehe aus einem Vergleich des Bundesdurchschnittes der Veranlagung des Jahres 1973 zum 31. März 1975 (59,2%) mit dem Bundesdurchschnitt der Veranlagung 1974 zum 31. März 1976 (71,1%) hervor, daß sich diese Maßnahmen durchaus positiv auf den Veranlagungsfortschritt ausgewirkt haben.

38.4.1. Bei fast allen Gebarungsüberprüfungen von Finanzlandesdirektionen in den letzten Jahren (siehe beispielsweise TB 1974 Abs. 57.6.1.) und auch bei der FLD f. Kärnten stellte der RH fest, daß diese ihrer gesetzlichen Verpflichtung gemäß § 311 Abs. 1 der Bundesabgabenordnung, wonach die Abgabenbehörden über die in Abgabenvorschriften vorgesehenen Anbringen der Parteien ohne unnötigen Aufschub zu entscheiden haben, nicht nachkommen.

38.4.2. Der RH erinnerte das BM f. Finanzen daran, daß der Anordnung im § 311 der Bundesabgabenordnung zu entsprechen wäre, räumte jedoch ein, daß dieses Ziel zufolge der herrschenden Personalnot, vor allem an Bediensteten, die aufgrund ihrer Vor- und Ausbildung in der Lage sind, Rechtsmittel vorzubereiten, schwer erreichbar sein wird.

38.4.3. Das BM f. Finanzen stimmte den Ausführungen des RH vollinhaltlich zu, wies jedoch darauf hin, daß Verzögerungen nicht nur im Bereich der Abgabenbehörde, sondern vielfach auch von den Berufungswerbern verursacht werden. Das BM f. Finanzen habe wiederholt au die Notwendigkeit einer raschen Rechtsmittelerledigung hingewiesen. Die FLD f. Kärnten sei sehr wohl bemüht, die Bearbeitungsdauer der Rechtsmittel zu verkürzen.

38.5.1. Die Verordnung des Bundesministers für Finanzen vom 11. Dezember 1974, BGBl. Nr. 800, über die umsatzsteuerliche Behandlung von Leistungen ausländischer Unternehmer stützt sich auf die Ermächtigungsbestimmung des § 48 der Bundesabgabenordnung und ist auf steuerbare Lieferungen und sonstige Leistungen anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 1974 bewirkt werden. Dadurch wurden im besonderen steuerbare Lieferungen und sonstige Leistungen durch ausländische Unternehmer unter gewissen Voraussetzungen von der Umsatzsteuer befreit.

38.5.2. Der RH gab zu bedenken, daß die Voraussetzung für eine Anordnung gemäß § 48 der Bundesabgabenordnung das Erfordernis einer Ausgleichung der in- und ausländischen Besteuerung oder die Erzielung einer den Grund-

sätzen der Gegenseitigkeit entsprechenden Behandlung sei. Gerade dieser Voraussetzung werde jedoch in der Verordnung nicht Rechnung getragen. Eine Ausgleichung erscheine schon deshalb entbehrlich, weil für die Umsatzbesteuerung das Anknüpfungsmerkmal der Ausführung der Leistung im Inland gefordert werde.

Der RH empfahl daher, die Verordnung aufzuheben, da sie der gesetzlichen Grundlage entbehrt, und allenfalls um eine entsprechende gesetzliche Regelung besorgt zu sein.

38.5.3. Das BM f. Finanzen wandte sich gegen die Auffassung, daß eine Ausgleichung der in- und ausländischen Besteuerung entbehrlich sei, weil ein erheblicher Teil der von ausländischen Unternehmern im Inland bewirkten Leistungen auch im Ausland steuerbar sein werde. Es sah daher keine Veranlassung, die Verordnung, die sich in der Praxis bestens bewähre, aufzuheben.

38.5.4. Der RH erwiderte, daß die Tatbestandsvoraussetzung des § 48 der Bundesabgabenordnung, „soweit dies zur Ausgleichung der in- und ausländischen Besteuerung oder zur Erzielung einer den Grundsätzen der Gegenseitigkeit entsprechenden Behandlung erforderlich ist", auch dann nicht als erfüllt angesehen werden könne, wenn man der Ansicht des BM f. Finanzen, ein erheblicher Teil der von ausländischen Unternehmen im Inland bewirkten Leistungen werde auch im Ausland steuerbar sein, zustimme. Der Verwaltungsgerichtshof hat hiezu ausgeführt, daß die Begünstigung des § 48 der Bundesabgabenordnung entweder zur Vermeidung einer tatsächlichen Doppelbesteuerung oder zur Erzielung einer den Grundsätzen der (konkreten) Gegenseitigkeit entsprechenden Behandlung vorgesehen sei. Da aber diese Verordnung für ihre Anwendung weder eine tatsächliche Doppelbesteuerung noch eine gewährleistete Gegenseitigkeit voraussetzt, überschreitet sie den Rahmen des § 48 der Bundesabgabenordnung. Der RH wiederholte daher seine Empfehlung.

38.6.1.1. Die FLD f. Kärnten überwies seit Jänner 1951 monatlich im nachhinein den Städten Klagenfurt und Villach den ihnen zustehenden Anteil an den Gewerbesteuereingängen in der Höhe des Erfolges des abgelaufenen Kalendermonates unmittelbar, während die Anteile für die übrigen Gemeinden auf ein Konto des Amtes der Kärntner Landesregierung bei der Kärntner Landeshypothekenbank in Klagenfurt überwiesen wurden. Schriftliche Vollmachten der Gemeinden, ihre Gewerbesteueranteile an die Landesregierung zu überweisen, lagen bei der FLD f. Kärnten nicht vor.

38.6.1.2. Mit Erlaß vom 28. Oktober 1975 wies das BM f. Finanzen die Finanzlandesdirektionen, ausgenommen die Finanzlandesdirektionen für Wien, Niederösterreich und Burgenland sowie für Kärnten, an, den monatlichen Gewerbesteuerertrag ab 1. Jänner 1976 direkt an die Gemeinden zu überweisen. Die beiden genannten Finanzlandesdirektionen sollten die Überweisungen wie bisher im Wege der Bezirkshauptmannschaften oder des Amtes der Landesregierung durchführen.

38.6.2. Gegen diese Regelung hatte der RH Bedenken und empfahl dem BM f. Finanzen, den Erlaß zu ändern und alle Finanzlandesdirektionen anzuweisen, den Gemeinden die Gewerbesteuererträge direkt zu überweisen oder von den Gemeinden Vollmachten für eine anderweitige Verfügung über diese Mittel zu verlangen. Des weiteren hielt der RH den Zeitpunkt für gekommen, die Überweisung der monatlichen Gewerbesteuererträge an die Gemeinden zu automatisieren, wodurch sowohl die Finanzämter als auch die Finanzlandesdirektionen von periodischen Arbeiten entlastet würden.

38.6.3. Das BM f. Finanzen verwies auf seinen Erlaß vom 29. März 1976, mit welchem die Finanzlandesdirektionen für Wien, Niederösterreich und Burgenland sowie für Kärnten angewiesen wurden, ab 1. Jänner 1977 die Gewerbesteuer an die Gemeinden direkt zu überweisen. Die Finanzämter seien nicht mehr mit Arbeiten im Zusammenhang mit der monatlichen Überweisung der Gewerbesteuererträge befaßt. Die nach Gemeinden aufgegliederten Monatserfolge an Gewerbesteuer werden nunmehr den Buchhaltungen der Finanzlandesdirektionen durch direkte Übermittlung eines Ausdruckes der EDVA (Abgabenverrechnung) bekanntgegeben, die sodann die monatlichen Überweisungen veranlassen.

38.7.1. Aufgrund eines Ersuchens des Kärntner Gemeindebundes wies die FLD f. Kärnten im Hinblick auf die den Abgabenbehörden des Bundes obliegende Beistandspflicht (§ 125 der Landesabgabenordnung) die Finanzämter an, den Bezirksverwaltungsbehörden zur Überprüfung der Angaben in den Fremdenverkehrsabgabeerklärungen die statistischen Blätter der Umsatzsteuerbescheide zu übermitteln.

38.7.2.1. Der RH äußerte gegen diese Vorgangsweise Bedenken, weil es sich bei der Beistandspflicht gemäß § 125 der Kärntner Landesabgabenordnung immer nur um eine solche im Einzelfall handeln kann. Da nun das der österreichischen Bundesverfassung innewohnende föderalistische Prinzip der Trennung der Vollziehungsbereiche des Bundes und der Länder auch eine entsprechende Trennung der Vollziehungsorgane verlangt, stellt jede über den Einzelfall hinausgehende Hilfeleistung eine Mitwirkung von Bundesbehörden an der Landes-

verwaltung dar. Eine solche Mitwirkung bedarf jedoch gemäß Art. 97 Abs. 2 B-VG eines Landesgesetzes sowie der Zustimmung der Bundesregierung.

38.7.2.2. Die Überlassung statistischer Blätter von kombinierten Bescheiden (Umsatz-, Einkommen- und Gewerbesteuer) widerspricht zudem auch § 251 des Finanzstrafgesetzes, weil die Bekanntgabe der Bemessungsgrundlagen und der Höhe der Einkommen- und Gewerbesteuer in diesem Zusammenhang gar nicht erforderlich ist.

38.7.2.3. Der RH räumte ein, daß die derzeitige Verwaltungsübung, die statistischen Blätter zur Verfügung zu stellen, einfach und zweckmäßig ist, verneinte jedoch ihre Gesetzmäßigkeit.

Da jedoch das BM f. Finanzen unter Berufung auf Art. 22 B-VG sein Einverständnis dazu erklärte, daß den Gemeindebehörden die Einsicht in die Umsatzsteuerbemessungsgrundlagen jener Abgabepflichtigen gewährt wird, für die eine Fremdenverkehrsabgabe nach dem Umsatz zu veranlagen ist, ersuchte der RH das BM, die FLD f. Kärnten anzuweisen, die derzeitige Verwaltungsübung der Übersendung der statistischen Blätter mangels gesetzlicher Grundlage einzustellen.

38.7.3.1. Das BM f. Finanzen erwiderte, gemäß § 125 der Kärntner Landesabgabenordnung seien die Dienststellen der Gebietskörperschaften verpflichtet, den Abgabenbehörden jede zur Durchführung der Abgabenverwaltung dienliche Hilfe zu leisten. Diese Bestimmung sei dem ersten Satz des § 158 Abs. 3 der Bundesabgabenordnung nachgebildet und habe ihre Grundlage in Artikel 22 B-VG, der alle Organe des Bundes, der Länder und der Gemeinden im Rahmen ihres gesetzmäßigen Wirkungsbereiches zur wechselseitigen Hilfeleistung verpflichtet. Aus dem Wortlaut des § 125 der Kärntner Landesabgabenordnung sei überdies eine Beschränkung der Beistandspflicht auf den Einzelfall nicht zwingend abzuleiten. In der auf diese Gesetzesstelle gestützten Übermittlung der statistischen Blätter von Umsatzsteuerbescheiden an die Bezirksverwaltungsbehörden sei außerdem nur eine Summierung von Einzelfällen erbrachter Beistandsleistungen zu erblicken, weil nur die statistischen Blätter solcher Abgabenbescheide übermittelt werden, die aufgrund des Kärntner Fremdenverkehrsabgabegesetzes abgabepflichtige Personen betreffen.

38.7.3.2. Zur Frage der Geheimhaltungsverpflichtung nach § 251 des Finanzstrafgesetzes vertrat das BM f. Finanzen die Auffassung, daß die zwischen Bund, Ländern und Gemeinden geteilte Abgabenhoheit, die im Finanzverfassungsgesetz verankert und im jeweils geltenden Finanzausgleichsgesetz näher geregelt ist, ein gleichermaßen zwingendes öffentliches Interesse an der Vollziehung aller Abgabengesetze begründe. Dies ohne Rücksicht darauf, welche gesetzgebende Körperschaft zur gesetzlichen Regelung berufen ist, welche Behörde die Abgaben einhebt und welche Gebietskörperschaft anspruchsberechtigt ist. Demzufolge sei eine Auskunftserteilung an Abgabenbehörden der Länder und Gemeinden hinsichtlich ansonsten geheimzuhaltender Verhältnisse und steuerlicher Umstände, um diesen die zuständige Erhebung von öffentlichen Abgaben zu ermöglichen, im zwingenden öffentlichen Interesse gelegen und damit befugt. Werden durch die Überlassung der statistischen Blätter von kombinierten Bescheiden den Bezirksverwaltungsbehörden auch Daten bezüglich der Einkommen- und Gewerbesteuer bekannt, so erscheinen diese Daten durch § 238 der Kärntner Landesabgabenordnung ausreichend geschützt (§ 238 der Kärntner Landesabgabenordnung ist dem § 251 des Finanzstrafgesetzes nachgebildet). Übrigens erfolge ab dem Veranlagungsjahr 1974 die Erstellung des Umsatzsteuerbescheides automatisch durch die EDVA. Ein kombinierter Umsatzsteuer-, Einkommensteuer- und Gewerbesteuerbescheid findet daher ab der Veranlagung 1974 keine Verwendung mehr.

38.7.4.1. Der RH verblieb bei seiner Auffassung, daß § 125 der Kärntner Landesabgabenordnung lediglich die Hilfeleistung in Einzelfällen umfasse, und meinte, daß die Übermittlung der statistischen Blätter von Umsatzsteuerbescheiden an die Bezirksverwaltungsbehörden schon deshalb nicht als Summierung von Einzelfällen erbrachter Beistandsleistungen anzusehen sei, weil die Finanzverwaltung die gesamten Grundlagen (Bemessungsgrundlagen) für die Vollziehung eines Landesgesetzes (Fremdenverkehrsabgabegesetz) zur Verfügung stellt. Da somit die gesetzlichen Bestimmungen der Landesabgabenordnung zur Deckung dieser Maßnahme der Finanzverwaltung nicht ausreichen, bedürfte die Mitwirkung der Bundesverwaltung (Übersendung der Umsatzsteuerbescheide) einer Regelung im Fremdenverkehrsabgabegesetz, wie sie beispielsweise im § 10 des Gesetzes vom 12. Juli 1963 über den Kärntner Fremdenverkehrsförderungsfonds gegeben war oder im Tiroler Fremdenverkehrsgesetz, LGBl. Nr. 12/1969, noch in Geltung ist. Eine solche Mitwirkung bedürfte gemäß Art. 97 Abs. 2 B-VG sodann der Zustimmung der Bundesregierung.

38.7.4.2. Was die Nichtbeachtung des § 251 des Finanzstrafgesetzes betrifft, gab der RH zu bedenken, daß die Übersendung der statistischen Blätter an die Bezirksverwaltungsbehörden zur Zeit lediglich die Funktion von Kontrollmitteilungen haben kann, da die Abgabepflichtigen nach dem Fremdenverkehrsabgabegesetz gegenüber dem Abgabengläubiger ohnedies zur Offen-

legung und Wahrheitspflicht und somit zur Darlegung der Bemessungsgrundlagen verhalten sind. Insoweit wäre die generelle Überlassung der statistischen Blätter gar nicht erforderlich. Hinsichtlich der kombinierten Bescheide stimmte der RH dem BM f. Finanzen grundsätzlich zu, verwies jedoch darauf, daß Umsatzsteuerbescheide gelegentlich kombiniert mit dem Bescheid über die Alkoholabgabe ergehen.

38.8.1. Bei einem Vergleich des Vordruckes für die Erklärung zur Feststellung des Einheitswertes bebauter Grundstücke mit Stand vom 1. Jänner 1973 und der Tabelle über Merkmale für die Beurteilung der baulichen Ausführung eines Gebäudes oder Gebäudeteiles — Anlage zu § 53 a des Bewertungsgesetzes 1955 — fiel auf, daß wesentliche Unterschiede bestehen, so daß zwangsläufig eine unrichtige Bewertung des bebauten Grundstückes die Folge sein wird.

38.8.2. Der RH regte daher an, umgehend ein neues Formblatt für die Erklärung zur Feststellung des Einheitswertes bebauter Grundstücke aufzulegen, in welches alle Merkmale, die für die Ermittlung des Einheitswertes nach dem Bewertungsgesetz 1955 notwendig sind, aufgenommen werden.

38.8.3. Das BM f. Finanzen erwiderte, die Unterschiede zwischen den gesetzlichen Voraussetzungen für die Bewertung und dem Erklärungsformular hätten in der Praxis keineswegs zu unrichtigen Bewertungen geführt. Den vom RH gegebenen Anregungen wird jedoch bei einer allfälligen Neugestaltung der Erklärungen Rechnung getragen werden.

38.9.1. Entgegen dem Antrag der FLD f. Kärnten wies das BM f. Finanzen die FLD an, in ihrem Namen dem Flugplatz Bau- und Erhaltungsverein Villach — Faakersee die Grunderwerbsteuer in Höhe von 183 821 S, die für die Erwerbung der zum Zwecke der Errichtung eines Flugplatzes notwendigen Grundstücke vorgeschrieben worden war, gemäß § 236 Abs. 1 der Bundesabgabenordnung zur Gänze nachzusehen. Eine Darlegung der Gründe, weshalb die Einhebung der Grunderwerbsteuer nach der Lage des Falles als unbillig zu erachten sei, unterblieb.

38.9.2. Der RH wies das BM f. Finanzen darauf hin, daß die vom Nachsichtswerber angeführten Umstände — Vermögenslosigkeit des Vereines sowie Erwerb der Grundstücke ausschließlich im öffentlichen Interesse — keine Unbilligkeit gemäß § 236 der Bundesabgabenordnung darstellten; dies auch schon deshalb nicht, weil die erworbenen Grundstücke bei Auflösung des Vereines in privatem Eigentum verbleiben sollten.

38.9.3. In seiner Stellungnahme verblieb das BM f. Finanzen bei seiner Auffassung, daß die Grundstücke im öffentlichen Interesse erworben worden seien. Deshalb erachtete es auch die Nachsicht der Grunderwerbsteuer aus Billigkeits- und Zweckmäßigkeitsgründen für gerechtfertigt.

38.9.4. Der RH entgegnete unter Hinweis auf ein Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes, daß durch eine allgemeingültige Rechtsvorschrift bewirkte, nicht auf den Einzelfall beschränkte Härten für sich allein noch keine Unbilligkeit nach § 236 der Bundesabgabenordnung zu begründen vermögen, wenn nicht besondere weitere Gründe vorliegen, die die Einhebung der Abgabe unbillig erscheinen lassen. Gerade aber das Fehlen dieser besonderen weiteren Gründe und die Aufnahme eines Kredites bei der Villacher Sparkasse in Höhe von 650 000 S hätten erwarten lassen, daß dem Abgabenschuldner die Abstattung des Steuerrückstandes, etwa unter Gewährung von Zahlungserleichterungen, zumutbar gewesen wäre.

c) Sonstige Wahrnehmungen auf dem Gebiete der Finanzverwaltung

1. Nachtrag zum Tätigkeitsbericht 1974

Veterinärbehördliche Grenzkontrolle durch die Zollämter

39.1. Der vom RH schon seit Jahren an das BM f. Gesundheit und Umweltschutz und das BM f. Finanzen herangetragenen Empfehlung, bestimmte Gesetzwidrigkeiten bei der Erhebung von Grenzkontrollgebühren abzustellen (siehe TB 1973 Abs. 68. und TB 1974 Abs. 66.), wurde nun insofern entsprochen, als das BM f. Finanzen die mit der Einhebung und Verrechnung der Grenzkontrollgebühren befaßten Organe der Zollämter anwies, künftig jeden Abzug von Anteilen an den erhobenen Beträgen zu unterlassen und diese ungekürzt dem BM f. Gesundheit und Umweltschutz zu überweisen.

39.2. Hingegen hat das letzgenannte Bundesministerium jene vom RH beanstandeten Erlässe, mit denen es ohne gesetzliche Grundlage Bediensteten der Zollverwaltung und der Österreichischen Bundesbahnen (kurz ÖBB) aus den Grenzkontrollgebühren zu deckende Sporteln zusprach, noch nicht abgeändert. Es hat jedoch am 20. Feber 1976 zur weiteren Klärung der vom RH aufgeworfenen Fragen eine interministerielle Besprechung einberufen, der auch Vertreter des RH zugezogen wurden. Dabei kamen die Erhebung von Grenzkontrollgebühren durch Bedienstete der ÖBB im Eisenbahnverkehr und insbesondere für die Zollämter bedeutsame Verfahrensfragen zur Sprache.

39.3. Über die bei dieser Besprechung von den Vertretern des BM f. Finanzen und der ÖBB

in Aussicht gestellten Vorschläge zur Sanierung der vom RH aufgezeigten Mängel ist dem RH bis jetzt keine Nachricht zugekommen. Desgleichen hat er bisher keine Mitteilung über die vom BM f. Gesundheit und Umweltschutz angekündigten weiteren Besprechungen im Gegenstand erhalten. Der RH ersuchte daher um Bekanntgabe der mittlerweile unternommenen Schritte.

2. Ergebnisse aus dem Jahre 1975

Reform des Haushaltsrechtes

40.1. Der Anregung des RH, im geltenden Haushaltsrecht die erforderlichen Anpassungen an die neue Haushaltstechnik zu treffen (siehe TB 1974 Abs. 59.1.), wurde nunmehr entsprochen. Aufgrund einer vom BM f. Finanzen vorbereiteten Regierungsvorlage hat der Nationalrat am 12. Dezember 1975 das Bundesgesetz, mit welchem Bestimmungen des Verwaltungsentlastungsgesetzes über das Gebarungs- und Verrechnungswesen in der Bundesverwaltung geändert werden (VEG-Novelle 1975), BGBl. Nr. 637, beschlossen.

40.2. Nach Ansicht des RH sollte diese Rechtsanpassung, welche das seit dem Jahre 1968 in Erprobung stehende neue Verfahren der österreichischen Staatsverrechnung endgültig einführte (Art. 6 Punkt XVI VEG) und ab dem Finanzjahr 1976 den Übergang zu einem Kassenbudget bewirkte (Art. 6 Punkt XXII), nicht zu einem Verzicht auf eine umfassende, bereits seit langem fällige Gesamtreform des Bundeshaushaltsrechtes führen. Da die bisherigen Versuche einer legislativen Neuordnung, die 1968 und 1973 unternommen wurden, nicht zu einem abschließenden Ergebnis geführt haben, wären neue Initiativen erforderlich.

40.3. In diesem Zusammenhang hat der RH das BM f. Finanzen auch ersucht, Vorbereitungen für eine der durch die VEG-Novelle 1975 geänderten Gesetzeslage entsprechende Anpassung der Bundeshaushaltsverordnung 1926 zu treffen.

Mitwirkung an der Ordnung des Rechnungswesens

41.1. In einer Besprechnung vom 15. Oktober 1975 beim BKA — Verfassungsdienst wurde die seit langem strittige Frage der Veranschlagung und Verrechnung der Ausgaben des Bundes für Schul-, Hochschul- und Sportstättenbau (siehe TB 1972 Abs. 77,20. und TB 1973 Abs. 87.2.) unter Beteiligung von Vertretern der BM f. Bauten und Technik, f. Finanzen und f. Unterricht und Kunst erörtert. Der Vertreter des RH vertrat hierbei den Standpunkt, daß es Aufgabe des staatlichen Rechnungswesens ist, die wirtschaftlichen Sachverhalte der Rechtslage entsprechend geordnet darzustellen. Die Veranschlagung von Einnahmen und Ausgaben hat nach geltendem Haushaltsrecht (Art. 6 Punkt II VEG und § 5 Abs. 1 BHV) dem Aufbau der Verwaltung zu folgen (institutionelle Gliederung). Seit dem Bundeskontenplan 1968 werden überdies die einzelnen finanzgesetzlichen Ansätze in sogenannten „finanzstatistischen Kennziffern" (vgl. Art. VII Abs. 5 BFG 1976) Aufgabenbereichen nach einem von der UNO empfohlenen Schema zugeordnet (funktionelle Gliederung). Wenn nunmehr die staatliche Verwaltung den Erkenntnissen der Organisationslehre folgend Teilbereiche aus der nach Fachbereichen geordneten Zuständigkeit herauslöst und solcherart Querschnittsaufgaben schafft (z. B. nach dem Bundesministeriengesetz 1973 die „Angelegenheiten des staatlichen Hochbaus" beim BM f. Bauten und Technik), hat das staatliche Rechnungswesen dieser Aufbauorganisation zu folgen. Im Einklang mit der eindeutig geklärten Kompetenzlage wären die Schul- und Sportstättenbauten haushalts- und organisationsrechtlich im Budgetkapitel 64 (institutionell) zu veranschlagen und zu verrechnen, daneben jedoch im Aufgabenbereich 11 oder 12 (funktionell) finanzstatistisch nachzuweisen.

Der RH äußerte seine Zuversicht, daß den dargelegten Grundsätzen bereits bei der Veranschlagung der einschlägigen Ausgaben für das Finanzjahr 1977 entsprochen wird.

41.2. Der RH, der gemeinsam mit dem BM f. Finanzen für ein möglichst einfaches und zweckmäßiges Verfahren der Verrechnung im Bundesbereich zu sorgen hat (§ 6 RHG), wirkte auch im Berichtsjahr an der Fortentwicklung der Vorschriften für die Verrechnung des Bundes mit, die den Organen der Haushaltsführung in einer Loseblattsammlung vom BM f. Finanzen zur Verfügung gestellt werden. Viele Anregungen wurden in unmittelbarer Fühlungnahme erörtert und gemeinsam wurden befriedigende Lösungen gefunden.

41.3. Die Besprechungen im BM f. Finanzen zur Vorbereitung einer Verordnung über die Regelung des Rechnungswesens der ÖBB im Sinne des § 15 des Bundesbahngesetzes 1969 (siehe zuletzt TB 1974 Abs. 60.) führten im Frühjahr 1976 zu einem vorläufigen Abschluß. Eine erste Textfassung steht nunmehr den beteiligten Stellen zur weiteren Diskussion zur Verfügung.

Ausführung der Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung (VRV)

42.1. Vertreter des RH nahmen im Berichtsjahr und weiter bis zum Sommer 1976 an vier Sitzungen des ständigen Komitees der Gebiets-

körperschaften teil, welches gemäß dem am 28. Juni 1974 in Heiligenblut geschlossenen Übereinkommen allfällige Änderungen, Ergänzungen und Auslegungen der Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung (VRV), BGBl. Nr. 493/1974, zu beraten hat (siehe TB 1974 Abs. 61.).

42.2. Der RH bezeichnete es aus Gründen der Rechtssicherheit für erforderlich, jene Empfehlungen des VR-Komitees, welche Änderungen des kundgemachten Verordnungstextes, z. B. im Hinblick auf die 2. KAG-Novelle, zum Gegenstand haben, in Form einer 1. VRV-Novelle rechtsverbindlich zu machen. Ein solcher Verordnungsentwurf ist dem RH bereits zugegangen.

Automatisierung der Berechnung und Auszahlung der Bundesmineralölsteuervergütungen

43.1.1. Gemäß § 7 des Bundesmineralölsteuergesetzes, BGBl. Nr. 67/1966, in der Fassung des Bundesgesetzes vom 13. Dezember 1974, BGBl. Nr. 3/1975, ist für pauschalierte Mengen Mineralöl, das in landwirtschaftlichen Betrieben der im Gesetz bezeichneten Art zum Antrieb von bestimmten Maschinen dient, eine Bundesmineralölsteuervergütung von 1,33 S je Liter zu leisten. Mit der Vollziehung dieser gesetzlichen Bestimmung ist der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betraut.

Da es sich um jährlich wiederkehrende Zahlungen handelt und die Vergütungsbeträge aus bestimmten Grunddaten berechnet werden müssen, wurden die Erstellung eines Grundkonzeptes für die Automatisierung der Berechnung und Auszahlung der Vergütungen sowie die laufende Bearbeitung dem Bundesrechenzentrum übertragen.

43.1.2. Die Erhebung der für die Berechnung und für die Überprüfung der Bundesmineralölsteuervergütungen erforderlichen Daten obliegt gemäß § 8 Abs. 3 des Bundesmineralölsteuergesetzes der Landwirtschaftskammer für das Land, in welchem der Betrieb gelegen ist.

43.1.3. Nach dem erwähnten Grundkonzept war weiters beabsichtigt, die für die Berechnung der Vergütungen erfaßten Daten über die landwirtschaftlich genutzten Flächen und die vorhandene maschinelle Ausstattung als Grundstock für ein landwirtschaftliches Informationssystem zu verwenden.

43.1.4. Da allfällige Bankverbindungen der Vergütungsempfänger nicht erfaßt wurden und deren nachträgliche Erhebung dem BM f. Finanzen nicht möglich erschien, sollten die Vergütungsbeträge in den Jahren 1975 und 1976 durch Baranweisungen über die Postsparkasse ausgezahlt werden. Für 1975 wurde hiefür mit Mehrkosten von mindestens 2,5 Mill. S gerechnet.

43.2.1. In diesem Zusammenhang regte der RH an zu prüfen, ob die weiterhin vorgesehene Übertragung von Vollziehungsaufgaben des Bundes auf die Landwirtschaftskammern, die als Körperschaften des öffentlichen Rechtes gemäß Art. 11 Abs. 1 Z. 2 B-VG der Organisationsgewalt der einzelnen Bundesländer unterliegen, dem Grundsatz der Trennung der Vollziehungsbereiche des Bundes und der Länder entspreche.

Die Berechnung und Auszahlung der Bundesmineralölsteuervergütungen wären nach Auffassung des RH dem Kompetenztatbestand „Bundesfinanzen" (Art. 10 Abs. 1 Z. 4 und Art. 102 Abs. 2 B-VG) zuzuordnen. Da der Bund zur Besorgung von Geschäften, die in den Bereich der Bundesfinanzen fallen, in den Ländern bereits eigene Behörden (Finanzlandesdirektionen, Finanzämter) errichtet hat, wären die in Rede stehenden Angelegenheiten nach Ansicht des RH gemäß Art. 77 Abs. 1 und Art. 102 B-VG unmittelbar durch die hiefür eingerichteten Bundesbehörden zu besorgen.

Der RH empfahl daher, die gesamte Bundesmineralölsteuervergütungsaktion ehestmöglich der Finanzverwaltung zu übertragen. Damit ließe sich überdies eine doppelgleisige Organisation vermeiden. Bei der Auszahlung der Steuervergütungen durch die Finanzämter könnten gegebenenfalls Kompensationsmöglichkeiten wahrgenommen werden. Allenfalls wären auch die erst zu schaffenden EDV-Kennziffern des genannten Grundkonzeptes durch die in der Finanzverwaltung bereits bestehenden Personenkennziffern für die Empfänger der Vergütungen hinfällig.

43.2.2. Um dem Grundsatz des bargeldlosen Zahlungsverkehrs weiterhin zu entsprechen, regte der RH an, bis zur Übernahme dieser Aktion durch die Steuerbehörden den bisher angewandten Auszahlungsmodus über die Geldinstitute beizubehalten.

43.2.3. Zur beabsichtigten Weitergabe von Daten für Zwecke eines landwirtschaftlichen Informationssystems verwies der RH auf den Entwurf eines Bundesgesetzes über den Schutz personenbezogener Daten (Datenschutzgesetz) Darnach dürften solche Daten, soweit sie der Amtsverschwiegenheit oder einer gesetzlich festgelegten beruflichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen, in keiner wie immer gearteten Weise aus einer Datenbank weitergegeben werden.

Nach Ansicht des RH würde die unbefugte Weitergabe von steuerlichen Daten auch gegen die Bestimmungen der §§ 251 und 252 des Finanzstrafgesetzes über die Verletzung der steuerlichen Geheimhaltungspflicht verstoßen.

Der RH regte daher an, dafür zu sorgen, daß die Daten über die persönlichen Verhältnisse der Empfänger der Bundesmineralölsteuervergütungen Unbefugten nicht zugänglich gemacht werden.

43.2.4. Schließlich wies der RH im Hinblick auf die geltenden Haushaltsvorschriften des Bundes darauf hin, daß im gegenständlichen Fall eine diese Vorschriften ergänzende Sonderregelung zu treffen wäre.

43.3.1. In seiner Äußerung führte das BM f. Finanzen aus, daß die vom RH angeregte Änderung der Verfahrensweise weder für 1975 noch für 1976 möglich wäre, da die erforderlichen legistischen Maßnahmen wegen der Neuwahl des Nationalrates nicht rechtzeitig erfolgten. Eine solche Gesetzesänderung hätte nämlich spätestens Mitte 1975 beschlossen werden müssen, um den Beginn der Datenerfassung für das Jahr 1976 zu ermöglichen.

43.3.2. Weiters teilte das BM f. Finanzen mit, daß der Anregung des RH, den bisher angewandten bargeldlosen Auszahlungsmodus beizubehalten, erst im Jahre 1977 wieder entsprochen werden könnte.

43.3.3. Im übrigen sagte das BM f. Finanzen zu, den Anregungen des RH zu entsprechen.

Zweckzuschuß des Bundes gemäß § 18 Abs. 1 Z. 7 des Finanzausgleichsgesetzes 1973 an Gemeinden zur Förderung von öffentlichen Personennahverkehrsunternehmen

44.1.1. Gemäß § 18 Abs. 1 Z. 7 des Finanzausgleichsgesetzes 1973, BGBl. Nr. 445/1972 (kurz FAG 1973), gewährt der Bund den Gemeinden zur Förderung von öffentlichen Personennahverkehrsunternehmen einen an eine Grundleistung der empfangenden Gemeinden gebundenen Zweckzuschuß im Ausmaß von insgesamt 100 Mill. S jährlich. Dieser Zweckzuschuß kommt zu 55% Wien als Gemeinde und zu 45% den Gemeinden, die eine oder mehrere Autobus-, Obus- oder Straßenbahnlinien führen oder an einer solchen Nahverkehrseinrichtung überwiegend beteiligt sind, zugute.

44.1.2. Das BM f. Finanzen wies der Gemeinde Wien 55 Mill. S und allen anderen Gemeinden einschließlich Wien 45 Mill. S zu. Auf die Gemeinde Wien entfielen von den 45 Mill. S 7,2%, das sind 3 191 500 S.

44.1.3. Der Stadtgemeinde Rottenmann wurde im Jahr 1973 zu Unrecht ein Zweckzuschuß des Bundes gemäß § 18 Abs. 1 Z. 7 FAG 1973 in Höhe von 463 500 S überwiesen. Dieser Zuschuß wurde von der Finanzlandesdirektion für Steiermark mit den dieser Gemeinde zustehenden Gewerbesteuererträgen zur Gänze im Jahr 1975 aufgerechnet und vom BM f. Finanzen in die Bemessungsgrundlage der Anteile für 1975 — ohne Vorzugsanteil der Gemeinde Wien — einbezogen und auch im Verhältnis der Anteile für 1975 verteilt.

44.2. Diese Art der Verteilung entspricht nicht der Rechtslage, weil dadurch für 1973 nur ein Zweckzuschuß in Höhe von 99 536 500 S, für 1975 jedoch ein solcher in Höhe von 100 463 500 S gewährt wurde. Der Zweckzuschuß im Ausmaß von 463 500 S für das Jahr 1973 wäre nach Maßgabe der Anspruchsberechtigungen für dieses Jahr zu verteilen und als Nachtrag für 1973 den Gemeinden zu überweisen gewesen.

44.3. Die Aufteilung des 45%igen Anteiles an diesem Zweckzuschuß unter Berücksichtigung der Beteiligung an der Wiener Lokalbahn-AG (Badener Bahn) und die Einbeziehung des im Jahre 1973 zu Unrecht angewiesenen Betrages von 463 500 S in die Bemessungsgrundlage des Jahres 1975 stellt nach Auffassung des RH eine Änderung des vorgesehenen Verteilungsschlüssels dar, die mit § 18 Abs. 1 Z. 7 FAG 1973 nicht in Einklang zu bringen ist.

Abgabenrückstände, Abgabenabschreibungen

45.1. Die auf Abgabenkonten ausgewiesenen Abgabenrückstände der Abgabepflichtigen betrugen Ende 1975 für die bei Kapitel 52 verrechneten Abgaben 9630,7 Mill. S. Sie erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 378,6 Mill. S oder 4,1%. Diesen Abgabenrückständen standen Ende 1975 auf Abgabenkonten ausgewiesene Guthaben in Höhe von 3370,7 Mill. S gegenüber, so daß mit 31. Dezember 1975 aus dieser Abgabengebarung Nettorückstände von 6260,0 Mill. S verblieben. Diese Nettorückstände erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 253 Mill. S oder 4,2%.

Die auf Abgabenkonten ausgewiesenen Rückstände von 9630,7 Mill. S gliedern sich in fällige Rückstände in Höhe von 7930,2 Mill. S, die im Bundesrechnungsabschluß als Einnahmen-Zahlungsrückstände bei den haushaltsmäßigen Einnahmen nachgewiesen wurden, und in nichtfällige Rückstände in Höhe von 1700,5 Mill. S, die im Bundesrechnungsabschluß in der Nachweisung „Mit der budgetmäßigen Gebarung im Zusammenhang stehende nichtfällige Verwaltungsforderungen" aufscheinen. Eine weitere Gliederung dieser Abgabenrückstände nach Abgabenarten und deren prozentuellen Anteilen an den Gesamtrückständen sowie an den fälligen und den nichtfälligen Rückständen zeigt die folgende Aufstellung:

Abgabenrückstände (Kapitel 52)

Abgabenart	fällig Mill. S	fällig %	nicht fällig Mill. S	nicht fällig %	Summe Mill. S	Summe %
Einkommen- und Vermögensteuern	3 509,8	36,4 (44,3)	1 209,5	12,6 (71,1)	4 719,3	49,0
Umsatzsteuern	3 277,5	34,0 (41,3)	280,9	2,9 (16,5)	3 558,4	36,9
Einfuhrabgaben	459,0	4,8 (5,8)	31,5	0,3 (1,9)	490,5	5,1
Verbrauchsteuern	168,1	1,7 (2,2)	1,1	— (0,1)	169,2	1,7
Stempel- und Rechtsgebühren	10,2	0,1 (0,1)	31,0	0,3 (1,8)	41,2	0,4
Verkehrsteuern	153,7	1,6 (1,9)	125,4	1,4 (7,4)	279,1	3,0
Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben	351,9	3,7 (4,4)	21,1	0,2 (1,2)	373,0	3,9
Summe Kapitel 52	7 930,2	82,3 (100,0)	1 700,5	17,7 (100,0)	9 630,7	100,0
davon wurden verrechnet:						
auf nicht oder teilweise automatisierten Konten	1 998,8	20,7 (25,2)	432,3	4,5 (25,4)	2 431,1	25,2
auf automatisierten Konten	5 931,4	61,6 (74,8)	1 268,2	13,2 (74,6)	7 199,6	74,8

Von den fälligen Abgabenrückständen auf automatisierten Konten in Höhe von 5 931,4 Mill. S entfallen auf Abgabenrückstände,

	Mill. S	%	(im Vorjahr betrug der Prozentsatz)
für die Zahlungserleichterungen bewilligt sind	2 149,3	36,2	(41,9)
für die Zahlungserleichterungsansuchen vorliegen	932,0	15,7	(16,9)
und auf sonstige Rückstände	2 850,1	48,1	(41,2)
Summe	5 931,4	100,0	(100,0)
Hievon befinden sich in Vollstreckung	3 165,2	53,4	(35,8)

45.2. Die Entwicklung der Rückstände an öffentlichen Abgaben in den Jahren 1965 bis 1975 zeigen schließlich die folgenden Übersichten:

Jahr	Einnahmen an öffentlichen Abgaben (Kapitel 52) in Mill. S	Abgaben-Nettorückstände in Mill. S	Änderungen gegenüber dem Vorjahr in % Einnahmen	Änderungen gegenüber dem Vorjahr in % Abgaben-Nettorückstände
1965	53 179,0	2 582,0	+ 9,4	— 1,9
1966	59 126,5	3 239,9	+11,2	+25,5
1967	61 954,8	3 283,9	+ 4,8	+ 1,4
1968	66 797,5	3 194,6	+ 7,8	— 2,7
1969	74 485,9	3 448,4	+11,5	+ 7,9
1970	83 855,8	3 994,1	+12,6	+15,8
1971	95 103,2	4 562,8	+13,4	+14,2
1972	110 634,8	4 608,8	+16,3	+ 1,0
1973	116 352,0	5 001,2	+ 5,2	+ 8,5
1974	141 473,9	6 007,0	+21,6	+20,1
1975	149 013,0	6 260,0	+ 5,3	+ 4,2

Abgaben — Bruttorückstände

Jahr	Einnahmen an öffentlichen Abgaben (Kapitel 52) in Mill. S	fällig *) (Einnahmenzahlungsrückstände) in Mill. S	Änderung gegenüber dem Vorjahr in %	nicht fällig **) in Mill. S	Änderung gegenüber dem Vorjahr in %	Summe in Mill. S	Änderung gegenüber dem Vorjahr in %
1973	116 352,0	6 225,1	—	1 656,4	—	7 881,5	—
1974	141 473,9	7 710,7	+23,9	1 541,4	— 6,9	9 252,1	+17,4
1975	149 013,0	7 930,2	+ 2,8	1 700,5	+10,3	9 630,7	+ 4,1

*) Die Einnahmen-Zahlungsrückstände der in das automatisierte Abgabeneinhebungsverfahren einbezogenen Abgaben werden seit dem Jahre 1973 nicht mehr wie früher abzüglich der Überzahlungen (Guthaben) als „Abgaben-Nettorückstände", sondern nunmehr ohne Abzug der Überzahlungen als „Abgaben-Bruttorückstände" nachgewiesen. Mit der Überleitung eines Abgabenkontos in das automatisierte Abgabeneinhebungsverfahren werden Überzahlungen auf einem solchen Konto nicht mehr haushaltsmäßig für Rechnung eines bestimmten finanzgesetzlichen Ansatzes, sondern durchlaufend, somit in der unwirksamen Gebarung, verrechnet.

**) Eine Trennung in fällige und nichtfällige Abgabenrückstände wird in der Bundesverrechnung erst seit dem Jahre 1973 ausgewiesen.

45.3. Die von den Finanzämtern im Jahr 1975 gemäß den §§ 235 und 236 der Bundesabgabenordnung verfügten Abgabenabschreibungen erhöhten sich gegenüber dem Jahr 1974 um 12,5 Mill. S oder 6,3% auf 209,8 Mill. S. Davon wurden 83,3 Mill. S (39,7%) wegen absoluter Uneinbringlichkeit gelöscht und 126,5 Mill. S (60,3%) aus Billigkeitsgründen nachgesehen. Im Vergleich zum Jahr 1974 haben die Löschungen um 14,2 Mill. S ab-, die Nachsichten hingegen um 26,7 Mill. S zugenommen.

Bezogen auf die Brutto-Gesamteinnahmen bei Kapitel 52 (149 013,0 Mill. S) beliefen sich die Abschreibungen (Löschungen und Nachsichten) im Jahr 1975 so wie im Jahr 1974 auf 0,14%.

d) Finanzschuld

Finanzschuld 1975

46.1. Im Rahmen der Kontrolle der Finanzschuldengebarung des Bundes überprüfte der RH gemäß der ihm durch § 10 des Rechnungshofgesetzes 1948 auferlegten Verpflichtung die vom Bundesminister für Finanzen im Jahr 1975 im Ausland und im Inland durchgeführten Kreditoperationen auf ihre Gesetzmäßigkeit und ihre ordnungsgemäße Eintragung in das Hauptbuch der Staatsschuld. Soweit den Bund verpflichtende Schuldurkunden ausgestellt wurden, vollzog der Präsident des RH die erforderliche Gegenzeichnung.

Kreditoperationen im Ausland

46.2.1. Auslandskredite gemäß Art. VI Abs. 1 Z. 1 des Bundesfinanzgesetzes (kurz BFG) 1975, BGBl. Nr. 1

46.2.1.1. Schuldverschreibungen

Bezeichnung der Schuld	Nominale in Millionen Fremdwährung DM	ö. S.	Nettoerlös in % des Nominales	Zinssatz %	Laufzeit in Jahren	Monat u. Jahr der Tilgung	Jährliche Gesamtbelastung gemäß BFG 1975 %
1975	100	712	98,25	9,5	5	Feber 1980	10,0254
1975/II	50	356	98,50	9	5	Feber 1980	9,4416
1975/III	50	356	97,25	8,75	7	[1])	9,5115
1975/IV	50	356	97,625	8,75	8	[2])	9,3682
1975/V	70	498,4	97,43	8,25	6	Juni 1981	8,9072
	sfrs						
1975	50	335	97,910	9	5	Feber 1980	9,6190
1975/II	50	335	97,5	9	6	Feber 1981	9,6580
1975/III	50	335	98	9	5	März 1980	9,5918
1975/IV	50	335	97,75	9	7	März 1982	9,6584
1975/V	50	335	98	8,75	7	April 1982	9,2201
	hfl						
1975	75	515,25	98,42	9,25	7	März 1982	9,6278
1975/II	70	480,9	98,4142	8,25	7	Juli 1982	8,6150
	US $						
1975	40	684	98,275	10,25	10	[3])	10,6806
	bfrs						
1975/A	250	118,5	99,875	9,5	5	Juni 1980	9,5369
1975/B	750	355,5	99,875	9,625	7	Juni 1982	9,6549

[1]) Ab 1979 in 4 Jahresraten jeweils im April.
[2]) Ab 1979 in 5 Jahresraten jeweils im April.
[3]) Ab 1979 in 7 Jahresraten jeweils im Jänner.

46.2.1.2. Anleihen

Bezeichnung der Schuld	Gezeichnetes Nominale in Millionen DM	ö. S.	Nettoerlös in % des Nominales	Zinssatz %	Laufzeit in Jahren	Jährliche Gesamtbelastung gemäß BFG 1975 %
1975	100	712	97,03	9	8	9,6581
1975/II	100	712	96,32	8,5	12	9,3341

46.2.1.3. Buchkredite

Bezeichnung der Schuld	Nominale in Millionen DM	ö. S.	Nettoerlös in % des Nominales	Zinssatz %	Laufzeit in Jahren	Monat und Jahr der Tilgung	Jährliche Gesamtbelastung gemäß BFG 1975 %
1975	50	356	97,55	9,25	7	März 1982	9,8411
1975/II	100	712	99	9,25	4	April 1979	9,5960
1975/III	50	356	99	9,25	4	April 1979	9,5960
1975/IV							
1. Tranche	100	712	99	9,5	6	April 1981	9,7642
2. Tranche	50	356	99	9,65	7	April 1982	9,8917

46.2.1.4. Die Kreditermächtigung wurde demnach durch Kreditoperationen in ausländischer Währung im Gegenwert von 10023,55 Mill. S ausgenützt.

46.2.2. Auslandskredite gemäß Art. II a Abs. 1, 2 und 4 BFG 1975, BGBl. Nr. 1, und § 1 des Bundesgesetzes vom 16. Mai 1975, BGBl. Nr. 293

46.2.2.1. Schuldverschreibungen

Bezeichnung der Schuld	Nominale in Millionen US $	ö. S.	Nettoerlös in % des Nominales	Zinssatz %	Laufzeit in Jahren	Monat und Jahr der Tilgung	Jährliche Gesamtbelastung gemäß BFG 1975 %
1975/II	50	825	99,25	9,375	7	Juni 1982	9,5537

46.2.2.2. Anleihen

Bezeichnung der Schuld	Gezeichnetes Nominale in Millionen US $	ö. S.	Nettoerlös in % des Nominales	Zinssatz %	Laufzeit in Jahren	Jährliche Gesamtbelastung gemäß BFG 1975 %
1975	50	825	98,576	9	7	9,3363

46.2.2.3. Von der angeführten Kreditermächtigung machte der Bundesminister für Finanzen somit durch Kreditoperationen in ausländischer Währung im Gegenwert von 1 650 Mill. S Gebrauch.

46.2.3. Auslandskredite gemäß Art. II a Abs. 1, 2, 3 und 4 BFG 1975, BGBl. Nr. 1, und § 1 des Bundesgesetzes vom 4. Juli 1975, BGBl. Nr. 382

46.2.3.1. Schuldverschreibungen

Bezeichnung der Schuld	Nominale in Millionen sfrs	ö. S.	Nettoerlös in % des Nominales	Zinssatz %	Laufzeit in Jahren	Monat und Jahr der Tilgung	Jährliche Gesamtbelastung gemäß BFG 1975 %
1975/VI	50	335	98	8	6	August 1981	8,5034

46.2.3.2. Anleihen

Bezeichnung der Schuld	Gezeichnetes Nominale in Millionen sfrs	ö. S.	Nettoerlös in % des Nominales	Zinssatz %	Laufzeit in Jahren	Jährliche Gesamtbelastung gemäß BFG 1975 %
1975	80	536	96,2287	7,75	15	8,4661

46.2.3.3. Buchkredite

Bezeichnung der Schuld	Nominale in Millionen DM	ö. S.	Nettoerlös in % des Nominales	Zinssatz %	Laufzeit in Jahren	Monat und Jahr der Tilgung	Jährliche Gesamtbelastung gemäß BFG 1975 %
1975/V	50	356	100	8,9	7	[1])	8,9
	hfl						
1975	60	412,2	100	8,75	7	[2])	8,75

[1]) In 2 Jahresraten jeweils im September der Jahre 1981 und 1982.
[2]) Ab Juli 1977 in 10 Halbjahresraten.

46.2.3.4. Die Kreditermächtigung wurde somit durch Kreditoperationen in ausländischer Währung im Gegenwert von 1 639,2 Mill. S ausgeschöpft.

46.2.4. Auslandskredite gemäß Art. VI Abs. 1 Z. 1 in Verbindung mit Art. II a Abs. 5 und 7 BFG 1975, BGBl. Nr. 1, in der Fassung der Bundesfinanzgesetznovelle vom 12. November 1975, BGBl. Nr. 563.

Ein internationales Bankenkonsortium stellte den US-Dollar-Kommerzbankkredit 1975 im Gesamtnominale von 300 Mill. US-Dollar in 2 gleichhohen Tranchen (5 580 Mill. S) zur Verfügung. Bei der Zuzählung des Kredites war eine Führungsprovision von 0,5% des Nominales zu entrichten. Während der 7jährigen Kreditlaufzeit sind weiters an Spesen pro Tranche jährlich 5 000 US-Dollar zu zahlen. Der Kredit kann ab Beginn jeder der — je nach Wahl des Schuldners — mit 3 oder 6 Monaten festzusetzenden Zinsperioden auch in einer anderen Währung als in US-Dollar weitergewährt werden, wenn der Bund dies wünscht. Der Zinssatz ist variabel und liegt um 1,25% über der jeweiligen Interbankrate für 3- bzw. 6monatiges Geld in der betreffenden Währung [1]). Die Rückzahlung erfolgt ab Juni 1980 in 6 Halbjahresraten.

[1]) Gemäß Art. VI Abs. 1 Z. 1 BFG 1975 ist für die Beurteilung der Gesamtbelastung bei Krediten mit variablem Zinssatz nur die sich für den Zeitpunkt des Vertragsabschlusses ergebende Gesamtbelastung maßgebend. Da diesem Prozentsatz, der nur für einen Bruchteil der Laufzeit die tatsächlichen Verhältnisse widerspiegelt, kein Aussagewert zukommt und seine Heranziehung für Vergleiche mit zu festen Zinssätzen aufgenommenen Krediten zu unrichtigen Schlußfolgerungen führen könnte, wird von der Anführung der Gesamtbelastung gemäß BFG 1975 Abstand genommen.

46.2.5. Auslandskredite zur vorübergehenden Kassenstärkung gemäß Art. VI Abs. 1 Z. 2 BFG 1975, BGBl. Nr. 1 (Erläuterung dazu siehe Abs. 46.3.7.)

Buchkredite

Kreditgeber	Nominale in Millionen Fremdwährung		ö. S.	Laufzeit	Zinssatz %
Internationales Bankenkonsortium	DM	155	1 103,6		
	US $	23	393,3	6 Monate	variabel [1])
	sfrs	103	690,1		
	hfl	50	343,5		
Niederländisches Bankenkonsortium	hfl	70	480,9	3 Wochen	8,25
Österreichisches Kreditinstitut	DM	25	178 [2])	6 Monate	7,875
	sfrs	35	234,5 [2])	6 Monate	7,875

[1]) 5/8% p. a. über dem jeweiligen Basiszinssatz für 1 Monatsgeld der entsprechenden Währung am Interbankmarkt.
[2]) Der Kreditvertrag enthält auch die Vereinbarung, einen Teilkredit in Inlandswährung flüssig zu machen. Der Nachweis erfolgt unter TZ 46.3.7.3.

Es wurden demnach zur vorübergehenden Kassenstärkung Auslandskredite in Höhe von 3 423,9 Mill. S aufgenommen.

Kreditoperationen im Inland

46.3.1. Inlandskredite gemäß Art. VI Abs. 1 Z. 1 BFG 1975, BGBl. Nr. 1

46.3.1.1. Bundesanleihen

Bezeichnung	Gezeichnetes Nominale in Millionen S	Zinssatz %	Nettoerlös in % des Nominales	Laufzeit in Jahren	Jährliche Gesamtbelastung gemäß BFG 1975 %
Investitionsanleihe 1975, Ausgabe A.....	156 [1])	8,5	94,345	15	9,8248
Investitionsanleihe 1975, Ausgabe B.....	644	8,5	94,345	8	10,3414
Investitionsanleihe 1975/S	800	8,5	94,795	8	10,3333
Investitionsanleihe 1975/II, Ausgabe A.....	121,6 [2])	8,5	94,495	15	9,7895
Investitionsanleihe 1975/II, Ausgabe B.....	878,4	8,5	94,495	9	10,4659

[1]) Hievon wurden Nominale 99,633 Mill. S unter Inanspruchnahme der 15%igen Steuerbegünstigung gezeichnet. Daraus ergibt sich eine Erlösminderung um 14 944 950,— S.
[2]) Hievon wurden 82,117 Mill. S unter Inanspruchnahme der 15%igen Steuerbegünstigung gezeichnet. Daraus ergibt sich eine Erlösminderung um 12317 550,— S.

46.3.1.2. Bundesschatzscheine

Nominale in Millionen S	Nettoerlös in % des Nominales	Zinssatz %	Laufzeit Jahre	Laufzeit Monate	Laufzeit Tage	Jährliche Gesamtbelastung gemäß BFG 1975 %	Konversionszusagen Jahre	Konversionszusagen Monate	Mögliche Gesamtlaufzeit Jahre	Mögliche Gesamtlaufzeit Monate	Mögliche Gesamtlaufzeit Tage
750	99,3159	8,5	1	6	—	9,0176	1	6	3	—	—
973	99,3159	8,5	1	5	29	9,0186	1	6	2	11	29
750	99,3159	8,5	1	5	29	9,0186	3	—	4	5	29
675	99,2499	8,5	1	6	—	9,0680	1	6	3	—	—
500	99,2499	8,5	1	6	—	9,0680	3	—	4	6	—

46.3.1.3. Buchkredite

Darlehensgeber	Nominale in Millionen S	Zinssatz %	Nettoerlös in % des Nominales	Laufzeit in Jahren	Jährliche Gesamtbelastung gemäß BFG 1975 %
Öffentlich-rechtliche Körperschaften					
1 Kredit	10,5	4	100	10	4
1 Kredit	9	4	100	2,5	4
1 Kredit	25	4,2	99	4	4,5454

46.3.1.4. Aufgrund der angeführten Kreditermächtigung wurde somit der Inlandsmarkt mit einem Betrag von 6 292,5 Mill. S in Anspruch genommen.

46.3.2. Inlandskredite gemäß Art. II a Abs. 1, 2 und 4 BFG 1975, BGBl. Nr. 1, und § 1 des Bundesgesetzes vom 16. Mai 1975, BGBl. Nr. 293

46.3.2.1. Bundesschatzscheine

Nominale in Millionen S	Nettoerlös in % des Nominales	Zinssatz %	Laufzeit Jahre	Laufzeit Monate	Laufzeit Tage	Jährliche Gesamtbelastung gemäß BFG 1975 %	Konversionszusagen Jahre	Konversionszusagen Monate	Mögliche Gesamtlaufzeit Jahre	Mögliche Gesamtlaufzeit Monate	Mögliche Gesamtlaufzeit Tage
145	99,1799	8,5	1	5	28	9,1236	1	6	2	11	28
380	99,1799	8,5	1	6	—	9,1215	1	6	3	—	—

46.3.2.2. Buchkredite

Darlehensgeber	Nominale in Millionen S	Zinssatz %	Nettoerlös in % des Nominales	Laufzeit in Jahren	Jährliche Gesamtbelastung gemäß BFG 1975 %
Öffentlich-rechtliche Körperschaft					
1 Kredit	25	4,2	99	4	4,5454
Kreditinstitute					
1 Kredit	3,1	4,2	100	4	4,2
1 Kredit	4	4,2	100	4	4,2
1 Kredit	4	4,2	100	3,5	4,2

46.3.2.3. Die Kreditermächtigung wurde also durch Kreditoperationen in inländischer Währung mit 561,1 Mill. S ausgenützt.

46.3.3. Inlandskredite gemäß Art. II a Abs. 1, 2, 3 und 4 BFG 1975, BGBl. Nr. 1, und § 1 des Bundesgesetzes vom 4. Juli 1975, BGBl. Nr. 382

46.3.3.1. Bundesanleihen

Bezeichnung	Gezeichnetes Nominale in Millionen S	Zinssatz %	Nettoerlös in % des Nominales	Laufzeit in Jahren	Jährliche Gesamtbelastung gemäß BFG 1975 %
Investitionsanleihe 1975/II/S	800	8,5	94,795	10	10,3486
Investitionsanleihe 1975/III, Ausgabe A.....	120 [1])	8,5	94,62	15	9,7470
Investitionsanleihe 1975/III, Ausgabe B.....	680	8,5	94,62	9	10,3880

[1]) Diese Ausgabe wurde zur Gänze unter Inanspruchnahme der 15%igen Steuerbegünstigung gezeichnet. Daraus ergibt sich eine Erlösminderung um 18 Mill. S.

46.3.3.2. Bundesschatzscheine

Nominale in Millionen S	Nettoerlös in % des Nominales	Zinssatz %	Laufzeit Jahre	Laufzeit Monate	Laufzeit Tage	Jährliche Gesamtbelastung gemäß BFG 1975 %	Konversionszusagen Jahre	Konversionszusagen Monate	Mögliche Gesamtlaufzeit Jahre	Mögliche Gesamtlaufzeit Monate	Mögliche Gesamtlaufzeit Tage
435	99,1799	8,5	1	5	28	9,1236	1	6	2	11	28
715	99,1799	8,5	1	6	—	9,1215	1	6	3	—	—

46.3.3.3. Von der Kreditermächtigung wurde somit auf dem Inlandsmarkt im Ausmaß von 2 750 Mill. S Gebrauch gemacht.

46.3.4. Inlandskredite gemäß Art. VI Abs. 1 Z. 1 in Verbindung mit Art. II a Abs. 5 und 7 BFG 1975, BGBl. Nr. 1, in der Fassung der Bundesfinanzgesetznovelle vom 12. November 1975, BGBl. Nr. 563

46.3.4.1. Bundesschatzscheine

Nominale in Millionen S	Nettoerlös in % des Nominales	Zinssatz %	Laufzeit Jahre	Laufzeit Monate	Laufzeit Tage	Jährliche Gesamtbelastung gemäß BFG 1975 %	Konversionszusage Jahre	Konversionszusage Monate	Mögliche Gesamtlaufzeit Jahre	Mögliche Gesamtlaufzeit Monate	Mögliche Gesamtlaufzeit Tage
181	99,1799	8,5	1	5	28	9,1235	1	6	2	11	28

46.3.4.2. Bundesobligationen

Bezeichnung	Nominale in Millionen S	Zinssatz %	Nettoerlös in % des Nominales	Laufzeit in Jahren	Jährliche Gesamtbelastung gemäß BFG 1975 %
1975	3 000	8,5	95,75	6	9,7650
1975/II	1 129	8,5	95,75	6	9,7650
1975/III	2 110	8,5	96,75	5	9,5319

46.3.4.3. Somit wurden Inlandskredite im Ausmaß von insgesamt 6 420 Mill. S aufgenommen.

46.3.5. Inlandskredite gemäß Art. VI Abs. 1 Z. 1 in Verbindung mit Art. II a Abs. 6 und 7 BFG 1975, BGBl. Nr. 1, in der Fassung der Bundesfinanzgesetznovelle vom 12. November 1975, BGBl. Nr. 563

46.3.5.1. Bundesanleihen

Bezeichnung	Gezeichnetes Nominale in Millionen S	Zinssatz %	Nettoerlös in % des Nominales	Laufzeit in Jahren	Jährliche Gesamtbelastung gemäß BFG 1975 %
Investitionsanleihe 1975/III/S	2 920	8,5	94,795	10	10,2678
Investitionsanleihe 1975/IV	780	8,5	94,495	10	10,3457
Investitionsanleihe 1975/V, Ausgabe A	180 [1])	8,5	94,495	15	9,7895
Investitionsanleihe 1975/V, Ausgabe B	620	8,5	94,495	10	10,3457

[1]) Hievon wurden Nominale 131,052 Mill. S unter Inanspruchnahme der 15%igen Steuerbegünstigung gezeichnet. Daraus ergibt sich eine Erlösminderung um 19 657 800,— S.

46.3.5 2. Bundesobligationen

Bezeichnung	Nominale in Millionen S	Zinssatz %	Nettoerlös in % des Nominales	Laufzeit in Jahren	Jährliche Gesamtbelastung gemäß BFG 1975 %
1975/IV	820	8,5	96,75	5	9,5319
1975/V	200	8,5	91,72	15	10,4639
1975/VI	400	8,5	94,31	9	10,5485

46.3.5.3. Bankendarlehen

Darlehensgeber	Nominale in Millionen S	Zinssatz %	Nettoerlös in % des Nominales	Laufzeit in Jahren	Jährliche Gesamtbelastung gemäß BFG 1975 %
Österreichische Kreditinstitute					
7 Darlehen [1])	1 760	9,25	97,50	7	9,8816
Wiener Bankinstitut					
1 Darlehen	200	9,25	99	5	9,5678
1 Darlehen	100	9,875	100	15	9,8750

[1]) Die Darlehen wurden zu einheitlichen Kreditkonditionen begeben.

46.3.5.4. Von der Kreditermächtigung machte somit der Bundesminister für Finanzen auf dem Inlandsmarkt im Ausmaß von 7 980 Mill. S Gebrauch.

46.3.6. Inlandskredite gemäß Art. VI Abs. 1 Z. 2 a BFG 1975, BGBl. Nr. 1, in der Fassung der Bundesfinanzgesetznovelle vom 12. November 1975, BGBl. Nr. 563 (sogenannte „Kassenstärker neuen Typs")

Aufgrund dieser gesetzlichen Ermächtigung wurden zum Zwecke der kassenmäßigen Bedekkung von Zahlungen zum Jahresende 8,5% Bundesschatzscheine im Nominale von 3 000 Mill. S begeben; der Nettoerlös betrug 99,1799% des Nominales. Diese Bundesschatzscheine mußten im Gegensatz zu den im folgenden Absatz erwähnten Kassenstärkungskrediten nicht vor Ablauf des Finanzjahres getilgt werden, sondern durften eine Laufzeit bis 31. Dezember 1978 aufweisen. Sie beträgt zunächst 1 Jahr, 5 Monate und 28 Tage, eine Konversionszusage (Verlängerung der Laufzeit um 1 ½ Jahre) liegt vor.

Das in der vorgenannten Kreditermächtigung eingeräumte Limit von 3 000 Mill. S wurde zur Gänze ausgeschöpft.

46.3.7. Kreditoperationen zur vorübergehenden Kassenstärkung gemäß Art. VI Abs. 1 Z. 2 BFG 1975, BGBl. Nr. 1

46.3.7.1. Der Bundesminister für Finanzen war im Jahr 1975 gemäß Art. VI Abs. 1 Z. 2 BFG 1975 ermächtigt, kurzfristige Kreditoperationen zur vorübergehenden Kassenstärkung im Ausmaß von 8 Milliarden Schilling durchzuführen; dieses — revolvierende — Limit wurde im Laufe des Finanzjahres zur Gänze ausgenützt (mit Einbeziehung der unter Abs. 46.2.5. nachgewiesenen kurzfristigen Kreditoperationen im Ausland).

Die Inanspruchnahme des Inlandsmarktes für Zwecke der Kassenstärkung erfolgte in folgender Weise:

46.3.7.2. Bundesschatzscheine

Im Berichtsjahr wurden 2,25% Bundesschatzscheine mit Laufzeiten von 23 Tagen bis zu 3 Monaten und einem Gesamtnominale von 12 600 Mill. S begeben.

46.3.7.3. Buchkredite

Kreditgeber	Nominale in Millionen S	Laufzeit Monate	Laufzeit Tage	Zinssatz %
Kreditinstitut	750	—	20	9,3978
Kreditinstitut	700	—	57	8,25
Kreditinstitut	1 450	3	—	7,375
Bankenkonsortium	1 800	5	—	7,625
Kreditinstitut	600 [1])	6	—	7,875
Bankenkonsortium	1 550	6	—	7,75

[1]) Der Kreditvertrag enthält auch die Vereinbarung, 2 Teilkredite in Auslandswährung flüssig zu machen. Der Nachweis erfolgt unter 46.2.5.

Es wurden demnach Inlandskredite zur vorübergehenden Kassenstärkung in der Höhe von 19 450 Mill. S aufgenommen.

46.3.8. Kreditoperationen aufgrund anderer gesetzlicher Ermächtigungen

Kreditoperationen zum Zwecke des Erlages der österreichischen Quote für internationale Finanzinstitutionen

Die Oesterreichische Nationalbank hat dem Bund zur Einlösung von Bundesschatzscheinen, welche zum Zwecke des Erlages der österreichischen Quote für internationale Finanzinstitutionen gemäß § 1 des 3. Schatzscheingesetzes 1948, BGBl. Nr. 159, in der jeweils geltenden Fassung begeben wurden, aufgrund des in der Anlage zum Bundesgesetz vom 27. Feber 1963, BGBl. Nr. 51, enthaltenen Übereinkommens zwischen dem BM f. Finanzen und der Oesterreichischen Nationalbank weitere mit 2% pro anno verzinsliche Kredite in Höhe von 153,4 Mill. S gewährt.

Zusammenfassung

46.4.1. Der Bundesminister für Finanzen hat die ihm erteilten gesetzlichen Ermächtigungen zur Durchführung von Kreditoperationen, abgesehen von solchen zur Kassenstärkung, die vor Ablauf des Finanzjahres 1975 zu tilgen waren, auf dem inländischen und ausländischen Kapitalmarkt in nachstehend angeführtem Umfang ausgenützt:

Ermächtigung	Betrag laut Ermächtigung	ausgenützter Betrag	Rest
Art. VI Abs. 1 Z. 1 BFG 1975, BGBl. Nr. 1	16 326 381 000 S	16 316 050 000 S	10 331 000 S
Art. II a Abs. 1, 2 und 4 BFG 1975, BGBl. Nr. 1, und § 1 BG v. 16. 5. 1975, BGBl. Nr. 293	2 234 200 000 S	2 211 100 000 S	23 100 000 S

Ermächtigung	Betrag laut Ermächtigung	ausgenützter Betrag	Rest
Art. II a Abs. 1, 2, 3 und 4 BFG 1975, BGBl. Nr. 1, und § 1 BG v. 4. 7. 1975, BGBl. Nr. 382	4 423 211 000 S	4 389 200 000 S	34 011 000 S
Art. VI Abs. 1 Z. 1 i. V. mit Art. II a Abs. 5 und 7 BFG 1975, BGBl. Nr. 1, i. d. F. der BFG-Novelle vom 12. 11. 1975, BGBl. Nr. 563	12 000 000 000 S	12 000 000 000 S	—
Art. VI Abs. 1 Z. 1 i. V. mit Art. II a Abs. 6 und 7 BFG 1975, BGBl. Nr. 1, i. d. F. der BFG-Novelle vom 12. 11. 1975, BGBl. Nr. 563	8 000 000 000 S	7 980 000 000 S	20 000 000 S
Art. VI Abs. 1 Z. 2 a BFG 1975, BGBl. Nr. 1, i. d. F. der BFG-Novelle v. 12. 11. 1975, BGBl. Nr. 563	3 000 000 000 S	3 000 000 000 S	—
Zwischensumme	45 983 792 000 S	45 896 350 000 S	87 442 000 S
§ 1 d. 3. Schatzscheingesetzes 1948, BGBl. Nr. 159, i. d. jew. geltenden Fassung	nicht limitiert	153 389 988 S	—
Summe		46 049 739 988 S	

46.4.2. Auf dem ausländischen Kapitalmarkt führte der Bund im Berichtsjahr Kreditoperationen*) im Gegenwert von rund 18 892 Mill. S durch. Infolge eines Nettokursverlustes von 421 Mill. S kam es zu einer Schulderhöhung um insgesamt 19 313 Mill. S, welcher Tilgungszahlungen von 791 Mill. S gegenüberstanden, so daß sich die nichtfällige Auslandsschuld im Jahre 1975 von 13 540 Mill. S um netto 18 522 Mill. S oder 136,79% auf 32 062 Mill. S erhöhte.

*) Abgesehen von den unter TZ 46.2.5. erwähnten vor Ablauf des nanzjahres getilgten Kreditoperationen zur Kassenstärkung.

Die Kreditoperationen im Inland erreichten im Berichtsjahr 27 207 Mill. S. Diesen Kreditaufnahmen standen Schuldtilgungen von 6 707,3 Mill. S sowie die aufgrund des Bundesgesetzes vom 7. Juli 1976, BGBl. Nr. 377, vorgenommene Berichtigung im Ausmaß von 2 000 Mill. S gegenüber, so daß die nichtfällige Inlandsschuld im Jahr 1975 von 49 855 Mill. S um netto 18 500 Mill. S oder 37,11% auf 68 355 Mill. S wuchs.

46.4.3. Im Berichtsjahr erhöhte sich somit die gesamte nichtfällige Finanzschuld des Bundes von 63 395 Mill. S um 37 022 Mill. S oder 58,40% auf 100 417 Mill. S.

46.4.4. Die fällige Finanzschuld des Bundes betrug am 31. Dezember 1975 117 877 894,69 S und war um 80 809,12 S höher als Ende 1974.

Prolongierung von Finanzschulden

46.5.1. In Ausnützung der Ermächtigung durch Art. VI Abs. 1 Z. 3 lit. a BFG 1975 zur Prolongierung der Verpflichtungen des Bundes aus Anleihen, Darlehen und sonstigen Krediten hat der Bundesminister für Finanzen im Berichtsjahr die Laufzeit der folgenden, in den Vorjahren begebenen Bundesschatzscheine aufgrund der von den ersterwerbenden Kreditinstituten abgegebenen Prolongationszusagen um den jeweils vereinbarten Zeitraum bei sonst unveränderten Konditionen erstreckt:

Prolongierung von Bundesschatzscheinen

Nominale in Millionen S	Zinssatz %	Ursprüngliche Laufzeit in Jahren	Monaten	Prolongierung um Jahre	Monate	Daher Gesamtlaufzeit in Jahren	Monaten
443	6,75	1	6	1	6	3	—
765	6,75	2	—	2	—	4	—
1 835	6,75	3	6	1	6	5	—

Bei den nachstehend angeführten Schatzscheinen ist eine nochmalige Prolongation möglich:

Nominale in Millionen S	Zinssatz %	Ursprüngliche Laufzeit in Jahren	Monaten	Prolongierung um Jahre	Monate	Nochmalige Prolongationsmöglichkeit um Jahre	Monate
665	6,75	1	6	2	—	1	6

46.5.2. Durch Art. XI des Bundesgesetzes vom 15. Juni 1972, BGBl. Nr. 224, in der Fassung des rückwirkend mit 1. Jänner 1975 in Kraft getretenen Art. II des Bundesgesetzes vom 12. Dezember 1975, BGBl. Nr. 636, wurde der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, Kredite zur Zwischenfinanzierung der Vorratsentlastung gemäß § 27 des Umsatzsteuergesetzes 1972, BGBl. Nr. 223, mit einer Laufzeit bis Ende 1980 im Gesamtausmaß von 10 Milliarden S aufzunehmen sowie derartige Kredite zu prolongieren.

Gestützt auf diese Ermächtigung wurden die im Finanzjahr 1973 erstmals mit einer Laufzeit von 3 Monaten begebenen und im Finanzjahr 1974 mehrmals prolongierten 2,25% Bundesschatzscheine im Betrage von 4 000 Mill. S (siehe TB 1973 Abs. 69.6. und TB 1974 Abs. 67.5.2.) in dem nach Tilgung von 200 Mill. S verbliebenen Restnominale von 3 800 Mill. S im Berichtsjahr jeweils um 3 Monate bis über das Jahr 1975 hinaus prolongiert.

Konversion von Finanzschulden

46.6. Der Bundesminister für Finanzen hat im Wege der Konversion von Bundesschatzscheinen aus den Vorjahren gemäß Art. VI Abs. 1 Z. 3 lit. b BFG 1975 folgende Bundesschatzscheine begeben:

Bundesschatzscheine

Nominale in Millionen S	Nettoerlös in % des Nominales der ursprüngl. Bundesschatzscheine	neuen Bundesschatzscheine	Zinssatz %	Laufzeit der ursprüngl. Bundesschatzscheine Jahre	Monate	neuen Bundesschatzscheine Jahre	Monate	Jährliche Gesamtbelastung gemäß BFG 1974 [1] %	BFG 1975 [2] %
300	99,5779	99,2499	8,5	1	5	1	6	8,8352	9,0680
860	99,5779	99,1799	8,5	1	6	1	6	8,8301	9,1215
315	99,5779	99,2499	8,5	1	6	1	6	8,8191	9,0680

[1]) der ursprünglichen Bundesschatzscheine
[2]) der neuen Bundesschatzscheine

Bei den nachstehend angeführten Schatzscheinen ist eine nochmalige Konversion möglich:

Bundesschatzscheine

Nominale in Millionen S	Nettoerlös in % des Nominales alt	neu	Zinssatz %	Ursprüngl. Laufzeit in Jahren	Monaten	Neue Laufzeit in Jahren	Monaten	nochmalige Konversionsmöglichkeit mit einer Laufzeit von Jahren	Monaten	Jährliche Gesamtbelastung gemäß BFG 1974 [1] %	BFG 1975 [2] %
150	99,5779	99,1799	8,5	1	6	1	6	1	6	8,8301	9,1215
5	99,5779	99,2499	8,5	1	6	1	6	1	6	8,8191	9,0680

[1]) der ursprünglichen Bundesschatzscheine
[2]) der neuen Bundesschatzscheine

Kreditoperationen zu variablen Zinssätzen

46.7.1. Bei den mit variablen Zinssätzen durchgeführten Kreditoperationen ist die Auswirkung der Kreditkonditionen nur dann feststellbar und der Vergleich mit den im selben Zeitraum mit festen Zinssätzen aufgenommenen Krediten nur dann möglich, wenn die während der gesamten Dauer dieser Kreditoperationen sich ergebende Zinsenbelastung überblickt werden kann.

46.7.2. Der RH faßte daher alle in den Vorjahren aufgenommenen Kredite, für die im Jahr 1975 Zinsen anfielen, wie folgt zusammen:

Bezeichnung der Schuld	Zinssatz 1975 1. Halbjahr %	2. Halbjahr %	Durchschnitts-Zinssatz 1975 %	Durchschnittlicher Zinssatz seit der Kreditaufnahme % [1])
$ Kommerzbankkredit 1971/I	15,3125	9,5	12,4063	9,3203
$ Kommerzbankkredit 1971/II	10,75	7,8125	9,2813	8,9063
$ Kommerzbankkredit 1971/III				
1. Tranche	10,875	8	9,4375	8,9766
2. Tranche	11,5	7,75	9,625	9,0703
3. Tranche	11,5625	7,6875	9,625	9,1797
$ Kommerzbankkredit 1971/IV	11,5	7,75	9,625	9,0781
$ Kommerzbankkredit 1972				
1. Tranche	13,875	8,8125	11,3438	9,8333
2. Tranche	14,125	8,9375	11,5313	9,9375
3. Tranche	14,5625	8,0625	11,3125	9,875
4. Tranche	14,875	8,5	11,6875	10,3333
$ Kommerzbankkredit 1974/I	14,25	8,25	11,25	10,5833
$ Kommerzbankkredit 1974/II	14,8125	8,5625	11,6875	11,9583

	Zinssatz 1975					
	1. Viertelj.	2. Viertelj.	3. Viertelj.	4. Viertelj.	Durchschnittszinssatz 1975	Durchschnittlicher Zinssatz seit der Kreditaufnahme
	%				%	% [1]
Rahmenkredit 1972 ...	14,4375	8,125	6,75	7,9375	9,3125	9,8021

[1]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung im Sinne der Bundesfinanzgesetze seit der Kreditaufnahme entspricht dem durchschnittlichen Zinssatz seit der Kreditaufnahme.

46.8. Die folgende Aufstellung vermittelt einen Überblick über die Entwicklung der nichtfälligen Finanzschuld seit dem Jahre 1957:

Stand der Finanzschulden am 31. Dezember	Betrag Mill. S	Zuwachs der Finanzschulden seit 31. 12. 1957 (in Prozenten)	Jährliche Zuwachsrate	Schuldquote je Einwohner in Österreich Schilling	Summe der Bundesausgaben (laut Bundesrechnungsabschluß) Millionen Schilling	Finanzschulden in Prozenten der Summe der Bundesausgaben
1957	10 957	—	—	1 549	36 279	30,2
1966	29 277	167	3,5	4 016	72 259	40,5
1967	34 579	216	18,1	4 722	76 407	45,3
1968	39 841	264	15,2	5 421	86 174	46,2
1969	43 603	298	9,4	5 914	93 194	46,8
1970	47 071	330	8	6 369	101 584	46,3
1971	46 778	327	—0,6	6 274	112 567	41,5
1972	49 788	354	6,4	6 650	127 889	38,9
1973	56 182	413	12,8	7 504	141 150	39,8
1974	63 395	479	12,8	8 399	167 133	37,9
1975	100 417	816	58,4	13 370	196 697	51,1

e) Sonstige Wahrnehmungen auf dem Gebiete der Finanzschuld

Schuldscheindarlehen der Versicherungsanstalten 1974

47.1.1. Ende 1974 verständigte das BM f. Finanzen die Darlehensgeber der Versicherungs-Schuldscheindarlehen 1974 (siehe TB 1974 Abs. 67.3.1.3.) von einer Erhöhung des Zinssatzes, die in Verbindung mit einer gleichzeitig zugestandenen Herabsetzung des Zuzählungskurses die Effektivverzinsung dieser Darlehen mit Wirkung vom 1. Juli 1974 an dem durch Bonifizierung öffentlicher Anleihen gestiegenen Renditeniveau angleichen sollte.

47.1.2. Die Differenz zwischen den alten und den neuen Zuzählungskursen in Höhe von 3 158 700 S wurde den Versicherungsanstalten vom Bund rückerstattet.

47.1.3. Das BM f. Finanzen begründete diese Maßnahmen mit dem Ergebnis von Verhandlungen, die noch vor Abschluß der einzelnen Darlehensverträge zwischen einem Vertreter des Verbandes der Versicherungsunternehmungen Österreichs (kurz Verband) und dem BM f. Finanzen geführt wurden. Wie aus einem vom Vertreter des Verbandes angefertigten Aktenvermerk vom 11. Februar 1974 hervorgeht — seitens des BM f. Finanzen wurde das Ergebnis der Verhandlungen schriftlich nicht festgehalten —, ist bei diesen Gesprächen unter anderem Übereinstimmung erzielt worden, die Rendite der 1974 begebenen Versicherungsdarlehen rückwirkend entsprechend höher zu berechnen, sollte die Rendite der ersten Emission des Bundes im Jahre 1974 (Bundesanleihe 1974) 8,5% übersteigen. Die später mit den einzelnen Versicherungsunternehmungen abgeschlossenen Darlehensverträge enthielten jedoch keine diesbezügliche Bestimmung.

47.1.4. Gemäß der mit der Bundesfinanzgesetz-Novelle vom 12. Juli 1974 (kurz BFG-Novelle 1974), BGBl. Nr. 417, geschaffenen besonderen Konversionsermächtigung wurde unter anderem auch der Nominalzinsfuß der Bundesanleihe 1974 mit Wirkung vom 1. Juni 1974 an auf 8% erhöht, wodurch die Rendite (Gesamtbelastung gemäß Art. VI Abs. 1 Z. 1 BFG 1974, BGBl. Nr. 1) dieser Anleihe von 9,55% auf 10,88% stieg. Das BM f. Finanzen führte daraufhin mit den Versicherungsunternehmungen über das Ausmaß dieser Bonifizierung Verhandlungen, die zu einer Erhöhung des Zinssatzes auf 8% und zur Herabsetzung des Zuzählungskurses führten. Auf die Rechtsgrundlage für diese Renditeerhöhung angesprochen, teilte es dem RH mit, es sehe in der erwähnten Übereinkunft für den Fall einer Erhöhung der Rendite der ersten Bundesanleihe 1974 die verbindliche Vereinbarung einer Gleitklausel.

47.2.1. Der RH konnte sich der Rechtsansicht des BM f. Finanzen, die genannten Konditionsverbesserungen seien die Folge einer Gleitklausel, die durch Art. VI Abs. 1 Z. 1 BFG 1974, BGBl. Nr. 1, gedeckt wäre, nicht anschließen.

Eine Gleitklausel ist eine Nebenabrede zu einem Vertrag, die besagt, daß bestimmte, ursprünglich vereinbarte Konditionen bei Eintritt gewisser Bedingungen sich ändern, ohne daß es einer neuen Willensübereinstimmung der Ver-

tragspartner bedarf. Sie setzt voraus, daß die neuen Konditionen aus dem ursprünglichen Vertragsinhalt, wenn auch unter Zuhilfenahme von erst bei Eintritt der Bedingung feststellbaren Größen und Meßzahlen, eindeutig ableitbar sind. Der vorerwähnte Aktenvermerk enthält aber keine klare Formulierung in diesem Sinne.

47.2.2. Daß auch das BM f. Finanzen zunächst in dem Vertragswerk über die Versicherungsdarlehen 1974 keine Effektivverzinsungsautomatik sehen konnte, ergibt sich aus dem ersten im BM f. Finanzen über die Erhöhung der Rendite der Versicherungsdarlehen 1974 angelegten Geschäftsstück, in welchem es betonte, daß in den einzelnen Darlehensverträgen keine Gleitklauseln enthalten seien und deshalb Konversionsverhandlungen notwendig würden.

47.2.3. Der RH kam zu dem Ergebnis, daß die Konditionen der 1975 begebenen Versicherungsdarlehen nur gemäß Art. I Z. 2 der BFG-Novelle 1974, BGBl. Nr. 417, hätten geändert werden können, also lediglich der Zinssatz auf 8% hätte angehoben werden dürfen. Für die Herabsetzung der Zuzählungskurse reichte hingegen diese Rechtsgrundlage nicht aus.

47.2.4. Schließlich wies der RH das BM f. Finanzen darauf hin, daß die an die Versicherungsunternehmungen gerichteten schriftlichen Notifikationen über die Abänderung der in den ursprünglich ausgestellten „Darlehensvertragsurkunden" enthaltenen Nominalzinsfuß- und Zuzählungskursprozentsätze genauso der Gegenzeichnung durch den Präsidenten des RH bedurft hätten, wie die „Darlehensvertragsurkunden" selbst (Art. 121 Abs. 3 B-VG, § 10 Abs. 1 RH-Gesetz 1948).

47.3.1. Das BM f. Finanzen entgegnete, daß der RH aus einem anderen Anlaß das im mehrmals erwähnten Aktenvermerk festgehaltene Ergebnis von Gesprächen zwischen einem Vertreter des Verbandes und dem BM f. Finanzen als Vereinbarung mit den Versicherungsanstalten bezeichnet habe. Diese Vereinbarung sei in die einzelnen „Darlehensvertragsurkunden" zwar nicht aufgenommen worden, doch ändere dies nichts an ihrer rechtsverbindlichen Wirkung. Im übrigen sei aus dem Aktenvermerk zu ersehen, „daß bei den Verhandlungen bereits ein Zeitpunkt festgelegt wurde, der von objektiven Faktoren abhängig war und es somit keines neuen Willensaktes des BM f. Finanzen als Vertragspartner bedurfte". Die vom BM f. Finanzen gewählte Vorgangsweise widerspreche auch nicht der BFG-Novelle 1974, BGBl. Nr. 417, da diese Gesetzesregelung lediglich die Anhebung des Nominalzinsfußes mit höchstens 8% beschränke, hingegen die effektive Belastung aus der Bonifizierung offenlasse.

47.3.2. Der Ansicht des RH, daß es sich bei den Notifikationen an die Versicherungsunternehmungen um grundsätzlich gegenzeichnungspflichtige Urkunden handle, pflichtete das BM f. Finanzen hingegen bei. Ebenso gab das BM f. Finanzen bekannt, daß es in die Verträge über die nunmehr abgeschlossenen Versicherungsdarlehen Gleitklauseln eingebaut hat.

Werbeaufwand für Investitionsanleihen

48.1.1. Bei der Überprüfung der Werbekosten der Investitionsanleihen 1974/II, 1975 und 1975/II stellte der RH fest, daß das BM f. Finanzen seit dem Jahre 1969 die „Informationsstelle für Wertpapiere Ges.m.b.H." (kurz IfW), eine Tochterfirma der Österreichischen Kontrollbank AG, mit dem Abschluß der Verträge über Werbemaßnahmen für Bundesanleihen betraut. Die Auftragserteilung geht in der Form vor sich, daß die IfW dem BM f. Finanzen eine lediglich nach Werbeträgern grob gegliederte Werbekostenaufstellung übermittelt und diese mit der Unterschrift des zuständigen Abteilungsleiters, die die Genehmigung darstellt, zurückerhält. Aufgrund dieser genehmigten Werbekostenaufstellung erhält die Österreichische Kontrollbank AG einen der Kostenaufstellung entsprechenden Werbekostenvorschuß, der vom BM f. Finanzen sofort haushaltsmäßig als Ausgabe verrechnet wird. Die IfW schließt nun namens des BM Verträge über die einzelnen Werbemaßnahmen mit Werbeagenturen, Graphikern, Druckereien, Zeitungsunternehmungen u. dgl. Nach Abschluß der Werbeaktion übersendet die Österreichische Kontrollbank AG dem BM eine anhand der Werbekostenaufstellung gegliederte Abrechnung und stellt die nicht in Anspruch genommenen Teile des Vorschusses zurück — dies war bisher die Regel — oder fordert den noch offenen Restbetrag an.

48.1.2. Bis zum Jahre 1974 lagen den Abrechnungen die Fakturen über die im Rahmen der Werbeaktion erbrachten Lieferungen und Leistungen sowie die Zahlungsbelege bei. Seither verbleiben aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem BM und der Österreichischen Kontrollbank AG die Originalbelege zum überwiegenden Teil bei der Bank. Die Buchhaltung des BM erhält nur Ablichtungen oder Durchschriften.

48.2.1. Der RH machte das BM f. Finanzen darauf aufmerksam, daß diese Vorgangsweise zunächst der Allgemeinen Vorschrift für die Verrechnung und den Zahlungsverkehr des Bundes (kurz AVZ) nicht entspricht. Da die IfW auftrags und namens des Bundes tätig wird, werden zwischen dem Bund und jenen Firmen, die Lieferungen und Leistungen für die Anleihe-

werbung erbringen, unmittelbare Vertragsverhältnisse begründet. Gemäß der AVZ haben demnach die von diesen Firmen gelegten Rechnungen, die vor ihrer Liquidation von der Buchhaltung in sachlicher und rechnerischer Hinsicht zu prüfen sind, die Grundlage für die Ausfertigung der Zahlungs- und Verrechnungsaufträge zu bilden. Bei dem vom BM angewendeten Verfahren stehen jedoch im Zeitpunkt der Zahlung und haushaltsmäßigen Verrechnung weder die einzelnen Zahlungsempfänger noch die ihnen geschuldeten Beträge fest. Ebenso fehlen in diesem Zeitpunkt die Belege für die Lieferungen und Leistungen.

48.2.2. Abgesehen davon, daß in derartigen Fällen die Verrechnungsvorschriften die Leistung einer Anzahlung oder eines Vorschusses nicht vorsehen, ist bei dem Umfang und der Art der zu bewirkenden Lieferungen und Leistungen auch eine sachliche Notwendigkeit für Vorauszahlungen des Bundes an die Österreichische Kontrollbank AG nicht gegeben. Das bisherige Verfahren hatte zur Folge, daß die Kassenmittel des Bundes beträchtlich früher in Anspruch genommen wurden, als die Forderungen der Gläubiger zu befriedigen waren, u. zw. auch in einem die Forderungen übersteigenden Ausmaß. Die Belassung von Buchungsbelegen bei Stellen außerhalb der Bundesverwaltung wird durch die AVZ ausdrücklich untersagt.

48.2.3. Weiter bemängelte der RH, daß zwischen dem Bund und der IfW die Verträge über die Rechte und Pflichten der Vertragspartner nicht schriftlich abgeschlossen wurden. Da die in der Werbekostenaufstellung für die einzelnen Werbeträger vorgesehenen Beträge laut ausdrücklichem Vermerk keine bindenden Grenzen darstellen, besteht die Vereinbarung zwischen Bund und IfW über die Durchführung der Anleihewerbung lediglich in der Festlegung eines Gesamtausgabenrahmens. Als Beauftragte des Bundes hätte die IfW bei Vergabe der Aufträge auch die ÖNORM A 2050 sowie den Erlaß des BM f. Finanzen vom 22. Jänner 1963, Zl. 5 000-20/63, über das Bestellverfahren zu beachten gehabt, der die Schriftlichkeit der Auftragserteilung vorsieht.

48.2.4. Schließlich bezweifelte der RH überhaupt die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Heranziehung der IfW für die Anleihewerbung des Bundes. Das für ihre Einschaltung geltend gemachte Argument, Werbeagenturen würden eine gleichartige Tätigkeit wie die IfW nur auf vom Umsatz abhängiger Provisionsbasis ausüben, während die IfW einen fixen Betrag erhalte, der unter den Kosten einer Agentur liege, hält er nur für bedingt gültig. Die IfW zog nämlich ihrerseits für die Durchführung von Werbemaßnahmen in beträchtlichem Umfang Werbeagenturen heran, auf deren Fakturen in jenen Fällen, in denen eine detaillierte Rechnungslegung erfolgte, dem Bund Agenturprovisionen in Rechnung gestellt wurden, so daß in diesen Fällen der Bund zweimal belastet wurde.

Der RH regte daher an, das BM möge prüfen, ob nicht eine unmittelbare Vergabe der Werbeaufträge durch das BM, allenfalls unter Heranziehung des in dessen Präsidium eingerichteten Presse- und Informationsdienstes, kostensparender und für den Bund vorteilhafter wäre.

48.2.5. Zum Schluß verwies der RH darauf, daß unter den Werbeaufwendungen für die Investitionsanleihe 1975/II ein Charterflug Wien—Graz sowie Nächtigungs- und Konsumationsspesen in einem Hotel in Leoben im Gesamtbetrag von rund 82 000 S sowie der Ankauf von Aktenkoffern zu einem Preis von mehr als 23 000 S aufscheinen, und ersuchte um Mitteilung, in welcher Weise diese Ausgaben mit Werbemaßnahmen für Bundesanleihen im Zusammenhang stehen.

48.3.1. Das BM f. Finanzen teilte hiezu mit, daß es auch in Hinkunft erforderlich sein werde, die IfW für die Anleihewerbung heranzuziehen. Das Präsidium des BM f. Finanzen sowie dessen Presse- und Informationsdienst seien wegen des Umfanges und der Qualität der derzeitigen Anleihewerbung personell nicht in der Lage, die bisherigen Aufgaben der IfW zu übernehmen.

48.3.2. Entsprechend den Empfehlungen des RH werde jedoch die Heranziehung der IfW in Hinkunft auf vertragliche Basis gestellt werden. Weiters werde das BM f. Finanzen Vorschüsse nur mehr in Teilbeträgen und nur nach Maßgabe des Verbrauchs der bereits angewiesenen Summe flüssig machen. Hingegen sei die in den Verrechnungsvorschriften vorgesehene Begleichung der Fakturen über die einzelnen Lieferungen und Leistungen durch die Buchhaltung zu aufwendig. Auch würden branchenüblich bestimmte Aufträge, z. B. für Werbefilme, erst nach Erlag von Anzahlungen bis zu zwei Dritteln des Preises in Angriff genommen. Desgleichen müßten Postporti bevorschußt werden.

48.3.3. Der Hinweis des RH, daß gemäß der AVZ die Originalzahlungsbelege der Buchhaltung vorzulegen und bei dieser aufzubewahren seien, werde beachtet werden.

48.3.4. Die vom RH aufgezeigte Verrechnung von Agenturprovisionen bei Aufträgen, die über die IfW abgewickelt werden, sei nur eine scheinbare. Dem Bund komme nämlich in diesen Fällen ein Rabatt in der Höhe der Agenturprovision zugute, so daß ihn diese letzten Endes nicht belaste. Das BM f. Finanzen werde jedoch

in Hinkunft auf eine Bereinigung der unbefriedigenden Form der Rechnungslegung durch die Werbeagenturen dringen.

48.3.5. Die Flug-, Konsumations- und Nächtigungsspesen im Gesamtbetrag von rund 82 000 S sowie die Aufwendungen von 23 000 S für Aktenkoffer seien aus Anlaß eines „Kamingespräches" in einem Leobener Hotel aufgelaufen, bei dem die Bundesminister für Finanzen und für Bauten und Technik, der Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft und der Generaldirektor der ÖBB einer Gruppe von Journalisten das Investitionsprogramm des Bundes nahegebracht hätten. Das Flugzeug sei in Anbetracht der räumlichen Ausdehnung des Bundesgebietes als rationellstes Transportmittel herangezogen worden. Die Aktenkoffer sollten der Aufnahme der beim Kamingespräch verteilten Unterlagen im Gewicht von 3,5 kg je Teilnehmer dienen.

48.4. Da sich der RH dieser Stellungnahme des BM f. Finanzen nicht durchwegs anschließen konnte, dauert der Schriftverkehr über diesen Gegenstand weiter an.

Umrechnung eines Anleiheerlöses

49.1.1. Der Nettoerlös aus der 9%-US-Dollar-Anleihe 1975 (siehe TB 1975 Abs. 46.2.2.2.) von 49 575 000 US-Dollar wurde seitens des konsortialführenden Kreditinstitutes am 31. Juli 1975 auf einem Konto der Oesterreichischen Nationalbank zur Verfügung gestellt und von dieser am selben Tage dem Bund in Inlandswährung zum Devisengeldkurs von 17,99 S/US-Dollar, das ist mit einem Betrag von 891 829 244 S, gutgeschrieben.

49.1.2. Sowohl die Verrechnung des Kreditерlöses in der Anlehensgebarung als auch die Anrechnung des Kreditnominales auf das Limit gemäß Art. VI Abs. 1 Z. 1 des Bundesfinanzgesetzes (kurz BFG) 1975 wurden hingegen zum Kassenwert vorgenommen. Diese Art der Verrechnung von Erlösen aus Schuldaufnahmen in fremder Währung entsprach zwar einer langjährigen Verwaltungsübung, stand aber mit den einschlägigen Erlässen des BM f. Finanzen über die Verrechnung von Fremdwährungsbeträgen in Widerspruch. Die Anwendung des Kassenwertes bei der Anrechnung der Erlöse der Schuldaufnahmen auf das Limit für Kreditoperationen erfolgte aufgrund der ausdrücklichen Bestimmung des Art. VI Abs. 3 BFG 1975.

49.1.3. Als Folge der Heranziehung des Kassenwertes schien als Erlös der US-Dollar-Anleihe 1975 in der Anlehensgebarung nur ein Betrag von 825 000 000 S, d. s. nur rund 91,7% des zum tatsächlichen Umrechnungskurs berechneten Bruttoerlöses, auf. Desgleichen wurde das in Art. VI Abs. 1 Z. 1 BFG 1975 festgesetzte Limit für die Ermächtigung des Bundesministers für Finanzen zur Kreditaufnahme mit einem Betrag belastet, der um 48 375 000 S geringer war als der zum Devisenmittelkurs des gemäß Art. VI Abs. 3 BFG 1975 maßgebenden Tages des Vertragsabschlusses ermittelte Schillinggegenwert des Nominales der US-Dollar-Anleihe 1975.

49.2.1. Die Ursache hiefür liegt darin, daß das BM f. Finanzen trotz einer ständig steigenden Bewertung des US-Dollar, dessen Mittelkurs an der Wiener Börse am 10. Juli 1975 17 S, am 18. Juli 17,50 S und am 29. Juli 1975 bereits 18 S je US-Dollar überschritten hatte, den Kassenwert seit dem 1. Feber 1975 unverändert mit 16,50 S je US-Dollar belassen hatte. Erst mit Wirkung vom 1. August 1975 wurde der Kassenwert für US-Dolar neu festgesetzt.

49.2.2. Der RH beanstandete die unterbliebene Anpassung des Kassenwertes an die Kursentwicklung und wies das BM darauf hin, daß der Verfassungsgerichtshof in seinem Erkenntnis vom 8. Dezember 1967, G 18/67 (Slg. 5636/1967), die in Art. VII Abs. 4 BFG 1967 normierte Heranziehung des Kassenwertes für die Limitbelastung durch Fremdwährungskredite mit der Begründung als nicht verfassungswidrig ansah, daß der Kassenwert nichts anderes darstelle, als den in inländischer Währung ausgedrückten summarisch ermittelten wahren Wert der Fremdwährung. Der Gesetzgeber sei bei der Heranziehung des Kassenwertes davon ausgegangen, daß das BM f. Finanzen die Ermittlung dieses Wertes laufend vornehme und das Ergebnis veröffentliche.

49.2.3. Daraus entsteht nach Auffassung des RH für das BM die Verpflichtung, bei der Festsetzung des Kassenwertes dafür zu sorgen, daß dieser dem „wahren Wert" der Fremdwährung, d. h. von geringfügigen Abweichungen abgesehen dem Börsenkurs, entspricht. Von einer geringfügigen Abweichung kann aber nicht mehr gesprochen werden, wenn sich aus der Anwendung des Kassenwertes bei einer einzigen Kreditoperation ein Unterschiedsbetrag von nahezu 50 Mill. S gegenüber dem aufgrund des Börsenkurses ermittelten Betrag ergibt.

49.2.4. Zur Vermeidung einer Beeinträchtigung der Aussagekraft des Rechenwerkes und einer den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechenden Belastung der Kreditermächtigungslimite empfahl daher der RH dem BM, um eine laufende Anpassung der Kassenwerte an die Kursentwicklung bemüht zu sein, und erinnerte an die Festsetzung der Zollwertkurse gemäß § 9 des Wertzollgesetzes 1955, BGBl. Nr. 60, bei der das BM Kursbewegungen viel geringeren

Ausmaßes, als sie im vorliegenden Fall eintraten, regelmäßig zum Anlaß für Neufestsetzungen genommen hatte.

49.3. Das BM f. Finanzen teilte hiezu mit, daß es eine Erörterung aller mit dem Kassenwert im Zusammenhang stehenden Fragen unter Beteiligung der betroffenen Ressorts herbeizuführen beabsichtige und den RH im gegebenen Zeitpunkt einladen werde, daran teilzunehmen.

f) Bundeshaftungen

50.1. Das Haftungsobligo des Bundes betrug zum 31. Dezember 1975 insgesamt 157 571 Mill. S und war damit gegenüber dem Stand Ende 1974 von 120 192 Mill. S um 37 379 Mill. S oder 31,1% größer.

Auf Haftungsübernahmen kraft gesetzlicher Anordnung entfielen 30 146 Mill. S und auf Haftungsübernahmen aufgrund gesetzlicher Ermächtigung des Bundesministers für Finanzen 127 425 Mill. S.

50.2. Im Berichtsjahr selbst hat der Bundesminister für Finanzen im Namen des Bundes Haftungen im Ausmaß von 47 055 Mill. S übernommen. Dieser Betrag gliedert sich nach Wirtschaftszweigen wie folgt auf:

	Mill. S
Ausfuhrförderung	20 286
Ausfuhrfinanzierungsförderung	5 393
Elektrizitätswirtschaft	10 730
Straßenbau	6 446
Andere verstaatlichte Unternehmungen und Unternehmungen mit Bundesbeteiligung	3 224
Land- und Forstwirtschaft	308
Sonstige Wirtschaftszweige	668

50.3. Diesem Zuwachs standen im Berichtsjahr Verminderungen in Höhe von 10 621 Mill. S gegenüber, so daß sich der Stand der auf gesetzlichen Ermächtigungen fußenden Haftungsübernahmen von 90 991 Mill. S Ende 1974 um netto 36 434 Mill. S oder 40% auf 127 425 Mill. S erhöhte.

50.4. Im Jahre 1975 entstanden dem Bund durch Schadenszahlungen und sonstige Kosten aus Haftungsübernahmen Aufwendungen in Höhe von 322 Mill. S (1974: 358 Mill. S, Minderung somit 36 Mill. S oder 10%). Demgegenüber ergaben sich aus Entgelten und Rückersätzen Einnahmen von 261 Mill. S (1974: 208 Mill. S, Steigerung 53 Mill. S oder 25,5%) und damit ein Verlust von 61 Mill. S (1974: 150 Mill. S, Minderung 89 Mill. S oder 59,3%).

50.5. Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklung des Haftungsobligos:

Jahr	Haftungsobligo in Mill. S	Zuwachs seit 31. Dezember 1957 (in Prozenten)	Jährliche Zuwachsrate	Quote je Einwohner in Österreich Schilling	Summe der Bundesausgaben (lt. Bundesrechnungsabschluß) Mill. S	Summe des Haftungsobligos in Prozenten der Summe der Bundesausgaben
1957	12 050	—	—	1 730	36 279	33,2
1966	22 775	89,0	13,9	3 124	72 259	31,5
1967	30 169	150,4	32,5	4 120	76 407	39,5
1968	34 809	188,9	15,4	4 736	86 174	40,4
1969	41 373	243,3	18,9	5 611	93 194	44,4
1970 *)	62 614	419,6	51,3	8 472	101 584	61,6
1971	73 062	506,3	16,7	9 799	112 567	64,9
1972	85 958	613,3	17,6	11 481	127 889	67,2
1973	98 218	715,1	14,3	13 118	141 150	69,6
1974	120 192	897,4	22,4	15 924	167 133	71,9
1975	157 571	1 207,6	31,1	20 980	196 697	80,1

*) Ab diesem Jahr sind im Haftungsobligo die jeweils zum 31. Dezember bestehenden Verbindlichkeiten der Österreichischen Postsparkasse inbegriffen, für die der Bund gemäß § 1 Abs. 2 des Postsparkassengesetzes 1969, BGBl. Nr. 458, haftet.

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft

a) Nachträge zum Tätigkeitsbericht 1974

Burgenländische Landwirtschaftskammer; Bundesförderungsmittel für den Weinbau

51.1. Entsprechend einem mehrfachen Ersuchen (siehe TB 1974 Abs. 71.) hat das BM f. Land- und Forstwirtschaft dem RH ein gesamtösterreichisches Förderungskonzept des Bundes für den Weinbau übermittelt. Es sieht insbesondere die Förderung des Ausbaues überbetrieblicher Übernahms-, Verarbeitungs-, Lager- und Vermarktungseinrichtungen vor.

51.2. Im Hinblick auf die ständige Ausweitung der Weinanbauflächen und die dadurch verursachte Verschlechterung der Absatzsituation ersuchte der RH um Mitteilung, bis zu welcher Größe der Weinanbaufläche und dem daraus

ableitbaren erforderlichen Gesamtlagerraum das BM gewillt sei, Förderungsmaßnahmen zu setzen. Dazu hat das BM bisher noch nicht Stellung genommen.

BM f. Land- und Forstwirtschaft; Zinsenzuschüsse für die Agrarkredite

52.1.1. Zur Frage der Delegierung der Bewilligung gewisser Agrarinvestitionskredit-Anträge an die Einreichstellen (siehe TB 1974 Abs. 73.2.) gab das BM bekannt, daß es eine Änderung der Geschäftsordnung der Bundesprüfungskommission in der vom RH angeregten Form nicht vornehmen werde.

52.1.2. Der RH ersuchte das BM um Darlegung der näheren Gründe für die Beibehaltung der von ihm bemängelten Organisation der AIK-Aktion.

52.2. Zum Vorschlag des RH, die Kreditnebenspesen der beteiligten Kreditinstitute in geeigneter Weise in die Richtlinien aufzunehmen (siehe TB 1974 Abs. 73.4.), hat sich das BM bis jetzt noch nicht geäußert.

Viehverkehrsfonds

53.1. Der Viehverkehrsfonds teilte mit, daß er die „Rücklage für Konsumentenzwecke" (siehe TB 1974 Abs. 74.1.) dem „Verein für Konsumenteninformation" in zwei Teilbeträgen zur Verfügung gestellt habe.

53.2. Im übrigen ist gemäß § 27 des Viehwirtschaftsgesetzes 1976, BGBl. Nr. 258, das Vermögen des Viehverkehrsfonds mit Ablauf des 30. Juni 1976 im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf den Bund übergegangen.

Weinwirtschaftsfonds

54.1. Zum TB 1974 Abs. 75.11. teilte der Weinwirtschaftsfonds mit, daß die Richtigkeit der eingeforderten detaillierten Meldungen der an der Weinleseaktion 1969 beteiligten Firmen vom Fonds vorausgesetzt worden und eine Überprüfung im Einzelfalle aus verwaltungstechnischen Gründen daher unterblieben sei. In Hinkunft würden alle mengenmäßig bedeutsamen Posten stichprobenweise kontrolliert werden.

54.2. Der Weinwirtschaftsfonds ist auch den Empfehlungen des RH zur Weinleseaktion 1970 (siehe TB 1974 Abs. 75.17.) nachgekommen und hat zugesichert, bei künftigen Aktionen auf eine Gestaltung der Antragsformulare zu achten, die eine ausreichende Kontrolle ermögliche und der Erreichung des Aktionszieles am besten gerecht werde.

Landwirtschaftskammer für Oberösterreich; Zinsenzuschüsse für die Mechanisierung der Landwirtschaft

55.1. Über die verschiedenen Förderungsmöglichkeiten auf dem Landmaschinensektor (siehe TB 1974 Abs. 76.1.) stellte das BM dem RH eine Aufstellung der in den einzelnen Bundesländern bestehenden Förderungsmaßnahmen zur Verfügung. Weiters teilte es mit, es halte die Inanspruchnahme mehrerer Förderungen für ein und dieselbe Anschaffung nunmehr aufgrund der Förderungsrichtlinien und der den Förderungsstellen in den Bundesländern übertragenen Kontrollaufgaben für ausgeschlossen.

55.2. Den Fall der Verrechnung eines überhöhten Zinsfußes für einen Agrarsonderkredit (siehe TB 1974 Abs. 76.11.) konnte das BM infolge des inzwischen verstrichenen Zeitraumes (acht Jahre) nicht mehr aufklären, meinte aber, daß er durch ein Versehen entstanden sein könnte. Zur Hintanhaltung derartiger Fälle habe das BM die zuständige Kreditunternehmung aufmerksam gemacht, daß die Agrarsonderkredite schon im Kreditantrag eindeutig als Sonderkredite zu kennzeichnen seien.

Landeshauptmann von Kärnten; Zinsenzuschüsse für die AIK-Aktion „Verbesserung der landwirtschaftlichen Wohn- und Wirtschaftsgebäude"

56.1. Zum TB 1974 Abs. 77.7. teilte der Landeshauptmann von Kärnten mit, daß er die Kritik des RH an der Förderung von baulichen Investitionen für den Fremdenverkehr zur Kenntnis nehme und deswegen die Förderungswürdigkeit und Notwendigkeit der Förderung in Zukunft kritischer beurteilen lassen werde.

Das BM f. Land- und Forstwirtschaft führte hiezu aus, es habe in seinen Förderungsrichtlinien verfügt, daß Fremdenverkehrseinrichtungen und Gästezimmer nur insoweit berücksichtigt werden dürfen, als sie im Rahmen des bäuerlichen Fremdenverkehrs liegen und nicht der gewerbsmäßigen Fremdenbeherbergung im Sinne der landesgesetzlichen Bestimmungen dienen.

56.2.1. Zur Förderung von hauptberuflich außerlandwirtschaftlich tätigen Personen (siehe TB 1974 Abs. 77.12.) teilte das BM mit, daß bisher noch keine geeignete Regelung gefunden werden konnte, eine Förderungsschwelle bzw. Grenzen für das Verhältnis zwischen landwirtschaftlichem Einheitswert und außerlandwirtschaftlichem Einkommen festzusetzen.

56.2.2. Dem entgegnete der RH, daß er die Festsetzung der genannten Förderungsgrenze für erforderlich halte. Er ersuchte das BM neuerlich, eine entsprechende Entscheidung zu treffen.

b) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1974

Überprüfung bestimmter Personalaufwendungen des BM f. Land- und Forstwirtschaft

57.1.1. Im Büro des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft waren zur Zeit der Gebarungsüberprüfung (März 1974) sechs Bedienstete beschäftigt, von denen der Leiter des Büros von der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien und von einem Wiener Verlag als zweitem Dienstgeber sowie zwei weitere Bedienstete vom selben Verlag bzw. von einer Zeitungsgesellschaft dem BM gegen Ersatz der Bezüge einschließlich der Nebenkosten zur Verfügung gestellt wurden.

57.1.2. Der RH bemerkte hiezu, daß bei der Beurteilung von sogenannten Leiharbeitsverhältnissen in der Literatur und Rechtsprechung davon ausgegangen wird, daß ein Unternehmer gewerbsmäßig Personen zum ausschließlichen Zweck anstellt, sie anderen Unternehmern zur Verrichtung von Arbeiten zu überlassen. In der Literatur wird für diese Art von Rechtsverhältnissen der Ausdruck „unechte Leiharbeitsverhältnisse" verwendet, während bei den „echten Leiharbeitsverhältnissen" die Verleihung des Dienstnehmers an Dritte nicht der ausschließliche Inhalt des Dienstvertrages ist, sondern der Dienstnehmer zwischendurch auch Arbeiten im eigenen Betrieb des Unternehmers leistet.

Da die vollständige oder teilweise Verleihung von Arbeitskräften nicht zum Aufgabenbereich der in Rede stehenden Dienstgeber zählt, war nach Ansicht des RH eine eindeutige Zuordnung der Beschäftigung der drei Bediensteten zu einem der beiden Leiharbeitsverhältnisse nicht möglich.

Der RH vertrat die Auffassung, daß die Rechtsbeziehungen zwischen dem BM, den verschiedenen Arbeitgebern und deren Dienstnehmern Rechtsverhältnisse besonderer Art darstellen. In sozialversicherungsrechtlicher Hinsicht war nach Meinung des RH das BM als Dienstgeber anzusehen, da diese Bediensteten ihre Tätigkeit in persönlicher und wirtschaftlicher Abhängigkeit gegen Entgelt ausübten.

57.1.3. Im übrigen beurteilte der RH die Rechtsbeziehungen des BM zu den drei Beschäftigten insofern als problematisch, als sich das BM selbst nicht als Dienstgeber betrachtete und ihm somit keine Einflußnahme auf bestimmte Leistungen, auf die Dauer und den Zeitpunkt des Urlaubes, auf disziplinäre Maßnahmen und in Ermangelung entsprechender Vereinbarungen auch nicht auf die Höhe der Bezüge im Verhältnis zur geleisteten Arbeit zustand. Aber auch für die Bediensteten selbst hätten sich Nachteile ergeben können. Wären sie in einem pragmatischen Dienstverhältnis, so stünde ihnen beispielsweise nach einem Dienstunfall unter Umständen eine höhere Pension zu, als sie sich nach dem ASVG ergibt.

57.1.4. Der RH regte an, in diesen wie auch in ähnlichen Fällen — wenn nicht an eine definitive Übernahme in den Bundesdienst gedacht wird — zumindest Verträge nach dem Vertragsbedienstetengesetz abzuschließen, um damit klare, mit den Personalvorschriften des Bundes in Einklang stehende Rechtsverhältnisse zu schaffen.

57.2.1. Der RH bemängelte, daß das BM insbesondere durch die Beschäftigung zweier Maturanten im Ministerbüro Zahlungsverpflichtungen gegenüber deren Dienstgebern einging, welche im Vergleich zu der Entlohnung von Vertragsbediensteten des Bundes wesentliche Mehrkosten verursachten. So lagen die von der Kammer für Arbeiter und Angestellte bzw. vom Verlag zur Refundierung angeforderten Bezüge der beiden Maturanten zum Vergleichszeitpunkt um 12,9% über dem Höchstbezug eines VB I a und mit 44,3% über dem eines VB I b. Ein vom RH angestellter Vergleich der Bezüge der beiden Bediensteten mit Beamtengehältern ergab eine Einstufung in die Dienstklasse VII Gehaltsstufe 5.

57.2.2. Außer den Bezügen verursachte die Art der Beschäftigungsverhältnisse weitere Kosten von rund 20% der Bezugsersätze durch die angefallene Mehrwertsteuer, Lohnsummensteuer u. a. m.

57.2.3. Der RH wies darauf hin, daß die gegenständlichen Arbeitsverhältnisse auch unter diesem Gesichtspunkt weder als zweckmäßig noch als sparsam geregelt zu bezeichnen sind.

57.3.1. Das BM erklärte sich der Kammer für Arbeiter und Angestellte gegenüber bereit, für den zur Dienstleistung um die Person des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft als Volontär zur Verfügung gestellten Maturanten die ab 1. Mai 1970 anfallenden Bezüge zu refundieren. Über die Höhe der Bezüge sowie über die dienstrechtlichen Verhältnisse, wie beispielsweise Vertragsdauer, Entlohnung der Überstundenleistungen, Urlaubs- und Krankenstandsregelung u. a. m., wurde nichts vereinbart. In gleicher Weise sagte das BM zu, die Bezüge für denselben bei einem Verlag teilbeschäftigten Maturanten ohne betragliche Beschränkung zu ersetzen.

57.3.2. Der RH stellte hiezu fest, daß die Teilbeschäftigung bei dem erwähnten Verlag in einem vom Bediensteten eigenhändig verfaßten Lebenslauf nicht erwähnt war und die Anstellung bei dem Verlag mit dem Zeitpunkt des Dienstantrittes beim BM zusammenfiel.

57.3.3.1. Für die Beschäftigung eines zweiten Maturanten nahm das BM den Abschluß eines Werkvertrages in Aussicht, welcher das monatliche Entgelt sowie die Aufgabenbereiche des Bediensteten, wie beispielsweise die Textierung und Redigierung von Veröffentlichungen, die Wahrnehmung der Interessen des BM an einschlägigen Presseveröffentlichungen sowie Rundfunk- und Fernsehsendungen, enthalten sollte.

Obwohl das BM f. Finanzen dem im wesentlichen gleichlautenden Werkvertrag mit dem Vorgänger des Maturanten zugestimmt hatte, verweigerte es nunmehr sein Einverständnis mit dem Hinweis, daß ein Dienstvertrag abzuschließen wäre. In der Folge bemühte sich das BM um die Zustimmung des BKA für den Abschluß eines Sondervertrages, wobei im Vertragsentwurf die Art der Beschäftigung mit „Pressesekretär des Herrn Bundesministers" angegeben war.

Aber auch der Sondervertrag kam nicht zustande, da das BKA das Geschäftsstück des BM unter Bezugnahme auf ein Telefongespräch mit der Präsidialabteilung des BM unerledigt zurückstellte.

57.3.3.2. Das BM erklärte sich in der Folge bereit, auch die Bezüge des ab 15. Mai 1970 dem Büro des Bundesministers zugeteilten zweiten Maturanten dem erwähnten Verlag zu refundieren. In diesem Fall stellte der RH ebenfalls fest, daß die Anstellung beim Verlag auf den selben Tag fällt wie der Dienstantritt im BM. Dies entspricht auch den Angaben des Bediensteten in der Darstellung seines Lebenslaufes, derzufolge er neben einem Hochschulstudium eine journalistische Tätigkeit „zuletzt in freier Weise" ausgeübt habe.

57.3.4. Der RH regte auch in diesem Falle an, die Rechtsbeziehungen auf die Basis der für den Bund geltenden dienst- und besoldungsrechtlichen Vorschriften zu stellen.

57.4.1. In seiner Stellungnahme zu dem Überprüfungsergebnis des RH teilte das BM noch mit, daß sich der Kreis der Personen, mit denen das BM keine Dienstverträge abgeschlossen hat, wesentlich verändert habe. Die zur Zeit der Gebarungsüberprüfung im Ministerbüro tätig gewesenen Maturanten, auf die sich die Kritik des RHi m besonderen bezog, hätten ihren Dienst beim BM mit 1. April bzw. 31. Dezember 1975 beendet.

57.4.2. Hinsichtlich des Rechtsverhältnisses des Bundes zu den nunmehr fünf ohne Dienstvertrag beschäftigten Personen vertrat das BM unter Hinweis auf die einschlägige Literatur die Auffassung, daß es sich dabei um unechte Leiharbeitsverhältnisse handle.

57.4.3. In seiner Gegenäußerung verwies der RH auf seine von ihm bereits seinerzeit dargelegte Auffassung, wonach die Beziehungen zwischen dem BM, den verschiedenen Arbeitgebern und deren Dienstnehmern Rechtsverhältnisse besonderer Art darstellen. Insbesondere führte er aus, daß die vom BM angeführten Literaturhinweise die Auffassung, es lägen unechte Leiharbeitsverhältnisse vor, nicht zu bekräftigen vermochten. Er wiederholte daher seine Anregung, mit den in Rede stehenden Personen Dienstverträge gemäß den dienst- und besoldungsrechtlichen Vorschriften des Bundes abzuschließen.

Preisausgleichsgebarung des BM f. Land- und Forstwirtschaft (Kap. 62)

58.1.1. Die Überprüfung der Preisausgleichsgebarung umfaßte Maßnahmen des BM f. Land- und Forstwirtschaft für Brot- und Futtergetreide sowie für Schlachttiere und tierische Produkte. Beim Brotgetreidepreisausgleich war die Überprüfung hauptsächlich auf Maßnahmen für Importgetreide beschränkt, da die Bewirtschaftung der Inlandsgetreideaufbringung dem Getreidewirtschaftsfonds obliegt.

Über die Aktionen für inländisches Futtergetreide sowie über die Exportstützungen für Schlachttiere und tierische Produkte wird im TB 1976 berichtet werden.

58.1.2. Die Gebarung beim Brotgetreidepreisausgleich und beim Futtermittelpreisausgleich ergab in den Jahren 1970 bis 1973 folgendes Bild:

Brotgetreidepreisausgleich:

Ausgaben:

	1970	1971	1972	1973
	in 1000 Schilling			
1/62006 „Preisausgleichsmaßnahmen"	454 842	419 647	443 749	403 225
1/62026 „Preisausgleichsmaßnahmen aus zweckgebundenen Einnahmen (Importausgleich)".	13 949	7 608	40 161	21 518
Summe ...	468 791	427 255	483 910	424 743

Einnahmen:

2/62004 „Rückersätze“	1 955	577	325	—
2/62014 „Verschiedene Einnahmen“	10 972	19 034	23 440	35 488
2/62020 „Zweckgebundene Importausgleiche“	21 553	2 507	37 654	21 519
Summe ...	34 480	22 098	61 419	57 007

Futtermittelpreisausgleich:

Ausgaben:

	1970	1971	1972	1973
	in 1000 Schilling			
1/62506 „Preisausgleichsmaßnahmen“	108 220	61 000	61 000	91 000
1/62516 „Preisausgleichsmaßnahmen aus zweckgebundenen Einnahmen“	9 668	17 119	14 601	21 405
1/62526 „Transportkostenausgleichsmaßnahmen aus zweckgebundenen Einnahmen“	16 485	5 389	18 627	—
1/62596 „Sonstige Maßnahmen aus zweckgebundenen Einnahmen“	—	—	—	—
Summe ...	134 373	83 508	94 228	112 405

Einnahmen:

2/62520 „Zweckgebundene Importausgleiche“ ...	26 021	22 508	33 256	21 376

Nach dem Marktordnungsgesetz (kurz MOG) waren der beim Import von Brotgetreide und Mahlerzeugnissen eingehobene Importausgleich, soweit erforderlich, zur Stabilisierung der Getreide-, Mehl- und Brotpreise, und der beim Import von Futtermitteln eingehobene Importausgleich, soweit erforderlich, zur Sicherung der inländischen Futtermittelproduktion und des Absatzes von Tieren und tierischen Erzeugnissen, zum Transportausgleich für Futtermittel, zur Förderung der Produktivität und Qualitätssteigerung der Viehwirtschaft, zum Ausbau der Milchleistungskontrolle sowie für Maßnahmen zur Festigung des Bergbauerntums zu verwenden.

58.1.3. Die Einnahmengebarung bei Schlachttieren und tierischen Produkten stellte sich in den Jahren 1970 bis 1973 wie folgt dar:

	1970	1971	1972	1973
	in 1000 Schilling			
2/62220 „Zweckgebundene Importausgleiche“				
8452 „Importausgleich gem. § 40 MOG“	36 046	35 019	34 759	26 507
8451 „Importausgleich gem. BGBl. Nr. 135/1969“	71 877	108 993	96 290	91 712
Summe 2/62220 ...	107 923	144 012	131 049	118 219

Nach dem MOG war der Importausgleich für Schlachttiere und tierische Produkte, soweit erforderlich, zum Schutze der inländischen Viehwirtschaft, zur Stabilisierung der Preise für Schlachttiere und tierische Produkte und zur Gewährleistung einer ausreichenden Versorgung mit Schlachttieren und tierischen Produkten zu verwenden. Die Eingänge aus dem Importausgleich bei der Einfuhr von Erzeugnissen der Geflügelwirtschaft waren gemäß BGBl. Nr. 135/1969 zur Sicherung des Absatzes von Tieren und tierischen Erzeugnissen zu verwenden.

58.1.4. In den Jahren 1970 bis 1973 wurden im Rahmen der Preisausgleichsmaßnahmen bei Schlachttieren und tierischen Produkten folgende Beträge ausgegeben:

	1970	1971	1972	1973
		in 1000 Schilling		
1/62206 „Preisausgleichsmaßnahmen (Lagerkosten)“				
7333 „Zuschuß an den VVF für Maßnahmen gem. § 41 MOG“	12 500	10 000	—	—
1/62266 „Absatz- und Verwertungsmaßnahmen“				
7333 „Förderung aus zweckgebundenen Einnahmen gem. § 40 MOG (VVF)“.....	2 998	19 289	8 000	30 400
7430 „Förderung aus zweckgebundenen Einnahmen gem. § 40 MOG“	3 002 *)	40 820	12 000	—
7431 „Förderung des Schlachttierexports“	—	1	—	**)
7432 „Sonstige Förderung aus zweckgebundenen Einnahmen gem. § 40 MOG“	—	1	—	—
7433 „Sonstige Förderung tierischer Produkte“	5 000	5 000	—	**)
7434 „Förderung aus zweckgebundenen Einnahmen gem. BGBl. Nr. 135/1969“	31 095	114 784	9 246	67 749
Summe 62266 ...	42 095	179 895	29 246	98 149
Titel 622 ...	54 595	189 895	29 246	98 149

*) Dieser Betrag wurde ebenfalls dem Viehverkehrsfonds zur Verfügung gestellt.
**) Nicht vorgesehen.

58.1.5. Das Hauptaugenmerk der Überprüfung durch den RH richtete sich auf jene Ausgaben, die vom BM unmittelbar nach Maßgabe seiner Förderungsrichtlinien für Absatz- und Verwertungsmaßnahmen aufgewendet wurden. Dabei ergab sich in den Jahren 1970 bis 1973 insgesamt ein Ausgabenbetrag von rund 286 Mill. S, von dem für die Rinderexportstützung rund 195 Mill. S und der Rest von rund 91 Mill. S für die Schweineexportstützung, die Rindermastförderungsaktion, die Kälbervermittlungsaktion und die Kälbermastaktionen sowie für Verwertungszuschüsse für im Inland verwertete Rinder, Grenzausgleiche, Werbemaßnahmen für Geflügel und Eier und für Interventionsbeihilfen und Transportkostenzuschüsse für Zucht- und Nutzrinder aufgewendet wurden.

Brotgetreidepreisausgleich

58.2.1. Nach den „Allgemeinen Bestimmungen für öffentliche Bekanntmachungen des Getreidewirtschaftsfonds“ haben die Importeure dem BM zu bestimmten Terminen für vom Zoll abgefertigte Mengen Meldungen vorzulegen und die darauf entfallenden Importausgleichsbeträge einzuzahlen. Für bereits durch das BM überprüfte und anerkannte Firmenforderungen aus Importen kann beim BM eine Gegenverrechnung schriftlich beantragt werden.

58.2.2. Wie der RH feststellte, wurden von den Importeuren vielfach weder die vorgeschriebenen Meldungen erstattet noch die Importausgleiche termingerecht eingezahlt bzw. die entsprechenden Anträge auf Gegenverrechnung gestellt. Die Forderungen aus Importausgleichen wurden daher von der Buchhaltung des BM zum Teil nach Meldungen des Getreidewirtschaftsfonds, zum Teil überhaupt nicht erfaßt. Der RH bemängelte auch die unzulässige Gegenverrechnung der Importausgleichsbeträge mit Fracht- und Lagerkostenvergütungen für Inlandsgetreide auf dem Futtermittelsektor.

58.2.3. Das BM hielt eine Änderung der Anordnungen des Getreidewirtschaftsfonds hinsichtlich der Gegenverrechnung aufgrund der tatsächlichen Erfordernisse für zweckmäßig. Es erklärte weiters, daß den Meldungen dieses Fonds an das BM über die jeweils zollamtlich behandelten Mengen mehr Bedeutung als den Firmenmeldungen zukomme und es daher eine diesbezügliche Änderung der „Allgemeinen Bestimmungen“ in die Wege leiten wolle.

58.2.4. Da mit der MOG-Novelle 1976 die Einhebung der Importausgleichsbeträge inzwischen in die Zuständigkeit der Zollbehörden übergegangen ist, erübrigte sich eine weitere Stellungnahme des RH.

58.3.1. Die Prüfer der Importabrechnungen wurden bisher vom BM trotz der Besonderheit und Kompliziertheit der Materie nicht entsprechend angewiesen.

58.3.2. Der RH bemängelte das Fehlen einer Prüfungsordnung, die festlegt, welche Erfordernisse bei der belegmäßigen Überprüfung jeder einzelnen Abrechnungsposition unbedingt zu beachten sind, und ersuchte das BM um entsprechende Veranlassung. Der RH wies auch darauf hin, daß zahlreiche Bemängelungen in seinen Prüfungsmitteilungen durch eine eingehende schriftliche Anweisung des Prüfungspersonals hätten vermieden werden können.

58.3.3. Das BM sagte zu, eine derartige Prüfungsmethodik auszuarbeiten.

58.4.1. Die Überprüfung der Abrechnungen über die Getreideimporte bei den Importfirmen

wurde seitens der Buchhaltung des BM jeweils vom selben Bediensteten und seitens der Fachabteilung jeweils von denselben zwei Bediensteten vorgenommen. Die schriftlichen Überprüfungsergebnisse wurden weder vom zuständigen Abteilungsleiter der Buchhaltung noch vom Buchhaltungsvorstand unterzeichnet.

58.4.2. Der RH machte auf die Gefahren der „Betriebsblindheit" und der mangelnden Gebarungssicherheit bei Verwendung immer derselben Prüfer aufmerksam und ersuchte das BM, für die Kontrollen auch andere Bedienstete einzusetzen sowie für die ordnungsgemäße Erstattung der Prüfungsberichte an die Fachabteilungen zu sorgen.

58.4.3. Das BM erklärte dazu, künftighin für die Überprüfung der Firmenabrechnungen nach Maßgabe der personellen Möglichkeiten verschiedene Bedienstete einzusetzen und für die ordnungsgemäße Erstellung und Unterfertigung der Prüfungsberichte zu sorgen.

58.5.1. Die Geschäftsstücke über die Abrechnungen von Importen waren vielfach mangelhaft. So konnten aus ihnen oftmals weder der Zeitpunkt der Überprüfung noch die beteiligten Fachbeamten entnommen werden. Manchen Akten waren anstelle von Überprüfungsberichten nur handschriftliche, konzeptartige Notizen beigeschlossen.

58.5.2. Der RH bemängelte die mangelhafte Beschaffenheit der Abrechnungsakten und ersuchte das BM um entsprechende Abhilfe.

58.5.3. Das BM versicherte, es werde den Empfehlungen des RH nachkommen.

58.6.1.1. Gemäß einer Anordnung des BM unterlag eingeführtes Brotgetreide der Lenkung durch das BM bis zur Mühle, wobei dem Importeur auch die Mühle bzw. Lagerstelle, an die die Ware zu liefern war, bekanntgegeben werden mußte. Dazu wurden die Mühlen eingeladen, Optionen für den Bezug der Ware abzugeben; diese dienten als Grundlage für die Lenkungsverfügungen.

58.6.1.2. Als gegen Ende des Jahres 1972 zwei Wiener Importfirmen nach Bewilligung durch den Getreidewirtschaftsfonds zu gleichen Teilen insgesamt 20 000 t Qualitätsweizen und 2 700 t Durumweizen aus den USA via Rijeka importierten, gaben nur wenige Mühlen Optionen ab; Ursache waren noch ungeklärte Fragen im Zusammenhang mit der Einführung der Mehrwertsteuer am 1. Jänner 1973, insbesondere die Frage der Vorratsentlastung für die noch vor der Jahreswende einlangenden Teilmengen. Als die beiden Importfirmen noch vor Eintreffen der Ware die entsprechenden Lenkungsverfügungen forderten, erarbeitete das BM drei Lösungsvarianten und gab schließlich der Einlagerung von 10 000 t Qualitätsweizen in Rijeka und des Restes bei österreichischen Mühlen als kostengünstigster Variante den Vorzug. Das BM entschloß sich auch beim importierten Durumweizen für die Zwischenlagerung bei österreichischen Mühlen.

58.6.2.1. Der RH bemängelte, daß das BM nicht auch noch eine vierte Möglichkeit untersucht hatte, nämlich das gesamte Importgetreide bei den österreichischen Mühlen zwischenzulagern. Diese Lösungsmöglichkeit hätte den Vorteil gehabt, daß auch die übrigen Importgetreidemengen unter Ausschaltung der Umsatzsteuerproblematik von den Mühlen übernommen worden und damit die vom BM den Importeuren im Zuge der Abrechnung vergüteten Aufwendungen in Höhe von rund 829 000 S entfallen wären.

58.6.2.2. Des weiteren empfahl der RH, in Hinkunft die Übernahme des importierten Getreides durch die Mühlen dadurch sicherzustellen, daß die Optionen, die derzeit die Mühlen nicht zur Übernahme verpflichten, spätestens im Zeitpunkt des Zuschlages in verbindliche Abnahmeverpflichtungen umgewandelt werden.

58.6.2.3. Der RH führte weiters aus, daß das BM entgegen dem Inhalt der Zuschlagsbescheide des Getreidewirtschaftsfonds für gewisse vor und nach dem 1. Jänner 1973 von den Mühlen auf eigene Rechnung übernommenen Teilmengen nur die ab 1. Jänner 1973 geltenden Abgabepreise für Brotgetreide bei der Berechnung des Importausgleiches herangezogen hatte, um durch eine einheitliche Importausgleichsbelastung gleiche Mühleneinstandspreise herzustellen. Dazu wäre nach Auffassung des RH eine Abänderung der Bescheide durch das BM gemäß § 68 Abs. 3 AVG erforderlich gewesen. Auch mit einer solchen Vorgangsweise hätten bei vorheriger Verlautbarung die Bedenken der Mühlen gegen die Übernahme der Ware vor dem 1. Jänner 1973 zerstreut, die Übernahme der Ware sichergestellt und somit die Kosten für die Auslandslagerung in Höhe von rund 829 000 S vermieden werden können.

58.6.2.4. Die Endabrechnungen der beiden Importfirmen wiesen trotz vollständig gleicher Voraussetzungen bedeutende Unterschiede und Unstimmigkeiten auf, die weder durch die rechnungsmäßige noch durch die fachliche Überprüfung des BM beseitigt bzw. aufgeklärt wurden. Dabei ergab sich, daß die Endabrechnungen einer der beiden Firmen insgesamt um rund 424 000 S von der Regelung des BM für diese Getreideimporte abwichen. Eine ordnungsgemäße Bearbeitung und Überprüfung der Abrechnungen hätten diese Unstimmigkeiten aufgedeckt und zu deren Bereinigung geführt.

58.6.2.5. Schließlich bemängelte der RH, daß eine der beiden Importfirmen gemäß Bewilligungsbescheid und Abrechnung 10 034,5 t Qualitätsweizen, tatsächlich aber nur 9997,5 t dieser Sorte, dazu aber 37 t Durumweizen ohne jedwede Genehmigung importiert hatte und dieser Fehler, der bei der belegmäßigen Prüfung der Verkaufsabrechnungen des Importeurs feststellbar gewesen wäre, vom BM nicht aufgedeckt worden war.

58.6.3.1. Das BM erwiderte, daß zwar zum Zeitpunkt der Verschiffung des Getreides Bedarfsanmeldungen der Mühlen vorgelegen seien, diese es jedoch erst unmittelbar vor Einlangen der Ware unter Stornierung ihrer bereits abgegebenen Optionen über Empfehlung ihrer Interessenvertretungen abgelehnt hätten, den Weizen noch im Dezember zu übernehmen, da die Differenz zwischen dem durch die Mehrwertsteuer entlasteten Einstandspreis und dem amtlichen Abgabepreis nach dem 1. Jänner 1973 zu ihren Lasten gegangen wäre. Das BM sei aber als Lenkungsbehörde verpflichtet gewesen, Dispositionen zu treffen. Den Importeuren hätte jedoch trotz der formalen Lenkung nicht zugemutet werden können, die Ware ohne entsprechende Absicherung des beanspruchten Entgeltes zu übergeben. Eine Weisung zur Einlagerung wäre nur möglich gewesen, wenn die Lagerstellen öffentlich-rechtlichen Charakter gehabt hätten. Eine Verfügung zur Einlagerung der Ware in Privatlagern des späteren Käufers hätte zur Folge gehabt, daß die Lenkungsbehörde für alle dem Eigentümer durch Lenkung und Lagerung entstehenden Schäden und Verluste gehaftet hätte. Dafür aber habe dem BM die gesetzliche Deckung gefehlt.

58.6.3.2. Zur angeregten Änderung des Optionsverfahrens erklärte das BM, daß das vom RH zum Anlaß genommene einmalige Zusammentreffen der Umstellung des Umsatzsteuersystems mit der Abwicklung des gegenständlichen Importes noch kein Maßstab für eine solche Änderung sein sollte. Das BM werde sich aber um eine Verbesserung der Lenkung bemühen.

58.6.3.3. Hinsichtlich der Bescheidänderung gemäß § 68 Abs. 3 AVG entgegnete das BM, daß seiner Meinung nach das Umsatzsteuergesetz 1972 und die Verordnung des BM f. Handel, Gewerbe und Industrie nach dem Preisregelungsgesetz dafür keine Grundlage geboten hätten.

58.6.3.4. Zu den bemängelten Abrechnungsdifferenzen bemerkte das BM, daß von den Prüfern der Abrechnungen nicht verlangt werden könne nachzuforschen, ob etwa Sonderkosten nicht geltend gemacht worden wären. Die von einer der beiden Firmen belegmäßig nachgewiesenen geringeren Kosten hätten zu keinen Bedenken Anlaß gegeben, da eben günstigere Einlagerungs- und Finanzierungsbedingungen vorgelegen haben könnten; mangelnde Nachweisung der vollen Kosten infolge fehlerhafter Vorgangsweise der Firma sei den Prüfern nicht anzulasten. Das BM werde aber bei künftigen Überprüfungen auf die Gleichartigkeit der Abrechnungen ein besonderes Augenmerk legen.

58.6.3.5. Die Mengendifferenz beim Import von Qualitätsweizen sei offenbar durch einen Irrtum im Hafen Rijeka entstanden, optisch nicht erkennbar gewesen und bedauerlicherweise nicht aufgedeckt worden. Die Überprüfungsorgane hätten sich auf die Zollbelege gestützt und keinen Grund gesehen, die amtliche Mengenbestätigung anzuzweifeln.

58.6.4.1. Nach Auffassung des RH hätte das BM versuchen müssen, die gesamte Importgetreidemenge bei inländischen Mühlen zwischenzulagern, von denen das Getreide anstandslos übernommen worden wäre, da es ja in diesem Falle keine Umsatzsteuerprobleme gegeben hätte. Das BM habe aber von Anbeginn an beabsichtigt, nach Maßgabe der Aufnahmefähigkeit der Lager in Rijeka nur etwa die Hälfte des zu importierenden Qualitätsweizens bei österreichischen Mühlen zwischenzulagern. Der RH stellte fest, daß ohne Schwierigkeit noch weitere österreichische Mühlen für die Zwischenlagerung des Importgetreides hätten namhaft gemacht werden können.

58.6.4.2. Der RH bekräftigte auch seine Auffassung, daß das derzeit gehandhabte Optionsverfahren für den Bund ein erhebliches Risiko mit sich bringe, und ersuchte das BM um Mitteilung des Ergebnisses seiner Bemühungen um eine Verbesserung der Lenkungsmaßnahmen.

58.6.4.3. Der RH stellte weiters fest, daß das BM keine ausreichenden Gründe für seine Auffassung angeführt hatte, wonach eine Bescheidänderung gemäß § 68 Abs. 3 AVG nicht möglich gewesen wäre, und ersuchte um ergänzende Stellungnahme.

58.6.4.4. Zum Problem der Abrechnungsdifferenz erwiderte der RH, daß die Nichtbeachtung eines nicht begründeten Unterschiedsbetrages von rund 424 000 S mit den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Überprüfung nicht zu vereinbaren sei.

58.6.4.5. Ebenso wiederholte der RH seine Auffassung, daß eine ordentliche Belegprüfung die Berichtigung der Mengendifferenz in der Endabrechnung mit sich gebracht hätte.

58.7.1.1. Für die von ihm finanzierten Lager- und Verwertungsaktionen für Brotgetreide überwies das BM dem Getreidewirtschaftsfonds, dem die an der Aktion teilnehmenden Firmen die Abrechnungen vorzulegen hatten, nach Maßgabe

der Verfügbarkeit die erforderlichen Bundesmittel zur Weiterleitung an die Firmen.

58.7.1.2. Seit dem Jahre 1966 kam es infolge verspäteter Bereitstellung der Mittel zu Zahlungsverzögerungen bis zu einem Jahr. Die Jahreskreditüberschreitungen bei den finanzgesetzlichen Ansätzen des Titels 1/620 gegen Ende des Jahres 1969 in Höhe von rund 182 Mill. S gingen zum Teil auf die Kosten der Lager- und Verwertungsaktionen der Jahre 1967 bis 1968 zurück. Allein die aus den Vorjahren in das Jahr 1969 übernommenen Verbindlichkeiten des Bundes hatten rund 120 Mill. S erreicht.

58.7.1.3. Die vom Zahlungsverzug des Bundes betroffenen Firmen und Genossenschaftsverbände klagten die Republik Österreich gegen Mitte des Jahres 1971 auf Schadenersatz; der Gesamtstreitwert der Forderungen betrug rund 14,2 Mill. S. Der für den Bund ungünstig verlaufende Prozeß wurde sodann Mitte des Jahres 1972 mit einem von der Finanzprokuratur empfohlenen Vergleich beendet, dessen Kosten sich für den Bund auf insgesamt 13,8 Mill. S beliefen.

58.7.2. Der RH bemängelte, daß Zahlungsverpflichtungen des Bundes mangels budgetärer Vorsorge nicht zeitgerecht befriedigt werden konnten, so daß aus dem Zahlungsverzug für den Bund ein beträchtlicher Schaden entstand.

58.7.3. Das BM begründete den Zahlungsverzug des Bundes mit der geringen Dotierung der finanzgesetzlichen Ansätze aufgrund der schlechten Budgetlage des Bundes. Die gegenständlichen Maßnahmen könnten nicht immer zur Gänze budgetmäßig geplant werden. Der Abschluß des Vergleiches sei aufgrund der äußerst ungünstigen Prozeßaussichten des Bundes von großem Vorteil gewesen.

58.7.4. In seiner Gegenäußerung räumte der RH wohl ein, daß vorausschauende Planungen auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Marktordnung schwierig seien, hielt aber angesichts der sich über Jahre erstreckenden Säumnis des BM seine Kritik aufrecht.

58.8.1.1. Eine Firma machte im Jahre 1968 für den ihr bewilligten Import von kanadischem Durumweizen wegen des niedrigen Wasserstandes des Rheins in der Endabrechnung Frachtmehrkosten von rund 221 000 S geltend. Der Getreidewirtschaftsfonds lehnte den Antrag mit Bescheid vom 9. Dezember 1969 ab und führte als Begründung unter anderem an, daß die Bewilligung dieses Antrages eine Änderung des seinerzeitigen Offertpreises bedeutet hätte, wodurch diese Firma bevorzugt worden wäre.

58.8.1.2. Nach der Abweisung einer Berufung der Firma gegen diesen Bescheid durch das Amt der Wiener Landesregierung wurde auch eine weitere Berufung in dritter Instanz durch das BM mit Bescheid vom 4. November 1970 verworfen. Das BM begründete diese Entscheidung unter anderem damit, daß das MOG der Behörde keine Möglichkeit gebe, zwecks Berechnung des Importausgleiches dem Inlandspreis einen anderen Preis gegenüberzustellen als jenen, von dem sie bei der Bewilligungserteilung ausgegangen sei, weshalb eine Änderung des Zuschlagspreises zum Zwecke der Ermittlung der Höhe des Importausgleichs unzulässig sei.

Das BM stützte sich dabei auf ein Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes, das in einem gleichartigen Fall ergangen war.

Weiters konnte das BM aus der Begründung im Einfuhrbewilligungsbescheid, daß sich der Importabgabepreis zu den am Tage der Antragsbewilligung gültigen Kursen, europäischen Kontinentalfrachten, Abgaben, Zöllen und Steuern versteht, für den Standpunkt der Firma nichts gewinnen. Es bezeichnete daher „die Ansicht des Berufungswerbers, daß aufgrund dieser Bestimmung bei Änderung der darin genannten Faktoren eine Änderung des Zuschlagspreises zu erfolgen habe, als irrig. Die in Rede stehende Bestimmung wurde im Gegenteil im Einvernehmen mit den Vertretern des Handels gerade zu dem Zweck aufgenommen, um klarzustellen, daß der Fonds für die Erstellung des der Bewilligungserteilung zugrunde zu legenden Offertpreises die am Tage der Zuschlagserteilung gültigen Faktoren als maßgeblich erachtet, um dadurch zu verhindern, daß die Importeure später mit der Behauptung, die in Rede stehenden Faktoren hätten sich gegenüber dem Zeitpunkt der Erstellung des Offertpreises geändert, eine Änderung des Zuschlagspreises verlangen. Durch die genaue Fixierung des Zeitpunktes, welcher für die Höhe dieser Faktoren maßgeblich ist, werden derartige Einwände gegen den Zuschlagspreis von vornherein ausgeschlossen".

58.8.1.3. Das BM hat entgegen seiner Entscheidung sowohl vorher als auch nachher gleichartige Forderungen anderer Firmen anerkannt.

58.8.2. Der RH bemängelte diese ungleiche Behandlung der Importfirmen und empfahl, entsprechend der Rechtsansicht im erwähnten Bescheid in Hinkunft keinerlei den Importausgleich ändernde Kosten anzuerkennen.

58.8.3. Dazu erklärte das BM, daß zwischen Zuschlagserteilung und Verzollung eintretende Änderungen der für die Bemessung maßgeblichen Faktoren nicht dem kaufmännischen Risiko zugeordnet werden könnten und daher nachträglich berücksichtigt werden müßten. Ein starres Festhalten an den am Tage des Zuschlages maßgeblichen Faktoren einer Importkalkulation stelle das gesamte derzeitige System der Import-

vergabe in Frage; keine Importfirma könnte sich dann noch an den Ausschreibungen beteiligen.

Das BM habe gegenüber der Firma im gegenständlichen Falle eine ablehnende Haltung eingenommen, weil deren Abrechnungen mangelhaft gewesen und oft Vergütungen begehrt worden seien, die völlig unberechtigt oder mit zweifelhaften Belegen untermauert waren.

58.8.4. Dem hielt der RH entgegen, daß das BM die Berufungsentscheidung mit der Unzulässigkeit der Berücksichtigung von Änderungen in den Voraussetzungen zwischen Zuschlagserteilung und Durchführung der Importe begründet habe. Der RH hält die dabei angewendete Argumentation des BM für richtig, wofür auch die Tatsache der gleichlautenden Instanzenentscheidungen spricht. Er wies auch nochmals darauf hin, daß er die Anerkennung einer nachträglichen Änderung von den Importausgleich bestimmenden Posten nicht für richtig hält und Bescheidänderungen nur unter Anwendung des § 68 Abs. 3 AVG für rechtmäßig ansieht.

Futtermittelpreisausgleich

58.9.1. Schon anläßlich einer Überprüfung der Einfuhr von 40 000 t Futtergerste aus der Türkei im Jahre 1955 hatte der RH das Fehlen materiellgesetzlicher Grundlagen für die Stützung der Importe ausländischer Futtermittel durch das BM bemängelt.

58.9.2. Da jeder Verwaltungsakt gemäß Art. 18 B-VG einer inhaltlich ausreichend bestimmten gesetzlichen Grundlage bedarf, hielt der RH auch nunmehr die Verankerung von Stützungsmaßnahmen bloß im jeweiligen Bundesfinanzgesetz für unzureichend. Er empfahl die Vorbereitung einer entsprechenden gesetzlichen Regelung und wies auf das vom BM seinerzeit in Aussicht genommene Stützungsgesetz hin.

58.9.3. Das BM bestätigte den Mangel einer materiellrechtlichen Grundlage, verwies aber darauf, daß dieses Sachgebiet der Privatwirtschaftsverwaltung des Bundes zuzuordnen sei. Auf die Behandlung der Regierungsvorlage des als Stützungsgesetz anzusehenden „Bundesförderungsgesetzes" durch das Parlament habe das BM keinen Einfluß.

58.9.4. Der RH erwiderte, daß das BM bereits im Jahre 1956 dem RH die Vorbereitung eines eigenen Stützungsgesetzes schriftlich zugesichert hatte und im übrigen der Verrechtlichung von Förderungsangelegenheiten bisher immer aufgeschlossen gegenüberstand.

58.10.1. Wie ein Vergleich der Anweisungsrückstände und offenen Verpflichtungen beim Futtermittelpreisausgleich mit den in den Folgejahren veranschlagten Ausgaben zeigte, reichte in den Jahren 1970 bis 1974 der Voranschlag nur in einem dieser Jahre knapp zur Deckung der Verbindlichkeiten aus dem Vorjahr. Für den Bedarf des Voranschlagsjahres war daher nicht vorgesorgt. In den anderen Jahren lag der jeweils veranschlagte Jahresbetrag sogar beträchtlich unter den im Vorjahr offengebliebenen Verpflichtungen. Der RH stellte auch fest, daß die ausgewiesenen Anweisungsrückstände nicht solche im Sinne des § 56 BHV waren, da die Verbindlichkeiten in bezug auf ihre Rechtsgültigkeit und ziffernmäßige Höhe bereits festgestellt waren, ihre Anweisung aber nur mangels budgetärer Bedeckung unterblieb.

58.10.2. Der RH bemängelte diese gegen die Haushaltsvorschriften des Bundes verstoßende Vorgangsweise und empfahl, entweder die zu erwartenden Ausgaben gemäß Art. 6 Ziff. I VEG und § 3 BHV in voller Höhe zu veranschlagen oder den Preisausgleich so zu gestalten, daß mit den vorhandenen Mitteln das Auslangen gefunden werden kann.

58.10.3. Das BM erwiderte, daß infolge der während des Wirtschaftsjahres aufgetretenen Änderungen der Ernte- und Marktverhältnisse im Interesse einer funktionierenden Marktordnung vorher nicht kalkulierbare Maßnahmen getroffen werden mußten.

58.10.4. Unter Hinweis auf die ständig nachgewiesenen, zum Teil über den Voranschlagsbeträgen der Nachjahre liegenden Anweisungsrückstände und offenen Verpflichtungen trat der RH dieser Meinung des BM entgegen und ersuchte nochmals, auf eine sachlich gerechtfertigte Veranschlagung der Ausgaben zu achten.

58.11.1. Einer Firma, die im Jahre 1973 10 000 t US-Weizen importierte, hat das BM auf Antrag Devisenkursdifferenzen in Höhe von rund 515 000 S anerkannt und den Importausgleich um diesen Betrag vermindert. Bei der Überprüfung einer anderen Importabrechnung der Firma im Jahre 1973 verzichtete das BM auf die Einbeziehung der Devisenkursdifferenz, da der Kursrückgang nur 0,315 S je Dollar betrug; dieser Berechnung wurden der Dollarkurs vom Vortag des Zuschlages am 30. Oktober 1972 (23,265 S) und der vom Importeur geltend gemachte Kurs eines Devisenvorkaufes der Firma am 31. Jänner 1973 zugrunde gelegt. Da der Dollarkurs am 23. März 1973, dem Zahlungstag, aber nur 20,695 S betrug und nur dieser Kurs für den gegenständlichen Import maßgeblich war, wäre dem Bund ein Kursgewinn von rund 2,8 Mill. S abzuführen gewesen. Die Firma wies überdies im Jahre 1973 in der Abrechnung über den Import von 505 t Gelbmais für Mahlzwecke rund 18 000 S als Devisenkursgewinn aus, der vom BM in dieser Höhe anerkannt wurde, obwohl ein Teil des Kaufpreises aus einem schon vor der

Zuschlagserteilung abgewickelten, mit dem gegenständlichen Geschäft in keinem Zusammenhang stehenden Geschäft gedeckt wurde. Bei Berücksichtigung des Kurses am Zahltag wären dem Bund um rund 31 000 S mehr gutzuschreiben gewesen.

Nach Zuschlagserteilung für den Import von 3 000 t Futterhafer an eine Firma und je 1 000 t derselben Ware an zwei andere Importeure wies eine dieser Firmen in ihrer Abrechnung Devisenkursdifferenzen zugunsten des BM in der Höhe von rund 112 000 S aus, die vom BM als richtig anerkannt wurden. Eine zweite Firma wies in ihrer Abrechnung zunächst keine Kursdifferenz nach; erst aufgrund einer nachträglichen Erhebung wurde eine Differenz in Höhe von rund 28 000 S zugunsten der Firma festgestellt. Die dritte Firma wies keine Kursdifferenz aus, und es wurde weder bei der Überprüfung noch nachträglich eine solche berechnet.

58.11.2. Der RH bemängelte zunächst, daß das BM Kursdifferenzen erst nach Geltendmachung durch die Importeure beachtet und nicht von sich aus aufgegriffen hatte, als von den festen Kursrelationen abgegangen worden war. Weiters beanstandete der RH, daß auch andere Kursdifferenzen als die zwischen den Devisenkursen am Zuschlagstag und am Zahltag anerkannt wurden. Er empfahl daher dem BM, um die nachträgliche Hereinbringung der erwähnten rund 2,8 Mill. S besorgt zu sein. Schließlich bemängelte der RH, daß das BM trotz der Gleichartigkeit der drei erwähnten Importe von Futterhafer etwaigen Kursdifferenzen nicht weiter nachgegangen war.

58.11.3. In seiner Stellungnahme zu den aufgezeigten Devisenkursdifferenzen führte das BM allgemein aus, daß sich bis zum Jahre 1971 die Kursschwankungen in engen Grenzen gehalten und die Importeure keine diesbezüglichen Forderungen gestellt hätten, weshalb das BM auch keine derartigen Belege zu prüfen gehabt hätte. Die Differenzen seien zunächst nur bei offizieller Änderung des Devisenkurses und ab dem Jahre 1973 (Einstellung der amtlichen Kursverlautbarungen, erhebliche Kursschwankungen der wichtigsten Weltwährungen) vom BM allgemein anerkannt worden. Die vom RH an erster Stelle genannte Firma sei auch die erste gewesen, die Endabrechnungen nach dem Jahre 1971 vorgelegt habe. Das BM wies weiters darauf hin, daß nach den Devisenbestimmungen der Oesterreichischen Nationalbank Händler berechtigt seien, sowohl für getätigte Wareneinkäufe Termineindeckungen des erforderlichen Fremdwährungsbedarfes vorzunehmen als auch Deviseneingänge aus ihren Exportlieferungen ohne Konvertierung in heimische Währung für Warenkäufe zu verwenden.

Das BM werde jedenfalls Überlegungen anstellen, ob in Hinkunft für die Abrechnung von Kursdifferenzen der Zahltag festgelegt werden solle.

Zur Kritik der Nichtbeachtung von Kursdifferenzen durch seine Prüforgane teilte das BM mit, daß wegen der jahrelang stabilen Devisenmärkte für solche Prüfungen keine Veranlassung bestanden habe.

Zur Frage des Stichtages für die Berechnung von Kursdifferenzen erwiderte das BM, daß es zur Zeit des vom RH aufgezeigten Falles erst Erfahrungen gesammelt und somit auch den Firmen nicht bekanntgegeben habe, von welchen Kriterien die Berechnung ausgehen werde. Für die nachträgliche Hereinbringung von Differenzbeträgen schien nach Ansicht des BM eine Rechtsgrundlage zu fehlen.

Bezüglich des Devisenankaufes ohne Zusammenhang mit dem getätigten Import wies das BM nochmals auf die bereits erwähnten Devisenbestimmungen hin.

Das BM führte schließlich zur mangelnden Feststellung der Kursdifferenzen bei einem der Futterhaferimporteure aus, daß sich bei der Überprüfung Differenzen zugunsten dieser Firma ergeben hätten, die Firma jedoch auf die Vergütung verzichtet habe. Der mangelnden Anmerkung dieses Verzichtes werde das BM in Zukunft durch die Erstellung von Prüfungsberichten vorbeugen.

58.11.4. Der RH entgegnete, daß das BM verpflichtet gewesen wäre, jederzeit und in allen Fällen sämtliche wesentlichen Faktoren im Rahmen eines behördlichen Verfahrens zu erheben und zu beurteilen. Darunter falle auch die Beobachtung der Kursschwankungen und die Kontrolle der Abrechnungsbelege. Er bemängelte, daß das BM erst für die Zukunft Überlegungen zum Abrechnungssystem in Aussicht stellte. Weiters wies der RH darauf hin, daß der Schaden von rund 2,8 Mill. S für den Bund die Folge eines spekulativen Terminkaufes seitens der Firma sei. Die Firmen hätten aber auch, wenn ihnen schon der Deviseneinkauf überlassen bleibe, das Kursrisiko zu tragen und dürften es keineswegs dem Bund anlasten. Schließlich erklärte der RH noch, daß vor der Entscheidung über die nachträgliche Anerkennung von Kursdifferenzen ein behördliches Ermittlungsverfahren durchzuführen sei.

58.12.1. Das BM genehmigte im Jahre 1971 drei Firmen, die Futtergerste importiert hatten, eine „Unterbrechung der Inlandsfracht zwecks Einlagerung", da die Ware nicht unmittelbar abgesetzt werden konnte. Einer dieser Firmen wurde auf Antrag vom BM für die nach dem 1. Juli 1971 verkauften Mengen eine Überhangvergütung von rund 97 000 S (Differenz zwischen

dem im Juni und dem in den Folgemonaten geltenden Preis) gewährt.

58.12.2. Der RH verwies auf die Verlautbarung des Getreidewirtschaftsfonds vom 20. Jänner 1971, mit der eine staatliche Stützung von Lagerungskosten ausdrücklich ausgeschlossen worden war und das Absatzrisiko daher die Importeure zu tragen hatten. Für die Bewilligung der Frachtunterbrechung und der damit verbundenen Übernahme der Mehrkosten durch den Bund sowie für die Gewährung der Überhangvergütung bestand somit kein Anlaß.

58.12.3. Das BM rechtfertigte die Vergütung der Zwischenlagerungskosten damit, daß es bei der Futtergerste zu Absatzschwierigkeiten gekommen sei und das BM zusätzliche Härten habe vermeiden wollen.

58.12.4. Der RH bezeichnete diese Stellungnahme als unzureichend und hielt seine Bemängelung aufrecht.

58.13.1.1. Die Einfuhr von je 6 000 t Futtermais und 500 t Mahlmais, die vom Getreidewirtschaftsfonds im Jahre 1973 zwei Firmen bewilligt worden war, gab dem RH Anlaß zu mehrfacher Kritik. So wurden in den Abrechnungen der beiden Firmen bei ganz gleichen Voraussetzungen für die Verwendung von 15-Tonnen-Waggons Frachtmehrkosten von 8 S bzw. 5 S je Tonne in Rechnung gestellt. Dieser Unterschied wurde vom BM nicht beachtet. Des weiteren hatte der Getreidewirtschaftsfonds zwecks Ermittlung des Importausgleiches für den importierten Mahlmais, da für diese Ware keine Preisregelung bestand, den Preis für Importfuttermais herangezogen. Gemäß § 32 Abs. 1 MOG wäre aber für diesen Fall die Durchschnittsnotierung der Ware an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien heranzuziehen gewesen.

58.13.1.2. Das BM verrechnete den Importausgleich aus dem gegenständlichen Mahlmaisimport in Höhe von rund 600 000 S beim finanzgesetzlichen Einnahmenansatz 2/62520 „Futtermittelpreisausgleich, zweckgebundene Importausgleiche“ statt bei dem für Brotgetreide und Mahlerzeugnisse vorgesehenen Ansatz 2/62020 „Brotgetreidepreisausgleich, zweckgebundene Importausgleiche“, was auch zu einer mit dem im MOG festgelegten Verwendungszweck in Widerspruch stehenden Verwendung dieser Mittel führte.

58.13.2. Der RH bemängelte die Nichtbeachtung der unterschiedlichen Tonnensätze in den Abrechnungen, die mangelnde Erhebung eines Einspruches des BM gegen die unrichtige Berechnung des Importausgleiches für Mahlmais durch den Getreidewirtschaftsfonds sowie die unzulässige Verrechnung des Importausgleiches.

58.13.3. Das BM erwiderte, bei der Vergütung der Frachtmehrkosten habe es sich um die tatsächlichen Mehrkosten gehandelt; da in beiden Fällen die Differenz unter der des amtlichen Tarifs gelegen habe, sei vom BM die Ursache des Unterschiedes nicht zu prüfen gewesen. Weiters erklärte das BM, daß Mahlmais wegen seiner untergeordneten Bedeutung an der Börse nicht notiere. Die Kritik des RH an der unrichtigen Verrechnung und Verwendung des Importausgleiches nahm das BM zur Kenntnis.

58.13.4. Dazu erwiderte der RH, daß das BM wie in allen anderen Fällen von Frachtkostenvergütungen die wirklichen Frachtkosten hätte ermitteln müssen. Die durch die Novelle 1976 geänderten Bestimmungen im § 32 MOG über die Inlandspreise von Getreide erübrigten eine weitere Stellungnahme des RH.

58.14.1. Zur Feststellung und firmenweisen Aufteilung des notwendigen Importes von Braugerste unter Berücksichtigung des Absatzes der heimischen Produktion wurde bei der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern ein „Braugerstenausschuß“ aus Vertretern der in Betracht kommenden Interessentenverbände gebildet. In mehreren Fällen hat das BM allerdings ohne Befassung dieses Ausschusses Einfuhrbewilligungen erteilt oder die vom Ausschuß als notwendig bezeichneten Mengen erhöht.

58.14.2. Der RH bemängelte, daß das BM Importe ohne Einschaltung oder abweichend von den Vorschlägen des Braugerstenausschusses bewilligte, ohne dieses Vorgehen aktenmäßig zu begründen.

58.14.3. Das BM erklärte, eine automatische Bindung an die Empfehlungen des Braugerstenausschusses sei aus Gründen der Ministerverantwortlichkeit nicht möglich, und eine selbständige Bewilligung durch das BM sei deshalb oft erforderlich, weil die Gefahr der Nichteinigung der Interessentengruppen im Ausschuß bestehe und überdies oftmals auf eine ausreichende Inlandsversorgung Rücksicht genommen werden müsse. Das BM wolle jedenfalls in Hinkunft jede Abweichung von den Empfehlungen des Braugerstenausschusses aktenmäßig begründen.

58.15.1. Die Importeure von Braugerste wurden zwecks Sicherung entsprechender Qualität verpflichtet, Muster der importierten Ware von der Bundesanstalt für Pflanzenbau und Samenprüfung untersuchen zu lassen und die Befunde dem BM vorzulegen.

58.15.2. Der RH empfahl, die Musterziehung zur Untersuchung der importierten Braugerste durch unbeteiligte Dritte, etwa durch Organe des Getreidewirtschaftsfonds, vorzuschreiben; damit wäre gewährleistet, daß die zur Untersuchung eingesandten Proben tatsächlich von den angegebenen Importen stammten.

58.15.3. Das BM sicherte zu, der Empfehlung des RH zu entsprechen.

58.16.1. Im Jahre 1968 hat das BM den Antrag einer Firma auf Erteilung einer Einfuhrbewilligung für 600 t Braugerste mit dem Hinweis, daß die Importkontingente erschöpft seien, abgewiesen. Auf Antrag der Firma hat der Verwaltungsgerichtshof den Abweisungsbescheid aufgehoben. Ein neuer, ausführlich begründeter Bescheid des BM lautete wieder auf Abweisung des Antrages, worauf die Firma neuerlich den Verwaltungsgerichtshof anrief. Das BM stellte jedoch in Erwartung einer stattgebenden Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes die Firma klaglos und lud sie ein, allfällige Änderungen der Konditionen des ursprünglichen Rechtsgeschäftes bekanntzugeben. Nach Mitteilung der Firma, daß sie nunmehr eine Importmenge von 1 500 t benötige, erteilte das BM die entsprechende Einfuhrbewilligung.

Das BM hat auch in anderen Fällen, in denen Importanträge von Firmen abgewiesen und Beschwerden beim Verwaltungsgerichtshof eingebracht wurden, wegen eines voraussichtlich für das BM ungünstigen Ausganges des Verfahrens die Antragsteller in dieser Weise klaglos gestellt.

58.16.2. Der RH kritisierte, daß das BM entgegen der bekannten Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes Entscheidungen über Braugerstenimporte getroffen und bei den Ausnahmegenehmigungen überdies von den Firmen keinen Nachweis über die tatsächliche Verwendung der importierten Gerste für Brauzwecke gefordert hatte.

58.16.3. Dazu führte das BM im wesentlichen aus, daß der Bedarf der Brauereien entsprechend rasche Entscheidungen erfordert habe.

58.17.1. Der jährliche Bedarf an Braugerste beträgt 160 000 t und wurde teils aus der inländischen Erzeugung, teils aus nicht der Abschöpfung unterworfenen Einfuhren gedeckt, wobei für die Aufteilung in erster Linie die Qualität der inländischen Gerste sowie der Weltmarktpreis für Braugerste ausschlaggebend waren. Die beträchtliche Bedeutung der Braugerste für den gesamten Gerstenmarkt schränkte den Einfluß des Getreidewirtschaftsfonds ein, da ihm gemäß § 22 MOG nur eine Kompetenz für Futtergerste zustand.

Für die Festlegung von Kontingenten bedurfte es gemäß einem Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes aus dem Jahre 1969 eines generellen Verwaltungsaktes in Form einer im Bundesgesetzblatt zu verlautbarenden Verordnung, weil damit ein unbestimmter Kreis von Importeuren und Exporteuren über die Bewilligungsfähigkeit einschlägiger Ein- und Ausfuhrhandlungen informiert werden sollte. Eine solche Verordnung wurde bisher nicht erlassen.

58.17.2. Der RH empfahl dem BM, aus rechtlichen und wirtschaftlichen Gründen Schritte mit dem Ziel in die Wege zu leiten, die Braugerste ebenso wie die übrige Gerste der Regelung des MOG zu unterwerfen; bis dahin wären jedenfalls Kontingente durch Verordnungen des BM festzusetzen.

58.17.3. Zur Aufnahme von Bestimmungen über die Braugerste in das MOG führte das BM mit Schreiben vom 17. Mai 1976 aus, daß die Interessenvertretungen bisher über die Festlegung der Qualitätsmerkmale keine Einigung erzielt hätten. Auch sei es selber der Meinung, daß die Festlegung der Qualitätsmerkmale in einer öffentlichen Bekanntmachung praktisch nicht möglich wäre. Es werde jedoch prüfen, ob aufgrund des § 13 des Außenhandelsgesetzes im Verordnungswege für das jeweilige Wirtschaftsjahr Rahmenkontingente für die Einfuhr von Braugerste festgesetzt werden könnten.

58.18. Da durch die Bestimmungen der MOG-Novelle 1976 vom 19. Mai 1976, BGBl. Nr. 259, in Übereinstimmung mit den Vorschlägen des RH nunmehr auch das Industriegetreide dem MOG unterworfen wurde, verzichtete der RH auf weitere Gegenäußerungen.

Preisausgleich bei Schlachttieren und tierischen Produkten

58.19.1. Der Importausgleich anläßlich der Einfuhr von Schlachttieren und tierischen Produkten (ausgenommen Erzeugnisse der Geflügelwirtschaft) wurde gemäß dem MOG vom Viehverkehrsfonds bescheidmäßig vorgeschrieben. Im BM überwachte die Buchhaltung den Eingang der Beträge und überprüfte deren Richtigkeit durch Einsichtnahme in die Einfuhrbewilligungen oder durch Überprüfung der Firmen an Ort und Stelle. Die Fachabteilung des BM besorgte die Besicherung des Importausgleiches und bearbeitete Minder- oder Überzahlungen der Firmen.

58.19.2. Der RH regte an, die bisherige Vorgangsweise des BM zur Ermittlung, Vorschreibung und Überprüfung des Importausgleiches aus Gründen der Gesetzmäßigkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit in einigen Punkten zu ändern. Im besonderen wären die Belege nach deren Anforderung im BM zu prüfen, alle Forderungen und Schulden des BM gegenüber den Firmen in der Buchhaltung evident zu halten, Vorschrift und Praxis bei nicht rechtzeitiger Entrichtung von Importausgleichsbeträgen in Einklang zu bringen, die Rückleitung erschöpfter oder abgelaufener Ein- und Ausfuhrbewilligungen zu überwachen und zwischen den Geschäftszahlen verschiedener Dienststellen einen entsprechenden Bezug herzustellen.

Der RH stellte fest, daß die Prüfung der Belege über die Fleischimporte bisher in zu großen Abständen vorgenommen und Importausgleichsbeträge samt allfälligen Verzugszinsen dadurch verschiedentlich erst Jahre später eingefordert wurden, wodurch, abgesehen vom Kaufkraftverlust, Einnahmen des Bundes geschmälert wurden. Die laufende Hereinbringung der Importausgleichsbeträge wäre auch wegen der Gefahr der Uneinbringlichkeit notwendig.

58.19.3. Das BM nahm zu den Vorschlägen des RH, abgesehen von der Frage der Festhaltung von Importausgleichsforderungen und -schulden durch die Buchhaltung, zustimmend Stellung und gab auch die Einleitung entsprechender Maßnahmen bekannt. Insbesondere werde es bemüht sein, die Importgeschäfte in kürzeren Zeitabschnitten zu prüfen.

58.20.1. Im § 4 Abs. 4 des Bundesgesetzes vom 27. März 1969 über die Erhebung eines Importausgleiches bei der Einfuhr von Erzeugnissen der Geflügelwirtschaft, BGBl. Nr. 135/1969 (kurz BG 1969), ist vorgesehen, daß der Importausgleich für Erzeugnisse der Geflügelwirtschaft im Falle außerordentlicher Preissteigerungen oder, soweit es zur Erreichung einer Stabilisierung der Preise, der Gewährleistung einer ausreichenden Versorgung der Bevölkerung oder des Schutzes der inländischen Geflügelwirtschaft erforderlich ist, ermäßigt oder erlassen werden kann; hiebei ist der mit dem BG 1969 errichtete Beirat anzuhören.

In den Jahren 1971 bis 1973 wurden insgesamt rund 6 900 t Gänse, Enten und Suppenhühner und rund 162 Millionen Stück Hühnereier zoll- und importausgleichsfrei importiert. Das BM hat bei Geflügel zunächst wie bisher die Freikontingente nach dem Zolltarifgesetz 1958 vergeben und darüber hinaus im letzten Jahresquartal als Maßnahme nach dem BG 1969 den Importausgleich ohne Begründung und ohne mengenmäßige Beschränkung für gewisse Geflügelsorten ermäßigt oder erlassen. Bei Hühnereiern wurden in zwei Jahren rund 25,5 Millionen Stück als Freikontingente vergeben und ansonsten der Importausgleich in bestimmten Perioden gleichfalls ermäßigt oder erlassen.

58.20.2. Der RH bemängelte die Weitergewährung der seinerzeit gerechtfertigten Zollfreikontingente auch nach dem Inkrafttreten des BG 1969 sowie das Fehlen der gemäß § 4 Abs. 4 des BG 1969 erforderlichen Begründung für die Erlassung oder Ermäßigung des Importausgleiches und ersuchte das BM, auch mit Rücksicht auf den Einfluß dieser Importe auf die heimische Produktion und den erheblichen Entgang an Bundeseinnahmen künftighin nur mehr nach dem BG 1969 vorzugehen.

58.20.3. Das BM erklärte, es werde in Hinkunft der Empfehlung des RH nachkommen. Im übrigen habe es bereits dem Vorsitzenden des Beirates mitgeteilt, daß nunmehr Vorschläge für derartige Maßnahmen nur bei ausreichender Begründung und nach Vorlage genauer Kalkulationen geprüft werden könnten.

58.21.1.1. Bei der Berechnung des Importausgleiches von eingeführten Hühnereiern gemäß BG 1969 ist die Differenz zwischen dem durch Verordnung des BM festgelegten jeweiligen Schwellenpreis der Ware und dem niedrigeren Zollwert zu ermitteln. Das auch für die Berechnung der Zollwerterklärung maßgebende Gesamtgewicht der Ware ist aus der Gesamtzahl der importierten Eier pro Gewichtsgruppe (gemäß Qualitätsklassenverordnung 1968) mal den aus einer kleinen Anzahl von jeder Gruppe tatsächlich festgestellten Gewichten zu ermitteln. Das BM hat jedoch anläßlich der bescheidmäßigen Vorschreibung des Importausgleiches im allgemeinen die rechnungsmäßigen Durchschnittsgewichte der Eier jeder Gewichtsgruppe bei der Berechnung der Abschöpfung automatisch zugrunde gelegt und die davon abweichenden Gewichtsangaben in den Zollwerterklärungen berichtigt.

58.21.1.2. Die Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft vom 1. Juli 1969 betreffend die Festsetzung von Schwellenpreisen für bestimmte Erzeugnisse der Geflügelwirtschaft bestimmt, daß das Stückgewicht gewisser, im einzelnen näher angeführter Geflügelsorten sich aus dem Reingewicht gemäß dem Taragesetz, BGBl. Nr. 130/1955, der in einer Verpackungseinheit enthaltenen Waren, geteilt durch die Stückzahl, errechnet. Für die übrigen Erzeugnisse der Geflügelwirtschaft fehlt allerdings eine analoge Regelung. Das BM hat aber trotzdem für Eier in Kleinverpackung (mit Papierumhüllung) in analoger Anwendung des Taragesetzes 1955 das Reingewicht der Ware herangezogen.

58.21.2. Der RH empfahl dem BM, die Ergebnisse der zollamtlichen Feststellungen als Basis für die Einhebung des Importausgleiches für Hühnereier heranzuziehen sowie bei der Bestimmung des Schwellenpreises für Eier in Kleinverpackung von der rechtlich nicht gedeckten Anwendung des Taragesetzes 1955 abzusehen.

58.21.3. Das BM erwiderte, daß die von ihm angenommenen Durchschnittsgewichte dem tatsächlichen Gewicht der jeweiligen Einfuhr wesentlich näher kämen als Probeverwiegungen und damit auch allfälligen Manipulationen bei der Beladung der Fahrzeuge vor der Verwiegung entgegengewirkt werden könne.

58.21.4. Der RH ersuchte das BM, für seine Praxis in beiden Fällen eine einwandfreie rechtliche

Deckung durch Novellierung der betreffenden Verordnung herbeizuführen.

Rindermastförderungsaktion

58.22.1.1. Das Rindermastförderungsgesetz, BGBl. Nr. 139/1953, und später das MOG sahen vor, daß das BM landwirtschaftliche Betriebe, die in Erfüllung eines Rübenbauvertrages Zuckerrüben eigener Erzeugung an Zuckerfabriken lieferten, und landwirtschaftliche Brennereien verpflichten konnte, Rinder zur Mästung einzustellen. Als ergänzende Maßnahmen hat das BM eine Rindermastförderungsaktion in die Wege geleitet und dazu Bestimmungen über die Gewährung verschiedener finanzieller Zuwendungen im Wege eines Geldinstitutes und über die Verpfändung der Rinder an dieses Unternehmen erlassen. Der Jahresbedarf für diese Förderungsaktion lag in den letzten Jahren zwischen 11 und 14 Mill. S.

58.22.1.2. Das BM hat von der Möglichkeit, Rübenbaubetriebe und landwirtschaftliche Brennereien zur Einstellung von Rindern zu verpflichten, keinen Gebrauch gemacht. Seit dem Jahre 1953 wurden hingegen von nicht zur Mast verpflichteten bäuerlichen Betrieben mehr Rinder gemästet, als aufgrund der gesetzlichen Verpflichtungen möglich gewesen wäre, denn das BM hat jeweils Zuschüsse an die Mastbetriebe gewährt, ohne auf die unterschiedlichen Einkommensverhältnisse in den Produktions- und Mastgebieten Bedacht zu nehmen.

58.22.1.3. Trotz der Möglichkeit, eine beachtliche Zahl an Einstellrindern ohne öffentlichen Zuschuß durch die mastverpflichteten Betriebe aus den Berggebieten in die Mastgebiete zu überstellen, hat das BM seine Rindermastförderungsaktion laufend fortgeführt und die finanziellen Zuwendungen immer wieder erhöht.

58.22.1.4. Den dem Gesetz zugrunde liegenden Gedanken, Einstellrinder abzusetzen, die im Produktionsgebiet mangels geeigneter Futtergrundlage nicht bis zur Schlachtreife gemästet werden können, hat das BM später fallengelassen und Begünstigungen auch für in Mastgebieten angekaufte Rinder gewährt. Das BM erfaßte daher seit längerer Zeit nicht mehr die Herkunft der Tiere nach Produktionsgebieten.

58.22.2.1. Der RH bezweifelte die wirtschaftliche Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Rindermastförderungsaktion in Zeiten eines befriedigenden Schlacht- und Mastrinderabsatzes, wie er in dem vom RH überprüften Zeitraum galt, und hielt es für sinnvoller, den Viehabsatz durch Gewährung einer Vergütung nach Maßgabe der jeweiligen Absatzsituation zu fördern.

58.22.2.2. Des weiteren regte er an, vor einer Zuschußgewährung zu prüfen, ob nicht schon mit der Ausschöpfung der gesetzlich vorgesehenen Mastverpflichtungen der Viehabsatz in den alpenländischen Produktionsgebieten gewährleistet werden könne.

58.22.2.3. Ferner wies der RH darauf hin, daß die Aufzucht von Einstellrindern in den Mastgebieten nicht unbedingt einer Förderung bedürfe, da die Produktion hier wesentlich leichter als in den Berggebieten durchgeführt werden könne. Er betonte auch die Notwendigkeit, die Herkunft der Einstellrinder getrennt nach Produktions- und Nichtproduktionsgebieten zu erfassen.

58.22.3.1. Zur grundsätzlichen Seite der Ausführungen des RH erwiderte das BM, es werde prüfen, inwieweit die geltenden Bestimmungen über die Rindermastförderung mit Rücksicht auf die derzeitigen Gegebenheiten geändert werden sollten.

58.22.3.2. Das BM führte weiters aus, es habe bei Nichterfüllung der Mastverpflichtung aufgrund des Widerstandes der Interessenvertretung keinen Ausgleichsbetrag eingehoben, da sich jeder mastverpflichtete Betrieb durch Antrag beim BM von der Mastverpflichtung hätte befreien können. Aufgrund des zeitlichen Abstandes zwischen dem Verkauf der Einstellrinder und deren Verwertung sei es auch nicht möglich, die Begünstigung den Absatzverhältnissen anzupassen. Das BM rechtfertigte die Aufrechterhaltung der Aktion damit, daß die Mäster im Jahre 1974 bei Einstellung der Aktion in die durch die EG-Rindermastpolitik entstandenen Absatzschwierigkeiten geraten wären. Außerdem stelle die Aktion weniger eine produktionsfördernde, sondern eine absatzfördernde Maßnahme dar.

58.22.3.3. Wie das BM im besonderen nochmals betonte, wolle es die Frage der Ausschöpfung der gesetzlich vorgesehenen Mastverpflichtungen prüfen.

58.22.3.4. Eine Erfassung der Einstellrinder nach Produktions- und Nichtproduktionsgebieten würde nach Ansicht des BM bei den Ländern und Interessenvertretungen auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen; ebenso könnten die Klein- und Kleinstbetriebe in nichtbergbäuerlichen Gebieten aus einer Förderung nicht ausgeschlossen werden. Zur fehlenden Übersicht verwies das BM darauf, daß durch die Landwirtschaftskammern, Märkte und Versteigerungen ausreichende Informationsmöglichkeiten vorhanden seien.

58.22.4.1. Der RH entgegnete, daß das Viehwirtschaftsgesetz 1976 den Absatz der mastfähigen Rinder aus den Berggebieten in der bisher vorgeschriebenen Art regelt und das BM daher dem Willen des Gesetzgebers nachkommen sollte und kein Anlaß bestünde, die geltenden Bestimmungen zu ändern.

58.22.4.2. Zu den behaupteten Widerständen der Interessenvertretungen gegen die Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen führte der RH aus, verschiedene Publikationen dieser Stellen hätten gegenteilige Äußerungen enthalten und die Beibehaltung der gesetzlichen Bestimmungen über die Rindermastförderung im Viehwirtschaftsgesetz 1976 sogar als Erfolg der Interessenvertretung gewertet. Der RH hielt daher seine Kritik an der Praxis des BM aufrecht.

58.22.4.3. Mit Rücksicht auf den seit der Übermittlung des Überprüfungsergebnisses verstrichenen Zeitraum ersuchte der RH das BM auch um eheste Bekanntgabe des Ergebnisses der von ihm in Aussicht genommenen Prüfung der Möglichkeiten zur Ausschöpfung der gesetzlich vorgesehenen Mastverpflichtungen.

58.22.4.4. Schließlich verwies der RH darauf, daß der Kreis der Begünstigten (Bergbauernbetriebe) gesetzlich festgelegt sei und Befürchtungen über Einflußnahmen der Interessentenvertretungen sohin ungerechtfertigt seien. Der Absatz von Tieren durch Klein- und Kleinstbetriebe im Nicht-Bergbauerngebiet erscheine solange gesichert, als fertig gemästete Tiere ganz allgemein zu angemessenen Preisen abgesetzt werden können; im übrigen gehe die Zahl dieser Betriebe zurück.

58.23.1. Die Teilnahme an der Rindermastförderungsaktion war an die Inanspruchnahme eines Mastkredites bei einem Wiener Geldinstitut in Höhe von 70% des Ankaufswertes der Einstellrinder gebunden. Das BM gewährte für diesen Kredit ein Zinsenpauschale, wofür zuletzt Bundesmittel zwischen 3,3 und 5,5 Mill. S jährlich aufgewendet werden mußten. Der Grund für die Verpflichtung der Aktionsteilnehmer zur Kreditaufnahme bzw. die Frage des Kreditbedarfes der Mäster konnte den Geschäftsstücken des BM nicht entnommen werden.

58.23.2. Der RH wies darauf hin, daß in Fällen mangelnden Kreditbedarfes den Mästern und dem Bund vermeidbare Mehrkosten entstanden waren, und empfahl, im Interesse der volkswirtschaftlich notwendigen Stabilisierungsmaßnahmen eine unnötige Belastung des Kreditapparates zu vermeiden.

58.23.3. Das BM rechtfertigte den Kreditzwang mit dem Hinweis, daß mit der Verpfändung auch die Kontrolle der Verwertung der Mastrinder verbunden sei; damit werde für jedes in der Aktion erfaßte Rind der Verwertungsnachweis sichergestellt.

58.23.4. Demgegenüber erwiderte der RH, daß die Sicherstellung des Verwertungsnachweises weder den Zwang zur Kreditaufnahme noch die damit verbundene Gewährung von Zinsenzuschüssen rechtfertige, und ersuchte das BM, die Frage einer Abwicklung ohne Kreditzwang zu prüfen.

58.24.1. Zur Vermeidung von Härten ermöglichten die Durchführungsbestimmungen zur Rindermastaktion 1973/74 auch die Teilnahme von Betrieben, die ihre Einstellrinder in einer Entfernung unter 50 km von ihrem Betrieb ankauften, wobei die jeweils zuständige Landwirtschaftskammer die Notwendigkeit der Ausnahme schriftlich zu bestätigen hatte.

58.24.2. Wie der RH feststellte, wurden solche Bestätigungen von den Landwirtschaftskammern verhältnismäßig oft ausgestellt. Sie enthielten keine Begründung für die Notwendigkeit der Aufnahme dieser Betriebe in die Förderungsmaßnahme. Der RH brachte dem BM in Erinnerung, daß diese Bestimmung in Widerspruch zu den Zielsetzungen der Aktion stand, da nicht der örtliche Absatz im Mastgebiet, sondern der Absatz in den Berggebieten durch Überstellung in Mastgebiete gefördert werden sollte, und empfahl dem BM die Aufhebung dieser Ausnahmebestimmung.

58.24.3. Das BM erwiderte, es habe die Landwirtschaftskammern angewiesen, künftig den Grund für die Begünstigung in den Anträgen anzuführen.

58.24.4. Der RH ersuchte das BM ergänzend um Bekanntgabe der Gründe, warum es die erwähnte Ausnahmebestimmung überhaupt noch aufrechterhalten wolle.

58.25.1. Die Abrechnungen des in die Rindermastförderungsaktion eingeschalteten Geldinstitutes zeigten, daß sich bei ihm häufig mehr Bundesmittel befanden, als im Abrechnungszeitraum benötigt wurden, während andererseits das BM seine Überweisungen nur selten verspätet leistete.

58.25.2. Der RH bemängelte, daß das BM in mehr als 20 Jahren der Aktion seine Überweisungen nicht dem Zahlungsrhythmus der Abwicklungsstelle anzupassen vermochte und Bundesmittel ohne Notwendigkeit vorzeitig überwiesen hatte.

58.25.3. Dazu gab das BM bekannt, es werde die Kritik des RH berücksichtigen.

Kälbermastaktionen

58.26.1.1. Um ein größeres Angebot an Kalbfleisch und an Einstellrindern zu sichern und den laufenden Milchüberschuß abzubauen, hat das BM im Jahre 1967 die Prämiierung der Milchmast von männlichen und weiblichen Kälbern bei gleichzeitigem Milchlieferverzicht an die Molkereien aufgenommen. Diese Aktion sah für eine beschränkte Anzahl von Kälbern — entscheidend waren die Milchanlieferung im Jahre 1967 und eine geforderte Mästung auf

über 150 kg — eine Mastprämie von 800 S vor, wovon 520 S als Abgeltung für den Entfall der staatlichen Milchpreisstützung infolge des Milchlieferverzichtes gedacht waren.

Im Rahmen dieser Aktion wurden in den Jahren 1968 bis 1970 rund 5700 Kälber gemästet; die Gesamtkosten betrugen rund 4,6 Mill. S. Dem stand jedoch eine Ersparung für den Bund an Stützungsmitteln in Höhe von rund 5,3 Mill. S wegen verringerter Lieferung und Überschußverwertung von Milch gegenüber.

58.26.1.2. Im Jahre 1969 hat das BM noch während des Laufes der oberwähnten Maßnahme eine Mastaktion für weibliche Kälber mit Vollmilchaustauscher ins Leben gerufen. Diese Aktion sah für eine beliebige Anzahl von Kälbern einen Bundeszuschuß von 200 S je Kalb vor, wobei das Erfordernis des Milchlieferverzichtes wegfiel und die Kälber nur mehr auf 120 kg Lebendgewicht aufgemästet werden mußten.

Diese Aktion bot den Mästern gegenüber der Vollmilchmastaktion 1967 mehr Vorteile, und das Gesamtergebnis (Laufzeit der Aktion 1969 bis 1971) zeigte auch eine erhöhte Teilnahme, da insgesamt rund 56 000 Kälber in die Aktion einbezogen wurden. Der Aufwand an Bundesmitteln betrug rund 11,2 Mill. S. Trotzdem blieb auch diese Aktion auf eine relativ kleine Anzahl von fachlich entsprechend ausgestatteten und investitionsstarken Betrieben beschränkt.

58.26.2. Aufgrund eines vom RH angestellten Vergleiches der beiden Aktionen — Berechnungen des BM lagen nicht vor — bemängelte der RH, daß das BM die für den einzelnen Landwirt betriebswirtschaftlich günstigere Kälbermast mit Vollmilchaustauscher, die zudem nur einer kleinen Anzahl von Betrieben zugutekam, viel mehr gefördert hat als die gesamtvolkswirtschaftlich günstiger zu beurteilende Vollmilchaktion.

58.26.3. Das BM erklärte dazu, daß durch die Mastaktion für weibliche Kälber die Ziele der Aktion (Abbau des Kuhbestandes über die vermehrte Schlachtung von weiblichen Kälbern, Abbau des Magermilchberges, Gewöhnung des Marktes an ein höheres Gewicht der Schlachtkälber) im großen und ganzen erreicht worden seien. Weiters führte das BM aus, daß bei dieser Aktion rund 4 000 t Magermilchpulver verbraucht worden seien und der Aufwand bei einem Export dieser Menge zumindest so hoch gewesen wäre wie der Stützungsaufwand für diese Aktion.

58.26.4. In seiner Erwiderung stellte der RH fest, daß das BM auf die entscheidende Frage, warum die Vollmilchmast durch die Mast mittels Vollmilchaustauscher abgelöst wurde, nicht eingegangen war, und hielt seine Kritik aufrecht.

Kälbervermittlungsaktion

58.27.1. Die im Jahre 1970 vom BM aufgenommene Kälbervermittlungsaktion sollte vorerst nur die Produktion von männlichen Einstellrindern anregen; ab dem Jahre 1972 konnten in diese Aktion auch weibliche Kälber einbezogen werden. Als Zuschuß des Bundes wurde je Kalb ein nach der Entfernung zwischen Einkaufs- und Einstellort gestaffelter Transportkostenzuschuß gewährt, der ursprünglich zwischen 50 S und 150 S lag. Ab dem Jahre 1971 wurden die Unter- und Obergrenze auf 150 S bzw. 250 S erhöht sowie ein Kastrationszuschlag von 100 S je kastriertes männliches Kalb und ein Bergbauernzuschlag von 150 S je Kalb für Mastbetriebe im Bergbauerngebiet eingeführt.

58.27.2. Der RH bemängelte, daß die Bemessungsgrundlage für die angeführten Zuschüsse des BM aus den einschlägigen Akten nicht ersehen werden konnte. Jedenfalls lagen die in den Richtlinien festgelegten Pauschalsätze für die Transportkosten schon vor der erwähnten Erhöhung der Zuschüsse nicht nur über den Frachtsätzen der ÖBB, sondern auch über den tatsächlichen Kosten. Dies führte dazu, daß Kälber, die die Mäster in Betrieben aus ihrer Umgebung ankauften, nur deshalb in 200 km und weiter entfernte Märkte transportiert wurden, um in den Genuß des Zuschusses zu kommen. Der RH kritisierte überdies, daß das BM diese Zuschüsse auch dann noch gewährte, als die Kälberpreise einen befriedigenden Erlös für die Mäster erbrachten und die Nachfrage bereits größer als das Angebot an Kälbern war.

58.27.3. Die Angemessenheit des Transportkostenzuschusses wurde vom BM mit dem Hinweis zu rechtfertigen versucht, daß für die Kälbermäster noch weitere Kosten (Ausladen, Gewichtsverlust, Transportrisiko, tierärztliche Beschau u. a.) anfallen, die mit mindestens 100 S pro Kalb in Rechnung zu stellen wären. Das Vermittlungspauschale könne außerdem nicht nach der Preisentwicklung ausgerichtet werden, da es lediglich der Gebiets- und saisonalen Ausgleichsfunktion wegen gewährt worden wäre.

58.27.4. Die Argumentation des BM betreffend die Abgeltung der Nebenkosten erschien dem RH nicht zutreffend, da die Richtlinien für den Transportkostenzuschuß für Kälber nur die Abgeltung von Transportkosten vorsahen. Im übrigen verblieb der RH bei seiner Meinung, daß Zuschüsse nur bis zur Erreichung des angestrebten Zieles gerechtfertigt waren und nicht mehr gewährt werden durften, als die Nachfrage das Angebot bereits überschritt.

58.28.1. In den Jahren 1972 und 1973 wurden Kälber aus den Ländern Niederösterreich, Tirol, Kärnten und Vorarlberg unter Inanspruchnahme des Transportkostenzuschusses in andere Bundes

länder transportiert, obwohl die angeführten Länder selbst einen hohen Eigenbedarf an Einstellkälbern hatten. So wurden 1972 und 1973 in Niederösterreich insgesamt rund 12 800 Kälber zur Mast eingestellt, von denen nur rund 4 800 aus demselben Bundesland stammten, hingegen rund 500 Kälber nach Kärnten, Tirol und Vorarlberg abgegeben. In Tirol wurden in den genannten Jahren rund 17 300 Kälber eingestellt, von denen nur rund 7 000 aus Tirol selbst stammten, während rund 4 100 Kälber nach Niederösterreich, Steiermark, Kärnten und Burgenland abgegeben wurden.

58.28.2. Der RH wies darauf hin, daß in Niederösterreich und in Tirol mehr Kälber zur Mast eingestellt wurden, als in diesen Bundesländern zum selben Zweck angeboten worden waren. Er bemängelte die dabei dem Bund entstandenen, vermeidbaren Mehrkosten und empfahl dem BM, künftig entsprechende Vorkehrungen zu treffen.

58.28.3. Das BM führte aus, daß sich in den westlichen Bundesländern Abkalbungen nur auf die Wintermonate beschränkten, für den Rest des Jahres jedoch ein Zukauf aus ganzjährig anbietenden Bundesländern wie Niederösterreich notwendig wäre. Weiters müßten Mäster in Braunvieh- und Pinzgauergebieten Fleckviehkälber in anderen Bundesländern kaufen, da letztere bessere Preise erzielten.

58.28.4. Dazu stellte der RH fest, daß auch außerhalb der erwähnten Abkalbezeit ein reger Kälberaustausch stattgefunden habe, für den Förderungsmaßnahmen nicht notwendig gewesen seien; auch habe das BM in seinen Richtlinien keine Unterscheidung zwischen absatzgünstigen und -ungünstigen Zeiten getroffen.

58.29.1.1. Viehhändler und Kälbermäster kauften im Zillertal Kälber, die sie aber nicht zum nahegelegenen Auftrieb in Jenbach, sondern in das 92 km entfernte Imst und wieder zurück zu den Maststallbetrieben im Zillertal brachten. Andererseits wurden Kälber aus dem Raume Imst nicht dort, sondern in Jenbach zu Markte gebracht und schließlich wieder an Mäster im Raume Imst abgegeben. Die Kälber waren in der Regel vor dem Auftrieb an die Mäster im Aufbringungsgebiet vermittelt und nur zwecks Erlangung des Transportkostenzuschusses (für Entfernungen über 50 km) zu den angeführten Märkten hin- und wieder zurücktransportiert worden.

Die Tiroler Landwirtschaftskammer als Abwicklungsstelle dieser Aktion hatte in Kenntnis dieser Umstände diesbezügliche Abrechnungen, da die Richtlinien keine entsprechenden Einschränkungen vorsahen, ohne Beanstandung anerkannt und die Auszahlung der Transportkostenzuschüsse veranlaßt.

58.29.1.2. Bereits im Jänner 1973 hatte der RH die parlamentarische Anfrage eines Abgeordneten zum Nationalrat über Mißstände bei der Abwicklung dieser Aktion in Tirol zum Anlaß genommen, dem BM seine Bedenken gegen diese Vorgangsweise mitzuteilen, und empfohlen zu prüfen, ob sie trotz der ihr anhaftenden Mängel noch weitergeführt werden sollte. Das BM teilte damals dem RH mit, daß die zahlreichen, auch von anderen Landwirtschaftskammern vorgenommenen Kontrollen in keinem einzigen Falle die behaupteten Mißstände bestätigt hätten. Das BM selbst hat es damals unterlassen, die Durchführung dieser Aktion durch eigene Organe zu untersuchen.

58.29.1.3. Aufgrund der vom RH dem Grunde nach festgestellten Mängel hat das BM noch während der Überprüfung durch den RH die vorliegenden, bereits anerkannten Abrechnungen neuerlich überprüft. Dabei wurde festgestellt, daß allein in den Monaten Oktober bis Dezember 1973 550 Kälber, die entgegen der Zielsetzung der Aktion, die örtlichen Märkte durch echte Auftriebe zu beleben, über die wesentlich weiter entfernt liegenden Märkte geführt wurden, nur um die Bestimmungen der Richtlinien formal zu erfüllen und Bundeszuschüsse in Höhe von insgesamt 165 000 S beziehen zu können.

58.29.2. Der RH empfahl zu prüfen, ob nicht auch auf dem Viehabsatzsektor eine Kostenbeteiligung der Länder erwogen werden sollte, die erfahrungsgemäß eine sparsamere Gebarung der Förderungsstellen nach sich ziehe.

58.29.3. Das BM gab dem RH daraufhin die Einstellung dieser Förderungsaktion bekannt.

58.30.1. Nach Einstellung der Kälbermastaktion beteiligte sich eine Tiroler Fleisch-Import- und -Export-Firma im Jahre 1972 in großem Umfange auch an der Kälbervermittlungsaktion. Für die von ihr in diesem Jahre vermarkteten rund 6 000 Kälber — die Tiroler Gesamtzahl betrug rund 8 000 — erhielt diese Firma rund 900 000 S an Förderungsmitteln. Sie brachte mit firmeneigenen Fahrzeugen bereits von den Landwirten übernommene Kälber auf den Markt, ließ die Tiere wiegen sowie die entsprechenden Bestätigungen für die Erlangung des Zuschusses vom Organ der Landwirtschaftskammer ausstellen und transportierte anschließend die Kälber in den firmeneigenen Maststall.

58.30.2. Der RH bemängelte die Förderung der Geschäfte dieser Firma, da die Kälber bereits vorgekauft waren und der Marktbesuch ausschließlich zwecks Erlangung des Zuschusses erfolgte.

58.30.3. Das BM rechtfertigte die Einbeziehung der Firma in die Förderung damit, daß diese durch ihre große Aufnahmekapazität den Kälberabsatz in Tirol jeweils so steuern könne,

daß keine Schwierigkeiten auftreten. Auch wären weder in Tirol noch anderswo genügend Firmen und Mäster imstande, diese Aufgaben in der zur Verfügung stehenden knappen Zeit zu bewältigen. Das BM habe jedoch nunmehr mit dieser Firma einen eigenen Vertrag im Rahmen dieser Aktion geschlossen, der sie weiterhin zur Mast verpflichte, aber die vom RH aufgezeigten Mängel in Hinkunft ausschließe.

58.30.4. Der RH erwiderte, daß er wegen der marktbeherrschenden Stellung der Firma eine finanzielle Förderung für ungerechtfertigt halte, weil sie ja den Preis weitgehend selbst gestalte und nicht gezwungen sei, allfällige Zuschüsse in die Preiskalkulation einzubeziehen.

Sonstige Feststellungen

58.31.1.1. Zur Sicherung der gehörigen Entrichtung des Importausgleiches hat das BM seit dem Jahre 1966 bei der Einfuhr von Schlachttieren und tierischen Produkten sowie von Brot- und Futtergetreide und seit dem Jahre 1971 bei der Einfuhr von Erzeugnissen der Geflügelwirtschaft seine Einfuhrbewilligung von der Beibringung einer Sicherstellung durch die Firmen abhängig gemacht.

58.31.1.2. Das BM mußte bis April 1974 Bankgarantien nur bei drei Firmen, und zwar bei zwei Geflügel- und einem Getreideimporteur, in Anspruch nehmen.

58.31.2. Der RH wies auf die Bestimmungen des Außenhandelsgesetzes 1968 und des MOG hin, in denen wohl Formen einer Sicherstellung normiert sind, die aber nicht auf die Hereinbringung des Importausgleiches Bezug nehmen; bloß die Geflügelwirtschaftsgesetz-Novelle 1974, BGBl. Nr. 784, brachte Bestimmungen über die Besicherung des Importausgleiches. Er empfahl, von derartigen Maßnahmen Abstand zu nehmen, solange die gesetzlichen Bestimmungen für die betreffenden Warengruppen nicht die Möglichkeit der Besicherung des Importausgleiches vorsehen.

58.31.3. Eine Besicherung des Importausgleiches müsse, wie das BM dazu ausführte, trotz Fehlens entsprechender gesetzlicher Grundlagen vorgenommen werden, um die Hereinbringung dieser Forderungen zu gewährleisten.

58.31.4. In seiner Erwiderung vertrat der RH nochmals den Standpunkt, daß der Gesetzgeber eine Besicherung des Importausgleiches lediglich in der Geflügelwirtschaftsgesetz-Novelle 1974 vorgesehen hat und eine analoge Anwendung dieser Bestimmung auf andere Produkte somit dem Willen des Gesetzgebers nicht entspricht.

58.32.1. Gemäß einem Erlaß des BM aus dem Jahre 1960 hatten die ihm unterstellten Anstalten aus Gründen der Gebarungssicherheit die als Sicherstellung entgegengenommenen Bankgarantien kassenmäßig zu verwahren. Des weiteren mußten die Bankgarantien die Klausel enthalten, daß sie nur aufgrund einer schriftlichen Anforderung der die Sicherstellung nehmenden Dienststelle unter Abdruck ihres Rundstempels und Vermerk der Nummer ihres Postscheckkontos auf dieses Konto, unter Ausschluß jeder Barzahlung, ausgezahlt werden.

58.32.2. Bei der Überprüfung der beim BM verwahrten Bankgarantien kritisierte der RH, daß die vom BM herausgegebene Vorschrift in seinem eigenen Bereich nicht beachtet wurde.

58.32.3. Das BM bedauerte die aufgezeigten Mängel und teilte mit, daß es bereits die entsprechenden Veranlassungen zu deren Behebung eingeleitet habe.

58.33.1.1. Für die den Landwirtschaftskammern übertragene Abwicklung der Kälbermastaktion überwies das BM die erforderlichen Mittel laufend in einem weit über dem jeweiligen Bedarf liegenden Ausmaß. Bei einzelnen Kammern erlagen Bundesmittel sogar ein ganzes Jahr, ohne ihrer Bestimmung entsprechend verwendet werden zu können. Bei der Tiroler Landwirtschaftskammer sank beispielsweise die Höhe dieser Mittel im Zeitraum zwischen März und November 1971 nie unter 879 000 S. Dieser Betrag entspricht beim damaligen Zinsfuß von 3,5% einem Zinsenverlust von rund 23 000 S.

58.33.1.2. Nach den Richtlinien 1971 des BM für die Kälbervermittlungsaktion hatten die Landwirtschaftskammern die Abrechnungen zu erstellen und dem BM zur Überprüfung vorzulegen. Nach deren Rücklangen oblag ihnen dann die Auszahlung der Förderungsbeträge an die Kälbermäster. Die Kammern wurden aber vom BM schon zu einer Zeit laufend mit Bundesmitteln dotiert, als die Abrechnungen noch gar nicht erstellt waren.

58.33.2. Der RH bemängelte die vorzeitige Überweisung von Bundesmitteln an die Landwirtschaftskammern und empfahl dem BM, den für die Abwicklung der Aktion notwendigen tatsächlichen Zahlungsrhythmus festzustellen und sodann die künftige Kreditbewirtschaftung darnach auszurichten.

58.33.3. Hiezu teilte das BM mit, daß es bemüht sein werde, die Zuweisungen an die Landwirtschaftskammern besser dem voraussichtlichen echten Bedarf anzupassen. Akontierungen im Rahmen der Kälbervermittlungsaktion, die im übrigen seit dem Jahre 1974 nicht mehr erfolgten, seien deswegen gegen Jahresende notwendig gewesen, weil die Mittel zu Beginn des Folgejahres gewöhnlich zu gering waren und es auch oftmals schwer gewesen wäre, die Geldzuweisungen dem geschätzten Bedarf anzupassen.

58.33.4. Der RH verwies darauf, daß die oftmals zu geringen Kreditzuweisungen zu Jahresbeginn an die einzelnen Ressorts durch das BM f. Finanzen auch auf den Umstand zurückzuführen seien, daß zum Jahresende ohne Notwendigkeit Bundesmittel entgegen den gesetzlichen Vorschriften vorzeitig verausgabt werden. Eine Akontierung der Kälbervermittlungsaktion sei, wie der RH weiters feststellte, schon deshalb unzulässig gewesen, weil diese Aktion einen Auszahlungsvorbehalt vorgesehen habe.

58.34.1. Nach einem gegen Jahresende 1972 erstellten Aktenrückstandsausweis über die seit dem Jahre 1968 zugewiesenen Geschäftsstücke waren rund 3% bei einer und rund 1,5% bei einer zweiten von der Prüfung des RH betroffenen Abteilung noch unerledigt; insgesamt waren beide Abteilungen mit mehr als 700 Akten im Rückstand. Der Aktenrückstand einer weiteren Abteilung konnte nicht ermittelt werden, da der Rückstandsausweis in dieser Abteilung in Verlust geraten und keine Kopie vorhanden war.

58.34.2. Der RH empfahl dem BM, für eine ordnungsgemäße und rasche Erledigung der Geschäftsstücke zu sorgen.

58.34.3. Das BM sicherte zu, in Hinkunft auf diese Empfehlung des RH besonders zu achten.

58.35.1. Das BM leistete im Rahmen seiner Förderungsaktionen auf vorgelegte Firmenrechnungen immer wieder Anzahlungen, und zwar zumeist dann, wenn im Monatsvoranschlag ein entsprechender Kredit zur Verfügung stand, eine meritorische und rechnungsmäßige Überprüfung der Firmenabrechnungen in diesem Monat jedoch nicht mehr möglich war. Die Buchhaltung des BM hat bei Gewährung solcher Anzahlungen weder bücherlich noch außerbücherlich die Abrechnung dieser Anzahlungen überwacht.

58.35.2. Unter Hinweis auf die einschlägigen Bestimmungen ersuchte der RH vorzusorgen, daß künftig Anzahlungen evident gehalten werden.

58.35.3. Das BM gab bekannt, daß in Hinkunft die Buchhaltung über allenfalls gewährte Anzahlungen benachrichtigt werden wird.

58.36. Weitere Feststellungen geringerer Bedeutung betrafen den Personaleinsatz im BM, die Anweisungsbefugnis auf dem Gebiete „Preisausgleiche bei Schlachttieren und tierischen Produkten", Aktenerledigungen, die Aufwendungen für gewisse statistische Ausarbeitungen, die Verwendung von Bundesmitteln zur Bestreitung von Baukosten der Messe in Verona und die Verrechnung von Rückersätzen aus den Vorjahren. Die meisten der vom RH aufgezeigten Mängel wurden vom BM im wesentlichen bereits bereinigt; in einigen Angelegenheiten ist der Schriftwechsel mit dem BM noch im Gange.

Gebarung mit den Bundeszuschüssen für die Treibstoffverbilligung bei der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in Steiermark

59.1. Vom Jahre 1963 an hat das BM f. Land- und Forstwirtschaft der österreichischen Landwirtschaft jährlich die Treibstoffkosten des Betriebes landwirtschaftlicher Maschinen aus Bundesmitteln teilweise rückerstattet. Die Gesamtsumme der dafür aufgewendeten Beträge machte im Jahre 1963 rund 160 Mill. S aus und stieg im Laufe der Jahre auf rund 361 Mill. S (1973) an. In Steiermark erhielten im Jahre 1973 rund 51 000 Landwirte aus dieser Aktion 59 Mill. S.

Grundlage der Treibstoffverbilligungsaktion war eine jährliche Zählung landwirtschaftlicher treibstoffverbrauchender Maschinen, deren Ergebnis zur Berechnung von Punktewerten und davon ausgehend zur Ermittlung der auszuzahlenden Beträge herangezogen wurde. Mit 1. Jänner 1975 trat die Bundesmineralölsteuergesetz-Novelle vom 13. Dezember 1974, BGBl. Nr. 3/1975, in Kraft; damit wurde die Treibstoffverbilligungsaktion gesetzlich geregelt und die Vergütung der Kosten nunmehr mit 1,33 S pro Liter Treibstoff bestimmt. Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft setzte durch Verordnung die von der Größe der landwirtschaftlichen Nutzflächen und der Art der verwendeten Maschinen abhängigen Treibstoffmengen, für die eine Vergütung geleistet wird, fest.

Die Überprüfung des RH bei der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in Steiermark (kurz Kammer) umfaßte noch jenen Zeitraum, in dem das frühere, durch Förderungsrichtlinien des BM geregelte System der Treibstoffvergütung in Geltung stand.

59.2.1. Das BM überwies die für die Auszahlung der Treibstoffverbilligung 1974 erforderlichen Mittel im Ausmaß von rund 80 Mill. S wie in den Vorjahren ohne schriftliche Geldanforderung der Kammer. Zwischen dem Eingang der Bundesmittel bei der Kammer und deren Weiterleitung ergaben sich zum Teil nicht unerhebliche Zeitabstände.

59.2.2. Der RH empfahl, die Mittel des Jahreserfordernisses nicht in einem Betrag, sondern gemäß § 16 Abs. 3 der Bundeshaushaltsverordnung nur nach Maßgabe des unabweislichen Bedarfes der Kammer zuzuleiten. Die Überweisung von Teilbeträgen sollte jeweils nur aufgrund schriftlicher Geldanforderungen der Kammer und nach Vorlage überweisungsreifer Auszahlungslisten im Ausmaß der beantragten Mittel erfolgen.

59.2.3. Das BM entgegnete, daß es nach Herausgabe der Richtlinien eine Überweisungsfolge nach Bundesländern festgelegt habe, nach der auch die Anforderung der Bundesmittel beim BM f. Finanzen erfolgte. Eine Anforderung durch die Kammer sei nicht mehr notwendig. Die ratenweise Auszahlung der Mittel im Jahre 1974 seitens der Kammer sei durch eine Änderung des Punktewertes während des Jahres und die dadurch bedingten Verzögerungen bei der Neuberechnung verursacht worden.

59.2.4. Der RH gab hiezu nochmals zu bedenken, daß durch die schriftliche Geldanforderung der Kammer der Zeitraum zwischen Eingang der Bundesmittel und deren Weiterleitung durch die Kammer auf das notwendige Mindestmaß verkürzt werden könnte.

59.3.1. Bei der Überweisung der Bundesmittel auf Konten der Landwirte bei verschiedenen Geldinstituten zeigte sich, daß die Beträge nicht immer sofort, sondern oftmals einige Tage später, zum Teil sogar bis zu eineinhalb Wochen nach Eingang der Mittel, den Konten gutgeschrieben wurden.

59.3.2. Um den Landwirten den vollen Genuß der Rückvergütung ohne Nachteil zukommen zu lassen, empfahl der RH dem BM vorzusorgen, daß die Wertstellung auf den Konten mit dem Tage des Einganges der Vergütung beim Geldinstitut erfolgt und die Kammer diesen Zeitpunkt entsprechend überwacht.

59.3.3. Das BM sicherte zu, es werde der Anregung des RH bei einer künftigen diesbezüglichen Regelung Rechnung tragen.

59.4.1. Die Richtlinien für die Treibstoffverbilligungsaktion 1974 sahen eine Kontrolle der Verwendung der Bundesbeihilfen durch das BM sowohl bei den zuständigen Landwirtschaftskammern als auch durch eine Überprüfung an Ort und Stelle vor. Eine örtliche Kontrollbefugnis der Kammern war in den Richtlinien nicht verankert.

59.4.2. Da die Kammern rasch und unmittelbar die erforderlichen Maßnahmen ergreifen können, empfahl der RH, auch ihnen ein Recht zur Prüfung an Ort und Stelle einzuräumen.

59.4.3. Das BM nahm die Anregung des RH zur Kenntnis.

59.5.1. In den Richtlinien des BM war weiters keine Bestimmung enthalten, nach welcher Veränderungen der für die Ermittlung der Vergütungsbeträge bedeutsamen Besitzfläche (reduzierte landwirtschaftliche Nutzfläche, kurz RLN), etwa durch Kauf, Pacht oder Vererbung, bis zum Zähltag der Maschinen zu berücksichtigen wären. Da die amtlichen Erhebungen nur in größeren Zeitabständen durchgeführt werden, änderten die einzelnen steirischen Bezirksbauernkammern ihre Vormerkungen aufgrund unbelegter Meldungen der Landwirte. Sowohl im Ausmaß der RLN als auch in der Art der Kulturflächen in den einzelnen Aktionsjahren ergaben sich bei einzelnen Landwirten immer wieder erhebliche Veränderungen.

59.5.2. Wegen der großen Bedeutung der landwirtschaftlich genutzten Flächen im neuen System der Mineralösteuer-Rückvergütung empfahl der RH anzuordnen, daß jede Änderung im Besitzstand und in der Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Kulturflächen gehörig zu belegen und schriftlich festzuhalten ist. Ebenso regte er an, die Flächenangaben der landwirtschaftlichen Betriebe bei der Kammer zu Kontrollzwecken besonders genau in Evidenz zu führen.

59.5.3. Das BM sagte zu, den Empfehlungen des RH zu entsprechen.

59.6.1. Bei der Überprüfung der in die Treibstoffverbilligungsaktion einbezogenen Geräte fiel auf, daß ein bestimmter Maschinentyp als Kombinationsgerät für zwei verschiedene Arbeitsvorgänge verwendbar war. Da das Gerät entgegen den Richtlinien auch unter verschiedener Bezeichnung zweimal in die Maschinenzähllisten aufgenommen wurde, erhielten die betreffenden Landwirte mehr Treibstoffvergütung, als die Richtlinien vorsahen. Weiters stellte der RH anhand einiger Beispiele fest, daß „Selbstfahrende Mähdrescher" mit Leistungsstärken von 54 bis 203 PS teils für einen Betrieb, teils auch überbetrieblich eingesetzt und für die Aktion einheitlich mit je 6 Relationspunkten eingestuft wurden.

59.6.2. Der RH wies darauf hin, daß die Unzulässigkeit der mehrfachen Berücksichtigung von Kombinationsgeräten bei der Berechnung des Punktewertes nach den bisherigen Bestimmungen nicht sinnvoll war, da Landwirte, die derartige Geräte einsetzten, zweifellos auf den gleichen Treibstoffverbrauch wie bei Verwendung von zwei verschiedenen Geräten verweisen konnten und demnach für ihre sparsame Maschineninvestition benachteiligt wurden. Da erhebliche Unterschiede in den Typen und in der Art des Einsatzes der Mähdrescher bestehen, wäre nach Ansicht des RH eine entsprechende Abstufung im Punktewert angezeigt.

59.6.3. Das BM erklärte hiezu, daß im Rahmen des neuen Systems der Berechnung der Treibstoffvergütung die angeführten Probleme nunmehr befriedigend gelöst worden sind.

59.7. Weitere Feststellungen des RH betrafen Abweichungen vom Zählergebnis des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, Sondergenehmigungen des BM für die Einbeziehung bestimmter Maschinen in die Aktion, die Ab-

fassung der Auszahlungslisten und die Kontrolle der RLN laut diesen Listen, die Flächenerhebung bei der Aktion 1973 sowie die Form der „Land- und forstwirtschaftlichen Betriebskarte". Das BM hat auch zu diesen Fragen überwiegend zustimmend Stellung genommen.

59.8.1. Neben der Überprüfung der Abwicklung der Treibstoffverbilligungsaktion unmittelbar bei der Kammer hat der RH auch in elf politischen Bezirken der Steiermark bei den Bezirksbauernkammern, zahlreichen Landwirtschaftsbetrieben und einigen in die Aktion eingeschalteten örtlichen Geldinstituten stichprobenartige Kontrollen vorgenommen. Er überprüfte hiebei insbesondere die Berechnungsunterlagen und sonstige für die Aktion bedeutsame Aufzeichnungen, kontrollierte die gemeldeten Geräte an Ort und Stelle und verfolgte den Geldfluß bei der Auszahlung der Vergütungen.

59.8.2. Die Beanstandungen des RH bei dieser Kontrolle waren von geringerer Bedeutung und wurden dem BM im einzelnen zur Kenntnis gebracht.

59.8.3. Das BM nahm die Ausführungen des RH zur Kenntnis. Die vom RH verschiedentlich festgestellten Mehr- bzw. Minderzahlungen von Vergütungsbeträgen lagen jeweils unter 3 000 bzw. 2 000 S. Das BM hat wegen der Geringfügigkeit der Beträge und des großen Zeitabstandes von einer Rückforderung der zu Unrecht ausgezahlten Beträge Abstand genommen.

c) Sonstige Wahrnehmungen

Nachträge zum Tätigkeitsbericht 1974

Mehlpreisstützung 1974

60.1.1. Die Aufnahme der Bestimmung über die Einhebung einer Abgabe von 2 S je 100 kg Weizenhandelsvermahlung in die im TB 1974 Abs. 78.1.2. erwähnte Preiskundmachung bezeichnete das BM f. Land- und Forstwirtschaft als sachliche Notwendigkeit, weil die vorhandenen Bundesmittel (siehe TB 1974 Abs. 78.1.1.) nicht ausgereicht hätten, die Mehlpreisstützung bis zum Wirksamkeitsbeginn neuer Mahlproduktenpreise zu bestreiten. Die rechtliche Deckung hiefür erblickte das BM im § 3 c Abs. 1 des Preisregelungsgesetzes 1957.

60.1.2. Die gesamte Maßnahme war nur möglich, weil die Mühlen auf die ihnen rechtlich unzweifelhaft zustehende sofortige Auszahlung der offenen Mehlpreisstützung für November und Dezember 1974 verzichtet und sich an deren Stelle mit einer ratenweisen Abstattung einverstanden erklärt hatten. Bedingung für dieses Einverständnis war die kontokorrentmäßige Verzinsung der offenen Mehlpreisstützungsbeträge ab 1. Feber 1975 mit einem Zinsfuß von 10%. Zur Bedeckung dieses Zinsenaufwandes sowie des Restbetrages für die Mehlpreisstützung hielt es das BM für erforderlich, die Abgabe von je 2 S einige Monate über den 31. Dezember 1976 hinaus einzuheben. Die an die Mühlen ausgezahlten Beträge setzten sich somit aus der für November und Dezember 1974 offenen Mehlpreisstützung und aus der Zinsenlast für diesen Betrag bis zur endgültigen Tilgung zusammen.

60.1.3. Dieser Sachverhalt bestätigte die schon seinerzeit vom RH geäußerten Bedenken, weil die getroffenen Maßnahmen letztlich darauf hinausliefen, daß in Ermangelung von Bundesmitteln die Verbraucher von Weizenmehl für die abgegebenen Stützungszusicherungen des BM aufzukommen hatten. Der RH verblieb daher bei seiner Auffassung, daß das Preisregelungsgesetz für die Einhebung der besagten Abgaben und deren Verwendung keine taugliche Rechtsgrundlage bildete.

60.2.1. Bezüglich des Unterbleibens einer Maßnahme im Rahmen eines Preisausgleichsverfahrens (siehe TB 1974 Abs. 78.2.2.) teilte das BM mit, daß der Getreidewirtschaftsfonds für Jänner 1975 die Bezahlung der Mehlpreisstützung aus Mitteln der Mühlenausgleichskasse im geschätzten Ausmaß von 15 bis 16,5 Mill. S übernommen und gleichzeitig im Zusammenhang mit der Neuregelung der Mahlproduktenpreise mit Wirkung vom 3. Feber 1975 auch sein Preisausgleichsverfahren den neuen Gegebenheiten angepaßt habe. Auf die Unterlassung der schon ab 15. Juli 1974 erforderlich gewesenen Maßnahmen ging das BM nicht ein.

60.2.2. Der RH hielt daher dem BM vor, daß es in Ausübung seines Aufsichtsrechtes gemäß § 53 des Marktordnungsgesetzes schon zu diesem Zeitpunkt den Fonds zu den bereits damals notwendig gewesenen Verfügungen anzuhalten gehabt hätte. Dadurch hätte sich auch die vom RH bemängelte Art der Stützung des Brotmehlpreises erübrigt.

Hochwasserschutzanlage Urfahr—Plesching

61.1. Der RH berichtete im TB 1974 Abs. 85.17. darüber, daß anläßlich der Grundenteignung für die Errichtung der Hochwasserschutzanlage Urfahr—Plesching dem Enteignungswerber Mehrkosten von etwa 3 Mill. S dadurch erwachsen waren, daß bei der Entschädigungsfestsetzung der Mangel des Zuganges einiger Grundstücke zum öffentlichen Wegenetz nicht berücksichtigt worden war. Der RH hatte dem BM f. Land- und Forstwirtschaft empfohlen, in Hinkunft bei Entschädigungsfestsetzungen für Enteignungen in die Lagepläne und Grundbuchsmappen genaue Einsicht zu nehmen.

61.2. Nach wiederholten Erinnerungen teilte das BM f. Land- und Forstwirtschaft dem RH mit, der Verwaltungsgerichtshof habe nach Anrufung durch die Stadt Linz den im Enteignungsverfahren ermittelten Preis von 175 bzw. 35 S/m² bestätigt.

61.3. Der RH stellte dazu fest, daß dem Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes der wesentliche Umstand des Mangels einer Verbindung zum öffentlichen Wegenetz nicht zugrunde lag und daß das BM f. Land- und Forstwirtschaft in einem anderen Enteignungsfall im Zusammenhang mit demselben Bauvorhaben diesen Umstand sehr wohl berücksichtigt hatte.

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Bauten und Technik

a) Nachträge zu Berichten aus den Vorjahren

Bundesgebäudeverwaltung II

62.1.1. Im TB 1972 Abs. 77,2. berichtete der RH über den Einsatz von Bediensteten der BGV II als Bauaufsichtsorgane beim Ausbau der Flugplätze Innsbruck-Kranebitten, Linz-Hörsching, Klagenfurt-Annabichl, Salzburg-Maxglan und Graz-Thalerhof. Entgegen § 25 des Gehaltsgesetzes 1956 wurden den Bediensteten Entschädigungen für Nebentätigkeit zuerkannt, obwohl sie diese Tätigkeit nicht für den Bund entfaltet hatten. Das BM f. Bauten und Technik gab daraufhin bekannt, es werde eine Neuregelung der Tätigkeit von Bundesbediensteten bei den Flughafenbetriebsgesellschaften anstreben.

In einer Besprechung am 8. Jänner 1974 hielt das BM f. Bauten und Technik trotzdem an seiner ursprünglichen Auffassung fest, diese Aufsichtstätigkeit der Bediensteten der BGV II sei als Nebentätigkeit für den Bund anzusehen, doch schloß sich das BM f. Finanzen der Ansicht des RH an, wonach es sich im vorliegenden Fall um eine Nebenbeschäftigung für eine vom Bund verschiedene Rechtsperson handle. Das BM f. Bauten und Technik erklärte sich daraufhin neuerlich bereit, die bisherige Praxis aufzugeben.

62.1.2. Dennoch urgierte das BM f. Bauten und Technik beim BM f. Finanzen am 6. Mai 1974 einen im Oktober 1973 gestellten Antrag auf Erhöhung der Entschädigungen für „Nebentätigkeiten". Das BM f. Bauten und Technik erklärte auch, eine Nebenbeschäftigung erscheine im Sinne des § 33 der Dienstpragmatik unzulässig, da die vorgesehenen Arbeiten „zum Teil nur während der normalen Dienstzeit wahrgenommen werden können", die Bediensteten nicht mehr zur Vertretung von Bundesinteressen verhalten werden könnten und Interessenskollisionen zwischen Dienststellen der BGV II und den Flughafenbetriebsgesellschaften häufig vorkämen.

62.1.3. Erst im Jänner 1976 teilte das BM f. Bauten und Technik schließlich mit, es sehe „leider keine Möglichkeit, die bisherige, sicherlich sehr vorteilhafte Praxis aufrechtzuerhalten", und werde den Dienststellen der BGV II Weisung erteilen, „daß sich die beim Bau von Flughäfen eingesetzten Bundesbediensteten auf bereits im Gang befindliche Bauvorhaben zu beschränken und diese Tätigkeit bis spätestens 31. Dezember 1976 abzuschließen haben".

62.2. Dazu bemerkt der RH, daß das BM f. Bauten und Technik seit 1972 keine Maßnahmen zur befriedigenden Bereinigung des gesetzwidrigen Zustandes getroffen hat, während andererseits seit einigen Jahren karenzierte Bedienstete des BM f. Bauten und Technik und des BM f. Finanzen bei Bau- und Betriebsgesellschaften mit Bundesbeteiligung ohne Schwierigkeiten tätig sind. Eine ähnliche Lösung wäre auch in den vorliegenden Fällen möglich.

Planung eines Amtssitzes Internationaler Organisationen

63.1.1. Wie bereits im TB 1973 Abs. 1.9. und TB 1974 Abs. 83. berichtet wurde, ist die Gemeinde Wien aufgrund des am 28. Jänner 1967 zwischen der Republik Österreich und der Gemeinde Wien abgeschlossenen Abkommens über die Errichtung eines Internationalen Konferenzzentrums in Verbindung mit Amtssitzen Internationaler Organisationen („Schmitz-Slavik-Abkommen") verpflichtet, 35% der Gesamtkosten zu tragen. Der RH führte im TB 1973 aus, daß eine Mitwirkung der Gemeinde Wien an der „Gemeinsamen Bauaufsicht" seinerzeit nicht erfolgt ist; er empfahl deshalb dem BM f. Bauten und Technik, den auf die Gemeinde Wien entfallenden Kostenanteil zu errechnen und ihr zwecks Refundierung bekanntzugeben.

63.1.2. Nachdem die Gemeinde Wien die Bezahlung des auf sie entfallenden, vom BM f. Bauten und Technik mit rund 757 000 S errechneten Anteiles abgelehnt hatte, ersuchte das BM f. Bauten und Technik das BM f. Finanzen um Wahrnehmung der Bundesinteressen.

63.1.3. Mit Schreiben vom März 1976 machte die Stadt Wien ihrerseits verschiedene Leistungen der zuständigen Magistratsabteilungen in diesem Stadium der Vorbereitung mit Kosten von rund 900 000 S geltend, für die der Bund der Vereinbarung entsprechend 65% zu übernehmen hätte. Von einer „aufwendigen und den Umständen nach nicht erfolgversprechenden Verrechnung des beiderseitigen Personalaufwandes"

sollte daher nach Ansicht der Gemeinde Wien Abstand genommen und die Angelegenheit nach Zahlung eines restlichen Anteiles am Sachaufwand des Bundes in der Höhe von 173 320,50 S an diesen als abgeschlossen betrachtet werden.

Das BM f. Finanzen, das vom BM f. Bauten und Technik um Stellungnahme ersucht worden war, erklärte sein Einverständnis, von einer Verrechnung des beiderseitigen Personalaufwandes Abstand zu nehmen.

63.2. Der RH verwies dem BM f. Finanzen gegenüber auf das seinerzeitige Prüfungsergebnis und bemerkte, daß die Empfehlung des RH, die sich auf Erhebungen bei der BGV I gestützt hatte, zunächst unwidersprochen geblieben sei. Der Behauptung, daß die „Gemeinsame Bauaufsicht" mit Beamten sowohl der BGV I als auch des Magistrates der Stadt Wien besetzt gewesen sei und Gemeindebedienstete im Rahmen der Bauaufsicht ständig mitgewirkt hätten, hielt der RH eine schriftliche Meldung der BGV I aus dem Jahre 1969 entgegen, derzufolge die Bauaufsicht ausschließlich von Bediensteten der BGV I wahrgenommen wurde. Weiters habe es sich bei den „Mitwirkungen" der Gemeinde in der Hauptsache um Arbeiten gehandelt, die seinerzeit durch das „Ziviltechniker-Team" zu erbringen waren, welches dafür auch bezahlt wurde.

Eine Bezahlung von solchen Leistungen durch Gemeindebedienstete wäre daher allenfalls beim „Ziviltechniker-Team" einzufordern gewesen. Auch die nunmehr von der Gemeinde Wien angeführte Mitwirkung bei der Ausschreibung der Probebohrungen und die Beratung der BGV I in bodentechnischen Angelegenheiten können nach Ansicht des RH für eine Gegenrechnung der Gemeinde Wien nicht anerkannt werden, da diese Tätigkeiten vor der Zeit liegen, für die eine anteilige Refundierung des Personalaufwandes zu fordern war. Die Leistungen der Bundesbediensteten für diese Arbeiten blieben übrigens ebenfalls außer Betracht. Überdies hat die Durchführung von Bodenuntersuchungen durch die Technische Hochschule Wien die BGV I bezahlt.

Der RH empfahl, den beabsichtigten Forderungsverzicht im Hinblick auf die von ihm dargelegten Gründe nochmals zu überprüfen; er wird die Angelegenheit weiterverfolgen.

Verbesserung des Hochwasserschutzes Wien

64.1. Der RH hat im TB 1974 Abs. 84.15. darauf hingewiesen, daß verschiedene Bundesstraßenbauten aufgrund besonderer Trassierung und Ausgestaltung auch Funktionen des Hochwasserschutzes übernehmen. Er vertrat die Ansicht, daß für derartige Straßenbauten, insbesondere für Straßendämme, ein Kostenersatz durch die für die Errichtung von Hochwasserschutzanlagen zuständigen Stellen zu leisten sei. Das BM f. Bauten und Technik stellte daraufhin eine Berechnung dieser Kosten und Verhandlungen wegen eines allfälligen Rückersatzes in Aussicht.

64.2.1. Im Dezember 1975 teilte das BM f. Bauten und Technik mit, daß den im Bereich der A 22 (Donauufer Autobahn) und A 4 (Ost Autobahn) beim Straßenbau für verbesserten Hochwasserschutz zusätzlich aufgelaufenen Kosten von rund 1,6 Mill. S höhere Aufwendungen der Stadt Wien, u. a. für Grundeinlösungen, gegenüberstünden. Das BM beabsichtigte daher, auf eine Rückforderung der 1,6 Mill. S — nach Abgabe einer Abfertigungserklärung seitens der Stadt Wien — zu verzichten.

64.2.2. Bezüglich der Bundesstraße B 14 (Klosterneuburger Straße) gab das BM bekannt, daß der Bundesstraßenverwaltung durch die Hochwasserschutzmaßnahmen Mehrkosten von 10 863 772,50 S entstanden seien. Die Stadt Wien habe die Übernahme dieser Kosten abgelehnt, die Zahlung werde jedoch unter ausdrücklichem Hinweis auf § 1037 ABGB nochmals eingefordert werden.

64.3. Der RH wird die Angelegenheit weiterverfolgen.

b) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1975

Bundesgebäudeverwaltung I; Justizanstalten

65.1. Der RH überprüfte im Jahre 1975 beim BM f. Bauten und Technik sowie bei den Landeshauptmännern von Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark und Tirol die Gebarung hinsichtlich der Bauvorhaben für die Justizverwaltung (Justizanstalten). Die Prüfung erstreckte sich in das Jahr 1976.

Der RH hat bisher dem Landeshauptmann von Tirol und über dessen Bereich auch dem Bundesminister für Bauten und Technik das Ergebnis seiner Überprüfung mitgeteilt.

65.2.1. Der RH stellte in seiner Mitteilung an den Bundesminister für Bauten und Technik u. a. fest, daß es über die technische und geschäftliche Abwicklung von Bauvorhaben durch die Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (BGV I und II) verschiedene Vorschriften gibt, die zum Teil nicht mehr zeitgemäß sind. Eine zusammenfassende, einheitliche Dienstvorschrift besteht nicht; lediglich für die Bereiche der Bundesgebäudeverwaltung I Wien und der Bundesgebäudeverwaltungen II gibt es Dienstanweisungen für den technischen Dienst.

65.2.2. Der RH bezeichnete die Erlassung einer einheitlichen und zusammenfassenden Dienstvorschrift für alle BGV-Dienststellen im Interesse einer wirtschaftlichen und zweckmäßigen Verwaltungsführung als dringend erforderlich. Die gesamte Abwicklung (Einleitung, Planung, Genehmigungen, Bauaufsicht, Kredit- und Rechnungswesen) aller Arten von Bauvorhaben sollte darin im Detail geregelt werden.

65.2.3. Das BM f. Bauten und Technik teilte hiezu mit, daß umfangreiche „Rechtliche Vertragsbestimmungen für den staatlichen Hochbau" mit erläuternden Durchführungserlässen vor der Fertigstellung stehen. Diese Bestimmungen könnten dann auch als Grundlage einer Vereinheitlichung weiterer Bestimmungen dienen. Weiters seien im März 1976 Richtlinien für die Projektierung haustechnischer Anlagen herausgegeben worden. Richtlinien für die Projektierung von Stark- und Schwachstromanlagen seien in Ausarbeitung und weitere Richtlinien für die vom RH aufgezeigten Gebiete in Vorbereitung.

65.2.4. Der RH nahm die Mitteilung des BM f. Bauten und Technik zur Kenntnis. Er wird die Angelegenheit weiterverfolgen.

65.3. Die weiteren Ergebnisse seiner Überprüfung in den Ländern Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark und Tirol wird der RH in seinem nächsten TB mitteilen.

Tauernautobahn Aktiengesellschaft

66. Der RH hat die Gebarung der Tauernautobahn AG (kurz TAAG) am Unternehmenssitz in Salzburg überprüft. Die Prüfung wurde im November 1974 begonnen und im März 1975 wegen der Vorbereitung der Eröffnung der Scheitelstrecke unterbrochen. Sowohl die schriftliche Beantwortung vieler vor allem den technischen Bereich betreffender Fragen durch die TAAG als auch die ergänzenden Erhebungen des RH im BM f. Finanzen und im BM f. Bauten und Technik erstreckten sich bis zum Jahre 1976; das Überprüfungsverfahren konnte daher bis zum Redaktionsschluß dieses TB noch nicht abgeschlossen werden. Der RH wird das Ergebnis der Überprüfung je nach dem Zeitpunkt des Abschlusses des Verfahrens in einem Nachtrag zum TB 1975 vorlegen oder in den TB 1976 aufnehmen.

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

Telegraphenbauamt 6

67.1. Das Telegraphenbauamt 6 (kurz TBA 6) untersteht der Post- und Telegraphendirektion (kurz PTD) für Wien, Niederösterreich und Burgenland. Sein örtlicher Wirkungskreis erstreckt sich — von geringfügigen Abweichungen abgesehen — auf das Gebiet von Niederösterreich nördlich der Donau. Die sachliche Zuständigkeit umfaßt Planung, Bau und Instandhaltung von Fernmeldeanlagen. Die Zentralleitung des TBA 6 hat ihren Sitz in Wien II. Der Personalstand betrug mit Stichtag 1. April 1974 651 Bedienstete.

Der Stand an Fernsprechhauptanschlüssen erhöhte sich von 22 513 im Jahre 1968 auf 63 532 im Jahre 1974. Der jährliche Zuwachs an neuen Hauptanschlüssen betrug im Jahre 1968 nur 2 176, im Jahre 1974 jedoch bereits 10 052.

67.2.1. Der Systempostenstand der Bauämter wird jährlich neu festgestellt. Für das Arbeitsgebiet Außenanlagen, auf das beim TBA 6 85% der gesamten Dienstposten entfallen, erfolgt die Systempostenermittlung aufgrund von der Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung (kurz GD) erlassener, einheitlicher „Personalbemessungsgrundlagen für die Telegraphenbauämter" (kurz PBG-TBÄ). Als Berechnungsbasis dient im wesentlichen der Umfang der bereits bestehenden und der im Jahr, für das die Systemisierung gelten soll, neu herzustellenden Leitungsanlagen und Teilnehmeranschlüsse.

Auf der Basis der Leistungen der Abteilung Außenanlagen im Jahre 1973 — ausgenommen Aufsichts-, Verwaltungs-, Meß- und Planungstätigkeiten — hat der RH in Zusammenarbeit mit dem geprüften Amt untersucht, ob die PBG-TBÄ den tatsächlichen Verhältnissen noch entsprechen. Es ergab sich, daß vom zuständigen Personal des TBA 6 für die Durchführung der Arbeiten rund 747 000 Normalarbeitsstunden geleistet worden waren. Sie entsprechen auf Basis des Wertes von 1 785 Jahresarbeitsstunden pro Person (42-Stunden-Woche unter Berücksichtigung von Urlaubs- und Krankenausfällen) rund 418 Posten. Weiters wurden noch rund 17 600 Überstunden geleistet, die etwa 10 Jahresvollposten gleichzusetzen sind. Nach den Bemessungsrichtlinien der PBG-TBÄ hätten für die gleichen tatsächlichen Leistungen rund 1 336 000 Stunden, die 748 Dienstposten entsprechen, aufgewendet werden dürfen. Die durchschnittliche Arbeitsleistung pro Bediensteten — unter Berücksichtigung der erwähnten relativ bescheidenen Überstundenleistungen — lag demnach um rund 75% über der den PBG-TBÄ zugrunde gelegten Normalleistung eines Bediensteten.

67.2.2. Der RH bemerkte dazu, daß diese Mehrleistungen nicht allein durch eine hohe Arbeitsdichte beim TBA 6 erklärt werden könnten, vielmehr seien die Zeitwerte, die der Personalbemessung zugrunde liegen, überhöht. Der zunehmende technische Fortschritt und der Einsatz von Firmenkräften bei Arbeiten, die bei der Systemisierung als Berechnungsgrund-

lage dienten, seien als Ursachen für die immer größer werdende Diskrepanz zwischen der Soll- und der Istleistung anzusehen.

Der RH empfahl, die PBG-TBÄ zu überprüfen und hiebei insbesondere auf die Rationalisierungserfolge Bedacht zu nehmen, die der verstärkte Einsatz von Kraftfahrzeugen, modernen Maschinen und Geräten gebracht hat. Die Ausarbeitung von Personalbemessungsrichtlinien, die den derzeitigen Verhältnissen Rechnung tragen, erscheine insbesondere auch im Hinblick auf die Bedeutung, die der richtigen Ermittlung des Systempostenstandes für die Erstellung des Dienstpostenplanes zukomme, unerläßlich.

67.2.3. Die GD teilte dazu mit, daß die Neufestlegung der Personalbemessungsgrundlagen für den Fernmeldesektor von einer bei der GD gegründeten „Kommission zur Überprüfung des Personalstandes" nach Erstellung eines Maßnahmenkatalogs unverzüglich in Angriff genommen wurde.

67.3.1. Unter Bezugnahme auf die vorstehenden Bemerkungen und auf frühere Prüfungsfeststellungen, daß technische und organisatorische Verbesserungen bei der Ermittlung des Personalsystemstandes nur unzureichend berücksichtigt wurden, empfahl der RH, zwecks systematischer Auswertung aller Rationalisierungsmöglichkeiten jene Dienststellen, die Investitionen beantragen, zu verpflichten, ihren Anträgen und Berichten auch konkrete Unterlagen und Berechnungen über die erwarteten Auswirkungen auf den Arbeitszeitbedarf und über sonstige Vorteile beizuschließen. Ähnlich wäre bei geplanten Organisationsänderungen vorzugehen. Die Projekte sollten sodann von den zuständigen Fachabteilungen unter Mitwirkung der Personalabteilung geprüft und hinsichtlich ihrer Dringlichkeit bewertet werden. Nach Abschluß der Investitionen oder Durchführung von Organisationsänderungen sollte schließlich die interne Revision prüfen, ob die erwarteten Einsparungen an Arbeitskräften oder sonstige Vorteile auch tatsächlich erreicht werden.

67.3.2. Die GD gab bekannt, daß sie in einzelnen Fällen bereits Anweisungen im Sinne der Empfehlungen des RH erlassen habe. Die Revision werde künftig die Verwirklichung der gesteckten Ziele von Rationalisierungsinvestitionen und Organisationsverbesserungen prüfen.

67.4.1. Beim Vergleich der Leistungen der einzelnen Bautrupps hat der RH — unter Berücksichtigung der Höhe der Personalstände — große Unterschiede festgestellt. Da die Leistungsdifferenzen nicht nur auf unterschiedliche regionale Voraussetzungen zurückgeführt werden konnten, wurde empfohlen, die Leistungen der einzelnen Bautrupps in regelmäßigen Abständen — etwa jährlich — zu erfassen und den Ursachen auffälliger Differenzen nachzugehen.

67.4.2. Die GD teilte mit, daß bei der PTD Klagenfurt ein neues System von Leistungsgruppennummern zur Erfassung der Leistungen einzelner Bautrupps erprobt werde. Mit Hilfe dieses Systems solle die Auslastung der Trupps besser gesteuert werden. Es werde jedoch auch aufgrund der derzeit vorhandenen Unterlagen künftig auf eine gleichmäßigere Auslastung der Bautrupps geachtet werden.

67.5.1. Wegen der im Fernmeldedienst vorherrschenden beträchtlichen Unterschiede zwischen dem aufgrund der Personalbemessungsgrundlagen errechneten Systemstand und dem Iststand forderte das Fernmeldepersonal im Jahre 1972 eine finanzielle Abgeltung der Mehrbelastung. Die Forderung nahm im Westen Österreichs ihren Ausgang, wo die Personallage wegen der damaligen Hochkonjunktur besonders schwierig war. Gegen Ende 1972 gipfelte schließlich die Unzufriedenheit der Fernmeldebediensteten in der Androhung gewerkschaftlicher Kampfmaßnahmen.

Die GD entschloß sich daher, für die im fernmeldetechnischen Dienst verwendeten Bediensteten mit Wirkung vom 1. Jänner 1973 an eine neue Nebengebühr einzuführen. Sie findet ihre gesetzliche Deckung in § 18 in Verbindung mit § 15 Abs. 2 des Gehaltsgesetzes 1956, wonach für Leistungen, die in mengenmäßiger Hinsicht erheblich über der Normalleistung liegen, eine Mehrleistungszulage gebührt, deren Bemessung der Zustimmung des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen bedarf.

Die Höhe dieser nach Verwendungsgruppen abgestuften, monatlichen Mehrleistungszulage ist alljährlich aufgrund eines festgesetzten Berechnungsmodus neu zu ermitteln. Die Ausgangsbasis für die Berechnung bilden je Direktionsbereich die Zahl der Fernsprechanschlüsse und die Länge der beschalteten unterirdischen Kabel. Die bestehenden Systemposten beeinflussen die Höhe der Zulage dergestalt, daß sie für den einzelnen Bediensteten umso höher ausfällt, je niedriger der Systempostenstand ist.

67.5.2. Zur Berechnung der Zulage auf Basis der Bestände an Fernsprechhauptanschlüssen und Kabellängen bemerkte der RH, daß im Fernmelde-Baudienst der Hauptteil der Arbeitsleistungen auf die Neuherstellungen und nur ein relativ kleiner Teil auf die bestandsabhängige Instandhaltung entfalle. Die Berechnung der Mehrleistungszulage auf der Basis der Bestände bedeute daher in diesem Fall, daß die tatsächliche Arbeitsleistung eines Jahres, das sind die Neuherstellungen, auf die Höhe der Zulage nur einen verhältnismäßig geringen Einfluß habe, die Bemessung der Zulage vielmehr überwiegend

von früheren Leistungen abhänge. Weiters verwies der RH darauf, daß der nominelle Personalunterstand im Fernmeldesektor der PTV nur bedingt als Maßstab für den tatsächlichen Personalfehlbestand angesehen werden könne, weil die geltenden Personalbemessungsrichtlinien überhöht sind und daher der errechnete Systemstand den tatsächlichen Bedarf an Arbeitskräften, wie schon erwähnt wurde, bei weitem übertrifft. Die Dienststellen seien daher in der Lage, den errechneten Systempostenstand ohne praktische Auswirkung auf die Abwicklung des Dienstbetriebes zu vermindern. Dies sei auch deswegen möglich, weil die Personalbemessungsgrundlagen keine zwingende Richtlinie darstellen, eine niedrigere Ansetzung des Systempostenstandes also durchaus zulässig sei. Da die Zulage für den einzelnen Bediensteten umso höher ausfällt, je niedriger der Systempostenstand ist, wäre es daher möglich, die Zulagenhöhe bis zu einem gewissen Grad durch Verringerung des Standes an systemisierten Dienstposten ohne Erhöhung der tatsächlichen Arbeitsleistung zu steuern. Der RH bezeichnete daher die gewählte Form der Berücksichtigung des Systempostenstandes für die Ermittlung der Mehrleistungszulage als unzweckmäßig. Grundsätzlich sollte von der Möglichkeit der Pauschalierung von Nebengebühren gemäß § 15 Abs. 2 des Gehaltsgesetzes 1956 im Interesse der Verwaltungsvereinfachung soweit wie möglich Gebrauch gemacht werden; im vorliegenden Fall führe aber die Art der Ermittlung des Ausmaßes der Zulage dazu, daß bei den Bauämtern und einigen anderen Dienststellen alle Beamten eines Dienstzweiges eine gleich hohe Zulage erhalten. Obwohl es sich um eine Mehrleistungszulage handle, bestehe nur ein loser Zusammenhang mit den tatsächlichen Leistungen.

Der RH empfahl, die Mehrleistungszulage im Fernmeldebau- und Fernmeldebetriebsdienst zu dem Zweck zu prüfen, daß die unterschiedliche Leistungsintensität der einzelnen Ämter (Stellen) Berücksichtigung finde, und hiebei einen strengen Maßstab anzulegen, da der Aufwand für die Zulage im Jahr 1974 bereits 65 Mill. S erreichte.

67.5.3. Die GD führte dazu aus, daß bei der Einführung der Mehrleistungszulage für den Fernmeldebau- und Fernmeldebetriebsdienst davon auszugehen gewesen sei, unter Streikdrohung in kürzester Zeit eine Lösung zu finden, die auf der einen Seite den berechtigten Forderungen des Personals entgegenkam und die Zustimmung des Zentralausschusses der Post- und Telegraphenbediensteten fand, aber auf der anderen Seite auch den Interessen der Verwaltung entsprach und aus verwaltungsökonomischer Sicht praktikabel schien. Hiebei sei auch auf die Forderung Bedacht zu nehmen gewesen, die mit dem gesamten Komplex des Fernmeldebaudienstes bzw. des Fernmeldebetriebsdienstes befaßten Ämter (Stellen) weitgehend zusammenzufassen, um auf diese Weise eine möglichst gleiche Behandlung der in Frage kommenden Bediensteten zu erzielen. Die unter diesen Gesichtspunkten getroffene Regelung habe immerhin eine Beruhigung des Personals und eine weitgehende Entschärfung der Personalsituation im Fernmeldesektor gebracht.

Im Sinne der Empfehlung des RH werde sie die Regelung überprüfen. Es dürfe allerdings nicht übersehen werden, daß eine Änderung der bestehenden Vorschrift nur im Einvernehmen mit dem Zentralausschuß der Post- und Telegraphenbediensteten erfolgen könne.

67.6.1.1. Gemäß einer Dienstanweisung der GD aus dem Jahre 1959 sind in den Diensteinteilungen im Postautodienst für die tägliche Vorbereitung und Abstellung der Fahrzeuge Zeiten in jenem Ausmaß vorzusehen, das den jeweiligen örtlichen Betriebs- und Verkehrserfordernissen entspricht. Die Vorbereitungszeit auf die erstmalige tägliche Kursfahrt darf 25 Minuten und die Abstellzeit nach der letzten Kursfahrt 15 Minuten nicht überschreiten. Wie die Bezugnahme auf Kursfahrten zeigt, sind die Höchstgrenzen offensichtlich auf den Betrieb der Omnibusse und der im Postverkehr eingesetzten Lastkraftwagen abgestimmt.

67.6.1.2. Der Fuhrpark des TBA 6 bestand zu rund 85% aus PKW, Kombi-, Pritschen- und Kastenwagen; der Rest entfiel auf Schwerfahrzeuge. Den Lenkern wurde grundsätzlich das höchstzulässige Maß, nämlich 25 Minuten für die Vorbereitung und 15 Minuten für die Abstellung der Fahrzeuge, auf die Dienstzeit angerechnet. Der RH meinte, daß auch bei gewissenhaftester Prüfung der Fahrzeuge auf Verkehrs- und Betriebssicherheit ein PKW, Kombi-, Kasten- oder Pritschenwagen in erheblich kürzerer Zeit als in 25 Minuten betriebsbereit sein müßte. Dies umso eher, als für die Abstellung am Vortag 15 Minuten verfügbar seien, während welcher ohnehin schon Vorbereitungen für die Ausfahrt getroffen werden könnten. Doch auch für die Vorbereitung und Abstellung von Lastkraftwagen seien nach Ansicht des RH in der Regel keine so langen Zeiten erforderlich.

67.6.1.3. Um Leerläufe bei den Bautrupps zu vermeiden, sind Überstundenleistungen der Lenker in einem gewissen Maße unvermeidbar. Im Jahre 1973 verrechneten die 93 Lenker des TBA 6 rund 24 100 Überstunden, die etwa 47% der Gesamtüberstundenleistung des Amtes (durchschnittlicher Beschäftigtenstand 647 Personen) entsprachen.

Eine überschlägige Berechnung ergab, daß von den insgesamt bezahlten 24 100 Lenkerüberstunden etwa 15 500 auf die in der Regel

außerhalb der Normalarbeitszeit anfallenden Vorbereitungs- und Abstellzeiten entfielen. Auf der Basis des von der GD für Beamte der Verwendungsgruppe D errechneten Überstundensatzes von 47,90 S (Stichtag 1. Juli 1974) läßt sich der Jahresaufwand für die Abgeltung von 15 500 Überstunden mit rund 740 000 S errechnen. Wie schon erwähnt, müßte nach Meinung des RH eine wesentliche Verkürzung der Vorbereitungs- und Abstellzeiten ohne Beeinträchtigung der Sicherheit möglich sein. Dadurch könnte eine erhebliche Senkung des Überstundenaufwandes erzielt werden.

67.6.2. Unter Bezugnahme auf frühere ähnliche Feststellungen wiederholte der RH seine Empfehlung auf Überprüfung der Vorbereitungs- und Abstellzeiten. Gleichzeitig gab er seiner Meinung Ausdruck, daß im Hinblick auf die Besonderheiten des Einsatzes der Fernmeldefahrzeuge eine bundeseinheitliche Sonderregelung für den Fuhrpark des Fernmeldesektors zweckmäßig wäre.

67.6.3. Die GD gab bekannt, daß sie der Empfehlung auf Überprüfung der Vorbereitungs- und Abstellzeiten bereits entsprochen habe. Das Ergebnis dieser Überprüfung werde — nach Herstellung des Einvernehmens mit dem Zentralausschuß — dem RH mitgeteilt werden.

67.7.1. Nach einer Fahrleistung von mehr als 450 000 km mußte im Juni 1972 ein Löttruppwagen als nicht mehr reparaturfähig aus dem Verkehr gezogen werden. Da das TBA 6 keinen Ersatzwagen zur Verfügung hatte, mietete es noch im selben Monat einen Kastenwagen. Erst im März 1974 wurde dem Amt ein neuer Wagen zugewiesen. Bis dahin waren für den gemieteten Kastenwagen bei einer Fahrleistung von 38 900 km bereits Mietbeträge von insgesamt 176 700 S fällig geworden.

67.7.2. Der RH verwies darauf, daß mit dem für die Miete aufgewendeten Betrag zwei Fahrzeuge desselben Typs hätten gekauft werden können, und meinte, daß dieser Fall als besonders dringlich zu behandeln gewesen wäre. Es wurde empfohlen, den Kraftfahrzeugeinsatz laufend zu überwachen, um Vorfälle dieser Art künftig zu vermeiden.

67.7.3. Die GD bemerkte dazu, daß ihr das Problem der Fahrzeugmieten im Fernmeldedienst dem Grunde nach bekannt sei. An dessen Lösung hinsichtlich des Verhältnisses Kosten—Nutzen werde bereits gearbeitet.

67.8.1. Im Zuge des Ausbaues des Fernmeldenetzes werden auch zahlreiche Luftkabeltrassen errichtet, so daß der Beschaffung von Holzmasten weiterhin große Bedeutung zukommt. Als Lieferanten kommen nur vier österreichische Firmen in Betracht, weil nur diese über die für eine ordnungsgemäße Konservierung (Tränkung) der Maste erforderliche Kesseldruckanlage verfügen. Da die Mastenbeschaffung dezentralisiert ist, beschafft jede Direktion ihren Bedarf selbst, wobei jeweils die selben Firmen im Wege der beschränkten Ausschreibung zur Anbotstellung eingeladen werden.

67.8.2. Der RH gab seiner Auffassung Ausdruck, daß bei dieser Sachlage eine zentrale Mastenbeschaffung durch die Telegraphenzeugverwaltung (kurz TZV) zweckmäßiger wäre. Durch eine gemeinsame Ausschreibung des gesamtösterreichischen Bedarfes und zentrale Steuerung der Auftragsvergabe je nach Lage der Bedarfsstellen könnten zumindest bei den Frachtkosten nicht unwesentliche Einsparungen erzielt werden.

67.8.3. Wie die GD bekanntgab, wird die Frage der zentralen Beschaffung der Holzmaste durch die TZV von ihr geprüft.

67.9.1. In Hollabrunn wurde im Sommer 1969 in der Nähe des Bahnhofes mit einem Neubau für das Postamt, das Netzgruppenamt, die Bezirksbauführung und einen Bautrupp begonnen. Die nachstehenden Bemerkungen beziehen sich im wesentlichen auf den für das TBA 6 bestimmten Bauteil.

Der Neubau war zum Jahresende 1971 größtenteils fertiggestellt. Trotzdem dauerte es noch bis zum Oktober 1974, also fast drei Jahre, bis die Räumlichkeiten der Bezirksbauführung und des Bautrupps bezogen werden konnten. Die Ursache lag darin, daß die Restarbeiten, die nur einen relativ kleinen Teil der Gesamtbausumme in Anspruch nahmen, teils wegen Kreditmangels, teils wegen Schwierigkeiten auf seiten der Bau- und der Lieferfirmen stark verzögert wurden. Dadurch fielen nicht nur zusätzliche Kosten für die provisorischen Unterkünfte der Dienststellen, sondern auch höhere Baukosten an. Der RH bemängelte, daß infolge unzureichender Finanz- und Bauplanung die neuen Räume nicht bereits 1972 — wie ursprünglich vorgesehen — bezogen werden konnten.

Während des Planungszeitraumes erhöhte sich der Personalstand der Bezirksbauführung Hollabrunn wegen organisatorischer Änderungen im Bauamtsbereich und infolge des steigenden Fernmeldebauvolumens. Es war daher schon zu Baubeginn bekannt, daß mit den neuen Räumlichkeiten nicht das Auslangen zu finden sein wird. Das TBA 6 hat zwar noch vor Aufnahme der Bauarbeiten durch Vorsprachen bei der PTD versucht, eine Planänderung in Richtung einer ausreichenden Berücksichtigung seines Raumbedarfes zu erreichen. Diesen Wünschen wurde jedoch nicht Rechnung getragen.

67.9.2. Der RH verwies darauf, daß die Nichtberücksichtigung der vom TBA zwar in einem späten Planungsstadium, nach seiner Auffassung aber noch rechtzeitig vorgebrachten Änderungswünsche zur Folge hatte, daß einerseits trotz des Neubaues ein Teil der Bediensteten der Bezirksbauführung Hollabrunn weiterhin in angemieteten Räumen verbleiben muß, andererseits aber der vorhandene Baugrund nicht bestmöglich genutzt wurde.

67.9.3. In ihrer ausführlichen Stellungnahme teilte die GD mit, daß der gesamte Fragenkomplex eingehend geprüft worden sei. Die Vorgangsweise bei der Raumbedarfsermittlung sei nunmehr grundsätzlich schriftlich gefaßt und als Ergänzung in die Hochbaubestimmungen aufgenommen worden.

67.10.1. Zur Raumnutzung des Neubaues in Hollabrunn stellte der RH fest, daß im ersten Stockwerk jedes der drei Gebäudetrakte neben den Garderoberäumen und sanitären Anlagen je ein Aufenthaltsraum für Bedienstete des Postamtes, des Fernmeldebetriebsdienstes und des TBA 6 untergebracht ist. Der RH meinte, daß es bei einigem guten Willen zur Zusammenarbeit möglich sein müßte, mit zwei Aufenthaltsräumen — etwa mit je einem für Innen- und Außendienstbeamte — das Auslangen zu finden. Der entsprechende Raum im TBA-Trakt könnte dann für Bürozwecke umgewidmet werden.

67.10.2. Die GD teilte mit, daß sie in Hinkunft in verstärktem Maße die Möglichkeit einer Zusammenlegung der Aufenthaltsräume verschiedener Dienststellen prüfen und gegebenenfalls durchführen werde. In Hollabrunn sei bereits veranlaßt worden, den im TBA-Trakt befindlichen Aufenthaltsraum auch als Garderobe- und Besprechungsraum zu nutzen.

67.11.1. Im übrigen hat der RH noch eine Reihe von Einzelfeststellungen getroffen sowie Empfehlungen und Bemängelungen ausgesprochen, die von geringerer Bedeutung waren oder sich mehr auf die Einhaltung von Formvorschriften bezogen. Sie betrafen die Organisation der Zeichenstelle, die Abstellung der Fernmeldefahrzeuge in Wien, die richtige Erfassung des Anlagevermögens, die Erstellung der Jahresbauprogramme, die Lagerorganisation, die Materialbewirtschaftung, die Ermittlung von Kennzahlen für Wirtschaftlichkeitsvergleichsrechnungen, die Errichtung von Nebenstellenanlagen für Private u. a. m.

67.11.2. Die GD hat dazu ausführlich Stellung genommen, verschiedene Mängel bereits abgestellt oder eine Überprüfung im Sinne der Ausführungen des RH zugesagt.

Fernmeldetechnisches Zentralamt

68.1. Das Fernmeldetechnische Zentralamt (kurz FZA) wurde mit Wirksamkeit vom 1. Dezember 1947 an errichtet. Es hat seinen Sitz in Wien und ist der Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung (kurz GD) unmittelbar unterstellt.

Das FZA bearbeitet alle technischen Aufgaben des Fernmeldewesens, einschließlich der dazu erforderlichen Studien, Planungen, Erhebungen und Versuche, die ihm durch generelle oder spezielle Aufträge von der GD zugewiesen werden. Im besonderen obliegt ihm die einheitliche Entwicklung, Normung und Schulung in Angelegenheiten des Bauwesens auf den Fachgebieten der Fernsprech-, Übertragungs-, Telegraphen-, Funk- und Starkstromtechnik sowie der Stromversorgung und des Maschinenwesens für den gesamten Bereich der Post- und Telegraphenverwaltung (kurz PTV). In letzter Zeit wurden ihm auch Aufgaben der Posttechnik und des Fernmeldebetriebsdienstes übertragen. Eine wichtige Aufgabe bildet auch die Qualitätskontrolle bei der Beschaffung technischer Geräte und Anlagen (Güteprüfung).

Die zugewiesenen Arbeiten hat das FZA bis zur Entscheidung der GD durchzuführen.

Neben den erforderlichen Verwaltungsstellen ist das FZA in acht Fachreferate und sechs technische Hilfsstellen gegliedert. Anfang 1975 waren ihm einschließlich des Verwaltungs- und Hilfspersonals 180,5 Dienstposten zugewiesen, von denen 18 auf den Höheren Dienst (Verwendungsgruppe A) und 73 auf den Gehobenen Dienst (Verwendungsgruppe B) entfielen.

Forschung und Entwicklung

68.2.1.1. Zum Aufgabenbereich des FZA gehören auch angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung auf dem Gebiet der Nachrichtentechnik. In der ersten Nachkriegszeit war die PTV auf diesem Sektor sehr aktiv. Das Fernsprech-Wählsystem 48 für die Ortswahl und das Fernwahlsystem 51 wurden im wesentlichen vom FZA im Zusammenwirken mit den zuständigen technischen Beamten der GD entwickelt. Die Einrichtungen wurden dann von österreichischen Firmen nach Unterlagen des FZA gefertigt. Das geistige Eigentum an Entwicklungen der Schaltungstechnik befand sich hauptsächlich im Besitz der PTV. Die Notwendigkeit posteigener Forschungen wurde von der PTV noch im Geschäftsbericht 1952 eingehend begründet.

Die PTV führte die Entwicklungen aber immer nur soweit, als sie ohne Werkstättenarbeit möglich waren. Die werkstättenmäßige konstruktive De-

tailgestaltung wurde besonders bei Leistungen größeren Umfanges grundsätzlich den Firmen überlassen.

Die positive Einstellung zur eigenen Forschung und Entwicklung dauerte etwa bis zum Jahre 1955. In der Folge wurden diese Tätigkeiten des FZA laufend verringert. Laut Geschäftsbericht der PTV für das Jahr 1955 z. B. hat die Verwaltung nicht mehr selbst an der Entwicklung neuer Wählsysteme mitgearbeitet, sondern sich auf die Begutachtung neuer Systeme zweier multinationaler Firmen beschränkt und damit auf dem Gebiet des Ortswahlsystems das noch drei Jahre vorher deklarierte Ziel der Einheitlichkeit preisgegeben. Diese Vernachlässigung der eigenen angewandten Forschung und experimentellen Entwicklung hat in jüngster Zeit auch zur Aufgabe des Prinzips der Systemeinheitlichkeit bei den Fernwahleinrichtungen geführt. Das geistige Eigentum ist, anders als früher, nicht mehr im Besitz der PTV, sondern der beiden multinationalen Firmen, die die Systeme entwickelt haben.

68.2.1.2. Der RH bemerkte dazu, daß eine gewisse Zurückhaltung der PTV beim Aufwand für Forschung und Entwicklung angesichts der wirtschaftlichen Lage in den fünfziger Jahren verständlich erscheine. Auch in dem vom BM f. Wissenschaft und Forschung im Jahre 1971 veröffentlichten OECD-Bericht zum Thema „Wissenschaftspolitik in Österreich" wurde dazu angeführt, es wäre angesichts der geschichtlichen Hintergründe verständlich, daß Österreich hinsichtlich des Umfanges und der Reichweite seiner Forschungs- und Entwicklungstätigkeit hinter den meisten anderen europäischen Ländern zurückgeblieben sei. Nunmehr sei jedoch der Augenblick gekommen, da dieses dringliche Problem nicht länger aufgeschoben werden könne, sollten Wohlstand und das wirtschaftliche Wachstum des Landes nicht ernsten Schaden nehmen.

Der RH gab seiner Meinung Ausdruck, daß wegen des nunmehr weitaus günstigeren wirtschaftlichen Hintergrundes die Bewältigung der Probleme von angewandter Forschung und experimenteller Entwicklung im Bereiche der Nachrichtentechnik eines der dringenden Anliegen der PTV — als Hauptanwender nachrichtentechnischer Einrichtungen in Österreich — sein sollte. Insbesondere sollte die PTV stärker als bisher auf die Richtung der Entwicklung im Bereich der einschlägigen österreichischen Industrie Einfluß nehmen.

68.2.1.3. Im Jahre 1971 gab das BM f. Wissenschaft und Forschung eine Studie mit dem Titel „Die Beziehungen zwischen Grundlagenforschung und Industrie am Beispiel der Nachrichtentechnik" in Auftrag. In diese unter der Kurzbezeichnung „Löwy-Studie" bekanntgewordene Untersuchung wurden auch die österreichischen Hauptanwender nachrichtentechnischer Geräte (Post, ÖBB, ORF) einbezogen. Es wurde unter anderem bemängelt, daß die PTV wie auch die anderen Großanwender über keine eigene nachrichtentechnische Forschungsabteilung verfügt. In der Stellungnahme der PTV vom 13. Oktober 1972 zu dieser Studie wurden der Gedanke einer postinternen Forschungstätigkeit im wesentlichen negativ beurteilt und insbesondere der Aufbau einer posteigenen Forschungsabteilung aus finanziellen und betriebsökonomischen Gründen prinzipiell abgelehnt.

68.2.2. Als Beispiel für intensive posteigene Forschungsaktivitäten führte der RH insbesondere die Postanstalten der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und Norwegens an. Er empfahl, den ablehnenden Standpunkt der PTV zu überprüfen. Weiters vermeinte er, daß ein langfristiges Forschungs- und Entwicklungsprogramm für das FZA erstellt werden sollte. Als Grundlage hiefür wären die Ergebnisse konkreter Bedarfsuntersuchungen und Prognosen über das voraussichtlich erforderliche oder gesellschaftlich erwünschte Leistungsangebot der PTV heranzuziehen. Ein derartiges Programm wäre vom FZA unter entscheidender Mitwirkung der GD zu erstellen, die die Schwerpunkte und Prioritäten festzulegen hätte.

68.2.3.1. Bezüglich ihrer prinzipiell ablehnenden Stellungnahme zu der vorzitierten „Löwy-Studie" verwies die GD darauf, daß, wie aus der Zusammenfassung der Stellungnahmen zu dieser Studie zu ersehen sei, der Vorschlag zur Entwicklung eines Forschungsinstitutes für die staatlichen Großabnehmer von einem wesentlichen Teil der Begutachter abgelehnt wurde. Im übrigen teilte sie jedoch mit, daß die Abteilung 03 der GD mit Wirkung vom 1. März 1976 an mit umfassenden Kompetenzen auf dem Gebiet der Leitung und Steuerung technisch-wissenschaftlicher Aktivitäten ausgestattet worden sei. Korrespondierend dazu enthalte der Entwurf des neuen Zuständigkeitskataloges für das FZA entsprechende Aufgaben.

68.2.3.2. Zur Frage der Entwicklung neuer Vermittlungssysteme führte die GD aus, daß eine solche Aufgabe heute nur durch ein großes Team von Entwicklern (man spricht von 500 bis 1 000 Ingenieurjahren für die Entwicklung eines modernen Wählsystems), dem das „Know-how" eines großen Industriekonzerns zur Verfügung stehen muß, bewältigt werden könne. Die Aufgabe der PTV könne nur darin bestehen, der Industrie gegenüber ein potenter Gesprächspartner zu sein, der die Richtung, in der die Entwicklung getrieben werden sollte, festlege. Die vom RH aufgezeigte Entwicklung der konventionellen Wählsysteme 48 und 51 könne

mit der Entwicklung der neuen elektronischen Vermittlungssysteme nicht verglichen werden. Dies sei am anschaulichsten aus dem Unterschied der technischen Dokumentation von konventionellen und zentralgesteuerten elektronischen Systemen zu ersehen. Im übrigen betreibe die PTV durchaus auch jetzt bereits eigene Entwicklungen; dabei handle es sich vorwiegend um solche Einrichtungen, die speziell auf die Bedürfnisse der PTV abgestimmt seien, wie beispielsweise ein zentraler Zeitzonenzähler, ein Prüfimpulsgeber usw.

Weiters teilte die GD mit, daß sie der vom RH empfohlenen verstärkten internationalen Zusammenarbeit größtes Augenmerk zuwenden werde und daß sie einen Entwicklungsauftrag für ein neues Gesellschaftsanschlußsystem bereits vergeben habe; wenn geeignete Voraussetzungen vorliegen, werde auch künftig im Sinne der Empfehlungen des RH vorgegangen werden.

Die Zusammenarbeit mit Hochschulinstituten werde künftig durch die Abteilung 03 der GD koordiniert werden.

68.2.4. In seiner Erwiderung machte der RH geltend, daß die Postverwaltung der Schweiz (PTT-Betriebe) derzeit gemeinsam mit der einheimischen Fernmeldeindustrie an der Entwicklung eines modernen Vermittlungssystems arbeite. Die Entwicklungskosten würden aufgrund einer vertraglichen Vereinbarung zwischen den PTT-Betrieben und den Firmen aufgeteilt. Dieses System solle ab dem nächsten Jahrzehnt zum Einsatz kommen und nach und nach die bisherige Vielfalt an vermittlungstechnischen Einrichtungen ersetzen. Wenn auch die Entwicklung eines elektronischen Wählsystems einen vielfach höheren Aufwand erfordere als die seinerzeitige Entwicklung der konventionellen Systeme 48 und 51, so zeige das Beispiel der Schweizer PTT-Betriebe doch, daß sich auch heute eine kleinere Post- und Fernmeldeverwaltung noch aktiv an Neuentwicklungen beteiligen könne.

Qualitätssicherung und Preisprüfung

68.3.1. Um sicherzustellen, daß die auf dem Fernmeldesektor in großem Umfang benötigten Geräte und Materialien den Anforderungen der PTV entsprechen, ist eine laufende Qualitätskontrolle — die sogenannte Güteprüfung — erforderlich. Diese Aufgabe ist aus Gründen der Zweckmäßigkeit auf verschiedene Stellen verteilt, die größte Bedeutung kommt jedoch der Qualitätssicherung durch das FZA zu. Dieses führt seine Kontrollen überwiegend bei den Auftragnehmern, also noch vor Übergabe der Waren an Organe der PTV, durch. Im Jahre 1974 fielen für den Güteprüfdienst des FZA Personalkosten von rund 2,3 Mill. S an. Dazu kamen noch Nebengebühren von fast 300 000 S.

68.3.2. Der RH bemerkte, daß sich die Qualitätskontrolle des FZA zweckmäßigerweise vorwiegend auf Stichprobenprüfungen beschränke. Die Auswahl der Stichproben werde aber bloß willkürlich vorgenommen; von den Möglichkeiten der statistischen Qualitätskontrolle unter Zuhilfenahme mathematisch-statistischer Verfahren werde nicht Gebrauch gemacht.

Der RH hat daher empfohlen, die Güteprüfungen des FZA in Hinkunft flexibler zu gestalten und Möglichkeiten zur Einschränkung der auswärtigen Tätigkeit der Beamten zu suchen. Der RH meinte, daß insbesondere bei wiederkehrenden Bestellungen von Massenprodukten durch eine vertragliche Verpflichtung der Lieferfirmen, nach bestimmten Stichprobenplänen Selbstprüfungen vorzunehmen, seiner Empfehlung entsprochen werden könnte. Die Prüfungen des FZA würden sich dann auf die Feststellung beschränken, ob das vertraglich vereinbarte Stichprobensystem von den Firmen eingehalten werde oder nicht. Wesentliche Erfordernisse für eine zielführende statistische Qualitätskontrolle durch Selbstprüfung seien die Dokumentation ihrer Ergebnisse sowie rasche und lückenlose Fehlermeldungen durch die Endverbraucher. Die GD hätte daher vorzusorgen, daß das FZA von den einzelnen Dienststellen unverzüglich und vollständig über aufgetretene Mängel informiert werde. Zwei Firmen für nachrichtentechnische Einrichtungen zeigten sich auch bereit, für den Fall eines Verzichtes auf eine Güteprüfung durch das FZA die Preise zu senken.

68.3.3. Die GD stellte dazu fest, daß die Empfehlungen des RH auch ihren Absichten entsprechen. Sie werde daher nachdrücklich bemüht sein, die auswärtige Tätigkeit des FZA für Güteprüfungen bei vermittlungstechnischen Einrichtungen so weit wie möglich einzuschränken. In der Zwischenzeit sei auch bereits mit einer dritten nachrichtentechnischen Firma die Auflassung der Güteprüfung im Werk dieser Firma vereinbart worden, wobei für alle Einrichtungen, mit Ausnahme jener, die Hebdrehwähler enthalten, ein Preisnachlaß von 1% gewährt werde.

Für tarifbestimmende Bauteile und Geräte, wie beispielsweise Gesprächszeitzähler, müsse jedoch im Interesse der Gebührenverrechnungssicherheit eine lückenlose Güteprüfung beibehalten werden. Weiters werde bei Erstfertigungen eine besondere Fertigungsüberwachung durch das FZA erforderlich bleiben.

68.4.1. In den Jahren 1966 bis 1969 erhielt das FZA mehrere Aufträge der GD, neue Bauelemente der Fernsprechtechnik einer Dauerprüfung unter extremen betrieblichen Bedingungen zu unterziehen. Es handelte sich um Relais, die in der Regel durch eine Reihe von Jahren

in beträchtlicher Menge benötigt werden. Der Prüfung der Bauelemente auf Zuverlässigkeit und Lebenserwartung kommt somit große wirtschaftliche Bedeutung zu.

68.4.2. Der RH stellte fest, daß sich bei den einzelnen Bauelementen Art und Umfang der Prüfung unterschieden, obwohl die Teile für eine gleiche oder ähnliche Verwendung vorgesehen waren. Es fehlten sowohl einheitliche Prüfnormen als auch insbesondere eine genaue Definition der von der GD geforderten extremen Anforderungen. Das FZA verfügte auch nicht über die geeigneten Prüfgeräte. Diese mußten von den Firmen entliehen werden. Die Prüfdauer wurde deshalb auch durch den Eigenbedarf der Herstellfirmen an den Prüfgeräten begrenzt.

Der RH wies auf die Bedeutung einer eingehenden Prüfung wichtiger Bauelemente hin, besonders aber für Teile, die voraussichtlich in großer Zahl benötigt werden und durch längere Zeit eingesetzt werden sollen.

Aus Gründen der Kostenersparnis wurde angeregt, derartige Prüfungen allenfalls von einer befreundeten Postverwaltung durchführen zu lassen.

68.4.3. Die GD sagte zu, künftig der Prüfung wichtiger Bauteile größere Bedeutung als bisher beizumessen. Im übrigen sei sie der Meinung, daß Konstrukteure von Einrichtungen der Fernsprechtechnik die Fragen der Zuverlässigkeit und Lebenserwartung von verwendeten Bauelementen schon allein deswegen gewissenhaft überprüfen müssen, um auf dem internationalen Markt konkurrenzfähig zu sein.

Die Empfehlung des RH, die Prüfung von Bauelementen durch befreundete Verwaltungen durchführen zu lassen, halte sie dann für zielführend, wenn diese Verwaltungen die identischen Bauteile auch für ihre technischen Einrichtungen verwenden. In diesem Falle könnten die Prüfbefunde erbeten werden, und es könnte deren Anerkennung als ein Schritt zur Verwirklichung der Zielsetzung des Koordinierungsausschusses für Harmonisierung der Europäischen Konferenz der Verwaltungen für Post- und Fernmeldewesen (CEPT) angesehen werden.

68.5.1. Seit dem Jahre 1957 wurde eine sehr große Zahl von Wähleinrichtungen in Koordinatenschaltertechnik aufgebaut. Trotzdem nahm noch zur Zeit der Gebarungsprüfung ein Beamter des FZA an der Abnahmeprüfung von Anlagen der Wählsysteme in Koordinatenschaltertechnik zwecks Prüfung einer wichtigen zentralen Steuereinrichtung teil. Die übrigen Anlagenteile wurden von Organen der örtlich zuständigen Direktion geprüft. Im Jahre 1973 wurden hiefür vom FZA 62 Arbeitstage, das ist fast ein Drittel der Jahresarbeitsleistung eines Bediensteten, aufgewendet, ohne daß grundsätzliche Mängel gefunden wurden.

68.5.2. Der RH empfahl, zwecks Vermeidung langer Anreisewege grundsätzlich die Abnahmeprüfung seit langem eingeführter technischer Einrichtungen nach Anweisungen des FZA von technischen Beamten der zuständigen Post- und Telegraphendirektion vornehmen zu lassen. Die Teilnahme von Beamten des FZA an Abnahmeprüfungen sollte auf Ausnahmefälle — beispielsweise auf die Prüfung der ersten Ämter in der neuen ESK-Technik — beschränkt werden.

68.5.3. Wie die GD mitteilte, sieht der neue Zuständigkeitskatalog für das FZA vor, daß vom FZA nur neueingeführte vermittlungstechnische Einrichtungen anläßlich ihrer erstmaligen Inbetriebnahme in den einzelnen Direktionen geprüft werden. Der Empfehlung, die Abnahmeprüfung seit langem eingeführter vermittlungstechnischer Einrichtungen nach Anweisungen des FZA von technischen Beamten der Post- und Telegraphendirektionen durchzuführen, wird entsprochen werden.

68.6.1.1. Aufgrund früherer Prüfungsfeststellungen und weiterer Erhebungen beim FZA wies der RH darauf hin, daß für die Lieferung des größten Teiles des Fernmeldematerials (ohne Kabel) nur vier österreichische Unternehmen in Betracht kommen, also eine Oligopolsituation vorliegt. Auf dem Kabelsektor besteht ein Erzeugerkartell, somit ein Monopol der Bieter. Bei einer derartigen Marktlage kommt der öffentlichen Ausschreibung als Instrument der Preisbildung nur eingeschränkte oder überhaupt keine Bedeutung zu. Der RH meinte, daß in einer derartigen Situation nur durch eine rigorose Kontrolle der Selbstkosten im Wege einer eingehenden Prüfung der Kalkulation der Lieferanten sichergestellt werden könne, daß der PTV nur angemessene Preise in Rechnung gestellt werden. Im übrigen wäre die Überprüfung der Selbstkosten der Lieferfirmen insbesondere auch deshalb notwendig, weil durch die immer weitergehende Automatisierung der Lohnkostenanteil bei der Fertigung ständig abnehme. Eine genaue Kenntnis der laufenden Veränderungen der Material-, Fertigungs- und Entwicklungskosten bzw. der fixen und variablen Kosten bei den Gerätelieferungen der Schwachstromindustrie erscheine zur Beurteilung der Preisangemessenheit erforderlich. Die Überprüfung von allgemeinen Preisanträgen der Industrie durch die Paritätische Lohn- und Preiskommission könne nicht eine ins Detail gehende bzw. auf bestimmte Produkte gerichtete Preisprüfung durch den Auftraggeber ersetzen.

Angesichts des Mangels einer wirksamen Konkurrenz als Preiskontrollmechanismus sowie wegen der gegenüber früher komplizierteren technischen Einrichtungen und komplexeren wirtschaftlichen Verhältnisse reicht die Preisprüfung durch die für die Beschaffung zuständigen Fachabteilungen insbesondere schon deswegen nicht mehr aus, weil für eine eingehende Kontrolle der Selbstkosten der Unternehmen spezielle Kenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiet der betrieblichen Kalkulation bzw. Kostenrechnung erforderlich sind.

68.6.1.2. Wegen der ähnlichen Situation in anderen Ländern verwies der RH auch auf ausländische Beispiele. In der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich ist aufgrund gesetzlicher Regelungen vorgesehen, daß bei öffentlichen Aufträgen im Falle der eingeschränkten Konkurrenz Lieferungen und Leistungen zu Selbstkostenpreisen erfolgen. Die öffentlichen Organe haben in diesen Fällen sehr weitgehende Kontrollrechte. In der Schweiz gilt diesbezüglich nur ein sehr allgemein gehaltener Bundesratsbeschluß aus dem Jahre 1924. Die Schweizer PTT-Betriebe haben auf dieser Grundlage jedoch eine Preisbegutachtungsstelle als besondere Dienstgruppe eingerichtet, die aufgrund eingehender Untersuchungen eine sehr wirksame Preiskontrolle ausübt.

68.6.2. Im Hinblick auf die angeführten Erwägungen und die zitierten ausländischen Beispiele empfahl der RH, in Fällen unwirksamer oder eingeschränkter Konkurrenz solle die PTV ebenfalls auf das System der Lieferung zu Selbstkostenpreisen übergehen. Die in einem solchen Fall unumgängliche Notwendigkeit zur eingehenden Kontrolle der Kalkulationsunterlagen durch die PTV wäre in den Liefer- und Leistungsverträgen ausdrücklich zu vereinbaren. Die „Allgemeinen Vertragsbedingungen" für die Ausführung von Leistungen (ausgenommen Bauleistungen) sowie der „Arbeitsbehelf für die Vergebung von Leistungen" sollten entsprechend ergänzt werden.

Nach Auffassung des RH wäre im Bereich der GD eine eigene Preiskontrollstelle — etwa nach dem Vorbild der Schweizer PTT-Betriebe — einzurichten.

68.6.3. Die GD teilte mit, sie werde die Empfehlung des RH aufgreifen, bei einer Monopol- oder Oligopolsituation auf der Anbieterseite ein Anbot auf Selbstkostenbasis zu verlangen und die Entscheidung über den Zuschlag einer Preiskommission nach Schweizer Muster zu übertragen. Da eine Monopol- bzw. Oligopolsituation auf der Anbieterseite nicht auf den Fernmeldesektor beschränkt sei, würde diese Preiskommission auch in anderen Bereichen des Beschaffungswesens tätig werden.

Weiters sagte sie zu, die rechtlichen, organisatorischen und sonstigen Voraussetzungen einer solchen Preiskommission eingehend zu prüfen und sodann gegebenenfalls die „Allgemeinen Vertragsbedingungen" für die Ausführung von Leistungen sowie den „Arbeitsbehelf für die Vergebung von Leistungen" entsprechend zu ergänzen. Im übrigen bemerkte die GD jedoch, daß zum Teil in den angeführten Beispielen des Auslandes für die Kontrolle der Kalkulationsunterlagen bzw. Selbstkosten gesetzliche Grundlagen vorhanden seien, die in Österreich fehlen.

Schließlich erwähnte die GD noch, daß sie aufgrund der fortschreitenden Entwicklung der Automation in der Fertigung der neuen Wählsysteme bereits jetzt stets auf die rückläufige Tendenz der Lohntangente achte und mit den Lieferfirmen Preisgleitklauseln vereinbart habe, wodurch bei diesen Produkten eine Verringerung der Preiserhöhungen erreicht worden sei. Demzufolge stelle sie auch dann eine eigene Preisprüfung an, wenn allgemeine Preisanträge der Schwachstromindustrie von der Paritätischen Kommission für Preis- und Lohnfragen anerkannt worden seien.

Verschiedenes

68.7.1. Im Rahmen der Überprüfung hat der RH festgestellt, daß die Überstundenleistungen der Beamten des FZA in den Jahren 1968 bis 1971 etwa gleichgeblieben sind. Im Mittel sind in dieser Zeit 6 942 Überstunden pro Jahr angefallen. In der Folge stieg die Zahl der Überstunden jedoch rasch an. Gegenüber dem angeführten Mittelwert lag die Überstundenleistung im Jahre 1972 um 42,7%, im Jahre 1973 um 91,3% und im Jahre 1974 um 123,1% höher.

68.7.2. Der RH vertrat die Ansicht, daß die unverhältnismäßig große Zunahme der Überstundenleistungen nicht allein in den Arbeitszeitverkürzungen oder in einem vermehrten Arbeitsanfall begründet sei. Es falle nämlich auf, daß die erste Etappe der Arbeitszeitverkürzung von 45 auf 43 Wochenstunden mit Wirkung vom 5. Jänner 1970 an zu keiner außergewöhnlichen Steigerung der Überstundenzahl geführt habe. Erst ab dem Jahr 1972 sei die Entwicklung sprunghaft gestiegen.

Der RH empfahl daher, die Notwendigkeit von Überstunden rigoroser als bisher zu prüfen und nur sachlich unvermeidbare Mehrleistungen anzuordnen. Dazu wurde ergänzend bemerkt, daß der Aufwand für Belohnungen und Geldaushilfen für Mehrleistungen der Bediensteten des FZA im Jahr 1971 etwa 300 000 S betragen hat, wogegen sich der Jahresaufwand für die im Jahr 1974 ausgezahlten Überstundengebühren einschließlich der Pauschalien bereits auf rund 965 000 S belief.

68.7.3. Die GD verwies darauf, daß mehrere dem FZA seit dem Jahre 1972 zugewiesene neue Aufgabenbereiche zwangsläufig zu zusätzlichen Überstundenleistungen geführt hätten.

Es sei jedoch im Rahmen der in Aussicht genommenen Organisationsänderung des FZA beabsichtigt, auch das aufgezeigte Problem zu lösen. Darüber hinaus sei das Amt bereits angewiesen worden, den ständig steigenden Überstundenleistungen ein besonderes Augenmerk zuzuwenden und der Empfehlung des RH zu entsprechen.

68.8.1. Der RH wies auf eine zu reichliche Bemessung des Personalstandes für die Reinigung des FZA-Gebäudes hin, die sich mit vermeidbaren jährlichen Mehrkosten von rund 180 000 S (1975) nachteilig auswirkte. Er erinnerte in diesem Zusammenhang auch an seine bereits 1973 ausgesprochene Empfehlung, neue Zeitwerte für die Reinigung von Verwaltungs- und Fernmeldegebäuden zu erstellen und die Vergabe der Reinigung von Gebäuden an Privatfirmen als mitunter wirtschaftlichere Variante in Betracht zu ziehen.

68.8.2. Wie die GD mitteilte, sei die Übersystemisierung im Jahre 1976 abgebaut worden. Neue Richtlinien für den Reinigungsdienst in Verwaltungs- und Fernmeldegebäuden seien bereits ausgearbeitet worden; die Stellungnahme des Zentralausschusses der Post- und Telegraphenbediensteten hiezu stehe jedoch noch aus.

Im Sinne der Empfehlungen des RH werde im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten im zunehmenden Maße die Reinigung von Gebäuden einschlägigen Privatunternehmen übertragen.

68.9.1.1. Gemäß § 40 Abs. 1 Z. 8 der Fernmeldegebührenordnung, BGBl. Nr. 170/1970, beträgt die Gebühr für die Prüfung von Funkeinrichtungen 150 S. Abs. 4 desselben Paragraphen bestimmt für den Fall höherer Prüfungskosten ergänzend, daß die Gebühren in sinngemäßer Anwendung des § 6 dieses Gesetzes in der Höhe der erwachsenen Kosten zu berechnen sind. Diese sind die Kosten des Materials, die Arbeitskosten, der Verwaltungszuschlag, die Fahrtkosten und allfällige Unternehmerleistungen. Die Abs. 2 bis 5 des § 6 enthalten nähere Bestimmungen über die Art der Berechnung.

Das FZA führt nicht nur auf dem Gebiet des Funkwesens, sondern auch bei anderen fernmeldetechnischen Teilnehmereinrichtungen Typenprüfungen durch. Diese Prüfungen erfolgen im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung und sind als technische Gutachten des FZA anzusehen. Das FZA hebt hiefür Entgelte ein, die nach den gleichen Grundsätzen ermittelt werden wie die gesetzlichen Gebühren für die Prüfung der Funkgeräte.

68.9.1.2. Die von den Antragstellern zu entrichtenden Gebühren bzw. Entgelte werden aufgrund von Stundensätzen für Meßgeräte- und Arbeitskosten ermittelt. Im Jahre 1974 wurden insgesamt Beträge von rund 360 000 S zur Zahlung vorgeschrieben. Die Überprüfung durch den RH ergab, daß allein der Gegenwert für die aufgewendete Arbeitszeit zumindest 910 000 S erreichte. Als Ursache für die zu geringe Bemessung der Arbeitskosten stellte er die unvollständige Erfassung der Arbeitsleistungen und die unzutreffende Bemessung nach Stundensätzen für Beamte der Verwendungsgruppen D und E anstatt richtig der Verwendungsgruppe B fest.

68.9.2. Der RH empfahl, für die quantitativ und qualitativ richtige Erfassung der Kosten von Typenprüfungen und deren Weiterverrechnung nach §§ 6 und 40 der Fernmeldegebührenordnung Vorsorge zu treffen.

68.9.3. Die GD teilte mit, sie werde das FZA anweisen, in Hinkunft bei der Feststellung der Kosten von Typenprüfungen auf die strenge Einhaltung des § 6 der Fernmeldegebührenordnung zu achten. Außerdem sei geplant, Einheitssätze für die Arbeitsstunden von Beamten der Verwendungsgruppe B zu berücksichtigen. Des weiteren sollen die Stundenansätze für Meßgerätekosten vereinheitlicht werden.

68.10.1. Mit Stand Jänner 1975 belief sich die Zahl der Funkbewilligungen in Österreich auf rund 68 000. Seit dem Jahre 1970 werden die Funkanlagen und die ihnen zugeordneten Frequenzen und andere erforderliche Daten, wie die Namen der Bewilligungsinhaber, Arten und Verwendungszwecke der Anlagen, erteilte Bescheide, zu entrichtende Gebühren u. a., mit Hilfe der EDVA der PTV erfaßt. Die Einschaltung der EDV war durch die starke Zunahme des Funkverkehres in Österreich notwendig geworden.

68.10.2. In der EDV-Stelle der PTV fielen im Jahre 1974 in diesem Arbeitsgebiet Kosten von rund 3,5 Mill. S an. Der RH stellte fest, daß in verschiedenen Fällen Listen in größerer Zahl als unbedingt notwendig ausgedruckt wurden. Er errechnete, daß allein bei zwei Arten von Listen durch eine geringere Zahl von Ausdrucken mehr als 230 000 S im Jahr eingespart werden könnten.

Der RH empfahl, neben den konkret aufgezeigten Fällen alle übrigen Ausdrucke auf Einsparungsmöglichkeiten zu untersuchen. Im übrigen bemerkte er, daß durch den EDV-Einsatz keine Personaleinsparung erzielt wurde.

68.10.3. Die GD teilte dazu mit, daß durch Verminderung der Zahl der EDV-Ausdrucke bereits wesentliche Einsparungen erzielt worden seien. Bezüglich des Personaleinsatzes verwies

sie darauf, daß eine Frequenzbewirtschaftung und eine wirkungsvolle Überwachung beim derzeitigen Stand von etwa 23 000 Bewilligungsinhabern und 82 000 bewilligten Sendern ohne EDV-Einsatz bereits undenkbar wären. Diese Arbeiten hätten trotz einer Steigerungsrate der neuzugelassenen Funksender von jährlich 20% mit Hilfe der EDV ohne Personalvermehrung im FZA bewältigt werden können.

68.11.1. Die Überprüfung des Gerätebestandes des Funklabors hat unter anderem ergeben, daß mehrere Radio- und Fernsehapparate von Bediensteten des FZA bereits seit einigen Jahren dauerentlehnt waren und sich zum Teil in deren Privatwohnungen befanden.

Der RH stellte fest, daß für diese Vorgangsweise, die mit der außerdienstlichen Beobachtung von Störungen begründet wurde, kein Auftrag der GD vorlag, und legte die ehestbaldige Rückführung der Apparate in das Lager sowie die Verringerung der Anzahl auf das unbedingt erforderliche Ausmaß nahe.

68.11.2. In ihrer Stellungnahme hat die GD bereits die Durchführung der Empfehlung des RH bekanntgegeben.

68.12.1. Vom Jahre 1966 an arbeitete das FZA an der Neuorganisation des Fernschreiber-Instandhaltungsdienstes (kurz FSI-Dienst). Unter Zuhilfenahme der EDV wurde ein sogenanntes FSI-System entwickelt. Aufgrund von Versuchen konnte das FZA im Jahre 1972 der Personalabteilung der GD vorschlagen, den für die Personalbemessung im FSI-Dienst geltenden Zeitwert von 47 Stunden je Jahr und Apparat auf 38 Stunden zu senken. Außerdem war das FZA der Meinung, ohne merkbaren Qualitätsverlust noch weitere Arbeitseinsparungen erzielen zu können. Bis Mitte 1975 war allerdings die Herabsetzung des genannten Zeitwertes noch nicht realisiert worden. Zu dieser Zeit war das FSI-System zu etwa 80% fertiggestellt.

68.12.2. Im Hinblick auf die bereits erzielten Rationalisierungserfolge empfahl der RH, das FSI-System rasch fertigzustellen und die personalmäßigen Konsequenzen durch Änderung der einschlägigen Bemessungsgrundlagen zu ziehen. Weiters vertrat der RH die Auffassung, daß die angeführten Erfahrungen bei der Rationalisierung der Fernschreiber-Instandhaltung zum Anlaß genommen werden sollten, so bald wie möglich auch ein Informationssystem für den wesentlich umfangreicheren Fernsprechbetriebsdienst in Angriff zu nehmen.

68.12.3. Wie die GD mitteilte, hat sie ein Konzept erstellt, welches unter Bedachtnahme auf die personelle und maschinelle Kapazität des EDV-Bereiches bei der PTV eine Reihe von vordringlich zu realisierenden Informationssystemen auf dem Fernmeldesektor enthält. Das FSI-System werde unter Berücksichtigung anderer dringender Vorhaben und der erwähnten EDV-Kapazitäten ehestmöglich fertiggestellt werden. Die Einrichtung eines Informationssystems für den Fernsprechbetriebsdienst werde nach Verwirklichung grundlegender Organisationsänderungen im Bereich dieses Dienstes erwogen werden.

Ein Entwurf für die Abänderung der einschlägigen Personalbemessungsgrundlage sei bereits ausgearbeitet worden; die Stellungnahme des Zentralausschusses der Post- und Telegraphenbediensteten stehe hiezu noch aus.

68.13.1. Der RH konnte wiederholt Aktivitäten des FZA in Richtung einer Betriebsrationalisierung und Hinweise auf mögliche Kostensenkungen durch den Einsatz neuer Geräte feststellen. In der Regel hat es jedoch darauf verzichtet, die Auswirkungen derartiger Vorschläge darzustellen.

68.13.2. Die möglichst genaue Ermittlung der wirtschaftlichen Folgen einer organisatorischen oder technischen Neuerung durch das FZA kann der GD die Feststellung der günstigsten Problemlösung oder die Setzung von Prioritäten erleichtern. Außerdem sollte es dadurch möglich werden, die Konsequenzen einer Maßnahme rascher als bisher bei der Erstellung des systemisierten Personalstandes zu berücksichtigen. Es wurde daher empfohlen, das FZA zu verhalten, jedem Gutachten eine Berechnung oder gewissenhafte Schätzung der Auswirkungen auf die Kosten anzuschließen.

68.13.3. Die GD gab bekannt, sie werde das FZA ausdrücklich anweisen, der Empfehlung des RH besondere Beachtung zu schenken. Auf diesen Gesichtspunkt sei auch bei Erstellung des materiellen Zuständigkeitskataloges für das FZA Bedacht genommen worden.

68.14.1. Im übrigen hat der RH noch eine Reihe von Einzelfeststellungen getroffen sowie Empfehlungen und Bemängelungen ausgesprochen, die von geringerer Bedeutung waren oder bloß formale Gebrechen betrafen. Dabei handelte es sich z. B. um Mehrleistungen des Korrosionsmeßdienstes, das Lenkerpauschale für Meßhelfer, die Durchführung von Botenfahrten zwischen dem Arsenalgelände und der GD, die Dokumentation und Veröffentlichung der Entwicklungsarbeit des FZA, die Planung der Richtfunkstation Wien-Nord, die Beschaffung von Trägerfrequenz - Teilnehmereinrichtungen, den Einsatz und die Vergebührung von Teilanschlüssen, die Überwachung der Entflammbarkeit von Materialien in der Fernmeldetechnik, die Gebarung mit Holzmasten und ähnliches mehr.

68.14.2. Die GD hat dazu ausführlich Stellung genommen, verschiedene Mängel bereits abge-

stellt oder eine Überprüfung im Sinne der Ausführungen des RH zugesagt.

Signalstreckenleitung Linz der ÖBB

69.1. Die Signalstreckenleitung Linz der ÖBB besorgt die Instandhaltung, Reparatur und Montage von Sicherungsanlagen im örtlichen Bereich der Bundesbahndirektion Linz; sie ist eine Dienststelle des Sicherungsdienstes der ÖBB und untersteht unmittelbar der Elektrotechnischen Direktion im Rahmen der Generaldirektion (kurz GD) der ÖBB. Dieser Fachdienst ist somit im Gegensatz zu den meisten anderen Fachdiensten der ÖBB nur zweistufig ohne Mittelinstanz auf der Ebene der Bundesbahndirektionen gegliedert.

Organisation

69.2.1. Das Organisationsschema der ÖBB sieht vor, daß Elektrotechnische Überwachungsbeamte (kurz EÜB) die Zusammenarbeit zwischen der Signalstreckenleitung und den übrigen ausführenden Dienststellen des Elektrotechnischen Fachdienstes einerseits und der am selben Ort befindlichen Bundesbahndirektion andererseits zu gewährleisten haben. Die Häufigkeit von Koordinierungsmängeln zeigte jedoch die mangelhafte Funktion dieses organisatorischen Verbindungsgliedes.

69.2.2. Eine Ursache hiefür lag nach Ansicht des RH darin, daß lediglich die EÜB durch Dienstanweisungen zur Mitarbeit in der Bundesbahndirektion verpflichtet worden waren, eine entsprechende Verpflichtung der Bundesbahndirektionen hingegen fehlte.

Der RH stellte zur Erwägung, zwecks reibungsloser Zusammenarbeit den Sicherungsdienst in die Zuständigkeit der Bundesbahndirektionen einzubeziehen. Zur praktischen Durchführung wurde vorgeschlagen, aus verwaltungsökonomischen Gründen den leitenden Verwaltungsapparat der Signalstreckenleitung als Referat in die Bundesbahndirektion einzugliedern.

69.2.3. Die GD der ÖBB vertrat zwar die Meinung, daß die Bundesbahndirektionen auch ohne ausdrücklichen Hinweis zur Zusammenarbeit mit den EÜB verpflichtet gewesen wären und daß der Informationsfluß zwischen den Bundesbahndirektionen und Signalstreckenleitungen in der Regel funktioniere, teilte jedoch mit, daß die Anregungen des RH von der im Mai 1975 im Sinne des Unternehmenskonzeptes geschaffenen Projektsgruppe „Organisationsreform" behandelt würden.

69.2.4. Die Tatsache, daß die erwähnte Projektsgruppe bis Juni 1976 erst zweimal zu geplanten Sitzungen zusammengetreten war, ließ dem RH eine zielstrebigere Arbeitsweise empfehlenswert erscheinen.

69.3.1. Ein Großteil der Arbeitskapazität der Signalstreckenleitung Linz von jährlich etwa 340 000 Arbeitsstunden wird vom Baudienst der ÖBB beansprucht, da bei Bauhandlungen an Eisenbahnanlagen ein den Sicherungsvorschriften entsprechender Verkehrsbetrieb aufrechterhalten werden muß. Der RH hielt den jährlich zu erstellenden Wirtschaftsvoranschlag für das geeignete Instrument zur gezielten Planung des Arbeitseinsatzes. Die Signalstreckenleitung Linz hatte jedoch den Wirtschaftsvoranschlag so unvollständig erstellt, daß darin lediglich die Hälfte des jährlichen Investitions- und Erneuerungsumfanges aufschien.

69.3.2. Der RH wies darauf hin, daß bei ungenügender Wirtschaftsplanung zuweilen unwirtschaftliche Füllarbeiten durchgeführt werden. Als Ursache für die Mängel des Wirtschaftsvoranschlages sah er vor allem die unzureichende Information über die Investitionspläne der GD der ÖBB an.

69.3.3. In der Stellungnahme vertrat die GD der ÖBB den Standpunkt, daß der Wirtschaftsvoranschlag als Instrument der Wirtschaftsplanung einer Signalstreckenleitung ungeeignet sei, da letztere nur die Prioritäten ihres eigenen Bereiches kenne und somit nicht in der Lage sei, über die Notwendigkeit von Investitionen zu entscheiden. Dennoch würden seit der Gebarungsprüfung zwecks Verbesserung des Überblicks über den kommenden Arbeitsanfall den Signalstreckenleitungen Entwürfe der zentralen Wirtschaftspläne der GD für das Folgejahr an die Hand gegeben. Darüber hinaus fänden nun zweimal jährlich gemeinsame Einsatzbesprechungen zwischen Bau- und Sicherungsdienst statt.

69.3.4. Trotz dieser Sofortmaßnahmen empfahl der RH auch hier die organisatorische Eingliederung des Sicherungsdienstes in die Bundesbahndirektionen, um eine dauerhafte, koordinierte Wirtschaftsplanung zu ermöglichen.

69.4.1.1. Koordinierungsmängel bei den ÖBB wurden vom RH in den vergangenen Jahren bereits mehrmals festgehalten, zuletzt anläßlich der Prüfung der Betriebsdirektion im Zusammenhang mit der „nahezu katastrophalen Situation" bei den Güterverkehrsanlagen und dem Zentralverschiebebahnhof Wien (siehe TB 1974 Abs. 91.3. und 91.7.).

69.4.1.2. Der RH legte dabei dem Vorstand der ÖBB nahe, sich bei größeren Projekten im Interesse einer besseren Koordinierung der Methoden des Projekt-Managements zu bedienen. Obwohl der Vorstand der ÖBB dazu die Meinung vertreten hatte, daß die angeführten Koordinierungsmängel nur Ausnahme-

erscheinungen darstellten und auf menschliches Versagen zurückzuführen seien, wurde dann doch in das Unternehmenskonzept die Absichtserklärung aufgenommen, „interdisziplinäre Projektteams" ins Leben zu rufen, um zu einer „homogeneren Unternehmensführung" zu gelangen.

69.4.2. Bei der Überprüfung der Gebarung der Signalstreckenleitung Linz erwies es sich, daß auch hier bei den Leistungen für andere Fachdienste der ÖBB Koordinierungsfehler unterlaufen waren, die zu Arbeitsunterbrechungen, unrationellem Einsatz und verlorenem Aufwand führten. Der RH brachte daher die Realisierung der seinerzeitigen Empfehlungen in Erinnerung.

69.4.3. Die GD der ÖBB stellte sich hingegen auf den Standpunkt, daß die derzeitige Organisation der ÖBB in Koordinierungsfragen nicht geändert werden müsse; der „federführende Fachdienst" hätte ohnedies die vom RH vorgeschlagene Funktion eines Projekt-Managers auszuüben.

69.4.4. Der RH legte daraufhin neuerlich dar, daß der in der Organisation der ÖBB vorgesehene federführende Fachdienst lediglich für die finanziellen Angelegenheiten der Veranschlagung und Verrechnung eines Vorhabens zuständig sei. Er reicht daher nicht an die für zweckdienlich erachteten Vollmachten eines Projekt-Managers heran, der vom Zeitpunkt der Investitionsentscheidung an durch Steuerung der Arbeitsabläufe für die Realisierung des Vorhabens zu sorgen hat.

Auch hier wurde wegen der Dringlichkeit des Koordinierungsproblems empfohlen, die Arbeit der damit befaßten Projektsgruppe „Organisationsreform" erheblich zu beschleunigen (siehe Abs. 69.2.4.).

69.5.1. Im Mai 1970 beschloß der Vorstand der ÖBB, die Strecke Linz—Summerau vordringlich zu elektrifizieren. Bei der Erfassung der notwendigen Adaptierungsarbeiten kamen die Fachdienste der ÖBB einvernehmlich zu dem Schluß, daß nur der Bahnhof Gaisbach-Wartberg umgestaltet werden sollte. Zwei Wochen nach Beginn der Fahrleitungsmontage im Juni 1973 verlangte der Betriebsdienst, daß auch die Gleisanlage des Bahnhofes Summerau vergrößert werde, was schließlich die Errichtung einer neuen Sicherungsanlage bedingt. Weitere drei Monate später machte der Baudienst darauf aufmerksam, daß vor Aufnahme des elektrischen Betriebes die vorhandenen Stahlschwellen auf einer Länge von 5,7 km mit einem Kostenaufwand von 8,5 Mill. S auszuwechseln wären.

69.5.2. Nach Ansicht des RH hatten weder der Betriebsdienst noch der Baudienst bei der Wirtschaftlichkeitsberechnung und Planung für dieses Vorhaben die notwendige Sorgfalt bei der Erhebung vollständiger Grundlagen aufgewendet.

69.5.3. Dazu erklärte die GD der ÖBB, daß die erwähnte Schwellenerneuerung zum größten Teil im Zuge des Oberbauprogramms durchgeführt worden wäre; es seien keine Mehrkosten aufgelaufen, welche auf die zu späten Planänderungen hätten zurückgeführt werden können.

69.5.4. Der RH hielt fest, daß infolge der unzulänglichen Planung der Fachdienste der ÖBB bei Baubeginn der gesamte Bauumfang und damit die vollständigen Kosten des Projektes nicht bekannt gewesen sind.

69.6.1. Durch die Aufhebung der Nachtsperre auf der Ennstalstrecke mußte eine Reihe von Sicherungsanlagen geändert werden, um den Eisenbahnbetrieb ohne Personalvermehrung abwickeln zu können. Im Bahnhof Lahrndorf sollte vor der endgültigen Beseitigung einer Wegübersetzung der Antrieb einer Schrankenanlage in ein anderes Stellwerk verlegt werden. Diese Maßnahme wurde von der GD der ÖBB im März 1974 bewilligt. Wenige Tage später genehmigte die Bundesbahndirektion Linz jedoch die Beseitigung eben dieses Eisenbahnüberganges durch den Bau einer Unterführung. Somit waren zwei Fachdienste der ÖBB auf verschiedene Weise gleichzeitig damit befaßt, einen bestimmten Rationalisierungserfolg zu erzielen. Die Arbeiten in der Signalstreckenleitung Linz wurden erst im September 1974 abgebrochen, nachdem die Meldung der Streckenleitung Steyr über die bevorstehende Eröffnung der Unterführung eingelangt war.

69.6.2. Nach Ansicht des RH wäre diese unwirtschaftliche Doppelgleisigkeit durch rechtzeitige Information vermeidbar gewesen.

69.6.3. Die GD der ÖBB behauptete dagegen, daß der Sicherungsdienst ohnedies im April 1974 vom Bau der Unterführung verständigt worden sei. Aus der „notwendigen und allen Stellen bewußten Parallelarbeit" sei den ÖBB kein Schaden erwachsen, da es möglich gewesen sei, die in der Werkstätte angefertigten Bauteile an anderer Stelle zu verwenden.

69.6.4. Der RH verblieb bei seiner Beanstandung, denn die GD der ÖBB war nicht in der Lage, einen Nachweis über die behauptete Verständigung zu erbringen; auch fehlte jede wirtschaftlich stichhaltige Begründung, warum die Signalstreckenleitung Linz an diesem Projekt bis September 1974 weitergearbeitet hat.

69.7.1. Anläßlich der Errichtung eines Gleises in Marchtrenk hatten der Sicherungs- und der Fernmeldedienst, die beide der Elektrotechnischen Direktion unterstehen, Kabelstränge zu verlegen.

Beide Fachdienste planten — jeder für sich — getrennte Kabelschächte. Erst ungünstige Bodenverhältnisse erzwangen die Verlegung in einen gemeinsamen Schacht, wodurch Kosten von 34 000 S erspart werden konnten.

69.7.2. Der RH kritisierte das unkoordinierte Vorgehen der Fachdienste.

69.7.3. Aus der Mitteilung der GD der ÖBB ging hervor, daß sich im gegenständlichen Fall die Möglichkeit der gemeinsamen Trassenbenützung erst nach Freilegung einer vorher unbekannten Reserve des Fernmeldekabels herausgestellt hätte.

69.7.4. Der RH hielt fest, daß die vorteilhafte gemeinsame Kabelverlegung von den genannten Fachdiensten im Planungsstadium nicht einmal erwogen worden ist.

Investitionen

69.8.1. Im Bahnhof Mandling (Strecke Selzthal—Bischofshofen) war im Jahre 1956 der Innenteil eines elektromechanischen Stellwerkes (Befehlsblock) installiert worden, die vier Jahre später vorgesehene Herstellung einer Fernbedienung der Weichen und der Schrankenanlagen, deren Kosten rund 680 000 S betragen hätten, unterblieb jedoch. Als Folge mußten in dem verkehrsmäßig eher unbedeutenden Bahnhof sechs Weichenwärterdienstposten besetzt werden, obwohl dort insgesamt nur vier Weichen vorhanden sind.

69.8.2. Der RH stellte fest, daß die längst fällige Fertigstellung der begonnenen Sicherungsanlage schon seit vielen Jahren eine Einsparung von mehreren, ohnedies nur mehr schwer zu besetzenden Dienstposten mit sich gebracht hätte.

69.8.3. Die GD der ÖBB gab als Grund hiefür den Mangel an Finanzierungsmitteln an.

69.8.4. Nach Ansicht des RH hätte die ungemein kurze Amortisierungsdauer trotz Mittelknappheit eine rasche Beendigung des Projektes nahegelegt.

69.9.1. Die völlig veraltete, personalaufwendige Sicherungsanlage des Bahnhofes Braunau wurde im Jahre 1973 umgebaut. Allerdings wurde nicht das für später geplante elektrische Mittelstellwerk, sondern eine Zwischenlösung (mechanische Endstellwerke mit fernbedienten Weichen) errichtet. Beim Bau der endgültigen Ausführung wird ein um 260 000 S aufgeführter Hochbau wieder abzutragen sein.

69.9.2. Die Kritik des RH wandte sich gegen die Errichtung der von vornherein als provisorisch angesehenen und mit verlorenem Aufwand verknüpften mechanischen Anlagen.

69.9.3. Von der GD der ÖBB wurde das Provisorium vor allem damit begründet, daß der Bau eines elektrischen Mittelstellwerkes aus Finanzierungs- und Wirtschaftlichkeitsgründen erst bei Erneuerungsbedürftigkeit der jetzigen Weichen erfolgen sollte.

69.9.4. Nach Ansicht des RH wäre bei dieser Sachlage eingehender zu prüfen gewesen, ob die sofortige Generalsanierung des Bahnhofes die wirtschaftlichste Lösung dargestellt habe.

69.10.1. Die Verkehrsanlagen des Bahnhofes Selzthal wurden anläßlich der Elektrifizierung im Jahre 1963 umgebaut. Ein neues Drucktastenstellwerk übernahm die Aufgaben von vier alten Stellwerken, daneben blieben jedoch zwei weitere alte Stellwerke in Betrieb. Der Baudienst hatte dort wenige Jahre vorher Stahlschwellen verlegt, so daß der Umbau auf elektrische Weichenantriebe ohne neuerliche Schwellenauswechslung unmöglich geworden war. Vom damaligen Betriebsdirektor wurde bei der Eröffnung des Stellwerkes außerdem beanstandet, daß die mehrere Weichen erfassende Speichermöglichkeit für Verschub-Fahrwege fehlte.

69.10.2. Abgesehen von dem folgenschweren Koordinierungsfehler des Baudienstes, dem die Elektrifizierungspläne für diesen Bahnhof schon viele Jahre vorher bekannt waren, bemängelte der RH, daß trotz der Großinvestition keine endgültige Lösung der sicherungstechnischen Probleme im Bahnhof Selzthal erreicht wurde.

69.10.3. Die GD der ÖBB erklärte die Investitionsentscheidung, nur die eingeschränkte Lösung herbeizuführen, damit, daß bei Einbindung der restlichen zwei Stellwerke mit einem Aufwand von 6 Mill. S nur sechs Dienstposten hätten eingespart werden können.

69.10.4. Der RH hält die Zerlegung eines einheitlichen Projektes wie hier der Sicherungsanlage eines Bahnhofes in einen „rationellen" und einen „unrationellen" Teil für wenig zweckmäßig. Darüber hinaus wäre in Anbetracht der langen Nutzungsdauer von Sicherungsanlagen und der inzwischen verstrichenen 13 Jahre auch ein Wirtschaftlichkeitseffekt zu erzielen gewesen.

69.11.1. Ein Überblick über die Stellwerksanlagen an Hauptbahnen im Bereich der Signalstreckenleitung Linz zeigt, daß von den aus Vergleichsgründen in 188 Einheiten („mittlere Sicherungsanlagen") umgerechneten Anlagen lediglich 21% elektrische oder elektromechanische Bauart aufweisen; 69% sind in mechanischer und 10% in einfachster alter Bauart ausgeführt. Von den 57 Bahnhöfen auf den Nebenbahnen besitzen überhaupt nur zwei ein Mittelstellwerk mit fernbedienbaren Weichen.

Seit dem Jahre 1945 waren von den oben erwähnten 188 „mittleren Sicherungsanlagen" auf Hauptstrecken im jährlichen Durchschnitt nur 2,5 Anlagen erneuert worden.

69.11.2. Aus der Altersstruktur und der üblichen Nutzungsdauer derartiger Anlagen leitete der RH ab, daß in den nächsten Jahren bei Einbeziehung der Stellwerke auf Nebenbahnen dieser bisherige Erneuerungsumfang auf das Dreifache gesteigert werden müßte. Es wurde daher empfohlen, die zur Verfügung stehenden Mittel besonders auf die Erneuerung von Sicherungsanlagen zu konzentrieren.

69.11.3. Die GD der ÖBB gab bekannt, daß nach dem Unternehmenskonzept in den Jahren von 1975 bis 1985 allein im Bereich der Bundesbahndirektion Linz 25 Mittelstellwerke errichtet werden sollen.

69.12.1. Die induktive Zugbeeinflussung (INDUSI) bedient sich korrespondierender Magnetsätze an der Schiene und in den Lokomotiven, die eine automatische Bremsung einleiten, falls der Lokführer die manuelle Bremsung unterläßt. Die ÖBB haben im Laufe des letzten Jahrzehntes die West- und Südbahnstrecke samt ihren wichtigsten Flügelstrecken und die regelmäßig auf diesen Strecken verkehrenden Elektrolokomotiven mit INDUSI-Magneten ausgerüstet. Im Bereich der Signalstreckenleitung Linz wurden rund 700 Schienenmagnete mit einem Kostenaufwand von rund 34 Mill. S eingebaut.

Bis zum Jahre 1974 wurde die Funktion der Schienenmagnete vierteljährlich mittels tragbarer Prüfgeräte kontrolliert, seither wird ein spezieller Gleismagnetprüfwagen eingesetzt. Die erste Prüffahrt im Bereich der Signalstreckenleitung Linz zeigte, daß rund 5% der eingebauten Magnete unbrauchbar waren.

69.12.2. Wegen der katastrophalen Folgen, die durch den Ausfall von INDUSI-Einrichtungen entstehen können, legte der RH einen besonders strengen Maßstab bei der Erhaltung und Kontrolle der Schienenmagnete nahe.

69.12.3. Die hohe Untauglichkeitsquote der INDUSI-Magnete wurde von der GD der ÖBB deshalb nicht als bedenklich angesehen, weil die enge Toleranz des Meßwagens auch solche Magnete als untauglich angezeigt habe, die nur geringfügige Änderungen aufwiesen, aber noch voll funktionsfähig gewesen seien. Bei der zweiten Meßfahrt sei nur mehr eine Ausfallsquote von 0,8% gefunden worden. Außerdem könnten einzelne untaugliche INDUSI-Magnete keine Gefahr bilden, da der Lokführer beim Passieren von Signalen eine Wachsamkeitstaste zu betätigen hat, die ein optisches Signal auslöst und damit die Funktion des Magneten erkennen läßt.

69.12.4. Der RH vermochte trotz nachträglicher Verbesserung der Ausfallsquote nicht darüber hinwegzusehen, daß auch eine geringere Zahl untauglicher INDUSI-Magnete einen erheblichen Risikofaktor bildet, da beim Zugbeeinflussungs-System der ÖBB trotz Wachsamkeitstaste das selbsttätige Anhalten eines Zuges bei einem auf Halt stehenden Hauptsignal im Falle eines untauglichen Magneten nicht gewährleistet ist.

Werkstätte und Instandhaltung

69.13.1. In der Werkstätte der Signalstreckenleitung Linz wurden vielfach Unzulänglichkeiten festgestellt, die auf Sorglosigkeit, teilweise aber auch auf Unkenntnis von Vorschriften zurückzuführen waren. Trotz des Anfalles von monatlich rund 20 000 Arbeitsstunden wurde kein arbeitswirtschaftliches Steuerungssystem angewendet. Vorkalkulationen waren unvollständig und daher für Wirtschaftlichkeitsüberlegungen unbrauchbar. Abrechnungsunterlagen stimmten zum Teil weder mit den Materialentnahmen noch mit dem Zeitpunkt der tatsächlichen Arbeitsdurchführung überein.

69.13.2. Da alle Reparaturarbeiten ohne Wirtschaftlichkeitsprüfung durchgeführt wurden, konnte der RH anhand mehrerer Beispiele nachweisen, daß die Reparaturkosten ein Mehrfaches der üblichen Anschaffungspreise oder der ÖBB-internen Materialpreise erreichten.

69.13.3. Die GD der ÖBB führte die Mängel auf Arbeitsüberlastung des Personals zurück, sicherte aber zu, daß die Bediensteten zur genauesten Einhaltung der Vorschriften angewiesen werden.

69.14.1. Die Vielzahl der Werkstätten der ÖBB läßt eine Reform angezeigt erscheinen. Allein in Linz befinden sich im Umkreis von wenigen hundert Metern sieben ÖBB-Werkstätten mit jeweils eigenem Verwaltungsapparat, die drei verschiedenen Fachdiensten angehören. Eine Begleiterscheinung dieser Massierung besteht beispielsweise darin, daß die ÖBB in engster Nachbarschaft sieben unterschiedlich ausgestattete Tischlereien unterhalten.

69.14.2. Da die Ausstattung all dieser Werkstätten mit leistungsfähigen, für ein rationelles Arbeiten erforderlichen Maschinen nicht wirtschaftlich wäre, empfahl der RH, die derzeit verstreuten Tischlereien sowie Mechaniker- und Schlosser-Kleinwerkstätten in jeweils einer Großwerkstätte zu konzentrieren. Neben wirtschaftlichen Vorteilen bei der Ausrüstung und Arbeitsdurchführung ließe sich dadurch auch der Aufwand für die Werkstättenverwaltung verringern.

69.14.3. Die GD der ÖBB hielt die eigene Werkstätte der Signalstreckenleitung insbesondere wegen der Erhaltungsarbeiten an mechanischen Sicherungsanlagen für erforderlich. Dennoch würden die Anregungen des RH innerhalb des für die Organisationsreform eingesetzten Projekt-Teams erörtert werden.

69.15.1. Nach der zuletzt gültigen Erhaltungsvorschrift der ÖBB sind alle Sicherungsanlagen

jährlich in vereinfachter Form zu überprüfen und außerdem spätestens alle fünf Jahre in einer Hauptuntersuchung zu kontrollieren. Die Rückstände an Hauptuntersuchungen nahmen im Bereich der Signalstreckenleitung Linz einen ständig wachsenden Umfang an. Ein Plan aus dem Jahre 1967, durch verstärkten Einsatz den damals bestehenden Rückstand von Hauptuntersuchungen bis zum Jahre 1971 aufzuholen, schlug fehl. Im Jahre 1972 sind nur 18% und im Jahre 1973 nur 24% der fälligen Hauptuntersuchungen durchgeführt worden.

69.15.2. Der RH stellte fest, daß die fällige Hauptuntersuchung bei 173 Sicherungsanlagen unterlassen worden war; bei 98 dieser Anlagen lag die letzte Überprüfung teilweise bis zu 10 Jahre zurück. Mit dem Untersuchungsrückstand war auch die Anzahl der vorgefundenen Mängel gestiegen. Ein Prüfungsbefund vom Oktober 1974 über die Sicherungsanlage des Bahnhofes Lend brachte Mängel zutage, von denen einige nach einer schriftlichen Meldung des EÜB an die GD der ÖBB eine Gefährdung der Betriebssicherheit bedeuteten. Der RH hielt es im Interesse der Verkehrssicherheit für dringend geboten, die vorgeschriebenen Untersuchungen von Sicherungsanlagen fristgerecht und gewissenhaft vorzunehmen.

69.15.3. Die GD der ÖBB gab dazu bekannt, daß zum Abbau der Untersuchungsrückstände im Bereich der Signalstreckenleitung Linz als Überbrückungsmaßnahme ein weiterer Signalkontrollor eingestellt worden sei. Die übermäßig abgenützten Sicherungsanlagen würden außerdem häufiger überprüft, so daß trotz des Rückstandes an Hauptuntersuchungen keine direkte Gefährdung des Eisenbahnbetriebes bestehe.

69.15.4. Nach Auffassung des RH wäre doch danach zu trachten, die Erhaltungsvorschrift möglichst genau einzuhalten.

69.16.1. Aus den bei Hauptuntersuchungen ausgestellten Prüfungsbefunden war zu erkennen, daß auch die Behebung der festgestellten Mängel nur sehr schleppend vor sich ging. Die Signalstreckenleitung Linz sah sich im Mai 1972 veranlaßt, bei den zuständigen Bediensteten die Behebung von Mängeln aus Prüfungsbefunden zu betreiben, die bis auf das Jahr 1964 zurückreichten.

69.16.2. Der Prüfungsbefund vom März 1974 über den Bahnhof Kremsmünster-Markt zeigte eine Reihe von Mängeln, die gleichlautend bei der Untersuchung im Dezember 1966 festgestellt worden waren. Trotz der Anweisung des Signalkontrollors, die Mängel spätestens bis Juni zu beheben, konnte der RH im Oktober 1974 nachweisen, daß diese Mängel nach wie vor bestanden. Angesichts der Säumigkeit, mit der die Erhaltung von Sicherungsanlagen durchgeführt wurde, legte der RH im Interesse der Betriebssicherheit nahe, alle hiefür verantwortlichen Bediensteten zu größerer Gewissenhaftigkeit aufzufordern.

69.16.3. Im Gegensatz dazu bezeichnete die GD der ÖBB die von ihren Kontrolloren festgestellten sicherungstechnischen Mängel in den wenigsten Fällen als „Gebrechen, die zur Wiederherstellung der Betriebssicherheit dringend behoben werden müssen". Vielmehr habe es sich meist um Ersatzvorschreibungen für abgenutzte oder schadhafte Anlagenteile gehandelt, deren Ausfall lediglich betriebliche Erschwernisse nach sich gezogen hätte. Zur Intensivierung der Mängelbehebung würden jedoch entsprechende Anweisungen ergehen.

69.16.4. Der RH vermochte sich der großzügigen Haltung der GD der ÖBB nicht anzuschließen. Da einige betriebsgefährdende Mängel in den Prüfungsbefunden enthalten waren, sollte die fristgerechte Mängelbehebung, etwa bei nicht genügend exakt stellbaren Weichen, wegen des erhöhten Gefahrenmoments nicht verzögert werden.

69.17.1. Um eine rasche Störungsbehebung zu ermöglichen, ist in jedem der sieben Erhaltungsbereiche der Signalstreckenleitung Linz ein „Entstörungsvorrat" aus gängigen Ersatzteilen vorhanden. Dieser gilt als „verbraucht" und scheint im Materialbestand der Signalstreckenleitung nicht mehr auf. Mangels einer einheitlichen Regelung über den Umfang eines derartigen Vorrates blieb es dem jeweils zuständigen Beamten überlassen, die Größe seines „Entstörungsvorrates" zu bestimmen. Allein im Erhaltungsbereich Selzthal lagerte Material im Werte von rund 120 000 S.

69.17.2. Zur Vermeidung überhöhter Lagerbestände regte der RH an, den angemessenen Umfang des Entstörungsvorrates einheitlich abzugrenzen und wertvollere Ersatzstücke bei der Signalstreckenleitung in einfacher Form in Evidenz zu halten.

69.17.3. Die GD der ÖBB erklärte, daß nunmehr eine allgemeine Weisung über den Umfang des „Entstörungsvorrates" ausgearbeitet werde.

69.18.1. Für Störungsbehebungen außerhalb der normalen Arbeitszeit erhalten die Bediensteten eine „Erreichbarkeitsprämie" von 100 S je Störungsfall. Da jedoch im Sicherungsdienst, abgesehen von Sonderregelungen in größeren Bahnhöfen, kein Bereitschaftsdienst vorgesehen ist, blieb es dem Zufall überlassen, ob ein für die Behebung der Störung zuständiger Erhaltungsbediensteter zu erreichen war.

69.18.2. In Anbetracht der zu gewährleistenden Verkehrssicherheit empfahl der RH, zu

diesem Zweck eine „Rufbereitschaft" einzuführen. Entsprechende Versuche der GD der ÖBB waren vor mehreren Jahren gescheitert.

69.18.3. Dazu gab die GD der ÖBB bekannt, daß der Vorschlag des RH voraussichtlich noch im Jahre 1976 realisiert würde.

69.19.1. Um zu den einzelnen Sicherungsanlagen zu gelangen, hat sich das Erhaltungspersonal der ÖBB — mit Ausnahme der motorisierten Schrankentrupps — des öffentlichen Verkehrs zu bedienen. Infolge der oft weit von den Bahnhöfen entfernten oder überhaupt auf freier Strecke liegenden Sicherungsanlagen muß ein relativ großer Teil an Arbeitszeit für Fußmärsche und Wartezeiten auf fahrplanmäßige Anschlüsse aufgewendet werden.

69.19.2. Der RH vermeinte, in zweckmäßigeren Beförderungsmitteln für das Erhaltungspersonal echte Rationalisierungsmöglichkeiten zu erkennen. Im Hinblick auf den mit Personalmangel begründeten Erhaltungsrückstand wurde die Anschaffung von Straßenfahrzeugen für Erhaltungstrupps empfohlen.

69.19.3. Die GD der ÖBB machte die Anschaffung von Dienstkraftwagen davon abhängig, daß damit entsprechende Personaleinsparungen erzielt werden können.

69.20.1. Im August 1974 hatte sich im Bahnhof Pießling-Vorderstoder ein schwerer Eisenbahnunfall mit 46 Verletzten und 7 Mill. S Sachschaden ereignet. Die Erhebungskommission hatte als Ursachen grobe Mißachtung von Vorschriften und unsachgemäße Bedienung von Sicherungsanlagen festgehalten. Diese Ursachen ließen es angezeigt erscheinen, die Intensität der sicherungstechnischen Schulung der Eisenbahnbediensteten zu überprüfen.

69.20.2. Der RH stellte dabei erhebliche Mängel fest. Für das bedienende Personal des Betriebsdienstes war ursprünglich ein jährlicher Fortbildungsunterricht in der Dauer von 120 Minuten durch einen hauptamtlichen Schulungsbeamten vorgesehen; ab 1969 gab es aber nur noch gelegentliche „Unterweisungen" durch Signalmeister, die jedoch mit Instandhaltungsarbeiten ausgelastet waren. Die Bediensteten der Signalstreckenleitung Linz hatten den vorschriftsgemäßen jährlichen Unterricht (480 Minuten) seit längerer Zeit überhaupt nicht mehr erhalten. Der RH hielt es für unvertretbar, die Schulung des Erhaltungspersonals zu unterlassen.

69.20.3. Nach Mitteilung der GD der ÖBB könne die Bereitstellung von Dienstposten zur sicherungstechnischen Schulung der Betriebsbediensteten erst dann in Erwägung gezogen werden, wenn genügend ausgebildete und erfahrene Sicherungstechniker vorhanden sein werden. Nach der inzwischen erfolgten Personalaufstockung werde es noch etwa zwei Jahre dauern, bis der Dienstunterricht in der Signalstreckenleitung wieder uneingeschränkt aufgenommen werden könne.

Kraftwagenbetriebsleitung Graz der ÖBB

70.1. Die Kraftwagenbetriebsleitung (kurz KBL) Graz der Österreichischen Bundesbahnen (kurz ÖBB) besorgt den Verkehrseinsatz und die technische Instandhaltung der Straßenfahrzeuge der ÖBB für den größten Teil der Steiermark. Angegliedert sind eine Nebenstelle in Knittelfeld und ein Stützpunkt in Leoben. Im Jahre 1975 betrug der Personalstand der KBL Graz 241 Bedienstete. An Fahrzeugen standen 84 Autobusse, 13 Lastkraftwagen, 7 Zugmaschinen, 4 Kombi-Wagen, 1 Personenkraftwagen, 1 Moped, 1 Sonderfahrzeug und 19 Anhänger zur Verfügung. Die Fahrleistung der Autobusse war in den letzten fünf Jahren von 3,2 Millionen km auf 4 Millionen km gestiegen.

Zusammenarbeit Postauto- und Bahndienst

70.2.1. Im Aufsichtsbereich des BM f. Verkehr bestehen mit dem Kraftwagendienst (kurz KWD) der ÖBB und dem Postautodienst zwei getrennt geführte Autobusbetriebe. Um eine unwirtschaftliche Konkurrenz der beiden historisch gewachsenen Betriebe einzuschränken, erfolgte bereits im Jahre 1948 ein „Linienabtausch", bei dem der KWD der ÖBB im wesentlichen die parallel zur Schiene verlaufenden Verkehrslinien zugewiesen erhielt. In weiterer Folge trat am 1. Juni 1969 das „Bahn-Post-Kraftfahrübereinkommen" in Kraft, das sich eine engere Kooperation beider Autobusbetriebe durch eine Interessengemeinschaft zum Ziele gesetzt hatte.

70.2.2. Obwohl der Bundesminister für Verkehr im August 1970 dem RH die Erfüllung des Übereinkommens zugesichert hatte, stellte der RH sechs Jahre nach Wirksamkeitsbeginn fest, daß der KWD der ÖBB die entsprechenden Handlungen nur in ungenügender Weise gesetzt hatte.

70.3.1. Die im „Bahn-Post-Kraftfahrübereinkommen" vorgesehene weitgehend gemeinsame Fahrplanerstellung kam im Bereich der KBL Graz nicht zustande; sie konnte durch Fahrplankonferenzen bei der Landesregierung, in denen lediglich von außen herangetragene Fahrplanwünsche zur Sprache kommen, nicht ersetzt werden.

70.3.2. Es wurde daher nicht vermieden, daß auf der Gleichlaufstrecke St. Gertraud—Wolfsberg ein KWD-Autobus planmäßig zehn Minuten nach einem Postautobus verkehrte und aus diesem Grunde kaum benützt wurde. Der RH empfahl daher eine weitergehende Aufgabenteilung für die Gleichlaufstrecke Graz—Gleisdorf

in der Form, daß sich eine Autobusverwaltung des unmittelbaren Nahverkehrs annimmt, während die andere diesen Streckenabschnitt mit Schnellkursen durchfährt, um kundenfreundlichere Reisegeschwindigkeiten anzubieten.

70.3.3. Dazu teilte die Generaldirektion (kurz GD) der ÖBB mit, daß sie im Sinne des Übereinkommens Besprechungen mit dem Postautodienst über wesentliche Verkehrsfragen abhalte. Als Erfolg dieser gedeihlichen Zusammenarbeit könne auf den Modellfall des Gemeinschaftsverkehrs von Bahn und Post im südwestlichen Wienerwald hingewiesen werden. Auf der Strecke St. Gertraud—Wolfsberg sei der kurz vor dem KWD fahrende Postautobus mit dem Fahrplanwechsel 1975/1976 eingestellt worden. Die Führung von Schnellkursen auf der Gleichlaufstrecke Graz—Gleisdorf würde von den Reisenden voraussichtlich abgelehnt werden, weil damit eine Routenänderung vor allem im Stadtgebiet von Graz verbunden wäre.

70.3.4. Dem entgegnete der RH, daß die von der GD der ÖBB angeführten Besprechungen nicht der gemeinsamen Fahrplanerstellung dienen; diese wäre seitens des KWD der ÖBB weisungsgemäß von der jeweiligen KBL vorzunehmen gewesen. Den am 1. Juni 1975 eingerichteten, im wesentlichen nur 12 km langen Gemeinschaftsverkehr im südwestlichen Wienerwald hielt der RH für ein eher bescheidenes Ergebnis des sechs Jahre alten Übereinkommens. Zur Ablehnung der Schnellkurse auf der Strecke Graz—Gleisdorf bemerkte der RH, daß der Postautodienst auf derselben Strecke bereits mehrere Schnellkurse pro Tag führt.

70.4.1. Im „Bahn-Post-Kraftfahrübereinkommen" war weiters vorgesehen, daß vor allem auf Gleichlaufstrecken die Fahrscheine beider Betriebe gelten sollten.

70.4.2. Nach den Feststellungen des RH gibt es jedoch im Bereich der KBL Graz lediglich drei Kraftfahrlinien, bei denen es innerhalb kurzer Streckenabschnitte vor allem Schulkindern gestattet ist, mit Fahrscheinen der einen Verwaltung auch die Autobusse der anderen Verwaltung zu benützen.

70.4.3. Die GD der ÖBB vermochte nicht anzugeben, wann die wechselseitige Gültigkeit der Fahrausweise auf weitere Gleichlaufstrecken ausgedehnt werden wird. Auf Anregung des RH fänden jedoch seit März 1976 intensive Besprechungen mit dem Postautodienst statt, um weitere Gemeinschaftsverkehre nach dem Modell „Südwestlicher Wienerwald" zu schaffen.

70.4.4. Angesichts der Tarifgleichheit beider Autobusbetriebe sah der RH keine schwerwiegenden Hindernisse für die gegenseitige Anerkennung von Fahrscheinen.

70.5.1. Der KWD der ÖBB ist seit Jänner 1948 organisatorisch ein vollintegrierter Bestandteil des Wirtschaftskörpers ÖBB. Seine primäre Aufgabe besteht in der Ergänzung des Verkehrsangebotes der Schiene. Dennoch ist die innerbetriebliche Kooperation zur Erzielung eines umfassenden Verkehrsangebotes in einzelnen Bereichen nicht in genügendem Ausmaß realisiert worden.

70.5.2.1. Der RH kritisierte, daß die mangelhafte Kontaktnahme der Fahrplanbearbeiter von Schiene und Straße zu fahrplanmäßigen Überschneidungen von Zugankunft und Autobusabfahrt geführt hat. Die Fahrpläne wurden erst aufgrund von Beschwerden entsprechend geändert. Weitere ungenützte Möglichkeiten eines verbesserten Kundendienstes erblickte der RH darin, daß die Lautsprecheransagen auf Bahnhöfen auch die bereitstehenden KWD-Anschlüsse einbeziehen sollten oder daß den KWD-Lenkern die Verspätungen abzuwartender Züge mitzuteilen wären. Im Hauptbahnhof Graz konnte zwischen der Fahrdienstleitung der Schiene und dem Einsatzleiter der KBL eine gegenseitige Verständigung nicht beobachtet werden.

70.5.2.2. Gerade seitens der ÖBB wird häufig darüber Klage geführt, daß eine volkswirtschaftlich sinnvolle Zusammenarbeit zwischen Schiene und Straße nicht im wünschenswerten Ausmaß bestehe. Der teilweise Mangel an Kooperation innerhalb der ÖBB war umsomehr zu beanstanden, als für die innerbetriebliche Anpassung immerhin fast drei Jahrzehnte zur Verfügung gestanden waren.

70.5.3. Die GD der ÖBB räumte ein, daß sich die auf verstärkte innerbetriebliche Zusammenarbeit ausgerichtete Linie nunmehr seit dem Unternehmenskonzept deutlicher als bisher abzeichne. Erweiterte Ansagen wurden mit der Begründung abgelehnt, daß sie zu einer Mehrbelastung und in größeren Bahnhöfen sogar zu einem höheren Personalaufwand führen würden.

70.5.4. Dem hielt der RH aufgrund einer nachträglichen Feststellung entgegen, daß im Bahnhof Leoben seit Jahren KWD-Anschlüsse angesagt werden, ohne daß diese kundendienstliche Eigeninitiative der Fahrdienstleitung zu irgendwelchen Erschwernissen geführt hat.

70.6.1. Im Zusammenhang mit dem bereits mehrmals behandelten Problem des „unechten", also nicht nur vorübergehenden Schienenersatzverkehrs, der einer behördlichen Konzession bedarf (siehe TB 1974 Abs. 91.25.), wurde festgestellt, daß im Bereich der KBL Graz seit dem Jahre 1974 auf der Strecke Bierbaum—Neudau an Sonntagen der Schienenverkehr ohne Konzession durch Autobusse des KWD der ÖBB ersetzt wurde.

70.6.2. Da dieses Gebiet durch den Postautodienst befahren wird, empfahl der RH, im Sinne des erwähnten Übereinkommens entweder die Konzession des Postautodienstes den ÖBB oder den Ersatzverkehr dem Postautodienst zu übertragen. Weiters machte er darauf aufmerksam, daß bei fünf Streckenabschnitten mit ständigem Schienenersatzverkehr eine Erweiterung der Konzession erforderlich wäre.

70.6.3. Aus der Stellungnahme der GD der ÖBB ging lediglich hervor, daß die gesetzliche Regelung des Schienenersatzverkehrs gegenwärtig beim BM f. Verkehr wieder in Behandlung stehe. Versäumte Konzessionsanträge würden nachgeholt werden.

Tarifangelegenheiten

70.7.1. Grundsätzlich besteht bei den ÖBB wegen unterschiedlicher Tarifbedingungen keine gegenseitige Anerkennung der Eisenbahn- und KWD-Fahrausweise. Im Jahre 1969 wurden versuchsweise vier KWD-Linien ausgewählt, deren Benützung auch mit Eisenbahn-Fahrausweisen gestattet ist.

70.7.2. Der RH hielt es für einen Fehler, daß dieser Versuch nicht auf andere Linien ausgedehnt wurde, da keine negativen Erfahrungen vorlagen. Im Interesse einer kundendienstfreundlichen Vereinheitlichung der Tarif- und Fahrkartenbestimmungen sollte zumindest eine „Anschluß-Fahrkarte" eingeführt werden, die bei kombinierten Fahrten eine Anrechnung der auf dem anderen Verkehrsmittel zurückgelegten Kilometer zuläßt. Kritisiert wurde weiters die ÖBB-interne Regelung, daß die vom KWD der ÖBB ausgestellten Schülerfahrausweise wohl in den parallel fahrenden Zügen, nicht aber die entsprechenden Fahrausweise der Schiene in den KWD-Autobussen Geltung haben.

70.7.3. Die GD der ÖBB teilte dazu mit, daß der Vorschlag des RH hinsichtlich einer „Anschluß-Fahrkarte" derzeit Gegenstand eines Prüfungsverfahrens sei. Die unterschiedliche Gültigkeit von Fahrausweisen wurde hauptsächlich mit dem ungleichen Ausmaß der gesetzlich festgelegten Sozialermäßigungen begründet. Außerdem wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß sich bei einer wahlweisen Benützung beider Verkehrsmittel die Beförderungskapazität des KWD der ÖBB als zu gering erweisen könnte.

70.7.4. Aufgrund der vorteilhaften kundendienstlichen Auswirkung empfahl der RH dennoch, die im Jahre 1969 begonnenen Versuche mit der prinzipiell begrüßenswerten Vereinheitlichung von Tarifen und Fahrausweisen fortzusetzen.

70.8.1. Der Straßenrollerverkehr dient gleichsam als „fahrendes Anschlußgleis" der Beförderung von Eisenbahngüterwagen auf der Straße. Durch diese Transporttechnik fallen Umlademanipulationen und Beschädigungsrisken weg, so daß die Kunden an den Vorzügen eines Haus-Haus-Verkehrs teilhaben. Die ÖBB stellen für die Straßenrollerbeförderung einen Preis in Rechnung, der sich nach Anzahl und Länge sämtlicher Straßenrollerfahrten eines Stützpunktes bestimmt.

70.8.2. Der RH beanstandete die nicht kostendeckende Preisgestaltung, da die ÖBB im Jahre 1974 ihren Straßenroller-Kunden im Durchschnitt nur 51% des tatsächlichen Aufwandes angerechnet hatten. Besonders ungünstig war der Grad der Kostendeckung im Stützpunkt Fehring, wo der Wagenumsatz von 2 000 Wagen im Jahre 1970 auf 837 im Jahre 1974 gesunken war. Der RH regte daher eine grundlegende Überprüfung der Preispolitik im Straßenrollerverkehr an.

70.8.3. Die GD der ÖBB führte dazu aus, daß der Straßenrollertarif wohl grundsätzlich ein Leistungstarif sei; dennoch wäre im Jahre 1970 der Tarif aus kommerziellen Gründen statt im errechneten Ausmaß von 63% nur um 10% erhöht worden, um die Wettbewerbslage der ÖBB nicht entscheidend zu beeinträchtigen. Beim Stützpunkt Fehring sei zwecks Senkung der Personalkosten eine Änderung des Routenbescheides beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung beantragt worden.

70.9.1. Tarifüberlegungen stellte der RH auch hinsichtlich des Gelegenheits- und Werksverkehrs des KWD der ÖBB an. Obwohl hier die Tarife nicht genehmigungspflichtig sind und somit frei vereinbart werden können, wurden vom KWD der ÖBB Tarife in Rechnung gestellt, die zum Teil weit unter den Selbstkosten lagen.

70.9.2. Vor allem am Beispiel eines im Raum von Knittelfeld eingesetzten Autobusses, der bei einer durchschnittlichen Tagesleistung von 177 km nur 4 km als Pflichtleistung in der Schülerbeförderung zurücklegt und 173 km im Werksverkehr fährt, wurde aufgezeigt, daß eine Tarifberechnung, die nur variable Kosten (Treibstoff, Erhaltung und Reparatur) berücksichtigt, kaufmännisch nicht vertretbar ist. Nach der KWD-eigenen Berechnung fallen täglich Kosten von 2 800 S an, während die Einnahmen nur 2 200 S betragen.

70.9.3. Demgegenüber betrachtete es die GD der ÖBB als Ziel, die Verkaufsleistung durch optimale Nutzung der vorhandenen Autobusse zu steigern, weshalb hier keine Deckung der Selbstkosten erforderlich wäre.

70.9.4. Diese Ansicht teilte der RH nicht. Die Lage des KWD der ÖBB ist dadurch gekennzeichnet, daß er nicht einmal zwei Drittel seiner Kosten zu decken vermag, daß das Personal überbeschäftigt ist und Mehrleistungen erbringt und daß keine überschüssige Fahrzeugkapazität

vorhanden ist. Bei Hereinnahme zusätzlicher Fahrten sollte daher auf entsprechend höhere Kostendeckung zur Verminderung des Gesamtdefizites Bedacht genommen werden. Unter Hinweis auf die Intentionen des Bundesbahngesetzes wurde eine Anhebung der Gelegenheits- und Werksverkehrstarife empfohlen. Nach einer neuerlichen Mitteilung der GD wurden diese Tarife mit Wirkung vom 1. September 1976 an erhöht.

Verkehr und Betrieb

70.10.1. Im Bereich der KBL Graz erreichen die KWD-Kurse im allgemeinen nur eine Reisegeschwindigkeit von 25 bis 30 km/h. Vergleiche mit dem Schienenverkehr gehen häufig zuungunsten des KWD der ÖBB aus. Ein Personenzug benötigt für die Fahrt von Bruck an der Mur nach Mürzzuschlag 52 Minuten, während der KWD-Autobus mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 22 km/h auf derselben Strecke 115 Minuten unterwegs ist. Die Hauptursache hiefür liegt in der Vielzahl von Haltestellen.

70.10.2. Angesichts der geringen Reisegeschwindigkeit regte der RH an, Anträge auf Eröffnung neuer und die Notwendigkeit bestehender Haltestellen besonders streng zu prüfen. In Streckenabschnitten, die über eine ausreichende Verkehrsversorgung verfügen, wäre die Führung von Eilkursen mit weniger fahrplanmäßigen Aufenthalten zu verstärken.

70.10.3. Nach den Ausführungen der GD der ÖBB stehe der KWD der ÖBB der Eröffnung neuer Haltestellen infolge Intervention öffentlicher Stellen oft machtlos gegenüber. Beispielsweise hätte der durch Umfahrung des Ortes Gratkorn eingerichtete Eilkurs aufgrund vehementer Einsprüche wieder in die ursprüngliche langsame Fahrtroute zurückverlegt werden müssen.

70.10.4. Der RH vertrat die Meinung, daß die ohnedies oft geringere Anziehungskraft von Massenverkehrsmitteln wegen vereinzelter Sonderinteressen nicht weiter herabgemindert werden sollte.

70.11.1. Die KBL Graz besitzt Einsatzleitungen in Graz, Knittelfeld und Leoben, denen auch die Kontrolle des Fahrbetriebes obliegt.

70.11.2. Der RH beanstandete, daß diese Kontrolle nicht mit der gebotenen Sorgfalt ausgeübt wurde. Vor allem waren beträchtliche Unterschiede zwischen den Angaben der Lenker im Fahrtbericht und dem Tachoblatt des Fahrtenschreibers unbemerkt geblieben.

70.11.3. Die GD der ÖBB gab zu, daß die Einsatzleiter die ihnen aufgetragenen Kontrollen wegen der Vielfalt ihrer sonstigen Aufgaben kaum durchführen könnten. Eine Verbesserung solle nunmehr durch die Einschaltung der Verkehrsleitung der KBL herbeigeführt werden.

70.12.1. Wie bereits erwähnt, verfügt die KBL Graz über 13 LKW, von denen 8 ständig im Knotenpunktverkehr eingesetzt sind.

70.12.2. Bei der Überprüfung der Auslastung dieser Fahrzeuge wurde unter Hinweis auf das Verhältnis der Fahrtage zu den Stehtagen und auf die ungewöhnlich niedrige Laufleistung einiger Wagen die Verringerung des Fahrparkes durch Abgabe nur bedingt einsatzfähiger Reservefahrzeuge empfohlen.

70.12.3. Die GD der ÖBB vertrat die Meinung, daß wegen der ungünstigen Linienführung im Raum von Graz beim Fahrpark eine Überschreitung der sonst üblichen Reserven von 20 bis 25% erforderlich sei.

70.12.4. Angesichts der auffallend niedrigen Auslastung schien dem RH eine Reserve von 3 LKW allein für den Knotenpunktverkehr unangemessen hoch.

70.13.1. Der Verkehrssicherheit der Fahrzeuge, die in Dienstvorschriften auf der Basis der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen normiert ist, wäre wegen des zum Teil sehr schwierigen Geländes im Bereich der KBL Graz besondere Beachtung zu widmen.

70.13.2. Der RH stellte jedoch fest, daß des öfteren die Mindestprofiltiefe bei Reifen unterschritten worden ist. Weder die Fahrzeuglenker noch der Garagendienst verfügten über Profilmeßgeräte. Weiters wurde der Vorwurf erhoben, daß bei einigen etwa 20 Jahre alten Autobussen, die aber noch immer im Einsatz stehen, die gesetzliche Zweimonatsfrist für Zwischenüberprüfungen bedeutend überschritten worden ist.

70.13.3. Nach Mitteilung der GD der ÖBB sei das Personal inzwischen mit Reifenprofilmeßgeräten versorgt und die Reifenprofilmessung bei allen periodischen Überprüfungen der Fahrzeuge angeordnet worden. Die gesetzliche Zwischenüberprüfungsfrist werde künftig auch bei alten, nur mehr fallweise eingesetzten Autobussen eingehalten werden.

70.14.1. In den Jahren von 1970 bis 1974 registrierte die KBL Graz 688 Verkehrsunfälle mit fünf Toten und 113 Verletzten. 254 Unfälle waren ausschließlich auf das Verschulden von KWD-Lenkern zurückzuführen.

70.14.2. Da einige Lenker durch eigenes Verschulden eine auffallende Häufung von Verkehrsunfällen verursacht haben, empfahl der RH, den Ausbildungsstand der KWD-Lenker zu verbessern und offenbar hiefür ungeeignete Bedienstete anderweitig zu verwenden.

70.14.3. Zur Erklärung der GD der ÖBB, daß ein dauernder Abzug eines Fahrers vom Fahrdienst nur im Wege eines Dienstpostenwechsels möglich sei, bemerkte der RH, daß dieser Weg in den erforderlichen Fällen im Interesse der Verkehrssicherheit nicht gescheut werden sollte.

Werkstätte

70.15.1. Die Unzulänglichkeit der Werkstättenausstattung der KBL Graz ist zum Teil durch die baulichen Anlagen, die früher anderen Zwecken dienten, bedingt.

70.15.2. Besonders auffallend war der Mangel einer hydraulischen Reifenpresse, deren Anschaffung aus Gründen der Arbeitserleichterung und Zeitersparnis empfohlen wurde. Wegen Gesundheitsgefährdung beanstandet wurde die beobachtete Methode der Fahrzeug-Lackierung, bei der die Belüftungsanlage des Lackier-Raumes abgeschaltet blieb.

70.15.3. Wie die GD der ÖBB mitteilte, werde die Bestellung der Reifenpresse in Kürze erfolgen. Die Belüftungsanlage im Lackier-Raum sei von den Bediensteten wegen einer unangenehmen Zugwirkung „nicht gerne eingeschaltet" worden.

70.15.4. Der RH vertrat die Meinung, daß die ÖBB aufgrund ihrer Erfahrungen mit der Lüftung von Spritzkabinen für Schienenfahrzeuge ehestens eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in der Werkstätte der KBL Graz herbeiführen sollten.

70.16.1.1. Die ÖBB führten in der Werkstätte der KBL Graz ein Prämienlohnsystem ein, und zwar im Mai 1968 für Wartungsarbeiten und im Juni 1973 für Reparaturarbeiten.

70.16.1.2. Der RH untersuchte die Wirksamkeit dieses Lohnsystems anhand des Verhältnisses der Arbeitsstunden pro 100 km Fahrleistung durch Vergleich mit Werkstätten anderer Kraftwagenbetriebsleitungen, in denen diese Entlohnungsart noch nicht bestand oder zu anderen Zeitpunkten eingeführt worden ist.

70.16.1.3. Daneben richtete der RH sein Augenmerk auf die Lohnabrechnungs- und Arbeitszeitaufschreibungen, um sich von der in der Prämienvorschrift verlangten „unbedingten Ehrlichkeit" zu überzeugen.

70.16.2.1. Bei den Untersuchungen ergab sich, daß die KBL Graz im Vergleichszeitraum 1967 bis 1974 wohl eine Leistungssteigerung aufwies, die jedoch in gleicher Weise etwa auch von der nicht im Prämienlohnsystem arbeitenden KBL Innsbruck erzielt wurde. Bei den Wartungsarbeiten lag sogar die KBL Innsbruck voran. Jedenfalls war eine bedeutsame durch die Einführung des Prämienlohnsystems bewirkte Zunahme der Effizienz nicht merkbar.

70.16.2.2. Die Führung der Arbeitsaufzeichnungen und Lohnabrechnungsgrundlagen erwies sich zum Teil als fehlerhaft. Es waren nachträglich aus Zeitabstimmungsgründen Änderungen vorgenommen worden, und es gab Arbeitszeiteintragungen für Tage, an denen das Reparaturobjekt nachweislich nicht in der Werkstätte gewesen war.

70.16.2.3. Nach diesen Feststellungen hielt es der RH für unbefriedigend, daß in Werkstätten mit Prämienentlohnung offenbar für eine ähnliche Arbeitsleistung mit erhöhtem Verwaltungsaufwand ein höherer Lohn bezahlt wird als in Werkstätten, in denen dieses System nicht besteht.

70.16.2.4. An seine in anderen ÖBB-Werkstätten gewonnenen Erfahrungen anknüpfend empfahl der RH, anstelle des Prämienlohnsystems, welches das Unterbieten einer Unzahl von Einzel-Vorgabezeiten honoriert, für die Leistungsmessung und Arbeitssteuerung einen weniger aufwendigen Maßstab zu bestimmen. Der RH begründete dies damit, daß in einem fahrplanabhängigen Reparaturbetrieb nicht so sehr die Leistung des einzelnen, als vielmehr die Steuerung der Werkstättenabläufe ausschlaggebend ist, um mit dem gegebenen Fahrpark durch minimierte Werkstättenaufenthalte maximale Fahrleistungen zu ermöglichen.

70.16.3.1. Die GD der ÖBB vertrat vor allem die Auffassung, daß die Verschiedenartigkeit der Umstände (Struktur des Fahrparks, Streckenführung, Werkstätteneinrichtung) einen Vergleich zwischen den einzelnen Kraftwagenbetriebsleitungen nicht zulasse. Besonders schwerwiegend seien die Unterschiede in der Personalsituation und in der Ausstattung mit automatischen Wagenwaschanlagen. Im übrigen wende auch die private Fahrzeugreparaturbranche Vorgabezeitsysteme in zunehmendem Maße an.

70.16.3.2. Die Unrichtigkeit von schriftlichen Aufzeichnungen wurde mit Irrtümern und auch dadurch erklärt, daß die tägliche Zeitverrechnung geraume Zeit vor Arbeitsschluß erfolge.

70.16.4. Der RH hielt die von ihm angestellten Vergleiche dennoch für zulässig und aussagekräftig, da hiedurch für die einzelnen Kraftwagenbetriebsleitungen Trends entwickelt werden konnten, welche die mangelhafte Wirkung des Prämienlohnsystems mit Deutlichkeit aufzeigen. Hingegen haben gerade die von der GD der ÖBB besonders herausgestrichenen Umstände zu augenblicklichen Effizienzsteigerungen geführt. Dies war in der KBL Linz (1970) und in der KBL Wien (1971) durch den Einbau von Waschanlagen der Fall, wogegen sich die günstige Entwicklung in

der KBL Innsbruck (1969) und in der KBL Wien (1973) praktisch nur durch konjunkturbedingten Personalmangel erklären ließ. Die in einem Teil der privaten Kfz-Reparaturbetriebe angewendeten Verrechnungsmethoden sollten nach Ansicht des RH nicht unbedingt als Vorbild für die Werkstätte einer zum Linienbetrieb verpflichteten KBL genommen werden. Die vorrangige Bedeutung der Steuerung von Werkstättenabläufen wurde neuerlich unterstrichen.

70.17.1. Im monatlichen Verwendungsnachweis der KBL Graz werden auch die Stehtage der Kraftfahrzeuge, allerdings ohne Begründung, eingetragen. Rekonstruktionsversuche des RH anhand der Reparaturbücher zeigten, daß die Stehtage in rund 45% der untersuchten Fälle durch Warten auf fehlende Ersatzteile während einer Reparatur verursacht worden waren.

70.17.2. Nach Ansicht des RH ergeben sich die festgestellten Wartezeiten vor allem aus der mangelhaften Karteiführung der KBL Graz; Jahresverbrauch und Lieferfristen waren nicht festgehalten worden. Außerdem sollten die Anforderungs- und Auslieferungsvorgänge im Bereich des KWD der ÖBB beschleunigt werden, um unnötige Stillstände von Kraftfahrzeugen zu vermeiden.

70.17.3. Die GD der ÖBB erklärte hiezu, daß die Ursachen für übermäßig lange Beschaffungszeiten nur selten im Einflußbereich der ÖBB lägen. Die Erzeugerfirmen seien an der Lieferung von Ersatzteilen für ältere Fahrzeugtypen nicht sehr interessiert.

70.17.4. Der RH meinte, daß die ÖBB als Käufer großer Fahrzeugserien in der Lage sein müßten, die Lieferfirmen zur Beistellung von Ersatzteilen innerhalb angemessener Fristen zu veranlassen.

70.18.1. Im Unternehmenskonzept der ÖBB ist für die Realisierung von 23 EDV-Projekten ein Zeitraum von zehn Jahren vorgesehen. Von diesen Vorhaben betreffen einige ausschließlich den KWD, andere, wie z. B. die Warenbestandsführung und -disposition, haben für das gesamte Unternehmen ÖBB eine einheitliche Verrechnung zum Ziel.

70.18.2. Der RH bemängelte, daß es die ÖBB bisher unterlassen haben, die aufwendige händische Materialabrechnung des KWD der ÖBB in das seit dem Jahre 1947 im Bahnbetrieb eingeführte Lochkartenverfahren einzubeziehen.

70.18.3. Dazu gab die GD der ÖBB lediglich bekannt, daß der KWD der ÖBB erst ab dem Jahre 1969 zu den Besprechungen über das EDV-Projekt einer einheitlichen Warenbestandsführung herangezogen worden sei. Mit der Realisierung wäre im Jahre 1977 zu rechnen. Im übrigen wurde auf die unzureichende personelle Kapazität der EDV-Projektteams und der an der Mitarbeit beteiligten Fachdienste hingewiesen.

70.19.1. Die Werkstätte der Nebenstelle Knittelfeld wird seit dem Jahre 1973 umgebaut. Obwohl ausreichende Mittel zur Verfügung standen, waren Ende 1975 die geplanten Garagenstände und die Hofbefestigung noch nicht einmal begonnen worden.

70.19.2. Der RH führte die unnötig lange Bauzeit auf die schon in zahlreichen Berichten beanstandeten und diesmal bei der Signalstreckenleitung Linz der ÖBB näher behandelten Koordinierungsmängel zurück (siehe Abs. 69). Hier waren vor allem nachträgliche Planänderungen ausschlaggebend gewesen. So wurde ein Jahr nach Baubeginn die zusätzliche Errichtung von Autobusabstellplätzen mit Flugdach beschlossen, ein Plan, der neuerdings durch den Bau fester Garagenstände ersetzt wurde.

70.19.3. Nach der Ansicht der GD der ÖBB, die der RH nicht teilt, hätte auch eine „Koordinierungsstelle" die „geringfügigen" Änderungswünsche und die „nicht wesentliche" Verlängerung der Bauzeit nicht verhindern können.

II. ABSCHNITT

Kapitalbeteiligungen des Bundes

Verwaltungsbereich des Bundeskanzleramtes

Überblick über die allgemeine Entwicklung der verstaatlichten Industrie

71.1. Der RH hat im Berichtsjahr außer den Ergebnissen seiner Prüfungen bei einzelnen verstaatlichten Unternehmungen auch sämtliche ihm gemäß § 12 Abs. 2 des Rechnungshofgesetzes 1948 übermittelten Jahresabschlüsse von Unternehmungen der verstaatlichten Industrie, die statistischen Meldungen und Erhebungen des BKA und die Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung ausgewertet.

71.2. Da der vom Bundeskanzler gemäß § 2 Abs. 2 ÖIG-Gesetz, BGBl. Nr. 23/1967, in der Fassung der ÖIG-Gesetznovelle 1969, BGBl. Nr. 47/1970, dem Nationalrat vorzulegende Bericht über die Lage der in der Anlage zum ÖIG-Gesetz angeführten verstaatlichten Unternehmungen in der Darstellung der Entwicklung jeweils nur die Vorjahreszahlen berücksichtigt, hält es der RH für zweckmäßig, so wie in den

Vorjahren Zahlenreihen zur Beurteilung der Gesamtentwicklung dieser Unternehmungen in einem längeren Zeitraum heranzuziehen und zu besprechen. Es muß jedoch berücksichtigt werden, daß bei einem Teil der Tabellen ein Vergleich der Daten der Jahre 1973 bis 1975 mit den vorangegangenen Jahren nur bedingt möglich ist, da aus Gründen der Vereinheitlichung der statistischen Begriffe per 1. Jänner 1973 die Erfassung des Zahlenmaterials auf eine neue Grundlage gestellt wurde. Weiters ist zu beachten, daß ein Gorßteil des Zahlenmaterials für das Jahr 1975 zur Zeit der Erstellung des TB noch vorläufiger Natur gewesen ist.

71.3. Zur Erfüllung der der Österreichischen Industrieverwaltungs-Aktiengesellschaft (kurz ÖIAG) durch die ÖIG-Gesetznovelle 1969 übertragenen Aufgaben zur branchenweisen Zusammenfassung ihrer Konzernunternehmungen ist 1975 mit der Fusionierung der Unternehmungen der verstaatlichten Edelstahlunternehmungen ein weiterer Schritt getan worden. Gemäß dem Bundesgesetz vom 11. Juni 1975, BGBl. Nr. 359, wurden mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1975 an die drei Unternehmungen Gebr. Böhler & Co. AG, Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG und Steirische Gußstahlwerke AG zur „Vereinigte Edelstahlwerke AG" (kurz VEW) zusammengefaßt, auf die gegen Gewährung von Aktien der neugebildeten Gesellschaft an die „Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke-Alpine Montan Aktiengesellschaft" (kurz VÖEST-Alpine) das Vermögen einschließlich der Schulden der verschmolzenen Gesellschaften übergegangen ist.

71.4. Wie in den meisten Industrieländern brachte das Jahr 1975 auch für die österreichische Wirtschaft die tiefste Rezession nach dem Zweiten Weltkrieg. Das reale Brutto-Nationalprodukt schrumpfte in Österreich um 2% nach einem Wachstum von 4,1% im Vorjahr. Der Rückgang entsprach etwa dem Durchschnitt der europäischen OECD-Länder. Von der Rezession wurde vor allem die Industrie betroffen. Die gesamtindustrielle Produktion in Österreich verringerte sich quantitativ dem Vorjahr gegenüber durchschnittlich um 6,8%. Ihr Bruttowert in der Höhe von rund 315 Milliarden S (gegen 317 Milliarden S im Jahr 1974) war 1975 um knapp 1% geringer als im Vorjahr. Die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsverluste sind sowohl auf die flaue Inlandsnachfrage als auch auf die anhaltende ausländische Nachfrageschwäche zurückzuführen.

Der für die Konjunkturveränderung gemeinhin als signifikant angesehene Index der Rohstahlerzeugung lag in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft um knapp 20% und im europäischen Gesamtdurchschnitt um 17,2% unter dem Stand des Vorjahres. Ähnlich war die Situation auch in anderen Grundstoffbereichen, deren Produktion sowie die daraus erzielten Erlöse ebenfalls empfindliche Rückgänge zu verzeichnen hatten. Unter dem Industriedurchschnitt lag infolge des schon seit Mitte 1974 weltweit verzeichneten Verbrauchsrückganges und des damit verbundenen Preisverfalls vor allem die Produktion der NE-Metallindustrie.

Die Lage im verstaatlichten Bereich war im Berichtsjahr unterschiedlich. Quantitativ betrachtet beliefen sich die Produktionseinbußen gegenüber dem Vorjahr im Gesamtdurchschnitt auf 9,2%, wertmäßig jedoch mit 59,2 Milliarden S (gegen 59,6 Milliarden S im Jahre 1974) auf nur 0,7%; demnach stand im verstaatlichten Sektor dem quantitativ stärkeren Produktionsrückgang wertmäßig nur ein geringer Rückgang gegenüber. Nicht alle Zweige der verstaatlichten Industrie waren gleich stark von der Rezession betroffen. Während die verstaatlichte Eisen- und Stahlindustrie im Gesamtdurchschnitt einen Produktionsrückgang von mengenmäßig 17,6% zu verzeichnen hatte, lag das Produktionsniveau der verstaatlichten Elektroindustrie um 14% und des Maschinen- und Anlagenbaues um 4,1% über dem des Vorjahrs.

71.5.1. Nach dem gemäß § 24 Abs. 3 des Forschungsförderungsgesetzes 1967 von der Bundesregierung dem Nationalrat jährlich vorzulegenden Bericht über die Lage und die Bedürfnisse der Forschung in Österreich betrugen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (kurz FuE) von Staat und Wirtschaft in Österreich im Jahre 1975 rund 7,6 Milliarden S, d. s. um 10% mehr als im Vorjahr (6,9 Milliarden S). Im Vergleichszeitraum 1973/74 hatten die Aufwendungen für FuE um 21% zugenommen. Gemessen am Bruttonationalprodukt stieg der Anteil der Ausgaben für FuE, die 1975 zu 41% vom Bund, zu 13% von den Ländern sowie zu 46% von der Wirtschaft und aus sonstigen Quellen finanziert wurden, von 1,12 %(1974) auf 1,15%. Aufgrund von Schätzungen wird sich dieser Anteil 1976 weiter auf 1,21% erhöhen.

71.5.2. Im Bereich der verstaatlichten Industrie wurden 1975 mit 1 352,5 Mill. S für Forschungsaufgaben einschließlich der Lagerstättenforschung um rund 34% mehr als 1974 bzw. um mehr als das Doppelte des Jahres 1971 aufgewendet. Die nachstehende Tabelle läßt die unterschiedlichen Forschungsaufwendungen in den einzelnen verstaatlichten Wirtschaftszweigen erkennen. Demnach waren von 1971 bis 1974 die Aufwendungen für die Forschung der Eisen- und Stahlindustrie nahezu gleich hoch wie die der Chemie- und Erdölindustrie. 1975 wendete jedoch die Chemie- und Erdölindustrie doppelt soviel für die Forschung auf wie die Eisen- und Stahlindustrie:

	1971	1972	1973	1974	1975
			in Mill. S		
Eisen- und Stahlindustrie [1] .	243,5	332,4	361,3	418,1	406,9
NE-Metallbergbau und Industrie	22,3	27,4	37,1	49,5	41,0
Elektroindustrie	38,1	44,1	55,9	74,8	66,9
Chemie- und Erdölindustrie..	286,6	359,2	340,5	455,4	812,7
Maschinen- und Schiffsbauindustrie [2]	13,5	17,3	13,6	14,8	22,6
Kohlenbergbau	—	—	—	—	2,4
insgesamt	604,0	780,4	808,4	1 012,6	1 352,5

[1]) Ab 1974 inkl. Schiffsbauindustrie.
[2]) Ohne Maschinenbau VÖEST-Alpine; ab 1974 ohne Schiffsbauindustrie.

Der Stand an FuE-Personal, der bis 1973 steigende Tendenz aufwies, ist 1974 (Zahlen für 1975 liegen noch nicht vor) nahezu gleich geblieben. Der Personalfaktor (= prozentueller Anteil des FuE-Personals an der Gesamt-Beschäftigtenzahl) war 1975 mit 2,11 gegenüber 1973 mit 2,12 fast unverändert. Der Forschungskoeffizient (= Prozentanteil der FuE-Ausgaben am forschungsrelevanten Umsatz) ist allerdings wegen der starken Umsatzzunahme gesunken (1972: 1,90; 1974: 1,63).

Auch 1975 hat die ÖIAG gemäß dem Auftrag des ÖIG-Gesetzes die Forschungstätigkeit weiter gefördert und für diesen Zweck 15,95 Mill. S ausgegeben. Damit hat die ÖIAG seit 1971 rund 76 Mill. S für ausgewählte Forschungsprojekte den verstaatlichten Unternehmungen zur Verfügung gestellt.

71.6. Das Grund- bzw. Stammkapital der verstaatlichten Industrieunternehmungen betrug zum 31. Dezember 1975 8 577 Mill. S gegenüber 8 202 Mill. S zum 31. Dezember 1974. Diese Veränderung war vor allem auf die Kapitalerhöhungen bei der VÖEST-Alpine um 220 Mill. S, bei der Bleiberger Bergwerks-Union um 15 Mill. S, bei der Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf AG um 75 Mill. S sowie bei der Chemie Linz AG um 50 Mill. S zurückzuführen.

71.7. Das Rezessionsjahr 1975 wirkte sich auch auf die Ertragslage der verstaatlichten Unternehmungen nachteilig aus. Im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie konnte die VÖEST-Alpine, die 1974 noch einen Gewinn von 169,6 Mill. S erzielt hatte, in der Bilanz 1975 nur durch Auflösung von freien Rücklagen ein positives Ergebnis von 1,6 Mill. S ausweisen. Die 1975 fusionierten Unternehmungen der Edelstahlindustrie, die 1974 noch mit Gewinn abgeschlossen hatten, verzeichneten in der ersten gemeinsam gelegten Bilanz 1975 einen Verlust von 1,3 Mill. S, obwohl ebenfalls freie Rücklagen aufgelöst worden waren. Beträchtliche Ertragseinbußen mußte auch die NE-Metallindustrie hinnehmen. Die Bleiberger Bergwerks-Union, die 1974 noch einen Gewinn von 58,7 Mill. S ausgewiesen hatte, bilanzierte 1975 einen Verlust von 29,6 Mill. S. Am stärksten betroffen von der Rezession war die Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf AG, die 1975 die Bilanz mit einem Verlust von 590 Mill. S abschloß. Die Kupferbergbau Mitterberg Gesellschaft m. b. H. war mit einem Verlust von 34,8 Mill. S — unter Berücksichtigung der Bergbauförderung von 30 Mill. S — weiterhin passiv. Am Chemie- und Erdölsektor konnten auch 1975 Gewinne erzielt werden, die jedoch unter denen des Jahres 1974 lagen; die Chemie Linz AG wies einen Jahresgewinn von 24,2 Mill. S aus (1974: 43,6 Mill. S), die ÖMV-AG einen solchen von 105,6 Mill. S (1974: 174,7 Mill. S). In der Elektroindustrie erzielte die Elin Union AG 1975 mit einem Gewinn von 25 Mill. S ein besseres Ergebnis als 1974 (21,7 Mill. S). Im Maschinen- und Schiffsbau verbesserte die Simmering-Graz-Pauker AG 1975 mit 17,6 Mill. S ihr Ergebnis gegenüber 1974 (13,4 Mill. S). Die Österreichische Schiffswerften AG Linz-Korneuburg erzielte 1975 einen Gewinn von 31,7 Mill. S (1974: 53,5 Mill. S). Der Kohlenbergbau brachte im Berichtsjahr weiterhin Verluste.

71.8. Die rückläufige Ertragslage kommt auch darin zum Ausdruck, daß bis zum 15. Juli 1976 nur Dividendenbeschlüsse der Hauptversammlung der Chemie Linz AG (24,25 Mill. S, d. s. 5% vom Grundkapital), der ÖMV-AG (105 Mill. S, d. s. 7%), der Elin-Union AG (23,97 Mill. S, d. s. 5%) und der Simmering-Graz-Pauker AG (17,5 Mill. S, d. s. 5%) vorlagen.

71.9. Die Entwicklung der buchmäßigen Steuerleistungen der verstaatlichten Industrie nach den einzelnen Steuerarten von 1971 bis 1974 wird in der nachfolgenden Tabelle aufgezeigt. Bei der Beurteilung der Steuerleistungen für das Jahr 1974 — die entsprechenden Zahlen für 1975 waren zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht bekannt — muß berücksichtigt werden, daß die Zahlen noch vorläufiger Natur sind und die Leistungen der rechtlichen Vorgänger der VEW noch nicht berücksichtigt werden konnten. Danach

stieg die gesamte Steuerleistung der verstaatlichten Industrie 1974 gegenüber dem Vorjahr um rund 29% (Vergleichszeitraum 1972/73: 6%) auf 9 769 Mill. S. Ausschlaggebend für diese Steigerung waren die aufgrund des Hochkonjunkturjahres 1974 erzielten Ergebnisse und die damit in Zusammenhang stehenden erhöhten Abfuhren an Körperschaft- und Gewerbesteuern. Damit war bei diesen beiden Steuerarten erstmals seit 1970 wieder eine Aufwärtsentwicklung festzustellen. An Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) verrechneten die verstaatlichten Unternehmungen 6,53 Milliarden S, von denen nach Abzug der Vorsteuer rund 1,03 Milliarden S gegenüber 722,2 Mill. S im Jahre 1973 an die Steuerbehörden abgeführt wurden.

	1971	1972	1973	1974 *) (vorl.)
	in Mill. S			
Steuerleistung insgesamt	6 809,3	7 113,9	7 566,0	9 768,6
Körperschaftsteuer (+ Zuschläge)	386,4	161,6	83,2	1 298,0
Gewerbesteuer	318,6	225,9	186,4	599,2
Grundsteuer + ev. Landeszuschläge	21,5	23,9	20,9	20,7
Umsatzsteuer + Bundeszuschlag und Stempel	852,9	936,8	—	—
Lohnsummensteuer	161,1	180,1	206,9	197,8
Kraftfahrzeugsteuer	1,4	1,4	1,2	1,3
Gesellschaftsteuer	13,8	4,5	0,9	13,6
Aufsichtsratsabgabe	3,7	3,9	4,2	3,3
Beförderungssteuer	8,2	8,2	—	—
Vermögensteuer und Erbschaftssteueräquivalent	290,5	299,8	302,3	268,7
Mineralölsteuer	4 483,3	4 853,1	5 334,3	5 495,7
Investitionssteuer	—	—	256,3	306,4
Mehrwertsteuer	—	—	4 613,4	6 528,5
Vorsteuer	—	—	—3 315,6	—5 495,8
Anlagen- und Vorratsentlastung	—	—	— 575,6	—
U-Bahn-Abgabe	—	5,4	5,9	5,3
Sonstige Steuern	267,9	409,3	441,3	525,9

*) Keine Meldung von VEW.

71.10.1. Im Rezessionsjahr 1975 kam es — nachdem schon 1974 eine rückläufige Investitionsneigung hatte festgestellt werden können — zu einer weiteren Verringerung der für Sachanlagen in den verstaatlichten Unternehmungen aufgewendeten Investitionsmittel. Wie aus der nachfolgenden Tabelle hervorgeht, wurde nach bisher noch unvollständigen Meldungen in der verstaatlichten Industrie mit einem Investitionsaufwand in der Höhe von 6,3 Milliarden S (gegenüber 7,1 Milliarden S im Jahre 1974) insgesamt um knapp 11,5% und in den von der Rezession am meisten betroffenen Zweigen der NE-Metallindustrie sowie der Eisen- und Stahlindustrie sogar um 43 bzw. 23% weniger investiert als im Vorjahr. Zu einem Rückgang der Investitionstätigkeit kam es auch in der Elektroindustrie (um rund 19%) sowie im Maschinen- und Schiffsbau (um 29%). Zufolge der Investitionseinschränkungen kam es auch zu einer Umschichtung der Anteile der aufgewendeten Mittel gegenüber den Vorjahren. Während in den vorangegangenen Jahren die Eisen- und Stahlindustrie mit fast 50% der in der verstaatlichten Industrie insgesamt aufgewendeten Mittel noch an erster Stelle lag, verlor sie — nach noch nicht endgültigen Daten — diesen Vorrang im Jahre 1975 an den Chemie- und Erdölsektor, der mit 2,9 Milliarden S um 6% mehr investierte:

	1971	1972	1973	1974	1975 [1]
	in Mill. S				
Eisen- und Stahlindustrie	2 496	3 960	4 189	3 481	2 684 [2]
Chemie- und Ölsektor	2 097	2 559	3 482	2 635	2 854
Elektroindustrie	233	200	107	111	90
NE-Metallindustrie	145	242	562	464	264
Maschinen- und Schiffsbau	134	162	178	371	262
Kohlenbergbau	55	69	51	29	124
Verstaatlichte Industrie insgesamt	5 160	7 192	8 569	7 091	6 278

[1]) Vorläufiges Ergebnis.
[2]) VEW-Schätzung rund 616 Mill. S.

71.10.2. Die rückläufige Investitionstätigkeit kommt auch in der stark gesunkenen Investitionsquote (= Anteil des Investitionsaufwandes am Umsatz) zum Ausdruck. Diese ist schon 1974 in der verstaatlichten Industrie insgesamt mit 8,5% gegenüber dem Vorjahr 1973 mit 15% zurückgegangen und erreichte 1975 mit 7,4% den tiefsten Stand seit 1970. Die höchste Investitionsquote innerhalb der verstaatlichten Industrie wies 1975 nach dem Kohlenbergbau (11,1%) die Eisen- und Stahlindustrie mit 8,3% auf. Gegenüber dem Vorjahr (6,7%) zeigte nur der Chemie- und Erdölsektor mit 7,1% eine etwas vermehrte Investitionstätigkeit auf:

	1971	1972	1973	1974	1975 (vorl.)
	Investitionsaufwand in % vom Umsatz				
Eisen- und Stahlindustrie ...	11,4	16,7	17,6	11,0	8,3*)
Chemie- und Ölsektor.....	11,0	12,0	14,4	6,7	7,1
Elektroindustrie	8,7	6,3	4,1	3,3	2,5
NE-Metallindustrie	5,0	7,1	15,6	10,0	7,6
Maschinen- und Schiffsbau...	7,5	7,8	8,8	11,4	7,2
Kohlenbergbau	6,2	7,3	5,6	2,7	11,1
Gesamtdurchschnitt	10,5	13,2	15,0	8,5	7,4

*) VEW geschätzt.

71.10.3. Auch im geringen Investitionsaufwand pro Beschäftigten (Investitionsintensität) spiegelt sich die rückläufige Investitionstätigkeit im Jahre 1975 wider, die in diesem Jahr gegenüber 1974 von 62 800 S um 12% auf 56 300 S gesunken ist. Aus folgender Tabelle geht hervor, daß die Investitionsintensität am Chemie- und Erdölsektor gegenüber dem Vorjahr um 5% zugenommen hat und mit 167 500 S weiterhin innerhalb der verstaatlichten Industrie weit an der Spitze stand:

	1971	1972	1973	1974	1975 (vorl.)
			in 1000 S		
Eisen- und Stahlindustrie ...	40,2	63,5	65,5	52,5	40,3 *)
Chemie- und Ölsektor.....	139,4	165,5	225,5	158,8	167,5
Elektroindustrie	30,4	26,7	14,1	14,8	11,9
NE-Metallindustrie	20,4	34,6	79,8	61,0	35,7
Maschinen- und Schiffsbau...	22,3	26,7	29,4	50,6	35,0
Kohlenbergbau	8,6	11,6	9,0	5,1	22,5
Verstaatlichte Industrie insgesamt	49,5	69,0	81,0	63,8	56,3

*) VEW geschätzt.

71.11.1. Nachdem die Zahl der in der verstaatlichten Industrie Beschäftigten bis 1970 rückläufig gewesen war, mußten ab 1970 wieder in zunehmendem Maße Dienstnehmer eingestellt werden. Diese steigende Tendenz setzte sich 1975 fort. In diesem Jahr waren mit 111 603 Arbeitern und Angestellten gegenüber 1974 um 0,5% mehr Dienstnehmer beschäftigt, im Vergleichszeitraum 1973/74 um 3,9%. Im Gegensatz dazu waren in der gesamten österreichischen Industrie 1975 mit 639 300 Dienstnehmern um 5% weniger Arbeiter und Angestellte beschäftigt als 1974 mit 672 990 Dienstnehmern. Die Zunahme der Beschäftigten in der verstaatlichten Industrie war auf den verstärkten Einsatz von Angestellten (+ 3%) zurückzuführen, die Zahl der Arbeiter ging von 80 584 (1974) auf 80 114 (1975) zurück:

	1971	1972	1973	1974	1975
Beschäftigte insgesamt:					
Österreichische Industrie...	647 987	662 323	676 252	672 990	639 300
Verstaatlichte Industrie	104 101	104 302	106 940	111 155	111 603
davon:					
Arbeiter	77 156	76 666	77 883	80 584	80 114
Angestellte	26 945	27 636	29 057	30 571	31 489

Innerhalb der verstaatlichten Industrie war insofern eine unterschiedliche Beschäftigungsentwicklung festzustellen, als im Jahre 1975 gegenüber 1974 nur in der NE-Metallindustrie und im Kohlenbergbau weniger Dienstnehmer beschäftigt wurden; alle anderen Wirtschaftszweige wiesen gegenüber 1974 mehr Dienstnehmer auf:

	1971	1972	1973	1974	1975
Eisen- und Stahlindustrie ...	62 034	62 339	64 006	66 370	66 556
Chemie- und Ölsektor.....	15 037	15 463	16 147	16 596	17 035
Elektroindustrie	7 662	7 499	7 573	7 557	7 582
NE-Metallindustrie	7 072	6 971	7 047	7 603	7 390
Maschinen- und Schiffsbau...	6 022	6 062	6 427	7 324	7 517
Kohlenbergbau	6 274	5 968	5 740	5 705	5 523

71.11.2. Der gesamte Personalaufwand der verstaatlichten Industrie stieg von 1971 bis 1975 von 12,4 Milliarden S um 74% auf 21,6 Milliarden S, pro Beschäftigten von 119 023 S (1971) um rund 63% auf 193 460 S (1975). 1975 mußten die verstaatlichten Unternehmungen gegenüber dem Vorjahr je Dienstnehmer insgesamt um rund 13% mehr aufwenden.

71.12.1. Am Bruttoproduktionswert der Gesamterzeugung der österreichischen Industrie war die verstaatlichte Industrie 1975 mit 18,8% beteiligt, womit gegenüber dem Vorjahr keine Veränderung eingetreten ist. Der nach Abzug aller Vorleistungen, die von anderen Betrieben als Rohstoffe, Halbfabrikate, Kraftstoffe usw. bezogen werden, vom Bruttoproduktionswert verbleibende Nettoproduktionswert vermag jedoch die eigene Wertschöpfung der verstaatlichten Industrie zutreffender auszudrücken. Die folgende Tabelle zeigt, in welcher Höhe die Leistungen der einzelnen Wirtschaftsbereiche tatsächlich an der Neuschaffung von Werten innerhalb der verstaatlichten Industrie beteiligt waren.

	1971	1972	1973	1974	1975 [1]
	in Mill. S				
Eisen- und Stahlindustrie ...	10 243	12 096	13 790	14 585	15 403 [2]
Chemie- und Ölsektor.....	3 481	3 878	3 917	5 407	6 334
Elektroindustrie	1 882	2 258	2 425	2 659	3 141
NE-Metallindustrie	1 541	1 741	1 717	1 829	1 849
Maschinen- und Schiffsbau...	1 107	1 341	1 263	1 828	1 591
Kohlenbergbau	884	934	1 057	1 233	1 280
Verstaatlichte Industrie insgesamt	19 138	22 248	24 169	27 541	29 598

[1]) Vorläufiges Ergebnis.
[2]) VEW geschätzt.

Aus der vorstehenden Tabelle geht deutlich hervor, daß auch im Jahre 1975 die Eisen- und Stahlindustrie mit 15,4 Milliarden S, d. s. 52% der sich insgesamt auf 29,6 Milliarden S belaufenden Wertschöpfung der verstaatlichten Industrie, den größten Nettoproduktionswert ausweist, dem mit einem Anteil von 21% der Chemie- und Erdölsektor folgt. Die Elektroindustrie war mit 10,6 %, die NE-Metallindustrie mit 6,2%, der Maschinen- und Schiffsbau mit 5,4% und der Kohlenbergbau mit 4,3% an der Wertschöpfung der verstaatlichten Industrie beteiligt.

Die Wertschöpfung der verstaatlichten Industrie lag zwar 1975 nach vorläufigen Berechnungen nominell um 5,4% über dem Vorjahresstand; wie nach Ausschaltung der inflationären Einflüsse ersichtlich ist, hat sich jedoch der Nettowert der Erzeugung im Gesamtdurchschnitt der verstaatlichten Industrie um 0,7% verringert (1974 konnte gegenüber 1973 noch ein realer Zuwachs von 5% verzeichnet werden). Von den einzelnen Industriezweigen konnten nur die Chemie- und Erdölindustrie (+10%) und die Elektroindustrie (+11%) reale Zuwachsraten verzeichnen.

71.12.2. Der Mengenausstoß zeigt bei den wichtigsten Grundstoffen, Halbzeugen und jenen Fertigwaren, die eine gewichtsmäßige Zusammenfassung erlauben, in den Jahren 1971 bis 1975 folgende Entwicklung:

	1971	1972	1973	1974	1975
			in Millionen t		
Kohle	3,4	3,3	3,2	3,18	3,01
Eisenerz	4,2	4,1	4,2	4,24	3,83
Roheisen	2,8	2,8	3,0	3,44	3,06
Rohstahl	3,8	3.9	4,0	4,46	3,86
Walzwaren	2,76	2,79	2,80	3,14	2,65
davon Bleche	1,64	1,64	1,60	1,92	1,69
Erdöl	2,1	2,1	2,2	1,88	1,68

	1971	1972	1973	1974	1975
			in 1000 t		
Hüttenaluminium roh	87,8	106,0	99,2	106,4	98,5
Kupferkonzentrate	9,0	7,8	9,5	9,2	6,7
Kathodenkupfer	20,5	22,1	22,8	26,7	26,9
Elektrolytzink	16,0	16,9	17,0	16,5	16,3
Hüttenblei	14,1	15,4	14,7	14,7	14,8
Superphosphat	27,1	37,0	29,9	45,8	37,8
Schwefelsäure	30,1	28,4	27,4	32,8	27,5
			in Millionen Nm³		
Erdgas	1 630,9	1 603,1	1 672,7	1 545,4	1 619,6

Aus der vorstehenden Tabelle geht deutlich hervor, daß im Rezessionsjahr 1975 bei nahezu allen Produkten der Ausstoß zurückging: bei Walzwaren wurde um 16% weniger produziert, die Rohstahlerzeugung war um 13% und die Roheisenerzeugung um 11% geringer als im Vorjahr, Erdöl wurde um 11% weniger gefördert als 1974. Starke Rückgänge waren auch bei Kupferkonzentrat (—27%) und bei Superphosphat (—17%) zu verzeichnen.

71.13. Der Gesamtumsatz der verstaatlichten Industrie stieg von 82,98 Milliarden S im Jahre 1974 um 1,8% auf 84,47 Milliarden S im Berichtsjahr. In dieser — zum Vergleichszeitraum 1973/74 mit einer Umsatzsteigerung von 43,4% — geringen Umsatzwachstumsrate kamen die Schwierigkeiten klar zum Ausdruck, mit denen die verstaatlichte Industrie im Rezessionsjahr 1975 zu kämpfen hatte. Die Umsatzentwicklung des Jahres 1975 erscheint noch ungünstiger, wenn der inflationäre Faktor ausgeschaltet wird. Danach liegt der reale Wert im Gesamtdurchschnitt 1975 um 4,3% unter dem Vorjahresstand. Die Spanne zwischen den Herstellkosten und den erzielten Bruttoerlösen, deren Ausmaß entscheidend ist für die Beurteilung der Ertragslage, hat gegenüber dem Vorjahr eine Verminderung um 11% erfahren (gegen +16% im Vergleichszeitraum 1973/74). Dies läßt darauf schließen, daß im Interesse einer kontinuierlichen Auslastung der Anlagen auch Aufträge zu ungünstigen Bedingungen hereingenommen wurden.

Von den einzelnen Wirtschaftszweigen mußte insbesondere die NE-Metallindustrie mit 25% beträchtliche Umsatzeinbußen hinnehmen. Bei den übrigen Sparten zeigten gegenüber dem Vorjahr nur die Elektroindustrie mit +7% sowie der Maschinen- und Schiffsbau mit +13% nennenswerte Umsatzausweitungen. Seit 1971 nahmen die Umsätze der einzelnen Wirtschaftszweige der verstaatlichten Industrie folgende Entwicklung:

	1971	1972	1973	1974	1975
			in Mill. S		
Eisen- und Stahlindustrie	21 893,5	23 656,8	23 866,6	31 598,5	32 271,0
Chemie- und Ölsektor	19 084,3	21 294,6	24 730,5	39 057,3	40 369,4
Elektroindustrie	2 682,0	3 158,4	2 615,9	3 350,7	3 574,9
NE-Metallindustrie	2 879,6	3 382,2	3 590,6	4 644,5	3 474,4
Maschinen- und Schiffsbau	1 782,6	2 069,5	2 130,1	3 249,2	3 661,7
Kohlenbergbau	890,7	942,4	923,1	1 081,0	1 118,0
Insgesamt	49 212,7	54 503,9	57 856,8	82 981,2	84 469,4

71.14.1. Die Rezession des Jahres 1975 wirkte sich auch auf die Exporttätigkeit der verstaatlichten Industrie insofern einschränkend aus, als die Zuwachsrate des Vergleichszeitraumes 1973/74 mit 56,5% im Jahre 1975 gegenüber 1974 mit 10,2% nicht mehr erreicht werden konnte. Im Vergleich zur übrigen österreichischen Wirtschaft, die 1975 gegenüber 1974 bei den Exporten einen Rückgang um rund 5% hinnehmen mußte (Vergleichszeitraum 1973/74: +26%), schnitt daher die verstaatlichte Industrie relativ günstig ab. Der Anteil der verstaatlichten Industrie am Gesamtexport der österreichischen Wirtschaft lag demnach auch 1975 mit 22,5% höher als 1974 mit 20%. Seit 1971 entwickelten sich die Exporte der gesamten österreichischen Wirtschaft und der verstaatlichten Industrie folgendermaßen:

Jahr	Exportleistungen der verstaatlichten Industrie		Exportleistungen der übrigen österereichischen Wirtschaft		Österreichs Export insgesamt		Anteil der verstaatlichten Industrie am Gesamtexport in Prozent
	Mill. S	Index	Mill. S	Index	Mill. S	Index	
1971	15 579	100	63 412	100	78 991	100	19,7
1972	16 294	105	73 453	116	89 747	114	18,2
1973	17 055	109	84 922	134	101 977	129	16,7
1974	26 696	171	106 660	168	133 356	169	20,0
1975	29 411	189	101 473	160	130 884	166	22,5

Die einzelnen Wirtschaftszweige der verstaatlichten Industrie zeigten gegenüber dem Vorjahr eine unterschiedliche Exportentwicklung. Während die Elektroindustrie ihre Exporte um 34% sowie die Eisen- und Stahlindustrie um 18% steigern konnten, mußten die NE-Metallindustrie Exportrückgänge um 32% sowie die Chemie- und Erdölindustrie um rund 3% hinnehmen. Im einzelnen zeigten die Wirtschaftszweige der verstaatlichten Industrie seit 1971 folgende Exportentwicklung:

	1971	1972	1973	1974	1975
			in Mill. S		
Eisen- und Stahlindustrie ...	11 810,8	12 584,9	12 651,4	17 812,1	20 950,5
Chemie- und Ölsektor.....	1 780,3	1 734,8	2 493,3	5 342,2	5 159,1
Elektroindustrie	590,5	572,2	492,9	714,7	959,1
NE-Metallindustrie	1 001,0	1 062,0	1 071,9	1 516,7	1 034,5
Maschinen- und Schiffsbau ..	396,7	340,1	345,7	1 310,5	1 307,3
Insgesamt	15 579,3	16 294,0	17 055,2	26 696,3	29 410,5

71.14.2. Im Jahre 1975 sind die Exporte stärker gestiegen als der Gesamtumsatz. Dadurch lag auch der Anteil der Exporte am Gesamtumsatz 1975 mit 35% höher als 1974 mit 32%. Von den einzelnen verstaatlichten Industriezweigen verzeichnete die Eisen- und Stahlindustrie mit 65% (1974: 56%) weiterhin die höchste Exportquote. Es folgen der Maschinen- und Schiffsbau mit 36% (1974: 40%), die NE-Metallindustrie mit 30% (1974: 33%), die Elektroindustrie mit 27% (1974: 21%) sowie der Chemie- und Erdölsektor mit 13% (1974: 14%).

Die starke Exporttätigkeit der Eisen- und Stahlindustrie drückt sich auch in ihrem Anteil am Gesamtexport der verstaatlichten Industrie mit 71% (1974: 67%) aus. Es folgt mit Abstand der Chemie- und Erdölsektor mit 18% (1974: 20%); der Anteil der übrigen Industriezweige lag zwischen 3 und 4%.

71.14.3. In der regionalen Verteilung der Exporte der verstaatlichten Industrie war auch 1975 der Trend der verstärkten Exporttätigkeit nach Osteuropa (ohne Jugoslawien) bei einem gleichzeitigen anteilsmäßigen Rückgang der Exporte in die Länder der Europäischen Gemeinschaft (kurz EG) und in die Länder der Europäischen Freihandelszone (kurz EFTA) festzustellen. 1975 wurde in die EG von der verstaatlichten Industrie mit 9,5 Milliarden S zwar um rund 6% mehr exportiert als 1974, der Anteil am Gesamtexport sank jedoch von 33,8% auf 32,5%. In die Länder der EFTA wurde auch absolut mit 2,89 Milliarden S 1975 um 6% weniger ausgeführt als 1974, der Exportanteil ging demnach von 11,5% (1974) auf 9,8% (1975) zurück. Dagegen war die Ausfuhr in die Länder Osteuropas (ohne Jugoslawien) mit 7,88 Milliarden S um 21% höher; ihr Anteil am Gesamtexport erhöhte sich von 24,5% (1974) auf 26,8% (1975). Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Außenhandelsverflechtungen der verstaatlichten Industrie mit den einzelnen Wirtschaftsräumen seit 1971:

	Ausfuhr insgesamt in Mill. S	EG	in %	EFTA in Mill. S	in %	Osteuropa (ohne Jugoslawien) in Mill. S	in %	übrige Länder in Mill. S	in %
1971	15 579,3	5 975,4	38,4	2 557,0	16,4	2 818,6	18,1	4 228,3	27,1
1972	16 294,0	5 432,1	33,3	2 921,4	18,0	3 250,0	19,9	4 690,5	28,8
1973	16 993,5	6 264,2	36,9	2 199,9	12,5	4 293,8	25,2	4 315,5	25,4
1974	26 592,7	8 972,4	33,8	3 064,9	11,5	6 517,3	24,5	8 038,1	30,2
1975	29 410,5	9 544,8	32,5	2 890,3	9,8	7 883,2	26,8	9 092,2	30,9

71.14.4. Auch bei den Einfuhren, die insgesamt 1975 gegenüber 1974 um 8% (1973/74: +78%) auf 21,7 Milliarden S gestiegen sind, gab es regionale Verschiebungen. Die Einfuhren aus der EG stiegen absolut um 22% auf 7,2 Milliarden S, der prozentuelle Anteil an den Gesamteinfuhren erhöhte sich auf 33,2% (1974: 29,3%). Aus Osteuropa wurde 1975 mit 7,75 Milliarden S um 25% mehr eingeführt als 1974; damit war auch 1975 der Anteil Osteuropas mit 35,7% höher als 1974 (30,7%). Seit 1971 entwickelten sich die Einfuhren aus den einzelnen Regionen folgendermaßen:

	Einfuhr insgesamt in Mill. S	EG	in %	EFTA in Mill. S	in %	Osteuropa (ohne Jugoslawien) in Mill S	in %	übrige Länder in Mill. S	in %
1971	9 108,8	3 381,8	37,1	783,8	8,6	3 338,4	36,7	1 604,8	17,6
1972	9 660,2	3 690,6	38,2	843,9	8,7	3 054,0	31,6	2 071,7	21,5
1973	11 312,5	4 700,8	41,6	662,5	5,8	3 659,1	32,4	2 290,1	20,2
1974	20 164,0	5 914,3	29,3	1 065,6	5,3	6 195,1	30,7	6 989,0	34,7
1975	21 727,0	7 221,0	33,2	917,0	4,2	7 751,9	35,7	5 837,1	26,9

Im Vergleich dazu gingen die Importe der übrigen österreichischen Wirtschaft von 148,1 Milliarden S (1974) um rund 4% auf 141,7 Milliarden S (1975) zurück. An der Gesamteinfuhr Österreichs war demnach die verstaatlichte Industrie 1975 mit 13,3% stärker beteiligt als 1974 mit 12%.

71.14.5. Die „Handelsbilanz" (Salden der direkten Aus- und Einfuhren) der verstaatlichten Industrie war auch im Berichtsjahr mit 7,7 Milliarden S (1974: 6,4 Milliarden S) aktiv. Lediglich auf dem Chemie- und Erdölsektor (— 5 Milliarden S), in der NE-Metallindustrie (— 118 Mill. S) und beim Kohlenbergbau (— 32,8 Mill. S) überwogen die Einfuhren die Exporte:

	1971	1972	1973	1974	1975
			in Mill. S		
Eisen- und Stahlindustrie ...	+6 542,3	+7 201,1	+6 670,5	+9 320,4	+11 776,4
Chemie- und Ölsektor	— 568,3	—1 030,7	— 975,5	—4 270,3	— 5 013,2
Elektroindustrie	+ 220,5	+ 180,8	+ 4,0	+ 221,5	+ 332,4
NE-Metallindustrie	+ 120,5	+ 151,6	— 53,1	+ 278,6	— 118,0
Maschinen- und Schiffsbau ..	+ 155,5	+ 132,9	+ 57,9	+ 899,4	+ 738,9
Kohlenbergbau	—	— 1,9	— 22,9	— 20,9	— 32,8
Insgesamt	+6 470,5	+6 633,8	+5 680,9	+6 428,7	+ 7 683,5

Wolfsegg-Traunthaler Kohlenwerks Aktiengesellschaft

72.1.1. Die Überprüfung der Gebarung der Wolfsegg-Traunthaler Kohlenwerks Aktiengesellschaft (kurz WTK) umfaßte den Zeitraum ab dem Jahre 1964. Gegenstand des Unternehmens ist die Gewinnung von Braunkohle. Am 31. Dezember 1974 wurden von der WTK insgesamt 917 Mitarbeiter beschäftigt. Das Gutachten des technischen Bergbausachverständigen hat im Bericht Aufnahme gefunden.

72.1.2. Die Aktien der WTK befanden sich zunächst im Eigentum der Republik Österreich und gingen gemäß ÖIG-Gesetz-Novelle 1969, BGBl. Nr. 47/1970, in das Eigentum der „Österreichischen Industrieverwaltungs-Aktiengesellschaft" über.

Mit Beschlüssen der Hauptversammlung vom 14. Oktober 1966 und 14. Dezember 1967 wurde die Satzung geändert und an das Aktiengesetz 1965 angepaßt. In den Jahren 1971 und 1974 wurde die Satzung geringfügig geändert und ergänzt.

72.2.1. Aus dem Aktiengesetz 1965 und der Satzung der WTK ergibt sich eine höchstzulässige Anzahl von Mitgliedern des Aufsichtsrates.

72.2.2. Die Anzahl der Mitglieder des Aufsichtsrates (1975: 15) war bereits aus rechtlichen Gründen als überhöht anzusehen.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß sich alle Aktien in einer Hand befunden haben, ist der RH der Ansicht, daß auch eine geringere Anzahl von Mitgliedern des Aufsichtsrates genügt hätte.

Wirtschaftliche Lage

72.3.1. Durch die immer stärker werdende Substitution der Kohle durch billigere Brennstoffe, wie Heizöl und Erdgas, verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage des österreichischen Kohlenbergbaues insbesondere ab dem Jahre 1966 zusehends. Entsprechende strukturelle Maßnahmen zur Konsolidierung des Kohlenbergbaues wurden immer wieder in Aussicht genommen, aber bis jetzt nicht verwirklicht. Die Entwicklung führte bei der WTK zu einer immer stärkeren Verlagerung des Absatzes von der Industrie und dem Hausbrand zu den Fernheiz- und Dampfkraftwerken. Da die Erlöse aus diesem Sektor infolge der niedrigen Stromkohlenpreise immer weiter hinter den Selbstkosten zurückblieben, wurde das Unternehmen immer stärker in die Verlustsphäre gedrängt, und damit setzte auch ein rapider Substanzverlust ein.

72.3.2. Das Verhältnis Eigenkapital zu Fremdkapital verschob sich im Prüfungszeitraum von 65 zu 35% auf 29 zu 71%. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage führte auch zu einer starken Schrumpfung des Eigenkapitals. In den Jahren 1964 bis 1974 erhielt der österreichische Kohlenbergbau aus den Mitteln der Bergbaubeihilfe eine Zuteilung von 709,2 Mill. S. Davon entfielen auf die WTK 75,9 Mill. S, d. s. 10,7%. Ihr Anteil an der Gesamtförderung betrug zur Zeit der Prüfung 17%. Eine höhere Zuteilung wurde mit der Begründung abgelehnt, daß die geprüfte Unternehmung im Vergleich zu den übrigen Kohlenbergbaubetrieben über entsprechend hohe Eigenmittel verfüge und daher weniger notleidend sei. Dieser Umstand trifft jedoch seit geraumer Zeit nicht mehr zu, da die WTK die vorhandenen Reserven zur Abdeckung der immer stärker werdenden Verluste verwenden mußte.

72.3.3. In den Jahren des Wiederaufbaues leistete die WTK der österreichischen Volkswirtschaft mit der Lieferung ihrer Braunkohle einen überaus großen Dienst. Sie deckte nicht nur den dringend nötigen Bedarf, sondern mußte ihre Produkte zu behördlich geregelten Preisen abgeben, die sich weit unter den Weltmarktpreisen bewegten. Nach Berechnungen der WTK wurden dadurch um rund 500 Mill. S geringere Erlöse erzielt, eine für die Verhältnisse der WTK sehr bedeutende subventionsähnliche Leistung an die Wirtschaft.

Anfang der sechziger Jahre begann aufgrund des rapiden Vordringens der Ölprodukte die Kohlenkrise. Der Absatz der WTK ging ruckartig zurück. Lediglich der Umstand, daß die Dampfkraftwerke steigende Mengen abnahmen, verhinderte einen Zusammenbruch des Marktes. Angestrengte Bemühungen der WTK waren aber insofern von Erfolg begleitet, als in Linz ein Fernheizkraftwerk errichtet und damit ein bedeutender Abnehmer gewonnen werden konnte. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die WTK-Kohle nahezu schwefelfrei ist, kommt der Errichtung dieses Fernheizkraftwerkes auch vom Standpunkt des Umweltschutzes besondere Bedeutung zu.

Ab dem Jahre 1970 wurde der Kostenauftrieb auf dem Personalsektor so groß, daß er durch Rationalisierungen nicht mehr abgefangen werden konnte. Die im Jahre 1975 vom Hauptabnehmer zugestandene Verbesserung des Preises für Kraftwerkskohle reichte bei weitem nicht aus, um aus der Verlustzone herauszukommen. Dies führte dazu, daß die WTK ihre hohen Reserven gegen Ende des Prüfungszeitraumes fast zur Gänze aufgebraucht hatte. Da die WTK nach Ausschöpfung aller Rationalisierungsreserven zur Deckung der Verluste aus eigenem nur mehr wenig beitragen kann, werden die Mittel zur Fortführung des Betriebes — sei es als Bergbauförderung, Preisstützung u. a. — entsprechend erhöht werden müssen.

72.4.1. Der Vorstand hat sowohl im kaufmännischen als auch im technischen Bereich Maßnahmen gesetzt, die einen beträchtlichen Rationalisierungseffekt ergaben.

Im Berichtszeitraum ist bei einem Personalrückgang um 58% die Förderung lediglich um 43% gesunken, so daß die Produktivität um 60% stieg. Im selben Zeitraum nahm die Betriebsleistung pro Mann und Schicht — insbesondere aufgrund der weitgehenden Mechanisierung der Gruben — um 54% zu.

72.4.2. Erhebliche Einsparungen wurden durch die Straffung des Rechnungswesens erzielt. Alle Kindergärten und einzelne Werksbäder wurden geschlossen, eine große Anzahl von Werkshäusern und Grundstücken wurden abverkauft. Weiters wird versucht, schrittweise die noch bestehenden, als Kommunallasten bezeichneten Leistungen an die Gemeinden zu verringern.

72.4.3. Der WTK gelang es in großem Maße, den technischen Fortschritt zu nutzen. Förderten 1952 noch 3 500 Dienstnehmer nur rund 900 000 t Kohle, erhöhten 1966 1 750 Arbeitnehmer die Förderung auf 950 000 t. Die Produktivität der Gesamtbelegschaft stieg weiter an und erreichte 1973 auf Basis 1937 = 100 mit 216 ihren höchsten Wert.

Von den Rationalisierungsmaßnahmen im technischen Bereich sollen nur die wichtigsten aufgezählt werden. So wurde vor allem die Mechanisierung des Streckenvortriebes, des Abbaues und der Förderung, der Bergewirtschaft, der Verla-

dung und Verwiegung in der Aufbereitung sowie des innerbetrieblichen Transportes vorangetrieben.

72.4.4. Die unter bestimmten Voraussetzungen wirtschaftlich und technisch interessante Umstellung der Produktion auf die Erzeugung eines Monoproduktes (Kraftwerkskohle) scheiterte bisher an der Möglichkeit, die anfallende Menge Kraftwerkskohle zu vermarkten und dabei einen Preisausgleich für den Erlösausfall der gebrochenen Grobkohle zu erzielen.

Die Oberösterreichische Kraftwerke Aktiengesellschaft (kurz OKA) wäre bei Garantie einer jährlichen Liefermenge von 600 000 t für 15 bis 20 Jahre bereit, einen neuen Kraftwerksblock auf Kohlenbasis mit 150 MW zu errichten. Der Vorstand der WTK könnte diesem Projekt nach Ansicht des RH wohl nur dann nähertreten, wenn die Kostendeckung für die alleinige Erzeugung von Kraftwerkskohle durch einen entsprechenden Kohlenpreis und durch ergänzende Maßnahmen (z. B. Kohlengroschen) gesichert ist.

72.4.5. Neben den geschilderten Maßnahmen des Vorstandes, dem wirtschaftlichen Verfall bei der Kohle entgegenzusteuern, wurden auch verschiedene Projekte zur Diversifikation der Produktion geprüft, um die Ertragslage günstiger zu gestalten.

72.4.6. Um einen gesicherten Weiterbestand des österreichischen Kohlenbergbaues im allgemeinen und der WTK im besonderen zu ermöglichen, wären nach Ansicht des RH folgende Voraussetzungen zu erfüllen:

a) Entsprechende Berücksichtigung der Inlandskohle im Energieplan
b) Kostendeckung durch zusätzliche Stützungsmaßnahmen neben den jeweiligen Preisregulierungen
c) Fusionierung bzw. vorläufig weitgehende Kooperation der noch bestehenden Kohlenbergbaugesellschaften.

Bisher sind in dieser Richtung keine entscheidenden Maßnahmen getroffen worden. Ebenso ist eine Entscheidung ausständig, bei welchen Betrieben eine Weiterführung aufgrund volkswirtschaftlicher bzw. energiewirtschaftlicher Überlegungen gerechtfertigt erscheint. Ein Hinausschieben dringend notwendiger Maßnahmen, deren Verwirklichung zum gegenwärtigen Zeitpunkt günstig erscheint, würde die wirtschaftliche Lage des österreichischen Kohlenbergbaues wahrscheinlich nur weiter verschlechtern.

Abgesehen von wirtschaftspolitischen Maßnahmen zugunsten der Inlandskohle könnte bereits ein absatzwirtschaftlicher Zusammenschluß der Unternehmungen des Kohlenbergbaues in Österreich deren Wirtschaftlichkeit erhöhen und Einsparungen bringen. Ein solcher Zusammenschluß stünde einer für später gedachten formellen Fusion nicht im Wege, könnte aber eine brauchbare Beurteilungsgrundlage für deren Zweckmäßigkeit liefern.

Die WTK wäre im Rahmen einer zusammengeschlossenen österreichischen Kohlenwirtschaft eher als Aktivposten zu bewerten, wobei insbesondere auf den 1974 sogar auch annähernd marktgerechten Kohlenpreis, die Umweltfreundlichkeit der Kohle und den weitgehend vollmechanischen Ausbau der Förderung hingewiesen werden soll.

72.5.1. Innerhalb des Prüfungszeitraumes hat sich die Bilanzsumme von 189,5 Mill. S um 45,3 Mill. S auf 144,2 Mill. S, also um rund 24%, verringert. Im Jahre 1967 wurde die Bilanzsumme von 1964 noch einmal annähernd erreicht, doch trat in der Folge wieder ein beträchtlicher Rückgang ein (1971 um 14% und 1972 um 15%). Gegen Ende des Berichtszeitraumes stieg die Bilanzsumme — nicht zuletzt aufgrund einer bilanztechnischen Änderung in der Darstellung des Anlagevermögens — wieder leicht an.

Auf der Aktivseite hat sich das Anlagevermögen von 113,3 Mill. S um 61,2 Mill. S auf 52,1 Mill. S und das Umlaufvermögen von 76,0 Mill. S um 18,7 Mill. S auf 57,3 Mill. S verringert.

Die Verminderung der Passivseite geht mit Ausnahme der Abfertigungsrücklage auf die Auflösung sämtlicher Rücklagen (Stand 1964: 54,7 Mill. S) zurück.

Im Jahre 1973 wurden Zugänge zum Anlagevermögen in Höhe von rund 12,5 Mill. S in der Bilanz deshalb nicht ausgewiesen, weil die WTK verschiedene Investitionen gegen einen Großteil der erhaltenen Bergbaubeihilfe aufgerechnet hatte. In der Gewinn- und Verlustrechnung wurde der außerordentliche Ertrag, dem die Bergbaubeihilfe zuzuordnen ist, um den genannten Betrag verkürzt dargestellt.

72.5.2. Nach Ansicht des RH ist der Jahresabschluß auch als Grundlage für betriebswirtschaftliche Aussagen zu betrachten. Den nötigen Rahmen dazu liefert das Handelsrecht. Werden daneben aber auch noch andere Gesichtspunkte — im konkreten Fall vom Steuerrecht (Investitionssteuer) her bestimmte, dem Handelsrecht sogar entgegengesetzte Verrechnungsregeln — berücksichtigt, so entsprechen die Ergebnisse weit weniger der betriebswirtschaftlichen Realität.

72.6.1.1. Das wirtschaftliche Eigenkapital überwog das Anlagevermögen einschließlich der stillen Reserven in allen Jahren, doch zeigte diese Überdeckung gegen Ende des Prüfungszeitraumes eine deutlich abnehmende Tendenz. Sie verringerte sich von rund 35,2 Mill. S Ende 1970

auf 8,6 Mill. S im Jahre 1974. Das wirtschaftliche Eigenkapital deckte bis auf das Jahr 1974 nicht nur sämtliche Vorräte, sondern auch einen großen Teil der Forderungen ab. Vom Standpunkt der Fristenentsprechung aus gesehen war die Vermögens- und Kapitalstruktur trotz hoher Verluste auch noch 1974 als befriedigend anzusehen, weil das wirtschaftliche Eigenkapital noch im Jahre 1970 mit rund 107 Mill. S einen ungewöhnlich hohen Stand aufgewiesen hatte.

Nachdem aber die Reserven verbraucht waren, ging der Verlust gegen Ende des Prüfungszeitraumes bereits ausschließlich zu Lasten des Grundkapitals. Der Umstand, daß bereits mehr als die Hälfte des Grundkapitals als verloren angesehen werden muß und eine Verbesserung der Ertragssituation nicht festgestellt werden kann, läßt den völligen Verbrauch der Eigenmittel bedenklich nahe erscheinen. Eine entscheidende Verbesserung der Ertragslage ist nur von der Erlösseite her zu erwarten. Zwar gelang es der WTK, die Preise im Jahre 1975 bei ihrem Hauptabnehmer anzuheben, doch kann dieser Erfolg bei weitem nicht als ausreichend angesehen werden.

72.6.1.2. Der Verschlechterung der Ertragslage Rechnung tragend, wurde in der außerordentlichen Hauptversammlung am 11. April 1972 unter anderem beschlossen, den Betrieb der Gruben Schmitzberg und Hinterschlagen nur mehr fünf Jahre weiterzuführen.

Mit Beschluß der 57. ordentlichen Hauptversammlung vom 12. September 1973 wurde der zitierte Beschluß der außerordentlichen Hauptversammlung vom 11. April 1972 aufgehoben und beschlossen, die WTK unter Aufrechterhaltung des Betriebes der Gruben Schmitzberg und Hinterschlagen weiterzuführen; es wurde erwartet, daß die Österreichische Industrieverwaltungs-Aktiengesellschaft (kurz ÖIAG) die Bereitstellung von Mitteln aus der Bergbauförderung zur Abdeckung der Verluste in jeder Weise unterstützen werde.

Da die aus der Bergbauförderung bereitgestellten Mittel jedoch keineswegs reichten, die Verluste abzudecken, büßte die WTK immer mehr an Substanz ein. Zum 31. Dezember 1975 muß bereits mit dem Verlust des gesamten Grundkapitals gerechnet werden.

Wegen der drohenden Überschuldung versuchte der Vorstand aufgrund der Absichtserklärungen des Alleineigentümers, das Unternehmen erhalten zu wollen, rechtsverbindliche Zusagen oder Maßnahmen zu erwirken, um die nach § 83 Abs. 2 des Aktiengesetzes 1965 zwingend vorgeschriebenen Schritte zu vermeiden, nämlich unverzüglich nach Eintritt der Zahlungsunfähigkeit oder der Überschuldung der Gesellschaft die Eröffnung des Konkurses oder des Ausgleichsverfahrens zu beantragen. Den Bemühungen des Vorstandes war insofern ein gewisser Erfolg beschieden, als die ÖIAG gemäß ihrem Schreiben vom 22. April 1975 die Haftung für von der WTK zu beschaffende Geldmittel bis zu 10 Mill. S übernommen hatte. Eine strukturelle Verbesserung der Kapitalverhältnisse der WTK konnte jedoch damit nicht erreicht werden.

72.6.2. Nach dem Stand der Verhandlungen im Herbst 1975 war klar zu erkennen, daß der Vorstand keine den aktiengesetzlichen Notwendigkeiten entsprechenden Maßnahmen erwirken, sondern lediglich die Hoffnung auf eine ausreichende Zuteilung aus Mitteln der Bergbauförderung hegen konnte. Gemäß § 12 Abs. 3 des Bergbauförderungsgesetzes 1973, BGBl. Nr. 29, besteht nämlich kein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Beihilfen nach diesem Bundesgesetz.

72.7.1. Aus der Entwicklung des Cash-Flow ist der ab 1970 fortschreitende Abbau der Substanz deutlich erkennbar.

Aufgrund entsprechend hoher Reserven kam es trotz der ab 1970 beginnenden negativen Entwicklung des Cash-Flow auch noch 1974 zu keiner Nettoverschuldung. Eine Nettoverschuldung wäre aber angesichts der Entwicklung des Cash-Flow besonders kritisch, da sich die WTK aus eigener Kraft überhaupt nicht entschulden könnte.

72.7.2. Im gesamten Prüfungszeitraum war stets eine Überdeckung der kurzfristigen Verbindlichkeiten durch die liquiden Mittel gegeben, die im Jahre 1969 eine außerordentliche Höhe erreichten.

Die für 1975 zu erwartenden Liquiditätsschwierigkeiten brachten es mit sich, daß die WTK erstmals für dieses Jahr detaillierte Finanzpläne und Liquiditätsrechnungen aufstellte. Die Liquidität war zwar stets gesichert, doch konnte aufgrund der bisherigen Aufzeichnungen eine befriedigende Bewirtschaftung der Geldmittel nicht erreicht werden.

72.7.3. Der ordentliche Betriebserfolg der WTK war ab 1970 anhaltend negativ und erreichte mit einem Verlust von 44 Mill. S im Jahre 1974 das schlechteste Ergebnis. Hatte sich der Aufwand zur Leistungserstellung von 1970 bis 1974 um 34 Mill. S erhöht, so stieg der Wert der erstellten Leistung nur um 14 Mill. S. Der WTK gelang es ab 1970 nicht mehr, aus der Verlustzone herauszukommen.

72.8.1. Von 1964 bis 1974 wurden für Investitionen insgesamt 173,1 Mill. S präliminiert, denen Sachanlagenzugänge von rund 133,3 Mill. S einschließlich der rund 12,5 Mill. S, die im Jahre 1973 gegen Bergbaubeihilfe saldiert wurden, gegenüberstanden, so daß wertmäßig nur 74,3% der geplanten Vorhaben verwirklicht worden sind.

In dem jährlichen Geschäfts- und Betriebsplan war auch der Geldbedarf für die Investitionen in voller Präliminarhöhe berücksichtigt.

72.8.2. Nach Ansicht des RH sollten in die Investitionsprogramme nur jene Vorhaben aufgenommen werden, die tatsächlich notwendig und aufgrund der Geldmittel auch realisierbar sind.

72.8.3. Hiezu führte die Unternehmensleitung aus, daß bei Erstellung der Investitionspläne, insbesondere in den letzten Jahren, Unklarheiten über das Ausmaß der Bergbaubeihilfe bestanden. Es seien daher „Eventualprogramme" erstellt worden, von denen nur 40,3% verwirklicht wurden, so daß von den laufenden Investitionsprogrammen im zehnjährlichen Durchschnitt 81,4% ausgeführt wurden.

72.9.1. Die WTK errichtete im Jahr 1972 eine neue LKW-Garage. Als Eigenleistung sollten u. a. die Dachdeckerarbeiten mit veranschlagten Kosten von rund 119 000 S von der Bauabteilung ausgeführt werden. Tatsächlich sind durch diese Arbeiten Kosten von rund 172 000 S, d. i. um 44% mehr, entstanden. Die Ursache der Überschreitung konnte aus der Nachrechnung der Material- und Lohnkosten nicht abgeleitet werden.

72.9.2. Der RH empfahl, für Eigenleistungen Kostenvoranschläge in der Form zu erstellen, wie sie von Fremdfirmen verlangt werden, da nur so die Wirtschaftlichkeit der Selbstausführung und die Ursachen von Kostenüberschreitungen im nachhinein überprüft werden können.

Lagerstätten und Förderbetrieb

72.10.1. Die Lagerstätte umfaßt mehrere Flöze, von denen drei Flöze je nach der Stärke des Wasserzuflusses, der Druckerscheinungen sowie der Flözausbildungen zum Teil abbauwürdig sind. Die Kohlenmächtigkeit der als abbauwürdig angesehenen Flözbereiche schwankt im derzeitigen Gewinnungsbereich zwischen 1,5 und 2 m in Hinterschlagen bzw. 1,60 und 2,30 m in Schmitzberg und ist oft auch auf kurzen Entfernungen stärkeren Schwankungen unterworfen. Die von der Unternehmung durchgeführten Vorratsberechnungen der einzelnen Jahre weichen stark voneinander ab, weil in vielen Fällen mit dem Fortschreiten eines Abbaues Erfahrungen gemacht wurden, die es erlaubten, auch bei ursprünglich als ungünstig angenommenen Gewinnungsbedingungen weiter abzubauen, wenn sich die Abbauwürdigkeitsgrenze zugunsten des höheren Kohlenvorkommens verschoben hatte. Auch die ständige Untersuchung der Kohlenlagerstätte mittels Bohrungen bewirkt oft recht beachtliche Verschiebungen in der prognostizierten Vorratsmenge.

Für die mengenmäßige Schätzung des Kohlenvorkommens, aus dem die Lebensdauer der Betriebe abgeleitet wird, ist die maschinell gewinnbare Substanz maßgebend, da die im Schießbetrieb gewinnbare Kohle nur so lange als abbauwürdig angesehen werden kann, als der maschinelle Abbau dauert. Nach Ansicht der Unternehmung ist der nur händisch gewinnbare Anteil mit rund 10% anzunehmen, die nach den heutigen Abbaubedingungen möglich erscheinen.

Laut vorliegender Vorratsberechnung betragen die Lagerstättenvorräte der beiden Gruben Hinterschlagen und Schmitzberg sowie der den beiden Grubenbetrieben nächstliegenden Bereiche rund 8,3 Millionen t (Hinterschlagen 3,3 Millionen t, Schmitzberg 5 Millionen t). Die Substanzberechnung wurde sehr vorsichtig durchgeführt.

Ferner verfügt die WTK über Gebiete, in denen die Kohle nicht abgebaut werden kann, da sie den Qualitätsansprüchen der Abnehmer nicht entspricht, weshalb weitere 3 bis 4 Millionen t als nur bedingt abbauwürdig angesehen werden.

72.10.2. Die mit 8,3 Millionen t ausgewiesenen Vorräte würden bei einer Jahresproduktion von 600 000 t rechnerisch einer Betriebsdauer von rund 14 Jahren entsprechen. In dieser Prognose sind die Vorräte des Haager Rückens und der Gebiete südlich der derzeit in Betrieb befindlichen Gruben nicht enthalten.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen und der geologischen Situation innerhalb des Reviers kann jedoch mit einer Lebensdauer der Betriebe von 15 bis 20 Jahren gerechnet werden. Auf die Untersuchung der bekannten und kohlenhöffigen Gebiete wäre auch weiterhin erhöhtes Augenmerk zu lenken.

72.11. Nach dem in Ungarn entwickelten sogenannten Haldex-Verfahren wird Kohle aus Bergen mit noch auswaschbarer Kohlensubstanz gewonnen und das zurückgebliebene Bergematerial nach Entwässerung und Sortierung zur Ziegel- und Zementerzeugung oder als Leichtbetonzuschlag verwendet. Ein solches Verfahren böte die Möglichkeit einer besseren Nutzung der Kohlenbestände. Bei der Verwirklichung eines solchen Projektes, das allerdings einen erheblichen Investitionsaufwand erfordern würde, wäre mit einer jährlichen Zusatzproduktion von 50 000 t/a aus dem Bergematerial zu rechnen, wodurch das Kohlenvorratspotential der WTK erheblich gesteigert würde. Es könnten sodann auch Gebiete mit schlechter Kohlenqualität in Angriff genommen werden. Ein wesentlicher Vorteil dieses Verfahrens liegt auch in der verbesserten Produktivität vor Ort.

72.12.1. Von den Vorschlägen, die zur Einschränkung stärkerer Wassereinbrüche auf ein Mindestmaß gemacht wurden, ist hauptsächlich

die Begrenzung der Abbaubreite („Streblänge") von praktischer Bedeutung. Sie wird für die Verhältnisse in Hinterschlagen mit 80 m angegeben.

72.12.2. Aufgrund der besonders schwierigen Verhältnisse im Betrieb Hinterschlagen empfahl der RH zu überlegen, in jenem Gebiet, in welchem mit wasserführenden Schichten zu rechnen ist und die Höhe des Flözes den Abbau der Kohle in der Sohle nicht gestattet, eine Abbaubreite (Versuchsstreb) mit 70 m Länge oder noch darunter selbst auf die Gefahr hin in Betrieb zu nehmen, daß dadurch der Einsatz der Gewinnungsmaschine behindert wird. Der Kontinuität der zeitlichen Ausnützung der Produktionskapazität und der größtmöglichen Vermeidung zusätzlicher nicht übersehbarer Belastungen und Risken wäre hier der Vorrang zu geben.

72.12.3. Die WTK ist dieser Ansicht des RH beigetreten.

72.13.1. Die WTK hat sich in der Modernisierung ihrer Grubenbetriebe dem heutigen Stand der Bergtechnik voll angepaßt, so daß in der nahen Zukunft kaum wesentliche Erfolge durch weitere Mechanisierungen zu erwarten sind; ausgenommen sind die Einsparungen über Tag sowie einige Leistungskorrekturen beim Schießbetrieb.

72.13.2. Die gesamte Kohlengewinnung (ausgenommen der Streckenvortrieb) erfolgt im Strebbruchbau. Dieser wurde 1974 in Hinterschlagen zu rund 96% und in Schmitzberg zu rund 79% maschinell geführt, der Rest der Abbauproduktion stammt aus dem Schießbetrieb mit mechanisierter Kohlenabförderung.

72.13.3. Soweit es die Lagerstättenverhältnisse zulassen, wäre in den Schießstreben von der händischen auf die maschinelle Gewinnung überzugehen, was insbesondere für die Grube Schmitzberg gilt. Die im Schießbetrieb gewonnene Kohle ist mit einem hohen Lohnanteil belastet, der nicht nur in der Produktivität, sondern auch in den Gestehungskosten seinen Niederschlag findet.

72.14. Seit Anfang 1975 wird die gesamte Produktionsmenge der WTK nur mehr in zwei Gruben — Hinterschlagen und Schmitzberg — gewonnen. Infolge der zunehmenden Verschlechterung der Absatzverhältnisse hätte durch eine Vereinfachung in der Organisation und eine Konzentration des Gewinnungsbetriebes eine Verringerung der Gestehungskosten erzielt werden sollen. Diese Maßnahmen wurden aber nicht voll wirksam, weil vor allem die geologischen Verhältnisse schwierig waren, die Einkaufspreise und Löhne stiegen und die Wärmepreise für Kohle nicht kostendeckend waren. Der Produktionsrückgang war für die Unternehmung mit Belastungen verbunden, die bis heute nicht ganz überwunden werden konnten. So hat sich die verminderte Produktion insoweit ungünstig auf den Rationalisierungseffekt ausgewirkt, als den Rationalisierungserfolgen unter Tage nicht in gleicher Weise solche ober Tage folgten.

72.15.1. Außer den zwei Reparaturwerkstätten für kleinere Reparaturen, die den Grubenbetriebsleitungen unterstehen, befindet sich in Ampflwang eine Zentralwerkstätte, die der Obertagsbetriebsleitung zugeordnet ist.

Über die Auslastung der Werkstätten werden keinerlei Aufzeichnungen geführt, weil ohnehin ein Teil der anfallenden Reparatur- und Wartungsarbeiten nur in Überstunden zu bewältigen sei. Der gegenwärtige Mannschaftsstand beruhe auf Erfahrungswerten.

72.15.2. Der RH empfahl, in einfacher Form Aufzeichnungen über jene Kriterien zu führen, die als Entscheidungshilfen für die bestmögliche Anpassung des Werkstättenpersonals an den Arbeitsanfall dienen können (z. B. verfügbare Arbeitsstunden, Überstundenanfall, Art der anfallenden Arbeiten usw.).

72.16.1. Das zur Zeit der Prüfung angewandte Akkordsystem erscheint mangels objektiver Maßstäbe für eine leistungsgerechte Lohnfindung wenig geeignet und bietet zur Leistungssteigerung kaum einen Lohnanreiz.

72.16.2. Da in Werkstätten, in denen vorwiegend Reparaturen durchgeführt werden, die Vergabe von Akkordarbeiten überhaupt problematisch ist, empfahl der RH eine Abkehr vom Akkordsystem und die Einführung von Prämien.

72.17.1. Von der ursprünglichen Berücksichtigung kalkulatorischer Kostenarten innerhalb der Kostenrechnung ist die WTK im Prüfungszeitraum abgekommen, weil die aus der Kostenrechnung kommenden Unterlagen für die Preisfindung des Produktes Kohle angesichts der Marktsituation ohnehin keine Bedeutung hätten und somit eine Verwaltungsvereinfachung durch Weglassen der kalkulatorischen Kostenarten am Platze gewesen wäre.

72.17.2. Der RH konnte sich dieser Meinung vor allem deswegen nicht anschließen, weil es auch Aufgabe einer Kostenrechnung ist, die anfallenden Kosten im richtigen Ausmaß festzustellen. Werden nämlich, wie derzeit bei der WTK, lediglich die buchmäßigen Abschreibungen in die Kostenrechnung einbezogen, so werden zwar die Kosten der angeschafften oder hergestellten Wirtschaftsgüter auf deren Nutzungsdauer verteilt, eine Vorsorge für den Ersatz dieser Anlagegüter durch Vornahme kalkulatorischer Abschreibungen, die sich an den Wiederbeschaffungskosten orientieren, wird jedoch nicht getroffen. Bei der Annahme einer

Geschäftstätigkeit von weiteren fünfzehn Jahren wären aber kalkulatorische Kostenarten in der Kostenrechnung angezeigt.

72.17.3. Die WTK führte in ihrer Stellungnahme dazu aus, daß die kalkulatorische Rechnung bei ständigen Verlusten an Bedeutung verliere, umso mehr als die Festsetzung der Verkaufspreise unabhängig von Ergebnissen kalkulatorischer Rechnungen erfolge.

72.17.4. Dem hielt der RH entgegen, daß lediglich durch eine nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführte Kostenrechnung die anfallenden Kosten im richtigen Ausmaß feststellbar sind und die Hilfsrechnungen der WTK nur einen Teil der zur Beurteilung der Lage des Unternehmens nötigen Daten liefern können. Letztlich können auch Kostenrechnungsunterlagen bei Preisverhandlungen dienlich sein.

72.18. Die von der WTK im Jahre 1973 vorgenommene Aufrechnung der Anschaffungs- und Herstellungskosten nahezu aller Investitionen gegen einen Großteil der Bergbaubeihilfe wirkte sich naturgemäß auch in der Kostenrechnung aus, da bezüglich dieser Investitionen überhaupt keine Abschreibungen verrechnet worden sind. Das Kostenbild der Jahre 1973 und 1974 war somit zu günstig dargestellt.

Materialwirtschaft

72.19.1. Bei der WTK sind die mit materialwirtschaftlichen Aufgaben befaßten Stellen (Materialbeschaffung, Lagerung, innerbetrieblicher Transport und die Materialkontrolle) organisatorisch auf mehrere Unternehmensbereiche aufgeteilt.

Die zu weit gehende Aufteilung der sachlich ständig in Beziehung zueinander stehenden Aufgabenbereiche auf Vorstands- und Abteilungsebene erschwert nicht nur einen wirtschaftlichen Arbeitsablauf, sondern hat überdies zur Folge, daß auch bei minder wichtigen Fragen die Zustimmung des Vorstandes notwendig wird.

72.19.2. Alle diese Materialfunktionen sollten daher organisatorisch in einer Hauptabteilung Materialwirtschaft zusammengefaßt werden, weil dadurch nicht nur die jeweiligen Materialdispositionen wirtschaftlicher gestaltet, sondern auch bessere Voraussetzungen für eine Rationalisierung geschaffen werden.

Neben der organisatorischen und funktionellen Konzentration sollte nach Ansicht des RH zweckmäßigerweise auch die örtliche Konzentration aller in der Materialwirtschaft zusammengefaßten Bereiche angestrebt werden.

72.19.3. In der Stellungnahme wies der Vorstand der WTK darauf hin, daß mit dem Vorschlag des RH nicht nur eine tiefgreifende Änderung der Betriebsorganisation einschließlich der Kompetenzen im Vorstand, sondern auch gewichtige personalpolitische Probleme verbunden wären.

Die WTK werde aber diese Fragen unter Zugrundelegung der Ausführungen des RH zum frühestmöglichen Zeitpunkt entscheiden.

72.20.1. Im Berichtszeitraum sind von der Einkaufsabteilung der WTK 30 175 Bestellungen und ca. 3 300 Bestellabrufe getätigt worden. Das ergibt eine durchschnittliche Anzahl von 3 043 Bestellvorgängen pro Jahr.

Von den durchschnittlich 5,6 in der Einkaufsabteilung beschäftigten Arbeitskräften wurden in den Jahren 1970 bis 1974 durchschnittlich 3 105 Bestellungen pro Jahr bearbeitet, so daß auf eine Arbeitskraft jährlich rund 554 Bestellvorgänge kamen. Nach einem von der WTK genannten Schlüssel entfallen rund 25% auf Routinebestellungen und 75% auf Bestellungen mit größerem Arbeitsaufwand.

Allgemeine Erfahrungswerte zeigen aber, daß eine im Einkauf tätige Arbeitskraft im Durchschnitt 1 100 Normalbestellungen und bei einfachen und kleineren Bestellungen (Werkzeuge, Ersatzteile, Hilfsstoffe und dergleichen) rund 3 000 Bestellungen im Jahr ausfertigen soll.

72.20.2. Nach Ansicht des RH könnte durch eine bedarfsgerechte Personalzuteilung an die Einkaufsabteilung unter Einbeziehung des Holzeinkäufers in Thomasroith eine Verminderung der Bestellkosten erreicht werden.

72.20.3. Die WTK führte dazu aus, daß der Personalstand der Einkaufsabteilung im Prüfungszeitraum bereits um zwei Dienstnehmer verringert worden sei; der frühere Leiter sowie der gegenwärtige Leiter stünden nicht voll zur Verfügung.

72.20.4. Der RH entgegnete, daß auch unter Berücksichtigung dieser Umstände die Anzahl der Bestellungen pro Arbeitskraft und Jahr mit rund 660 Bestellvorgängen immer noch weit unter den genannten Erfahrungswerten lag.

72.21.1. Der durchschnittliche Wert der Vorräte (ohne Holz) ist im Berichtszeitraum von 4,73 Mill. S (1964) auf 5,12 Mill. S (1974), das ist um 7,9%, gestiegen.

Die Umschlagshäufigkeit des Lagermaterials schwankte im Berichtszeitraum zwischen 5,23 und 3,11; die Lagerdauer betrug daher im gleichen Zeitraum 69 bis 117 Tage.

72.21.2. Der RH empfahl daher, künftig die für eine gesicherte Materialversorgung nicht erforderlichen Materialbestände abzubauen, um so die unnötige Bindung von Kapital und zusätzliche Lagerkosten zu vermeiden.

72.21.3. Die WTK bemerkte dazu, daß die starke Mechanisierung eine zunehmende Reservehaltung notwendig mache, doch werde der Abbau von nicht gängigen Materialbeständen verstärkt.

72.22.1. Auf dem Kohlenfreilagerplatz Ampflwang wurden von der WTK bis 1968 laufend größere Kohlenmengen, die nicht unmittelbar an die Verbraucher weitergegeben werden konnten, zwischengelagert.

Im November 1968 kam es auf dieser Kohlendeponie, wo zu diesem Zeitpunkt rund 90 000 t Kohle lagerten, vermutlich durch Selbstentzündung zu einem Brand. Die mit Glut vermischte Kohle wurde von der OKA unmittelbar übernommen.

Im Dezember 1968 wurde zwischen WTK und OKA der Verkauf der restlichen Lagerkohle zu einem Preis vereinbart, der gegenüber dem Vertragspreis der OKA einen Mindererlös von rund 7,2 Mill. S erbrachte. Dieser Betrag erhöhte sich noch um den Zinsenverlust durch die Gewährung eines längeren Zahlungszieles und um den zusätzlichen Aufwand von 2,5 Mill. S für die Brandbekämpfung und Räumung des Kohledepots.

72.22.2. Nach Ansicht des RH kann der Abverkauf der im Dezember 1968 noch lagernden Restmenge von rund 60 000 t kaum als Notmaßnahme bezeichnet werden, da zum Zeitpunkt der Vereinbarung sechs Wochen nach dem Brand die weitere gefahrlose Lagerfähigkeit dieser Kohle hätte erkennbar sein müssen.

Rund 20 000 t der verkauften Kohle wurden sogar noch auf Gefahr und Risiko des geprüften Unternehmens bis Feber 1969 auf dem Kohlenlagerplatz Ampflwang gelagert.

Weiters stellte der RH fest, daß die WTK die von der OKA bei der Lagerung der WTK-Kohle praktizierte Lagertechnik, die eine gefahrlose Lagerung von weit größeren Mengen ermöglicht, bei der eigenen Kohlendeponie nicht angewendet hat.

72.22.3. Die WTK bemerkte hiezu, die Möglichkeit einer weiteren, gefahrlosen Lagerung habe nicht bestanden, weil auch bei der restlichen Kohle schon zunehmende Erwärmung festgestellt worden sei. Auch sei ein Vergleich mit der OKA nicht möglich, da bei der WTK Sortenkohle gelagert wird, während die OKA ausschließlich Feinkohle lagert und verdichtet; dessenungeachtet seien auch bei der OKA wiederholt Selbstentzündungen aufgetreten.

Überdies wäre die Feststellung eines Zinsenverlustes nicht vertretbar, und es hätte auch der Verlust in der ausgewiesenen Höhe in Kauf genommen werden müssen, da für diesen Notverkauf andere Abnehmer nicht zur Verfügung standen und die OKA einen höheren Preis ablehnte.

72.22.4. Dem hielt der RH entgegen, daß das Risiko einer Selbstentzündung wesentlich verringert worden wäre, wenn die WTK die nicht absetzbare Kohle entweder getrennt nach Sorten gelagert oder, da die Deponiekohle vorwiegend für Feinkohleabnehmer bestimmt war, gleich auf Feinkohle gebrochen und nach Aufschüttung in der von der OKA praktizierten Form verdichtet hätte.

Die Bemängelung eines Zinsenverlustes sei nach Ansicht des RH begründet, weil er sich allein aus der Gewährung eines länger als sonst üblichen Zahlungszieles ableitet.

72.23.1. Der durchschnittliche Wert der Holzbestände ist von 1964 bis 1969 von 4,6 Mill. S auf 1,3 Mill. S gesunken, erhöhte sich 1970 und 1971 auf 2,2 Mill. S bzw. 2,4 Mill. S und ist bis 1973 wieder auf 1,1 Mill. S zurückgegangen. Während des Jahres 1974 stieg er auf 2,1 Mill. S.

Das für den Streckenvortrieb benötigte Verlagsholz (vorwiegend Prügel von 2 m Länge) hat die WTK durch Zuschnitt aus Stangenholz selbst hergestellt. Da in den letzten Jahren nicht mehr die erforderliche Menge an Derbstangen beschafft werden konnte, mußten ab 1966 laufend Prügel von Holzhändlern und von Großwaldbesitzern zugekauft werden.

Die gekauften Prügel mußten auf das von den Gruben benötigte Maß nachgeschnitten werden, weil sie nicht bestellgerecht, sondern mit Über- und Unterlängen geliefert wurden.

72.23.2. Der RH regte an, in Hinkunft den gesamten Prügelholzbedarf über Holzhändler und Großwaldbesitzer zu decken und darnach zu trachten, durch entsprechende Lieferverträge günstigere Einkaufskonditionen zu erreichen und die bedarfsgerechte Zulieferung sicherzustellen.

72.23.3. Das geprüfte Unternehmen bemerkte hiezu, daß es sich um die Einhaltung der Maßgenauigkeit bei Prügelholzlieferungen bemühen werde. Eine Ausschaltung der bäuerlichen Waldbesitzer im Revierbereich wird jedoch für unzweckmäßig gehalten, weil auch Händler die Marktpreise bezahlen müssen und erfahrungsgemäß eine Spanne von etwa 20 S/fm aufschlagen.

72.23.4. Dem RH erschien im Hinblick auf die höhere Kostenbelastung der Eigenfertigung von Verlagsholz die Eindeckung über Holzhändler und Großwaldbesitzer bei entsprechenden Lieferverträgen wirtschaftlicher.

72.24.1. Die WTK hatte eine Versicherung gegen Maschinenbruch abgeschlossen. Ausgenommen waren ausdrücklich die Schädigungen

an den Maschinen unter Tage, welche durch schlagende Wetter, Wasser- oder Schwemmsandeinbrüche sowie durch Schacht- und Stolleneinbrüche entstehen. Durch den Ausschluß dieses für die WTK bedeutsamen Risikos verringerte sich das versicherte Risiko im wesentlichen auf eine Reparaturabgeltung. 1966 bis 1974 wurden insgesamt 8,2 Mill. S an Prämien gezahlt, während die Schadensvergütungen 4,8 Mill. S ausmachten. Bis 1974 war somit ein Nettoaufwand von 3,4 Mill. S entstanden.

72.24.2. Nach Ansicht des RH war daher die Maschinenbruchversicherung, da sie im wesentlichen auf eine Reparaturabgeltung beschränkt war, nicht zweckmäßig.

72.24.3. Das Unternehmen teilte hiezu mit, daß diese Versicherung inzwischen aufgekündigt wurde.

Personalwesen

72.25. Im Prüfungszeitraum ging der Personalstand um 1 175 Beschäftigte, d. i. um 36,2%, zurück, wobei die Anzahl der Arbeiter rascher abnahm (—57,1%) als die der Angestellten (—48,7%). Dadurch entfielen 1964 noch 8,2, 1973 aber nur mehr 6,3 Arbeiter auf einen Angestellten. Die Zunahme der Angestelltendichte, die in der Industrie allgemein zu beobachten ist, geht bei der WTK im wesentlichen auf den besonders hohen Mechanisierungsgrad zurück.

Eine weitere Personalverminderung durch Mechanisierung ist kaum mehr realisierbar. Da die Produktivität nunmehr nahezu ausschließlich von der Leistung der eingesetzten Maschinen abhängig ist und von der menschlichen Arbeitsleistung nicht oder nur unwesentlich positiv beeinflußt werden kann, ist die WTK auch konsequenterweise von der Form des Gedingelohnes, die bisher im Bergbau üblich war, abgegangen.

72.26. Während im Prüfungszeitraum die Lohnsumme nur um 2,4 Mill. S (3,1%) zunahm, stieg die Gehaltssumme um rund 4 Mill. S (22,6%). Demgemäß erhöhte sich der Anteil der Gehaltskosten am Gesamtpersonalaufwand von 14,7% im Jahre 1964 auf 16,6% im Jahre 1974.

Eine Umlegung der Personalkosten auf den jahresdurchschnittlichen Belegschaftsstand ergibt eine Jahreskopfquote von 55 317 S im Jahre 1964 und 144 163 S im Jahre 1974 und damit eine Steigerung um 161,1%.

72.27.1. Die Wertschöpfung (das ist der Nettoerlös zuzüglich der Erzeugung für den Eigenbedarf, abzüglich der Gesamtaufwendungen an Material, Energie und Fremdlieferungen und -leistungen für die Produktion) ist von 140,6 Mill. S im Jahre 1964 bis 1971 auf 86,1 Mill. S gefallen und erreichte erst im Jahre 1974 wieder 100,3 Mill. S. Infolge der beträchtlichen Abnahme der Zahl der Belegschaftsmitglieder stieg jedoch die Wertschöpfung je Kopf der Belegschaft von 64 676 S im Jahre 1971 auf 110 942 S im Jahre 1974, somit um 71,5%.

Die Personalaufwandsintensität, das ist der in Prozenten des Nettoerlöses ausgedrückte Gesamtpersonalaufwand, stieg von 62,5% im Jahre 1964 auf 93,9% im Jahre 1974.

72.27.2. Die Produktivität der Arbeiter wird werksintern an der des Jahres 1937 gemessen, in welchem eine Jahresleistung pro Mann von 342 t erzielt wurde. Nach dieser Statistik hat sich die Produktivität von 68% im Jahre 1946 im Verlaufe der Jahre ständig erhöht und erreichte 1975 217,54%.

Der hohe Mechanisierungsgrad beim Abbau und bei der Förderung der Kohle dürfte ein Maximum der Produktivität ermöglicht haben, ohne daß er zu einer Verminderung der Personalaufwandsintensität geführt hätte. Da somit von der Produktionsseite kein Einfluß auf die Personalkosten zu erwarten ist, kann eine Verringerung der extrem hohen Personalaufwandsintensität nur erzielt werden, wenn es gelingt, die Nettoerlöse zu steigern.

Absatzwirtschaft

72.28.1. Die WTK erzielte im Jahre 1965 Bruttoerlöse von 186,6 Mill. S. Sie sanken bis 1970 um 38,5% auf 114,7 Mill. S, stiegen aber bis zum Jahre 1974 wieder um 18,6% auf 136,1 Mill. S. Hauptumsatzträger im gesamten Prüfungszeitraum war die Braunkohle. Die Geschäftsleitung der WTK war ständig bemüht, weitere Absatzmöglichkeiten zu schaffen, die aber infolge zu geringer Erfolgsaussichten oder mangels Kapitals nach kurzer Zeit wieder aufgegeben werden mußten oder nur unbedeutende Erlöse einbrachten.

Die Absatzstruktur der WTK erfuhr im Prüfungszeitraum eine grundsätzliche Änderung. Im Jahre 1964 wurden mit 579 708 t noch 57,4% der verkauften Kohlenmenge an die Industrie und für den Hausbrand, aber nur 429 733 t oder 42,6% an die Elektrizitätsversorgungsunternehmungen (kurz EVU) einschließlich des Fernheizkraftwerkes (kurz FHKW) Linz abgegeben. Bis 1974 erhöhte sich der Anteil der Stromkohle auf 78,9% des Gesamtabsatzes gegenüber einer mengenmäßigen Steigerung von nur 6,5% (457 582 t). Bei den anderen Abnehmergruppen war ein Mengenrückgang um 78,7% auf 123 302 t eingetreten.

Im Prüfungszeitraum war demnach bei der WTK nicht nur ein mengenmäßiger Rückgang, sondern auch eine starke Verschiebung des Absatzes zu der preislich ungünstigeren Stromkohle zu verzeichnen.

72.28.2. Der Absatzrückgang bei Industrie- und Hausbrandkohle wirkte sich auch ungünstig auf den Umsatz des Unternehmens aus, da die an diese beiden Abnehmergruppen gelieferten Grobkohlensorten aufgrund der Preisregelung nach Tonnenpreisen weit günstigere Erlöse brachten als die an die OKA und das FHKW Linz gelieferten Feinkohlen, deren Preis nach Wärmeeinheiten vereinbart wurde und nach den Öl-, Erdgas- oder Strompreisen ausgerichtet war.

72.28.3. Die in den letzten zehn Jahren erzielten durchschnittlichen Verkaufserlöse pro Tonne Kohle lagen ständig unter deren Gestehungskosten. Die Rationalisierungsmaßnahmen und die Schließung unwirtschaftlicher Gruben ermöglichten in den Jahren 1968 und 1969 eine Senkung der Gestehungskosten auf 171 S/t gegenüber rund 187 S/t im Jahre 1967. Die Kostenentwicklung ab 1970 führte schließlich 1973 zu einer Unterdeckung von rund 86 S pro Tonne.

72.29.1. Allein an zwei Großabnehmer in Oberösterreich wurden im Jahre 1974 457 583 t Kohle ausgeliefert.

72.29.2. Im Vergleich zu den übrigen Dampf- und Fernheizkraftwerken in Österreich, welche heimische Braunkohle verfeuern, zahlten die beiden oberösterreichischen Unternehmen stets die niedrigsten Preise für die Kohle. Insbesondere im Jahre 1974 lag der Heizölpreis selbst unter Berücksichtigung eines Abschlages für geringere Manipulation erheblich über dem Kohlenpreis, den die WTK erzielen konnte.

72.30.1. Mit Vertrag vom November 1960 verpflichtete sich die WTK, an das Dampfkraftwerk einer EVU ab 1963 jährlich 300 000 t Kohle bis einschließlich 1972 zu liefern. Auf die festgesetzte Bezugsmenge mußte die WTK eine Abnahmetoleranz von 20% pro Jahr einräumen. Der Wärmepreis wurde waggonverladen franko Bestimmungsbahnhof vereinbart.

72.30.2. Die 20%ige Abnahmetoleranz wurde von 1964 bis 1971 fünfmal in Anspruch genommen.

Diese Minderabnahme war offenbar nicht durch einen entsprechend geringen Bedarf bestimmt, da die EVU von 1966 bis 1971 eine weit größere Menge, allerdings weit unter dem Vertragspreis, bezogen hat.

Da die WTK einerseits nicht in der Lage war, die Kohleförderung nach dem jeweiligen Bedarf im allgemeinen und jenen der EVU im besonderen auszurichten, und andererseits nicht die Möglichkeit hatte, die Überschußmengen auf Deponie zu legen oder hiefür andere Käufer zu finden, mußte sie die angebotenen Preise annehmen.

72.30.3. Im Jänner 1972 wurde der Kohlewärmepreis einvernehmlich auf 70 S/10^6 WE erhöht, wodurch für die WTK aber noch immer keine Kostendeckung gegeben war.

1973 schloß die WTK mit der EVU einen neuen Kohlenlieferungsvertrag auf jährlich 400 000 t. Der Preis wurde an den Inlandstromeinnahmen der EVU wertgesichert.

Die neue Vereinbarung mit der EVU brachte der WTK den Vorteil, daß keine Abnahmetoleranz mehr aufgenommen worden war und der Kohlewärmepreis nicht mehr nur an dem Wirkabeitspreis in der Winter-Hochtarifzeit wertgesichert war, sondern an den Inlandstromeinnahmen, die auch in den früheren Jahren öfter erhöht wurden als der Winter-Hochtarif.

Es war jedoch nicht möglich, in irgendeiner Form die Gestehungskosten der Kohle als Preisbasis in den neuen Vertrag aufzunehmen.

72.31. Im Juli 1976 nahm der Vorstand der WTK zur Geschäftsentwicklung wie folgt Stellung: „Nach Abschluß des Explorationsprojektes ‚Kobernaußer Wald', welches keine weiteren abbauwürdigen Vorkommen erschloß, zählt der Aufschluß des ‚Haager Rückens' zu den bedeutendsten Vorhaben der nächsten Zeit, wobei dessen Finanzierung durch Mittel der Bergbauförderung vorgesehen ist. Unter Berücksichtigung der bereits fündigen Bohrungen wird ein Kohlenvorkommen von 2 bis 5 Millionen t vermutet. Weiters ist es gelungen, die derzeit im Abbau stehenden Kohlenlagerstätten durch Erschließung angrenzender Felder zu erweitern. Schließlich kann aufgrund der letzten technischen Untersuchungen im Rahmen des Haldex-Verfahrens mit einer zusätzlichen Gewinnung von jährlich rund 100 000 t Kohle gerechnet werden. Angesichts stark wachsender Halden, die zunehmend zu einem Umweltproblem werden, kommt auch diesem Investitionsprojekt vordringliche Bedeutung zu. Die Finanzierung ist zur Zeit allerdings noch offen. Für laufende Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen erhielt die Unternehmung mehrfach Akontozahlungen aus Mitteln der Bergbauförderung.

Die von der WTK beantragte Kapitalaufstockung durch die ÖIAG blieb aus; die ÖIAG stellte jedoch ein Darlehen bis zu 15 Mill. S in Aussicht, von welchem bereits eine konkrete Zusage für rund 3 Mill. S zur Durchführung dringender Investitionen vorliegt. Das Grundkapital der WTK wurde im Wege einer vereinfachten Kapitalherabsetzung gemäß §§ 182 ff. Aktiengesetz 1965 von 60 Mill. S auf 10 Mill. S reduziert. Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte mit Beschluß vom 23. März 1976.

Wesentlich für die Zukunft der Unternehmung werden die energiepolitischen Entscheidungen sein. Die ‚Sicherheit in Krisenzeit' sowie die

extreme Umweltfreundlichkeit der WT-Kohle werden in einer Zeit, in welcher bei Konkurrenzprodukten immer mehr kostenaufwendige Entschwefelung verlangt wird, im Preis ihren Niederschlag finden müssen."

III. ABSCHNITT

Internationale Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI)

73.1. Anknüpfend an seine Ausführungen im TB 1974 Abs. 104. berichtet der RH im folgenden über seine weitere Tätigkeit im Rahmen seiner Funktion als Generalsekretariat der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (International Organization of Supreme Audit Institutions = INTOSAI) in der Zeit vom 16. September 1975 bis 15. September 1976.

73.2. Vom 3. bis 21. Mai 1976 wurde in Berlin unter Mitwirkung der Vereinten Nationen und der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung das Dritte Interregionale Seminar über staatliche Rechnungskontrolle abgehalten. Die Finanzierung des Seminars erfolgte durch die Vereinten Nationen, die Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung sowie durch die Obersten Rechnungskontrollbehörden (kurz ORKB) von Italien, Japan, Kanada, Norwegen und Schweden, die die Kosten für je einen Seminarteilnehmer übernahmen.

Wie bei den beiden vorangegangenen Seminaren haben sich auch diesmal die Teilnehmer, die aus 16 Entwicklungsländern und acht entwickelten Staaten kamen, mit zentralen Themen der staatlichen Rechnungskontrolle auseinandergesetzt. In der ersten Woche trug ein Vertreter des österreichischen RH über „Haushalt und Rechnungsführung" vor, für die zweite Woche stellte die ORKB der Bundesrepublik Deutschland zum Thema „Die Stellung der Obersten Rechnungskontrollbehörden im leistungsorientierten Staat" den Vortragenden, in der dritten Woche die ORKB von Israel zum Thema „Finanzkontrolle öffentlicher Unternehmungen". Das für den österreichischen Beitrag vorbereitete Dokument fand übereinstimmende Anerkennung als wertvoller Arbeitsbehelf für die Praxis der Rechnungsprüfer und wurde deshalb auch den übrigen nicht bei dem Seminar vertretenen ORKB zur Verfügung gestellt.

73.3. Wie im TB 1974 Abs. 104.2. berichtet wurde, hat das Generalsekretariat auf Antrag der Vertreter von 21 afrikanischen Staaten auf dem Madrider Kongreß der INTOSAI vom Jahre 1974 die erforderlichen Vorbereitungsarbeiten für die Gründung einer regionalen afrikanischen Arbeitsgruppe geleistet.

Inzwischen wurde der Statutenentwurf überarbeitet und unter Mitwirkung der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung ein Programmvorschlag für die für November 1976 in Jaounde/Kamerun anberaumte konstituierende Konferenz der afrikanischen ORKB samt dem daran anschließenden Seminar erarbeitet. Im Rahmen dieser einwöchigen, von den Vereinten Nationen, der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung und aus Restbeträgen der von einigen Mitgliedstaaten der INTOSAI für das Berliner Seminar 1976 bereitgestellten Mittel finanzierten Veranstaltung sollen die Grundlagen für eine künftige systematische Schulung von afrikanischen Rechnungsprüfern gelegt werden.

73.4. Auf Einladung des BM f. Auswärtige Angelegenheiten hat der Generalsekretär am 9. Juli 1976 vor dem von den Vereinten Nationen veranstalteten „Internationalen Arbeitsseminar für die Ausbildung von Lehrpersonal auf dem Gebiete der öffentlichen Verwaltung" einen Vortrag über die INTOSAI sowie die Aufgaben und Organisation des österreichischen RH gehalten.

73.5. Vom 30. August bis 3. September 1976 hat in Wien die 15. Tagung des Präsidiums der INTOSAI stattgefunden. Anwesend waren die Leiter der ORKB von Spanien (Vorsitzender), Kanada (1. stellvertretender Vorsitzender), Peru (2. stellvertretender Vorsitzender), Österreich (Generalsekretariat) sowie von Brasilien, der Bundesrepublik Deutschland, von Israel, Japan, Kenia, Norwegen, Polen und den Vereinigten Staaten. Auf der Tagesordnung standen u. a. ein Tätigkeitsbericht des Generalsekretärs, ein Bericht des 2. stellvertretenden Vorsitzenden über den Stand der Vorbereitungsarbeiten für den IX. Internationalen Kongreß der INTOSAI, der im Oktober 1977 in Lima stattfinden wird, sowie ein Bericht des Programmdirektors (Israel) über die Seminartätigkeit der INTOSAI. Ferner wurden organisatorische Maßnahmen für den IX. Kongreß, insbesondere die Auswahl der Berichterstatter und Vorsitzenden der für die vier Fachthemen zu errichtenden Kommissionen, beschlossen.

Österreichischer Bundestheaterverband

74.1. Der RH hat vom März bis Oktober 1974 die Gebarung des 1971 errichteten Österreichischen Bundestheaterverbandes (kurz ÖBThV) überprüft. Im Interesse einer zeitnahen Berichterstattung beschränkte er sich hiebei auf die Gebarung der Jahre 1969 bis 1974, hielt in diesem Zusammenhang aber auch Sachverhalte fest, welche die Gebarung früherer Jahre berührten.

In seiner umfangreichen Stellungnahme ging der ÖBThV nicht auf alle vom RH bemängelten Sachverhalte ein, gab zu einigen Punkten keine Stellungnahme ab, rechtfertigte wesentliche Män-

gel generell mit künstlerischen Erfordernissen und beklagte sich auch, daß die Erfolge des ÖBThV bei seinen Reformbestrebungen in den Prüfungsmitteilungen nicht genügend gewürdigt worden seien. Auf Feststellungen des RH, welche in die Zeit vor Errichtung des ÖBThV fallende Sachverhalte betrafen, wurde mehrfach mit dem Hinweis, daß die Organe des ÖBThV hiefür nicht verantwortlich seien, nicht eingegangen. Diesen Einwand hielt der RH schon deswegen nicht für zutreffend, weil die überprüften Stellen unabhängig von der Organisationsform oder einem Wechsel der verantwortlichen Funktionäre aufgrund der kontinuierlichen Verwaltungstätigkeit in der Regel über entsprechende Unterlagen verfügen, die es ihnen ermöglichten, zu den Prüfungsmitteilungen des RH Stellung zu beziehen. Zudem legt § 5 des RH-Gesetzes ausdrücklich die Verpflichtung der überprüften Stellen fest, zu den ihnen vom RH mitgeteilten Beanstandungen unter Bekanntgabe der allenfalls getroffenen Maßnahmen Stellung zu nehmen. Aufgrund dieses Gesetzesauftrages haben daher die jeweils zuständigen Organe der überprüften Dienststellen dem RH auch dann eine Stellungnahme vorzulegen, wenn vom RH kritisierte Sachverhalte in der Funktionsperiode eines Amtsvorgängers eingetreten sind.

Zu den Prüfungsfeststellungen, die speziell die einzelnen Bundestheater betrafen, wurden dem RH Stellungnahmen der Direktoren übermittelt, zu denen das BM f. Unterricht und Kunst und der ÖBThV erklärten, sie könnten sich nicht in allen Fällen deren Meinung anschließen. Allgemein wurde dem RH mitgeteilt, daß sich der ÖBThV bemühen werde, aus den Empfehlungen des RH die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Welche konkreten Folgerungen damit gemeint waren, konnte der Stellungnahme allerdings nicht immer entnommen werden. Überdies legten der ÖBThV und die Direktionen der Staatsoper und der Volksoper zu den Prüfungsfeststellungen über die Ausstattungen gesonderte Stellungnahmen vor, die sich zum Teil widersprachen. Obgleich nach den §§ 11 und 16 der Geschäftsordnung des ÖBThV der Generalsekretär zu einer einheitlichen Stellungnahme verpflichtet gewesen wäre, ließ in Wirklichkeit die autonome Stellung der Direktoren der einzelnen Bundestheater eine einheitliche Stellungnahme nicht zu. Die Tatsache, daß der ÖBThV, dessen Leitung die drei Direktoren der Bundestheater und der Generalsekretär angehören, dem RH keine einheitliche und vollständige Stellungnahme vorlegen konnte, spiegelt die Problematik der Organisationsstruktur der Bundestheater besonders in Hinblick auf die so notwendige Koordinierung wider.

Rechtsgrundlagen der Bundestheater

74.2.1.1. Die Verwaltung der Bundestheater wird weitgehend ohne gesetzliche Grundlage besorgt.

74.2.1.2. Gemäß Art. 10 Abs. 1 Z. 13 B-VG sind alle Angelegenheiten der Bundestheater mit Ausnahme der in dieser Bestimmung angeführten Bauangelegenheiten in Gesetzgebung und Vollziehung Bundessache. Darunter fallen insbesondere die feuerpolizeilichen Belange und Bestimmungen über den Jugendschutz. Zurzeit werden an den Bundestheatern jedoch die einschlägigen Wiener Landesgesetze (Wiener Theatergesetz, Wiener Veranstaltungsgesetz, Wiener Jugendschutzgesetz u. a.) angewendet, obwohl es nach der derzeitigen verfassungsgesetzlichen Kompetenzverteilung auf diesen Gebieten einer Regelung durch Bundesgesetz bedürfte.

74.2.2.1. Der RH wies darauf hin, daß eine solche Rechtsgrundlage fehlt.

74.2.2.2. Bei der Vollziehung der Angelegenheiten der Bundestheater tritt der Bund nur in Belangen des Dienstrechtes der bei den Bundestheatern tätigen Beamten als Träger hoheitlicher Gewalt auf. Solche Maßnahmen fallen jedoch unter die Kompetenzbestimmung des Art. 10 Abs. 1 Z. 16 B-VG und sind überdies durchwegs bundesgesetzlich geregelt. Alle anderen Angelegenheiten der Bundestheater werden im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung (Art. 17 B-VG) besorgt.

Der RH stellte daher zur Erwägung, die die Bundestheater betreffende Kompetenzbestimmung zur Gänze aus Art. 10 Abs. 1 Z. 13 B-VG auszuklammern. Dadurch würden Angelegenheiten der Bundestheater, die in Gesetzgebung und Vollziehung in die Zuständigkeit der Länder fallen, nach den einschlägigen landesgesetzlichen Bestimmungen von Organen des Landes Wien vollzogen werden, und in allen Theatern im Wiener Bereich hätten einheitliche gesetzliche Bestimmungen in verfassungskonformer Weise zu gelten. Überdies würde der aus verfassungsrechtlicher Sicht unbefriedigende Zustand beendet werden, daß bei den Bundestheatern nur wegen des Mangels einer bundesgesetzlichen Regelung landesgesetzliche Bestimmungen angewendet werden.

74.2.3.1. Der ÖBThV vertrat die Ansicht, die Verwaltung der Bundestheater werde im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung (Art. 17 B-VG) besorgt, weshalb er infolge der Spezialregelung des Art. 130 Abs. 2 B-VG in der Lage sei, auf bestimmten Teilgebieten aufgrund von Ermessensentscheidungen tätig zu werden. Im Sinne dieser Ermessensentscheidungen sei es dem Bundesminister für Unterricht und Kunst möglich, verfassungskonform Weisungen über die Organisation und Betriebsführung der Bundestheater zu erteilen.

74.2.3.2. Auch der Auffassung des RH, im Bereiche der Bundestheater würden verfassungswidrig landesgesetzliche Bestimmungen durch den Bund vollzogen, konnte sich der ÖBThV nicht anschließen, weil es sich hiebei um den von den Kompetenzbestimmungen der Art. 10 bis 15 B-VG nicht betroffenen Bereich der Privatwirtschaftsverwaltung handle. Der RH habe auch nicht berücksichtigt, daß — soweit es die Bundesinteressen zulassen und einschlägige bundesgesetzliche Bestimmungen fehlen — lediglich analoge Akte gesetzt würden, um im Sinne der Rechtsstaatlichkeit gleiche Ergebnisse zu erzielen, wie sie bei den Privattheatern aufgrund landesgesetzlicher Vorschriften erreicht würden. Eine Ausklammerung der die Bundesthater betreffenden Kompetenzbestimmung des Art. 10 Abs. 1 Z. 13 aus der Bundesverfassung lehne der ÖBThV ab.

74.2.4.1. Dem hielt der RH entgegen, daß gewisse Bereiche der Privatwirtschaftsverwaltung wegen ihrer Bedeutung einer gesetzlichen Determinierung bedürften, die über jene hinausgehe, welche durch die aufgrund der Art. 10 bis 15 B-VG erlassenen Gesetze gegeben sei. Die geltenden Rechtsvorschriften, soweit sie überhaupt auf Gesetzesstufe stehen, legten lediglich die Zuständigkeit des Bundesministers für Unterricht und Kunst für die Bundestheater fest. Eine Aussage über die Aufgaben und über die Organe sowie über die Organisation der Bundestheater, die von hoher kultureller Bedeutung sind und einen beträchtlichen finanziellen Aufwand erfordern, habe der Gesetzgeber nicht gemacht.

Der RH fand es in diesem Zusammenhang nicht verständlich, daß der ÖBThV die wiederholt geäußerte Meinung des RH, für die Verwaltung der Bundestheater fehle eine gesetzliche Grundlage, nunmehr nicht mehr teilt, obwohl es gerade der ÖBThV war, der sich laut den Erläuternden Bemerkungen zum Bundestheatergesetzentwurf (1271 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, XIII. G. P.) ausdrücklich auf den vom RH vertretenen Standpunkt berief.

In einer abschließenden Stellungnahme erklärten der Bundesminister für Unterricht und Kunst sowie der ÖBThV, daß sie ungeachtet der ihrer Meinung nach grundsätzlich zulässigen Führung der Bundestheater aufgrund von Dienstinstruktionen nach wie vor für eine gesetzliche Regelung eintreten würden.

74.2.4.2. Da der ÖBThV die Anregung des RH, die die Bundestheater betreffende Kompetenzbestimmung aus Art. 10 Abs. 1 Z. 13 B-VG auszuklammern, abgelehnt hatte, ersuchte der RH den Verfassungsdienst des BKA um eine Stellungnahme zu dieser Frage. Der RH wird in dem Bericht über seine Tätigkeit im Verwaltungsjahr 1976 auf diese Angelegenheit zurückkommen.

74.3.1. Mit Erlaß des Bundesministers für Unterricht und Kunst vom 10. Mai 1971 wurde die Bundestheaterverwaltung (kurz BThVw) in den ÖBThV umgewandelt und wurden die bis dahin geltenden Dienstinstruktionen außer Kraft gesetzt. Die Leitung des ÖBThV wurde den Direktoren des Burgtheaters, der Staatsoper und der Volksoper sowie dem Direktor für kulturelle Angelegenheiten und dem Generalsekretär übertragen (§ 1). Welche Angelegenheiten von diesen Personen gemeinsam zu besorgen sind und welches geschäftsordnungsgemäße Verfahren anzuwenden ist, regelt der Erlaß nicht. Dagegen weist er jedem der vier Direktoren und dem Generalsekretär einen selbständigen Aufgabenbereich zu. Die vier Direktoren und der Generalsekretär haben sich denn auch seit Bestehen des ÖBThV zu keiner einzigen Leitungsbesprechung zusammengefunden.

74.3.2.1. Der RH hielt die im § 1 des Erlasses vorgesehene Organisationsform für problematisch. Den Direktor eines Theaters in Belangen eines anderen Theaters mitbestimmen zu lassen, heißt so viel wie nicht berücksichtigen, daß es erhebliche Unterschiede zwischen Musik- und und Sprechtheater gibt und daß eine gegenseitige Mitsprache der Direktoren in nicht ihr Haus betreffenden Angelegenheiten den Spielbetrieb behindern und überdies zu einer Verschleierung der Verantwortlichkeit führen kann.

74.3.2.2. Für den Fall, daß die von der Bundesregierung vorgesehene Lösung, zum Betrieb der Bundestheater einen Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit zu schaffen, in absehbarer Zeit nicht realisiert wird, hat der RH empfohlen, vorerst die derzeitige Dienstinstruktion zu modifizieren. Insbesondere sollte es dem Generalsekretär obliegen, bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Direktoren der einzelnen Bundestheater und dem Generalsekretär in Angelegenheiten mit größeren finanziellen und organisatorischen Auswirkungen unverzüglich die Entscheidung des zuständigen Bundesministers einzuholen.

74.3.3. Der ÖBThV gab hiezu keine Stellungnahme ab.

Mit Erlaß des BM f. Unterricht und Kunst vom 19. März 1976 wurde jedoch der bereits erwähnte Erlaß vom 10. Mai 1971 in mehreren Punkten abgeändert. Nunmehr sind monatliche Koordinationsbesprechungen zwischen den Direktoren und dem Generalsekretär vorgesehen. Ferner besteht die Möglichkeit, daß der Generalsekretär bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Direktoren entscheidet. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Direktoren und dem Generalsekretär kann jeder von diesen den Bundesminister für Unterricht und Kunst zur Entscheidung anrufen.

Finanzielle Entwicklung

74.4.1. Die Ausgaben, gegliedert nach Aktivitäts-, Pensions- und Sachaufwand, die Einnahmen, der Abgang der Bundestheater sowie die Zuschüsse des Bundes je Vorstellungstag erreichten in den Jahren 1969 bis 1974 die im folgenden angegebenen Beträge:

	1969	1970	1971	1972	1973	1974
			in Mill. S			
Aktivitätsaufwand	322,93	348,07	378,66	422,89	488,39	538,53
Pensionsaufwand	72,52	82,13	91,04	113,15	143,33	161,04
Sachaufwand	81,84	89,58	128,97	139,39	165,27	179,93
Gesamtausgaben	477,29	519,78	598,67	675,43	796,99	879,50
Einnahmen	138,37	142,95	153,97	161,16	166,49	184,69
Abgang	338,92	376,83	444,70	514,27	630,50	694,81
Deckung der Ausgaben durch die Einnahmen in %	28,99	27,50	25,72	23,86	20,89	21,00
Abgangsdeckung durch Zuschüsse des Bundes in %	71,01	72,50	74,28	76,14	79,11	79,00

Steigerung gegenüber 1969 in %

	1970	1971	1972	1973	1974
Aktivitätsaufwand	7,78	17,26	30,95	51,24	66,76
Pensionsaufwand	13,26	25,53	56,03	97,63	122,05
Sachaufwand	9,45	57,59	70,32	101,95	119,86
Gesamtausgaben	8,90	25,43	41,51	66,98	84,27
Einnahmen	3,32	11,28	16,47	20,32	33,48
Abgang	11,18	31,21	51,73	86,03	105,00

Steigerung gegenüber dem Vorjahr in %

	1970	1971	1972	1973	1974
Aktivitätsaufwand	7,78	8,79	11,68	15,49	10,27
Pensionsaufwand	13,26	10,84	24,29	26,67	12,36
Sachaufwand	9,45	43,98	8,07	18,57	8,87
Gesamtausgaben	8,90	15,18	12,82	18,00	10,35
Einnahmen	3,32	7,71	4,67	3,31	10,94
Abgang	11,18	18,01	15,64	22,60	10,20

Zuschüsse des Bundes pro Vorstellungstag

	1969	1970	1971	1972	1973	1974	
Zuschüsse in Mill. S	1,096	1,230	1,463	1,675	2,084	2,386	(2,291) *)
Steigerung gegenüber 1969 in %	—	12,23	33,49	52,83	90,15	117,70	(109,03) *)
Steigerung gegenüber dem Vorjahr in %	—	12,23	18,94	14,49	24,42	14,49	(9,93) *)

*) Bei den in Klammer gesetzten Werten wurde die durch den Umbau des Akademietheaters bedingte 48tägige Schließung berücksichtigt.

74.4.2.1. Während sich die Ausgaben der Bundestheater von rund 477 Mill. S im Jahre 1969 um 84,27% auf rund 879 Mill. S im Jahre 1974 erhöhten, stiegen die Einnahmen der Bundestheater von rund 138 Mill. S im Jahre 1969 nur um 33,48% auf rund 185 Mill. S im Jahre 1974.

Konnten 1969 die Ausgaben der Bundestheater noch zu 29% durch die Einnahmen gedeckt werden, so war dies 1974 nur mehr im Ausmaß von 21% möglich, und der Bund hatte 1974 bereits für 79% der Ausgaben der Bundestheater aufzukommen. Die Zuschüsse des Bundes pro Vorstellungstag stiegen von 1969 bis 1974 um 117,70% (109,03%).

74.4.2.2. Im Jahre 1974 machten der Aktivitäts- und der Pensionsaufwand 79,54% der Gesamtausgaben aus. Hiezu kamen noch die Entgelte für Gäste und Externisten in Höhe von 4,84%

sowie für Statisten und Substituten im Ausmaß von 0,91%, so daß der Anteil der tatsächlichen Personalkosten 1974 insgesamt 85,29% erreichte. Die Ausgaben für Sachaufwand, Baumaßnahmen, Dekorationen, Kostüme, Energiebezüge usw. beliefen sich auf 14,71% der Gesamtausgaben des ÖBThV.

74.4.3.1. Der ÖBThV führte hiezu aus, daß die auf das Jahr 1969 bezogenen Steigerungsraten der Aufwandsgruppen keine statistisch vertretbaren Werte vermittelten, weil die Zahlen des Ausgangsjahres 1969 für die langfristige Entwicklung nicht repräsentativ seien.

So sei insbesondere der Sachaufwand des Jahres 1969 extrem gering gewesen. Um die finanzielle Entwicklung der Bundestheater im Zeitraum 1971 bis 1974 richtig beurteilen zu können, hätte mittels einer einfachen Regressionsanalyse der langjährige Trend der Ausgabenentwicklung ermittelt und sodann der entsprechende Wert für 1969 errechnet werden müssen. Die Ausgaben für den Sachaufwand wären bei Anwendung dieser Rechenmethode gegenüber 1969 nicht um rund 120%, sondern lediglich um rund 94% angestiegen.

74.4.3.2. Zur Entwicklung des Personalaufwandes meinte der ÖBThV, daß die überdurchschnittlichen Steigerungsraten beim Aktivitätsaufwand von 1972 bis 1973 auf die Auswirkungen des Arbeitszeitgesetzes, den Abschluß eines Kollektivvertrages für das technische Personal sowie auf die Vereinbarung über ein neues Bezugsschema für die künstlerischen Gruppen zurückzuführen wären. Die kollektivvertraglichen Vereinbarungen seien im übrigen unter der Federführung des BKA und des BM f. Finanzen verhandelt und abgeschlossen worden.

74.4.3.3. Zur Einnahmenentwicklung bemerkte der ÖBThV, es wäre zu berücksichtigen, daß seit 1968 bei den Bundestheatern keine generelle Preiserhöhung erfolgt sei. 1974 seien zwar die Abonnementpreise um 11% erhöht und 1975 für die vier Bundestheater zusätzliche Preiskategorien geschaffen worden, die hiedurch bedingten Einnahmen hätten jedoch bei weitem nicht der seit 1968 eingetretenen Geldentwertung entsprochen.

74.4.3.4. Weiters vertrat der ÖBThV die Auffassung, die isolierte Darstellung der Kosten des Jahres 1974 habe lediglich eine Momentaufnahme ergeben, nicht jedoch die Beurteilung von Entwicklungstendenzen sowie die Beeinflußbarkeit der Ausgaben und Einnahmen durch den ÖBThV ermöglicht. Die Entscheidung, ein Theater zu betreiben, sowie die geltenden Gesetze, Verordnungen und Erlässe hätten bereits einen wesentlichen Teil des vorhandenen Budgets bestimmt, so daß nur der vom ÖBThV teilweise oder ganz zu disponierende Teil der Ausgaben für die Beurteilung der wirtschaftlichen Führung herangezogen werden könne. Der ÖBThV meinte daher, daß die von ihm unmittelbar oder mittelbar beeinflußten Mehrausgaben durch die erzielten Mehreinnahmen hätten voll gedeckt werden können und daß die durch gesetzliche Maßnahmen verursachte Steigerung der Ausgaben nicht der Leitung des ÖBThV anzulasten wäre.

74.4.4.1. Der RH führte dazu aus, daß er die finanzielle Entwicklung aufgrund der Ergebnisse der Rechnungsabschlüsse der in seine Überprüfung einbezogenen Jahre aufgezeigt habe. Es ist richtig, daß der Sachaufwand im Jahre 1969 mit 81,84 Mill. S niedriger war als der Durchschnitt der Jahre 1965 bis 1969 (91,41 Mill. S) und bei einem Vergleich mit diesem Durchschnitt die Steigerung von 1969 bis 1974 nur 97,8% beträgt. Wird das Jahr 1969 selbst nicht in die Berechnungsgrundlage einbezogen, läßt sich auch ein Steigerungssatz von nur rund 94% errechnen.

74.4.4.2. Auch die Vorgangsweise des ÖBThV, den gesamten Mehreinnahmen nur gewisse, vom ÖBThV unmittelbar oder mittelbar beeinflußte Mehrausgaben gegenüberzustellen, um darzutun, daß diese Ausgaben von der Leitung des ÖBThV durch die erzielten Mehreinnahmen voll gedeckt worden seien, ist problematisch, weil damit noch nicht bewiesen ist, daß die Mehreinnahmen nicht auch mit einem geringeren Aufwand hätten erzielt werden können. Im übrigen hat der ÖBThV wie andere Betriebe des Bundes zu trachten, für seine unvermeidbaren Gesamtausgaben soweit wie nur möglich eine Deckung zu finden.

74.4.4.3. Mehrausgaben entstanden infolge von Maßnahmen des ÖBThV, die nach Auffassung des RH entweder formalrechtlich nicht zulässig waren oder im Interesse der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit hätten unterbleiben sollen. Solche Maßnahmen waren insbesondere die vorschriftswidrige Vorverlegung der 40-Stunden-Woche für das administrative Personal vom 1. Jänner 1975 auf den 1. Jänner 1972, die ungerechtfertigte Zahlung von Mehrleistungsvergütungen, die großzügige Gewährung von Belohnungen, die Beschäftigung einer Anzahl von Dienstnehmern in der Verwaltung aufgrund von Bühnendienstverträgen, die kollektivvertragliche Regelung für das technische Personal — sie liegt erheblich über dem Gehaltsniveau des öffentlichen Dienstes —, die Gewährung von Zulagen an verschiedene Bedienstete des technischen Personals ohne entsprechende Rechtsgrundlage sowie die hohen Ausgaben für unterbeschäftigte Künstler u. s. w.

Kartengebarung

74.5.1.1. Ein Vergleich der Zahl sämtlicher Besucher in der Spielzeit 1970/71 mit jener sämtlicher Besucher in der Spielzeit 1973/74 zeigt, daß sich bei allen Bundestheatern die Hausausnützung verbessert hat, und zwar im Burgtheater von 78,2% auf 79,3%, im Akademietheater von 86,2% auf 89,6%, in der Staatsoper von 86,9% auf 90,6% und in der Volksoper von 77,2% auf 89,4%. Wird nur die Zahl jener Besucher berücksichtigt, die für den Theaterbesuch tatsächlich gezahlt haben, so ergibt sich eine Hausauslastung für die Spielzeit 1970/71 im Burgtheater von 64,7%, im Akademietheater von 62,6%, in der Staatsoper von 74,2% und in der Volksoper von 62,4%; sie erhöhte sich in der Spielzeit 1973/74 jeweils auf 67,3%, 68,5%, 78,9% und 77,1%.

74.5.1.2. In der Spielzeit 1971/72 wurden 1 260 665, in der Spielzeit 1972/73 1 283 865 und in der Spielzeit 1973/74 1 303 988 Karten für die Vorstellungen der Bundestheater verkauft. Die Steigerung des Kartenverkaufes der Spielsaison 1973/74 gegenüber der Spielzeit 1971/72 betrug insgesamt 43 323 Stück oder rund 3,4%, von denen 33 710 Stück auf die Staatsoper, 14 062 Stück auf die Volksoper und 4 612 Stück auf das Burgtheater entfielen. Beim Akademietheater ging der Kartenverkauf um 9 061 Stück zurück.

74.5.1.3. Die Bruttoeinnahmen aus dem Vorstellungsbetrieb beliefen sich für die Spielzeit 1971/72 auf rund 123,65 Mill. S, für die Spielzeit 1972/73 auf rund 133,59 Mill. S und für die Spielzeit 1973/74 auf rund 142,70 Mill. S, was eine Steigerung im Vergleichszeitraum um rund 19,05 Mill. S oder 15,41% bedeutet. In diesem Mehrbetrag ist keine Umsatzsteuer enthalten, weil der ÖBThV seit 1. Jänner 1973 von seinen Einnahmen aus dem Theaterbetrieb wohl 8% an Umsatzsteuer abzuführen hat, bisher aber davon Abstand nahm, diese Steuer auf die Eintrittspreise aufzuschlagen.

Die größte Einnahmensteigerung, nämlich von 82,4 Mill. S (1971/72) auf 91,8 Mill. S (1973/74), war bei den Tageseinnahmen (voll bezahlte Karten, ermäßigte Karten, Stehplatzkarten) festzustellen. Es entfielen auf die Staatsoper Mehreinnahmen von rund 5,4 Mill. S, die Volksoper von rund 1,4 Mill. S und das Burgtheater von rund 2,8 Mill. S; die Einnahmen des Akademietheaters blieben fast unverändert, weil, wie in der Äußerung des ÖBThV erläutert wurde, eine durchschnittliche Hausauslastung von über 90% kaum mehr zu steigern sei.

Während die Einnahmen für Abonnements mit 29,1 Mill. S und 29,4 Mill. S beinahe gleich blieben, sanken jene aus geschlossenen oder teilweise geschlossenen Vorstellungen von 12,2 Mill. S auf 11 Mill. S.

74.5.2. Den Rückgang der Einnahmen aus geschlossenen Vorstellungen führte der ÖBThV auf den Trend der Bundestheater zur allgemeinen Öffnung für den freien Kartenverkauf zurück, der insbesondere für die Staatsoper infolge der großen Nachfrage von Bedeutung sei.

74.6.1.1. Bis 1. Feber 1968 stellten die Bundestheater täglich Freikarten für „echte Dienstsitze" Personen, die aufgrund theatergesetzlicher Bestimmungen den Vorstellungen beizuwohnen hatten (Dienstärzte, Polizei, Feuerpolizei usw.), zur Verfügung. Tägliche Freikarten gab es ferner für „sonstige Dienstsitze", die jeweils auf Abruf bestimmten Zentralstellen des Bundes und der Länder Wien und Niederösterreich ausgefolgt wurden. Weitere Freikarten erhielten Angehörige des Bundesheeres, Journalisten und bestimmte Premierenbesucher. Dazu kamen noch die „Wattekarten", die bei schlecht verkauften Vorstellungen abgegeben wurden.

Um den nach Schätzung des Bundesministers für Unterricht durch die Abgabe der Freikarten entstandenen Einnahmenverlust von rund 2 Mill. S pro Spieljahr zu beseitigen, wurde mit Wirkung vom 1. Feber 1968 an die Freikartenvergabe neu geregelt.

Insbesondere wurde die Zahl der auf Abruf zur Verfügung gestellten Freikarten für „sonstige Dienstsitze" stark verringert, weil sie nur mehr gegen Entrichtung des vorgesehenen Entgeltes überlassen wurden.

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1971 an änderte das Generalsekretariat des ÖBThV auf Weisung des Bundesministers für Unterricht und Kunst die Freikartenvergabe neuerlich. Es durften Freikarten nur mehr für jene Vorstellungen ausgegeben werden, von denen anzunehmen war, daß sie nicht ausverkauft sein würden. Ausgenommen von dieser Regelung waren lediglich Freikartenbezieher, „deren Besuch im Interesse der Bundestheater" gelegen war.

74.6.1.2. Obwohl eine Einnahmensteigerung durch Verringerung der Freikartenkontingente gerade bei jenen Vorstellungen hätte erzielt werden können, deren Publikumswirksamkeit voraussehbar war — zu diesen Aufführungen zählten auch die Premieren —, wurden gerade für solche Stücke zahlreiche Freikarten ausgegeben.

74.6.1.3. Die Zahl der Freikarten für Premieren der Bundestheater betrug in der Spielzeit 1971/72 5 356, in der Spielzeit 1972/73 6 201 und in der Spielzeit 1973/74 6 122. Das Verhältnis von Anzahl und Nennwert der Freikarten zu den verkauften Karten zeigte, daß als Freikarten überwiegend teure und teuerste Eintrittskarten zur Verfügung gestellt wurden.

74.6.2. Der RH sprach sich gegen die hohe Zahl der Freikarten für Premieren aus. Er empfahl, im Hinblick auf die finanziellen Auswirkungen die Zahl der ständigen und der fallweisen Premierenbesucher mit Freikarten auf ein vertretbares Maß zu verringern, wobei der Bundesminister für Unterricht und Kunst die einzelnen Personen, die ständig zu Premieren der Bundestheater eingeladen würden, namentlich zu bestimmen hätte. Hinsichtlich der anderen Freikarten rief der RH die Weisung des Bundesministers für Unterricht und Kunst vom 31. August 1971 in Erinnerung, derzufolge Freikarten grundsätzlich nur mehr für jene Vorstellungen abgegeben werden sollten, von denen anzunehmen ist, daß sie nicht ausverkauft werden. Die Regelung, daß von dieser generellen Weisung Persönlichkeiten, deren Besuch im Interesse der Bundestheater liegt, ausgenommen sind, empfahl der RH, auf Einzelfälle zu beschränken.

74.6.3. Der ÖBThV führte dazu aus, daß mit Wirkung vom 1. September 1976 an die Vergabe der Freikarten insoweit neu geregelt werde, als Politiker, Beamte und sonstige Prominenz vom Bezug der Freikarten ausgeschlossen würden. Für den begrenzten Kreis der Repräsentanten aus Wissenschaft, Kunst und Wirtschaft werde ein Vorkaufsrecht für Kaufkarten vorgesehen. Die Direktoren der einzelnen Theater würden in Hinkunft nur mehr Theaterdirektoren, Leiter kultureller Institutionen, mit denen die Theater in enger künstlerischer oder wirtschaftlicher Verbindung stehen, zu Premieren einladen; ausgenommen die Fälle, in denen der Besuch einer Aufführung der Bundestheater im Interesse des Staates oder der Stadt Wien erfolgt, sei der volle Preis zu bezahlen. Für „Wattekarten" und Freikarten für Repertoirevorstellungen, die tunlichst nur dann ausgegeben würden, wenn eine Vorstellung nicht ausverkauft ist, werde in Zukunft generell ein Betrag von 20 S eingehoben werden. Mit dieser Maßnahme würden die Empfehlungen des RH und des BM f. Unterricht und Kunst erfüllt.

74.7.1.1. Anläßlich der Einführung der Aktion des Burgtheaters „Junge Burg", bei der Besucher unter 25 Jahren bei gewissen Vorstellungen eine Ermäßigung von 50% erhielten, wies der geschäftsführende Direktor des „Theater der Jugend" in einem Schreiben an den Bundesminister für Unterricht und Kunst darauf hin, daß das „Theater der Jugend" vom ÖBThV eine Ermäßigung von 60% erhalte. Um den eigenen Verwaltungsaufwand zu decken, könnten jedoch nur 30% bis 40% dieser Ermäßigung an die Jugendlichen weitergegeben werden. Die Jugendlichen hätten somit im Abonnement mehr für die Karten zu zahlen als bei freiem Kauf der Karten. Der geschäftsführende Direktor verlangte daher, daß dem „Theater der Jugend" beim Besuch der Vorstellungen der „Jungen Burg" eine 40%ige Ermäßigung der halben Preise zugestanden werden sollte.

74.7.1.2. In diesem Zusammenhang sah sich der Generalsekretär des ÖBThV veranlaßt, den Bundesminister für Unterricht und Kunst darauf hinzuweisen, daß es nicht Aufgabe des ÖBThV sei, das „Theater der Jugend" direkt oder indirekt zu subventionieren bzw. die Kosten oder Teile der Kosten der Administration dieses Betriebes zu tragen. Der ÖBThV sei in der Lage, die Karten direkt ohne Umweg über das „Theater der Jugend" an die Schulen abzugeben, ohne dabei Verwaltungskosten in Rechnung stellen zu müssen. Die gesamte Ermäßigung von 60% käme in diesem Falle den Jugendlichen zugute.

74.7.2. Wäre der ÖBThV tatsächlich in der Lage, ohne Personalvermehrung den Schulen ohne Umweg über das „Theater der Jugend" die ermäßigten Karten zukommen zu lassen, so ergäbe sich dadurch nach Auffassung des RH eine bedeutende Verbilligung von Theaterkarten für die Schuljugend. Sie läge nicht nur im finanziellen Interesse vieler Eltern, sondern wäre auch geeignet, die Besucherzahlen der Bundestheater zu erhöhen. Letztlich könnte auch der Vorwurf vermieden werden, der ÖBThV subventioniere indirekt das „Theater der Jugend".

74.7.3. Der ÖBThV bemerkte hiezu, der Bundesminister für Unterricht und Kunst werde in dieser Angelegenheit eine Besprechung zwischen dem „Theater der Jugend" und dem ÖBThV herbeiführen, bei welcher Ermäßigungssätze und Verkaufsprovision für das „Theater der Jugend" neu festgelegt werden sollen.

Vertragsangelegenheiten leitender Funktionäre

74.8.1. Mit Wirkung vom 1. Juli 1971 an wurde der Generalsekretär des ÖBThV bestellt und mit ihm ein Bühnendienstvertrag abgeschlossen. Gemäß § 1 dieses Vertrages und § 11 der Geschäftsordnung des ÖBThV obliegt dem Generalsekretär die organisatorische, administrative, kommerzielle und technische Leitung des ÖBThV. Für die administrative, technische und künstlerische Leitung der einzelnen Bundestheater hingegen sind gemäß § 5 der erwähnten Geschäftsordnung die für ihr Theaterinstitut allein verantwortlichen Direktoren zuständig.

74.8.2. Der RH fand, daß der Abschluß eines Bühnendienstvertrages mit dem Generalsekretär nicht mit der Gesetzeslage zu vereinbaren war, weil ein solcher Vertrag nach § 1 Abs. 1 des Schauspielergesetzes die Leistung künstlerischer Dienste voraussetzt, die vom Generalsekretär zu erbringenden Leistungen dagegen nicht künstlerischer Art sind. Der RH wies darauf hin, daß der Abschluß eines Bühnendienstvertrages

mit dem Direktor für kulturelle Angelegenheiten — einem der fünf Leitungsmitglieder des ÖBThV — mit dem zutreffenden Hinweis abgelehnt worden war, die von letzterem wahrzunehmenden Agenden seien keine künstlerische Tätigkeit im Sinne des Schauspielergesetzes, sondern nur eine koordinierende Verwaltungsfunktion innerhalb der Bundestheater. Der RH hat daher die Auffassung vertreten, daß dieser hinsichtlich des Dienstverhältnisses mit dem Direktor für kulturelle Angelegenheiten durchaus richtige Standpunkt auch beim Abschluß des Dienstvertrages mit dem Generalsekretär einzunehmen gewesen wäre.

74.8.3. Zur Kritik des RH, daß mit dem Generalsekretär mangels einer von diesem zu erbringenden künstlerischen Tätigkeit unzulässigerweise ein Bühnendienstvertrag abgeschlossen worden sei, nahm das BM f. Unterricht und Kunst ausführlich Stellung und vertrat im Gegensatz zum RH die Ansicht, der Generalsekretär sei sehr wohl zur Leistung künstlerischer Dienste verpflichtet.

74.9.1.1. Der Bühnendienstvertrag mit dem Generalsekretär wurde für die Zeit vom 1. Juli 1971 bis 31. August 1986, somit für einen Zeitraum von mehr als 15 Jahren, abgeschlossen. Der für die Zeit vom 1. Juli 1971 an vereinbarte Monatsbezug lag erheblich über jenem des letzten Leiters der BThVw. Außer auf den festen Monatsbezug hatte der Generalsekretär noch Anspruch auf vier Sonderzahlungen in der Höhe von je der Hälfte eines Monatsbezuges. Bei den anderen mit Bühnendienstvertrag verpflichteten Mitgliedern waren die Sonderzahlungen auf einen bestimmten Betrag beschränkt.

74.9.1.2. Im § 8 des mit dem Generalsekretär abgeschlossenen Bühnendienstvertrages wurde vereinbart, daß der feste Monatsbezug sich in dem Verhältnis erhöht, in dem sich der Gehalt eines Bundesbeamten der Dienstklasse VIII Gehaltsstufe 1 ändert. Neben der Teuerungsabgeljung erhielt der Generalsekretär somit auch teweils eine Reallohnerhöhung. Im Gegensatz dazu wurden die Bezüge der mit Einzelbühnendienstverträgen verpflichteten Mitglieder der Bundestheater nur im Ausmaß der den Bundesbeamten gewährten Teuerungszulagen wertgesichert, und selbst diese Teuerungszulagen wurden nur für Monatsbezüge gewährt, die den Betrag von 26 264 S nicht überstiegen.

74.9.1.3. Dem Generalsekretär wurden im Hinblick auf Dienstzeiten, die er bei früheren Dienstgebern verbracht hatte, gemäß § 8 Abs. 2 des Bundestheaterpensionsgesetzes (kurz BThPG) für die Bemessung des Ruhegenusses 15 Jahre beitragsfrei angerechnet.

74.9.2.1. Nach Auffassung des RH wäre es zweckmäßiger gewesen, den Vertrag mit dem Generalsekretär nicht auf die Dauer von 15 Jahren, sondern auf die Dauer von fünf Jahren abzuschließen und ihn bei erfolgreicher Tätigkeit des Generalsekretärs für die Bundestheater jeweils vor Ablauf der Geltungsdauer zu verlängern.

74.9.2.2. Die vertraglich vereinbarte Anrechnung von 15 Jahren fand der RH sachlich nicht gerechtfertigt, weil mit Ende der 15jährigen Laufzeit des Vertrages der Generalsekretär eine längere ruhegenußfähige Gesamtdienstzeit haben werde, als er für die Erreichung des vollen Ruhegenusses benötige. Nach den „Erläuternden Bemerkungen" zum § 8 Abs. 2 BThPG sollte die Möglichkeit geschaffen werden, Mitgliedern des künstlerischen Personals der Bundestheater Vordienstzeiten auch über die bestehenden Anrechnungsvorschriften hinaus anzurechnen, wenn dies für die Gewinnung von bedeutenden künstlerischen Solokräften oder für deren weitere Bindung an die Bundestheater erforderlich ist. Wenn daher in Anwendung des § 8 Abs. 2 BThPG einem — überdies gar nicht zu den Solisten zählenden — Mitglied eine Pensionsversorgung durch den derzeitigen und eine weitere Pensionsversorgung durch den früheren Dienstgeber zugesichert wurde, so steht dies nach Ansicht des RH mit der Zweckbestimmung der erwähnten Gesetzesstelle nicht in Einklang.

74.9.2.3. Ferner hielt es der RH sachlich nicht für gerechtfertigt, daß in dem mit dem Generalsekretär abgeschlossenen Bühnendienstvertrag sowohl hinsichtlich der Sonderzahlung als auch der Wertsicherung des festen Monatsbezuges von der sonst bei Einzelbühnendienstverträgen üblichen Vorgangsweise abgewichen worden war.

74.9.3. Das BM f. Unterricht und Kunst begründete den Abschluß der vom RH bemängelten Vertragsbestimmungen auch damit, daß der Generalsekretär im Zeitpunkt seiner Bestellung einen weitaus günstigeren Dienstvertrag mit seinem früheren Dienstgeber besessen habe. Außerdem erachtete es das BM f. Unterricht und Kunst für verfehlt, die Bezüge des Generalsekretärs mit jenen der letzten zwei Leiter der BThVw zu vergleichen, weil im Gegensatz zu den beamteten Leitern der BThVw an den Generalsekretär ganz andere Anforderungen, nämlich die eines Theater-Managers, gestellt würden.

Ferner machte das BM f. Unterricht und Kunst geltend, daß einzelne vom RH beanstandete Vertragsbestimmungen, wie die beitragsfreie Anrechnung von 15 Jahren, im Rahmen

des freien Ermessens abgeschlossen worden seien und es im Wesen des freien Ermessens liege, daß es keiner Begründung bedürfe. Wenn der RH die Anrechnung von 15 Jahren beanstande, dann gehe er von der theoretischen und zukunftsorientierten Erwägung des Ablaufes des mit dem Generalsekretär abgeschlossenen Vertrages aus und berücksichtige nicht den möglichen Fall einer vorzeitigen Beendigung des Vertrages. Aus dem Wortlaut des § 8 Abs. 2 BThPG ergebe sich, daß der Gesetzgeber die Anrechnung nur insofern eingeschränkt habe, als diese im Interesse der Bundestheater gelegen sein müsse.

Die mit dem Generalsekretär vereinbarte Wertsicherung seiner Bezüge entspreche durchaus den Gepflogenheiten. Es werde jedoch darauf geachtet werden, daß Wertsicherungen in Dienstverträgen in Hinkunft tunlichst dann vermieden werden, wenn es die Verhandlungsposition der Vertreter des Bundes zulasse.

74.9.4. Der RH erwiderte, daß für seine Überprüfung in erster Linie von Belang war, wie die der Position des Generalsekretärs des ÖBThV annähernd vergleichbare Stellung des Leiters der seinerzeitigen BThVw dotiert war und in welcher Relation dazu jene Kosten stehen, die dem Bund durch die mit dem Generalsekretär abgeschlossenen Verträge entstanden sind.

Der Bemerkung, die Wertsicherung habe den Gepflogenheiten entsprochen, hielt der RH entgegen, daß er es angesichts der Höhe des Monatsbezuges des Generalsekretärs nicht für gerechtfertigt halte, neben einer Teuerungsabgeltung auch eine Reallohnerhöhung zu gewähren, die den Bundesbediensteten nur zur Anpassung ihrer Bezüge an die Löhne der Privatwirtschaft zugebilligt wurde.

Zu dem Hinweis, „an den Generalsekretär werden Anforderungen eines Theatermanagers gestellt", bemerkte der RH, daß er diese Absicht nicht in Abrede stellt. Er müsse aber darauf aufmerksam machen, daß die Stellung und Funktion des Generalsekretärs im Rahmen der gegebenen Organisationsstruktur des ÖBThV wesentliche Elemente eines Managements im Sinne der betriebswirtschaftlichen Terminologie nur in eingeschränkter Weise zum Tragen kommen lassen. Dazu gehören nämlich eine viel stärkere Einflußnahme auf die Gestion der einzelnen Theater und der damit verbundenen Gestaltung von Einnahmen und Ausgaben, eine wesentlich größere Koordinationskompetenz, wirksamere Möglichkeiten, durch Verwertung der Theaterproduktionen zusätzliche Einnahmen zu erzielen u. a. m. Die in der Privatwirtschaft üblichen Managerverträge tragen ein Risikoelement in sich, welches neben der erwarteten Leistung ein Motiv für das hohe Einkommen darstellt. Im Vertrag des Generalsekretärs ist im Gegensatz dazu ein hohes Maß an Sicherheit verankert.

74.10.1. Der mit dem Generalsekretär am 29. Juni 1971 abgeschlossene Bühnendienstvertrag wurde mit Additionale vom 24. Juli 1973 geändert. Wenn der Vertrag durch mindestens fünf Jahre erfüllt und das Dienstverhältnis aus in der Person des Dienstnehmers gelegenen Gründen — die gröbliche Verletzung der Dienstpflichten ausgenommen — vorzeitig beendet wird, gebührt dem Generalsekretär gemäß Punkt 1 des Additionales ein Ruhegenuß nach dem BThPG.

74.10.2. Gemäß § 2 Abs. 1 BThPG haben die im § 1 Abs. 1 und 2 dieses Gesetzes genannten Bundestheaterbediensteten bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen nach Ablauf des Monats, in dem sie das 60. Lebensjahr vollendet haben, Anspruch auf Versetzung in den Ruhestand. Vor diesem Zeitpunkt besteht ein Anspruch nur dann, wenn der Bundestheaterbedienstete dauernd unfähig geworden ist, einen seiner Ausbildung, seinen Fähigkeiten und seinen Kenntnissen entsprechenden Dienst zu versehen.

Der RH vertrat die Ansicht, daß die durch das Additionale vom 24. Juli 1973 getroffene Vereinbarung mit dieser dem zwingenden Recht zuzuzählenden Bestimmung des BThPG insofern in Widerspruch stehe, als sie einen Pensionsanspruch auch dort begründen will, wo ein solcher gesetzlich nicht vorgesehen ist.

74.10.3.1. Das BM f. Unterricht und Kunst widersprach der Ansicht des RH, wonach die gegenständliche Vereinbarung gegen zwingende Rechtsvorschriften verstoße.

74.10.3.2. In einer abschließenden Stellungnahme erklärten der Bundesminister für Unterricht und Kunst sowie der Generalsekretär des ÖBThV, daß das Dienstverhältnis des Generalsekretärs unter Berücksichtigung von Empfehlungen des RH durch Abschluß eines Additionales neu geregelt werden würde.

74.11.1. Der designierte Direktor des Burgtheaters war vom 1. September 1971 an mit der Führung der Geschäfte des Direktors des Burgtheaters betraut, hatte jedoch schon im Dezember 1970 mit der Vorbereitung auf seine Direktionsgeschäfte begonnen. Diese vorbereitende Tätigkeit nahm er auf, obwohl von seiner Agentur in der BRD für 1971 noch umfangreiche Engagements abgeschlossen worden waren. Durch die Auflösung dieser durch einen Brief einer Agentur belegten Engagements ist dem designierten Direktor nach seiner Darstellung ein Einnahmenausfall von 410 000 S entstanden. Dieser wurde ihm durch das Regiehonorar von 65 000 S für „Julius Caesar", durch die Bezahlung von neun Monats-

bezügen für seine Vorbereitungszeit und durch eine in neun Raten gezahlte Entschädigung von insgesamt 150 000 S abgegolten.

74.11.2. Die Anweisung des Betrages von 150 000 S bemängelte der RH, weil diese Summe nicht für eine für die Bundestheater erbrachte Leistung des designierten Direktors gezahlt worden war. Es wäre vielmehr Sache des designierten Direktors gewesen, darüber zu befinden, ob seine Engagements in Deutschland vorteilhafter seien als die ihm in Aussicht gestellte Berufung zum Burgtheaterdirektor.

74.11.3. Der ehemalige Direktor des Burgtheaters führte in seiner Stellungnahme dazu aus, daß er vom damaligen Bundesminister für Unterricht und Kunst zum Burgtheaterdirektor berufen worden sei. Eine seiner Bedingungen für die Annahme dieser Berufung wäre gewesen, daß er dadurch keinen finanziellen Nachteil erleide.

74.12.1. Am 1. Juli 1971 wurden mit dem designierten Direktor, einem Regisseur des Burgtheaters, drei Verträge folgenden Inhaltes abgeschlossen:

Für die Zeit vom 1. September 1971 bis 31. August 1972 wurde der betreffende Regisseur mit der Führung der Geschäfte der Direktion des Burgtheaters betraut.

Für die folgenden fünf Jahre, somit für die Zeit vom 1. September 1972 bis 31. August 1977, wurde dieser Regisseur zum Direktor des Burgtheaters ernannt.

Mit einem dritten Vertrag wurde er für die Spieljahre 1971/72 bis 1978/79 als Regisseur weiterhin an das Burgtheater engagiert. Als Entgelt wurde ein fester Monatsbezug vereinbart, welcher jedes Jahr bis zum Spieljahr 1974/75 um 3 000 S anstieg. Für die weitere Vertragsdauer wurden Gagenverhandlungen in Aussicht genommen.

74.12.2.1. Der RH beanstandete, daß der Regievertrag die Zahl der Regieleistungen nicht bestimmt hatte. Die Direktionsverträge, deren integrierenden Bestandteil der Regievertrag bildete, enthielten die Regelung, daß die vertragliche Verpflichtung ohne Bezugsminderung auch dann als erbracht galt, wenn der Dienstnehmer durch seine Direktionstätigkeit gehindert war, mehr als eine Inszenierung im Vertragsjahr auszuführen. Unter Zugrundelegung des im ersten Vertragsjahr gebührenden Monatsbezuges hätte sich somit für die einzige Inszenierung im Jahr ein Honorar von 360 000 S ergeben. Einem vom Direktor des Burgtheaters dem RH übergebenen Schreiben einer Münchner Agentur war zu entnehmen, daß die Städtischen Bühnen in Frankfurt ihm für eine Inszenierung rund 91 000 S, also nur rund ein Viertel des vom Burgtheater zugebilligten Honorars, geboten hatten.

74.12.2.2. Ferner bemängelte der RH, daß der Direktor des Burgtheaters im Spieljahr 1971/72 überhaupt keine selbständige Regiearbeit geleistet hatte, so daß ein Honorar von 360 000 S dafür gezahlt wurde, daß der Direktor an der Fertigstellung von sechs Inszenierungen anderer Regisseure mitwirkte, denen gleichfalls die Honorare ungekürzt angewiesen wurden.

74.12.2.3. Der RH empfahl, über die Zahl der vom Direktor des Burgtheaters durchzuführenden Inszenierungen ab dem Spieljahr 1975/1976 entsprechende Vereinbarungen abzuschließen.

74.12.3.1. Dadurch, daß nicht eine bestimmte Anzahl der vom Direktor des Burgtheaters aufgrund des Regievertrages zu erbringenden Regieleistungen vereinbart worden sei, wäre nach der Stellungnahme des ÖBThV zumindest die theoretische Möglichkeit für die Bundestheater gesichert gewesen, eine unbegrenzte Anzahl von Inszenierungen vom Vertragspartner zu verlangen.

74.12.3.2. Den Verzicht auf die im Spieljahr 1971/72 vom Direktor des Burgtheaters durchzuführenden Inszenierungen begründete der ÖBThV mit den Belastungen durch die Direktionstätigkeit und der Mitwirkung an den sechs Inszenierungen anderer Regisseure. Eine Streichung des Regiehonorares wäre einer finanziellen Bestrafung des Direktors gleichgekommen.

74.12.3.3. Schließlich sei im Sinne der Empfehlung des RH mit dem Direktor des Burgtheaters für die Zeit nach seinem Ausscheiden aus dieser Funktion vereinbart worden, daß von ihm zwei Inszenierungen bei einer weitaus höheren Monatsgage verlangt werden, wobei diese Monatsgage für vier Monate je Inszenierung zu bezahlen sein werde.

74.12.4.1. Der Direktor des Burgtheaters nahm auch selbst zu den Feststellungen des RH über die mit ihm abgeschlossenen Bühnendienstverträge Stellung. Er bezeichnete sich als einen der drei oder vier führenden Regisseure seiner Generation, die an den ersten deutschsprachigen Schauspielhäusern und im deutschen Fernsehen gearbeitet hätten, womit die achtjährige Vertragsdauer als Regisseur am Burgtheater zu erklären sei.

74.12.4.2. Die mit ihm abgeschlossenen Verträge sollten entsprechend dem mit dem damaligen Bundesminister für Unterricht und Kunst hergestellten Einvernehmen der Tätigkeit als Direktor des Burgtheaters Vorrang einräumen, jedoch keinen Verzicht auf eine Regietätigkeit des Burgtheaterdirektors enthalten, weil ein solcher Verzicht für einen hauptberuflichen Regisseur eine schwere berufliche Schädigung darstellen würde. Außerdem sollte für die berufliche Existenz des Direktors des Burgtheaters für die Zeit nach dem Ablauf seiner Direktionsära Vorsorge getroffen werden.

74.12.4.3. Gegen die vom BM f. Finanzen geäußerte Ansicht, welcher sich auch der RH angeschlossen hatte, wonach aufgrund des mit dem Direktor des Burgtheaters abgeschlossenen Regievertrages drei Inszenierungen im Jahr zu verlangen gewesen wären, wendete der Direktor des Burgtheaters ein, daß ein solches Verlangen der seinerzeitigen Absprache mit dem damaligen Bundesminister für Unterricht und Kunst widersprochen hätte.

74.12.4.4. Außerdem treffe es nicht zu, daß er in der Spielzeit 1971/72 360 000 S für eine Inszenierung erhalten habe. Ihm wären für zwei Inszenierungen acht Monatsgehälter zugestanden, und er hätte Anspruch auf vier Monate Pflichturlaub, die ihm auszuzahlen gewesen wären, wenn er sie nicht hätte konsumieren können.

74.12.4.5. Die Bemängelung des RH, daß der Bundesminister für Unterricht und Kunst in der Spielzeit 1971/72 auf die Regieleistung des Direktors des Burgtheaters verzichtet habe, beweise, daß der RH das Sinnvolle in der Wechselwirkung zwischen Direktions- und Regieverträgen nicht erkannt habe.

74.12.5.1. Den Ausführungen des ÖBThV hielt der RH entgegen, daß zwar die vom ÖBThV behauptete theoretische Möglichkeit bestanden habe, aufgrund des Regievertrages eine unbegrenzte Anzahl von Inszenierungen vom Direktor des Burgtheaters zu erhalten. Es wäre jedoch schon bei Vertragsabschluß abzusehen gewesen, daß dieser theoretischen Möglichkeit keine praktische Bedeutung zukomme, weil der Direktor des Burgtheaters in erster Linie die Direktionsgeschäfte wahrzunehmen habe.

74.12.5.2. Da es sich gezeigt habe, daß der Direktor des Burgtheaters im Spieljahr 1971/72 neben der Ausübung der Direktionsgeschäfte nicht einmal eine Inszenierung durchführen konnte, wäre es unzweckmäßig gewesen, ihn gleichzeitig als Direktor des Burgtheaters und Regisseur zu verpflichten.

74.12.5.3. Wenn der Direktor des Burgtheaters für die Jahre nach seiner Direktionsära für einen weitaus höheren Monatsbezug nur zwei Inszenierungen im Jahr erbringen müsse, wobei ihm für jede Inszenierung vier Monatsbezüge bezahlt würden, so könne ein solcher Vertragsabschluß nicht als Befolgung einer Empfehlung des RH angesehen werden.

74.12.5.4. Den Ausführungen des Direktors über dessen Dienstverträge hielt der RH entgegen, daß der Direktor als Regisseur aufgrund eines Acht-Monate-Vertrages an das Burgtheater verpflichtet worden sei. Da er als Regisseur die vier Monate Pflichturlaub nie konsumiert habe, seien alljährlich zwölf Monatsbezüge gezahlt worden, die als tatsächliche Kosten für die Beurteilung durch den RH von Bedeutung gewesen wären.

74.13.1. Mit dem Direktor-Stellvertreter des Burgtheaters wurde am 20. Oktober 1972 ein Bühnendienstvertrag abgeschlossen. Das aufgrund der Dienstinstruktion vom 8. Oktober 1971 vor Vertragsabschluß befaßte BM f. Finanzen war der Ansicht, daß die Bezüge des Direktor-Stellvertreters des Burgtheaters nicht höher angesetzt werden sollten als die jeweiligen Gagen des Direktor-Stellvertreters der Staatsoper. Tatsächlich bezog der Direktor-Stellvertreter des Burgtheaters ein höheres Monatsentgelt als der Direktor-Stellvertreter der Staatsoper. Dennoch wurde der Vertrag mit dem Direktor-Stellvertreter des Burgtheaters in seiner ursprünglichen Form abgeschlossen.

74.13.2. Der RH bemängelte, daß den berechtigten Einwänden des BM f. Finanzen nicht Rechnung getragen und dadurch dem Bund ein finanzieller Nachteil für den gesamten in Rede stehenden Zeitraum in Höhe von 60 000 S zugefügt worden war.

74.13.3. Der ÖBThV begründete seine Vorgangsweise mit Zusagen des Direktors des Burgtheaters an seinen späteren Stellvertreter, mit dem Gagengefüge am Burgtheater und mit der langjährigen verdienstvollen Tätigkeit des Direktor-Stellvertreters.

74.13.4. Der RH erwiderte, daß die vom ÖBThV geltend gemachten Umstände dem BM f. Finanzen weitgehend bekannt gewesen seien und dieses dennoch die Zustimmung verweigert habe. Die Organe des ÖBThV seien daher nicht ermächtigt gewesen, den Vertrag mit dem Direktor-Stellvertreter ohne entsprechende Korrektur der vereinbarten Gage abzuschließen.

74.14.1. Mit einem Bühnendienstvertrag vom 12. Juli 1963 wurde ein ehemaliger Leiter der BThVw zum Direktor der Staatsoper bestellt. Der Vertrag umfaßte eine Laufzeit vom 1. September 1963 bis 31. August 1968 und wurde mit Additionale vom 31. März 1966 um weitere zwei Jahre bis 31. August 1970 verlängert. Bereits im Laufe des Jahres 1967 zeigte sich jedoch die Notwendigkeit, den Direktor der Staatsoper abzulösen.

Es wurde daher am 16. Jänner 1968 zwischen der BThVw und dem Direktor der Staatsoper die Beurlaubung des Direktors mit Wirkung vom 1. Februar 1968 bis 31. August 1970 vereinbart. Für die Dauer der Beurlaubung behielt der Direktor den Anspruch auf seinen Monatsbezug einschließlich des einen Bestandteil des Monatsbezuges bildenden Repräsentationspauschales.

74.14.2. Der RH wies auf die Bestimmung des § 2 Abs. 2 lit. a BThPG hin, wonach ein Bundestheaterbediensteter vom Dienstgeber in den dauernden Ruhestand versetzt werden kann, wenn er dauernd unfähig ist, seinen Dienst ordnungsgemäß auszuüben. Mit Rücksicht darauf, daß die Weiterzahlung der Bezüge des Staatsoperndirek-

tors vom 1. Februar 1968 bis 31. August 1970 die Bundestheater mit 1 033 540 S belasten werde, wäre es nach Ansicht des RH eher zu vertreten gewesen, den Direktor der Staatsoper in den Ruhestand zu versetzen, als ihn so lange zu beurlauben.

74.14.3. Der ÖBThV teilte dazu in seiner Stellungnahme mit, daß es sich vielleicht im nachhinein beurteilen lasse, ob und inwieweit die Ruhestandsversetzung damals möglich gewesen wäre; zum Zeitpunkt der entscheidenden Verhandlungen hingegen sei es nicht abzuschätzen gewesen. Außerdem wies der ÖBThV auf ein Gutachten der Finanzprokuratur hin, die sich außerstande sah, zu beurteilen, mit welchen Erfolgsaussichten der mit dem Staatsoperndirektor abgeschlossene Bühnendienstvertrag vorzeitig aufzulösen gewesen wäre.

74.15.1. Am 18. Jänner 1968 verstarb der erwähnte Staatsoperndirektor. Aufgrund der mit ihm abgeschlossenen Vereinbarung vom 16. Jänner 1968 wurden die Monatsbezüge bis 31. August 1970 an die dem Staatsoperndirektor nur kirchlich angetraute Gattin ausbezahlt, welche aus diesem Titel insgesamt über eine Million S erhielt. Ferner wurde auf die Hereinbringung des am Todestage des Staatsoperndirektors noch aushaftenden Bezugsvorschußrestes von 79 000 S verzichtet, weil dieser Betrag durch eine Risikoversicherung gedeckt war. Der von der Versicherung an die BThVw gezahlte Betrag wurde teilweise für die Instandsetzung des Grabes des Verstorbenen verwendet, der Restbetrag an die nur kirchlich angetraute Gattin ausgezahlt. Außerdem hat die BThVw die Begräbniskosten in Höhe von 61 570 S übernommen, obwohl die Hinterbliebenen zwei Todesfallbeiträge in Höhe von rund 75 000 S erhielten. Schließlich kam die BThVw noch für Kosten in Höhe von 30 000 S auf, die dem Staatsoperndirektor für die rechtsfreundliche Vertretung durch einen Rechtsanwalt entstanden waren.

74.15.2.1. An diesem Sachverhalt bemängelte der RH, daß die BThVw, die sich für die Aufrechterhaltung des Dienstverhältnisses des verstorbenen Staatsoperndirektors entschieden hatte, mit dem Ende dieses Dienstverhältnisses nicht die Einstellung der Bezugszahlung vereinbarte. Da dies nicht geschehen ist, wäre zur Vermeidung eines weiteren finanziellen Nachteils festzulegen gewesen, daß wenigstens der Witwenversorgungsbezug, der ab 1. Februar 1968 an die nach staatlichem Recht angetraute Gattin zu zahlen war, von den an die dem Verstorbenen nur kirchlich angetraute Gattin auszuzahlenden Bezügen abzuziehen gewesen wäre. Auch der Verzicht auf die Rückzahlung des dem Staatsoperndirektor seinerzeit gewährten Bezugsvorschusses hielt der RH für sachlich unbegründet.

74.15.2.2. Ferner hielt es der RH für unangebracht, daß die BThVw im Hinblick auf die ihr durch die Vereinbarung vom 16. Jänner 1968 erwachsenen hohen Kosten auch noch die gesamten Begräbniskosten für den Verstorbenen übernommen hatte. Den Hinterbliebenen wären wenigstens jene Kosten, die üblicherweise bei einem Begräbnis anfallen, zu verrechnen gewesen.

74.15.2.3. Desgleichen habe nach Ansicht des RH für die Übernahme der Rechtsanwaltskosten durch die BThVw weder eine sachliche noch eine rechtliche Begründung bestanden.

74.15.3. Der ÖBThV führte in seiner Stellungnahme dazu aus, es sei dem verhandlungsführenden Leiter der damaligen BThVw im Hinblick auf die schwierige Situation offenbar nicht der Gedanke gekommen, den Betrag des Versorgungsgenusses der nach staatlichem Recht angetrauten Gattin von den weiter zu zahlenden Bezügen einzubehalten. Ein solches Ansinnen wäre auch vom Direktor der Staatsoper kompromißlos abgelehnt worden. Durch die Bezahlung der gesamten Begräbniskosten sei in diesem Falle von der sonstigen Übung der Bundestheater, nur die durch die Trauerfeier im betreffenden Bundestheater aufgelaufenen Kosten zu tragen, abgegangen worden. Die Anwaltskosten wiederum seien deshalb vom Bund übernommen worden, weil dieser das Begehren auf vorzeitige Auflösung des Vertragsverhältnisses gestellt habe.

74.16.1. Ein anderer Direktor der Staatsoper wurde im unmittelbaren Anschluß an seine Direktionsära für das Spieljahr 1972/73 als Sonderberater in allgemeinen künstlerischen und künstlerisch-organisatorischen Fragen engagiert. In dieser Eigenschaft sollte er vor allem die mit der Übergabe der Geschäfte des Direktors der Staatsoper verbundenen Arbeiten ausführen. Ferner sollte er mit der Durchführung von Aufgaben und Vorhaben betraut werden, die seine Tätigkeit im Rahmen der Bundestheater betrafen und in denen er unmittelbar dem Generalsekretär unterstellt wurde. Für die mit ihm vertraglich vereinbarten Aufgaben war ihm jener Monatsbezug ausgezahlt worden, den er als Direktor der Staatsoper erhalten hatte.

Der RH stellte allerdings fest, daß der als Sonderberater verpflichtete ehemalige Direktor der Staatsoper im Bereich des Generalsekretariates nicht tätig geworden war.

74.16.2. Die im Vertrag vorgesehenen Übergabearbeiten hätten nach Ansicht des RH noch während der Direktionszeit erfolgen können, weil der Nachfolger bereits seit 8. Oktober 1970 designiert war und sich seither auf die Übernahme der Direktion der Staatsoper vorbereitete und weil der Direktor selbst am 15. Jänner 1972 seine Absicht bekundete, die Leitung der Staatsoper niederzulegen.

Außerdem bemerkte der RH, daß der als Sonderberater verpflichtete ehemalige Direktor der Staatsoper mit Rücksicht auf die mit seinem Vertrag verbundenen Jahreskosten von fast einer halben Million S nutzbringend zu beschäftigen gewesen wäre.

74.16.3. Der ÖBThV teilte dazu mit, daß die Verlängerung des Vertrages aufgrund einer Zusage des damaligen Bundesministers für Unterricht und Kunst erfolgt sei. Die Höhe der Gage habe jenem Bezug entsprochen, der 1968 bei der Übernahme der Direktion der Staatsoper vereinbart worden sei. Dieser Bezug wäre mit der bis dahin eingetretenen Wertminderung, mit der Höhe der dem Nachfolger in der Funktion des Staatsoperndirektors gewährten Gage sowie mit dem Umfang des vertraglich vereinbarten Aufgabengebietes zu erklären.

Der ÖBThV fand es außerdem durchaus zweckmäßig, den vom RH bemängelten Vertrag abzuschließen, weil der ehemalige Direktor schon auf eine Dienstzeit von fast 50 Jahren zurückblicken konnte, weil niemand anderer mit gleicher künstlerischer und intellektueller Begabung eine solche Erfahrungsmenge hatte aufweisen können und weil der ehemalige Direktor der Staatsoper zudem noch im Vollbesitz seiner geistigen und körperlichen Kräfte gestanden war. Eine solche Kapazität für die Neuordnung der Bundestheater als Ratgeber zu nutzen, wäre ein wohl sehr begreifliches Motiv der ministeriellen Entscheidung gewesen, dem nicht zu folgen, vielleicht sogar als Unterlassung hätte ausgelegt werden können. Außerdem sei der Genannte keineswegs untätig gewesen, sondern habe durch seine Beratung in zahlreichen fachlichen Gesprächen den mit ihm abgeschlossenen Vertrag voll erfüllt.

74.16.4. Da der scheidende Direktor nicht die Planung für das Spieljahr 1972/73 durchzuführen hatte — diese Aufgabe hat der damals neue Direktor im Rahmen seiner vorbereitenden Tätigkeit wahrgenommen —, hätte er nach Auffassung des RH ohne Mehrbelastung die Übergabe der Direktionsgeschäfte an den längst designierten Nachfolger noch vor Beendigung seiner Direktionszeit durchführen können. Es wäre daher der mit dem Abschluß dieses vom RH bemängelten Vertrages verbundene Aufwand weder mit Übergabearbeiten, noch mit sonstigen Aufgaben zu rechtfertigen gewesen, weil die Gegenleistung des Dienstnehmers für den mit rund einer halben Million S honorierten Vertrag nur in zahlreichen Gesprächen — allerdings nicht mit dem nachfolgenden Operndirektor — bestanden habe.

74.17.1. Am 8. Oktober 1970 wurde der damalige Generalsekretär der Gesellschaft der Musikfreunde in Wien zum Direktor der Staatsoper designiert. Für die 23 Monate dauernde Vorbereitungszeit erhielt er einen Pauschalbetrag von 1 170 000 S. Die Sekretärin des Generalsekretärs der Musikfreunde und dessen spätere Sekretärin in der Direktion der Staatsoper bekam für die im Rahmen der Vorbereitungstätigkeit des designierten Staatsoperndirektors geleisteten Arbeiten eine Pauschalabgeltung von 72 000 S. Außerdem leistete die Gesellschaft der Musikfreunde im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten des designierten Staatsoperndirektors Zahlungen in Höhe von 308 313 S, welche 1973 der Gesellschaft vom ÖBThV refundiert wurden. Von diesem Betrag entfielen u. a. rund 78 000 S auf Personalkosten, rund 53 000 S auf Telephon- und Telegrammspesen und über 100 000 S auf Hotelkosten und Reisespesen. Eine genaue Überprüfung dieser Ausgaben konnte vom ÖBThV nicht vorgenommen werden, weil ihm die in der Gesellschaft der Musikfreunde aufbewahrten Belege nicht zugänglich waren und auch dem RH bis Ende 1974 nicht vorgelegt wurden.

74.17.2. Dem RH erschien es ungerechtfertigt, einem designierten Direktor der Staatsoper eine fast zweijährige, mit einem Betrag von 1,17 Mill. S honorierte Vorbereitung zuzubilligen, zumal an anderen Bühnen des In- und Auslandes so lange und so teure Vorbereitungszeiten nicht üblich sind. Außerdem äußerte der RH die Auffassung, daß es zweckmäßiger und billiger gewesen wäre, wenn der designierte Direktor seine Vorbereitungszeit im räumlichen Bereich der Staatsoper verbracht und sich dabei u. a. auch der Fachkräfte dieses Hauses bedient hätte.

74.17.3.1. Der ÖBThV bezeichnete die für die Vorbereitungszeit gezahlte Pauschalabgeltung als eine im Ermessen der Vertragspartner gelegene Anerkennung der erbrachten Leistung, welche die Zustimmung der Chefs der beteiligten Ressorts gefunden habe. Die Vorbereitungszeit selbst erscheine zwar lang, die Designierung sei aber im Interesse des bestmöglichen Ablaufes des Leitungswechsels frühzeitig erfolgt. Auch habe bisher noch kein designierter Direktor bei den Bundestheatern für seine Vorbereitungszeit das Personal, das dem noch im Amt befindlichen Direktor zur Verfügung stand, verwendet. Dies wäre, abgesehen von den nicht erwünschten Nebenerscheinungen, wie etwa Indiskretionen, auch deshalb ausgeschlossen gewesen, weil jede der in Betracht kommenden Fachkräfte mit den täglichen Direktionsgeschäften voll ausgelastet gewesen sei. Die Bezahlung einer Mitarbeiterin für den designierten Staatsoperndirektor sei daher gerechtfertigt gewesen.

74.17.3.2. Der Staatsoperndirektor wies in seiner Stellungnahme insbesondere noch darauf hin, daß ihm der Posten eines Direktors der Staatsoper angeboten worden sei und nicht er sich

um diesen Posten beworben habe. Desgleichen habe er nicht die Honorierung der Vortätigkeit in der Höhe jenes Betrages verlangt, den er dann tatsächlich erhalten habe. Dieser Betrag sei ihm vielmehr als Anerkennung für eine Arbeitsleistung gewährt worden, die neben der Vorbereitung seiner Direktion auch die Mitwirkung an der Vorbereitung der Bundestheaterreform betroffen hatte.

Die Vorbereitungsarbeiten für die Übernahme der Leitung der Staatsoper hätten nicht in der Staatsoper geleistet werden können, weil dem designierten Direktor nur ein kleiner Raum zur Verfügung gestellt worden sei, der noch amtierende Direktor aber bestrebt gewesen wäre, sein 50. Dienstjahr in dieser Stellung zu vollenden, und das übrige Personal ohnehin voll ausgelastet gewesen sei. Auch die für eine Spielplangestaltung notwendigen Unterlagen seien in der Staatsoper nicht vorhanden gewesen.

74.17.4.1. Der RH hielt diese Stellungnahmen insofern für unzutreffend, als es bei entsprechender Koordination hätte möglich sein müssen, daß ein designierter Direktor für die Vorbereitungszeit in einem Raum der Staatsoper untergebracht wird, zumal dann die Vorbereitungszeit durch die zur Verfügung stehenden sachlichen und persönlichen Hilfsmittel effizienter hätte genützt werden können.

74.17.4.2. Weiters bemerkte der RH, er hätte nicht feststellen können, daß der designierte Direktor während der 23monatigen Vorbereitungszeit ausschließlich der Staatsoper oder den anderen Bundestheatern zur Verfügung gestanden sei. Da der künftige Direktor während der Vorbereitungszeit noch hauptamtlicher Generalsekretär der Gesellschaft der Musikfreunde gewesen sei, wäre eine Abgeltung dieser Vorbereitungszeit mit einem Betrag von 1,17 Mill. S zu hoch gewesen. Der RH hat jedoch zur Kenntnis genommen, daß ein Betrag in dieser Höhe vom designierten Direktor nicht gefordert, sondern ihm angeboten worden sei.

74.18.1. Mit einem Bühnendienstvertrag vom 10. April 1973 wurde für die Spieljahre 1972/73 bis 1975/76 ein Kammersänger zum neuen Direktor der Volksoper bestellt. Der seinerzeitige Direktor blieb in der Spielzeit 1972/73 noch im Amt.

74.18.2. Nach Ansicht des RH wäre eine Lösung zu suchen gewesen, um die durch die Doppelbesetzung der Direktion der Volksoper verursachten Kosten zu vermeiden.

74.18.3. Der ÖBThV teilte dazu mit, daß er keine Möglichkeit gesehen habe, die vom RH beanstandeten Kosten zu vermeiden.

74.18.4. Der RH erwiderte, daß durch eine gezielte Koordination der Amtsperioden der Direktoren der Staatsoper, der Volksoper und der Generalsekretäre der Gesellschaft der Musikfreunde nicht nur an der Volksoper Unkosten hätten vermieden werden können.

74.19.1. Der seinerzeitige Direktor der Volksoper wurde mit Wirkung vom 1. Juni 1972 an zum Generalsekretär der Gesellschaft der Musikfreunde bestellt. Er hat diese Funktion vom 1. Jänner 1973 an alleinverantwortlich ausgeübt. Dessenungeachtet wurde ihm im Jahre 1972, in dem er der Volksoper nicht mehr ausschließlich zur Verfügung stand, ab 1. September 1972 eine Erhöhung seines Monatsbezuges um 8 000 S gewährt.

74.19.2. Der RH bemängelte, daß dem seinerzeitigen Direktor der Volksoper für verminderte Anforderungen, die an ihn aus seinem Dienstverhältnis in seinem letzten Dienstjahr an der Volksoper gestellt worden waren, ein beträchlich höherer Monatsbezug gezahlt wurde. Er empfahl, von Bezugserhöhungen in den Fällen Abstand zu nehmen, in denen die Tätigkeit für ein Bundestheater gleichbleibt oder sich sogar veringert. Sofern eine rechtliche Möglichkeit dazu besteht, sollte getrachtet werden, für eine verminderte Aufgabe auch geringere Bezüge zu zahlen, weil eine gegenteilige Vorgangsweise auf das gesamte Gagengefüge der Bundestheater nachteilige Auswirkungen zeitigen müßte.

74.19.3. Der ÖBThV führte in seiner Stellungnahme die dem seinerzeitigen Direktor der Volksoper gewährte Bezugserhöhung darauf zurück, daß seit Abschluß seines Vertrages vom 17. Dezember 1969 im Gagengefüge der leitenden Funktionäre der Bundestheater, infolge der allgemeinen Inflationserscheinungen und der organisatorischen Änderungen in der Führung der Bundestheater eine Aufwärtsentwicklung eingetreten sei. An dieser Entwicklung teilzuhaben, hätte dem damaligen Direktor der Volksoper nicht vorenthalten werden können, zumal mit seinem Nachfolger über einen noch höheren Monatsbezug verhandelt worden sei.

74.19.4. Der RH hielt dem entgegen, daß eine Gehaltserhöhung für einen ausscheidenden Direktor, der bereits in einem anderen Dienstverhältnis gestanden sei und dessen Agenden weitestgehend von seinem bereits amtierenden Nachfolger wahrgenommen worden seien, mit dem geänderten Gagengefüge nicht stichhaltig begründet werden könne.

74.20.1. Ein ehemaliger Intendant des Salzburger Landestheaters wurde für die Zeit vom 1. September 1974 bis 31. August 1978 als Direktor-Stellvertreter an die Volksoper vertraglich

verpflichtet, so daß die Volksoper im Spieljahr 1974/75 neben dem amtierenden noch über einen zweiten Direktor-Stellvertreter verfügte.

74.20.2. Der RH bemängelte die doppelte Besetzung der Funktion des Direktor-Stellvertreters während eines ganzen Spieljahres. Er empfahl, Besetzungen nur vorzunehmen, wenn die entsprechende Funktion frei geworden ist.

74.20.3. Der ÖBThV teilte mit, daß der ehemalige Intendant des Salzburger Landestheaters für die genannte Funktion aufgrund seiner reichen Theaterpraxis und seiner siebenjährigen Intendantentätigkeit besonders geeignet erschienen sei. Um ihn rechtzeitig an die Volksoper binden zu können, habe der Vertrag mit ihm bereits für die Zeit in unmittelbarem Anschluß an die Salzburger Direktionszeit geschlossen werden müssen. Hierdurch sei auch die Kontinuität der Geschäftführung viel besser zu wahren gewesen als bei Aufnahme der Tätigkeit nach dem Abgang des amtierenden Direktor-Stellvertreters.

74.20.4. Der RH entgegnete, daß der Direktor der Volksoper bis zum Ende des Spieljahres 1975/76 in seiner Funktion tätig war und daher die vorzeitige Besetzung des Postens des Direktor-Stellvertreters der Volksoper mit einer besseren Kontinuität in der Geschäftsführung nicht stichhaltig begründet werden könne.

74.21.1. Der seinerzeitige Direktor-Stellvertreter der Volksoper unterfertigte am 29. Jänner 1974 eine Erklärung, daß er gegen seine mit 31. August 1975 beabsichtigte Versetzung in den dauernden Ruhestand keine Einwendung erheben werde. Diese Ruhestandsversetzung sollte gemäß § 2 Abs. 2 lit. b BThPG erfolgen, wonach der Bundestheaterbedienstete vom Dienstgeber bei Änderungen in der Organisation oder im Betrieb der Bundestheater in den Ruhestand versetzt werden kann. Gleichzeitig wurde der Direktor-Stellvertreter für die Zeit vom 1. September 1975 bis 31. August 1978 durch einen Externistenvertrag als künstlerischer Mitarbeiter verpflichtet.

74.21.2. Der RH wies darauf hin, daß eine Änderung in der Organisation der Bundestheater nicht erfolgt sei, und bemängelte, daß der Direktor-Stellvertreter einerseits unter Anwendung einer unzutreffenden Bestimmung des BThPG vor Vollendung des 60. Lebensjahres pensioniert und andererseits für eine Zeit unmittelbar nach seiner Ruhestandsversetzung wieder engagiert wurde. Der RH empfahl, bei Pensionierungen nach den gesetzlichen Bestimmungen vorzugehen.

74.21.3. Der ÖBThV vertrat in seiner Stellungnahme den Standpunkt, daß seine Reformbestrebungen im allgemeinen sowie in der Direktion der Volksoper im besonderen als Änderungen in der Organisation der Bundestheater angesehen worden seien. Um jedoch die Möglichkeit von Zweifeln an der Richtigkeit dieser Auffassung auszuschließen, sei mit dem damaligen Direktor-Stellvertreter Zug um Zug gegen eine Verlängerung des letzten Vertrages, mit dem auch eine Aufwertung der Bezüge verbunden gewesen wäre, die besagte Erklärung durch den Dienstnehmer vereinbart worden, wodurch die Gefahr eines Prozesses, durch dessen Ausgang die Ruhestandsversetzung allenfalls hätte rückgängig gemacht werden müssen, ausgeschaltet worden sei. Der vom RH kritisierte Externistenvertrag würde eine wesentliche Verminderung des Aufgabengebietes durch den Wegfall der Funktion des Direktor-Stellvertreters und daher auch eine ganz erhebliche Verringerung der Bezüge auf weniger als ein Drittel mit sich bringen.

74.21.4. Der RH wies nochmals auf das vorzeitige Engagement des ehemaligen Intendanten des Salzburger Landestheaters und auf die dadurch bewirkte, ein Jahr dauernde Doppelbesetzung der Funktion des Direktor-Stellvertreters der Volksoper hin. Es wäre darin sowie in der auch vom ÖBThV in seiner Begründung als zweifelhaft angesehenen Ruhestandsversetzung des damaligen Direktor-Stellvertreters, welche nicht nur mit einer Bezugserhöhung für die Zeit vor der Ruhestandsversetzung, sondern mit einem dreijährigen Externistenvertrag für die Folgezeit erkauft worden sei, eine Reihe von Personalmaßnahmen zu erblicken, bei denen auf das Gebot der Sparsamkeit zu wenig Rücksicht genommen wurde.

74.22.1.1. Im Herbst 1971 wurde zwischen dem designierten Direktor der Staatsoper einerseits und dem Dramaturgen und persönlichen Referenten des Direktors der Volksoper andererseits mündlich vereinbart, daß letzterer auch als Dramaturg und Produktionsleiter für die Staatsoper tätig werden sollte. Das Dienstverhältnis sollte am 1. September 1972 beginnen und vorerst bis 31. August 1975 befristet sein. Schließlich wurde als Beginn des neuen Dienstverhältnisses einvernehmlich der 1. Jänner 1972 festgelegt. An welchem Tag diese Vereinbarung getroffen wurde, konnte nicht ermittelt werden.

74.22.1.2. Klarheit bestand auch nicht über die Höhe der mit dem Dramaturgen und Produktionsleiter für die Zeit vom 1. Jänner 1972 an vereinbarten Monatsgagen. Obwohl er die Tätigkeit an der Staatsoper vereinbarungsgemäß aufnahm, wurden seine Bezüge im Wege der Volksoper in unveränderter Höhe angewiesen. Als er die Bezahlung einer höheren Monatsgage unter Hinweis auf die mit ihm getroffene rechtsverbindliche Vereinbarung rückwirkend ab Jänner 1972 verlangte, teilte ihm die Direktion der Staatsoper mit Schreiben vom 27. Jänner 1973 mit, daß „die für die Saison 1972/73 bislang nur mündlich getroffene Vertragsvereinbarung mit 31. August 1973“ enden

würde. Als es in der Folge nicht möglich war, eine entsprechende schriftliche vertragliche Regelung zu treffen, klagte der Dramaturg und Produktionsleiter der Staatsoper beim Arbeitsgericht Wien auf Aushändigung eines schriftlichen Bühnendienstvertrages. In diesem Dienstvertrag sollte die Dienstbezeichnung Chefdramaturg der Staatsoper und Volksoper und Produktionsleiter der Staatsoper Wien lauten, die vom 1. Jänner 1972 an erhöhte Monatsgage bestimmt, als Vertragsdauer die Zeit vom 1. Jänner 1972 bis 31. August 1975 festgesetzt und außerdem der Anspruch auf einen Sitzplatz für jede Vorstellung in der Staatsoper zur persönlichen Benützung und bei Bedarf der Anspruch auf zwei weitere Sitzplätze für Gäste festgelegt werden. Ferner sollte mit Urteil festgestellt werden, daß der seinerzeit nur mündlich abgeschlossene Bühnendienstvertrag nicht mit 31. August 1973 endete.

In der Folge gelang es, eine prozessuale Austragung dieses Streites zu vermeiden und mit dem Dramaturgen und Produktionsleiter am 10. Oktober 1973 einen außergerichtlichen Vergleich abzuschließen, welcher dem Klagebegehren nahezu vollinhaltlich Rechnung trug. Nach diesem Vergleich sollten von ihm, statt als Chefdramaturg der der Staats- und Volksoper sowie als Produktionsleiter der Staatsoper tätig zu werden, als Gegenleistung für den vereinbarten Monatsbezug Einführungsvorträge und Vorträge an Schulen, Hochschulen und allfälligen anderen Institutionen im In- und Ausland gehalten, an Programmen, Informationsschriften und Publikationen aller Art sowie bei Hörfunk- und Fernsehvorhaben des ÖBThV mitgearbeitet und der Bundesminister für Unterricht und Kunst in Angelegenheiten der Staatsoper und Volksoper beraten werden.

74.22.2.1. Der RH bemängelte, daß die mit dem Chefdramaturgen und Produktionsleiter der Staatsoper getroffenen Vereinbarungen nicht bereits zu einem Zeitpunkt schriftlich festgelegt wurden, zu dem dieser seine Tätigkeit in der Staatsoper noch nicht aufgenommen hatte. Der RH wies auf § 7 lit. a der Geschäftsordnung des ÖBThV hin, nach welcher die dort aufgezählten Bühnendienstverträge von den Direktoren in eigener Zuständigkeit und in eigener Verantwortung abgeschlossen und vom Generalsekretär gegengezeichnet werden sollten und die daher die Schriftform impliziere. Der RH empfahl, künftig Bühnendienstverträge ausnahmslos schriftlich abzuschließen.

74.22.2.2. Die dem Chefdramaturgen und Produktionsleiter der Staatsoper obliegende Vortragstätigkeit fällt nach Auffassung des RH in den Aufgabenbereich der Direktion für kulturelle Angelegenheiten, die publizistischen Aufgaben, soweit sie nicht privater Natur sind, wären von dem mit sieben Bediensteten besetzten Pressebüro des ÖBThV wahrzunehmen. Lediglich eine allenfalls unabweislich scheinende Beratung des Bundesministers würde unter die Dienstpflichten eines Chefdramaturgen und Produktionsleiters fallen. Schließlich machte der RH noch geltend, daß selbst für diese Obliegenheiten der Chefdramaturg und Produktionsleiter der Staatsoper, der sich mehr seiner freiberuflichen Tätigkeit zugewandt hatte, nur sehr selten herangezogen worden war, obwohl der ÖBThV Gagen im Gesamtbetrag von rund 800 000 S bezahlt hatte.

74.22.3.1. Zu den Feststellungen des RH teilte der ÖBThV mit, daß sich die Direktoren der Bundestheater entgegen den Tendenzen in der ersten Zeit der Errichtung des ÖBThV mittlerweile der Notwendigkeit schriftlicher Vertragsvereinbarungen bewußt geworden seien.

74.22.3.2. Weiters machte der ÖBThV geltend, daß er auf den Abschluß des Vertrages des damals designierten Staatsoperndirektors mit dem Chefdramaturgen und Produktionsleiter der Staatsoper keinen Einfluß gehabt habe. Die Austragung des vom Chefdramaturgen und Produktionsleiter der Staatsoper angestrengten arbeitsgerichtlichen Rechtsstreites wäre mit zu geringen Chancen für den Bund verbunden gewesen, um auf die Beilegung dieses Prozesses durch außergerichtliche Vergleichsverhandlungen zu verzichten. Mit dem Vergleich sei versucht worden, den Chefdramaturgen und Produktionsleiter der Staatsoper, dem der Staatsoperndirektor kein Betätigungsfeld gegeben habe, nutzbringend für den ÖBThV einzusetzen. Daß sich dies nicht im wünschenswerten Umfang habe verwirklichen lassen, könne dem Generalsekretär des ÖBThV, welcher sich um das Zustandekommen eines Ausgleichs bemühte, nicht angelastet werden. Außerdem hätte der durchaus wahrscheinliche Verlust des abgewendeten Prozesses in finanzieller Hinsicht kein günstigeres Ergebnis bringen können und auch keine Gelegenheit geboten, den Chefdramaturgen und Produktionsleiter anders als gelegentlich in der Staatsoper einzusetzen. Der Bund hätte auf jeden Fall die Kosten der Pension für den Chefdramaturgen und Produktionsleiter tragen müssen, wenn dieser aufgrund seines Alters und seiner Dienstjahre am 1. September 1972 in den Ruhestand getreten wäre. Durch den Vergleich sei es ermöglicht worden, um einen Betrag von 150 000 S pro Jahr den Chefdramaturgen und Produktionsleiter der Staatsoper dem Aktivstand zu erhalten und ihn zu wertvollen Tätigkeiten heranzuziehen.

74.22.4. Der RH teilte dem ÖBThV mit, aus der Darstellung des RH ergebe sich eindeutig, daß für die letztlich fehlgeschlagene Verpflichtung des Chefdramaturgen und Produktionsleiters an der Staatsoper deren damaliger Direktor und nicht der Generalsekretär des ÖBThV

verantwortlich sei. Auch habe sich der RH nicht für eine Pensionierung, sondern für eine Tätigkeit des Chefdramaturgen und Produktionsleiters der Staatsoper ausgesprochen, die seiner Funktion und Entlohnung entsprach.

Personalwesen

74.23.1. Beim ÖBThV standen ein Beamter des Höheren Ministerialdienstes (Dienstklasse VIII) und ein Vertragsbediensteter mit Sondervertrag in Dienstverwendung, obwohl der ÖBThV für diese beiden Bediensteten über keine Dienstposten verfügte. Für einen Hauptabteilungsleiter (Akademiker), der am 1. Jänner 1974 ein Sonderentgelt von monatlich 22 958 S bezog, wurde ein Dienstposten der Verwendungsgruppe C, für eine akademisch gebildete Mitarbeiterin, deren Sonderentgelt 15 000 S betrug, wurde ein Dienstposten der Verwendungsgruppe D gebunden. Ein weiterer mit Sondervertrag aufgenommener Hauptabteilungsleiter, dessen Sonderentgelt am 1. Jänner 1974 25 847 S betragen hatte, besetzte einen Bühnendienstposten.

74.23.2. Der RH bemängelte, daß Bedienstete ohne entsprechende Dienstposten verwendet und für Vertragsbedienstete mit Sondervertrag nicht ihrer Verwendung und Ausbildung entsprechende Dienstposten der Verwendungs- bzw. Entlohnungsgruppe A (a) gebunden worden waren. Er empfahl, die aufgezeigten Mängel zu bereinigen.

74.23.3. Der ÖBThV teilte dazu mit, daß in zwei Fällen eine Bereinigung der Frage der Dienstposten bereits erfolgt sei, wobei es sich in einem Fall um den Stellvertreter des Generalsekretärs gehandelt habe, mit dem nunmehr ein Bühnendienstvertrag abgeschlossen worden sei. Sofern Umwandlungsanträgen des ÖBThV vom BKA stattgegeben würde, könnten auch die restlichen Fälle bereinigt werden.

74.23.4. Der RH nahm diese Mitteilung zur Kenntnis. Er wies jedoch darauf hin, daß der stellvertretende Generalsekretär keine vorwiegend künstlerische Tätigkeit ausübe und daher nach den geltenden Bestimmungen der Abschluß eines Bühnendienstvertrages mit ihm nicht zulässig sei.

74.24.1. Der ÖBThV führte mit Wirkung vom 1. Jänner 1972 an für die Bediensteten des Generalsekretariates die 40stündige Wochenarbeitszeit ein.

74.24.2. Der RH bemängelte diese Regelung, weil nach § 28 Abs. 2 der Dienstpragmatik bzw. § 20 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 (kurz VBG 1948) die Wochenarbeitszeit erst ab 1. Jänner 1975 40 Stunden zu betragen hatte. Die Regelung hatte zur Folge, daß vom 1. Dezember 1972 bis 31. März 1974 von den Bediensteten des Generalsekretariates 7 468 Überstunden verrechnet wurden, von denen bei voller Ausschöpfung der gesetzlich vorgeschriebenen 42-Stunden-Woche nur ein verhältnismäßig geringer Teil angefallen wäre.

74.24.3. Der ÖBThV begründete die vorzeitige Einführung der 40-Stunden-Woche damit, daß die betroffenen Bediensteten eine unregelmäßige Arbeitszeit hätten und nicht in den Genuß der 5-Tage-Woche kämen.

74.24.4. Der RH erwiderte, daß er diese Begründung insofern für sachlich unrichtig halte, als die Bediensteten des Generalsekretariates für die sich gelegentlich ergebende 5- bis 6stündige Dienstleistung an Samstagen ohnehin einen ganzen Arbeitstag als Zeitausgleich erhielten. Allerdings sei diese Maßnahme gesetzlich nicht gedeckt.

74.25.1. Am 3. Juli 1972 approbierte der Bundesminister für Unterricht und Kunst einen vom ÖBThV verfaßten Amtsvermerk, wonach der damalige Leiter der Abonnementabteilung dem ÖBThV nur mehr über Aufforderung zur Verfügung stehen sollte. Diese Maßnahme wurde mit der notwendig gewordenen Umstellung der Abonnementverrechnung auf ein EDV-Verfahren begründet. Bereits am 23. Juni 1972 war diesem Beamten zugesichert worden, daß ihm durch die beabsichtigte Außerdienststellung in dienst- und besoldungsrechtlicher Hinsicht keine Nachteile erwachsen würden.

Tatsächlich wurde der Beamte vom 1. September 1972 bis 31. Dezember 1973 zu keiner regelmäßigen Dienstleistung herangezogen. In dieser Zeit erhielt er nicht nur den laufenden Monatsbezug, sondern auch weiterhin eine pauschalierte Mehrleistungsvergütung und Weihnachtsbelohnungen. Für die von diesem Beamten während dieser 16 Monate bei den Theatervorstellungen geleisteten Revisionsdienste zahlte der ÖBThV Vergütungen von insgesamt 33 915 S.

74.25.2. Der RH bemängelte, daß der ÖBThV von der ihm gebotenen gesetzlichen Möglichkeit, den Beamten mit 31. August 1972 gemäß § 80 Abs. 2 der Dienstpragmatik wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand zu versetzen, nicht Gebrauch gemacht hatte. Eine derartige Maßnahme wäre zur Vermeidung unerwünschter Beispielsfolgen angezeigt gewesen. Der RH empfahl, durch langfristige Personalplanung zu vermeiden, daß Bedienstete in Positionen gelangen, denen sie nicht gewachsen sind.

74.25.3. Der ÖBThV führte hiezu aus, daß ein Beamter in einer anderen Bundesdienststelle 16 Monate vor Erreichung des gesetzlichen Pensionsalters wohl kaum in den dauernden Ruhestand versetzt worden wäre. Es sei wenige Monate nach Errichtung des ÖBThV festzu-

stellen gewesen, daß der betreffende Beamte den an ihn gestellten Ansprüchen in keiner Weise nachkommen konnte. Um das Betriebsklima zu verbessern und insbesondere die EDV-Umstellung zu sichern, hätte es keine andere Möglichkeit gegeben, als auf die weitere Tätigkeit dieses Beamten zu verzichten. Da jedoch nur auf seine Dienste im Generalsekretariat verzichtet worden sei, wäre es selbstverständlich gewesen, ihn zu den Revisionsdiensten an den Bundestheatern heranzuziehen.

Der ÖBThV schloß sich jedoch der Ansicht des RH an, daß in Hinkunft durch langfristige Personalplanung vermieden werden sollte, daß Bedienstete in Positionen gelangen, denen sie nicht gewachsen sind.

74.26.1.1. Die BThVw war eine den Theaterdirektionen übergeordnete Verwaltungsstelle. Ihr Verantwortungsbereich erstreckte sich während der Vorstellung auf den Zuschauerraum, während die Direktion bei dem gleichen Anlaß für das durch den „Eisernen Vorhang" abgegrenzte Bühnenhaus verantwortlich war. Für die Aufsicht über das Personal des Kassen- und Publikumsdienstes, für Maßnahmen zur Sicherstellung von Ruhe und Ordnung im Zuschauerraum, für die Überwachung der Kassengebarung und für Ersatzeintrittskarten waren daher meistens Bedienstete der BThVw eingeteilt.

74.26.1.2. Mit der Errichtung des ÖBThV wurde das Generalsekretariat des ÖBThV geschaffen, welches im Gegensatz zur BThVw keine den Direktionen übergeordnete, sondern eine diesen gleichgeordnete Stelle bildet. Die administrative, künstlerische und technische Leitung der einzelnen Bundestheater obliegt gemäß § 5 Abs. 1 der Geschäftsordnung des ÖBThV den für ihr Theaterinstitut allein verantwortlichen Direktionen.

Der Revisionsdienst wird jedoch vom ÖBThV wie zur Zeit der BThVw unverändert weitergeführt.

Die Revisionsbediensteten erhalten für jeden neben ihrem normalen Dienst anfallenden Abenddienst eine finanzielle Entschädigung sowie zwei Dienstkarten einer gehobenen Preiskategorie. Die an die Revisionsbeamten gezahlten Vergütungen betrugen 1973 414 160 S, der Wert der Dienstkarten entsprach 1973 415 140 S.

74.26.2. Der RH vertrat die Ansicht, daß entsprechend der neuen Rechtslage die Revisionsaufgabe der jeweiligen Direktion übertragen werden sollte; diese könnte für deren Durchführung weitgehend den Oberbilleteur heranziehen. Dadurch könnten die Vergütungen an die Revisionsbeamten ebenso wie deren Dienstkarten eingespart werden.

74.26.3. Der ÖBThV erwiderte, daß es seiner Meinung nach nicht angehe, daß ein Kassenbeamter des ÖBThV einem Oberbilleteur, der in einem von beiden Seiten täglich auflösbaren Dienstverhältnis stehe, verantwortlich wäre. Im übrigen „sollte eine Kontrolle von Beamten und VB jeweils von ranghöheren, mit der zu kontrollierenden Materie vertrauten Beamten" erfolgen. Es wäre daher auch wenig sinnvoll, Kassenrevisionsdienste von Bediensteten der Direktionen durchführen zu lassen, weil diese mit der zu kontrollierenden Materie nicht vertraut seien und aufgrund ihres Dienstverhältnisses (Bühnendienstverträge) nicht als Vorgesetzte angesehen werden könnten. Der ÖBThV prüfe aber zurzeit die Möglichkeit, neben anderen Dienstkartenregelungen mit Wirkung vom 1. September 1976 an den Beamten des Revisionsdienstes keine Dienstkarten mehr zur Verfügung zu stellen.

74.26.4. Der RH entgegnete, daß er die für die Beibehaltung des Revisionsdienstes vom ÖBThV dargelegten Gründe nicht als stichhältig erachte. Nach der vom RH gemeinten Regelung wäre der Kassenbeamte keineswegs dem Oberbilleteur, sondern dem Direktor bzw. dem von diesem Beauftragten verantwortlich. Daß Bedienstete der Direktion mit der zu kontrollierenden Materie nicht vertraut seien, schließe nicht aus, daß sie sich erforderlichenfalls das notwendige Wissen aneignen.

74.27.1. Als weiterer Abenddienst wurde vom ÖBThV der Auszahlungsrevisionsdienst eingerichtet, dessen Aufgabe es ist, durch tägliche, stichprobenweise Kontrollen die ordnungsgemäße Auszahlung der Vorstellungsentgelte für die Mitglieder des Zusatzchores, der Komparserie und für die Abendaushelfer zu überwachen.

74.27.2. Nach Ansicht des RH war die Einrichtung des Auszahlungsrevisionsdienstes, der jährlich rund 100 000 S kostet, nicht erforderlich, weil die von diesem Abenddienst wahrzunehmenden Agenden dem Vorstand der Buchhaltung im Rahmen seiner Kontrollaufgaben obliegen. Der RH empfahl daher, den Auszahlungsrevisionsdienst aufzulassen und stichprobenartige Überprüfungen der Tageskostenauszahlungen durch ein Organ der Buchhaltung im Rahmen des normalen Dienstbetriebes durchführen zu lassen.

74.27.3. Der ÖBThV hielt dem entgegen, daß die Einrichtung des Auszahlungsrevisionsdienstes unbedingt erforderlich sei, weil der Auszahlungsdienst vorher keiner Kontrolle unterworfen war. Der Vorstand der Buchhaltung könne im Rahmen des normalen Dienstbetriebes nicht zu solchen Kontrollen herangezogen werden, weil die Auszahlung der Tageskosten jeweils während der Vorstellungen erfolge.

74.27.4. Der RH entgegnete, daß es einem Organ der Buchhaltung des ÖBThV durchaus zuzumuten sei, fallweise während der Vorstellungen Dienst zu versehen und die Auszahlung der Tageskosten stichprobenweise zu kontrollieren. Der RH halte daher den Auszahlungsrevisionsdienst für unzweckmäßig.

74.28.1. Die Vergütungen für die Abenddienste wurden mit Ausnahme des feuerpolizeilichen und theaterärztlichen Dienstes auch in den spielfreien Monaten Juli und August gezahlt. Die in diesen Monaten ausgezahlten Vergütungen wurden mangels tatsächlich geleisteter Dienste in der Form ermittelt, daß in jedem der beiden Monate ein Zehntel der in der verflossenen Saison geleisteten Dienste, höchstens jedoch 10 Dienste pro Monat, zu vergüten waren. Diese Regelung stützte sich in ihren Grundzügen auf ein Geschäftsstück der Staatstheaterverwaltung vom 3. Juli 1922.

74.28.2. Der RH bemängelte die Vergütung der Abenddienste während der spielfreien Monate. Die aus dem Jahre 1922 stammende Regelung wäre spätestens mit Inkrafttreten des Gehaltsgesetzes 1956 (kurz GG 1956) zu überprüfen gewesen, weil die Abenddienstentgelte mit Erlaß des BM f. Finanzen vom 12. Jänner 1957, Zl. 162 961-2/1956, als Entschädigungen für Nebentätigkeiten gemäß § 25 GG 1956 erklärt worden sind. Der RH wies darauf hin, daß in anderen Bereichen gewährte Entschädigungen dieser Art (etwa Prüfungsgebühren) gleichfalls nur im Ausmaß der tatsächlich geleisteten Dienste gezahlt werden. Er empfahl daher, bei den verbleibenden Abenddiensten künftig nur die tatsächlichen Dienste zu vergüten.

74.28.3. Der ÖBThV bezeichnete diese Bemängelung als „zumindest eigenwillig", weil doch nicht hätte angenommen werden können, daß Vergütungen, die seit 1922 offensichtlich zu Recht bestanden, nunmehr über Nacht gestrichen würden. Nach Ansicht des ÖBThV handle es sich bei diesen Vergütungen nicht um Entschädigungen für Nebentätigkeiten, sondern um Überstundenvergütungen, deren Bezahlung in Form von Pauschalbeträgen erfolge. Überstundenpauschalien würden aber ungeachtet ihrer Höhe 12mal jährlich bezahlt.

74.28.4. Der RH erwiderte, daß mit dem erwähnten Erlaß des BM f. Finanzen die Abenddienstentgelte eindeutig als Entschädigungen für Nebentätigkeit gemäß § 25 GG 1956 erklärt und die ausgezahlten Vergütungen auch zu Lasten der Post 5643 „Entschädigungen für Nebentätigkeit" verrechnet worden seien. Die BThVw und der ÖBThV haben selbst diese Entschädigungen bis 1972 zutreffenderweise nicht als Überstundenpauschale behandelt. Der RH hielt daher seine Empfehlung aufrecht.

74.29.1. Mit dem bereits erwähnten Erlaß des BM f. Finanzen vom 12. Jänner 1957 wurden fünf Achtel der für die Abenddienste zu zahlenden Vergütungen als Aufwandsentschädigungen erklärt. Die gesamten Vergütungen wurden nicht vom Zentralbesoldungsamt (kurz ZBA), sondern von der Buchhaltung der BThVw bzw. des ÖBThV angewiesen. Nach Inkrafttreten des Nebengebührenzulagengesetzes, welches die Grundlage dafür bildet, daß die im § 2 dieses Gesetzes taxativ aufgezählten Nebengebühren (sogenannte anspruchsbegründende Nebengebühren) in Form von Nebengebührenwerten zur Ermittlung einer Nebengebührenzulage zum Ruhe- bzw. Versorgungsgenuß gespeichert werden, behandelte der ÖBThV die ab 1970 ausgezahlten Abenddienstvergütungen zur Gänze als anspruchsbegründende Nebengebühren.

74.29.2. Der RH beanstandete diese Vorgangsweise, weil es sich bei den Abenddiensten mangels eines Zusammenhanges zwischen der täglichen Dienstverrichtung des den Abenddienst versehenden Beamten und den Obliegenheiten während des Abenddienstes um eine Nebentätigkeit im Sinne des § 25 GG 1956 handelt. Der ÖBThV hingegen wollte die Abenddienstentgelte als pauschalierte Mehrleistungsvergütung behandelt wissen. Er stützte sich dabei auf ein Schreiben des BM f. Finanzen vom 18. Dezember 1972, Zl. 118 154-2/73, in dem dieses BM zustimmte, daß die Abenddienstentgelte ab 1. Dezember 1972 als pauschalierte Überstundenvergütungen behandelt werden und daher ab diesem Zeitpunkt als anspruchsbegründende Nebengebühren anzusehen seien. Der RH wies jedoch darauf hin, daß dieses Schreiben aufgrund einer mißverständlichen Information durch den ÖBThV zustande gekommen ist. Schließlich könnten jene fünf Achtel der Abenddienstentgelte, die als Aufwandsentschädigung behandelt würden, keinesfalls in die Gutschrift der Nebengebührenwerte mit einbezogen werden, weil Aufwandsentschädigungen ebensowenig eine anspruchsbegründende Nebengebühr gemäß § 2 des Nebengebührenzulagengesetzes sind wie Entschädigungen für Nebentätigkeiten.

Der RH empfahl daher, jene Bescheide, in denen die Gutschrift der Nebengebührenwerte erfolgte, soweit es gesetzlich möglich ist, aufzuheben und unter Bedachtnahme auf die Rechtslage neu zu erlassen.

74.29.3. Der ÖBThV widersprach dieser Rechtsansicht und lehnte es ab, die Abenddienstentgelte als Entschädigungen für Nebentätigkeiten zu werten.

74.29.4. Der RH erläuterte dem ÖBThV nochmals die Rechtslage und ersuchte ihn, der seinerzeitigen Empfehlung zu folgen.

74.30.1.1. Die Beamten und Vertragsbediensteten des ÖBThV bezogen gemäß § 18 Abs. 2 und 4 GG 1956 in der bis 30. November 1972 geltenden Fassung eine Mehrleistungsvergütung. Diese Nebengebühr betrug seit 1. Jänner 1969 je nach der Verwendungsgruppe der Bediensteten monatlich zwischen 200 S und 500 S. Diese Mehrleistungsvergütungen — sieht man von der Zahlung von Überstundenvergütungen gemäß § 16 GG 1956 ab — waren noch nicht in das am 1. Dezember 1972 in Kraft getretene Nebengebührenrecht der 24. GG-Novelle übergeleitet worden. Sie wurden bei unrichtiger Anwendung des Ministerratsbeschlusses vom 10. Juli 1973 ab 1. Juli 1973 um denselben Prozentsatz wie die Bezüge der Beamten der Allgemeinen Verwaltung, Dienstklasse V, Gehaltsstufe 2 erhöht.

74.30.1.2. Diese pauschalierten Mehrleistungsvergütungen waren Vergütungen für quantitative Mehrleistungen (Überstunden), was auch vom BKA mit Erlaß vom 20. November 1968, Zl. 49 051-3/68, klargestellt wurde. Obwohl diese Zulagen nach dem 1. Dezember 1972 weitergezahlt wurden, verrechneten 58 Bedienstete des ÖBThV nach diesem Zeitpunkt 7 468 Einzelüberstunden und erhielten sie mit insgesamt 436 596,20 S vergütet.

74.30.1.3. Die gemäß dem GG 1956 vor Inkrafttreten der 24. GG-Novelle gewährten laufenden Nebengebühren waren so lange flüssigzumachen, bis nach den Bestimmungen der 24. GG-Novelle über den Anspruch oder die Gewährung von Nebengebühren entschieden wurde. Die Vergütung von Überstunden gemäß § 16 GG 1956 stellte eine Entscheidung über die Gewährung von Nebengebühren nach den Bestimmungen der 24. GG-Novelle dar, weshalb ab diesem Zeitpunkt die nach dem früheren Recht zuerkannten laufenden Nebengebühren einzustellen gewesen wären.

Bei einer Sitzung am 1. März 1973 wurden die Vertreter des ÖBThV von Vertretern des BM f. Finanzen und des BKA über die durch die 24. GG-Novelle geschaffene Rechtslage eingehend informiert. Mit Schreiben des BKA vom 27. März 1973, Zl. 45 202-3 a/73, wurde der ÖBThV in Kenntnis gesetzt, daß die Nebengebühren nach der 24. GG-Novelle nicht neben, sondern an die Stelle der bisherigen Vergütungen zu treten hätten. Am selben Tag wurde ein Beamter des ÖBThV vom BKA bezüglich der Überleitung von Nebengebühren in das Nebengebührenrecht der 24. GG-Novelle informiert. Nach einem Amtsvermerk des BKA vom 16. April 1973, Zl. 45 202-3 a/73, teilte der Leiter der Hauptabteilung „Personalangelegenheiten" des ÖBThV dem BKA mit, daß sämtliche Pauschalierungen vom ÖBThV eingestellt würden.

74.30.2.1. Der RH bemängelte sowohl die Säumnis des ÖBThV bezüglich der Überleitung dieser Nebengebühren in das Nebengebührenrecht der 24. GG-Novelle als auch die Valorisierung dieser Vergütungen. Er wies darauf hin, daß dem ÖBThV die erforderlichen Unterlagen zur Verfügung standen, aus denen hervorging, daß diese Nebengebühren nicht zu valorisieren gewesen wären. Der RH beanstandete insbesondere, daß der ÖBThV an 54 Beamte und Vertragsbedienstete bis 31. März 1974 insgesamt 243 800 S an Mehrleistungspauschalien weitergezahlt und es unterlassen hatte, vor Zuerkennung von Überstundenvergütungen die Mehrleistungsvergütungen einzustellen.

74.30.2.2. Der RH empfahl, unverzüglich einen der Rechtslage entsprechenden Zustand herzustellen. Es sollten daher jenen Bediensteten, die nach § 16 GG 1956 Überstundenvergütungen erhielten, die seinerzeit gewährten Mehrleistungsvergütungen eingestellt und die entstandenen Übergenüsse, soweit sie nicht im guten Glauben empfangen worden waren, dem Bund ersetzt werden.

74.30.3.1. Zur Frage der Valorisierung der in Rede stehenden Mehrleistungsvergütungen nahm der ÖBThV nicht Stellung. Er teilte dem RH jedoch mit, daß sich weder das BM f. Finanzen noch das BKA über die Überleitungsmodalitäten dieser Vergütungen im klaren gewesen seien. Die Vergütungen seien mit 31. März 1974 eingestellt und die bis dahin gezahlten Beträge als im guten Glauben verbraucht angesehen worden.

74.30.3.2. Zu der vom RH beanstandeten Doppelverrechnung von Überstunden und Mehrleistungsvergütungen sei es dadurch gekommen, daß zwar die ehemalige „Theaterbetriebszulage" vom BKA als Überstundenpauschale erklärt, von den Bediensteten aber dafür keine Gegenleistung verlangt worden sei.

Wenn sich nunmehr der RH „formell bemüßigt fühle, den dem Bund entstandenen Schaden anzuführen, wäre es zumindest angezeigt, auch jenen dem Bund entstandenen Schaden zu errechnen, der Jahrzehnte hindurch durch die jedem Bediensteten der BThVw zugestandenen Pauschale ohne Erbringung von Überstunden entstanden sei". Es sei jedoch das Generalsekretariat des ÖBThV gewesen, welches bezüglich der Mehrleistungsvergütungen eine endgültige Klärung herbeigeführt und die Pauschale eingestellt habe. Die nachträgliche Empfehlung des RH, unverzüglich einen der Rechtslage entsprechenden Zustand herzustellen, sei überholt, weil der ÖBThV diesen der Rechtslage entsprechenden Zustand mit 1. April 1974 nach Information des RH hergestellt habe.

74.30.4.1. Der RH entgegnete, daß es erst seiner Überprüfung bedurfte, um den ÖBThV zu veranlassen, die neben der Einzelabgeltung für Überstunden gezahlten Vergütungen einzustellen.

74.30.4.2. Der ÖBThV habe zwar noch während der Gebarungsüberprüfung die in Rede stehenden Vergütungen mit 31. März 1974 eingestellt, sie jedoch in der Folge wieder angewiesen und erst ein Jahr später nochmals rückwirkend eingestellt. Durch diese Wiederanweisung und neuerliche rückwirkende Einstellung der Mehrleistungsvergütung seien weitere Übergenüsse entstanden, die derzeit noch nicht zur Gänze zurückgezahlt sind.

74.31.1. Mit drei Vertragsbediensteten wurden gemäß § 36 VBG 1948 Sonderverträge abgeschlossen und vereinbart, daß durch die Gewährung eines Überstundenpauschales alle zu erbringenden Überstunden abgegolten seien. Unbeschadet dieser sondervertraglichen Vereinbarung wurden vom 1. Dezember 1972 bis 31. März 1974 an die drei Vertragsbediensteten für insgesamt 495 Überstunden 21 197 S gezahlt.

74.31.2. Aufgrund der Feststellungen des RH, daß diese Einzelabgeltungen von Überstunden im Widerspruch zu den mit den drei Bediensteten abgeschlossenen Sonderverträgen stünden, sah der ÖBThV von einer weiteren Einzelabgeltung von Überstunden ab und veranlaßte die Einbehaltung der vertragswidrig ausgezahlten Beträge.

74.32.1.1. Für Belohnungen und Aushilfen an Beamte und Vertragsbedienstete des ÖBThV wurden folgende Beträge aufgewendet:

	S
1969	261 350
1970	218 140
1971	374 600
1972	420 350
1973	537 500

Ursache für das Ansteigen des Aufwandes für Belohnungen und Aushilfen war eine besondere Großzügigkeit bei der Gewährung von Weihnachtsbelohnungen; nahezu jeder Bedienstete des Generalsekretariates erhielt zu Weihnachten 1972 4 000 S und zu Weihnachten 1973 5 000 S.

74.32.1.2. Jene Beamten und Vertragsbediensteten der Abteilung II/9 der BGV I, die beim ÖBThV im Rahmen der Hauptabteilung „Gebäudeverwaltung" Dienst versahen, sollten 1972 gleich den anderen Bediensteten des Generalsekretariates pro Person eine Weihnachtsbelohnung von 4 000 S erhalten. Als sich das Zentralbesoldungsamt weigerte, die vom unzuständigen ÖBThV erlassenen Zahlungsaufträge zu vollziehen, und sich auch das BM f. Bauten und Technik, dessen Personalstand diese im Bereich des ÖBThV tätigen Bediensteten angehörten, zur Vermeidung von Beispielsfolgerungen nicht bereit erklärte, die Belohnungen und Aushilfen für diese Bediensteten anzuweisen, zahlte der ÖBThV anstelle von Belohnungen pro Person 4 000 S als Entschädigungen für Nebentätigkeiten aus.

Aufgrund dieser Erfahrungen unterließ es der ÖBThV 1973, das BM f. Bauten und Technik bei Gewährung von Weihnachtsbelohnungen an Bedienstete der BGV I zu befassen. Er zahlte an 14 Beamte und 14 Vertragsbedienstete insgesamt 140 000 S als Entschädigungen für Nebentätigkeit aus, wobei jeder Bedienstete gleich den Bediensteten des Generalsekretariates 5 000 S erhielt.

74.32.2. Der RH bemängelte die beträchtliche Steigerung der Ausgaben für Belohnungen und Aushilfen. Ferner beanstandete er, daß der ÖBThV bezüglich der dem Personalstand des BM f. Bauten und Technik angehörenden Beamten und Vertragsbediensteten für sich eine Diensthoheit in Anspruch genommen hatte, die ihm nach der Rechtslage nicht zukam.

74.32.3. Der ÖBThV teilte dem RH hiezu mit, daß er bei Gewährung von Belohnungen und Aushilfen künftig anders vorgehen werde.

74.33.1. Im Dienstpostenverzeichnis waren bis einschließlich 1973 für die Vertragsbediensteten nach dem Schauspielergesetz (künstlerisches Personal der Bundestheater) nur Dienstposten für vollbeschäftigte Vertragsbedienstete (Kategorie A) vorgesehen. 1974 wurden 800 Dienstposten für vollbeschäftigte Vertragsbedienstete veranschlagt und weitere 211 Dienstposten in solche für saison- und teilbeschäftigte Vertragsbedienstete (Kategorie B) umgewandelt. Im Dienstpostenplan 1974 waren diese Dienstposten mit der auf ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete umgerechneten Anzahl festgesetzt. Auf Rechnung eines solchen Dienstpostens konnten daher mehrere saison- oder teilbeschäftigte Vertragsbedienstete aufgenommen werden.

74.33.2.1. Der RH bemängelte, daß der ÖBThV, dem 800 Dienstposten für das ständige künstlerische Personal zur Verfügung standen, 948 Dienstposten den einzelnen Bundestheatern und dem Generalsekretariat zugewiesen und tatsächlich 1 022 Dienstnehmer beschäftigt hatte. Zum Ausgleich des sich beim ständigen künstlerischen Personal ergebenden Überhanges von 222 Dienstposten wurden jene 211 für teilbeschäftigte Bedienstete zur Verfügung stehenden Dienstposten herangezogen.

74.33.2.2. Ferner beanstandete der RH, daß der ÖBThV über keine Aufzeichnungen verfügte, welche Dienstposten mit saison- und teilbeschäftigten Vertragsbediensteten mit Bühnendienstverträgen besetzt waren.

74.33.2.3. Der RH ersuchte, ständige Mitglieder des künstlerischen Personals nur zu engagieren, wenn ein entsprechender, freier Dienstposten zur Verfügung steht. Für den Fall des unabweislichen Bedarfes hätte der Bundesminister für Unterricht und Kunst im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler und dem Bundesminister für Finanzen die Zustimmung der Bundesregierung zur Aufnahme von Vertragsbediensteten mit Bühnendienstverträgen einzuholen.

74.33.2.4. Der RH wies ferner darauf hin, daß die Mängel in der Dienstpostenbewirtschaftung im Laufe vieler Jahre entstanden seien und daß der ÖBThV bemüht gewesen sei, diese Mängel zu bereinigen. Er empfahl, zur Angleichung der Personalstände an die im Dienstpostenverzeichnis vorgesehene Anzahl von Dienstposten im Einvernehmen mit den Direktionen einen entsprechenden Etappenplan auszuarbeiten und nach diesem in Zukunft vorzugehen.

74.33.3.1. In seiner Stellungnahme gab der ÖBThV zu, keine Aufzeichnungen über die von den teilbeschäftigten Künstlern besetzten Dienstposten geführt zu haben; gleichzeitig argumentierte er jedoch so, als ob der RH der Ansicht wäre, für jeden Solisten, der im Laufe eines Jahres fallweise die Bühne der Staatsoper oder Volksoper betrete, müsse ein ganzer Dienstposten gebunden werden. Tatsächlich werde aber ein Dienstposten bei Mitgliedern mit Auftrittshonoraren bis zum Erreichen des Ausmaßes der Vollbeschäftigung verwendet. Danach waren zum Stichtag 1. Jänner 1974, wenn man die Vollbeschäftigung eines Künstlers mit 126 Vorstellungen annehme, 101, wenn aber die Vollbeschäftigung mit 150 Vorstellungen angenommen werde, 87 Dienstposten überbesetzt. Der ÖBThV weise daher die Bemängelung des RH „schärfstens" zurück, weil der ÖBThV von sich aus erstmalig eine Bereinigung der seit Jahrzehnten auf dem Gebiet der Dienstpostenbewirtschaftung gegebenen Situation vorgenommen habe.

74.33.3.2. Den vom RH empfohlenen Etappenplan zur Bereinigung der bei der Dienstpostenbewirtschaftung aufgetretenen Mängel habe das Generalsekretariat ausgearbeitet und werde ihn auch realisieren.

74.33.4. Der RH erwiderte, daß er keineswegs die Ansicht vertrete, daß für jeden Solisten, der fallweise die Bühne der Staatsoper oder Volksoper betrete, ein ganzer Dienstposten gebunden werden müsse. Entgegen der langjährigen Übung bei den Bundestheatern sei jedoch nach den Allgemeinen Bestimmungen des Dienstpostenplanes für einen Künstler, der auf Rechnung eines Dienstpostens der Kategorie A aufgenommen werde, unabhängig vom Beschäftigungsausmaß und der Beschäftigungsdauer für die Dauer des Dienstverhältnisses ein ganzer Dienstposten zu binden. Bei einem Künstler, der zu Lasten eines Dienstpostens der Kategorie B geführt werde, wäre nur ein der Beschäftigungsdauer und dem Beschäftigungsausmaß entsprechender Dienstpostenanteil zu binden. Dies würde jedoch voraussetzen, daß im Dienstpostenplan festgelegt wäre, wann ein Künstler als vollbeschäftigt anzusehen sei. Der vom ÖBThV angewendete Schlüssel zur Umrechnung von teilbeschäftigten Dienstnehmern auf volle Dienstposten sei im Dienstpostenplan nicht fixiert.

Der RH empfahl, daß der ÖBThV eine solche Regelung veranlasse. Außerdem wiederholte der RH seine Empfehlung, die unter die Kategorie B fallenden Dienstnehmer zu erfassen und die erforderlichen Dienstposten zu binden.

74.34.1. Vier Bedienstete des ÖBThV, mit denen gemäß § 36 VBG 1948 Sonderverträge abgeschlossen worden waren, beantragten bei ihrem Wohnsitzfinanzamt die Eintragung eines Freibetrages für erhöhte Werbungskosten auf ihrer Lohnsteuerkarte. Dieser Freibetrag gebührte gemäß § 1 Abs. 1 Z. 2 der Verordnung des Bundesministers für Finanzen vom 8. November 1974, BGBl. Nr. 698/1974, Bühnenangehörigen, soweit sie dem Schauspielergesetz unterlagen, sowie Inhabern von Individualverträgen (Solosänger, Eleven, Solotänzer, Schauspieler, Regie- und szenischer Hilfsdienst) bei den Bundestheatern und betrug 25% des laufenden Monatsbezuges, höchstens aber 9 600 S monatlich bzw. 115 200 S jährlich.

74.34.2. Der RH teilte der FLD für Wien, Niederösterreich und Burgenland mit, daß es sich bei den erwähnten vier Bediensteten nicht, wie es die Verordnung des Bundesministers für Finanzen vorsehe, um dem Schauspielergesetz unterliegende Bühnenangehörige bzw. um Inhaber von Individualverträgen handle. Er ersuchte, die in Form einer Eintragung auf der Lohnsteuerkarte erlassenen Bescheide zurückzunehmen.

74.34.3. Die FLD für Wien, Niederösterreich und Burgenland teilte dem RH mit, daß rechtskräftige Entscheidungen im Sinne der Empfehlung des RH bereits in zwei der erwähnten Fälle vorlägen. In einem weiteren Fall sei das Rechtsmittelverfahren noch anhängig. Das im Falle einer pensionierten Primaballerina der Staatsoper eingeleitete Abänderungsverfahren sei auf Weisung des BM f. Finanzen eingestellt worden, weil diese als stellvertretende Leiterin der Ballettschule der Bundestheater und Ballettlehrerin weiter verwendete Bedienstete nach Mitteilung des ÖBThV zum szenischen Dienst zähle.

74.34.4. Der RH wies darauf hin, daß die im Falle der stellvertretenden Leiterin der Ballettschule getroffene Entscheidung aufgrund der

unrichtigen Annahme getroffen worden sei, es würde sich dabei um ein Mitglied des szenischen Dienstes handeln. Dabei sei gerade der Umstand für den Abschluß eines Sondervertrages gemäß § 36 VBG 1948 maßgeblich gewesen, daß die betreffende stellvertretende Leiterin der Ballettschule nicht zum szenischen Dienst zähle. Andernfalls hätte sie nämlich Anspruch auf Abschluß eines Bühnendienstvertrages gemäß § 1 Abs. 1 des Schauspielergesetzes gehabt.

74.35.1.1. Im Bereich des ÖBThV hatten 54 Personen Bühnendienstverträge, obwohl sie nicht oder nicht vorwiegend zu künstlerischen, sondern kaufmännischen oder höheren nichtkaufmännischen Diensten sowie zu Kanzleiarbeiten verpflichtet waren. Die genannten Personen erhielten dadurch gegenüber den anderen Vertragsbediensteten des Bundes eine günstigere Urlaubsregelung, durchschnittlich höhere Bezüge und die Möglichkeit der Geltendmachung höherer steuerrechtlicher Werbungskosten.

74.35.1.2. Gemäß § 1 Abs. 1 des Schauspielergesetzes gelten die Bestimmungen dieses Gesetzes für das Dienstverhältnis von Personen, die sich einem Theaterunternehmer zur Leistung künstlerischer Dienste in einer oder mehreren Kunstgattungen verpflichten, sofern das Dienstverhältnis die Erwerbstätigkeit des Mitgliedes hauptsächlich in Anspruch nimmt. Ein solches Dienstverhältnis wird durch einen sogenannten „Bühnendienstvertrag" begründet. Für das Dienstverhältnis von Personen, die nicht Mitglieder im Sinne des § 1 des zitierten Gesetzes sind und die im Geschäftsbetrieb eines Theaterunternehmens vorwiegend zur Leistung kaufmännischer oder höherer nichtkaufmännischer Dienste oder von Kanzleiarbeiten angestellt sind — Sekretär, Kassier, Buchhalter u. ä. —, gelten gemäß § 51 dieses Gesetzes, sofern das Dienstverhältnis die Erwerbstätigkeit des Angestellten hauptsächlich in Anspruch nimmt, die Bestimmungen des Angestelltengesetzes, soweit nicht durch die §§ 3 und 4 des Angestelltengesetzes eine Ausnahme angeordnet ist.

Auf Dienstverhältnisse der als Beamte oder sonstige Bedienstete des Bundes, einer Bundesanstalt u. ä. angestellten Personen ist gemäß § 4 des Angestelltengesetzes dieses Gesetz nicht anzuwenden. Für sie gelten vielmehr die einschlägigen dienstrechtlichen Vorschriften. Auf Dienstverhältnisse der in einem privatrechtlichen Dienstverhältnis zum Bund stehenden Personen findet das VBG 1948 Anwendung, soweit nicht dessen § 1 in den Abs. 3 bis 5 eine Ausnahme anordnet. Eine solche Ausnahme ist jedoch in § 1 Abs. 3 lit. a und j VBG 1948 nur hinsichtlich des künstlerischen und technischen Personals der Bundestheater vorgesehen, so daß für die privatrechtlichen Dienstverhältnisse jener im Bereich der Bundestheater tätigen Personen, die nicht dem künstlerischen oder technischen Personal angehören, die Bestimmungen des VBG 1948 maßgebend sind.

74.35.2.1. Der RH wies darauf hin, daß der Abschluß der erwähnten 54 Bühnendienstverträge der dargestellten Rechtslage widersprochen habe.

74.35.2.2. Außerdem hat der RH die Frage der Bühnendienstverträge des Verwaltungspersonals anläßlich der Überprüfung der Gebarung der BThVw bereits im Jahre 1963 behandelt. Eine Lösung dieser Angelegenheiten in der Weise, daß der Rechtslage entsprechend ausschließlich Beamte und Vertragsbedienstete im Sinne des VBG 1948 zur Besorgung von Diensten der im § 1 Abs. 1 des Angestelltengesetzes genannten Art im Bereich der Bundestheater verwendet würden, ist inzwischen nicht erfolgt. Es setzte vielmehr eine gegenteilige Entwicklung ein, die dazu geführt hat, daß zurzeit an den einzelnen Bundestheatern keine Beamten und Vertragsbediensteten mehr in Dienstverwendung stehen. Lediglich im Generalsekretariat versehen Beamte und Vertragsbedienstete Dienst, wobei jedoch der gleichbleibenden Anzahl der für diesen Personenkreis vorgesehenen Dienstposten eine Ausweitung der Bühnendienstposten gegenübersteht. Die Entwicklung der Personalstände zeigt das Bestreben, auch für das administrative Personal der Bundestheater — einschließlich der Bediensteten des Generalsekretariates — zu einer kollektivvertraglichen Regelung zu gelangen.

74.35.2.3. Der Abschluß eines solchen Kollektivvertrages wäre auch nach Ansicht des RH unvermeidlich, wenn durch ein Bundesgesetz zum Betrieb der Bundestheater ein eigener Rechtsträger geschaffen würde. Auf jene Dienstnehmer dieses Rechtsträgers, die sich weder zur Leistung künstlerischer Dienste verpflichtet haben noch dem technischen Personal der Bundestheater angehören, sondern ausschließlich zu kaufmännischen oder höheren nichtkaufmännischen Diensten oder zu Verwaltungstätigkeiten verwendet werden, würde dann das Angestelltengesetz anzuwenden sein. Bei der kollektivvertraglichen Festsetzung der Monatsgehälter sollte jedoch unter angemessener Berücksichtigung von allfälligen hinsichtlich der Arbeitszeit gegebenen Erleichterungen und Erschwernissen auf das für den öffentlichen Dienst vorgesehene Ausbildungsprinzip und die in diesem Bereich gegebenen Gehaltsrelationen Rücksicht genommen werden. Die im Bereich des Personalaufwandes wiederholt bemängelte großzügige Gestion des ÖBThV dürfte auf einen für das administrative Personal abzuschließenden Kollektivvertrag nicht präjudizierend wirken.

74.35.2.4. Im Generalsekretariat sollten künftig zur Besorgung von Verwaltungsaufgaben keine weiteren Angehörigen des künstlerischen und technischen Personals verwendet werden.

74.35.2.5. Jene Dienstnehmer, die an den einzelnen Theaterinstituten kaufmännische, höhere nichtkaufmännische Dienste und Kanzleiarbeiten zu leisten haben, sollten mit Rücksicht auf die Besonderheiten des Theaterbetriebes gemäß § 1 Abs. 5 VBG 1948 durch Verordnung der Bundesregierung von der Anwendung des VBG 1948 ausgenommen werden. Für diese Dienstnehmer wäre der Abschluß eines eigenen Kollektivvertrages angebracht. Hiebei wären die Monatsgehälter unter Berücksichtigung der bereits erwähnten Besonderheiten des Theaterbetriebes und der im öffentlichen Dienst gegebenen Gehaltsrelationen festzusetzen.

Den sich hinsichtlich der Pensionsversorgung der in Betracht kommenden Dienstnehmer ergebenden Schwierigkeiten könnte entweder durch eine Novellierung des BThPG oder durch eine allenfalls kollektivvertraglich abzusichernde Vereinbarung von Vertragsruhegenüssen begegnet werden.

Was die Entgelte der Dienstnehmer betrifft, so könnte eine befriedigende Lösung am ehesten dadurch eingeleitet werden, daß die derzeit bestehenden Verträge nach ihrem Auslaufen nicht durch höher dotierte ersetzt werden. Damit würden sich die vertraglichen Entgelte nur um die Teuerungszulagen erhöhen. Für jeden Dienstnehmer würde dann der Zeitpunkt kommen, zu dem für ihn ein Dienstverhältnis nach dem Angestelltengesetz und dem kollektivvertraglichen Gehaltsschema günstiger als sein derzeitiges wäre.

74.35.2.6. Zur Erreichung des dargestellten Zieles bezeichnete der RH eine langfristige Personalplanung und eine sofort einsetzende Zurückhaltung bei der Gagenfestsetzung als notwendig.

74.35.3.1. Der ÖBThV berief sich in seiner Stellungnahme darauf, daß das BM f. Finanzen und das BKA durch Jahrzehnte die Zustimmung zur Ausstellung von Bühnendienstverträgen an die in Rede stehenden Bediensteten erteilt hätten, weshalb er sich nicht veranlaßt gesehen habe, anders vorzugehen. Er habe daher bei gleicher Tätigkeit auch weiterhin Bühnendienstverträge abgeschlossen.

74.35.3.2. Die vom RH aufgezeigte Problematik trage nicht zu einem guten Betriebsklima bei, weil bei gleicher Arbeitsleistung finanzielle und sozialrechtliche Unterschiede ungerecht seien. Um einige Härten auszugleichen, habe der ÖBThV bei einzelnen Bundestheatern Unterschiede bereinigt. Daß dies einer strengen Gesetzesauslegung nicht immer standhalte, sei dem ÖBThV bekannt. Vom Generalsekretariat des ÖBThV sei bereits ein Entwurf eines Kollektivvertrages für das administrative Personal erarbeitet worden, doch sei bisher weder vom BKA noch vom BM f. Finanzen die Erlaubnis zu Verhandlungen mit der zuständigen Gewerkschaft erteilt worden. Im Gegensatz zum RH vertrat der ÖBThV die Meinung, daß ein solcher Kollektivvertrag für den öffentlichen Dienst keinerlei Präjudiz darstellen würde. Es gebe vielmehr schon seit Jahren einen Kollektivvertrag für die Flugsicherung, welchen der ÖBThV seinerseits als Präjudiz ansehe.

74.35.3.3. Da im Arbeitsbereich des Generalsekretariates unbedingt die Heranziehung von Theaterfachkräften notwendig sei, wäre der zu schaffende Kollektivvertrag für das administrative Personal der Bundestheater nicht auf die Theater allein zu beschränken, sondern müßte für den ganzen Bereich des ÖBThV Geltung haben. Ein solcher Kollektivvertrag sollte nach Ansicht des ÖBThV unabhängig von der Rechtsstellung der Bundestheater erarbeitet werden.

74.35.4.1. Der RH wies in seiner Gegenäußerung darauf hin, daß die jahrzehntelang geübte Gepflogenheit des Abschlusses von Bühnendienstverträgen mit den Angehörigen des administrativen Personals die für ein solches Vorgehen erforderlichen, derzeit jedoch fehlenden rechtlichen Voraussetzungen nicht zu ersetzen vermöge. Außerdem vermißte der RH in der Stellungnahme die Mitteilung, daß der ÖBThV die von ihm empfohlenen Maßnahmen — langfristige Personalplanung und Zurückhaltung bei der Gagenfestsetzung — bereits in Angriff genommen habe.

74.35.4.2. Bezüglich der wiederholten Klagen des ÖBThV über die ungleichartige Personalstruktur im Bereich der Bundestheater stellte der RH fest, daß der vermehrte Abschluß von Sonderverträgen gemäß § 36 VBG und die Gewährung hoher Zulagen an Angehörige des technischen Personals nicht geeignet waren, die auch nach seiner Ansicht schwierige personelle Situation günstiger zu gestalten.

74.36.1. In den Jahren 1972 bis 1974 standen dem ÖBThV jeweils 1 504 Dienstposten für das ständige technische Personal zur Verfügung, der tatsächliche Personalstand betrug am 1. Jänner 1973 1 530 und am 1. Jänner 1974 1 526 Personen.

74.36.2. Auch hier bemängelte der RH, daß der ÖBThV Bedienstete angestellt hatte, ohne daß freie Dienstposten zur Verfügung standen.

74.36.3. Der ÖBThV stellte diese Überbesetzungen als notwendige Personalmaßnahmen anläßlich der Einführung des Schichtbetriebes und der Zentralisierung der Werkstätten sowie der Gebäudeverwaltung dar. Er teilte mit, daß es derzeit noch einen Überhang von drei Dienstnehmern in zwei Arbeitsbereichen gebe, diese Dienstposten jedoch durch Bindung in anderen Arbeitsbereichen abgedeckt seien.

74.37.1. Der Kollektivvertrag vom 15. November 1948 betreffend das Dienstrecht und den Gebührenanspruch der an den Bundestheatern beschäftigten Arbeiter stand bis 30. Juni 1972 in Geltung. Den Verhandlungen auf Abschluß eines neuen Kollektivvertrages ging eine als „Paketlösung" bezeichnete Interimslösung voraus, welche mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1971 an vereinbart wurde.

Für die Zeit zwischen dem Inkrafttreten des Arbeitszeitgesetzes (5. Jänner 1970) und dem Wirksamkeitsbeginn der „Paketlösung" waren seitens der BThVw keine arbeitszeitrechtlichen Vorkehrungen getroffen worden. Dies führte dazu, daß die bis dahin geltende, auf der 45-Stunden-Woche beruhende Arbeitseinteilung bis 31. Dezember 1970 weitergalt, so daß die Differenz zwischen der Normalarbeitszeit von 43 Wochenstunden auf die dienstplanmäßige 45-Stunden-Woche durch Überstundenvergütungen abgegolten werden mußte. Die Mehrkosten dieser Überstunden wurden allein für die Zeit vom 1. September bis 31. Dezember 1970 von der BThVw mit rund 2 Mill. S angenommen.

74.37.2. Der RH bemängelte diese Säumnis und empfahl, bevorstehende Änderungen der Rechtslage, die sich auf die Bundestheater auswirken, künftig aufmerksamer zu verfolgen, um solche Gesetze betriebskonform und rechtzeitig durchführen zu können.

74.37.3. Der ÖBThV führte hiezu aus, daß es seit Beginn der Bundestheaterreform am 1. Juli 1971 zu den selbstverständlichen Aufgaben der Leitung des ÖBThV gehöre, Änderungen der Rechtslage genauestens zu verfolgen.

74.38.1.1. Am 1. Juli 1972 trat der neue Kollektivvertrag für das technische Personal der Bundestheater (kurz KV 1972) in Kraft. Aufgrund des KV 1972 erhielten die einzelnen Dienstnehmer eine Erhöhung der Monatslöhne im Ausmaß von 12% bis 34%. Für die überwiegende Mehrzahl der Dienstnehmer betrug die Bezugserhöhung rund 25%.

74.38.1.2. Der Personalaufwand für das gesamte technische Personal (Aktivitäts- und Pensionsaufwand) erhöhte sich von 154 308 294 S im Jahre 1971 um 30 033 657 S oder 19,46% auf 184 341 951 S im Jahre 1972 und auf 222 755 924 S im Jahre 1973, was gegenüber 1971 eine Steigerung um 44,6% bedeutete.

74.38.2.1. Der RH wies darauf hin, daß die vom ÖBThV im KV 1972 gemachten Zugeständnisse mit der finanziellen Situation der Bundestheater nicht im Einklang standen. Die Monatslöhne der Dienstnehmer des ÖBThV hatten — was auch das erklärte Verhandlungsziel der Unterhändler des ÖBThV war — durch den KV 1972 eine der Privatwirtschaft vergleichbare Höhe erreicht. Nach Ansicht des RH hätten die sonstigen, mit einem solchen Bundesdienstverhältnis verbundenen Vorteile, wie etwa die Unkündbarkeit nach zehn Jahren, die Anwartschaft auf einen Ruhegenuß nach dem BThPG, wobei die Mehrzahl der Angehörigen des technischen Personals schon nach 30 Jahren Anspruch auf vollen Ruhegenuß hat (gemäß dem ASVG erst nach 45 bzw. 40 Versicherungsjahren), im Verhandlungsergebnis Berücksichtigung finden müssen. Ebenso wäre zu beachten gewesen, daß jeder im Monatslohn stehende Dienstnehmer ab dem ersten Dienstjahr Anspruch auf fünf Wochen Erholungsurlaub hat, wozu noch 15 Tage für Dienstfreistellung bzw. Zeitausgleich kommen, so daß die Angehörigen des technischen Personals während der Monate Juli und August zur Gänze dienstfrei sind.

74.38.2.2. Der RH empfahl, bei künftigen dienst- und lohnrechtlichen Maßnahmen die beschriebenen Vorteile entsprechend zu berücksichtigen.

74.38.3.1. Die Steigerung der Monatslöhne beim technischen Personal führte der ÖBThV nicht nur auf Auswirkungen des KV 1972, sondern auch auf die ab 1. Juli 1972 gewährten Teuerungszulagen zurück.

74.38.3.2. Da sich ein Theaterbetrieb kaum mit Verwaltungsstellen des Bundes vergleichen lasse, habe es bei den Verhandlungen zum KV 1972 keinen Grund gegeben, auf die im Bundesdienst gegebenen Relationen Bedacht zu nehmen. Auch bei den früheren Kollektivverträgen, selbst in der Ersten Republik, seien die Bundestheater in dieser Hinsicht nie mit Verwaltungsstellen des Bundes in Verbindung gebracht worden.

74.38.3.3. Die Steigerung des Personalaufwandes für das technische Personal erklärte der ÖBThV nicht nur mit den Auswirkungen des KV 1972, sondern auch mit Vordienstzeitenanrechnungen, den dadurch ausgelösten Bezugsnachzahlungen, den allgemeinen Bezugserhöhungen, der Erhöhung der Überstundenzuschläge, mit der gestiegenen Anzahl von Pensionsempfängern sowie einer überdurchschnittlich hohen Anzahl von Überstunden.

74.38.3.4. Zusammenfassend wies der ÖBThV darauf hin, daß er im KV 1972 keine Zugeständnisse hätte machen können, die nicht mit der finanziellen Situation der Bundestheater in Einklang zu bringen gewesen seien. Das Verhandlungsergebnis sei vom BKA und BM f. Finanzen als richtig erkannt, und der KV 1972 von diesen Bundesdienststellen als Mitglieder des Theaterdirektorenverbandes abgeschlossen worden. Der ÖBThV werde den Empfehlungen des RH in jeder Hinsicht nachkommen. Es müsse aber auch

vom RH anerkannt werden, daß im Vordergrund aller Maßnahmen der klaglose Ablauf des Betriebes der Bundestheater stehe.

74.39.1. Obgleich im KV 1972 eine Pauschalierung von Mehrdienstleistungen nicht vorgesehen ist, wurden 27 Angehörige des technischen Personals der Bundestheater durch Abschluß von Additionalen — eine dem Vertragsrecht des künstlerischen Personals entliehene Vertragsbezeichnung — derartige pauschalierte Vergütungen für quantitative und qualitative Mehrdienstleistungen gewährt. Aufgrund der zum Zeitpunkt der Gebarungsüberprüfung geltenden Additionale hätte der ÖBThV bis 31. August 1975 daführ insgesamt 2 526 876 S zu zahlen gehabt.

74.39.2.1. Der RH beanstandete diese im Kollektivvertrag nicht vorgesehenen Additionale und wies darauf hin, daß bereits das BM f. Finanzen auf die dafür fehlende Rechtsgrundlage aufmerksam gemacht hatte.

74.39.2.2. Ferner bemängelte der RH, daß bis auf einen Fall die Höhe der Pauschalvergütungen festgesetzt worden war, ohne daß deren Bemessung Erfahrungswerte zugrunde gelegt wurden.

74.39.2.3. Der RH empfahl, mit Angehörigen des technischen Personals keine neuen Additionale abzuschließen.

74.39.3.1. Der ÖBThV teilte dazu mit, daß er die gesamte Tätigkeit jener Dienstnehmer, mit denen solche Additionale abgeschlossen worden seien, als nicht mit dem Kollektivvertrag für das technische Personal vereinbar halte. Durch das Fehlen eines administrativen Kollektivvertrages sei aber der ÖBThV gezwungen gewesen, einen Weg zu suchen, der den Erfordernissen des Betriebes Rechnung trage und trotzdem den Dienstnehmern ihren weiteren Anspruch nach dem BThPG sichere. Seit der Gebarungsüberprüfung durch den RH seien keine neuen Additionale mehr abgeschlossen worden.

74.39.3.2. Mit den Leitern der Tischler-, Schlosser- und Schneiderwerkstätten sowie mit dem Leiter des Transportbetriebsbüros seien mit Zustimmung des BKA und des BM f. Finanzen Bühnendienstverträge abgeschlossen und die Additionale vorzeitig aufgehoben worden.

74.39.4. Der RH erwiderte, daß die gesetzlichen Voraussetzungen für den Abschluß von Bühnendienstverträgen nicht gegeben waren.

74.40.1. Der Pensionsaufwand der Bundestheater betrug:

	Mill. S
1969	72,522
1970	82,136
1971	91,039
1972	113,153
1973	143,326

74.40.2.1. Die Vermehrung des Pensionsaufwandes in fünf Jahren auf ein fast doppeltes Ausmaß hatte ihre Gründe hauptsächlich in einer Erhöhung der Gagen und Gehälter sowie in der Erhöhung der Anzahl der Empfänger von Pensionsleistungen.

So erhöhte sich etwa der Personalaufwand für die Ballettmitglieder von 7,46 Mill. S im Jahre 1969 um 59,7% auf 11,91 Mill. S im Jahre 1973. Als Ausgaben für die Chormitglieder waren 1969 14,47 Mill. S und 1973 23,64 Mill. S ausgewiesen, was eine Erhöhung um 63,4% bedeutet. Für das ständige technische Personal wurden 1969 74,82 Mill. S und 1973 144,36 Mill. S ausgegeben. Die Steigerung beträgt hier 92,9%, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß sich im erwähnten Zeitraum die Anzahl der Dienstposten um rund 10% erhöht hat.

Zum Vergleich wies der RH den ÖBThV auf den im Besoldungsrecht wiederholt als Berechnungsgrundlage angeführten Gehalt eines Beamten der Allgemeinen Verwaltung, Dienstklasse V, Gehaltsstufe 2 hin, der am 1. Jänner 1969 5 941 S und am 1. Jänner 1974 einschließlich der Verwaltungsdienstzulage 8 660 S betragen und sich im erwähnten Zeitraum somit um rund 46% erhöht hat. Es sind daher in vielen Bereichen des Personals der Bundestheater die ruhegenußfähigen Monatsbezüge überdurchschnittlich angehoben worden.

74.40.2.2. Die Zahl jener Personen, die nach dem BThPG Ruhe- bzw. Versorgungsgenüsse erhielten, betrug am 1. Jänner 1969 1 184 und erhöhte sich bis zum 1. Jänner 1974 um 214 (18%) auf 1 398. Ohne die Empfänger von Witwen- und Waisenversorgungsgenüssen betrug die Zahl der Ruhegenußempfänger am

1. Jänner 1969	781
1. Jänner 1970	813
1. Jänner 1971	814
1. Jänner 1972	852
1. Jänner 1973	911
1. Jänner 1974	940

Die Steigerung während dieses Zeitraumes betrug somit 159 Ruhegenußempfänger (20%) und war neben der höheren Lebenserwartung auch auf eine steigende Anzahl von Ruhestandsversetzungen zurückzuführen. 1970 waren 64, 1971 und 1972 je 79 und 1973 85 Dienstnehmer der Bundestheater in den Ruhestand versetzt worden. Waren 1969 30 in den Ruhestand versetzte Dienstnehmer der Bundestheater noch nicht 60 Jahre alt, so waren es 1970 23, 1971 42, 1972 50 und 1973 33. Hiebei wirkte es sich besonders nachteilig aus, daß das BThPG keine Versetzung in den zeitlichen Ruhestand kennt.

74.40.3.1. Der ÖBThV führte in seiner Stellungnahme aus, daß sich etwa der ruhegenußfähige Höchstbezug beim technischen Personal von 7 969 S am 1. Juli 1971 um 44,17% auf 11 489 S am 1. Juli 1972 erhöht habe. Bei den künstlerischen Gruppen (Chor, Orchester, Ballett) habe sich eine beträchtliche Einkommenserhöhung ergeben. Außerdem sei für die Mitglieder mit Einzelbühnendienstverträgen die Ruhegenußhöchstermittlungsgrundlage am 1. Juli 1972 um 15,9% erhöht worden. Allein vom 1. Juli 1971 bis 1. Juli 1972 hätten sich die Bezüge der Bundestheaterbediensteten um 31,76% bis 49,26% erhöht.

74.40.3.2. Die steigende Anzahl von Bundestheaterbediensteten, die vor Vollendung des 60. Lebensjahres in den Ruhestand versetzt worden waren, führte der ÖBThV ausschließlich auf die Verjüngung des Ballettcorps zurück. Die Zahl der Ruhestandsversetzungen sei aber wieder rückläufig und habe 1974 65 und 1975 43 betragen.

74.41.1. Bezüglich eines ehemaligen Betriebsratsobmannes des darstellenden künstlerischen Personals der Staatsoper war die BThVw der Auffassung, daß dessen Weiterverbleiben im Personalstand der Staatsoper wegen seiner Nichtwiederwahl zum Obmann des Betriebsrates dem Betriebsklima auf die Dauer abträglich gewesen wäre. In der Folge erachtete ihn die Direktion der Staatsoper für die Ausübung seiner vertraglichen Tätigkeit als Chorsänger als dienstunfähig, weshalb sie mit Schreiben vom 5. Februar 1968 seine Versetzung in den Ruhestand beantragte, wobei sie jedoch als Pensionierungsgrund nur global auf § 2 BThPG Bezug nahm.

74.41.2.1. Der RH bemängelte, daß die Direktion der Staatsoper nicht erläutert hatte, welchen von den in § 2 BThPG angeführten Tatbeständen sie im konkreten Falle für gegeben hielt.

74.41.2.2. Ferner beanstandete der RH, daß die BThVw diesem Chorsänger gemäß § 8 Abs. 2 BThPG einen Zeitraum von sechs Jahren und drei Monaten als Ruhegenußvordienstzeit beitragsfrei angerechnet hatte, wodurch er einen Ruhegenuß im Ausmaß von 100% der Bemessungsgrundlage erhielt. Der RH wies auf die Erläuternden Bemerkungen zum BThPG hin, wonach die Bestimmung des § 8 Abs. 2 des zitierten Gesetzes dazu dienen soll, bedeutende künstlerische Solokräfte für die Bundestheater zu gewinnen oder an die Bundestheater zu binden. Die BThVw habe jedoch von der erwähnten Gesetzesbestimmung nicht im Sinne des Gesetzgebers — Gewinnung von Solokräften — Gebrauch gemacht, sondern habe vielmehr diese Bestimmung angewendet, um ein Mitglied der künstlerischen Gruppe ohne Schwierigkeiten in den Ruhestand versetzen zu können.

74.41.2.3. Der RH bemängelte ferner die beitragsfreie Vordienstzeitenanrechnung, weil eine solche Begünstigung im § 8 Abs. 2 BThPG nicht zwingend vorgeschrieben ist und die Pensionsbeiträge zu entrichten gewesen wären, wenn der Chorsänger die ihm angerechneten Zeiten im Dienststand zurückgelegt hätte.

74.41.3. Der ÖBThV machte in seiner Stellungnahme geltend, daß der vom RH bemängelte Vorgang nicht in die Verantwortlichkeit der derzeitigen Direktion der Staatsoper bzw. des ÖBThV falle, und wies insbesondere darauf hin, daß seinerzeit der betreffende Chorsänger alle Behauptungen, sein Weiterverbleiben wäre dem Betriebsklima abträglich gewesen, ebenso bestritten habe wie seine allfällige künstlerische Dienstunfähigkeit. Er wäre nur bereit gewesen, die Versetzung in den Ruhestand zur Kenntnis zu nehmen, wenn ihm ein Ruhegenuß in der vollen Höhe der Ruhegenußbemessungsgrundlage gewährt würde. Daraufhin seien ihm nach Ausschöpfung aller anderen Anrechnungsmöglichkeiten die fehlenden Dienstzeiten gemäß § 8 Abs. 2 des BThPG mit Zustimmung des BKA und des BM f. Finanzen angerechnet worden. Einer Anrechnung dieser Zeiten unter gleichzeitiger Vorschreibung eines besonderen Pensionsbeitrages hätte der betreffende Chorsänger sicherlich nicht zugestimmt, weil er weder die Anrechnung selbst angestrebt habe noch um seine Versetzung in den Ruhestand eingekommen sei.

74.41.4. Der RH erwiderte, daß es nicht im Interesse der Bundestheater gelegen sein konnte, einen Chorsänger, dessen gesundheitliche bzw. künstlerische Dienstunfähigkeit nicht erwiesen war, in den Ruhestand zu versetzen, weil durch diese Personalmaßnahme nur zusätzliche Kosten verursacht worden seien.

74.42.1.1. Mit Wirkung vom 1. September 1955 an war eine Bedienstete mit Bühnendienstvertrag engagiert worden, die mit der Gestaltung und Redigierung der Programmhefte der Staatsoper und zeitweise auch mit Presseangelegenheiten befaßt war. Vor allem oblag ihr die Vorbereitung und Durchführung des Opernballes.

74.42.1.2. Am 30. Mai 1973 wurde diese Referentin im Generalsekretariat des ÖBThV vorstellig und erklärte, daß sie seit 1955 die Tätigkeit einer artistischen Sekretärin ausübe und sie daher pensionsgruppenmäßig falsch eingestuft sei. Daraufhin wurde mit ihr ein mit 13. Juni 1973 datiertes Additionale abgeschlossen, wonach rückwirkend bis 1. September 1955 die Funktionsbezeichnung auf „Artistische Sekretärin" geändert wurde, wodurch sie zwar einen höheren Pensionsbeitrag zu zahlen hatte, dafür aber nicht erst nach 40, sondern bereits mit 30 Dienstjahren Anspruch auf vollen Ruhegenuß erlangte.

74.42.1.3. Noch im Juni 1973 wurde das Ruhestandsversetzungsverfahren eingeleitet, wobei die Referentin ursprünglich gemäß § 2 Abs. 2 lit. b BThPG — somit aus organisatorischen Gründen — in den Ruhestand versetzt werden sollte. Da in diesem Falle die bedingt angerechneten Ruhegenußvordienstzeiten außer Anschlag geblieben wären, hätte die nunmehr als artistische Sekretärin eingestufte Referentin nicht den vollen Ruhegenuß erhalten. Am 9. Juni 1973 bescheinigte ihr der Amtsarzt der Staatsoper, daß sie wegen verschiedener Leiden dauernd unfähig sei, ihren Dienstposten ordnungsgemäß zu versehen. Aufgrund dieses Gutachtens wurde die Referentin mit 31. August 1973 in den Ruhestand versetzt.

74.42.1.4. Die wegen dauernder Dienstunfähigkeit pensionierte Referentin sollte im unmittelbaren Anschluß an ihre Ruhestandsversetzung mittels eines Werkvertrages weiterhin an die Bundestheater verpflichtet werden. Gegenstand ihrer Werkleistung sollten im wesentlichen jene Agenden, die diese Referentin schon bisher ausgeübt hatte, sein. Als das BM f. Finanzen dem Werkvertrag mit dem Hinweis, es handle sich dabei um einen verkappten Dienstvertrag und die Pensionierung dieser Referentin könne unter diesen Voraussetzungen nicht ernstgenommen werden, seine Zustimmung versagte, schloß der ÖBThV mit ihr einen Externistenvertrag, der ihr zusätzlich zum Ruhegenuß einen Jahresbetrag von 91 590 S garantierte.

74.42.2. Der RH fand, daß mit der in Rede stehenden Referentin mangels einer entsprechenden künstlerischen Tätigkeit zu Unrecht Bühnendienstverträge abgeschlossen worden waren. Durch die nachträgliche Einstufung als artistische Sekretärin und den dadurch erwirkten höheren Ruhegenuß ist dem Bund ein Mehraufwand entstanden, da der Ruhegenuß sowie das Einkommen aus dem Externistenvertrag für die Referentin ein Jahreseinkommen ergaben, das um rund 20 000 S höher lag als ihre Aktivbezüge.

74.42.3.1. Bezüglich der rückwirkenden Einstufung der in Rede stehenden Referentin als „artistische Sekretärin" berief sich der ÖBThV auf die Stellungnahme des damals im Dienststand befindlichen und in der Zwischenzeit verstorbenen Direktors der Staatsoper.

74.42.3.2. Ferner machte der ÖBThV geltend, daß die Aufgabe der Referentin nicht allein in administrativer Tätigkeit, sondern vor allem in der alleinverantwortlichen künstlerischen Gestaltung des Opernballes bestanden habe. Es sei aber in jedem Falle beabsichtigt gewesen, sie gemäß § 2 Abs. 2 lit. b BThPG aus organisatorischen Gründen in den Ruhestand zu versetzen.

74.42.4. Der RH hielt den Ausführungen des ÖBThV entgegen, daß auch in einer vom Bundesminister für Unterricht und Kunst am 20. März 1974 persönlich genehmigten Erledigung in Abrede gestellt worden sei, daß die Referentin eine künstlerische Tätigkeit ausgeübt habe. Auch der RH meint, daß die mit der Organisation eines Balles zusammenhängenden Arbeiten wohl nicht als künstlerische Tätigkeit angesehen werden können.

74.43.1. Dem ehemaligen Technischen Direktor und Ausstattungschef der Staatsoper wurde mit Schreiben vom 20. Juni 1972 zur Kenntnis gebracht, daß er mit 31. August 1973 gemäß § 2 Abs. 2 lit. b BThPG, somit aus dem Grunde der Änderung in der Organisation oder des Betriebes der Bundestheater, in den Ruhestand versetzt werde. Für das dazwischenliegende Spieljahr 1972/73 wurde er mit einem Monatsbezug von 25 000 S weiterhin an die Staatsoper engagiert, wo er nach jeweiliger Weisung der Direktion die künstlerische und technische Überwachung der Dekorationsherstellung für eine Inszenierung durchführen sollte. Außerdem war er verpflichtet, innerhalb der Vertragszeit im Zuge einer Reform und Neuorganisation der Bundestheater die aus Anlaß der Beendigung seiner Tätigkeit als Technischer Direktor und Ausstattungschef der Staatsoper erforderlichen Arbeiten zwecks Übergabe seiner Agenden zu leisten.

Für fünf Monate in der Spielzeit 1973/74 — somit in unmittelbarem Anschluß an die eben erst erfolgte Ruhestandsversetzung — wurde mit diesem Mitglied ein Externistenvertrag abgeschlossen, aufgrund dessen er einen Monatsbezug von 30 000 S, d. s. für fünf Monate 150 000 S, erhielt. Auch dieser Vertrag nannte als Aufgabengebiet die künstlerische und technische Überwachung der Dekorationsherstellung für eine Inszenierung nach jeweiliger Weisung der Direktion.

74.43.2.1. Der RH bemängelte, daß dieser ehemalige Technische Direktor und Ausstattungschef der Staatsoper aufgrund des für das Spieljahr 1972/73 abgeschlossenen Vertrages insgesamt 345 112 S und für den Externistenvertrag 150 000 S erhalten hatte, ohne daß von ihm eine Gegenleistung verlangt worden wäre.

74.43.2.2. Außerdem wies der RH darauf hin, daß zu dem Zeitpunkt, zu dem der ehemalige Technische Direktor und Ausstattungschef der Staatsoper schließlich wirklich in den Ruhestand versetzt wurde, nämlich am 31. August 1973, der für diese Maßnahme angeführte Grund — Änderung in der Organisation der Bundestheater — nicht mehr gegeben war. Die Technischen Direktionen der einzelnen Häuser waren schon ein Jahr lang aufgelöst, und es wäre naheliegend gewesen, den ehemaligen Technischen Direktor und Ausstattungschef der Staatsoper nunmehr im Rahmen der zu diesem Zeitpunkt

zentralisierten Bundestheaterwerkstätten mit der Überwachung der Dekorationsherstellung zu befassen. Damit hätten nach Meinung des RH die Beispielsfolgen, welche die Pensionierung eines volldiensttauglichen, im 51. Lebensjahr stehenden Dienstnehmers nach sich zogen, vermieden werden können.

74.43.3.1. Der ÖBThV machte in seiner Stellungnahme geltend, daß der enorme Aufgabenbereich, für den der Technische Direktor und Ausstattungschef der Staatsoper zuständig gewesen sei, im Zuge der Neuorganisation nur allmählich hätte übergeleitet werden können. Dies wäre insbesondere in den besonderen Verhältnissen der Staatsoper begründet. Daß bei dieser Neuorganisation kein nahtloser Übergang, sondern eine gewisse Überlappung notwendig gewesen sei, hätten die Beamten des BKA und des BM f. Finanzen bei der Erteilung ihrer Zustimmung eingesehen und offenbar auch erkannt, daß es sich hier um eine künstlerische Entscheidung der Direktion handle, die allein dafür verantwortlich sei, daß Premierentermine eingehalten und der Vorstellungsbetrieb nicht durch Entscheidungen mit schwer absehbaren Folgen gefährdet werde.

74.43.3.2. Für die Weiterverwendung des ehemaligen Technischen Direktors und Ausstattungschefs der Staatsoper nach seiner Pensionierung sei auch die Tatsache entscheidend gewesen, daß ein technisch schwieriger und komplizierter Betrieb, der jahrelang auf eine selbständig verantwortliche Person aufgebaut war, eine längere Übergangszeit notwendig gemacht habe.

74.43.4. Der RH verwies auf die Tatsache, daß an den ehemaligen Technischen Direktor und Ausstattungschef der Staatsoper insgesamt rund 495 000 S ohne jede Gegenleistung gezahlt worden waren, woraus sich nach Ansicht des RH ergebe, daß es nicht notwendig gewesen sei, mit diesem Bediensteten die genannten Verträge abzuschließen.

74.44.1. Mit Einzelbühnendienstverträgen verpflichteten Mitgliedern wurden kurz vor ihrer Pensionierung noch Bezugserhöhungen gewährt, obgleich sich ihre Tätigkeit nicht geändert hatte. Ebenso wurden mehrere dem technischen Personal angehörende Dienstnehmer kurz vor der Ruhestandsversetzung in eine höhere Entlohnungsklasse befördert.

74.44.2. Der RH bemängelte derartige Personalmaßnahmen, weil sie den Pensionsaufwand belasten, ohne daß damit ein nennenswerter Vorteil für den Dienstbetrieb verbunden ist. Er empfahl, Ernennungen in eine höhere Entlohnungsklasse nur vorzunehmen, wenn mit gutem Grund angenommen werden kann, daß der Ernannte die neue Funktion einen angemessenen Zeitraum hindurch ausfüllen werde. Ebenso sollten Bezugserhöhungen an knapp vor der Pensionierung stehende, mit Einzelbühnendienstverträgen verpflichtete Mitglieder nur gewährt werden, wenn mit dem neuen Vertrag auch tatsächlich höhere Leistungen verbunden sind.

74.44.3. Der ÖBThV wies in seiner Stellungnahme darauf hin, daß die Bezugserhöhungen bzw. Beförderungen in mehreren vom RH beispielsweise angeführten Fällen noch von der BThVw vorgenommen worden seien.

Solche Maßnahmen wären damals häufig gesetzt worden. Desgleichen würden in anderen Verwaltungsbereichen Beamte vor der Ruhestandsversetzung noch befördert oder würden trotz tatsächlicher Dienstunfähigkeit jahrelang auf Vorrückungen warten. Der ÖBThV teilte jedoch mit, daß er in Hinkunft bemüht sein werde, diese vom RH bemängelten Bezugserhöhungen bzw. Beförderungen zu vermeiden.

Rechnungs- und Kassenwesen

74.45.1. Nach der Umwandlung der BThVw in den ÖBThV war die Buchhaltung nicht mehr unmittelbar dem Leiter der anweisenden Stelle unterstellt. Außerdem waren der Buchhaltung einerseits nicht alle nach der Buchhaltungsdienstverordnung (kurz BDV) und der Allgemeinen Verrechnungs- und Zahlungsvorschrift zukommenden Aufgaben übertragen, anderseits aber Aufgaben zugeteilt worden, die ihr nach diesen Vorschriften nicht zukamen.

74.45.2. Der RH wies darauf hin, daß die in den genannten Vorschriften getroffene Regelung der Stellung und der Aufgaben der Buchhaltung verbindlich sei. Sie diene vor allem der Sicherheit der Gebarung.

74.45.3. Auf Anordnung des Bundesministers für Unterricht und Kunst wurde, wie aus der Stellungnahme des ÖBThV hervorgeht, die frühere Hauptabteilung „Rechnungswesen" anders gegliedert und die Buchhaltung unmittelbar dem Generalsekretär unterstellt.

74.45.4. Der RH nahm diese Organisationsänderung zur Kenntnis, wies aber darauf hin, daß hinsichtlich innerorganisatorischer Fragen noch das Einvernehmen mit dem BM f. Finanzen und dem RH herzustellen sei.

74.46.1. Der RH gab ferner Anregungen zur Verbesserung der Auskunftsbereitschaft in der Buchhaltung, zur Beschleunigung des Zahlungsvollzuges und zur Hebung der Gebarungssicherheit.

74.46.2. Der ÖBThV antwortete, entsprechende Maßnahmen eingeleitet zu haben.

74.47.1. Die Überprüfung der Bewirtschaftung der autonomen Kredite der Staatsoper ergab, daß es in den Jahren 1970, 1972, 1973 und 1974

bei den Sachausgaben zu Überschreitungen im Ausmaß von 15% bis zu 55% gekommen war. Selbst die von der Staatsoperndirektion veranschlagten Beträge, die im Rahmen des Gesamtbudgets regelmäßig herabgesetzt worden waren, wurden erheblich überschritten.

74.47.2. Der RH empfahl, alle Möglichkeiten der Datenverarbeitungsanlage der Bundeshaushaltsverrechnung (Kreditstandausdrucke, Abfragemöglichkeiten) zur Kontrolle des Budgetvollzuges zu nützen.

74.47.3. Der ÖBThV entgegnete, daß die relativ genauen Kreditanträge der Direktionen bei den Budgetverhandlungen gekürzt worden seien, weswegen die Budgetansätze von Anfang an nicht stimmten. Als weitere Gründe führte er unvorhergesehene Aufwendungen sowie das Engagement von Gastsängern an. Derartige Engagements, die insbesondere bei plötzlichen Absagen eintreten, würden aber durch entsprechende Mehreinnahmen wieder wettgemacht.

74.47.4 Dem Hinweis, daß die Direktionen relativ genau budgetierten, hielt der RH entgegen, daß beispielsweise 1973 bei den „Sonstigen Aufwandskrediten" von der Staatsoperndirektion 34,1 Mill. S (Budgetansatz 29,8 Mill. S) beantragt worden seien, der Gebarungserfolg jedoch 46 Mill. S betragen habe, was eine rund 35%ige Überschreitung der beantragten Mittel bedeute.

74.48.1.1. Bei einer auf Ersuchen des RH durchgeführten Überprüfung der Handkassen der Staatsoper (Honorarverlag, Handverlag) wurden vielfach Unstimmigkeiten und Mängel festgestellt.

Die Überprüfung des Kassen-Solls und des Bargeldbestandes des für tägliche Gagenzahlungen vorgesehenen und mit 300 000 S dotierten Honorarverlages ergab einen Fehlbetrag von rund 22 100 S, der widmungswidrig für Ausgaben, die aus dem Handverlag zu zahlen gewesen wären, verwendet worden war.

74.48.1.2. Beim Handverlag, dessen Kassen-Soll 109 000 S betragen hatte, wurde ein Fehlbetrag von rund 55 800 S festgestellt. Dieser Unterschied erklärte sich aus der Zuteilung eines Subverlages von 15 000 S an die Bühneninspektion, aus Ausgaben von rund 24 000 S für ein Gastspiel der Staatsoper im Jahre 1966, die von der BThVw bzw. vom Generalsekretariat des ÖBThV noch nicht refundiert worden waren, aus einem Kassenabgang von 1 000 S, der im Juni 1965 von den mit der Kassenführung betrauten Bediensteten festgestellt, aber nicht ersetzt worden war, sowie aus weiteren Beträgen für die Bezahlung von Rechnungen, Regiekosten und Gagen in Höhe von rund 15 800 S.

74.48.1.3. In einem Wandsafe befanden sich mehrere Briefumschläge, die neben Abrechnungsbelegen auch Bargeld in Höhe von rund 98 400 S enthielten. Diese Beträge stammten aus Einnahmen und Rückzahlungen in den Jahren 1970 bis 1973, die im Zusammenhang mit Gastspielen der Staatsoper angefallen waren. In diesen Kuverts waren auch Valuten (2 850 DM) sowie acht bereits aus dem Verkehr gezogene alte Hundertschillingnoten. Auf Ersuchen des RH wurde der Betrag von 98 400 S sofort an die Hauptkasse des ÖBThV abgeführt.

74.48.1.4. Im Kassenbehälter wurden u. a. auch Zahlungsmittel in Höhe von rund 140 600 S vorgefunden, die von Künstlern deponiert worden waren.

74.48.2. Der RH beanstandete, daß bei diesen beiden Verlägen die Kassenbestände mit den Kassenbüchern nicht übereinstimmten und daß ein Kassenabgang aus dem Jahre 1965 nach neun Jahren noch immer nicht ersetzt worden war.

Ferner bemängelte der RH, daß Zahlungsmittel jahrelang in einem Wandsafe deponiert und nicht den Kassenmitteln des ÖBThV zugeführt worden waren. Hinsichtlich der deponierten Privatgelder verwies der RH auf die Bestimmungen der Kassensicherungsvorschrift.

74.48.3. Der ÖBThV teilte hiezu mit, daß er sich aufgrund des Ergebnisses der Kassenprüfung in der Staatsoper veranlaßt gesehen habe, verschiedene Maßnahmen zur Bereinigung der aufgezeigten Mängel in die Wege zu leiten. So sei verfügt worden, daß die Geldgebarung der Direktion der Staatsoper einem anderen Bediensteten übertragen und ihm die strikte Beachtung der Vorschriften über die Geldgebarung bei den Kassen des Bundes aufgetragen worden sei. Weiters sei der mit 109 000 S dotiert gewesene Handverlag eingezogen worden, um künftig Überschneidungen mit dem Honorarverlag zu vermeiden. Ferner seien die vorschußweise geleisteten Zahlungen ersetzt und der Kassenabgang aus dem Jahr 1965 von den beiden Bediensteten rückerstattet worden.

74.49.1. Eine auf Ersuchen des RH durchgeführte Kassenprüfung im Burgtheater zeigte, daß der Honorarverlag von 50 000 S, der neben der mit 500 000 S dotierten Kasse bestand, vor allem dazu diente, Angehörigen des Burgtheaters Vorschüsse auszahlen zu können. Diese Vorschüsse wurden ohne von Zeichnungsberechtigten gefertigte Anweisungen ausbezahlt und lediglich auf losen Blättern vorgemerkt. In welcher Höhe und an welche Personen Vorschüsse geleistet worden waren, ging nicht immer hervor, weil bei Rückzahlung der Vorschüsse die Blätter zerrissen wurden.

74.49.2. Der RH bemängelte diese unzulänglichen Kassenaufzeichnungen. Er empfahl, diesen Verlag einzuziehen und künftig Vorschüsse nur aufgrund von schriftlichen Zahlungsaufträgen aus Mitteln der Kasse auszuzahlen und im Kassenbuch ordnungsgemäß zu verbuchen.

74.49.3. Der ÖBThV teilte mit, die aufgezeigten Mängel seien sofort behoben worden. Die Frage, ob der Honorarverlag des Burgtheaters aufgelöst werden könne, werde im Einvernehmen mit der Direktion noch geklärt werden.

Zur Sicherstellung einer künftigen ordnungsgemäßen Verwaltung aller im Bereich der Bundestheater bestehenden Kassen und Verläge werde die Buchhaltung mindestens einmal jährlich eine unvermutete Prüfung durchführen.

Repräsentationsausgaben und Dienstreisen

74.50.1.1. Die Bundestheater haben in den Jahren 1970 bis 1973 die veranschlagten Repräsentationsausgaben beachtlich überschritten, wie die folgende Aufstellung zeigt:

	1970 S	1971 S	1972 S	1973 S
Voranschlag	40 000,00	100 000,00	100 000,00	275 000,00
Erfolg	174 586,77	131 738,90	262 870,38	421 268,62
Überschreitung	134 586,77	31 738,90	162 870,38	146 268,62
	336%	32%	163%	53%

Für die Überschreitungen in den Jahren 1970 bis 1972 wurde die Zustimmung des BM f. Finanzen nicht eingeholt, obwohl sie nach den Durchführungsbestimmungen zum Bundesfinanzgesetz notwendig war. Lediglich für 1973 hat das BM f. Finanzen eine Überschreitung um rund 54 000 S genehmigt.

74.50.1.2. Die für Repräsentationszwecke der Bundestheater veranschlagten Beträge stiegen von 1970 bis 1974 beträchtlich an:

	1970 S	1971 S	1972 S	1973 S	1974 S
Generalsekretariat bzw. BThVw	5 000	30 000	30 000	150 000	500 000
Burg- und Akademietheater	15 000	15 000	15 000	50 000	50 000
Staatsoper	15 000	50 000	50 000	70 000	100 000
Volksoper	5 000	5 000	5 000	5 000	8 000
Summe	40 000	100 000	100 000	275 000	658 000

Tatsächlich wurden 1974 vom Generalsekretariat 80 541 S, vom Burg- und Akademietheater 84 972 S, von der Staatsoper 116 446 S und von der Volksoper 56 514 S ausgegeben. Die Erhöhung der veranschlagten Beträge für Repräsentationsausgaben innerhalb von vier Jahren auf das rund Sechzehnfache stand im Widerspruch zu dem Beschluß der Bundesregierung vom 28. November 1972, die Repräsentationsausgaben des Bundes um ein Drittel zu senken.

74.50.1.3. Die Steigerung der Repräsentationsausgaben der Staatsoper war insbesondere durch Empfänge, Bewirtungen anläßlich von Premieren und Besuchen ausländischer Gäste sowie durch Geschenke (Silberteller und Münzschalen an verschiedene Künstler) bedingt.

74.50.2. Der RH gab zu bedenken, daß sich der ÖBThV zwar gewissen Repräsentationsverpflichtungen nicht entziehen könne und hiefür auch Mittel vorgesehen seien, angesichts der hohen finanziellen Anforderungen, die der laufende Spielbetrieb der Bundestheater erfordere, der Repräsentationsaufwand jedoch möglichst niedriggehalten werden sollte. Bei Überschreitungen wäre künftig rechtzeitig das Einvernehmen mit dem BM f. Finanzen herzustellen.

74.50.3. Der ÖBThV teilte hiezu mit, es würden künftig nur jene Repräsentationsverpflichtungen erfüllt werden, denen sich der ÖBThV nicht entziehen könne. 1974 habe der ÖBThV nur 338 475 S und 1975 381 249 S für Repräsentationszwecke ausgegeben, für 1976 sei nur mehr ein Betrag von 410 000 S veranschlagt worden. Bei Überschreitungen würden künftig die einschlägigen haushaltsrechtlichen Vorschriften eingehalten werden.

74.50.4. Der RH anerkannte die Bemühungen, den Repräsentationsaufwand zu senken, hielt jedoch im Sinne der Bestrebungen der Bundesregierung die Gebarungsergebnisse der Jahre 1974 und 1975 noch für hoch.

74.51.1. Die Ausgaben für Dienstreisen im Inland sind von 1970 bis 1973 von rund 232 000 S auf 636 000 S unverhältnismäßig stark gestiegen. Noch mehr erhöhten sich die Ausgaben für Auslandreisen, die 1970 rund 199 000 S und 1973 bereits 684 000 S betrugen.

74.51.2. Angesichts dieser Steigerungen empfahl der RH, bei der Beurteilung der Notwendigkeit von Dienstreisen und bei der Festlegung der Teilnehmerzahl einen strengeren Maßstab anzulegen.

74.51.3. Der ÖBThV führte hiezu aus, daß die leitenden Funktionäre Aufführungen im Ausland besuchen müßten, um über das kulturelle Angebot auf dem laufenden zu sein. Weiters seien die Entschädigungen für Dienstreisen seit 1970 nicht unbeträchtlich erhöht worden. Schließlich habe aber der ÖBThV 1975 nunmehr bei der Durchführung von Dienstreisen bereits strengste Maßstäbe angelegt und sie auf das unumgänglich notwendige Ausmaß eingeschränkt.

Gegenüber dem Voranschlag 1975 seien bei den Inlandreisen 17% und bei den Auslandreisen 30% eingespart worden.

74.52.1. Der RH stellte fest, daß die Behandlung der Reiserechnungen vielfach mangelhaft war und verschiedene Bestimmungen der Reisegebührenvorschrift (kurz RGV) keine Beachtung fanden.

So wurden mitunter wesentlich überhöhte Vorschüsse auf Reisegebühren gewährt und bei sieben Auslandreisen nur etwa 22% der Vorschußbeträge als Reisekosten verbraucht. Entgegen § 36 Abs. 5 RGV wurden mehrere nicht fristgerecht vorgelegte Reiserechnungen in voller Höhe ausbezahlt. In vielen Reiserechnungen fehlten nähere Angaben über den Zweck der Dienstreisen. Manche Angehörige des ÖBThV benützten bei Dienstreisen im Inland und in das Ausland ihre privaten Kraftfahrzeuge und erhielten hiefür das amtliche Kilometergeld nach § 10 Abs. 2 RGV.

74.52.2. Der RH erinnerte daran, daß durch die vorschriftswidrige Ausfertigung der Reiserechnungen eine ordnungsgemäße, wirksame Kontrolle nicht gewährleistet sei. Er empfahl, die festgestellten Mängel in Hinkunft zu vermeiden und größeren Wert auf die genaue Einhaltung der RGV zu legen. Er wies auch darauf hin, daß die Reisekosten bei Verwendung privater Kraftfahrzeuge wesentlich höher seien als bei Benützung von Massenverkehrsmitteln. Er ersuchte, bei Beurteilung der Notwendigkeit für die Benützung der Kraftfahrzeuge von Bediensteten im Sinne des § 10 Abs. 1 und 2 RGV strengere Maßstäbe anzulegen.

74.52.3. Der ÖBThV nahm die Bemängelungen des RH zum Anlaß, die wichtigsten Bestimmungen der RGV mittels Rundschreibens neuerlich zu verlautbaren. Er werde bemüht sein, Verstöße gegen die Vorschriften der RGV hintanzuhalten.

74.53.1. Von 1973 an bezogen sechs Angehörige der Gebäudeverwaltung des ÖBThV elfmal im Jahr ein Fahrtkostenpauschale von 600 S. Ab 1. Feber 1974 wurden diese Vergütungen, mit denen die Spesen für die Benützung eigener Kraftfahrzeuge sowie die Kosten der über das Privattelephon geführten Dienstgespräche abgegolten werden sollten, auf 800 S erhöht.

74.53.2. Da diese Regelung einer Rechtsgrundlage entbehrte, wies der RH auf die Bestimmungen des § 21 RGV über die Pauschalierung sowie auf den Erlaß des BKA vom 29. März 1974, GZl. 23 726/6-4d/74, hin. Er empfahl, künftig den sechs Bediensteten für innerstädtische Dienstfahrten Straßenbahnfahrkarten zur Verfügung zu stellen.

74.53.3. Nach Mitteilung des ÖBThV wurden die Pauschalien mit Ablauf des Jahres 1974 eingestellt. Ab 1. Jänner 1975 werden den Bediensteten als Entschädigung für Dienstfahrten elfmal jährlich die Kosten einer Monatsnetzkarte vergütet, wodurch eine merkliche Verbilligung und Vereinfachung erreicht werden konnte.

74.54.1. Dem Direktor der Volksoper war wie den anderen Direktoren der Bundestheater im Dienstvertrag eine jährliche Pauschalabgeltung im Ausmaß jenes Kilometergeldes gewährt worden, das sich bei Benützung eines Kraftwagens mit einem Hubraum von 2 500 cm³ für 25 000 km jährlich ergab. Dieses Pauschale betrug zur Zeit der Gebarungsüberprüfung pro Jahr 82 500 S. Unbeschadet dieser Regelung erhielt der Direktor der Volksoper für einige Dienstreisen nach Graz und Salzburg Fahrtspesen in Höhe von 4 000 S vergütet.

74.54.2. Der RH vertrat die Ansicht, daß mit der jährlichen Pauschalabgeltung alle bei Inlandreisen anfallenden Fahrtkosten abgegolten seien, und empfahl, den Betrag von 4 000 S zurückzuverlangen.

74.54.3. Der ÖBThV teilte hiezu mit, jenen Funktionären, denen eine Pauschalabgeltung des Kilometergeldes gewährt worden sei, würden künftig keine Fahrtkosten für Inlandreisen vergütet. Die Doppelvergütung von 4 000 S werde bei der Anweisung des nächsten Pauschalentgeltes in Abzug gebracht werden.

Jubiläumsausstellung und Gastspiele

74.55.1.1. 1969 feierte die Staatsoper ihr 100jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlaß fand eine Ausstellung „100 Jahre Wiener Oper am Ring" statt, für deren Veranstaltung ein Forschungsauftrag vergeben wurde. Für die Durchführung des Auftrages wurden in den Jahren 1966 bis 1970 insgesamt 690 568 S gezahlt.

74.55.1.2. Da der BThVw für die Ausstellung keine Mittel zur Verfügung gestellt worden waren, wurde ein Aktionskomitee gegründet, das die Mittel durch Spenden hätte aufbringen sollen. Um den Spendern steuerliche Vorteile zu

verschaffen, übernahm das Institut für Theaterwissenschaften an der Universität Wien die Patronanz über diese Spendenaktion und eröffnete dafür bei zwei Kreditinstituten Konten. Den Spendern wurde bestätigt, daß sie eine Zuwendung an eine wissenschaftliche, mit Aufgaben der Forschungsförderung betraute Hochschule und Fakultät geleistet hätten und diese Spenden laut EStG 1967 als Betriebsausgaben zu werten seien.

74.55.1.3. Insgesamt gingen 1 078 400 S an Spenden ein. Diese Spenden wurden jedoch so verwaltet, daß schon zu Beginn der Ausstellung keine Übersicht über die Gebarung gegeben war. Schließlich konnte nicht einmal mehr festgestellt werden, welche Rechnungen noch offen und welche schon bezahlt waren. Zur Vermeidung gerichtlicher Schritte der Gläubiger erteilte der Leiter der BThVw den Auftrag, offene Rechnungen in Höhe von 917 394 S vorschußweise aus Budgetmitteln der Bundestheater zu begleichen. Die BThVw erhielt dafür vom Aktionskomitee angeschaffte Vitrinen, Podeste und Stellwände.

74.55.1.4. Ein 1967 erstellter Kostenvoranschlag wies Einnahmen von 1,8 Mill. S und Ausgaben von 2,34 Mill. S aus. Eine nach Ende der Ausstellung verfaßte Gebarungsübersicht zeigte Einnahmen von 4,44 Mill. S und Ausgaben von 4,98 Mill. S. Der Gebarungsabgang von 540 000 S und Personalkosten in Höhe von 553 170 S wurden von der BThVw getragen.

74.55.2. Die Leitung und Durchführung einer Ausstellung bezeichnete der RH als einen für einen Forschungsauftrag nicht geeigneten Gegenstand. Zu den für die Spenden ausgefolgten Bestätigungen bemerkte er, daß ihr Inhalt nicht den tatsächlichen Gegebenheiten entsprochen habe. Schließlich wies der RH darauf hin, daß die BThVw beträchtliche Budgetmittel für im Bundesvoranschlag nicht vorgesehene Zwecke verwendet und dadurch gegen die Bestimmungen des § 20 BHV verstoßen hätte. Er empfahl, künftig Bundesmittel nur für solche Zwecke einzusetzen, für die sie im Bundesfinanzgesetz vorgesehen seien. Außerdem sollte darauf geachtet werden, daß die Gebarung des Bundes nicht mit jener anderer physischer oder juristischer Personen vermengt werde.

74.55.3. Der ÖBThV führte hiezu aus, daß der Auftragnehmer des Forschungsauftrages nicht nur mit der Jubiläumsausstellung, sondern auch mit anderen Projekten befaßt gewesen sei. Die vom Institut für Theaterwissenschaften an der Universität Wien ausgestellten Bestätigungen seien insofern mit den Bestimmungen des EStG in Einklang zu bringen, als die Steuerbegünstigung nach den einschlägigen Kommentaren zu gewähren sei, wenn der Zweck der Spende in erster Linie auf die wissenschaftliche oder künstlerische Lehre bzw. Berufsausbildung hinziele. Die Anordnung des damaligen Leiters der BThVw, die offenen Rechnungen des Aktionskomitees im Gesamtbetrag von 917 394 S zu bezahlen, sei erfolgt, weil die Ausstellung in der Öffentlichkeit als Angelegenheit der Staatsoper gesehen worden sei und der Eindruck vermieden werden sollte, daß die Staatsoper nicht in der Lage wäre, ihre Schulden zu begleichen. Es sei aber auch die Ausstellung ihrem Wesen nach in engem, sachlichem Zusammenhang mit den Bundestheatern gestanden.

74.55.4. Der RH entgegnete, daß die in Rede stehenden Forschungsaufträge nach der Aktenlage ausschließlich für die Vorbereitung und Durchführung der Jubiläumsausstellung bewilligt worden seien. Den über die Spenden ausgestellten Bestätigungen hätten die Abgabenbehörden nicht entnehmen können, daß die Spenden für die vom Aktionskomitee veranstaltete Jubiläumsausstellung bestimmt gewesen seien. Hinsichtlich des Vorwurfes der widmungswidrigen Verwendung blieb der RH bei seiner Auffassung.

74.56.1.1. Die Staatsoper hatte von 1966 bis 1973 zehn Gastspiele durchgeführt, von denen zur Zeit der Gebarungsüberprüfung sieben noch nicht abgerechnet waren. Auf Ersuchen des RH wurden ihm im November 1974 für sechs Gastspiele Abrechnungen vorgelegt, ein weiteres Gastspiel wurde im Februar 1975 abgerechnet. Die im November 1974 vorgelegte Abrechnung des 1967 anläßlich der Weltausstellung in Montreal durchgeführten Gastspieles wies einen Fehlbetrag von 1 031,28 can. $, d. s. 24 751 S, aus. Von einem 1970 in Zagreb durchgeführten Gastspiel waren 4 189 S und von einem Ballettgastspiel in Florenz (1972) 4 695 S nicht mit Belegen abgerechnet.

74.56.1.2. Für das 1967 in Montreal veranstaltete Gastspiel sagte der Veranstalter der Weltausstellung am 11. Mai 1966 verbindlich zu, 163 702 can. $, d. s. 3 928 848 S, zu bezahlen. Dieser Betrag wurde jedoch in den Bundesvoranschlag 1967 nicht aufgenommen.

74.56.1.3. Ferner hatte sich die Ausstellungsleitung verpflichtet, für jedes am Gastspiel teilnehmende Mitglied der Staatsoper Diäten von 12 can. $ zu zahlen, was jenem Satz entsprach, den auch die Organe des Veranstalters der Weltausstellung erhielten. Die Direktion der Staatsoper hat den Mitwirkenden am Gastspiel in Montreal jedoch Diäten von 19,50 can. $ zugestanden, weshalb die BThVw pro Teilnehmer und Tag einen Zuschlag von 7,50 can. $ zahlen mußte, der Mehrkosten von 1 772 328 S verursachte.

74.56.1.4. Im Anschluß an das Gastspiel der Staatsoper in Montreal gaben die Wiener Philharmoniker in New York und Boston Konzerte. Von der BThVw wurden den Philharmonikern statt des Rückfluges Montreal—Wien die Kosten des Fluges von Boston nach Wien und auch die Flugkosten von Montreal nach New York bezahlt. Die Kosten für den Flug von Montreal nach New York betrugen 75 110 S.

74.56.1.5. Aufgrund eines Vertrages zwischen der staatlichen Konzert-Direktion der UdSSR und der Direktion der Staatsoper wurde vom 2. bis 14. Oktober 1971 ein Austauschgastspiel durchgeführt. Das Moskauer Bolschoj-Theater gastierte mit „Boris Godunow", „Pique Dame" und „Krieg und Frieden" in Wien, während zur selben Zeit in Moskau die Staatsoper „Die Hochzeit des Figaro", „Tristan und Isolde" sowie „Der Rosenkavalier" aufführte. Die Wiener Philharmoniker gaben außerdem in Moskau drei Konzerte. Die jeweiligen Gastgeber hatten neben den im Vertrag angeführten Kosten auch für jedes Ensemblemitglied Diäten zu bezahlen, welche in Moskau 3,50 Rubel bzw. in Wien 100 S betrugen. Dementsprechend bekamen die Mitglieder des Bolschoj-Theaters in Wien 100 S als Diäten, die in Moskau gastierenden Mitglieder der Staatsoper erhielten von der sowjetischen Konzertdirektion nicht nur die vereinbarten 3,50 Rubel, sondern überdies vom ÖBThV noch pro Tag 300 S, wodurch eine zusätzliche Belastung von rund 1,9 Mill. S entstand.

74.56.1.6. An den Charterflügen des Ensembles der Staatsoper nach Moskau nahmen auch 28 Familienangehörige von Ensemblemitgliedern teil. Zur Zeit der Gebarungsüberprüfung hatten noch nicht alle Angehörigen ihren Anteil an den Flugkosten — das Gastspiel fand im Oktober 1971 statt — bezahlt.

74.56.2.1. Der RH bemängelte die Säumnis bei der Abrechnung der Gastspiele und empfahl, die festgestellten Fehlbeträge in Gesamthöhe von 33 635 S einzufordern. Er wies auch auf Art. 6 Z. I des Verwaltungsentlastungsgesetzes 1925 und auf § 3 Abs. 1 BHV hin, wonach sämtliche im Laufe eines Finanzjahres zu erwartenden Geldeinnahmen des Bundes zu veranschlagen sind, was im Falle des Gegenwertes der mit der Ausstellungsleitung der Weltausstellung 1967 vereinbarten Bezahlung von 163 702 can. $ unterblieben sei.

74.56.2.2. Außerdem beanstandete der RH die Gewährung von zusätzlichen Diäten. Er empfahl, künftig den Mitwirkenden an Gastspielen Tages- und Nächtigungsgebühren nach den in der RGV festgelegten Sätzen zu gewähren. Er wies ferner darauf hin, daß es die BThVw im Zusammenhang mit dem Gastspiel in Montreal unterlassen habe, die den einzelnen Mitwirkenden am Gastspiel gezahlten Diäten, soweit sie die in der RGV festgesetzten Sätze überstiegen hatten, zu versteuern. Wegen dieser Unterlassung hat das Finanzamt für Körperschaften 1967 die Nachversteuerung der Diäten in Form einer Pauschalierung durchgeführt und der BThVw an Lohnsteuer und Dienstgeberbeitrag zum Ausgleichsfonds für Kinderbeihilfen einen Betrag von 558 939 S vorgeschrieben.

Die Übernahme der Flugkosten für die Konzerttournee der Philharmoniker bemängelte der RH, weil sie in keinem Zusammenhang mit dem Gastspiel der Staatsoper in Montreal gestanden seien.

74.56.2.3. Hinsichtlich der beim Austauschgastspiel in Moskau gezahlten überhöhten Diäten ersuchte der RH um Mitteilung, ob diese einer steuerlichen Behandlung zugeführt worden seien.

74.56.3.1. Der ÖBThV teilte dazu mit, er habe aufgrund der Bemängelung des RH eine Dienstanweisung erlassen, wonach Auslandgastspiele künftig innerhalb von drei Monaten abzurechnen sind. Die vom RH festgestellten Fehlbeträge von insgesamt 33 635 S seien am 14. Feber 1976 dem Bund ersetzt worden.

74.56.3.2. Die BThVw habe an alle Mitwirkenden Diäten in gleicher Höhe gezahlt, weil sie damit einer Forderung der Betriebsräte nachgekommen sei. Eine nachträgliche Versteuerung der Diäten hätte aufgrund der von Person zu Person unterschiedlich hohen Steuerbeträge dazu geführt, daß nicht alle Mitglieder die Diäten in gleicher Höhe erhielten, wodurch die BThVw gegen die mit den Betriebsräten getroffene Vereinbarung verstoßen hätte. Die Folge davon wäre gewesen, daß die Dienstnehmerseite für die gesamte, die Normalarbeitszeit übersteigende Zeit der Gastspiele die Bezahlung von Überstunden verlangt hätte. Die Empfehlung des RH, bei Gastspielen nur Reisegebühren nach den in der RGV festgelegten Sätzen zu zahlen, bezeichnete der ÖBThV als unrealistisch, weil es so nie zu einem Gastspiel kommen würde. Die Übernahme der Flugkosten von Montreal nach New York führte der ÖBThV auf ein Abkommen zwischen dem damaligen Direktor der Staatsoper und den Philharmonikern zurück. Die scheinbaren Mehrkosten von 75 110 S wären in der Ersparung gedeckt, die sich durch den Wegfall einer großen Maschine für den Transport der sperrigen Koffer für Instrumente von Montreal nach Wien ergeben habe.

74.56.3.3. Die anläßlich des Austauschgastspieles in Moskau gezahlten Diäten würden 1976 anläßlich einer Überprüfung durch das Finanzamt für Körperschaften steuerlich behandelt werden. Durch die Mitnahme von 28 Familienangehörigen von Ensemblemitgliedern seien dem

ÖBThV keine zusätzlichen Kosten erwachsen, die Kostenersätze stellten daher echte Mehreinnahmen dar, die in der Zeit vom 22. April 1974 bis 21. Feber 1975 in Höhe von 56 396 S zur Gänze hereingebracht worden seien.

74.56.4. Der RH nahm die Mitteilung, daß der ÖBThV in Form einer Dienstanweisung eine Regelung über die zeitgerechte Abrechnung von Gastspielen getroffen habe und die vom RH festgestellten Fehlbeträge und Kostenanteile dem Bund ersetzt worden seien, zur Kenntnis. Er machte den ÖBThV darauf aufmerksam, daß die Gewährung von überhöhten Diäten auf den Anspruch der Dienstnehmer auf die ihnen gesetzlich gebührende Überstundenentlohnung keinen Einfluß habe. Der RH wiederholte daher seine Empfehlung, den Mitwirkenden bei Gastspielen die Tages- und Nächtigungsgebühren nach den Sätzen der RGV zu bezahlen. Den Hinweis des ÖBThV, die Mehrkosten für den Flug der Philharmoniker von Montreal nach New York seien nur scheinbar angefallen, fand der RH nicht stichhältig, weil die Kosten des Heimfluges der Philharmoniker von Boston nach Wien zu Lasten des Bundes verrechnet wurden und hiebei auch die sperrigen Koffer für Instrumente mittransportiert werden mußten.

Hörfunk- und Fernsehübertragungen

74.57.1.1. Von 1970 bis 1974 zeichnete der Österreichische Rundfunk (kurz ORF) aufgrund jeweiliger Vereinbarungen vier Produktionen der Bundestheater für Fernsehübertragungen auf.

74.57.1.2. Im April 1974 wurde zwischen dem ÖBThV und den technischen und administrativen Betriebsräten der Staatsoper, des Burgtheaters, der Volksoper und der „Zentralen Stellen", das sind Werkstätten und Verwaltung, eine Betriebsvereinbarung über die Aufzeichnung von Vorstellungen für das Fernsehen geschlossen.

Aufgrund dieser Betriebsvereinbarung wurden im Juni 1974 für die Aufzeichnung der Burgtheater-Produktion „Die Jagdgesellschaft" an den Betriebsrat des Burgtheaters 120 000 S und an den Betriebsrat der „Zentralen Stellen" 24 000 S ausgezahlt. Es partizipierten somit an dieser Aufzeichnung das administrative Personal des Burgtheaters und des Generalsekretariates.

74.57.2.1. Daß innerhalb von fünf Jahren vom ORF lediglich vier Produktionen der Bundestheater für Fernsehübertragungen aufgezeichnet worden waren, von denen überdies nur drei gesendet wurden, sprach nicht für eine befriedigende Kooperation zwischen dem ÖBThV und dem ORF. Eine solche wäre aber nach Ansicht des RH schon deswegen nötig gewesen, weil die Menschen in Österreich, die wegen der örtlichen Entfernung ihres Wohnsitzes keine oder nur selten Gelegenheit haben, Aufführungen der Bundestheater zu besuchen, zumindest im Wege des Fernsehens mit den Produktionen der Bundestheater bekanntgemacht werden sollten.

Der RH empfahl, künftig bemüht zu sein, mehr Produktionen der Bundestheater aufzuzeichnen.

74.57.2.2. Der RH hielt die Betriebsvereinbarung vom April 1974 nicht für gerechtfertigt, weil Zuwendungen an zahlreiche Bedienstete gewährt werden, die bei Fernsehaufzeichnungen keine bestimmten Gegenleistungen erbringen. Er empfahl, die Betriebsvereinbarung zu ändern und Vergütungen für Fernsehaufzeichnungen nur für jene Personen vorzusehen, denen sie aus künstlerischen und urheberrechtlichen Gründen zustehen. Anderen Bediensteten sollten nur die Erschwernisse und Mehrleistungen abgegolten werden, die tatsächlich bei Fernsehaufzeichnungen anfallen.

Im übrigen wies der RH darauf hin, daß in der Bundesrepublik Deutschland eine für die Bühnen weit günstigere Übung besteht. Abgesehen davon, daß für Fernsehaufzeichnungen nur das künstlerisch tätige Personal gesondert entschädigt wird, erhielten die einzelnen Bühnen über den Ersatz ihrer tatsächlichen Aufwendungen hinaus noch eine Zuwendung in der Höhe des der Bühne entstandenen Aufwandes.

74.57.3.1. Der ÖBThV erwiderte, es wäre nicht in seinem Einflußbereich gelegen, daß vom ORF in den letzten Jahren nur sehr wenig Produktionen der Bundestheater für das Fernsehen aufgezeichnet worden seien. Das mit September 1976 wirksame Grundsatzübereinkommen vom 5. März 1976 zwischen dem ÖBThV und dem ORF zeige jedoch, daß die vom RH aufgezeigten Probleme für alle Teile befriedigend gelöst worden seien. Demnach sei u. a. eine enge Zusammenarbeit zur gesteigerten Ausschöpfung der beiderseitigen Programmöglichkeiten sowie zur Durchführung verschiedener dem Theater gewidmeter Sendungen vereinbart worden, um Aufführungen der Bundestheater einem großen Publikum durch Hörfunk und Fernsehen zugänglich zu machen. Der ÖBThV habe überdies sein Einverständnis erklärt, daß der ORF in beliebiger Anzahl Aufführungen der Bundestheater ausschließlich für Hörfunk- und Fernsehzwecke aufzeichnen und senden dürfe. Bei der Auswahl von Aufführungen für die Ausstrahlung durch den ORF werde besonders darauf geachtet, daß Premieren und Neueinstudierungen von Bühnenwerken einem großen Publikum zugänglich gemacht werden.

Im Punkt IV dieses Übereinkommens sei ferner festgelegt worden, daß „im Sinne der kultur- und bildungspolitischen Aufgaben der Bundestheater gegenüber der österreichischen Bevölkerung in Ansehung der nunmehrigen

Möglichkeit, Aufführungen der Bundestheater allen Bevölkerungsschichten im gesamten Bundesgebiet zugänglich zu machen und dadurch neue Publikumskreise für die Bundestheater zu werben, sowie unter Bedachtnahme auf die erweiterte kulturelle Repräsentation österreichischen Bühnenschaffens im Ausland" der ÖBThV dem ORF den Wert der Gesamtheit seiner organisatorischen Leistungen, die zur Aufführung eines Bühnenwerkes notwendig sind, unentgeltlich einräumt.

74.57.3.2. Weiters bemerkte der ÖBThV, eine Betriebsvereinbarung mit dem technischen Personal sei deswegen nötig, weil bei Vergütung von Mehrleistungen nur an einzelne Personen diese ein zusätzliches Einkommen hätten und ein Großteil der anderen Bediensteten dieser Sparte keine Entschädigung erhielte, was zu Spannungen führen müsse. An das administrative Personal seien 1975 pro Bediensteten lediglich 50 S als Anerkennungsbetrag gezahlt worden.

74.57.4. Der RH hält das für den ÖBThV finanziell nachteilige Übereinkommen zwischen dem Bundesminister und dem ORF — die sogenannten Hausrechte des ÖBThV werden vom ORF nicht mehr vergütet — bei einer Abwägung des finanziellen Nachteiles für den ÖBThV einerseits und der kulturellen Bereicherung für viele Einwohner unseres Landes andererseits für eine taugliche Grundlage, nunmehr Produktionen der Bundestheater über das Fernsehen einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. Er verblieb aber bei seiner Auffassung, daß die erwähnte Betriebsvereinbarung über die Vergütungen für Fernsehaufzeichnungen zu großzügig sei. Nach Ansicht des RH sei es zwar für den ÖBThV einfacher, alle Angehörigen des technischen und administrativen Personals finanziell zu entschädigen, von einer Leistungsbezogenheit könne jedoch keine Rede sein. Im übrigen sehe es der RH auch dann als seine Aufgabe an, Einsparungsmöglichkeiten aufzuzeigen, wenn es sich um geringe Beträge handelt.

Sonstige Angelegenheiten des Generalsekretariats

74.58.1. Die Registratur war in nicht entsprechend adaptierten Kellerräumen untergebracht. Auch sonst war die Aufzeichnung der Geschäftsstücke mangelhaft. Allein in der Abteilung „Allgemeine Verwaltung" konnten 26 Geschäftsstücke nicht gefunden werden. Eine zentrale Schreibstelle, die einen zweckmäßigen Personaleinsatz ermöglicht hätte, war nicht vorhanden.

74.58.2. Der RH empfahl, den Kanzleibetrieb zu reorganisieren und die festgestellten Mängel zu beseitigen.

74.58.3. Der ÖBThV teilte dazu mit, daß er eine Reorganisation der Kanzlei veranlaßt habe.

74.59.1. Die Ausgaben für die Anfertigung von Fotokopien stiegen von rund 58 000 S (1971) auf rund 427 000 S (1974). Aufzeichnungen über für dienstliche oder private Zwecke angefertigte Ablichtungen wurden nur in der Staatsoper geführt. Aber auch dort mußten Kopien unter 20 Stück nicht verzeichnet werden.

74.59.2. Der RH empfahl eine sparsamere Verwendung der Kopiergeräte, die Führung von entsprechenden Aufzeichnungen sowie die Einhebung eines Entgeltes der für private Zwecke hergestellten Kopien.

74.59.3. Der ÖBThV teilte mit, daß er eine Neuordnung im Generalsekretariat verfügt habe und eine solche in den Theatern in Aussicht genommen sei. Infolge der bisherigen Maßnahmen seien im Jänner 1976 gegenüber dem Monatsdurchschnitt von 1975 ein Verbrauchsrückgang von 26 425 Kopien und gegenüber dem Monatsdurchschnitt von 1974 ein solcher von 25 867 festzustellen gewesen.

74.60.1. Die Abteilung „Allgemeine Verwaltung", die nur aus dem Abteilungsleiter und einer Sekretärin bestand, war überwiegend mit Agenden betraut, die den anderen Fachabteilungen zugekommen wären. Es ergaben sich dadurch Verzögerungen und ein erheblicher Aktenrückstand.

74.60.2. Der RH empfahl, diesen Bereich besser zu organisieren, und besonders jene Aufgaben, für deren Erledigung sich die anderen Fachabteilungen besser eignen, diesen zu übertragen.

74.60.3. Der ÖBThV gab bekannt, daß er entsprechend der Empfehlung des RH verschiedene Aufgabengebiete der Abteilung „Allgemeine Verwaltung" den zuständigen Fachabteilungen zugewiesen habe.

74.61.1. Von der Abteilung „Allgemeine Verwaltung" wurden Büromittel und Büromaschinen bestellt, obgleich im Generalsekretariat eine zentrale Einkaufsstelle eingerichtet war. Diese Abteilung führte über die von ihr verwalteten Materialien keine Materialaufschreibungen. Ebenso gab es bei den einzelnen Verbrauchsstellen keine Materialverbrauchsnachweise.

Die Abteilung „Allgemeine Verwaltung" beschaffte auch für das technische Personal und für die Billeteure Arbeitskleidungen, führte jedoch keine Ausschreibungen darüber durch und hielt ihre Bestellungen teilweise auch schriftlich nicht fest. Die Anschaffungskosten dieser Arbeitskleidungen bewegten sich zwischen 7 500 S und 98 000 S.

74.61.2. Der RH bemängelte die Doppelgleisigkeit bei der Anschaffung von Büromitteln und Büromaschinen sowie auf dem Sektor

der Materialverwaltung. Er beanstandete auch den Mangel an Materialaufschreibungen und Materialverbrauchsnachweisen sowie die Anschaffung von Bekleidungsstücken ohne vorausgegangene Ausschreibung im Sinne der vom BM f. Unterricht erlassenen Vorschriften.

74.61.3. Der ÖBThV teilte dazu mit, daß dem Vorschlag des RH entsprechend nur mehr eine Abteilung für den Einkauf zuständig und dieser auch die Materialverwaltung sowie die Verwaltung von Arbeitskleidung und der Büromaschinen übertragen worden sei. Bei den 1975 erfolgten Einkäufen von Dienstuniformen und Arbeitsschuhen seien nach Einholung mehrerer Angebote trotz allgemeiner Preiserhöhungen die Anschaffungskosten geringer gewesen als in den Vorjahren. Die entsprechenden Vorschriften würden nunmehr ausnahmslos eingehalten.

74.62.1. Die Hauptabteilung „Personalangelegenheiten" gliederte sich in das mit zwei Vertragsbediensteten mit Sonderverträgen besetzte Sekretariat des Hauptabteilungsleiters und sechs Abteilungen. Von diesen Abteilungen waren eine mit vier, zwei mit je drei und zwei weitere mit je zwei Bediensteten besetzt. Eine Abteilung bestand nur aus dem Abteilungsleiter.

74.62.2. Der RH bemerkte, daß durch die starke Aufsplitterung dieser Hauptabteilung eine zu große Arbeitskapazität für die Ausübung von „Leiter-Funktionen" gebunden werde. Er wies ferner auf die Besorgung annähernd gleichartiger und gleichwertiger Agenden entweder durch Bedienstete der Verwendungs(Entlohnungs)-gruppe B (b), durch solche der Verwendungs-(Entlohnungs)gruppe C (c) oder durch Vertragsbedienstete der Entlohnungsgruppe d hin.

Er empfahl, durch eine entsprechende Schulung der Mitarbeiter und durch eine vorausschauende Personalplanung die Voraussetzungen für eine Verringerung auf zwei Abteilungen zu schaffen, von denen eine Abteilung für die Personalangelegenheiten des gesamten künstlerischen und die andere für das technische und administrative Personal zuständig sein sollte. Schließlich empfahl der RH eine Dienstpostenbeschreibung und Dienstpostenbewertung sowie eine Änderung der Geschäftsordnung des Generalsekretariates. Diese Änderung sollte eine genauere Regelung der Obliegenheiten der Abteilungsleiter enthalten.

74.62.3.1. Die Aufsplitterung der Hauptabteilung „Personalangelegenheiten" begründete der ÖBThV mit den in den einzelnen Abteilungen zu erledigenden Spezialaufgaben und führte andere Bundesdienststellen an, bei denen es gleichfalls mit einem oder zwei Bediensteten besetzte Abteilungen gebe. Im Hinblick auf die unterschiedlichen Aufgaben in den Abteilungen wäre eine Verringerung von sechs auf zwei Abteilungen nicht möglich.

74.62.3.2. Die vom RH empfohlene Dienstpostenbeschreibung und Dienstpostenbewertung werde ebenso durchgeführt wie die empfohlene Änderung der Geschäftsordnung. Das Sekretariat des Hauptabteilungsleiters sei nur mehr mit einer Vertragsbediensteten besetzt, mit der kein Sondervertrag mehr abgeschlossen worden sei. Da der ÖBThV über keinen freien Dienstposten verfüge, könne er einen für die Schulung der Mitarbeiter Verantwortlichen nicht bestellen.

74.62.3.3. Daß Bedienstete ohne Bedachtnahme auf Verwendungs- bzw. Entlohnungsgruppen zu Arbeiten herangezogen würden, begründete der ÖBThV damit, daß er die Schulbildung nicht berücksichtigt habe.

74.62.4. Der RH erwiderte, daß aufgrund der derzeitigen Organisation der Hauptabteilung „Personalangelegenheiten" bei Verhinderung eines Mitarbeiters oft kein mit der Materie vertrauter Vertreter vorhanden sei, weshalb er seine Empfehlung, die vorhandenen Abteilungen nach und nach auf zwei zu verringern, aufrechthalte. Für die Schulung der Mitarbeiter wäre nach seiner Ansicht kein zusätzlicher Dienstposten erforderlich, weil es sich dabei um eine vorrangige Aufgabe der Bediensteten in leitender Position handle.

74.63.1. Der RH stellte fest, daß zwei Beamte des ÖBThV, die mittlerweile in den Ruhestand getreten sind, zur Zeit der Gebarungsüberprüfung nicht mehr in einem Ausmaß mit Arbeit belastet waren, daß für sie ein Ersatz hätte beschafft werden müssen.

74.63.2. Der RH empfahl, die beiden Dienstposten — es handelte sich um einen B/VII- und einen C/V-Posten — zur Gänze einzusparen.

74.63.3. Der ÖBThV teilte dazu mit, daß er der Empfehlung des RH insoweit Rechnung getragen habe, als diese beiden Posten unter Berücksichtigung des Arbeitsumfanges anderen Abteilungen zugewiesen worden seien.

74.63.4. Der RH erwiderte, daß er die Verlagerung der beiden Dienstposten nicht als seiner Empfehlung entsprechend ansehe. Zugleich wies er auf die Empfehlung der Bundesregierung hin, 1977 den Personalstand des Bundes um 1% zu verringern.

74.64.1. Die Hauptabteilung „Bauangelegenheiten und Gebäudeverwaltung" umfaßte sechs Abteilungen. Die starke Auffächerung von Aufgaben sowie die kleinen Abteilungen verhinderten einen rationellen Personaleinsatz und erschwerten überdies die Verwaltung.

74.64.2. Der RH empfahl, Agenden zusammenzufassen und dadurch die Zahl der kleinen Abteilungen zu verringern.

74.64.3. Aufgrund dieser Empfehlung hat der ÖBThV organisatorische Veränderungen vorgenommen.

74.65.1.1. Im Betriebsgebäude des ÖBThV waren zwei ständige Tagportiere im Turnusdienst eingesetzt; während der Nachtstunden erfolgte die Bewachung und die Begehung des Betriebsgebäudes durch zwei ständige Wachposten einer Bewachungsfirma.

Bei der Volksoper wurden fünf Portiere verwendet. Ein Eingang war fast ständig geschlossen, weil die dort eingesetzten Portiere infolge Krankheit sehr oft abwesend waren.

Für die Bewachung des Bühneneinganges des Burgtheaters waren nach dem Dienstplan nur drei Portiere notwendig. Zur Zeit der Gebarungsüberprüfung waren aber vier Portiere eingesetzt. Aufgrund der Bemängelung durch den RH wurde ein Dienstposten nach dem 31. Dezember 1974 nicht mehr besetzt; dadurch konnte eine jährliche Kosteneinsparung von rund 130 000 S erzielt werden.

74.65.1.2. Nach dem Umbau der Kassenhalle im Betriebsgebäude des ÖBThV konnten die Käufer von Theaterkarten ihre Fahrzeuge kurzfristig im Hof abstellen. Für die Einhaltung der Parkordnung war tagsüber ein Wachorgan einer privaten Firma eingesetzt, das gleichzeitig eine Einfahrt überwachen sollte. Tatsächlich war dieser Posten jedoch fast ausschließlich mit dem Einweisen von Fahrzeugen beschäftigt.

Ein Großteil der Parkfläche war tagsüber mit privaten Fahrzeugen der Bediensteten des Generalsekretariates besetzt, so daß die 8 bis 10 freien Plätze für einen echten Kundendienst nicht ausreichten, zumal auch auf diesen Parkplätzen mitunter Fahrzeuge von Bediensteten des ÖBThV abgestellt wurden.

74.65.2.1. Der RH erachtete es ohne erhöhtes Sicherheitsrisiko für möglich, das Betriebsgebäude während der Nacht von nur einem Standposten bewachen und Kontrollgänge von einem „fliegenden" Wachorgan vornehmen zu lassen. Auch bei der Volksoper würde es nach seiner Ansicht genügen, nur einen Eingang ständig offen zu halten. Der RH empfahl daher, einen Eingang für ständig zu schließen und die beiden dort eingeteilten Portiere abzuziehen, wodurch jährlich rund 240 000 S eingespart werden könnten.

74.65.2.2. Ferner hielt der RH den Jahresaufwand von rund 180 000 S für den Standposten im Betriebsgebäude und für die Bereitstellung der geringen Zahl von Kundenparkplätzen für wirtschaftlich nicht vertretbar. Er gab zu erwägen, entweder die für Bedienstete des Generalsekretariates reservierten Parkplätze zugunsten der Kartenkäufer einzuschränken oder einen Schranken mit einem Lichtsignal einbauen zu lassen, das besetzte oder freie Parkplätze anzeigen sollte. Bei Durchführung der letztgenannten Maßnahme könnte mit nur einem Portier das Auslangen gefunden werden, sodaß eine jährliche Einsparung von rund 180 000 S möglich wäre.

74.65.3.1. Nach Mitteilung des ÖBThV werde ab 1. Jänner 1976 für die Nachtbewachung des Betriebsgebäudes nur mehr ein Wachposten eingesetzt. Die Kontrollgänge würden seither probeweise durch ein „fliegendes" Wachorgan durchgeführt. Die jährliche Einsparung durch diese probeweise Maßnahme betrage rund 100 000 S. Der Anregung des RH entsprechend sei ab Februar 1975 von der Besetzung eines Volksoperneinganges Abstand genommen worden.

74.65.3.2. Wie der ÖBThV ferner mitteilte, habe er in den Sommermonaten 1976 versuchsweise den Tagesstandposten im Betriebsgebäude nicht mehr eingesetzt. Mit der Inbetriebnahme der Tiefgarage in der Kärntner Straße würden dort den Bundestheatern Freiplätze zur Verfügung stehen, und dann werde eine Neuregelung für den Hof des Betriebsgebäudes getroffen werden.

74.66.1. Der ÖBThV beabsichtigte, im Sinne seiner Reformbestrebungen alle Personenkraftwagen bis auf einen Dienstwagen abzuschaffen. Diese Absicht teilte der Generalsekretär im Jänner 1972 auch dem Bundeskanzler mit. Tatsächlich wurden drei Dienstwagen — je einer der Staatsoper, der Volksoper sowie des Burgtheaters — verkauft. Ein Dienstwagen (Opel Kapitän) wurde für Zwecke des ÖBThV weiterverwendet. Im Oktober 1972 wurden jedoch zwei PKW (VW 1303 S) neu angeschafft, so daß dem ÖBThV drei PKW als Dienstautos zur Verfügung standen.

74.66.2. Der RH, der grundsätzlich die Verringerung der Dienstwagen begrüßte, wies darauf hin, daß der Kauf von zwei PKW im Widerspruch zu der Absicht und Zusage des ÖBThV gestanden sei, nur einen Dienstwagen zu halten.

74.66.3. Hiezu bemerkte der ÖBThV, daß seit Beginn des Jahres 1976 nur mehr zwei PKW verwendet würden, für deren Betreuung und Betrieb nur ein Lenker zur Verfügung stehe, während 1970 ein Personalstand von sieben Lenkern erforderlich gewesen sei. Infolge der Verringerung der Zahl der Dienstwagen seien gegenüber 1970 sechs Dienstposten eingespart worden.

74.67.1.1. Einer der beiden neuen Dienstwagen wurde in der Absicht beschafft, daß Bedienstete des ÖBThV bei Dienstfahrten den Dienstwagen selbst lenken. Die Bediensteten machten jedoch nur sehr selten von dieser Möglichkeit Gebrauch, weil sie das damit verbundene Risiko nicht auf sich nehmen wollten, und benützten für dienstliche Fahrten im Stadtgebiet lieber Taxis.

74.67.1.2. Mit einem der beiden im Oktober 1972 neu beschafften Dienstwagen wurden bis zum 1. Juli 1974 1545 km gefahren. Die Ausgaben für die Erhaltung und den Betrieb dieses Dienstwagens sowie der Wertverlust betrugen 18 769 S, so daß der Aufwand pro gefahrenen Kilometer 12,15 S betrug.

74.67.2. Die Anschaffung des später kaum benützten Dienstwagens erfolgte offensichtlich ohne Berücksichtigung des Bedarfes und ohne Kenntnis der einschlägigen Richtlinien, weil für die Lenkung bundeseigener Kraftfahrzeuge nur die berufsmäßig bestellten Bediensteten herangezogen werden dürfen.

Der RH empfahl, künftig bestehende Vorschriften zu beachten.

74.67.3. Der ÖBThV erwiderte, daß er einen der beiden neuen Dienstwagen im Dezember 1975 im Zusammenhang mit dem Austausch eines anderen Kraftfahrzeuges verhältnismäßig günstig abgegeben habe, weil die ursprüngliche Absicht, einen Dienstwagen ohne Beistellung eines Lenkers für Dienstfahrten einzusetzen, nicht den erwarteten Erfolg gezeigt habe. Nunmehr werde der Opel Admiral für alle Fahrten außerhalb Wiens und in jenen Fällen verwendet, in denen der Einsatz eines repräsentativen Fahrzeuges notwendig sei. Der Volkswagen 1303 S werde für Dienstfahrten im Stadtbereich eingesetzt.

74.68.1. Einer der beiden neuen Dienstwagen verbrauchte für eine Strecke von 13 282 km 2 130 Liter Superbenzin, was einen Durchschnittsverbrauch von 16 Liter auf 100 km ergab.

74.68.2. Dem RH fiel nicht nur die Höhe des Treibstoffverbrauches auf, er fand auch die ausschließliche Verwendung von Superbenzin für unnötig, weil bei diesem Dienstwagen ohne Schwierigkeiten ein Gemisch von Super- und Normalbenzin im Verhältnis 1 : 1 verwendet werden kann.

Er empfahl, in Hinkunft der wirtschaftlichen Verwendung von Treibstoff mehr Beachtung zu schenken und durch eine entsprechende Vergasereinstellung einen hohen Treibstoffverbrauch zu verhindern.

74.68.3. Der ÖBThV teilte mit, daß er diesen Empfehlungen des RH entsprochen habe.

74.69.1. Für die Dienstwagen wurden Benzingutscheine — zumeist für 4000 bis 6000 Liter Supertreibstoff — gekauft und den Lenkern gegen Empfangsbestätigung ausgefolgt. Die Evidenthaltung dieser Gutscheine war mangelhaft, und die Verwendung der Gutscheine wurde von der zuständigen Abteilung nicht überprüft.

74.69.2. Der RH fand diese Benzingutscheine wegen der Bindung von Mitteln nicht zweckmäßig. Überdies bemängelte er die unordentliche Führung der Aufzeichnungen sowie die kontrollose Verwendung.

74.69.3. Der ÖBThV führte hiezu aus, daß sich die Benzingutscheine aus den vom RH aufgezeigten Gründen nicht bewährt hätten, weshalb das Auftanken der Dienstwagen nunmehr ausschließlich gegen direkte Verrechnung erfolge.

74.70.1. Obwohl der ÖBThV über ein leistungsfähiges Transportbetriebsbüro verfügte, übertrugen die Direktionen der Staatsoper und des Burgtheaters fallweise verschiedene Transporte ohne Einschaltung des hiefür zuständigen Büros privaten Firmen. Dadurch entstanden vom 1. Jänner 1971 bis 30. Juni 1974 bei der Staatsoper Ausgaben von rund 162 000 S und beim Burgtheater von rund 240 000 S.

Für die Staatsoper wurden vorwiegend Instrumente, Kostüme sowie Noten- und Musikmaterialien transportiert. Das Burgtheater hatte überwiegend eine Transportfirma mit der Abwicklung der Auslandstransporte von Stoffen, Kostümen, Requisiten, Dekorationen u. dgl. sowie mit der Erledigung der damit verbundenen Zollformalitäten betraut.

74.70.2. Der RH wies darauf hin, daß ein Großteil des Aufwandes für Transporte durch Dritte hätte vermieden werden können, wenn das Transportbetriebsbüro befaßt worden wäre. Er empfahl daher, künftig grundsätzlich alle Transportangelegenheiten von der zuständigen Fachabteilung erledigen zu lassen, wobei es deren Möglichkeit und Disposition vorbehalten bleiben sollte, ob Transporte von ihr oder von Dritten durchgeführt werden.

74.70.3. Der ÖBThV teilte hiezu mit, daß darauf geachtet werde, Transportfirmen nur im unumgänglich nötigen Ausmaß und im Einvernehmen mit dem Transportbetriebsbüro heranzuziehen.

74.71.1. Das 1962 zur Dienstinstruktion erlassene Additionale des BM. f. Unterricht bewirkte, daß die Herstellung von Programmheften und Theaterzetteln in die Zuständigkeit der Direktionen fiel. Der BThVw verblieb nur auf kaufmännischem Gebiet eine Koordinationsfunktion. 1963 wurden zwei Firmen von den Direktionen der Bundestheater zur Angebotstellung aufgefordert, von denen eine schließlich den Auftrag zur Herstellung der Programmhefte erhielt.

Die zwischen der Firma und den Direktionen abgeschlossenen Verträge sahen vor, daß die Firma Programmhefte, Tagesprogrammzettel, stückgebundene Beilagen und Dienstzettel herstellen sollte, wofür sie je verkauftes Exemplar ein fixes Entgelt sowie den gesamten Erlös aus dem Inseratengeschäft erhielt. Die Differenz zwischen dem tatsächlichen Verkaufspreis und dem an die Firma zu zahlenden Entgelt verblieb der BThVw. Durch Steigerungen von

Lohn- und Materialkosten kam es wiederholt zu Erhöhungen des Verkaufspreises der Programmhefte. Zur Vermeidung derartiger Preissteigerungen wurde im März 1966 die Bildung einer sogenannten „Preisreserve" vereinbart. Um künftig Kostensteigerungen ohne Erhöhung des Verkaufspreises finanzieren zu können, wurden sowohl die Endverkaufspreise der Programmhefte als auch das an die Firma zu zahlende Entgelt erheblich angehoben. Die Differenz zwischen dem Entgelt und den tatsächlichen Herstellungskosten wurde der von der Firma verwalteten „Preisreserve" zugewiesen. Zum 30. Juni 1968 wurden unter dem Titel dieser „Preisreserve" rund 0,8 Mill. S ausgewiesen.

74.71.2. Diese Vereinbarungen mit der Firma waren nach Ansicht des RH für die BThVw nachteilig, weil sich der an die BThVw abzuführende Anteil am Verkaufserlös einseitig an den dem Bund vor dem Additionale zur Dienstanweisung zugeflossenen Beträgen orientierte. Für die BThVw wäre es günstiger gewesen, einen den jeweiligen Gegebenheiten angepaßten Gewinn anzustreben.

74.71.3. Der ÖBThV bestätigte die Feststellungen des RH, betonte aber, daß alle diese Probleme in der Zeit vor der Schaffung des ÖBThV entstanden seien. Die Firma habe seinerzeit mit enormen Gewinnspannen kalkuliert. Die Herstellungskosten eines durchschnittlichen Programmheftes der Staatsoper oder des Burgtheaters seien 1976 trotz der seit 1966 eingetretenen Teuerungen auf dem Gebiet des graphischen Gewerbes und der Papierindustrie und ohne jegliche Stützung durch Einnahmen aus Werbeeinschaltungen geringer als die 1966 von der Firma errechneten Selbstkosten.

74.72.1. Die in den Monaten Juni und Juli 1963 zwischen der Firma und den Direktoren der Bundestheater abgeschlossenen Verträge über die Herstellung von Programmheften sahen eine fünfjährige Laufzeit vor. Die Kündigung war am Ende des vierten Vertragsjahres auszusprechen, widrigenfalls sich die Verträge um weitere fünf Jahre verlängern würden. Die BThVw hat zum letztmöglichen Zeitpunkt, nämlich am 30. Juni 1967, versucht, die mit der Firma abgeschlossenen Verträge zu kündigen. Ein an diesem Tage verfaßtes Schreiben sollte im Postwege expreß und gegen Rückschein zugestellt werden. Der Postbote fand jedoch am 30. Juni 1967 das Geschäftslokal der Firma bereits geschlossen. Ein weiterer Zustellversuch am 1. Juli 1967 war ebenso erfolglos, weil die Firma wegen Betriebsurlaubes den Monat Juli über geschlossen hielt. Als in der Folge seitens des Rechtsanwaltes der Firma klargestellt wurde, daß das Vertragsverhältnis nicht rechtswirksam aufgekündigt worden sei, sah sich die BThVw nach Rücksprache der Finanzprokuratur veranlaßt, das Vertragsverhältnis mit der Firma für weitere fünf Jahre, somit bis 30. Juni 1973, fortzusetzen.

74.72.2. Der RH beanstandete, daß erst am letztmöglichen Tag versucht worden war, die für die Bundestheater ungünstigen Verträge zu kündigen. Die dafür Verantwortlichen hätten die Kosten von rund 1,6 Mill. S der späteren Vertragslösung zu vertreten.

74.72.3. Hiezu teilte der ÖBThV mit, daß er nach seiner Errichtung vor allem wegen der extrem ungünstigen Vertragslage der Bundestheater gegenüber der Firma Sofortmaßnahmen getroffen habe, um die Verträge kurzfristig zu lösen.

74.73.1. Ausgelöst durch ständig steigende Kosten erhöhte sich der Preis der von der Firma hergestellten Theaterprogramme ab Oktober 1967 von 8 S bzw. 7 S auf 10 S und ab September 1968 auf 12 S, weil die im März 1966 gebildete „Preisreserve" nicht ausgereicht hatte. Diese Preisgestaltung führte dazu, daß ab Mai 1970 vor dem Burgtheater und ab Juni 1970 vor der Staatsoper von einer anderen Stelle hergestellte Theaterprogramme um 4 S pro Exemplar verkauft wurden. Aus Konkurrenzgründen wurde daher von der BThVw der Endverkaufspreis ab November 1970 mit 8 S festgesetzt. Gleichzeitig wurden die bestehenden Verträge bis 30. Juni 1974 verlängert. Es zeigte sich jedoch bald, daß die Bundestheater mit einem Preis von 8 S pro Programmheft nicht konkurrenzfähig waren. Von Ende April 1971 an wurden neuerlich private Theaterprogramme vor der Staatsoper zu einem Stückpreis von 4 S angeboten. So beschloß der ÖBThV, das mit der Firma bestehende Vertragsverhältnis endgültig zu lösen. Eine diesbezügliche einvernehmliche Lösung war nur gegen Zahlung einer Abstandsumme von rund 1,4 Mill. S an die Firma und Überlassung der „Preisreserve" zum 1. Juli 1971 von 0,2 Mill. S zu erzielen. Als Gegenleistung für die vorhandene Differenz zwischen dem tatsächlichen und dem der BThVw garantierten Gewinn von rund 50 000 S sollten von der Firma Druckaufträge durchgeführt werden. Weiters hätte die Firma die bei ihr lagernden Reproduktionsfilme bis 30. Juni 1971 der BThVw zurückzustellen gehabt.

74.73.2. Der RH wies darauf hin, daß weder die vereinbarten Druckaufträge ausgeführt noch die Reproduktionsfilme zurückgestellt worden waren. Da die Abstandzahlung an die Firma in Teilbeträgen zu entrichten war, hätte der ÖBThV die Zahlung der einzelnen Teilbeträge von den Gegenleistungen der Firma abhängig machen müssen. Der Inhaber der Firma hatte inzwischen das Geschäft verkauft und sich in das Ausland begeben, so daß es dem ÖBThV nicht mehr möglich war, seine Ansprüche gegenüber der Firma durchzusetzen.

74.73.3. Der ÖBThV gab hiezu keine Stellungnahme ab.

74.74. Wie nachteilig das um rund 1,6 Mill. S von der neuen Leitung der Bundestheater gelöste, sieben Jahre währende Vertragsverhältnis mit der Firma für die Bundestheater tatsächlich war, stellte sich erst später heraus. Ab 1. September 1971 wurden vom ÖBThV herausgegebene Programme, die keine Inserate enthielten, zum Preis von 6 S verkauft. Ab 1. September 1973 kostete ein Programmheft der Bundestheater 8 S. Während die Bundestheater in den Jahren 1968 bis 1970 bei einem zeitweise 12 S betragenden Programmpreis insgesamt nur rund 1,9 Mill. S einnahmen, verzeichnete der ÖBThV in den Jahren 1972 bis 1974 aus dem Verkauf der Programmhefte einen Gewinn von fast 3 Mill. S.

74.75.1. In den Jahren 1968 bis 1970 wurden einer Betriebsberatungsgesellschaft mehrere Aufträge erteilt, im Bereich der Bundestheater zur Feststellung von Rationalisierungsmöglichkeiten eine globale Voruntersuchung durchzuführen. Ferner war die Abhaltung von Ausbildungsseminaren für Bedienstete der BThVw vorgesehen. Im Rahmen eines Anschlußauftrages wurde die Gesellschaft zu weiteren Untersuchungen verpflichtet.

Das Ergebnis der gesamten Untersuchung teilte die Gesellschaft der BThVw in Form eines schriftlichen Berichtes und weiterer 13 Teilberichte mit. Unterlagen über die Durchführung der vereinbarten Schulungen konnten dem RH nicht vorgelegt werden.

74.75.2. Der RH wies darauf hin, daß an diese Gesellschaft Zahlungen in Höhe von rund 4,2 Mill. S geleistet worden waren, ohne daß — mit Ausnahme der Zusammenlegung der Bundestheaterwerkstätten — aufgrund der Vorschläge dieser Firma wesentliche Verbesserungs- oder Rationalisierungsmaßnahmen getroffen worden wären. Er bemängelte ferner, daß an die Gesellschaft im Dezember 1968 680 000 S gezahlt worden waren, obwohl dieser Betrag damals noch nicht fällig gewesen war, und daß die BThVw Honorare für Ausbildungsseminare gezahlt hatte, die, da hiefür keine Unterlagen vorhanden waren, nicht stattgefunden haben dürften. Ferner hielt es der RH mit den Bestimmungen über das Bestellwesen nicht für vereinbar, daß der Gesellschaft der Anschlußauftrag, welcher Kosten von rund 2,5 Mill. S verursachte, nur mündlich erteilt worden war.

74.75.3. Der ÖBThV hob in seiner Stellungnahme hervor, daß sowohl die Auftragsvergabe als auch die Abrechnung der Honorare in die Zeit der BThVw gefallen seien und sich die Leitung des ÖBThV daher nicht in der Lage sehe, hierüber erschöpfend Auskunft zu geben. Zu den vom RH beanstandeten Punkten könnten daher lediglich die Leitung der BThVw und der damalige Ressortminister Auskunft geben.

Die Nutzanwendung des Berichtes der Betriebsberatungsfirma liege für den ÖBThV höchstens auf einigen Teilgebieten. Einige Teilberichte seien lediglich eine Darstellung des Systems der BThVw. Einige Punkte seien überholt und andere durch die Organisationsstruktur des ÖBThV bereits realisiert. Die von der Beratungsgesellschaft dargestellten Führungsmaximen gingen an der Aufgabenstellung der Bundestheater völlig vorbei. Den Hauptteil der Ausführungen über das Rechnungswesen würden allgemeine Ausführungen zu Kostenrechnungssystemen einnehmen. Wie der von der Betriebsberatungsfirma vorgeschlagene zweite Verrechnungskreis im Rahmen der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Bundes wirtschaftlich vertretbar eingeführt werden könne, sei nicht ausgeführt worden. Einige Punkte gingen vom Führungssystem des Generalintendantenprinzips aus, das infolge der kollegialen Leitung des ÖBThV nicht verwirklicht werden könne. Die Vorschläge der Beratungsgesellschaft auf dem Sektor des Kostümwesens beruhten auf dem System der industriellen Serienfertigung und entsprachen daher nicht den Gegebenheiten der Bundestheater.

Nach Ansicht des ÖBThV würde eine sinnvolle und wirtschaftliche Nutzanwendung der Vorschläge der Beratungsgesellschaft eine Verselbständigung der Bundestheater voraussetzen.

74.76.1.1. In einem Vertrag vom September 1972 zwischen dem ÖBThV und der Pächterin des Buffets im Kassenhallengebäude war u. a. ein Pachtzins im Ausmaß von 10% des jeweiligen monatlichen Bruttoerlöses aus dem Buffetbetrieb vereinbart worden. Weiters verpflichtete sich die Pächterin, für die Zeit vom 1. September 1972 bis 31. August 1982 an Stelle des Pachtzinses bis zu einem Betrag von 650 000 S die Kosten der künstlerischen Ausgestaltung des Kassenhallenbuffets mit Ölmalereien durch einen bekannten Maler zu übernehmen.

74.76.1.2. Bereits im Juli 1972 war zwischen dem ÖBThV und dem Maler vereinbart worden, das Honorar von 650 000 S in drei Teilzahlungen abzustatten. Mit diesem Betrag sollten der Kaufpreis des Werkes und der Preis für den Erwerb der Werknutzungsrechte durch die Republik Österreich abgegolten sein. In der Folge wurde im Mai 1974 zwischen der Pächterin des Buffets und dem Künstler ein Vertrag geschlossen, durch den der Vertrag vom Juli 1972 zwischen dem ÖBThV und dem Künstler außer Kraft gesetzt wurde. Mit dem neuen Vertrag sollte nunmehr mit Zustimmung des ÖBThV die Pächterin Eigentümerin des Kunstwerkes werden, das bis

spätestens 31. August 1982 in das uneingeschränkte Eigentum des Bundes (ÖBThV) zu übergeben wäre.

74.76.2. Unter Hinweis auf die finanzielle Situation des ÖBThV bemängelte der RH, daß für die künstlerische Ausgestaltung des Kassenhallenbuffets durch einen Einnahmenverzicht beträchtliche Mittel bereitgestellt wurden, obwohl dieses Buffet bei der Errichtung der Kassenhalle aus Bundesmitteln derart ausgestattet worden war, daß es auch internationalen Ansprüchen genügte. Der vom ÖBThV gewählte Weg zur Finanzierung dieser künstlerischen Ausgestaltung stellte eine Verletzung der Bestimmungen des § 40 BHV dar, nach denen die Verrechnung des Bundes grundsätzlich ungekürzt zu erfolgen hat.

Das Zusatzübereinkommen vom Mai 1974 erachtete der RH als für den ÖBThV ungünstig, weil der ÖBThV einerseits schon seit 1972 auf die Pachteinnahmen verzichtet habe, andererseits aber erst 1982 Eigentümer des Werkes werde und bis dahin das Risiko des Unterganges bzw. der Verschlechterung des Werkes zu tragen hätte.

74.76.3. In seiner Stellungnahme meinte der ÖBThV, daß die Geschäftsbeziehung zwischen ihm und der Pächterin, die auch andere Buffetbetriebe im Bereich des ÖBThV führe, als Ganzes anzusehen und alle abgeschlossenen Verträge in ihren zeitlichen, sachlichen und wirtschaftlichen Zusammenhang zu bringen seien. Für den Verzicht auf den Pachtschilling wäre daher nicht die künstlerische Ausgestaltung des Buffetraumes allein, sondern auch der geringe Tagesumsatz des Kassenhallenbuffets ausschlaggebend gewesen.

74.76.4. Der RH hielt dem entgegen, daß die künstlerische Ausgestaltung eines an sich gut eingerichteten Buffetraumes durch den ÖBThV keineswegs notwendig gewesen sei. Gerade der geringe Tagesumsatz lasse eine aufwendige Ausstattung unangebracht erscheinen.

74.77.1. Der Pächter des Publikumsbuffets in der Volksoper hatte anstatt des monatlich im Ausmaß von 10% des jeweiligen Bruttoerlöses zu entrichtenden Pachtzinses nur Akontierungen in Höhe von insgesamt 7 244 S geleistet und dem ÖBThV keine Abrechnung vorgelegt.

Aufgrund der Feststellungen des RH verpflichtete sich im Juli 1974 der Pächter gegenüber dem ÖBThV, für die Zeit vom 1. September 1972 bis 31. Mai 1974 einen Pachtschilling von monatlich 4 000 S und die sich daraus ergebende Nachzahlung bis 31. Dezember 1975 zu leisten sowie ab 1. Juni 1974 Aufzeichnungen über den täglichen Umsatz zur Errechnung des Pachtschillings zu führen.

Der Pächter hatte 89 440 S nachzuzahlen.

74.77.2. Der RH bemängelte, daß vom ÖBThV gegen das vertragswidrige Anwachsen dieser Forderungen keine Schritte unternommen worden waren. Er empfahl, die Eingänge aus der Verpachtung der Buffets besser zu überwachen und die Abrechnungen durch die Buchhaltung überprüfen zu lassen.

74.77.3. Der ÖBThV hat den Anregungen des RH entsprochen und die aushaftende Forderung unverzüglich geltend gemacht. Der Pächter hat nach Mitteilung des ÖBThV die Restschuld Ende November 1975 eingezahlt und führt seit dieser Zeit unter Vorlage der Abrechnungen den Pachtschilling ordnungsgemäß ab. Der ÖBThV führte ferner aus, daß auch alle anderen Pachtzinse für Buffets nunmehr regelmäßig eingingen, von der Buchhaltung jeweils auf ihre Richtigkeit überprüft und fallweise auftretende Zahlungsrückstände unverzüglich eingemahnt würden.

74.78.1. Die Tabaktrafik im Gebäude der Staatsoper wurde am 1. März 1971 einem neuen Bestandnehmer übergeben, der die seinerzeit für seine Vorgängerin festgesetzte, außerordentlich geringe Miete weiterhin zahlte. Der Abschluß eines schriftlichen Mietvertrages mit dem neuen Mieter war aber unterblieben, weil dem Mieter Ende September 1973 ein neues Geschäftslokal im Gebäude der Staatsoper übergeben werden sollte.

74.78.2. Noch während der Überprüfung durch den RH wurde mit dem Mieter mit Wirkung vom 1. Oktober 1973 an ein Mietvertrag geschlossen, in dem als monatliche Miete rund das Achtfache der bisherigen Miete vereinbart wurde, wodurch sich für die Zeit vom Oktober 1973 bis einschließlich Februar 1975 eine offene Forderung von rund 26 000 S ergab.

74.78.3. Wie der ÖBThV mitteilte, hat der Mieter die Restschuld im Dezember 1975 bezahlt und leistet nunmehr ordnungsgemäß die laufenden Zahlungen.

74.79.1. Im Dezember 1973 vereinbarte der ÖBThV mit einer privaten Firma, den in der Kassenhalle vorgesehenen Verkaufsraum in den von der Firma benötigten Zustand versetzen und die notwendigen Einrichtungsgegenstände, soweit sie nicht vom ÖBThV bereits angeschafft worden waren, auf Firmenkosten beistellen zu lassen. Als Gegenleistung für die Ausstattung des Verkaufsraumes verzichtete der ÖBThV bis 31. August 1978 auf die Zahlung des vereinbarten Nutzungsentgeltes von 3% des der Berechnung dieses Entgeltes zugrunde gelegten Umsatzes. Da der ÖBThV von sich aus den Verkaufsraum komplett ausgestattet hatte, waren von der Firma keine Einrichtungsgegenstände beizustellen. Dessenungeachtet wurde kein Nutzungsentgelt geleistet.

74.79.2. Dem RH erschien es nicht gerechtfertigt, daß die Firma kein Nutzungsentgelt zahlte. Er empfahl, entweder die bestehende Vereinbarung zu belassen und von der Firma die Einrichtungskosten zu verlangen oder aber die vereinbarte Regelung dahingehend abzuändern, daß die Firma ab Vertragsbeginn das Nutzungsentgelt zu bezahlen hätte.

74.79.3. Der ÖBThV teilte hiezu mit, daß der Vertrag entsprechend abgeändert und das Nutzungsentgelt ab Vertragsbeginn verrechnet werde. Nach Vorliegen der Abrechnung werde der Vertragspartner die Nachzahlung leisten.

74.80.1. Seit 1954 war es zuerst von der BThVw und dann vom ÖBThV verabsäumt worden, von den Bestandnehmern im Betriebsgebäude Heizkostenanteile einzuheben. Mangels entsprechender Unterlagen konnten die nicht eingeforderten Heizkostenanteile erst ab der Heizperiode 1961/62 vom RH ermittelt werden. Sie ergaben bis zur Heizperiode 1971/72 einen Betrag von rund 660 000 S. Die Heizperioden 1972/73 und 1973/74 waren noch nicht abgerechnet.

74.80.2. Der RH beanstandete, daß es die Bundestheater fast 20 Jahre verabsäumt hatten, die von ihnen für die Bestandnehmer vorschußweise bezahlten Heizkostenanteile zu verlangen. Er empfahl, den Bestandnehmern diese Heizkostenanteile zur Einzahlung vorzuschreiben.

74.80.3. Wie der ÖBThV hiezu mitteilte, sei ab 1974 die laufende Verrechnung der Heizkostenanteile durch die Gebäudeverwaltung des ÖBThV erfolgt, die auch die Heizkostenanteile ab 1971 ermitteln und zur Einzahlung vorschreiben werde. Den Empfehlungen des RH entsprechend werde auch versucht, eine pauschalierte Abgeltung der Heizkosten aus der Zeit vor 1971 durch die Bestandnehmer zu erreichen.

74.81.1.1. Die Ausgaben für die Einrichtung von Räumlichkeiten im Bereich der BThVw bzw. des ÖBThV überschritten von 1969 bis 1973 — außer 1970 — die bei den entsprechenden finanzgesetzlichen Ansätzen jeweils vorgesehenen Beträge beträchtlich, wie die nachstehende Aufstellung zeigt:

Jahr	Voranschlag S	Gebarungserfolg lt. BRA S
1969	149 000	391 467,50
1970	149 000	101 334,44
1971	109 000	672 500,90
1972	200 000	4 159 242,99
1973	550 000	4 156 361,06

74.81.1.2. Für die Raumgestaltung und Möblierung des rund 45 m² großen Arbeitsraumes des Generalsekretärs fielen Gesamtkosten von 300 154 S an. Die Möblierung der Arbeitsräume von weiteren fünf leitenden Funktionären des Generalsekretariats verursachte Kosten von jeweils 100 000 S bis 120 000 S.

74.81.2.1. Der RH bemängelte, daß unverhältnismäßig viele Einbaumöbel und nicht übliche Serienmöbel angeschafft worden waren. Im Hinblick auf den steigenden Betriebsabgang der Bundestheater hätte einer Kosteneinsparung mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden müssen. Schließlich beanstandete er, daß bei der Anschaffung der Einrichtungsgegenstände die für die Bundesverwaltung geltenden Vergaberichtlinien nicht angewendet worden waren.

74.81.2.2. Die Ausgestaltung der Diensträume von leitenden Funktionären hielt der RH für zu aufwendig.

74.81.3. In seiner Stellungnahme wies der ÖBThV darauf hin, daß das Bundestheaterbetriebsgebäude seit Jahrzehnten baulich nicht ordnungsgemäß betreut worden sei. Die als Büroräume genützten Räume seien größtenteils in einem katastrophalen Erhaltungszustand gewesen. Mit der Instandsetzung der Räume wäre auch eine Neueinrichtung erforderlich gewesen, weil sich auch die Einrichtungsgegenstände in einem äußerst schlechten Zustand befunden hätten.

Neben der Vernachlässigung der Instandhaltung des Bundestheaterbetriebsgebäudes wären aber auch die Volksoper und das Akademietheater in einem schlechten baulichen Zustand gewesen. So mußte im Jahre 1973 die Generalsanierung der Volksoper erfolgen, um den Spielbetrieb weiterführen zu können. Dies habe in der Folge auch zu einer Erneuerung von Einrichtungsgegenständen und im Einrichtungsaufwand zu einer Verzerrung der Vergleichszahlen geführt.

Schließlich wies der ÖBThV darauf hin, es sei eine Folge dieser Veranlassungen gewesen, daß eine gelähmte Verwaltung, die keine räumlichen Voraussetzungen aufgewiesen hatte, wieder zu funktionieren begann. Der dabei entstandene Kostenaufwand müsse in Anbetracht des Nachholbedarfes und des Umstandes, daß aus betrieblichen Gründen zahlreiche Bundestheaterobjekte gleichzeitig von den Maßnahmen erfaßt werden mußten, als relativ gering bezeichnet werden.

74.82.1.1. Im Bereich der Bundestheater wurden erst vom 1. Jänner 1973 an die bundeseigenen Gegenstände nach den „Richtlinien für die Inventar- und Materialverwaltung" inventarisiert. Von der Buchhaltung wurden jedoch noch weiterhin Rechnungen behandelt, ohne daß die Inventarführung von der Lieferung der Gegenstände in Kenntnis gesetzt worden wäre.

74.82.1.2. Mangels einer ordnungsgemäßen Inventarführung vor dem 1. Jänner 1973 war es u. a. möglich, daß insgesamt 277 Gegen-

stände wie Kästen, Tische, Bilder, Uhren usw., die den Bundestheatern von der Bundesmobilienverwaltung als Leihgaben überlassen und bei einer Revision seitens der Bundesmobilienverwaltung in den Jahren 1957 und 1958 noch vorgefunden worden waren, im März 1975 nicht mehr vorhanden waren. Diese Gegenstände wurden von der Bundesmobilienverwaltung aufgrund des allgemeinen Verkehrswertes des Jahres 1974 auf 265 500 S geschätzt. Dem RH konnte über den Verbleib dieser Gegenstände keine Auskunft gegeben werden.

74.82.1.3. Den Bundestheatern waren von der Gemäldegalerie des Kunsthistorischen Museums entweder unmittelbar oder im Wege des BM f. Unterricht verschiedene Gemälde überlassen worden, von denen im März 1975 insgesamt fünf nicht mehr vorhanden waren und über deren Verbleib dem RH keine Auskunft gegeben werden konnte. Die Direktion der Gemäldegalerie des Kunsthistorischen Museums schätzte den Wert dieser Bilder auf rund 150 000 S bis 175 000 S.

74.82.1.4. Im Juli 1950 entlieh der seinerzeitige Leiter der BThVw von der Gemäldegalerie des Kunsthistorischen Museums für das Burgtheater insgesamt sieben Gemälde. Bereits 1956 stellten Bedienstete des Kunsthistorischen Museums bei einer Kontrolle fest, daß vier Bilder fehlten. Nachforschungen im Jahre 1971 über den Verbleib der Bilder ergaben, daß sich die Gemälde vorerst in der Dienstwohnung des ehemaligen Leiters der BThVw befunden hatten und anläßlich seiner Bestellung zum Leiter des Österreichischen Kulturinstitutes nach Rom mitgenommen worden waren. Der weitere Verbleib dieser Bilder, die auf 100 000 S bis 125 000 S geschätzt wurden, konnte nicht geklärt werden.

74.82.2.1. Der RH wies darauf hin, daß bei einer ordnungsgemäßen Inventarführung sich solche Vorkommnisse nicht hätten ereignen können. Er empfahl, die Abschreibung der nicht mehr vorhandenen Inventargegenstände im Einvernehmen mit der Bundesmobilienverwaltung durchzuführen. Der RH gab das Fehlen der Mobilien und Gemälde gemäß § 84 der Strafprozeßordnung der Staatsanwaltschaft Wien bekannt.

74.82.2.2. Der RH hat dem BM f. Bauten und Technik empfohlen, der Evidenthaltung und der Kontrolle der von der Bundesmobilienverwaltung entliehenen Gegenstände mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

74.82.3.1. In seiner Stellungnahme teilte der ÖBThV mit, daß nunmehr eine lückenlose Inventarisierung erfolge. Hinsichtlich der fehlenden Inventargegenstände der Bundesmobilienverwaltung führte der ÖBThV aus, daß es mangels genauer Unterlagen nicht möglich sei, den tatsächlichen Fehlbestand festzustellen und die Möbelbewegungen zu rekonstruieren. Er wies weiters darauf hin, daß in der Zwischenzeit einige Gegenstände, die sich nach den Aufzeichnungen der Bundesmobilienverwaltung im Bereich der Bundestheater hätten befinden müssen, bei der Bundesmobilienverwaltung selbst aufgefunden wurden. Außerdem stellte der ÖBThV fest, daß es sich bei den Leihmöbeln zu einem großen Prozentsatz um Verschleißgut gehandelt habe. Er vermutete überdies, daß sich eine Anzahl von Möbelstücken noch im großen Requisitenfundus der Bundestheater oder bei anderen Dienststellen befinden könnte. Der ÖBThV habe bereits im Jänner 1975 die Abschreibung der Fehlbestände bei der Bundesmobilienverwaltung beantragt, er habe jedoch nicht die Absicht, von der Weiterverfolgung der Angelegenheit Abstand zu nehmen.

74.82.3.2. Bezüglich des Verbleibes der insgesamt neun Gemälde der Bildergalerie des Kunsthistorischen Museums wies der ÖBThV darauf hin, daß vier davon mit Sicherheit nach Rom mitgenommen, jedoch nicht mehr nach Österreich zurückgebracht worden seien. Wegen der restlichen fünf Bilder will der ÖBThV nochmals eine Überprüfung der Bilderbestände des BM f. Unterricht und Kunst und des BM f. Wissenschaft und Forschung erwirken, weil er es nicht für ausgeschlossen hält, daß die Gemälde aufgrund der engen Amtskontakte oder auch im Rahmen von Personalversetzungen zu diesen Bundesministerien gelangt sein könnten.

74.82.3.3. Das BM f. Bauten und Technik teilte mit, daß es den Empfehlungen des RH nachkommen werde.

Direktion für kulturelle Angelegenheiten

74.83.1. Nach § 8 der Geschäftsordnung des ÖBThV obliegt dem Direktor für kulturelle Angelegenheiten die Koordinierung der Bundestheater in allgemein künstlerischer und staatspolitischer Hinsicht nach den Weisungen des Bundesministers. Weiters hat er gemäß § 9 der Geschäftsordnung u. a. dafür zu sorgen, daß die Bundestheater unter Berücksichtigung aller künstlerischen, wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen den Erfordernissen einer sparsamen und rationellen Gebarung bei optimalen künstlerischen Ergebnissen Rechnung tragen.

Die tatsächliche Mitwirkung des Direktors für kulturelle Angelegenheiten an diesen Aufgaben und seine faktische persönliche Einflußnahme hierauf waren jedoch bescheiden. Die Einschränkung seiner Tätigkeit ergab sich nicht zuletzt aus der Autonomie der Direktoren der Bundestheater. Überdies wurden viele Agenden entweder vom Generalsekretär oder von einem jeweils von ihm Beauftragten besorgt.

Der Direktor für kulturelle Angelegenheiten erfüllte somit lediglich einige seiner Aufgaben, wie z. B. Tätigkeiten im Zusammenhang mit der kulturellen Auslandsrepräsentation und der Förderung des Theaterwesens in den Bundesländern. Aber auch hier war seine Mitwirkung nur fallweise, weil aus Zweckmäßigkeitsgründen der Großteil dieser Tätigkeiten von den Theaterdirektoren oder vom Generalsekretariat wahrgenommen wurde. Als Hauptaufgaben verblieben Vorarbeiten für Theaterausstellungen, die Zusammenarbeit mit der Theatersammlung der Nationalbibliothek, mit dem Bundesverband für Schulspiel, Jugendspiel und Amateurtheater, mit der Abteilung für Bildungsstatistik des BM sowie die Betreuung in- und ausländischer Gruppenbesuche.

74.83.2. Mit diesen tatsächlich ausgeübten Agenden war die Direktion für kulturelle Angelegenheiten nach Ansicht des RH weder ausgelastet noch erfüllte sie damit die Bestimmungen der Geschäftsordnung. Der RH machte auf die §§ 8 bis 10 der Geschäftsordnung aufmerksam und empfahl eine intensivere Befassung des Direktors mit kulturellen Angelegenheiten im Sinne der angeführten Vorschriften. Der Personalaufwand dieser aus dem Direktor, einem Referenten und einer Sekretärin bestehenden Direktion belief sich 1973 immerhin auf rund 715 000 S.

74.83.3. Der ÖBThV führte noch die Mitarbeit der Direktion bei der Erstellung der Entwürfe für ein Bundestheatergesetz, die Erfassung der in der Direktion vorhandenen Bücher und Publikationen sowie die Erstellung von Dokumentationen über Gastspiele an.

Der Anregung des RH für eine intensivere Befassung des Direktors für kulturelle Angelegenheiten würde dadurch Rechnung getragen, daß in der neuen ab 1. September 1976 wirksamen Dienstinstruktion die Verpflichtung zur Zusammenarbeit und zur gegenseitigen Unterrichtung sowie monatliche Koordinationsbesprechungen vorgesehen seien. Eine Einsparung habe sich durch das Ausscheiden des Referenten der Direktion ergeben, dessen Stelle nicht nachbesetzt worden sei.

74.83.4. Hiezu bemerkte der RH, daß die in der Stellungnahme erwähnten, jeweils nur einmal angefallenen Tätigkeiten nur eine vorübergehende Arbeitsbelastung nach sich zogen. Im übrigen ist die Auffassung des RH, die Direktion erscheine nicht voll ausgelastet, durch eine Personaleinsparung bestätigt worden. Der Versicherung des ÖBThV, durch die neue Dienstinstruktion würde eine intensivere Befassung gewährleistet, hielt der RH entgegen, daß in der neuen Bestimmung des § 7 lit. c der Geschäftsordnung der Direktor für kulturelle Angelegenheiten nicht erwähnt ist.

Kosten der Neuinszenierungen, Kostüme und Dekorationen

74.84.1. Die folgende Zusammenstellung gibt einen Überblick über die Kosten der Neuinszenierungen an den Bundestheatern in den Spielzeiten 1969/70 bis 1973/74. Da in der Kostenrechnung verschiedene Kostenarten, wie anteilige Bezüge der Schauspieler und des sonstigen Personals, der aliquote Verwaltungsaufwand, die Bearbeitungshonorare und die Kosten der Musikmaterialien nicht lückenlos erfaßt waren, weist die Zusammenstellung nicht sämtliche Kosten der einzelnen Inszenierungen aus.

Spielzeit	Dekorationen	Kostüme	Kosten der Regisseure in 1000 S	Ausstatter	Nebenspesen	Gesamtkosten	Premierenanzahl	durchschn. Kosten pro Neuinszenierung in 1000 S
Burgtheater:								
1969/70	2 562	1 904	644	580	30	5 720	9	636
1970/71	2 909	2 167	588	514	13	6 191	8	774
1971/72	3 158	2 488	696	712	9	7 063	8	883
1972/73	5 976	3 172	1 691	1 111	46	11 996	9	1 333
1973/74	5 468	2 473	1 412	898	76	10 327	8	1 291
Akademietheater:								
1969/70	1 482	806	561	465	3	3 317	9	369
1970/71	1 459	918	762	538	24	3 701	9	411
1971/72	2 321	1 048	1 254	850	2	5 475	11	498
1972/73	2 577	913	992	651	2	5 135	8	642
1973/74	2 722	1 328	1 126	1 034	61	6 271	9	697

Spielzeit	Dekorationen	Kostüme	Kosten der Regisseure in 1000 S	Ausstatter	Nebenspesen	Gesamtkosten	Premierenanzahl	durchschn. Kosten pro Neuinszenierung in 1000 S
Staatsoper:								
1969/70	4 937	4 222	876	494	—	10 529	6	1 755
1970/71	3 821	3 594	668	458	—	8 541	5	1 708
1971/72	4 609	3 455	899	459	—	9 422	5	1 884
1972/73	7 933	6 361	1 626	963	—	16 883	8	2 110
1973/74	5 648	4 031	862	770	—	11 311	5	2 262
Volksoper:								
1969/70	2 979	2 414	392	447	—	6 232	7	890
1970/71	3 061	3 088	359	496	—	7 004	5	1 401
1971/72	2 193	1 500	493	371	—	4 557	4	1 139
1972/73	2 380	1 354	589	439	—	4 762	3	1 587
1973/74	3 609	5 317	563	759	26	10 274	5	2 055

Die Kosten der Neuinszenierungen sind gegenüber der Spielzeit 1969/70 auch prozentuell — abgesehen von der Staatsoper — beträchtlich gestiegen:

Bühnen	1970/71 %	1971/72 %	1972/73 %	1973/74 %
Burgtheater	21,76	38,93	109,73	103,12
Akademietheater	11,55	35,02	74,14	89,03
Staatsoper	—2,65	7,38	20,26	28,92
Volksoper	57,35	27,97	78,32	130,82

74.84.2. Der RH wies darauf hin, daß der ÖBThV alle Möglichkeiten ausschöpfen sollte, auf dem Ausstattungssektor die Kosten zu senken. Er empfahl daher, zu diesem Zwecke detaillierte Aufzeichnungen über die Kosten der Inszenierungen zu führen.

74.84.3. Der ÖBThV nahm hiezu nicht Stellung.

74.85.1. Da die Kostümwerkstätten des ÖBThV neben den Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten am Fundus nur eine gewisse Anzahl von Kostümen selbst anfertigen konnten, der Bedarf für die neuen Produktionen aber höher lag, ließ der Verband Kostüme auch außer Haus herstellen. Die Gründe hiefür waren neben der Arbeitszeitverkürzung der allgemeine Trend zu aufwendigeren Ausstattungen, die verspätete Ablieferung von Arbeitsunterlagen seitens der Ausstatter und die Häufung von Premierenterminen.

Von 1969 bis 1975 wurden für die Herstellung von Kostümen in fremden Werkstätten folgende Beträge aufgewendet:

	S
1969	868 783
1970	1 935 433
1971	1 487 889
1972	1 273 334
1973	2 170 567
1974	2 248 040
1975	5 431 559

74.85.2. Die steigenden Kosten für die Herstellung von Kostümen in fremden Werkstätten belasteten zunehmend die Mittel der Bundestheater. Der RH empfahl daher, die Kostümausstattung mehr der Kapazität der eigenen Werkstätten anzupassen, die Premierentermine besser zu koordinieren und künftig für die rechtzeitige Bereitstellung von Ausstattungsunterlagen sowie für eine verstärkte Ausnützung der rund 30 000 Funduskostüme zu sorgen.

74.85.3. Die Leitung des Kostümwesens machte geltend, daß 1969 der Bedarf an Kostümen infolge der damaligen Budgetlage weit unter dem Durchschnitt lag, weshalb für Fremdarbeiten geringere Kosten anfielen. Weiters legte sie ausführlich dar, welche Verbesserungen durch die Zusammenlegung der einzelnen Kostümwerkstätten zu einer Zentralwerkstätte erreicht werden konnten. Die Ansicht des RH, daß auch die verspätete Ablieferung von Arbeitsunterlagen und Premierenhäufungen Fremdarbeiten notwendig gemacht hätten, wurde geteilt, doch gleichzeitig darauf hingewiesen, daß die Leitung des Kostümwesens darauf keinen Einfluß habe.

74.86.1. Die unzureichende Koordinierung zwischen den einzelnen Direktionen der Bundestheater hatte unter anderem auch zur Folge, daß es zu Ballungen von Premieren kam.

Von den insgesamt 27 Neuinszenierungen der Spielzeit 1973/74 fanden zehn innerhalb zweier Monate statt. Zwischen 10. und 18. Dezember 1973 gab es in der Staatsoper, in der Volksoper, im Burgtheater und im Akademietheater je eine Premiere.

Eine derartige Häufung überstieg die Kapazität der Werkstätten und verursachte Überstunden und vermehrte Fremdarbeiten. Für die zehn Neuinszenierungen mußten 508 Kostüme, deren Kosten sich auf 2 099 767 S beliefen, außer Haus angefertigt werden. Von den 1973 in Fremdarbeit hergestellten 898 Kostümen entfielen somit 56,6% auf diese Premieren.

74.86.2. Der RH empfahl, die seit 1974 fallweise stattfindenden Koordinationsgespräche zwischen den Direktoren der einzelnen Bühnen in Zukunft häufiger zu führen und die Termine der Premieren so festzusetzen, daß eine bestmögliche Ausnützung der Werkstätten gewährleistet sei.

74.86.3. Die Leitung des Kostümwesens betonte, daß die Festlegung der Premierentermine ohne ihre Mitwirkung erfolgt sei. Um künftig Spitzenbelastungen der Kostümwerkstätten zu vermeiden, sollten ihr die Ausstattungsentwürfe für Inszenierungen der Staatsoper und der Volksoper früher zur Verfügung stehen.

74.87.1.1. Vom Regisseur und vom Ausstatter der Burgtheater-Produktion „Der schöne grüne Vogel" wurden nicht ganz drei Wochen vor dem Premierentermin am Ausstattungskonzept weitgehende Änderungen vorgenommen. Sie hatten zur Folge, daß 19 Kostüme durch 18 neue ersetzt wurden. Der Regisseur hielt solche Änderungen aufgrund der Bühnenrealität für natürlich und selbstverständlich.

74.87.1.2. Nach dem Ausstattungsvertrag wären die Kostümentwürfe für die Inszenierung „Die Trilogie der Sommerfrische" vom Ausstatter spätestens Ende Mai 1974 abzuliefern gewesen. Tatsächlich war der Kostümbedarf erst Ende September 1974 bekannt. Anfang Oktober 1974 wurde dem Leiter des Kostümwesens die Kostümliste für die Damenkostüme übergeben. Es stellte sich schließlich heraus, daß 14 Damen- und 14 Herrenkostüme zusätzlich neu angefertigt werden mußten.

Während der Proben wurde das Ausstattungskonzept noch mehrmals geändert, was dazu führte, daß 64 Kostüme oder Kostümteile neu angefertigt oder geändert werden mußten.

74.87.2. Die Leitung des Kostümwesens teilte hiezu mit, daß gewisse Änderungen während der Proben — besonders im Sprechtheater — immer vorkämen, weil ansonsten die Probentätigkeit an sich in Zweifel gezogen werden müßte. Die vom RH bemängelten Änderungen seien trotz vorgebrachter Bedenken der Leitung des Kostümwesens von der Direktion des Burgtheaters genehmigt worden.

74.88.1.1. Für die bühnenbildnerische und kostümliche Ausstattung der Burgtheater-Neuinszenierung „Der Bürger als Edelmann", deren Premiere für den 17. Feber 1973 geplant war, wurde der Ausstatter erst Mitte Dezember 1972 verpflichtet.

74.88.1.2. Die Leitung der Kostümwerkstätten verlangte von der Direktion der Staatsoper als Termin für die Ablieferung der Kostümentwürfe für „Eugen Onegin" den 16. April 1973, die Direktion vereinbarte aber mit dem Ausstatter den 20. August 1973 als letzten Termin, der vom Ausstatter jedoch nicht eingehalten wurde; die Übergabe der Entwürfe erfolgte erst am 27. August und 5. Oktober 1973.

Durch den Abgabetermin 20. August 1973 und die verspätete Ablieferung ergaben sich in den Herrenkostümwerkstätten ein Ausfall von 1 800 Arbeitsstunden, welcher der Herstellungszeit für 30 Kostüme entsprach, und in den Damenkostümwerkstätten ein Ausfall von 1 200 Arbeitsstunden, in denen 20 Kostüme hätten hergestellt werden können. Diese 50 Kostüme wurden von einer Privatfirma angefertigt, wodurch Kosten von 460 000 S entstanden. Weitere Fremdarbeitskosten von 422 450 S fielen in diesem Zusammenhang noch für die Ausstattung der Volksoper-Produktion „Kleider machen Leute" an, die zum Teil jedoch auf die zu dieser Zeit durchgeführte Zusammenlegung der Werkstätten zurückzuführen waren.

74.88.2.1. Der RH bemängelte, daß der Vertrag mit dem Ausstatter der Inszenierung „Der Bürger als Edelmann" so spät abgeschlossen worden war, weil bei einer Neuinszenierung mit 96 Kostümen acht Wochen für Arbeitsvorbereitung und Kostümanfertigung zu knapp sind.

74.88.2.2. Ferner bemängelte der RH, daß die Direktion der Staatsoper ohne Rücksprache mit der Leitung des Kostümwesens einen Termin vereinbart und überdies den Ausstatter nicht zu der vertragsgemäßen Leistung verhalten hatte, so daß erhebliche Mehrkosten entstanden. Er empfahl, in Hinkunft auf die Einhaltung vereinbarter Termine mehr Nachdruck zu legen und Terminabänderungen nur im Einvernehmen mit allen betroffenen Stellen durchzuführen.

74.88.3.1. Hinsichtlich des Stückes „Der Bürger als Edelmann" schloß sich die Leitung des Kostümwesens der Ansicht des RH vollinhaltlich an.

74.88.3.2. Als Begründung für die verspätete Ablieferung der Kostümentwürfe für „Eugen Onegin" teilte die Direktion der Staatsoper mit, daß der Ausstatter im Sommer 1973 erkrankt war, weshalb zweifellos ein Engpaß entstanden sei. Die Verpflichtung eines anderen Ausstatters hätte eine unvertretbare finanzielle Mehrbelastung bedeutet. Zu der Feststellung des RH, daß für die Ablieferung der Ausstattungsentwürfe ein späterer Termin vereinbart, als er von der Leitung des Kostümwesens gefordert worden war, erfolgte keine Stellungnahme.

74.89.1. Zusätzlich zu ihren Honoraren wurden einigen Ausstattern Nebenspesen (Tageskosten, Hotelkosten, Reisespesen usw.) vergütet, die zum Teil recht beachtlich waren. Sie erreichten bis zu 91% der Honorare.

74.89.2. Der RH sah in der Zahlung dieser hohen Nebenspesen eine indirekte Erhöhung der Honorare, wodurch diese über dem internationalen Niveau lagen. Er empfahl, in Hinkunft die Verträge so zu gestalten, daß neben den angemessenen Honoraren nur die Kosten der Anzahl nach begrenzter Reisen bezahlt würden.

74.89.3. Zu dieser Empfehlung des RH erfolgte keine Stellungnahme.

74.90.1. In einem am 9. Juni 1972 abgeschlossenen Vertrag verpflichtete sich eine Mailänder Firma gegenüber der Direktion des Burgtheaters zur Anfertigung der Kostüme für „Candide". Als Pauschalkaufsumme wurde ein Betrag von 218 841 S vereinbart.

Im Kostenvoranschlag des ÖBThV vom 3. Oktober 1972 waren für dieses Stück die Kostümkosten mit 221 540 S vorgesehen, tatsächlich betrugen sie 412 855 S, weil Transport- und Zollspesen von 105 656 S nicht berücksichtigt worden waren. Überdies war für Ergänzungen und Änderungen nur ein geringer Betrag veranschlagt. Diese Kosten beliefen sich auf insgesamt 88 350 S.

74.90.2. In Anbetracht der hohen Transport- und Zollspesen wies der RH darauf hin, daß in den Kostümwerkstätten des ÖBThV hochqualifizierte Fachkräfte beschäftigt sind, die auch die schwierigsten Ausstattungen herstellen können. Ferner vertrat er die Ansicht, Aufträge für die Bundestheater sollten so weit wie möglich der heimischen Wirtschaft zugute kommen.

74.90.3. Die Leitung des Kostümwesens teilte hiezu mit, die Ausstattung von „Candide" falle in die Zeit vor der Zusammenlegung der Kostümwerkstätten, weshalb sie dazu keine Stellung nehmen könne.

74.91.1. Auf Verlangen eines Ausstatters wurden 466 m Brokatstoff um rund 85 000 S einschließlich der Zollkosten für das Ballett „Romeo und Julia" in der BRD gekauft. Ein anderer Ausstatter verlangte, daß ein Großteil der für die Kostümausstattung der Burgtheater-Produktion „Der Bürger als Edelmann" erforderlichen Stoffe aus Frankreich bezogen werde. Die Kosten hiefür betrugen einschließlich der Zoll-, Transport- und sonstigen Nebenspesen 158 909 S.

74.91.2. Der RH empfahl, die Ausstatter auf die Kaufmöglichkeiten im Inland aufmerksam zu machen.

74.91.3. Die Leitung des Kostümwesens hielt dem entgegen, daß solche Stoffe, wie sie der Ausstatter verlangte, in Österreich nicht erzeugt würden. Überdies wären diese Stoffe im Ausland sicher billiger als in Wien.

74.91.4. Der RH empfahl neuerlich, Stoffe nur in Ausnahmefällen im Ausland zu kaufen.

74.92.1. Für die Ausstattung der Burgtheater-Produktion „Die Trilogie der Sommerfrische" verlangte der italienische Regisseur, daß ein Teil der Kostüme nicht wie sonst üblich aufgrund einer Zeichnung des Ausstatters hergestellt werde. Vielmehr sollten einige Kostüme aus alten Stoffen, die aus Kleidern aus der Zeit um die Jahrhundertwende stammten und daher entsprechend unterfüttert und verstärkt werden mußten, auf Kleiderpuppen gesteckt und modelliert werden. Da diese Arbeiten wegen der besonderen Behandlung der einzelnen Stücke und wegen der Theaterferien nicht in den Kostümwerkstätten des ÖBThV durchgeführt werden konnten, wurde eine Firma in Florenz damit beauftragt. Für die Herstellung von 25 Kostümen und für die Reisekosten der italienischen Schneider, die zu Anproben nach Österreich reisen mußten, wurde ein Betrag von rund 206 000 S vereinbart.

74.92.2. Der RH bemängelte, daß so ausgefallene Ausstattungswünsche erfüllt worden waren.

74.92.3. Die Leitung des Kostümwesens erwiderte, daß eine weitere Forderung des Regisseurs, für die Proben Kostüme in der Art der Originalkostüme aus Molino anzufertigen, nicht erfüllt worden sei. Die Vergabe des Auftrages zur Herstellung der Kostüme an eine Werkstätte in Florenz sei wegen der Theaterferien erfolgt.

74.93.1. Bei verschiedenen Produktionen des Burg- und Akademietheaters wurden maßgeschneiderte Garderoben bekannter Modesalons verwendet. Für die Volksoper-Produktion „Die Fledermaus" fertigte ein Modesalon verschiedene Solistenkostüme an und stellte hiefür 211 700 S in Rechnung.

74.93.2. Der RH fand diese Ausgaben auffallend hoch. Er wies darauf hin, daß eine Anfertigung der Kostüme in den Werkstätten des ÖBThV billiger gewesen wäre und daß in Zukunft derartige Arbeiten, falls sie in den Werkstätten des ÖBThV nicht durchgeführt werden könnten, an Firmen mit günstigeren Preisangeboten vergeben werden sollten.

74.93.3.1. Nach Ansicht der Leitung des Kostümwesens sei es im Burgtheater immer üblich gewesen, bei Stücken, die in der Gegenwart spielten, die Kleidung in Modesalons zu kaufen oder anfertigen zu lassen. Die Kostümwerkstätten des ÖBThV seien auf die Herstellung historischer Kostüme spezialisiert, und es sei zweckmäßiger, moderne Kleidung in Werkstätten machen zu lassen, die über die letzte Mode und über die neuesten Schnitte auf dem laufenden sind. Zu den Kosten der Kostüme für „Die Fledermaus" wurde ausgeführt, daß sie „dem Preisniveau der

Haute-Couture entsprachen" und bei einer anderen Firma, die auf die Herstellung neuer Kostüme spezialisiert ist, ebenso teuer gewesen wären.

74.93.3.2. Die Direktion der Volksoper führte dazu ergänzend aus, die Qualität des verwendeten Materials habe deswegen erstklassig sein müssen, weil die Kostüme viele Jahre Form und Schönheit behalten sollten. Sie empfand die beanstandeten Ausgaben, wenn man sie auf die Zahl der zu erwartenden Aufführungen umlegt, als geradezu gering. Außerdem würde diese Inszenierung wegen ihrer hohen Qualität künftig noch außergewöhnlich hohe Einnahmen erzielen.

74.93.4. Der RH konnte sich diesen Ansichten nicht anschließen und wies auf seine Empfehlungen hin.

74.94.1. Für die Neuinszenierung von „Maria Stuart" wurden sieben Damen- und 20 Herrenkostüme angefertigt, die 316 511 S kosteten. Aus dem Fundus des ÖBThV wurden nur wenige Kostümteile verwendet.

74.94.2. Der RH bemerkte hiezu, daß aus den seinerzeitigen Inszenierungen noch elf Damen- und 89 Herrenkostüme (1956) bzw. fünf Damen- und 32 Herrenkostüme (1967) vorhanden gewesen seien, die sich noch in gutem Zustand befanden und daher nach einer allfälligen Auffrischung bzw. Adaptierung hätten verwendet werden können.

Daß auch bei Verwendung von Funduskostümen eine optisch befriedigende Wirkung zu erzielen ist, hat beispielsweise die Ausstattung der Volksoper-Produktion „Der Vogelhändler" (Premiere im Oktober 1974) gezeigt, für die der hauseigene Kostümbildner von den 392 verwendeten Kostümen rund 100 dem Fundus entnommen hatte.

Der RH empfahl, im Hinblick auf die steigenden Kosten der Neuinszenierungen in verstärktem Ausmaß den rund 30 000 Kostüme umfassenden Fundus heranzuziehen.

74.94.3. Die Leitung des Kostümwesens hielt dem entgegen, die Kostüme von früheren Inszenierungen hätten nicht verwendet werden können, weil es sich um eine Neuinszenierung und nicht um eine Wiederaufnahme gehandelt habe. Inwieweit die vorhandenen Kostüme dem Stil der Neuinszenierung entsprochen hätten, sei eine rein künstlerische Frage, die lediglich vom Ausstatter und vom Regisseur zu beantworten gewesen wäre.

74.94.4. Der RH wiederholte seine Empfehlung und bemerkte, daß es sich bei der als Beispiel für die Verwendung von Funduskostümen erwähnten Volksoper-Produktion auch nicht um eine Wiederaufnahme, sondern um eine Neuinszenierung gehandelt habe.

74.95.1.1. Für ein Amerikagastspiel im Sommer 1972 wurden von einer Privatperson aus dem Fundus der Volksoper Kostüme mit einem Ersatzwert von 450 000 S entlehnt. Wie von der Direktion der Volksoper mitgeteilt wurde, war auf die Einhebung einer Leihgebühr verzichtet worden, weil für die Tournee alte Fundusstücke verwendet wurden und überdies Hausmitglieder mitwirkten.

74.95.1.2. Die fälligen Rückstände an Kostümentlehnungsgebühren betrugen per 30. April 1974 223 418 S, deren Hereinbringung nicht mit dem nötigen Nachdruck betrieben wurde.

Beispielsweise stellte der ÖBThV von Mitte Jänner bis Mitte März 1974 einem ausländischen Theater gegen eine Leihgebühr von 20 000 S pro Woche Kostüme und Dekorationen von „Cosi fan tutte" zur Verfügung. Die gesamte Entlehnungsgebühr von 160 000 S war Ende 1974 noch ausständig.

74.95.2. Der RH bemerkte, daß nach der geltenden Kostümentlehnungsvorschrift eine ganze oder teilweise Befreiung von der Vergütung lediglich in besonders begründeten Ausnahmefällen erfolgen könne. Überdies ersuchte er, die Rückstände an Kostümentlehnungsgebühren unverzüglich hereinzubringen.

74.95.3. Die Leitung des Kostümwesens teilte hiezu mit, daß nunmehr eine neue Kostümentlehnungsvorschrift ausgearbeitet worden sei. Die Hereinbringung der aushaftenden Kostümentlehnungsgebühren werde vom Generalsekretariat betrieben.

74.96.1. In der Spielzeit 1973/74 wurden für die Reinigung der Arbeitskleidung und der Bühnenwäsche insgesamt 846 633 S ausgegeben. Obwohl der Bericht des ÖBThV über das Spieljahr 1972/73 den Hinweis enthielt, daß eine Wäscherei für alle Bundestheater vorgesehen sei, konnte der RH noch keine konkreten Maßnahmen feststellen.

74.96.2. Der RH brachte die Frage der Errichtung einer eigenen Wäscherei wieder in Erinnerung und ersuchte, anhand einer Kosten-Nutzen-Rechnung zu prüfen, ob nicht die Inbetriebnahme einer eigenen Wäscherei für den ÖBThV vorteilhafter wäre.

74.96.3. Die Leitung des Kostümwesens führte dazu aus, daß es bisher noch nicht gelungen sei, für eine Wäscherei geeignete Räume zu finden.

74.97.1.1. Mit 1. November 1972 wurden die den einzelnen Direktionen der Bundestheater unterstehenden Dekorationswerkstätten zusammengelegt und einer einheitlichen Leitung unterstellt. Dadurch sollten eine kontinuierliche Beschäftigung des Werkstättenpersonals und eine verbesserte Organisation erreicht werden.

74.97.1.2. Die nunmehr zentralisierten Dekorationswerkstätten sind wohl sehr geräumig, ihre Auslastung wurde aber durch Arbeitszeitverkürzungen und Verminderung der Überstunden ständig geringer. Die Direktionen der Bundestheater trugen dieser Tatsache jedoch kaum Rechnung. Bei der Produktionsplanung wurden die arbeitsmäßigen und personellen Schwierigkeiten der Werkstätten nicht berücksichtigt, der Trend zu immer vollständigeren und umfangreicheren Ausstattungen hielt an.

Für den Transport der alten Dekorationen von „Aida" genügten fünf große Kulissenanhänger, für die neuen Dekorationen waren bereits zehn große Anhänger und vier Plateauanhänger notwendig. Der Transport der neuen Dekorationen für „Eugen Onegin" erforderte acht, der Transport der früheren Dekorationen nur drei große Anhänger. In ähnlicher Weise stieg der Transportaufwand bei „Der Hauptmann von Köpenick" von zwei auf fünf kleine Anhänger und bei „König Lear" von vier kleinen Anhängern auf zwei große und fünf kleine Anhänger.

74.97.2. Der RH empfahl, künftig bei der Gestaltung der Dekorationen auf das Leistungsvermögen der Werkstätten mehr Rücksicht zu nehmen.

74.97.3. Die Leitung der Werkstätten führte hiezu aus, die vom RH angeführten Daten entsprächen den Tatsachen. Die Leistungsfähigkeit der Werkstätten sei von den Direktionen selten zur Kenntnis genommen worden. Die ständigen Versuche, die Direktionen auf das durch Arbeitszeitverkürzungen und infolge der Vergrößerung des Ausstattungsvolumens eingetretene Mißverhältnis zwischen den Anforderungen an die Werkstätten und deren verringerter Leistungskapazität hinzuweisen, seien fast immer mißverstanden und als Ausdruck mangelnder Kooperationsbereitschaft angesehen worden.

74.98.1. In den Spielzeiten 1973/74 und 1974/1975 hatten Bühnenbildner bei 35 Inszenierungen ihre Entwürfe verspätet vorgelegt, wodurch in den Werkstätten die Produktionsplanung beeinträchtigt sowie Mehrarbeit und Mehrkosten und vielfach eine gesteigerte Inanspruchnahme von Fremdleistungen notwendig wurden.

74.98.2. Der RH beanstandete, daß von den Direktionen die Nichteinhaltung vertraglicher Vorlagetermine hingenommen und Sanktionen nicht ergriffen worden waren. Er empfahl, Vorsorge zu treffen, daß künftig die für die Dispositionen der Werkstätten notwendigen Liefertermine eingehalten werden. Bei schwerwiegenden Terminversäumnissen sollte von der im § 7 der Verträge vorgesehenen Vertragsstrafe gemäß § 27 des Schauspielergesetzes Gebrauch gemacht werden.

74.98.3. Die Leitung der Dekorationswerkstätten teilte hiezu mit, die für eine langfristige Produktionsplanung nötigen Vorlagetermine seien von den Direktionen als zu lang vor den Premieren liegend angesehen worden.

74.99.1.1. Wegen knapper Fertigstellungstermine waren auch noch nach der Zusammenlegung der Dekorationswerkstätten Fremdarbeiten nötig. Von Oktober 1972 bis Dezember 1973 wurden bei 13 Inszenierungen verschiedene Firmen zur Herstellung von Dekorationen und Dekorationsteilen herangezogen. Insgesamt fielen hiefür Kosten von rund 2,44 Mill. S an, woraus sich pro Inszenierung Durchschnittskosten der Fremdleistungen von 188 000 S ergaben.

74.99.1.2. Für Mai 1974 waren im Akademietheater die Premiere von „Anatol" und in der Volksoper die Wiederaufnahme der Operette „Die Fledermaus" vorgesehen.

Die Auffrischungsarbeiten für die aus 1950 stammenden Dekorationen der „Fledermaus" konnten die Dekorationswerkstätten des ÖBThV selbst nicht durchführen, weil die Tischlerwerkstätten durch die vom Bühnenbildner für „Anatol" verlangten äußerst aufwendigen Arbeiten voll ausgelastet waren. Um die geplanten Premierentermine — „Anatol" am 17. Mai 1974 und „Die Fledermaus" am 18. Mai 1974 — einhalten zu können, wurden Tischler-, Bildhauer- und Malerarbeiten außer Haus durchgeführt. Da sich keine Firma gefunden hatte, die detailreichen Arbeiten für „Anatol" in der vom Bühnenbildner gewünschten Form und in der vorhandenen knappen Zeit auszuführen, ließ man die Auffrischung der Dekorationen für „Die Fledermaus" von einer Filmproduktionsgesellschaft vornehmen, welcher dafür rund 420 000 S bezahlt wurden.

74.99.1.3. Die übertriebenen Forderungen des Bühnenbildners für die Ausstattung von „Anatol" beeinträchtigten auch die Anfertigung der Dekorationen für die Akademietheater-Produktion „Die See". Wegen der Premierenhäufung in der zweiten Hälfte Mai und Anfang Juni 1974 — 17. Mai „Anatol", 18. Mai „Die Fledermaus", 29. Mai „Die See", 2. Juni „Mutter Courage und ihre Kinder" — ergaben sich in den Werkstätten zwangsläufig Engpässe. Zur Einhaltung des geplanten Premierentermines wurde daher Fremdarbeit um rund 125 000 S in Anspruch genommen.

74.99.1.4. Für die Neuinszenierung von „Don Giovanni" wurde aus Dispositionsgründen und auf Verlangen des Bühnenbildners rund ein Drittel der Dekorationen in Fremdarbeit hergestellt. Auf Wunsch des Regisseurs, der auch die Ausstattung übernommen hatte, wurden die Kunstschmiedearbeiten einer von ihm namhaft gemachten Firma in Italien übertragen. Außer dem Aufwand von rund 388 000 S für die in Italien

angefertigten Dekorationsteile fielen zusätzliche Kosten des Transportes der Dekorationen von Rom nach Wien einschließlich der verschiedenen Ausgaben für Zoll, Fahrbewilligung u. dgl. in Höhe von rund 223 000 S an.

Die im Ausland hergestellten Dekorationsteile waren jedoch für den unmittelbaren Einsatz auf der Bühne der Staatsoper nicht verwendbar. Die notwendigen Fertigstellungs- und Anpassungsarbeiten nahmen in den Werkstätten des ÖBThV zusätzlich 14 Tage in Anspruch. Überdies mußten noch Überstunden geleistet werden. Für diese zusätzlichen Arbeiten fielen Personalkosten von rund 270 000 S an.

74.99.1.5. Für die Burgtheater-Produktion „Der schöne grüne Vogel" wurden wegen Überlastung der Werkstätten und wegen Terminknappheit Fremdarbeiten um rund 170 000 S in Anspruch genommen.

74.99.2. Die Direktionen, denen die ständigen Terminschwierigkeiten der Werkstätten bekannt waren, hatten keine Vorkehrungen getroffen, um die Werkstätten zu entlasten und kostspielige Fremdarbeiten zu vermeiden. Mangelnde Koordinierung und fallweise fehlende Kooperationsbereitschaft zwischen Direktionen und Werkstättenleitung waren zumeist der Grund für die Schwierigkeiten in den Werkstätten. Der RH empfahl, durch koordinierte Premierenplanung der Werkstättenleitung die Durchführung der Produktionspläne ohne zusätzlichen Kostenaufaufwand und die Einhaltung der Fertigstellungstermine zu erleichtern.

74.99.3.1. Die Werkstättenleitung stimmte den Ausführungen des RH in allen Punkten zu. Sie erklärte, die angeführten Beträge und Fakten entsprächen den Tatsachen.

74.99.3.2. Die Direktion der Volksoper lehnte eine Mitverantwortung für die hohen Kosten der Auffrischungsarbeiten an den Dekorationen für die Operette „Die Fledermaus" ab, weil die Werkstätten mit der Ausstattung für „Anatol" voll ausgelastet gewesen seien.

74.99.3.3. Die künstlerische und einmalige Produktion „Don Giovanni" wäre nach Mitteilung der Direktion der Staatsoper in Wien mangels geeigneter Fachkräfte dekorationsmäßig nicht herstellbar gewesen. Sie habe sich überdies erst nach langen Gesprächen mit dem Ausstatter und dem Werkstättenleiter der Meinung des Ausstatters und Regisseurs angeschlossen, die Dekorationen bei der vom Ausstatter angegebenen Firma herstellen zu lassen. Die Notwendigkeit von Ausbesserungen habe sich bei der Bühneneinrichtung ergeben. Allerdings sei ein großer Unterschied zwischen der Herstellung einer Dekoration und Ausbesserungsarbeiten.

74.99.4.1. Hinsichtlich der hohen Fremdarbeitskosten an den Dekorationen für die Operette „Die Fledermaus" konnte sich der RH der Ansicht der Direktion der Volksoper, sie hätte keine Mitverantwortung, nicht anschließen. Er blieb bei seiner Auffassung, daß bei entsprechender Planung Ausgaben für Fremdarbeiten vermeidbar gewesen wären.

74.99.4.2. Zu den Ausführungen der Direktion der Staatsoper über die Herstellung der Dekorationen für „Don Giovanni" bemerkte der RH, sie könnten an der Tatsache, daß die Direktion ohne Rücksicht auf die Finanzlage der Bundestheater den Wünschen des Regisseurs und Ausstatters Rechnung getragen habe, nichts ändern.

74.100.1.1. Wie bei ausländischen Bühnen zeichnete sich auch bei den Bundestheatern ein Trend zu aufwendigeren Ausstattungen und damit zu höheren Ausgaben ab:

	1969 S	1973 S	Steigerung in %
Material für die Dekorationswerkstätten einschließlich Malersaal...	2 767 466	7 626 071	176
Fremdarbeitskosten	589 842	1 900 659	222

Spielzeit	Anzahl der Produktionen	Kosten der Dekorationen: Gesamtkosten pro Jahr S	Kosten der Dekorationen: Durchschnittskosten pro Neuinszenierung S	Veränderung gegenüber 1969/70 in %
1969/70	31	11 960 378	385 819	—
1970/71	27	11 249 455	416 646	7,99
1971/72	28	12 281 208	438 615	13,68
1972/73	28	18 865 360	673 763	74,63
1973/74	27	17 447 536	646 205	67,49

Maßgebend für diese Kostensteigerungen, die erheblich über den jährlichen Steigerungsraten nach dem Verbraucherpreisindex lagen, waren keineswegs nur die allgemeine Teuerung, sondern vornehmlich die kostspieligeren Ausstattungen.

74.100.1.2. Bei „Eugen Onegin" hatte der Bühnenbildner naturalistische Holzböden sowie echte Türschlösser und Türbeschläge verlangt. Von einer privaten Firma war nach seinem Entwurf ein sandgestrahlter Holzboden zu einem Preis

von 160 700 S hergestellt worden. Die Kosten der echten Schlösser und Beschläge beliefen sich auf 4 800 S.

74.100.1.3. Der Ausstatter für die Neuinszenierung von „Don Carlos" verlangte die Anfertigung eines naturalistischen Steinbodens, wofür die Werkstätten 400 Eternitplatten (22 000 S) sowie einen 400 m² großen Kunststoffbelag mit Steinmarmorierung (30 000 S) benötigten.

Da zahlreiche Eternitplatten beim Transport und auf der Bühne brachen, wurde nach 18 Vorstellungen ein bemaltes Bodentuch, dessen Herstellung rund 11 500 S kostete, verwendet.

74.100.1.4. Auf Wunsch des Bühnenbildners stellten die Werkstätten für die Burgtheater-Produktion „Die Trilogie der Sommerfrische" einen sehr naturalistischen, schrägen Bühnenboden her. Insbesondere zur Erzielung eines naturgetreuen Klanges beim Gehen auf der Bühne waren auch Eternitplatten verlangt worden. Das Material für diesen Boden kostete 21 538 S. Die Anfertigung dieses Bodens, der insgesamt rund 57 000 S erforderte, war überaus arbeitsaufwendig.

74.100.1.5. Für die Uraufführung der „Jagdgesellschaft" im Burgtheater sah der Bühnenentwurf die Verwendung von rund 650 Geweihen verschiedenster Art und Größe vor. Letztlich wurden rund 650 Geweihe und sonstige Jagdtrophäen für die Ausschmückung eines Jagdzimmers verwendet. Die Kosten der Herstellung, des Ankaufes und der Miete von Jagdtrophäen betrugen rund 190 000 S.

74.100.1.6. Teures Polyestermaterial wurde für eine Kuppel in der Akademietheater-Neuinszenierung „Seeskapade" verwendet. Nach den Konzepten des Regisseurs und des Bühnenbildners sollte die Illusion des Meeresbodens möglichst naturalistisch vermittelt werden, weshalb auch ein Film beschafft wurde. Die Kosten dieser Kuppel betrugen rund 216 000 S, für den Film mußten 280 000 S bezahlt werden.

74.100.2. Der RH wies darauf hin, daß wirtschaftlichen Überlegungen bei der Herstellung von Dekorationen zu wenig Beachtung geschenkt worden sei. Beispielsweise wären bemalte Bodentücher, Theaterschlösser und -beschläge billiger gewesen, ohne den Gesamteindruck der Inszenierungen merkbar zu beeinträchtigen. Er empfahl, den Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit bei der Herstellung von Dekorationen künftig mehr Beachtung zu schenken.

74.100.3.1. Die Werkstättenleitung bestätigte die Richtigkeit der vom RH angeführten Sachverhalte.

74.100.3.2. Nach Ansicht der Direktion der Staatsoper habe der RH in seiner Kostenaufstellung die prozentuellen Steigerungen bei den Anschaffungspreisen übersehen. Ziehe man diese Steigerungen der Materialkosten in Betracht, würden sich überhaupt keine Erhöhungen ergeben.

74.100.3.3. Während die Werkstättenleitung die Ansicht vertrat, das Sandstrahlen des Bodens bei „Eugen Onegin" wäre dann zu vermeiden gewesen, wenn sie die Unterstützung der Direktion gehabt hätte, meinte die Direktion der Staatsoper, das Verlangen des Bühnenbildners nach einem naturalistischen Holzboden sowie nach entsprechenden Türschlössern und -beschlägen sei eine Selbstverständlichkeit, weil „die Szene im Landhaus der Gutsbesitzerin Larina" spiele.

74.100.4. In der Frage des Anstieges der Materialausgaben zwischen 1969 und 1973 um 176% konnte sich der RH der Meinung der Direktion der Staatsoper, nur die allgemeine Teuerung wäre für die Ausgabensteigerung ausschlaggebend, nicht anschließen. Er verblieb bei seiner Ansicht, daß für den starken Kostenanstieg zu einem beträchtlichen Teil die Herstellung von kostspieligen Ausstattungen maßgebend war, weil die Aufwandssteigerungen gegenüber welchem Vergleichsjahr auch immer erheblich größer waren als die allgemeine Teuerung.

74.101.1.1. Für die Herstellung von Dekorationen einiger Neuinszenierungen war die erforderliche Zahl von Arbeitsstunden überdurchschnittlich hoch und wirkte sich in hohen Personalkosten, in Terminschwierigkeiten der Werkstätten und in der Inanspruchnahme von Fremdarbeit aus.

74.101.1.2. Für die Neuinszenierung von „Aida" waren aufgrund der Entwürfe des Bühnenbildners umfangreiche und aufwendige Dekorationen herzustellen. Die Personalkosten von 21 911,5 normalen Arbeitsstunden, 1 206 Überstunden und 165 Nachtstunden betrugen 1 028 933 S.

Den Dekorationswerkstätten standen in der Spielzeit 1972/73 für Produktionen der Staatsoper insgesamt rund 54 500 Arbeitsstunden zur Verfügung, für die Dekorationen der „Aida" wurden 42,7% (23 282,5 Stunden) der Gesamtarbeitszeit eines Spieljahres benötigt. Trotz eines rationellen Arbeitsverfahrens — Einsatz einer neuen Polyester-Spritzanlage — mußte für die sehr groß angelegte Inszenierung, die acht Bilder umfaßte, um 51 000 S Fremdarbeit beansprucht werden, weil die verfügbare Werkstättenzeit für eine termingerechte Fertigstellung der Dekorationen nicht ausreichte.

74.101.1.3. Die Nestroy-Posse „Nur Ruhe" hatte am 30. Dezember 1972 im Burgtheater Premiere. Für die Herstellung der Dekorationen waren 10 378 Arbeitsstunden — davon 479 Überstunden — aufgewendet worden, die Personalkosten von rund 480 000 S verursachten.

Für Produktionen des Burgtheaters standen in der Spielzeit 1972/73 50 700 Werkstättenstunden zur Verfügung. Die sehr detaillierte Gestaltung der Bühnenbilder sowie der große Gesamtumfang der Dekorationen führten zu der erwähnten Anzahl von Arbeitsstunden, die allein 20,5% der in dieser Saison verfügbaren Arbeitszeit für das Burgtheater betrugen. Wegen Überlastung der Werkstätten mußte für das Bemalen von Prospekten überdies Fremdarbeit um 77 825 S in Anspruch genommen werden.

74.101.1.4. Für die Anfertigung der gesamten Dekorationen für die Burgtheater-Neuinszenierung „Die Bakchen" waren von der Werkstättenleitung 50 bis 60 Arbeitstage kalkuliert worden. Da die Tischlerei mit anderen Arbeiten befaßt war, hätte die Dekoration in den eigenen Werkstätten nicht termingerecht hergestellt werden können. Um eine Verzögerung zu vermeiden, wurden die Tischlerarbeiten auswärts durchgeführt.

So wurde nach den Entwürfen des Ausstatters auch eine 12 m breite und 9 m hohe Bühnenportalbrücke, die rund drei Tonnen schwer war, von einer privaten Firma hergestellt. Die Anfertigung dieser Brücke hatte 278 000 S gekostet, von denen 194 000 S der Privatfirma zu zahlen waren. Mit Kosten von rund 84 000 S mußten außerdem in den Werkstätten des ÖBThV noch 1 530 Arbeitsstunden für Verbesserungen und Änderungen aufgewendet werden. Die Bühnenportalbrücke stürzte bereits nach der vierten Vorstellung aus nicht geklärten Gründen zusammen.

Nach dem Einsturz der Brücke war eine andere Firma beauftragt worden, eine neue Brücke aus Leichtmetallrohren anzufertigen, die rund 170 000 S kostete. Die Holzverkleidung hatte ebenfalls eine private Firma hergestellt, die hiefür 70 000 S verrechnete.

Die wegen ihrer Größe und ihres Gewichtes nach wie vor sehr schwer transportier- und bewegbare Bühnenbrücke, die nach Mitteilung des ÖBThV auch bei künftigen Inszenierungen verwendet werden soll, hatte somit Kosten von 520 000 S verursacht.

74.101.1.5. Überaus detailreich und naturalistisch waren die Entwürfe des Bühnenbildners für „Anatol". Die Tischlerwerkstätten waren 3444,5 Stunden mit der Anfertigung von Balustraden, Türstöcken, Fenstern, eines Kamines u. dgl. beschäftigt gewesen. 80% dieser Arbeitszeit entfielen auf reine Kunsttischlerarbeiten.

Das Bühnenbild, teils in massiver Holzausführung, glich einer Filmdekoration und war in der Art der Ausführung (Messingbeschläge, teure Stoffe, Dekorationsteile in Holz) überaus kostspielig.

74.101.2. Der RH empfahl, bei der Gestaltung der Ausstattungen mehr auf die zur Verfügung stehenden Budgetmittel Bedacht zu nehmen.

74.101.3. Die Leitung der Werkstätten teilte hiezu mit, der Bericht entspreche den Tatsachen, die angeführten Daten stimmten mit den Unterlagen der Werkstätten überein.

74.102.1.1. Nach den Vorstellungen des Ausstatters war für die Staatsoper-Produktion „Die Macht des Schicksals" bei allen Bildern sowie für die Verkleidung des Bühnenportals Jute als Grundmaterial vorgesehen. In langwierigen Arbeitsvorgängen mußte für eine Fläche von 3500 m² Jute händisch gerupft und gezupft werden. Danach waren sogenannte „Fischernetze" (Laubgaze) händisch aufzunähen. Die Näherei war durch diese Arbeiten überlastet, so daß zusätzlich einige Tagesaushelfer herangezogen wurden, die zusammen 3 145 Stunden arbeiteten, für die 157 250 S an zusätzlichen Personalkosten anfielen. Die Personalkosten (2 849 Stunden) für das Rupfen und Zupfen der Jute machten allein 142 450 S aus. Die Gesamtkosten für die Herstellung der Dekorationen beliefen sich auf rund 2,3 Mill. S, von denen 1 394 850 S für 27 191 Normalstunden und 460 Überstunden aufzuwenden waren.

74.102.1.2. Für die Dekorationen der Burgtheater-Inszenierung „Judith" verlangte ein Ausstatter ein ähnliches, ebenso arbeitsaufwendiges Verfahren. Der gesamte Grundbau der Dekorationen aus Styropor im Ausmaß von rund 350 m² mußte mit gekämmten und gezupften Sisalfasern beklebt werden. Mit der Hanfverarbeitung — Kämmen und Zupfen — waren allein elf Personen mehr als drei Wochen lang befaßt, wofür rund 86 000 S an Personalkosten anfielen. Die Gesamtkosten dieser Dekorationsherstellung betrugen 294 767 S für Material und 503 184 S für Löhne, somit zusammen 797 951 S. Die Hanfarbeiten erforderten 17% der gesamten Lohnkosten.

74.102.2. Der RH bemängelte, daß die Wünsche mancher Bühnenbildner, die zur Erzielung besonderer optischer Effekte bei verschiedenen Materialien bestimmte Verarbeitungsmethoden verlangt hatten, von den Direktionen erfüllt worden waren, ohne die Kapazität der Werkstätten und die finanzielle Lage des ÖBThV zu berücksichtigen. Er empfahl, bei der Entscheidung über derartige Verarbeitungsmethoden auch auf die vorhandenen Budgetmittel Bedacht zu nehmen und den zuständigen Fachleuten im Bereich der Werkstättenleitung mehr als bisher Gehör zu schenken.

74.102.3.1. Die Leitung der Dekorationswerkstätten pflichtete den Ansichten des RH in vollem Umfang bei. Sie erklärte, die Ausführungen des RH entsprächen den Tatsachen

und beweisen, daß Vereinfachungen durch die Dekorationswerkstätten der vollen Unterstützung seitens der Direktionen bedürfen.

74.102.3.2. Zur Ausstattung der Oper „Die Macht des Schicksals" vertrat die Direktion der Staatsoper den Standpunkt, daß bestimmte Verarbeitungsverfahren, die ein Ausstatter aufgrund seiner künstlerischen Vorstellung verlange, um einen bestimmten Bühneneffekt zu erlangen — sofern sie sich realisieren ließen —, „durchgeführt zu werden" hätten. Da diese Oper beim Maggio Fiorentino in den Dekorationen der Staatsoper gezeigt worden sei, erscheine die Bestätigung für die Richtigkeit des Verlangens des Ausstatters gegeben und die Entscheidung der Direktion gerechtfertigt.

74.102.4. Der RH konnte die Meinung der Direktion nicht teilen. Wenn sich einfachere und billigere Herstellungen anbieten, ohne daß durch sie der optische Effekt wesentlich beeinträchtigt wird, sollte ihnen aus finanziellen Erwägungen der Vorzug gegeben werden.

74.103.1.1. Die Werkstätten waren zur Einhaltung ihrer Liefertermine mitunter gezwungen, auch bei Teillieferungen von Entwürfen oder aufgrund oft nur oberflächlicher Skizzen mit der Anfertigung der Dekorationen zu beginnen. Dies brachte fallweise nachträgliche Änderungen bereits fertiger oder in Bearbeitung stehender Dekorationsteile mit sich und war mit zusätzlichen Kosten verbunden. Manchmal verlangten Bühnenbildner oder Regisseure auch Änderungen, wenn die Dekorationen genau nach ihren Entwürfen und Anweisungen fertiggestellt worden waren.

74.103.1.2. Bei der Hauptprobe von „Don Carlos" hatte man gefunden, daß die Dekorationen in schwarzem Samt besser zur Wirkung kämen als in der ursprünglich geplanten und nach den Bühnenbildentwürfen des Ausstatters hergestellten Panoramen. Es wurden daher zehn Panoramen und fünf Soffitten, die Herstellungskosten von rund 23 000 S erfordert hatten, weggelassen.

74.103.1.3. Nach der Hauptprobe zu „Judith" entfielen verschiedene Dekorationsteile, die rund 21 700 S gekostet hatten.

74.103.1.4. Auch bei der Inszenierung des „Götz von Berlichingen" waren Teile der bereits fertigen Dekorationen weggelassen worden. Diese Teile im Herstellungswert von rund 10 700 S blieben ungenutzt, weil sie als störend empfunden wurden. Ebenfalls als störend im Rahmen seines Gesamtkonzeptes fand der Bühnenbildner zehn auf Leinen gemalte Stiche im Ausmaß von je 4 × 12 m, die er als Prospektteile vorgesehen hatte. Die Material- und Personalkosten betrugen zusammen 38 400 S.

74.103.1.5. Ein nach dem Konzept des Ausstatters hergestellter reliefartiger Boden bei „König Lear" hatte sich als nicht geeignet erwiesen und wurde durch ein Bodentuch ersetzt. Die zusätzlichen Kosten betrugen 38 500 S.

74.103.1.6. Da die Aufführung des Stückes „Die Trilogie der Sommerfrische" nach dem ursprünglichen Konzept des Regisseurs zu lang geraten war und die vorgesehenen vier Stunden überschritt, nahm die Direktion eine Kürzung vor. Dadurch blieben auch die Dekorationen des fünften Bildes weg. Das Material für dieses Bild hatte 18 600 S gekostet, die Personalkosten beliefen sich auf 29 300 S.

74.103.2. Der RH wies auf den verlorenen Aufwand und die nutzlosen Arbeitsstunden der ohnehin unter ständigem Zeitdruck stehenden Werkstätten hin.

74.103.3. Die Werkstättenleitung bestätigte die Richtigkeit der Angaben des RH und fügte hinzu, der Hauptgrund für den Wegfall von Dekorationsteilen liege vielfach im mangelnden Einvernehmen von Regisseur und Bühnenbildner während der Entstehung ihrer Konzepte. Dazu komme noch bei manchem Team ein mangelndes räumliches Vorstellungsvermögen.

74.104.1. Im Juli 1973 erwarb der ÖBThV um 525 000 S von den „Wiener Festwochen" gebrauchte Dekorationen und Kostüme der Oper „Der Liebestrank". Auf die 70 Kostüme entfielen 70 000 S, die Dekorationen kosteten 455 000 S. Ein Großteil dieser für die Volksoper angekauften Dekorationen bestand aus Kunststoff (PVC), war leicht entflamm- und brennbar und entsprach nach einem Gutachten des ÖBThV vom 4. Oktober 1974 nicht den Sicherheitsvorschriften. Eine Verwendung dieser Dekorationen ohne Ersatz der Kunststoffteile war daher nicht denkbar. Wegen der unterschiedlichen Staturen der Darsteller hätten aber auch nicht alle Kostüme ohne entsprechende Änderungen verwendet werden können. Überdies war noch die Frage offen, wie hoch im Falle einer Aufführung die Kosten des Erwerbes der Werknutzungsrechte vom Ausstatter sein würden.

Die Kosten der notwendigen Dekorationsersätze würden sich nach einer Schätzung der Werkstätten auf mindestens 120 000 S belaufen. Eine Kostenermittlung für die Kostümänderungen war schon deswegen nicht möglich, weil an eine Aufführung der Oper in absehbarer Zeit nicht gedacht und die Besetzung nicht bekannt war. In den Spielplänen der Volksoper für die Spielzeiten 1974/75 und 1975/76 schien die Oper „Der Liebestrank" jedenfalls nicht auf.

74.104.2. Der RH bemängelte, daß vor diesem Ankauf keine Überprüfung stattgefunden hatte, ob die Dekorationsteile auch den Sicherheitsvor-

schriften entsprechen. Diese Unterlassung hat zur Folge, daß im Falle einer Aufführung des Stückes mindestens 120 000 S für die Herstellung von Ersatzteilen erforderlich werden. Die Gesamtkosten für die Dekorationen, die nunmehr schon jahrelang in den ohnehin überfüllten Dekorationsdepots des ÖBThV im Ausmaß von fünf Kulissentransportern lagen, würden sich somit auf mindestens 575 000 S erhöhen.

Der RH empfahl, bei derartigen Anschaffungen künftig auch darauf zu achten, daß die erworbenen Dekorationen den Dispositionen und Spielplänen der einzelnen Bühnen des ÖBThV entsprechen.

74.104.3. Die Direktion der Volksoper führte hiezu aus, der Ankauf der Dekorationen sei ihr aus preislichen Gründen und durch den Umstand, daß die Werkstätten entlastet würden, vertretbar erschienen. Es sei beabsichtigt, die Oper „Der Liebestrank" in den nächsten Jahren in das Repertoire aufzunehmen. Die Dekorationen würden den Sicherheitsvorschriften entsprechend verbessert werden.

74.105.1.1. Im Jahre 1973 wurden Dekorationen von 42 Inszenierungen des Burgtheaters, des Akademietheaters und der Volksoper skartiert. Der Buchwert dieser in den Jahren 1969 bis 1973 hergestellten Dekorationen betrug rund 6,5 Mill. S.

74.105.1.2. Bei diesen ausgeschiedenen Dekorationen befanden sich auch Dekorationsausstattungen von 14 Produktionen der Volksoper. Die Ausstattungen dieser Inszenierungen, die im Durchschnitt rund eine Million S kosteten, wurden durchschnittlich nur bei 16 Aufführungen verwendet. Die Produktion „König Nicolo" aus 1972 wurde nur 6mal aufgeführt. Das gleichfalls 1972 neuinszenierte Musical „Karussell" wurde 15mal gespielt. Bei beiden Produktionen konnten die Kosten der Ausstattung durch die Einspielergebnisse auch nicht annähernd gedeckt werden.

74.105.2. Der RH bemängelte, daß Produktionen schon nach so kurzer Zeit abgesetzt werden mußten und die Dekorationen ausgeschieden wurden, weil wegen mangelnden Publikumsinteresses weitere Aufführungen wirtschaftlich nicht vertretbar erschienen.

74.105.3. Der ehemalige Direktor der Volksoper bemerkte dazu, seiner Ansicht nach wären einige Inszenierungen für Wiederaufnahmen sehr gut zu brauchen gewesen, wodurch die Produktionskosten eher eingespielt worden wären.

Burgtheater und Akademietheater

74.106.1. Die Stellungnahme der Direktion des Burgtheaters zu den das Burg- und das Akademietheater betreffenden Prüfungsfeststellungen wurde vom BM f. Unterricht und Kunst und vom ÖBThV dem RH mit folgender Bemerkung vorgelegt: „Das BM f. Unterricht und Kunst macht ausdrücklich darauf aufmerksam, daß es hier die im wesentlichen ungekürzte Stellungnahme der autonomen Direktion des Burgtheaters übermittelt. Das BM f. Unterricht und Kunst und der ÖBThV stellen fest, daß sie sich in vielen Fällen der Meinung der Direktion des Burgtheaters nicht anschließen können, und haben daher entsprechend den Empfehlungen des RH gemeinsam mit der designierten Direktion des Burgtheaters Schritte zur Veränderung von zu Recht kritisierten Mißständen veranlaßt."

74.106.2. Der RH ist der Auffassung, daß in dieser Stellungnahme organisatorische Probleme zum Ausdruck kommen, die ehebaldigst, am besten durch Gesetz, gelöst werden sollten.

74.107.1. Mit Wirkung vom 19. Jänner 1973 an wurde die Zahl der Mitglieder der Direktion des Burgtheaters von drei auf vier erhöht. Der Wirkungsbereich des vierten Mitgliedes war abgegrenzt und den Angehörigen des Burgtheaters schriftlich mitgeteilt worden. Die gleichzeitige Ankündigung der Direktion, daß über die einzelnen Kompetenzen jedes Direktionsmitgliedes und der anderen Ressorts in naher Zukunft gemeinsam mit der Ensemblevertretung eine klare und übersichtliche Entscheidung getroffen werden sollte, erfolgte jedoch nicht schriftlich und konnte daher auch den Mitgliedern des Burgtheaters nicht mitgeteilt werden, weshalb es wiederholt zu Anfragen, Rückfragen und Beschwerden kam.

74.107.2. Zur Vermeidung von Leerläufen und Kompetenzunklarheiten empfahl der RH, eine schriftliche Geschäftsordnung zu erlassen und sie den Mitgliedern des Burgtheaters, dem Generalsekretariat sowie den übrigen in Frage kommenden Stellen des ÖBThV zur Kenntnis zu bringen. Diese Geschäftsordnung sollte vor allem die Aufgaben und Kompetenzen der einzelnen Mitglieder der Direktion enthalten und außerdem festlegen, in welchen Bereichen sich der Direktor die Entscheidung vorbehält. Ferner sollten darin auch die Aufgabenbereiche der Unterinstanzen — Produktion, Regie, Betriebsbüro usw. — entsprechend festgelegt werden.

74.107.3. Die Direktion des Burgtheaters führte dazu aus, daß dessen Direktor ausdrücklich mit der Auflage verpflichtet worden sei, an der Reform der Bundestheater mitzuwirken. Diese Auflage wäre sogar eindeutig mit der Zielsetzung der „Kommerzialisierung der Theater" definiert worden. Die diesbezüglichen Versuche seien an dem Mangel einer gesetzlichen Grundlage gescheitert, denn eine Reihe von geltenden, die finanzielle Seite betreffenden Bestimmungen wären im Widerspruch zur angestrebten und notwendigen Kommerzialisierung gestanden. Auch die Dienstinstruktion vom 10. Mai 1971 über die Umwand-

lung des BThVw in den ÖBThV habe nicht die Voraussetzungen geschaffen, personelle Veränderungen durchführen zu können. Nach Ansicht der Direktion hätte nur ein nahezu kompletter Austausch des Leitungsteams eine geeignete Maßnahme dargestellt, Organisation und Planung entsprechend zu gestalten und gleichzeitig wesentliche Einsparungen auf dem Personalsektor zu erreichen. In der Spielzeit 1970/71 seien von den zehn leitenden Mitarbeitern in der Direktion des Burgtheaters sieben problematisch, teilweise sogar unbrauchbar gewesen.

Die Direktion vertrat die Auffassung, daß eine Verbesserung der Planung und Organisation nicht durch die Erlassung einer Geschäftsordnung hätte erreicht werden können, sondern daß gesetzliche Grundlagen hätten geschaffen werden müssen, um die Direktion jederzeit in die Lage zu versetzen, sich den Anforderungen des sich ständig verändernden Theaterbetriebes anzupassen.

74.107.4. Wie der RH bereits an anderer Stelle ausführte, hält auch er für die Bundestheater eine gesetzliche Regelung für erforderlich. Aber auch ohne eine solche hätten durch Erlassung einer schriftlichen Geschäftsordnung gewisse organisatorische Unzulänglichkeiten vermieden werden können.

74.108.1.1. Von den 16 Premieren des Burgtheaters und des Akademietheaters im Spieljahr 1974/75 fand lediglich eine zum ursprünglich festgelegten Termin statt. Zu Beginn der Spielzeit 1974/75 und sogar noch im Dezember 1974 waren die drei Stücke, deren Premieren im Akademietheater vorgesehen waren, noch nicht bekannt.

Die Verschiebungen der Premierentermine wurden durch längere Proben, als sie vorgesehen waren, durch Krankheiten und durch Planungsschwierigkeiten verursacht.

74.108.1.2. Der Spielplanvorschau vom 7. Juni 1974 für die Saison 1974/75 war zu entnehmen, daß für verschiedene Stücke noch keine Bühnen- und Kostümbildner bekannt waren.

74.108.2. Der RH wies darauf hin, daß der Direktor des Burgtheaters künftig ein langfristiges Spielplankonzept vorlegen sollte. Aufgrund dieses Konzeptes wäre die mittelfristige Spielplanung so zu gestalten, daß spätestens zu Beginn eines jeden Spieljahres die Premieren festgelegt und die hiefür erforderlichen Regisseure sowie Bühnen- und Kostümbildner verpflichtet werden könnten.

74.108.3.1. Die Direktion des Burgtheaters stellte die Berechtigung des RH, die Planung der Premieren zu überprüfen, in Frage, weil ihrer Meinung nach die Aufgabe des RH gemäß der Artikel 121 bis 128 B-VG darin bestehe, „die Unternehmungen des Bundes auf ihre Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit zu überprüfen" und „Anregungen" zu geben. Eine Kompetenz des RH könnte nach Auffassung der Direktion höchstens aus dem Aspekt der „Zweckmäßigkeit" abgeleitet werden.

74.108.3.2. Hinsichtlich der Spielplangestaltung stellte die Direktion des Burgtheaters fest, daß ein Sprechtheater, das wie das Burgtheater nunmehr in einem sehr hohen Maße die zeitgenössische Literatur berücksichtige, bis zum letztmöglichen Vorbereitungstermin, das sei bis zu vier Monaten, flexibel zu sein habe, um wichtige Novitäten eventuell zur Uraufführung bringen zu können. Was die langfristige Planung betreffe, so hätte das Burgtheater in den letzten fünf Jahren einen Leistungsstandard erreicht, der von keinem europäischen Theater überboten würde, was nach Ansicht der Direktion durch die 38 Inszenierungen, die in der Jubiläums-Spielzeit auf dem Spielplan standen, bewiesen worden sei.

74.108.3.3. Weiters bemerkte die Direktion, daß die Premierenverschiebungen in der Spielzeit 1974/75 mit den häufigen Erkrankungen von Schauspielern im Zusammenhang stünden. In der Spielzeit 1975/76 seien im Akademietheater alle Premieren zeitgerecht durchgeführt worden.

Hinsichtlich der rechtzeitigen Verpflichtung von Bühnen- und Kostümbildnern teilte die Direktion des Burgtheaters die Ansicht des RH.

74.108.4.1. Der RH erwiderte, daß er deswegen berechtigt gewesen sei, die Premierenplanung zu überprüfen, weil die Verschiebung von Premieren unmittelbare Auswirkungen auf die Gebarung der Bundestheater zur Folge gehabt habe. So seien durch Terminänderungen die Dispositionen in den Dekorations- und Kostümwerkstätten unmittelbar beeinflußt worden, wodurch erhöhte Fremdarbeit und Mehrleistungsvergütungen anfielen, die sich wieder nachteilig auf die Produktionskosten ausgewirkt haben.

74.108.4.2. Den Ausführungen der Direktion über die Planung entgegnete der RH, daß die zahlreichen Verschiebungen von Premierenterminen in der Spielzeit 1974/75 kein Zeichen einer befriedigenden Spielplanung gewesen seien. Der RH nahm aber zur Kenntnis, daß in der neuen, ab 1. September 1976 wirksamen Geschäftsordnung nunmehr festgelegt ist, daß die Direktoren der einzelnen Bundestheater den Bundesminister für Unterricht und Kunst über die längerfristige Planung ständig zu informieren und ihm bis 31. März jeden Jahres ein möglichst detailliertes Konzept über die im darauffolgenden Spieljahr beabsichtigten Vorhaben vorzulegen haben.

74.109.1. Im Spieljahr 1973/74 wurden gegenüber den Monatsvorschauen in der Informationsschrift des ÖBThV im Burgtheater 56 von insgesamt 312 Vorstellungen und im Akademietheater

79 von insgesamt 299 Vorstellungen geändert. Diese Änderungen führten, abgesehen von den negativen Auswirkungen auf das Theaterpublikum, zu organisatorischen Schwierigkeiten und zu Mehrkosten.

74.109.2. Der RH empfahl, künftig die vielen Programmänderungen beim Burgtheater und beim Akademietheater zu vermeiden.

74.109.3. Die Direktion des Burgtheaters hielt die Argumentation des RH für gerechtfertigt, gab aber zu bedenken, daß derartige Änderungen in den meisten Fällen durch Krankmeldungen von Schauspielern hervorgerufen worden waren.

74.110.1. Die „Probeneinteilung" vom 24. März 1964, welche von der damaligen Direktion des Burgtheaters und dem Betriebsrat des künstlerischen Personals abgeschlossen worden war, wurde von der Direktion des Burgtheaters mit Schreiben vom 29. Oktober 1971 gekündigt. Bei einer Besprechung am 31. Oktober 1972 wurde zwischen dem ÖBThV einerseits und der Gewerkschaft „Kunst und Freie Berufe" sowie dem Betriebsrat des künstlerischen Personals andererseits ein Einvernehmen über ein neues Probenabkommen erzielt. Die Bestimmung über die sogenannten freiwilligen Proben lehnte jedoch die Betriebsversammlung, der das Probenabkommen am 6. November 1972 vorgelegt worden war, ab. Beide Vertragspartner anerkannten die Gültigkeit des geschlossenen Abkommens, jedoch wollte der Betriebsrat die umstrittene Stelle ersatzlos gestrichen haben, wozu die Direktion des Burgtheaters nur bereit gewesen wäre, wenn ihr der Betriebsrat eine entsprechende Alternative angeboten hätte. Da sich der Betriebsrat hiezu nicht in der Lage sah, wurde von ihm mit Schreiben vom 13. März 1973 das am 31. Oktober 1972 abgeschlossene Probenabkommen per 31. August 1973 gekündigt.

Nach neuerlichen langwierigen Verhandlungen, bei denen insbesondere auch über die Frage, welche Arbeitszeitregelung während der abkommenslosen Zeit anzuwenden sei, zwischen der Direktion des Burgtheaters und der Gewerkschaft Meinungsverschiedenheiten auftraten, trafen der ÖBThV und die Gewerkschaft „Kunst und Freie Berufe" am 5. November 1973 ein neues Probenabkommen. Dieses Abkommen war bis zum 31. Jänner 1975 unkündbar und trat, weil der in Art. VI des Abkommens vorgesehene Passus über den Wirksamkeitsbeginn nicht ausgefüllt worden war, mit der Vertragsunterzeichnung (5. November 1973) in Kraft. Daß dieses Probenabkommen bereits in Kraft getreten war, wurde vom Direktor den übrigen leitenden Herren der Direktion des Burgtheaters jedoch nicht mitgeteilt. Erst am 16. November 1973, somit knapp zwei Wochen nach Unterzeichnung des Probenabkommens, erteilte die Direktion des Burgtheaters allen Regieassistenten die Weisung, sich wegen der Probendispositionen und der probenfreien Tage mit den Regisseuren im Sinne des neuen Probenabkommens zu besprechen.

In der Folge stellten zwei Mitglieder der Direktion die sogenannten „Einsichtsbemerkungen" zum Probenabkommen zusammen. In diesen Einsichtsbemerkungen wurden alle Mängel, die das Probenabkommen nach Ansicht der Direktion des Burgtheaters hatte, auf 26 Seiten zusammengefaßt. Zur Klärung verschiedener Fragen wurden von der Direktion mit dem Betriebsratsobmann Gespräche über das Probenabkommen geführt, die schließlich in den „Erläuterungen zum Probenabkommen" festgehalten wurden. Der Gesamtbetriebsrat verlangte jedoch in seiner Sitzung am 3. Jänner 1974 bei diesen Erläuterungen — insbesondere beim Limit der Entschädigung für probenfreie Tage — verschiedene Änderungen, die von der Direktion des Burgtheaters abgelehnt wurden. Letztere wandte sich mit Schreiben vom 16. Jänner 1974 an den Generalsekretär des ÖBThV mit der Bitte um Ermächtigung zur Verhandlungsführung über diese Erläuterungen. Der Generalsekretär wurde weiters ersucht, auch die Gewerkschaft „Kunst und Freie Berufe" diesbezüglich zu informieren, damit auch diese den Betriebsrat zu entsprechenden Verhandlungen ermächtige.

74.110.2. Der RH vertrat die Ansicht, daß das Probenabkommen erst nach Klärung aller in Betracht kommenden Fragen hätte abgeschlossen werden sollen.

Ferner bemängelte er, daß der Direktor des Burgtheaters nicht sofort nach Unterzeichnung des Abkommens alle erforderlichen Schritte zur Durchführung — insbesondere der Bestimmungen über die probenfreien Tage — unternommen und erst am 14. November 1973 die Mitglieder der Direktion bzw. am 16. Nobember 1973 die Regieassistenten von der bereits bestehenden Wirksamkeit in Kenntnis gesetzt hatte. Dadurch habe der Direktor die Schwierigkeiten, die im Zusammenhang mit der Einführung der probenfreien Tage auftraten, zum Teil mitverursacht.

74.110.3. Die Direktion des Burgtheaters stellte hiezu fest, daß das gültige Probenabkommen einen wesentlichen Faktor darstelle, welcher das Burgtheater leistungsmäßig gegenüber allen anderen der Direktion bekannten Theaterunternehmungen des In- und Auslandes diskriminiere und benachteilige; es gebe kein zweites Theater des In- und Auslandes, an dem derartige Probenbeschränkungen wie am Burgtheater vorhanden seien. Das gültige Probenabkommen sei ein einzigartiges Ergebnis kurzsichtiger Gewerkschaftspolitik des Betriebsrates des Burgtheaters und der Sektion Bühne der Gewerkschaft „Kunst und Freie Berufe". Für das Theater gebe es andere,

ungeschriebene, in der Struktur des Theaters liegende Gesetze für tägliche Arbeitszeiten und -phasen. Daraus ergebe sich der selbstverständliche und ausreichende Wechsel von längerer Freizeit und arbeitsintensiven Perioden sowohl für die Schauspieler wie für die Technik. Nach diesen Gesetzmäßigkeiten hätten sich Arbeitszeitregelung und insbesondere das Probenabkommen zu richten; diese würden für den einzelnen Arbeitnehmer keinerlei zusätzliche Härte mit sich bringen, sie würden nicht weniger Freizeit bringen, sie würden nur — wie in jedem anderen Betrieb — die Produktivität der Arbeit als oberstes Gesetz ansehen.

Zum Inkrafttreten des Probenabkommens bemerkte die Direktion, ihr sei tatsächlich erst am 14. oder 15. November 1973 klar geworden, daß das Probenabkommen bereits am 5. November 1973 in Kraft getreten war. Im übrigen teile die Direktion des Burgtheaters vollinhaltlich die Ansicht des RH.

74.110.4. Das BM f. Unterricht und Kunst und der ÖBThV teilten zum Probenabkommen mit, daß ein neues Probenabkommen in Ausarbeitung sei und mit 1. September 1976 Gültigkeit haben werde. Dieses Probenabkommen werde von der designierten Direktion des Burgtheaters voll anerkannt, und ausdrücklich sei festgehalten, daß auch bei komplizierten Stücken und außergewöhnlichen Regisseuren mit diesem Probenabkommen das Auslangen gefunden werden könne.

74.111.1. Der RH zeigte in den Prüfungsmitteilungen eine Anzahl von Mängeln und unklaren Bestimmungen des Probenabkommens auf. Er beanstandete auch, daß verschiedenen Solisten infolge unrichtiger Auslegung des Probenabkommens zusätzlich Entgelte ausgezahlt worden waren.

74.111.2. Der RH wies ferner darauf hin, daß sich die Mängel und Unklarheiten des Probenabkommens bei dessen Anwendung hemmend, für die Planung erschwerend und überdies kostenerhöhend ausgewirkt hätten. Er empfahl deshalb, durch Gespräche mit der Gewerkschaft „Kunst und Freie Berufe" bzw. dem von ihr ermächtigten Betriebsrat die beim laufenden Probenabkommen bestehenden Unzulänglichkeiten einvernehmlich zu beseitigen und in einem neuen Probenabkommen eine Kommission vorzusehen, der Vertreter des Dienstgebers und der Dienstnehmer angehören sollten, und die über allfällige Streitfragen zu entscheiden hätte.

74.111.3. Die Direktion des Burgtheaters teilte grundsätzlich die Ansicht des RH. Die infolge der unrichtigen Auslegung des Probenabkommens ausgezahlten zusätzlichen Entgelte seien bereits zurückgezahlt worden.

74.111.4. Dem ab 1. September 1976 geltenden Probenabkommen konnte der RH entnehmen, daß mehrere seiner Anregungen berücksichtigt worden waren. Insbesondere ist nunmehr im Artikel V vorgesehen, daß bei Streitpunkten vor Anrufung des Arbeitsgerichtes Auslegungsverhandlungen zwischen den Vertragspartnern geführt werden sollen.

74.112.1.1. Am 29. September 1971 setzte der Bundesminister für Unterricht und Kunst die „Richtlinien für die Tätigkeit der Ensemblevertretung des Burgtheaters", die vom Direktor des Burgtheaters im Einvernehmen mit der Ensemblevertretung ausgearbeitet worden waren, in Kraft. Nach diesen Richtlinien berief der Direktor den vom Ensemble gewählten Vertrauensmann, der ein gewisses Mitspracherecht in künstlerischen Belangen hat, in die Direktion.

74.112.1.2. Im April 1972 wurden als Gesamtvergütung für die Ensemblevertretung für das Spieljahr 1971/72 einvernehmlich mit dem Bundesminister für Unterricht und Kunst 100 000 S festgesetzt. Bis Dezember 1973 war die monatliche Funktionsgebühr von 10 000 S auf verschiedene Mitglieder der Ensemblevertretung aufgeteilt worden, ab 1. Jänner 1974 wurde sie zur Gänze an den Vertrauensmann der Ensemblevertretung ausgezahlt. Vom 1. September 1971 bis 31. Mai 1974 haben diese Funktionsgebühren insgesamt 290 000 S betragen.

74.112.2.1. Der RH wies darauf hin, daß die „Richtlinien für die Tätigkeit der Ensemblevertretung des Burgtheaters" als eine vom Bundesminister für Unterricht und Kunst erlassene Verordnung anzusehen sei, der es jedoch an einer entsprechenden gesetzlichen Grundlage fehle.

74.112.2.2. Der RH beanstandete auch, daß die Bestimmungen des § 25 BHV, denenzufolge rechtsverbindliche Verpflichtungen des Bundes, deren Erfüllung zu einer Belastung mit einer neuen, dauernden, nicht veranschlagten Ausgabe oder zur Erhöhung von Ausgaben in folgenden Jahren führen, nur mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen eingegangen werden dürfen, nicht beachtet worden waren. Da die Anweisung dieser Funktionsgebühren den Gebarungs- und Verrechnungsvorschriften nicht entsprach, hätte sie die Buchhaltung gemäß § 4 Abs. 2 der Buchhaltungsdienstverordnung nur „auf besonderen Auftrag" durchführen dürfen.

74.112.2.3. Schließlich vertrat der RH die Ansicht, daß der Vertrauensmann der Ensemblevertretung, sein Mandat ehrenamtlich ausüben müßte. Er ersuchte daher, in Hinkunft von der Auszahlung einer Funktionsgebühr neben dem laufenden Bezug abzusehen. Im übrigen wies er darauf hin, daß auch gemäß § 16 Abs. 2 des Betriebsrätegesetzes die Tätigkeit des vom Dienst freigestellten Betriebsrates ein Ehrenamt ist.

74.112.3. Die Direktion des Burgtheaters teilte die Ansicht des RH, daß der Vertrauensmann der Ensemblevertretung sein Mandat ehrenamtlich ausüben müßte, stellte aber fest, daß diese Frage in die Kompetenz des Generalsekretariates falle. Das Generalsekretariat gab hiezu keine Stellungnahme ab.

74.113.1. Während der Vorbereitungszeit auf seine künftige Tätigkeit führte der designierte Direktor des Burgtheaters mit Personen im Ausland Verhandlungen, um sie für das Burgtheater als künstlerische Berater zu verpflichten. Aufgabe dieser Personen sollte es sein, namens der Burgtheaterdirektion Kontakte mit ausländischen Regisseuren, Ausstattern, Autoren, Agenten usw. zu pflegen und das Burgtheater über das Theatergeschehen im Ausland zu informieren.

In der Folge wurden entsprechende Verträge mit Personen in London, Paris, Rom und New York abgeschlossen. Die Gesamtkosten aus diesen Verträgen beliefen sich bis August 1974 auf 185 637 S.

74.113.2. Nach Auffassung des RH wäre es Aufgabe der Direktion gewesen, Kontakte mit den entsprechenden ausländischen Theaterfachleuten zu pflegen. Bisher hat sich auch keine vergleichbare Bühne im deutschsprachigen Raum solcher entgeltlicher Berater bedient.

Der RH empfahl, künftig keine derartigen Verträge mehr abzuschließen und die noch bestehenden Verträge zum ehestmöglichen Termin zu lösen.

74.113.3. Dazu stellte die Direktion des Burgtheaters fest, daß es diese Kontaktpersonen in den europäischen und überseeischen Kulturzentren dem Burgtheater erleichtert hätten, Ur- und Erstaufführungsrechte zu erhalten. Überdies habe dadurch auf viele Auslandsdienstreisen von Direktionsmitgliedern verzichtet werden können. Abschließend wurde dem RH mitgeteilt, daß in der Zwischenzeit auf die Vertretungen im Ausland verzichtet werden konnte.

74.114.1. In der Spielzeit 1970/71 bezogen zehn ständig engagierte Schauspieler die monatliche Höchstgage von 43 000 S. Im Spieljahr 1973/1974 hatten bereits 20 ständig engagierte Schauspieler Verträge mit der Höchstgage des Burgtheaters. Daneben waren auch „Externisten" mit der Höchstgage beschäftigt.

Die anderen Honorare entwickelten sich in den angeführten Jahren unterschiedlich. So gab es Künstler, deren Gage — obwohl sie nicht Höchstgagenbezieher waren — unverändert blieb oder nur geringfügig erhöht wurde, andererseits wurde bei verschiedenen Solisten das Honorar in vier Jahren um mehr als 50% bis 145% erhöht. Im Durchschnitt stiegen die Monatsgagen bei den Schauspielern von 21 932 S in der Spielzeit 1970/71 auf 27 764 S in der Spielzeit 1973/74, d. i. um 27%, und bei den Schauspielerinnen von 20 105 S um 25% auf 25 092 S.

74.114.2. Der RH empfahl, bei den Gagenverhandlungen die Notwendigkeit und Bedeutung des betreffenden Künstlers sowie seine Einsatzfähigkeit und -bereitschaft zu berücksichtigen. Entsprechend dem Leistungsgrundsatz wären auch Gagenbewegungen nach unten vorzusehen.

74.114.3. Die Direktion des Burgtheaters erwiderte, daß die Gagenfrage am Burgtheater eines der Probleme sei, das einer Sanierung dringendst bedürfe. Bei den Gagen am Burgtheater werde der Charakter der Individualverträge mehr und mehr verwässert bzw. verbinde er sich mit Ansprüchen, die eher vom Prinzip der Tariflöhne hergeleitet würden.

Die Direktion übermittelte dem RH mit der Stellungnahme auch eine Liste über die Gagenkorrekturen, die nach Ansicht des Direktors vorzunehmen wären. Im Gegensatz zu den Verträgen des Spieljahres 1975/76 wäre nach dieser Liste die Gage bei 28 Solisten zu kürzen und bei 12 Solisten zu erhöhen, 13 Solisten wären zu pensionieren und drei zu kündigen. Diese Maßnahmen würden nach Ansicht der Direktion zu einer jährlichen Ersparnis von rund 8 550 000 S führen.

74.114.4. Der RH warf die Frage auf, warum eine Sanierung des Gagenproblems nicht während der letzten Jahre erfolgt sei. Er hielt es für bemerkenswert, daß bei 25 Solisten, deren Gagen der Direktor für zu hoch hielt, während dessen Direktionszeit die Gagen erhöht wurden, bei einigen sogar von 30 000 S auf 43 000 S monatlich, obwohl er nunmehr in seinem Vorschlag die Ansicht vertritt, daß 30 000 S angemessen wären. Ferner wies der RH darauf hin, daß es im Bereich der Zuständigkeit des Direktors gelegen sei, bei den Solisten, die er nunmehr in der Liste als „pensionsreif" und „kündigungswürdig" bezeichnet hatte, während seiner Direktionszeit die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Der RH fand daher, daß die bisherige Vorgangsweise des Direktors zu seiner in der Stellungnahme dargelegten Ansicht in Widerspruch steht.

74.115.1.1. Im Durchschnitt waren in den Spieljahren 1970/71 bis 1973/74 43 weibliche und 55 männliche Darsteller als ständige Solisten engagiert. Fast die Hälfte der Damen kam im Durchschnitt der letzten vier Spieljahre auf nicht mehr als fünf Vorstellungen pro Monat.

Nach den überprüften Vorstellungsnachweisen von 20 Damen traten nur drei Damen in fünf, sieben Damen in vier, vier Damen in drei, drei Damen in zwei Vorstellungen und drei Damen in einer oder gar keiner Vorstellung pro Monat auf.

Die am meisten beschäftigten Damen waren durchschnittlich in neun bis zehn Vorstellungen pro Monat eingesetzt.

Demgegenüber waren die meisten Herren in den Spielsaisonen 1972/73 und 1973/74 in acht bis 13 Vorstellungen pro Monat beschäftigt. Die am öftesten eingesetzten Herren hatten 14 bis 18 Auftritte pro Monat. Weniger als durchschnittlich vier Auftritte pro Monat waren bei den Herren selten.

74.115.1.2. Auch die Auftritte pro Jahr und die hiefür ausgezahlten Honorare waren unterschiedlich. Bei den Damen ließen sich infolge der geringen Anzahl von Auftritten außerordentlich hohe Auftrittshonorare errechnen. So wurden einzelne Damen so selten eingesetzt, daß ihre Bezüge — auf Auftritte umgelegt — für einen Auftritt ein Honorar bis zu 125 000 S ergaben und die auf die Zahl der Auftritte abgestellten Honorare nur selten weniger als 5 000 S betrugen. Weiters wurden vom Jänner 1971 bis Juni 1974 in elf Fällen die Jahresbezüge — insgesamt rund 3 Mill. S — ausgezahlt, ohne daß hiefür auch nur ein einziger Einsatz in einer Vorstellung erfolgte.

Von den Herren bezogen drei Solisten ein Jahr lang Honorare von zusammen 715 000 S, obwohl sie kein einziges Mal aufgetreten waren.

74.115.2.1. Als Ursache für die auffallende Unterbeschäftigung der Schauspielerinnen gegenüber dem Einsatz der Schauspieler bezeichnete der RH das Mißverhältnis der Zahl der ständig engagierten Damen (im Durchschnitt 43) zur Zahl der ständig engagierten Herren (im Durchschnitt 55). Dieses ungünstige Verhältnis, auf das auch die Ensemblevertretung anläßlich der Verhandlungen über ein neues Probenabkommen hingewiesen hatte, entstand im Laufe der Jahre durch Neuengagements und als Auswirkung der „10-Jahre-Klausel", derzufolge verschiedene Rollenfächer mit mehreren Solistinnen besetzt waren. Nach Ansicht des RH wäre es Aufgabe der Direktion, für ein den Erfordernissen besser entsprechendes Besetzungsverhältnis zu sorgen.

Eine Gegenüberstellung der Zahl der ständig engagierten Herren im Spieljahr 1970/71 (56) und im Spieljahr 1973/74 (58) sowie der Zahl der ständig engagierten Damen im Spieljahr 1970/71 (40) und im Spieljahr 1973/74 (45) zeigt, daß sich das Mißverhältnis in den letzten Jahren vergrößert hat. Es ist daher zu befürchten, daß auch in den nächsten Jahren die ständig engagierten Solistinnen nicht öfter als bisher in Vorstellungen eingesetzt werden können.

74.115.2.2. Der RH wies darauf hin, daß die De-facto-Unkündbarkeit nach zehnjähriger Dienstzeit wohl eine Erschwernis bei der Herstellung eines ausgewogenen Zahlenverhältnisses zwischen Damen und Herren im Ensemble bilde; um aber dennoch künftig eine bessere Auslastung der Solisten zu erreichen, empfahl er, anstelle von Externisten und Gästen primär die ständigen Ensemblemitglieder bei der Besetzung von Stücken zu berücksichtigen. Außerdem sollte die Direktion trachten, daß die Solisten kontinuierlich eingesetzt werden. Um ein günstiges Verhältnis der Zahl der Damen zur Zahl der Herren und auf diese Weise einen verstärkten Einsatz der Damen zu erreichen, wäre es erforderlich, den Stand der ständig engagierten Damen zu senken. Dies könnte zum Teil dadurch bewirkt werden, daß Solistinnen, die unterdurchschnittlich beschäftigt sind und bei denen die Voraussetzungen für eine Pensionierung vorliegen, in den Ruhestand versetzt werden. Weiters wäre darauf zu achten, daß Verträge mit Solisten, die noch nicht zehn Jahre am Burgtheater verpflichtet und unterdurchschnittlich eingesetzt waren — somit den Anforderungen offensichtlich nicht entsprochen hatten —, vor Erreichung einer zehnjährigen Dienstzeit gelöst würden. Es sollte ein besonderes Anliegen der Direktion sein, die Größe des Ensembles den tatsächlichen Erfordernissen anzupassen.

74.115.3. Die Direktion des Burgtheaters führte hiezu u. a. aus, daß der ungleichmäßige und unbefriedigende Beschäftigungsstand der Schauspieler des Burgtheaters seinen Grund in einer jahre- und jahrzehntelangen konzeptionslosen Ensemblepolitik habe. Letzten Endes sei die derzeitige Ensemblestruktur ein Ergebis der Tätigkeit der Direktionen seit 1945.

74.116.1. Mit einer Schauspielerin war im Jahre 1971 ein Bühnendienstvertrag abgeschlossen worden, der sie neuerlich als Solistin an das Burgtheater verpflichtete. Die Bezüge betrugen 1973 rund 338 000 S. Diese Schauspielerin trat 1958 zum letzten Mal in einer Vorstellung auf und hatte somit ihre Bezüge in den letzten 16 Jahren ohne Gegenleistung empfangen.

74.116.2. Der RH empfahl, aus Gründen der Sparsamkeit und zur Vermeidung von Schwierigkeiten bei der Besetzung von Dienstposten in Hinkunft nur das älteste, tatsächlich in Vorstellungen noch auftretende Ensemblemitglied als Doyen bzw. Doyenne zu behandeln.

74.116.3. Die Direktion des Burgtheaters erklärte, sie sei nicht bereit, diesen Vertrag zu kündigen. Es müßte aber als Sicherung gegen Vorwürfe eine zusätzliche Regelung geschaffen werden, entweder daß Doyen bzw. Doyenne voll einsatzfähige Schauspieler sein müßten oder daß den beiden ältesten Darstellern des Hauses, auch wenn sie nicht einsatzfähig sind, die Gagen bis zum Tod weitergezahlt werden dürfen.

74.116.4. Der RH blieb bei seiner Ansicht und wiederholte seine Empfehlungen.

74.117.1.1. Der RH bemängelte, daß der Vertrag mit einem Schauspieler nur die Verpflichtung zu einer drei- bis viermonatigen Anwesenheit enthält. Im Hinblick auf die Probenzeit von oft bis zu zwei Monaten steht der Schauspieler für Aufführungen nur mehr ein bis zwei Monate zur Verfügung, so daß danach umbesetzt, das Stück abgesetzt oder der Schauspieler gebeten werden muß, Vorstellungen auch nach Ablauf der Anwesenheitspflicht gegen entsprechende Honorierung zu spielen; keine der drei Möglichkeiten ist jedoch zweckmäßig und einer effizienten Planung förderlich.

74.117.1.2. Eine Bemängelung richtete sich gegen die von der Direktion im Zusammenhang mit einem Vertragsabschluß gegebene Zusage an einen Schauspieler, daß er zwar bis Ende der Saison seine Gage erhalte, aber bereits eineinhalb Monate vorher auf Urlaub gehen könne. Auf diese Art und Weise sollte der Monatsbezug, der dem Schauspieler zu niedrig war, erhöht werden. Da der Schauspieler jedoch aus dispositionellen Gründen während dieser Zeit nicht Urlaub nehmen konnte, hatte die Direktion als Ausgleich für diesen entgangenen bezahlten Urlaub im Dezember 1973 nach einem Karenzurlaub für eineinhalb Monate die entsprechende Gage angewiesen.

74.117.1.3. Im Zusammenhang mit der Verpflichtung einer Schauspielerin, deren Managerin der Direktor des Burgtheaters vor der schriftlichen Ausfertigung des Dienstvertrages Zusagen gemacht hatte, denen der Generalsekretär des ÖBThV bei Vertragsausfertigung aber seine Gegenzeichnung versagte, wies der RH auf die Problematik der Bestimmungen des § 7 lit. a letzter Satz der Geschäftsordnung des ÖBThV hin, wonach Individualverträge vom Generalsekretär gegenzuzeichnen sind. Er empfahl, daß bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Generalsekretariat und einem Direktor eines Bundestheaters über Bühnendienstverträge der Bundesminister für Unterricht und Kunst eine Entscheidung treffen sollte.

74.117.2. Zu dem Vertrag mit drei- bzw. viermonatiger Anwesenheitspflicht führte die Direktion des Burgtheaters aus, daß sie die Ansicht des RH teile, infolge einer besonderen Situation sich aber außerstande gesehen habe, wirksam zu werden. Auch bezüglich der Bemängelung der Zusage eines bezahlten Urlaubes teilte die Direktion des Burgtheaters grundsätzlich die Ansicht des RH. Zu der Anregung des RH zur Lösung von Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Generalsekretariat und einem Direktor gab die Direktion des Burgtheaters keine Stellungnahme ab.

74.117.3. Den Bestimmungen des Art. II § 17 lit. c des Erlasses des BM f. Unterricht und Kunst vom 19. März 1976 (Dienstinstruktion mit Wirkung ab 1. September 1976) ist zu entnehmen, daß der Empfehlung des RH für den Fall von Meinungsverschiedenheiten Rechnung getragen worden ist.

74.118.1. Die Direktion des Burgtheaters verpflichtete vier Schauspieler als Externisten zu 562 Vorstellungen während der Vertragszeit von 51 Monaten. In 222 Vorstellungen, d. s. rund 40%, traten sie nicht auf. An Auftrittshonoraren wurden insgesamt 949 160 S ausgezahlt.

74.118.2. Im Hinblick auf die finanzielle Lage des ÖBThV empfahl der RH, beim Abschluß von Bühnendienstverträgen die Zahl der Vorstellungen realistischer festzulegen.

74.118.3. Die Direktion des Burgtheaters erwiderte, daß es im Interesse des Theaters gelegen sei, diese Schauspieler zu verpflichten. Da sie jedoch Devisenausländer seien, wären sie nur bereit gewesen, gegen ein Auftrittshonorar ein Engagement einzugehen. Unter diesen Umständen wäre daher eine Aufschlüsselung der Höchstgage von 43 000 S auf eine bestimmte, wenn auch fiktive Anzahl von Vorstellungen erfolgt. Wenn auch die vier Schauspieler nicht alle im Vertrag aufgezählten Vorstellungen gegeben hätten, sei dennoch der Vertrag voll erfüllt worden, weil er auf der Basis von Monatsgagen abgeschlossen worden war. Im übrigen handle es sich um eine in der heutigen Theaterpraxis nicht zu verändernde Realität, die nach Meinung der Direktion des Burgtheaters vom budgetären Standpunkt aus gesehen keinerlei Nachteile bringe, das Burgtheater aber in die Lage versetze, Gäste zu engagieren, die es, folgte es den Vorschlägen des RH, nicht bekommen würde.

74.118.4. Der RH entgegnete, daß nach den Ausführungen der Direktion des Burgtheaters diese Verträge nicht den beabsichtigten Vertragsinhalt wiedergegeben hätten. Dies sei jedoch mit den Grundsätzen des redlichen Verkehrs nicht vereinbar und führe zu Rechtsunsicherheit. Verträge sollten daher künftig keine fiktiven Auftrittszahlungen, sondern den Tatsachen entsprechende Gagen enthalten.

74.119.1. Für die von der Direktion des Burgtheaters mit den Regisseuren abgeschlossenen Verträge gab es kein Vertragsformular; es wurde vielmehr immer ein im Text von Fall zu Fall verschiedener Vertragsbrief verwendet.

Diese Vertragsbriefe enthielten zumeist nur den Titel des zu inszenierenden Stückes, die Höhe des Honorars, den Probenbeginn und den Zeitpunkt der Premiere sowie eine Vereinbarung über die Höhe der Vertragsstrafe.

74.119.2. Der RH regte an, im Interesse einer besseren rechtlichen Absicherung bei eventuellen gerichtlichen Auseinandersetzungen künftig die

Verträge nach einem einheitlichen Muster abzuschließen, wobei die Rechte und Pflichten der Regisseure detailliert festgelegt werden sollten.

74.119.3. Im wesentlichen teilte die Direktion des Burgtheaters die Auffassung des RH.

74.120.1.1. Die Honorare der Regisseure des Burg- und Akademietheaters stiegen zwischen den Spielzeiten 1969/70 und 1973/74 auf mehr als das Doppelte. Gab es im Spieljahr 1969/70 in beiden Häusern von 18 Regisseuren keinen, der eine Gage von mehr als 100 000 S erhielt, bekamen in der Spielzeit 1973/74 von 17 Regisseuren nur zwei weniger als 100 000 S, hingegen drei mehr als 200 000 S.

Die Ursachen dieser Steigerungen waren vor allem die Engagements internationaler Regisseure, die ein wesentlich höheres Honorar erhielten als die Regisseure, die in den Spielzeiten 1969/70 und 1970/71 Regie führten. Aber auch die Honorare einzelner Regisseure, die sowohl in der Saison 1969/70 als auch im Spieljahr 1973/74 engagiert waren, stiegen stark an. So erhielt ein bestimmter Regisseur in den Spielzeiten 1969/70 und 1970/71 für eine Regiearbeit 60 000 S bis 80 000 S, in der Spielzeit 1972/73 jedoch aufgrund seines Vertrages vom 1. Juli 1971 33 000 S monatlich, das waren für drei Regien im Jahr insgesamt 396 000 S, und in der Spielzeit 1973/74 36 000 S monatlich bzw. 432 000 S jährlich, für welche der Regisseur im Hinblick auf andere vertragliche Verpflichtungen für die Bundestheater nur eine Inszenierung erbrachte. Ein anderer Regisseur erhielt für zwei Regien in der Spielzeit 1971/72 jeweils rund 100 000 S, in der Spielzeit 1973/74 für eine Regie hingegen bereits rund 150 000 S.

74.120.1.2. Die Honorare verschiedener Regisseure betrugen einschließlich der Nebenkosten im Einzelfall mehr als 200 000 S. Diese Honorare waren — auch international gesehen — sehr hoch.

An der Staatsoper lagen die höchsten Regiegagen samt Nebenkosten unter den Spitzengagen des Burgtheaters. Die höchsten Regisseurhonorare betrugen in den Spielzeiten 1972/73 und 1973/74 rund 324 000 S, 317 000 S (einschließlich des Reprisenhonorars von 62 000 S), 284 000 S und 222 000 S. An der Volksoper erhielt nur ein Regisseur eine 200 000 S übersteigende Gage.

74.120.2. Der RH wies darauf hin, daß ein weiteres Ansteigen der durchschnittlichen Regiehonorare wie in den letzten drei Jahren auch eine entsprechende Auswirkung auf die Gagen der Schauspieler haben könnte. Im selben Zeitraum, in dem die Durchschnittsregiehonorare um rund 110% gestiegen sind, haben sich die Gagen der Schauspieler um durchschnittlich rund 25% erhöht. Er empfahl deshalb der Direktion des Burgtheaters, künftig übermäßige Steigerungen zu vermeiden.

74.120.3. Die Direktion des Burgtheaters stellte dazu fest, daß sie bei der Anpassung der Regiegagen nur der internationalen Entwicklung gefolgt sei, und hob hervor, daß sie den international bekannten Regisseuren ohnedies nicht die Höchstgagen gezahlt habe.

74.120.4. Da im Vergleichszeitraum nach Kenntnis des RH in der BRD die Höchstgagen von Schauspielregisseuren bei 20 000 DM (rund 140 000 S) und in Ausnahmefällen bei 30 000 DM (rund 210 000 S) lagen, vermochte der RH von seiner Empfehlung nicht abzugehen.

74.121.1. Neben den für bestimmte Neuinszenierungen engagierten Regisseuren standen dem Burgtheater in den letzten Jahren auch fünf ständige Regisseure zur Verfügung, die in den vier Spielsaisonen 1970/71 bis 1973/74 zu insgesamt 27 Regiearbeiten vertraglich verpflichtet waren. Tatsächlich führten sie jedoch nur bei sieben Neuinszenierungen Regie. Die für nicht geleistete Regiearbeiten ausgezahlten Honorare betrugen rund 1 871 000 S.

74.121.2. Der RH hielt es nicht für vertretbar, einerseits Regisseure entgegen ihrer vertraglichen Verpflichtung nicht in Anspruch zu nehmen bzw. ihnen die Gage auch dann vertraglich zuzugestehen, wenn sie Stücke ablehnen, und andererseits zusätzlich neue Regisseure an das Burgtheater zu verpflichten.

Er empfahl, in Hinkunft Regisseure nur dann zu verpflichten, wenn sie auch beschäftigt werden könnten. Beim Abschluß von neuen Verträgen wäre insbesondere darauf zu achten, daß nicht noch offene Regieverpflichtungen anderer Regisseure bestehen. Weiters sollte in alle langfristigen Verträge die Bestimmung aufgenommen werden, daß von der Direktion des Burgtheaters kein Honorar gezahlt würde, wenn aus Gründen, die beim Regisseur liegen, keine Einigung über das Stück zustande kommt.

74.121.3. Die Direktion des Burgtheaters gab dazu bekannt, daß es sich um eine seit jeher geübte Praxis gehandelt habe, berühmten Mitgliedern des Burgtheaters, die sehr wesentlich zur Bedeutung des Hauses beigetragen haben, am Ende ihrer Laufbahn einen Ausgleich dafür zu verschaffen, daß man ihnen den immer geringer werdenden künstlerischen Einsatz, der von den Betreffenden nie als berechtigt anerkannt wurde, durch eine gewisse finanzielle Entschädigung leichter gemacht habe. Darüber hinaus betonte die Direktion des Burgtheaters, daß bei diesen außerordentlichen Theaterleuten von der Seite des Bundes ein anderer Maßstab anzulegen wäre als für die große Masse der sonstigen Mitarbeiter.

Im übrigen begrüße es die Direktion des Burgtheaters, wenn eine einwandfreie Regelung getroffen werden könnte, die es ihr ermöglicht,

den Empfehlungen des RH, die sie im großen und ganzen bejahe, folgen zu können.

74.122.1. Einem Regisseur wurde neben seinem Inszenierungshonorar von 120 000 S und seinem Bearbeitungsentgelt von 115 000 S auch ein Pauschale von 160 000 S für Reisekosten, Diäten, Hotelaufenthalte usw. zuerkannt.

Einem anderen Regisseur wurde neben dem Regiehonorar (150 000 S) ein Spesenpauschale von 85 000 S zuerkannt. Diese Spesenpauschalien übertrafen bei weitem die den übrigen Regisseuren ausgezahlten Reisekosten und Diäten.

74.122.2. Der RH vertrat die Auffassung, daß derartige Spesenpauschalien — bei einem Regisseur war es höher als das Inszenierungshonorar — versteckte Gagenerhöhungen darstellten, die auch den Vergleich mit den Honoraren anderer Regisseure, die derartige Spesenpauschalien nicht erhielten, erschwerten.

Er empfahl, in Hinkunft bei Regieverträgen mit dem Honorar auch alle Diäten, Wohnungskosten usw. abzugelten und allenfalls nur mehr die erforderlichen Reisekosten gegen Vorlage entsprechender Belege zu vergüten.

74.122.3. Die Direktion des Burgtheaters teilte hiezu mit, daß sie hiezu keinen Kommentar abgeben könne.

74.123.1. Mit Wirksamkeit vom 1. September 1972 an war ein Spielleiter nach den Bestimmungen des BThPG in den dauernden Ruhestand versetzt worden. Mit dem selben Datum war er von der Direktion des Burgtheaters wieder als „externer" Spielleiter verpflichtet worden. Infolge dieser neuerlichen Verpflichtung erhöhte sich der Jahresbezug von 200 000 S auf 260 000 S (Pension und Bezug als „externer" Spielleiter).

Im Spieljahr 1973/74 hatte dieser Spielleiter eine Vorstellung und 98 Proben zu betreuen und war — mit einer Ausnahme — in nicht einmal halb so vielen Vorstellungen und Proben beschäftigt wie jeder Regieassistent.

74.123.2. Nach Ansicht des RH wäre es sparsamer gewesen, den Spielleiter nicht zu pensionieren, sondern weiterhin im aktiven Dienstverhältnis zu belassen. Er empfahl, in Hinkunft in ähnlichen Fällen vor einer Versetzung in den Ruhestand jeweils zu prüfen, ob der betreffende Bedienstete nicht doch noch benötigt werde. Er regte auch an, das Externisten-Bühnendienstverhältnis dieses Spielleiters auf seine Zweckmäßigkeit zu überprüfen.

74.123.3. Die Direktion des Burgtheaters legte die Gründe dar, die nach der Versetzung in den dauernden Ruhestand zum Engagement des Spielleiters geführt hatten, und teilte gleichzeitig mit, daß die Tätigkeit des Spielleiters mit 31. August 1975 geendet habe.

74.124.1. Mit Vertrag vom 14. Juni 1971 war vom 1. September 1971 ein Mitglied der Dramaturgie bis 31. August 1977 weiterverpflichtet worden. Das monatliche Entgelt betrug im ersten Jahr 20 000 S und stieg monatlich um 1 000 S in jeder Spielzeit an. Neben der Tätigkeit am Burgtheater war der Dramaturg mit Wissen und Unterstützung der Direktion des Burgtheaters und des Bundesministers für Unterricht und Kunst gleichzeitig Leiter eines privaten dramaturgischen Vereines.

In der Folge sprach die Direktion des Burgtheaters die Entlassung des Dramaturgen aus, weil er einen Abenddienst versäumt hatte und deswegen eine Vorstellung unterbrochen werden mußte. Die Entlassung wurde aufgrund einer Ermächtigung durch den Bundesminister für Unterricht und Kunst aufgehoben, der Dramaturg zu einer Geldbuße verhalten und mit ihm vereinbart, daß sein Vertrag nach dem 31. August 1977 nicht verlängert werde. Ab 1. September 1974 würde sein Dienstort bei dem erwähnten privaten Verein sein. An den Dramaturgen werden für den Zeitraum vom 1. September 1974 bis 31. August 1977 Bezüge von insgesamt rund 900 000 S zu zahlen sein.

74.124.2. Der RH bezeichnete die „Dienstzuteilung" an einen privaten Verein als Subventionierung. Nach seiner Ansicht ist es nicht Aufgabe der Bundestheater, private Vereine zu unterstützen. Die dem ÖBThV durch das Bundesfinanzgesetz eingeräumten Kredite dürfen ausschließlich für Zwecke der Bundestheater verwendet werden. Im übrigen steht eine „Dienstzuteilung" zu einem privaten Verein nach Ansicht des RH auch zu den Bestimmungen des § 19 Abs. 1 des Schauspielergesetzes in Widerspruch.

74.124.3. Die Direktion des Burgtheaters führte in ihrer Stellungnahme aus, daß sie keinen Kommentar abgeben könne, weil diese Angelegenheit nicht in ihren Wirkungsbereich falle. Eine Stellungnahme des ÖBThV erfolgte nicht.

74.125.1. Vom Jänner 1973 bis zum Dienstantritt eines neuen Tonmeisters am 1. September 1973 wurde die Akustik-Gruppe von einem dem technischen Personal angehörenden Obermeister geleitet. In der ersten Jahreshälfte 1974 wurde ein Tonmeister aus der BRD engagiert, für den jedoch keine Beschäftigungsgenehmigung vorlag, so daß die Leitung der Akustik-Gruppe wieder dem Obermeister übertragen werden mußte. Am Ende des Spieljahres 1973/74 erklärte sich die Direktion bereit, das Vertragsverhältnis mit dem Tonmeister neu zu gestalten. Dieser erschien jedoch zu Beginn des Spieljahres 1974/75 nicht mehr zum Dienst, erhielt aber ungeachtet seines unentschuldigten Fernbleibens noch für die Monate September und Oktober 1974 Be-

züge in Höhe von insgesamt netto 27 448 S. Er wurde schließlich mit 31. Oktober 1974 beurlaubt.

74.125.2. Der RH wies darauf hin, daß der mit dem Tonmeister abgeschlossene Bühnendienstvertrag mangels einer Beschäftigungsgenehmigung nichtig gewesen sei. Außerdem empfahl der RH, die dem Tonmeister für die Monate September und Oktober 1974 ausbezahlten Monatsbezüge zurückzufordern.

74.125.3. Zu dieser Empfehlung nahm die Direktion des Burgtheaters nicht Stellung.

74.126.1. Mit Vertrag vom 9. Juni 1970 wurde der Leiter der Dramaturgie vom 1. Jänner 1970 bis 31. August 1971 weiterverpflichtet. Für die Zeit vom 1. September 1971 bis 31. August 1973 wurde er zum „Leiter des Sekretariates für kutlturelle Angelegenheiten und internationale Kontakte" bestellt. Da dieser Vertrag bis 31. Jänner 1973 nicht gekündigt worden war, blieb er auch in den folgenden Spieljahren aufrecht.

74.126.2. Der RH machte darauf aufmerksam, daß gemäß § 10 der Geschäftsordnung des ÖBThV dem Direktor für kulturelle Angelegenheiten insbesondere der Verkehr mit den staatlichen und nichtstaatlichen kulturellen Einrichtungen des In- und Auslandes und die Vertretung der Bundestheater gegenüber denselben obliegt. Ein eigenes „Sekretariat für kulturelle Angelegenheiten und internationale Kontakte" beim Burgtheater, das letztlich ähnliche Aufgaben wie der Direktor für kulturelle Angelegenheiten zu erfüllen hat, erscheine dem RH als Doppelgleisigkeit und überdies wegen der Höhe des Personalaufwandes — 1973 rund 433 000 S — nicht gerechtfertigt.

Der RH empfahl daher, das „Internationale Sekretariat für kulturelle Angelegenheiten und internationale Kontakte" aufzulösen.

74.126.3. Hiezu wurde keine Stellungnahme abgegeben.

74.127.1. In den letzten Jahren wurde ein ausländischer Komponist für acht Neuinszenierungen verpflichtet. Das Honorar dafür betrug insgesamt 210 000 S, für Nebenspesen wurden 100 504 S ausgezahlt, so daß sich die Gesamtkosten für diese Verpflichtung auf 310 504 S beliefen.

Mit Schreiben vom 14. Mai 1973 wies der Generalsekretär des ÖBThV darauf hin, daß der Komponist mit seinen hohen Reisekosten das Budget des Burgtheaters stark belaste und daß es auch in Wien — abgesehen von der Tatsache, daß ohnedies zwei ständig engagierte Komponisten zur Verfügung stünden — hervorragende Komponisten gebe. Der Generalsekretär ersuchte daher zu überlegen, ob nicht die Möglichkeit bestünde, in Wien wohnhafte Künstler zu beschäftigen.

74.127.2. Der RH teilte die Ansicht des Generalsekretärs und ersuchte um entsprechende Veranlassung.

74.127.3. Die Direktion des Burgtheaters gab bekannt, daß sie nunmehr weitestgehend die bereits engagierten Komponisten heranziehen und nur in Ausnahmefällen auswärtige Komponisten verpflichten werde.

74.128.1. Drei Schauspielern waren von der Direktion des Burgtheaters Karenzurlaube ohne Einstellung der Bezüge gewährt worden. Die Höhe der ausgezahlten Bezüge belief sich auf rund 247 000 S.

74.128.2. Nach Ansicht des RH war dieses Entgegenkommen nicht vertretbar.

74.128.3. Die Direktion des Burgtheaters begründete einen Fall mit dem Versuch, das beabsichtigte Ausscheiden eines Schauspielers aus dem Aktivstand zu verhindern, weshalb sie auf seine Forderungen einging. Hinsichtlich der beiden weiteren Fälle war sie der Ansicht, daß bei Entfall der Bezüge die Schauspieler auf einen solchen Urlaub verzichtet und den Urlaub „schwarz" genommen hätten.

74.128.4. Dieser Schlußfolgerung vermochte der RH nicht zu folgen.

74.129.1.1. Nach § 11 Abs. 1 des Schauspielergesetzes bzw. nach § 18 Abs. 1 des Kollektivvertrages für das künstlerische Personal behält der Schauspieler im Krankheitsfalle Anspruch auf die festen Bezüge bis zur Dauer von sechs Wochen, für weitere sechs Wochen auf die Hälfte der festen Bezüge.

74.129.1.2. Der RH stellte fest, daß die Solisten des Burgtheaters und des Akademietheaters — auch bei schwereren Krankheiten — dem Generalsekretariat gegenüber niemals länger als 28 Tage krank gemeldet waren. Bei tatsächlich länger dauernden Krankenständen wurden die Solisten nach diesen 28 Tagen für eine Woche wieder gesund und sodann wieder für längstens 28 Tage krank gemeldet. Auf diese Weise sollte eine Bezugskürzung vermieden werden.

74.129.2. Der RH vertrat die Auffassung, daß die angeführten Bestimmungen für die genannten Personen wohl nachteilig, als geltendes Recht aber anzuwenden seien.

74.129.3. Die Direktion des Burgtheaters erwiderte, daß sie sich außerstande sehe, an einer Regelung zu rütteln, die schon so lange praktiziert werde. Sie wies in diesem Zusammenhang auf die eindeutige Einstellung des Betriebsrates bzw. der Gewerkschaft hin, die der Auffassung des RH widerspreche.

Weiters vertrat die Direktion die Auffassung, daß — sollte die Ansicht des RH zu Recht bestehen — eine andere Instanz als die Direktion

des Burgtheaters für eine Regelung im Sinne des RH zu sorgen hätte.

74.129.4. Der RH wies abschließend darauf hin, daß die Vorgangsweise rechtswidrig sei, auch wenn sie schon vor Jahren eingeführt wurde.

74.130.1.1. Die Direktion des Burgtheaters beabsichtigte, in der Spielzeit 1969/70 im Akademietheater die Produktion „Jane" herauszubringen. Als Honorar waren mit dem Regisseur, der auch eine Hauptrolle übernehmen sollte, 90 000 S sowie eine Vergütung der erforderlichen Reisen Berlin—Wien—Berlin vereinbart worden.

74.130.1.2. Wegen der Erkrankung einer Hauptdarstellerin konnte die Premiere im Feber 1970 nicht stattfinden. Da der Regisseur die Proben ordnungsgemäß geleitet hatte und die Betreuung der Wiederaufnahmeproben durch den Regieassistenten gesichert schien, wurden dem Regisseur rund 92 000 S ausgezahlt.

74.130.1.3. Als sich in der Folge zeigte, daß die Aufführung des Stückes weder in der Spielzeit 1969/70 noch in der Spielzeit 1970/71 möglich sei, versuchte die Direktion des Burgtheaters, den Aufführungsvertrag mit dem Verlag zu lösen. Der Verlag erklärte sich schließlich gegen Bezahlung eines Betrages von 20 000 S mit einer Vertragsauflösung einverstanden.

74.130.2. Der RH bemängelte, daß angesichts der für die Produktion „Jane" getätigten Ausgaben von insgesamt 344 377 S diese Neuinszenierung nicht zu einem späteren Termin herausgebracht worden war.

74.130.3. Die Direktion des Burgtheaters erklärte hiezu, nicht Stellung nehmen zu können, weil die Produktion von „Jane" nicht in ihre Direktionszeit gefallen sei. Auch seitens des ÖBThV erfolgte keine Stellungnahme.

74.131.1.1. In der Spielzeit 1973/74 beabsichtigte die Direktion des Burgtheaters, „Götz von Berlichingen" neu zu inszenieren. Mit dem Regisseur wurden ein Honorar von 150 000 S sowie die Vergütung der Reisekosten vereinbart.

74.131.1.2. Während sich der Regisseur zuerst mit den Dekorationsentwürfen eines Bühnenbildners einverstanden erklärt hatte, äußerte er später immer größere Bedenken gegen das von ihm bereits akzeptierte Konzept des Bühnenbildners. Bei einer Aussprache mit dem Direktor wurde letztlich gewiß, daß der Regisseur das Stück mit den geplanten Dekorationen nicht inszenieren werde. Ähnlich verhielt es sich mit dem Kostümbildner, der vom Regisseur ebenfalls nicht akzeptiert wurde. Die Direktion des Burgtheaters sah sich daher veranlaßt, einen anderen Bühnenbildner zu verpflichten, weil die Produktion ansonsten nicht zustande gekommen wäre. Den vom Regisseur nicht akzeptierten Ausstattern wurden vom ÖBThV insgesamt 54 926 S gezahlt.

74.131.1.3. Am 2. Oktober 1973 — die Premiere war für die zweite Septemberhälfte vorgesehen — fand zwischen einigen Darstellern und dem Direktor des Burgtheaters eine Besprechung statt, die sich mit der Probensituation befaßte. Die Darsteller kritisierten, daß von Anfang an keine Linie in der Produktion gewesen und das ursprüngliche Regiekonzept im Gegensatz zum Bühnenbild gestanden sei. Mitte September 1973 trug sich der Regisseur bereits mit dem Gedanken, die Regie zurückzulegen. Er führte darüber ein Gespräch mit dem Direktor, der dieses Ansinnen jedoch ablehnte. Man einigte sich schließlich, daß der Regisseur „erkranken" und der Direktor die Proben übernehmen solle. Die Premiere fand erst am 16. Oktober 1973 statt.

74.131.2. Der RH bemängelte, daß dem Regisseur das gesamte Regiehonorar von 150 000 S ausgezahlt wurde, obwohl er seinen Vertrag nicht zur Gänze erfüllt hatte. Überdies habe er durch die nachträgliche Ablehnung der von ihm bereits akzeptierten Ausstatter zusätzliche Ausgaben verursacht.

74.131.3. Die Direktion des Burgtheaters führte dazu aus, daß sie theoretisch der Ansicht des RH beipflichten müsse. Sie hätte sich aber nicht dazu entschließen können, bei dem bekannten Regisseur eine Honorarminderung vorzunehmen.

74.132.1.1. Für die Einrichtung und Bearbeitung von „Seeskapade" wurde ein Regisseur gegen ein Honorar von 60 000 S verpflichtet. Für weitere 60 000 S übernahm der Regisseur auch die Inszenierung des Stückes.

Wegen Besetzungsschwierigkeiten wurde die Premiere, die für die zweite Dezemberhälfte 1973 vorgesehen gewesen war, auf Oktober 1974 verschoben. Die Premiere fand schließlich am 29. November 1974 im Akademietheater statt.

74.132.1.2. Da der Autor in der Zwischenzeit eine neue Fassung des Stückes fertiggestellt hatte und nunmehr die neue Fassung zur Welturaufführung gebracht werden sollte, erhielt der Regisseur ein weiteres Bearbeitungshonorar von 60 000 S.

74.132.2. Der RH fand das zweite Bearbeitungshonorar von 60 000 S im Verhältnis zum ersten Bearbeitungshonorar, das ebenfalls 60 000 S betragen hatte, mit dem jedoch die erstmalige Einrichtung und Bearbeitung abgegolten worden war, zu hoch.

74.132.3. Die Direktion des Burgtheaters teilte die Ansicht des RH, daß das zweite Regie- bzw. Bearbeitungshonorar zu hoch war. Sie rechtfertigte sich jedoch damit, daß der Regisseur

zu keinen anderen Bedingungen zu einem Abschluß bereit gewesen wäre. Alle Vorarbeiten einschließlich der Anfertigung der Dekorationen seien schon so weit fortgeschritten gewesen, daß an einen anderen Regisseur nicht mehr habe gedacht werden können, weshalb sie sich gezwungen gesehen habe, den Forderungen des Regisseurs nachzugeben.

74.132.4. Der RH hielt dem entgegen, daß auch eine schwierige Situation nicht dazu führen dürfe, unberechtigten Forderungen zur Gänze nachzukommen.

Volksoper

74.133.1.1. Bei mehreren Mitgliedern des künstlerischen Personals der Volksoper stellte der RH eine erhebliche Unterbeschäftigung fest. Auch wurden nicht entsprechend ausgelasteten Künstlern Bezugserhöhungen gewährt. Andere Solisten erhielten ab der Spielzeit 1973/74 neue Verträge, die Gagenerhöhungen mit der Auflage verbanden, nach Vertragsablauf gegen eine Ruhestandsversetzung keine Einwendungen zu erheben. Zwei Sängerinnen waren in der Spielzeit 1973/74 kein einziges Mal aufgetreten, erhielten aber Monatsbezüge von 16 000 S bzw. 21 000 S. Eine Schauspielerin und ein Schauspieler, deren Monatsbezüge 9 400 S bzw. 22 000 S betrugen, sind in derselben Spielzeit lediglich je zweimal aufgetreten. Ein Sänger mit einem Monatsbezug von 20 000 S ist in der Spielzeit 1973/74 nur dreimal aufgetreten. Je viermal traten in der Saison 1973/74 eine Sängerin und ein Sänger, die monatlich 18 000 S bzw. 23 639 S erhielten, auf. Drei Künstler mit Monatsbezügen von 10 000 S, 15 000 S und 17 000 S wurden jeweils nur fünfmal in einer Saison beschäftigt. Die Auftrittsleistungen anderer Künstler, deren Monatsbezüge zwischen 5 000 S und 50 000 S lagen, bewegten sich pro Spielzeit zwischen sieben und 58 Auftritten.

74.133.1.2. Einer Solosängerin wurde für die Vertragsdauer vom 1. September 1973 bis 31. August 1976 der Monatsbezug im ersten Vertragsjahr von 15 442 S auf 18 000 S, im zweiten Vertragsjahr auf 21 000 S und im dritten Vertragsjahr auf 24 000 S erhöht. Ihre Auftrittsverpflichtung war zwar unbegrenzt, in der Spielzeit 1972/73 sang sie aber nur an sieben und in der Spielzeit 1973/74 nur an vier Abenden.

74.133.1.3. Einer anderen Solosängerin wurde bei einer unbegrenzten Auftrittsverpflichtung der Monatsbezug von 11 898 S im Spieljahr 1972/73 auf 16 000 S im Spieljahr 1973/74 erhöht. In der Saison 1972/73 war die Sängerin 15mal aufgetreten, 1973/74 kein einziges Mal.

74.133.1.4. Einer weiteren Solosängerin wurde der Monatsbezug ab der Spielzeit 1973/74 von 17 000 S auf 21 000 S erhöht. In der Saison 1972/73 war sie fünfmal aufgetreten, in der Spielzeit 1973/74 überhaupt nicht mehr.

74.133.1.5. Einem Solosänger wurde für die Zeit vom 1. September 1973 bis 31. August 1976 bei 100 Auftritten pro Spielzeit ein Monatsbezug von 50 000 S vertraglich zugesichert, obwohl er in der Spielzeit 1972/73 bei einer Verpflichtung von 50 Auftritten nur an 37 Abenden gesungen hatte. In der Spielzeit 1973/74 sang er nur mehr 16mal.

74.133.2. Der RH beanstandete die Unterbeschäftigung von Solisten und hielt auch Gagenerhöhungen bei nicht ausgelasteten Künstlern für unvertretbar. Infolge dieser Erhöhungen bezogen Künstler Gagen bis zu 21 000 S monatlich, traten jedoch mitunter kein einziges Mal in der Spielzeit auf.

Der RH verkennt nicht das Problem der Beschäftigung verdienstvoller Mitglieder, die aus künstlerischen Gründen nicht mehr voll eingesetzt werden konnten, den vollen Ruhegenuß aber noch nicht erreicht haben. Er gab aber zu bedenken, daß diese an den Bundestheatern tätigen Künstler faktisch kaum gekündigt werden und überdies eine Anwartschaft auf eine Pension nach dem BThPG besitzen. Weitere, nicht leistungsentsprechende Begünstigungen, wie sie die erwähnten Bezugserhöhungen darstellten, wären im Hinblick auf den steigenden Personalaufwand der Bundestheater nicht vertretbar.

Der RH empfahl, die Verpflichtungen und die Honorare nach den zu erwartenden Leistungen und nach der abschätzbaren Einsetzbarkeit der Künstler festzulegen. Würden die bei Vertragsabschluß angenommenen Erwartungen nicht zutreffen, wären in der Folge die Leistungsverpflichtungen und die Honorare entsprechend zu modifizieren.

74.133.3. Die Direktion der Volksoper führte hiezu aus, der Übergang von einer Direktionsära zu einer anderen habe zur Folge, daß unterschiedliche Repertoireauffassungen einander ablösten. In dieser Situation entstünden für manche Mitglieder Zeiten der Unterbeschäftigung, die sich jedoch mit der Festigung der Repertoireauffassung wieder einpendelten. Auch werde die Beschäftigung von Sängern durch gesundheitliche, stimmliche und künstlerische Krisen beeinträchtigt, worauf die Direktion keinen Einfluß habe. Das Auftrittslimit einzelner Sänger sei außerdem von der Direktion bewußt stark angehoben worden, um Übersinghonorare zu vermeiden. Bei den Künstlern, die kurz vor ihrer Pensionierung erhebliche Bezugserhöhungen erhielten, habe es sich um verdienstvolle Mitglieder gehandelt, die ihr ganzes Leben in aufopfernder Weise den Bundestheatern gewidmet hätten, jedoch „durch besondere Umstände in den letzten Jahren nie in den Genuß einer entsprechenden Bezugserhöhung“ gekommen seien.

Die Direktion vertrat weiters die Ansicht, daß der Bund, wenn er aufgrund gesetzlicher Vorschriften Theater zu führen habe, sich bei der Beurteilung von Theaterfragen an die Gesetzlichkeiten eines Theaterbetriebes zu halten hätte.

74.133.4. Der RH verblieb bei seiner Auffassung und führte die Unterbeschäftigung auf unbefriedigende Dispositionen der Direktion zurück, die es unterlassen habe, nicht mehr einsetzbare Künstler zu kündigen bzw. zu pensionieren. Die von der Direktion behaupteten Gesetzlichkeiten eines Theaterbetriebes würden vom RH nicht in Abrede gestellt, er weise aber nachdrücklich darauf hin, daß auch bei der Führung eines Theaters wirtschaftliche Momente beachtet und unnötige Kosten vermieden werden sollten. Gagenerhöhungen für an sich unterbeschäftigte Künstler seien damit nicht in Einklang zu bringen.

74.134.1. Zwei Schauspieler waren ab der Spielzeit 1973/74 erstmals mit Monatsbezügen ganzjährig verpflichtet. Der eine trat in der Spielzeit 1973/74 bei einem Monatsbezug von 22 000 S zweimal, der andere bei einem Monatsbezug von 30 000 S 21mal auf. Die beiden Künstler hatten im ersten Vertragsjahr bereits das 75. bzw. 60. Lebensjahr vollendet.

Obgleich die beiden Schauspieler den Bundestheatern aufgrund ihres Alters nicht mehr allzulange zur Verfügung stehen werden, erhalten sie bei Anrechnung von Vordienstzeiten einen Anspruch auf Ruhegenuß nach dem BThPG. Dazu kommt noch die Möglichkeit, daß bei den Bundestheatern beschäftigte Künstler, sofern sie Anspruch auf Ruhegenuß haben, in den Ruhestand treten und in der Folge im Rahmen einer Sondervereinbarung wieder auftreten können.

74.134.2. Nach Ansicht des RH wäre es zweckmäßiger gewesen, mit diesen Künstlern Vereinbarungen für einzelne Auftritte zu schließen. Er hielt es für sachlich nicht gerechtfertigt, Verpflichtungen weder nach dem Bedarf des Theaters noch nach der Einsetzbarkeit des Künstlers einzugehen. Die Folgen solcher Engagements seien ein steigender Personalaufwand für das künstlerische Personal und eine Erhöhung des Pensionsaufwandes.

74.134.3. Die Direktion der Volksoper teilte hiezu mit, neben der Notwendigkeit des Engagements der beiden großen und verdienten Volksschauspieler sei auch einem Publikumswunsch entsprochen worden. Es handle sich um Ausnahmen, die kein Präjudiz für die Zukunft darstellten.

74.135.1. Der Chor der Volksoper hatte einen Personalstand von 72 Sängerinnen und Sängern, die maximale Einsatzstärke betrug in der Spielzeit 1974/75 54 bzw. 56 Chormitglieder. Bei einem Vorstellungslimit von 20 Diensten und der durchschnittlichen Dauer einer Vorstellung von drei Stunden sowie einem Probenlimit von 22 Diensten bei einer durchschnittlichen Probendauer von $2^1/_4$ Stunden ergab sich bei 26 Arbeitstagen im Monat eine tägliche Arbeitszeit von 4,2 Stunden.

Von den 35 weiblichen und 37 männlichen Mitgliedern des Volksopernchores waren in der Spielzeit 1972/73 4 777 bzw. 5 481 Vorstellungsdienste erbracht worden, von denen im Monat auf eine Chorsängerin 14 und auf einen Chorsänger 15 Dienste entfielen. Der Durchschnitt lag somit bedeutend unter dem Limit.

Da selbst bei größtmöglichem Einsatz des Chores mehr als ein Fünftel der Chormitglieder nicht beschäftigt war, ergab sich eine unzureichende Auslastung der Chormitglieder. Trotz dieser Unterbeschäftigung fielen vor allem bei den jüngeren Mitgliedern des Chores häufig Überdienste an. In der Spielzeit 1972/73 hatten die Überdiensthonorare 22 935 S betragen, die auf besonders ausgesuchte Gruppenbesetzungen für bestimmte Werke zurückzuführen waren.

74.135.2. Der RH empfahl, bei den Diensteinteilungen auf eine gleichmäßige Auslastung der Mitglieder zu achten und den Personalstand des Chores nicht zu erhöhen.

74.135.3. Die Direktion der Volksoper teilte hiezu mit, auch sie empfinde eine Dienstleistung von nur rund $4^1/_2$ Stunden pro Tag als unbefriedigend, doch sei eine Verringerung des Personalstandes wegen arbeitsrechtlicher Bestimmungen und häufiger Erkrankungen nicht möglich. Eine Beschäftigung des Zusatzchores, der aus Laien bestehe und vertraglich nicht gebunden werden könne, sei nur bedingt möglich, so daß die Direktion sogar beabsichtige, den Chor von 72 auf 80 Mitglieder zu erhöhen. Es werde aber angestrebt, die bestehende Vereinbarung, aus der sich die geringe Beschäftigungszeit von rund $4^1/_2$ Stunden täglich ergebe, durch einen neuen Kollektivvertrag zu ändern.

74.135.4. Angesichts der geringen Dienstleistungen sollte nach Auffassung des RH nicht die Anzahl der Chormitglieder erhöht werden, sondern von der Regelung abgegangen werden, daß selbst bei maximalem Einsatz des Chores nur 80% seiner Mitglieder auftreten, also immer noch 14 Mitglieder dienstfrei haben.

74.136.1.1. Für die Produktion „Die heimliche Ehe" verpflichtete die Direktion der Volksoper 1967 gegen ein Honorar von 35 000 S einen Regisseur, der bis dahin vorwiegend als Film- und Fernsehregisseur tätig gewesen war. Die Direktion der Volksoper war aber später der Meinung, daß dieser Regisseur aus künstlerischen Gründen nicht geeignet sei, seine Probenarbeit bis zur Premiere fortzuführen, und erkannte

ihm als Abgeltung für den angeblich entstandenen künstlerischen Schaden zusätzlich 25 000 S zu.

74.136.1.2. In der Folge wurde die Regie einem anderen Regisseur übertragen, dem ein Honorar von 45 000 S und für Spesen 45 300 S gezahlt wurden. Die Premiere fand im Oktober 1970 statt. Für die Erneuerung der während dreier Jahre gelagerten Dekorationsteile fielen Arbeits- und Materialkosten von rund 47 000 S an.

74.136.2. Der RH bemängelte, daß die Direktion der Volksoper zu dem 1967 vereinbarten Honorar von 35 000 S noch weitere 25 000 S bezahlte, obwohl die Leistung des Regisseurs nicht den Vorstellungen der Direktion entsprochen hatte. Auch die Ausgaben von rund 47 000 S für die Erneuerung und Ergänzung der Dekorationen wäre zu vermeiden gewesen, wenn die Regie nicht erst drei Jahre später einem anderen Regisseur übertragen worden wäre.

74.136.3. Die Ansicht des RH, das Stück hätte unverzüglich unter einem anderen Regisseur angesetzt werden sollen, bezeichnete der damalige Direktor der Volksoper im Hinblick auf die Repertoireplanungen, die zwei bis drei Jahre im voraus erfolgen müßten, als „reichlich theaterfremd", ohne allerdings zu begründen, worin die Theaterfremdheit bestehe.

74.136.4. Der RH hielt dem entgegen, daß die Produktion „Die heimliche Ehe" nicht an der Besetzung, sondern am Regisseur gescheitert sei, weshalb durch die sofortige Verpflichtung eines anderen, künstlerisch entsprechenden Regisseurs der Aufwand für die Erneuerung der Dekorationen weitgehend zu vermeiden gewesen wäre. Im übrigen müsse ein Theaterdirektor mit der Möglichkeit des Ausfalls eines Regisseurs rechnen und gegebenenfalls so disponieren, daß Produktionen nicht erst Jahre später herausgebracht werden können.

74.137.1.1. Für die Produktion des Musicals „Karussell" waren von der Direktion der Volksoper u. a. acht Ballettexternisten engagiert worden, wofür 220 000 S gezahlt wurden. Von diesen Ballettexternisten wurden sechs nicht eingesetzt.

74.137.1.2. Für einzelne Mitwirkende an diesem Musical mußten für neun Reisen USA—Wien—USA 170 000 S an Reisekosten gezahlt werden.

74.137.2. Der RH bemängelte den verlorenen Aufwand für die nicht eingesetzten Ballettexternisten. Weiters wies er darauf hin, daß aufgrund der hohen Reisekosten diese Künstler nicht hätten engagiert werden sollen.

74.137.3. Laut Mitteilung des seinerzeitigen Direktors der Volksoper hätten die Ballettexternisten aufgrund der Angaben der Choreographin engagiert werden müssen. In der Folge habe sich gezeigt, daß sich wegen der zufriedenstellenden Leistung des hauseigenen Balletts das Zusatzengagement erübrigte.

74.138.1.1. Die Aufbewahrung von Musikmaterialien wurde kritisiert, weil sie, obwohl Stellagen vorhanden sind, in offenen Schachteln in Räumen und Gängen abgelegt waren und Partituren, Texte und Klavierauszüge kunterbunt gemischt neben Rattenködern auf dem Boden lagen.

74.138.1.2. Die Bediensteten des Musikmaterialarchives waren zwar bestrebt, das an Künstler verliehene Musikmaterial so rasch wie möglich zurückzuerhalten, Rückforderungen waren jedoch häufig vergeblich.

Von den 1970 bis 1973 verliehenen Musikmaterialien gab es folgende Außenstände: aus 1970 65 Klavierauszüge, Textbücher (Tonband); aus 1971 32 Klavierauszüge, Textbücher; aus 1972 31 Klavierauszüge, Textbücher; bis April 1973 13 Klavierauszüge.

74.138.2. Der RH empfahl, künftig für eine ordnungsgemäße Aufbewahrung zu sorgen, die vorgefundene Unordnung ehestens zu beseitigen und die verliehenen Musikmaterialien nachdrücklich einzufordern sowie nicht einbringliche Materialien abzuschreiben.

74.138.3. Der seinerzeitige Direktor der Volksoper bemerkte hiezu, daß während seiner Direktionszeit von 1970 bis 1973 alle Schritte zur Rückforderung verliehener Materialien unternommen worden seien. Die derzeitige Direktion gab keine Stellungnahme ab.

Staatsoper

74.139.1.1.1. Bei den meisten Sängerinnen und Sängern der Staatsoper mit Monatsbezügen kam es nicht zur Erfüllung ihrer vertraglichen Auftrittsverpflichtungen. So erfüllten neun Künstler jahrelang nicht einmal die Hälfte ihrer Verpflichtungen. Eine Sängerin, die ohnedies nur an 15 Abenden pro Spielzeit mitwirken sollte, trat während der Spielzeiten 1970/71 und 1971/72 überhaupt nicht auf. Eine Künstlerin sang statt an 80 Abenden in den Spielzeiten 1970/71 und 1971/72 nur bei je 12 Vorstellungen und 1972/73 nur ein einziges Mal. Eine weitere Sängerin trat statt bei 120 Vorstellungen in den Spielzeiten 1970/71 39mal und 1971/72 sowie 1972/73 jeweils 34mal auf. Ein Sänger mit einer Auftrittsverpflichtung von 42 Abenden trat in den Spielzeiten 1972/73 und 1973/74 nur sechsmal bzw. zweimal auf.

74.139.1.1.2. Unter den Gesangssolisten mit Monatsbezügen und unbeschränkter Auftrittsverpflichtung gab es Sängerinnen und Sänger, die drei oder vier Jahre lang in einer Spielzeit nur bei drei bis elf Vorstellungen mitwirkten.

74.139.1.1.3. Werden die Gesamtjahresbezüge der Sängerinnen und Sänger mit Auftrittsverpflichtungen auf die Zahl der vertraglich vereinbarten Vorstellungen umgelegt, so ergibt sich mitunter ein auffallendes Mißverhältnis zwischen dem tatsächlichen und dem kalkulierten Anteil der Kosten dieser Art je Vorstellung.

74.139.1.1.4. Der RH errechnete Gagenanteile für nichtgesungene Abende aller Sängerinnen und Sänger mit Monatsbezügen in den Spielzeiten 1970/71 von rund 5,1 Mill. S, 1971/72 von rund 4,6 Mill. S, 1972/73 von rund 5,4 Mill. S und 1973/74 von rund 5,8 Mill. S.

74.139.1.2.1. Aufgrund ihrer Bühnendienstverträge wurde Sängerinnen und Sängern eine Anzahl von Auftritten mit einem Auftrittshonorar gewährleistet und der sich aus den Vorstellungshonoraren ergebende Gesamtjahresbezug in gleichen — zumeist zwölf — Monatsquoten ausgezahlt. Die Zahl der garantierten Auftrittshonorare verminderte sich entsprechend, wenn der Künstler aus in seiner Person gelegenen Gründen der Direktion nicht zur Verfügung stand. Unterblieb aus einem solchen Grund die Mitwirkung an einer Vorstellung, entfiel auch der Anspruch auf das Auftrittshonorar.

74.139.1.2.2. Bei mehreren Sängerinnen und Sängern mit diesen sogenannten „umgelegten Bezügen" waren besonders große Unterschiede zwischen vertraglicher Verpflichtung und tatsächlicher Leistung festzustellen, was faktisch zu einer Erhöhung der Auftrittshonorare führte.

Eine Sängerin trat bei einer Verpflichtung von 48 Abenden in der Spielzeit 1970/71 dreimal auf. In der folgenden Spielzeit trat sie kein einziges Mal auf. Eine andere Sängerin trat in der Spielzeit 1970/71 bei einer Verpflichtung von 15 Vorstellungen nur zweimal auf.

74.139.1.2.3. Wie bei den Sängerinnen und Sängern mit Monatsbezügen wurde auch bei den Solisten mit „umgelegten Bezügen" ein Großteil des Jahresbezuges bei Nichterfüllung der Verpflichtung faktisch ohne tatsächliche Gegenleistung gezahlt.

74.139.1.2.4. Der RH errechnete Gagenanteile für nichtgesungene Abende aller Sängerinnen und Sänger mit „umgelegten Bezügen" für die Spielzeiten 1970/71 von rund 6,8 Mill. S, 1971/72 von rund 5,6 Mill. S, 1972/73 von rund 5,4 Mill. S und 1973/74 von rund 4,9 Mill. S.

74.139.1.3. Der Anteil an Jahresbezügen für nichtgesungene Abende betrug bei Sängerinnen und Sängern mit Monatsbezügen, die nicht unter das BThPG fielen und vom Generalsekretariat des ÖBThV besoldet wurden, in der Spielzeit 1972/73 262 317 S und in der Spielzeit 1973/74 216 215 S.

74.139.1.4. Für mehrere Sängerinnen und Sänger, die für eine gewisse Zahl von Abenden mit festgelegten Terminen und bestimmten Partien engagiert worden waren, wurden „Auffüllhonorare" gezahlt, wenn die geplante Vorstellung insbesondere zur Vorbereitung von Premieren oder aus sonstigen repertoiretechnischen Gründen abgesagt wurde. Die für diese Termine engagierten Künstler mußten trotzdem honoriert werden, weil die von der Direktion angebotenen Ersatztermine nicht akzeptiert worden waren. Diese Auffüllhonorare betrugen 218 000 S (1970/71), 334 420 S (1971/72) und 365 340 S (1972/73).

74.139.1.5. Zusammenfassend wies der RH darauf hin, daß in den Spielzeiten 1970/71 bis 1973/74 rund 44,9 Mill. S für Sängerinnen und Sänger der Staatsoper gezahlt wurden, die dafür keine vertragsmäßige Leistungen erbracht hatten. Dieser Betrag enthält auch Ausgaben für Künstler, die als Reserve die allabendliche Spielbereitschaft der Staatsoper sichern.

74.139.2. Der RH führte die durch die Unterbeschäftigung des Solopersonals entstandenen hohen Kosten vor allem auf eine nicht dem Bedarf entsprechende Festlegung der Auftrittsverpflichtungen in den Verträgen zurück. Wie die große Zahl der kostspieligen, unterbeschäftigten Solisten zeigte, waren die vertraglichen Verpflichtungen und somit auch die Monatsbezüge vielfach zu hoch. Entweder war das Repertoire des nicht ausgelasteten Künstlers nicht so groß, daß er dem Vertrag entsprechend hätte eingesetzt werden können, oder das betreffende Fach war überbesetzt oder mit Gästen besetzt.

Der RH empfahl, insbesondere bei der Erneuerung von Verträgen hinsichtlich der Leistungsverpflichtung und des Honorars auf die bisher tatsächlich erbrachten Leistungen sowie auf die Einsetzbarkeit des Mitgliedes auch im Hinblick auf bereits engagierte Mitglieder desselben Faches Bedacht zu nehmen und in verstärktem Ausmaß Studieraufträge zu erteilen; weiters empfahl er, auf die Beschäftigung der Mitglieder und Gäste mit garantierter Auftrittszahl zu achten, von der Auftrittsgarantie mit umgelegten Bezügen für Mitglieder überhaupt abzugehen und keine neuen derartigen Verträge zu schließen.

74.139.3.1. Die Direktion der Staatsoper legte für mehrere Solisten die Gründe ihrer Unterbeschäftigung dar und wies darauf hin daß in ihrer Direktionszeit einige Pensionierung,en vor genommen worden waren. Sie führte weiter aus, daß die Gegenüberstellung und kostenmäßige Aufgliederung von nicht ausgenützten Monatsbezügen, umgelegten Bezügen und Auffüllhonoraren unter dem Gesichtspunkt der künstlerischen Effizienz und der sozialen Verhältnisse sowie im Zusammenhang mit dem Pensions-

problem zu betrachten seien. Man könne von der Direktion der Staatsoper einesteils nicht verlangen, das Bestmögliche auf die Bühne zu stellen, und anderenteils die Forderung erheben, Sozialleistungen durch Darbietung nicht mehr vertretbarer Künstler zu kompensieren. Die beanstandeten „Untersing-Gagen" wären zum Großteil jene „Reserve", die ein Opernhaus mit täglichem Spielbetrieb während zehn Monate im Jahre und einem umfassenden Repertoire benötige.

74.139.3.2. Die Direktion rechtfertigte die Auffüllhonorare, die wegen Absagen von geplanten Vorstellungen zur Vorbereitung von Premieren zu zahlen waren, damit, daß bei einer Verschiebung oder Absage einer Premiere wesentlich höhere Unkosten angefallen wären.

74.139.3.3. Zu dem Vorwurf des RH, die vertraglichen Auftrittsverpflichtungen zu hoch angesetzt zu haben, bemerkte die Direktion der Staatsoper, daß eine beispielsweise 100 Abende umfassende Auftrittsanzahl aus „optischen Gegenleistungsgründen" beibehalten und teilweise durch Probendienste erbracht worden sei.

74.139.3.4. Der ab dem zehnten Dienstjahr — praktisch schon nach dem neunten Dienstjahr — wirksam werdende Kündigungsschutz zähle zu jenen Sozialleistungen, die einerseits der Arbeitnehmerseite eine Existenzsicherung gewähren und vor wechselnden künstlerischen Bewertungen bewahren, andererseits aber eine Auflage für jede Betriebsführung bedeuten und im Falle eines Leistungsabfalles oder einer Entwicklungshemmung, abgesehen von kürzeren Indispositionsperioden, schwer durchsetzbare Einstufungsmaßnahmen ermöglichen. Wenn es sich wie in den meisten Fällen um Alleinverdiener handle, die gezwungenermaßen den Lebensstandard eines Staatsopernmitgliedes halten sollen, entstünden bis zur Erreichung des Pensionsalters die aus diesem System resultierenden Belastungen.

74.139.3.5. Den Empfehlungen des RH bezüglich besserer Beachtung der Auftrittsverpflichtungen und des Verzichtes auf Verträge mit umgelegten Bezügen versprach die Direktion weitestgehend zu folgen.

74.139.4.1. Der RH wies darauf hin, daß eine soziale Sicherheit durch das BThPG bzw. das ASVG gewährleistet sei. Aktivbezüge ohne entsprechende Gegenleistungen könne der RH nicht als soziale Maßnahme bezeichnen. Aus Altersgründen oder wegen künstlerischer Unfähigkeit gekündigt oder pensioniert zu werden — auch wenn die Höchstbemessungsgrundlage noch nicht erreicht ist — stelle daher im allgemeinen keine soziale Härte dar. Derart hohe Gagenleistungen, wie sie der RH feststellen konnte, stünden mit einer auch für die Theater erforderlichen wirtschaftlichen Betriebsführung nicht in Einklang.

Der Bemerkung der Direktion, Leistungsabfälle oder Entwicklungshemmungen ließen nur schwer durchsetzbare Einstufungsmaßnahmen zu, hielt der RH entgegen, daß bei den Gagenverhandlungen mit Künstlern die Tatsache, daß sie ihren Vertragsverpflichtungen nicht nachkommen, entsprechend berücksichtigt werden müsse.

74.139.4.2. Die in der Stellungnahme der Direktion angeführten „optischen Gegenleistungsgründe" vermochte der RH nicht anzuerkennen. Auch Proben könnten seiner Ansicht nach nicht als Ersatz für vertraglich vereinbarte Vorstellungen angesehen werden.

74.140.1. Solisten erhielten mitunter erhebliche Bezugserhöhungen, obgleich sie sowohl im Vertragsjahr vor der Bezugserhöhung als auch im Folgejahr ihre Verpflichtungen kaum zur Hälfte erfüllten. Beispielsweise erhielt eine Sängerin in der Spielzeit 1971/72 einen Monatsbezug von 6 802 S, trat aber bei einer Verpflichtung von 80 Abenden pro Spielzeit nur 12mal auf. In der folgenden Spielzeit wurde der Monatsbezug auf 14 000 S erhöht, aufgetreten ist die Sängerin in dieser Spielzeit nur ein einziges Mal. Die Sängerin wurde schließlich im Alter von 31 Jahren pensioniert.

74.140.2. Der RH fand derartige Bezugserhöhungen nicht gerechtfertigt.

74.140.3. Nach der Stellungnahme der Direktion waren die Gagensteigerungen entweder eine soziale Maßnahme oder eine Frage der Lebenshaltungskosten.

74.141.1. In der Spielzeit 1968/69 hatte ein bestimmter Sänger acht Monate zur Verfügung zu stehen und außerdem zwei Hauptpartien zu studieren. Er erklärte sich bereit, seine vertragliche Anwesenheitspflicht zu verlängern, wenn ihm sein Urlaub finanziell abgelöst würde. Dem Künstler wurden die Honorare der für einen Monat aliquot anfallenden acht Vorstellungen in Höhe von 240 000 S ausgezahlt.

74.141.2. Der RH sprach sich gegen eine derartige finanzielle Ablöse von Urlauben aus und empfahl, Urlaube nur abzulösen, wenn sie aus tatsächlich dienstlichen Gründen in der nächsten Spielzeit oder bis zur Beendigung des Dienstverhältnisses nicht verbraucht werden konnten. Im gegebenen Fall kam noch dazu, daß der Sänger in der gesamten Spielzeit eine Verpflichtung für 64 Abende hatte, bis zum 18. Mai 1969 jedoch nur für 38 Abende herangezogen wurde und somit unterbeschäftigt war.

74.141.3. Nach der Stellungnahme des Direktors lag diese Angelegenheit vor seiner Direktionszeit. Der Abschluß eines 64 Abende umfassenden Vertrages stelle eine Belastung dar

74.142.1. Einem Regieassistenten wurde für die Vertragszeit vom 1. September 1971 bis 31. August 1974 ein Urlaub mit Bezügen während der Spielzeit im Ausmaß von „höchstens dreimal 4 Wochen" zugestanden. Mehrere Sängerinnen hatten vertragsgemäß während der Spielzeiten 1972/73 bis 1974/75 bezahlte Urlaube im Ausmaß von je zwei Monaten.

74.142.2. Nach Ansicht des RH wären die Gebührenurlaube grundsätzlich nur in der spielfreien Zeit und weitere Urlaube gegen Fortzahlung der Bezüge nur dann zu gewähren, wenn sie eindeutig im Interesse der Staatsoper liegen.

74.142.3. Hiezu teilte die Direktion mit, daß der Regieassistent mit der Spielzeit 1972/73 ausgeschieden sei. Die Sängerinnen hätten eine relativ kleine Monatsgage gehabt; zum Ausgleich dafür und um ihnen die Möglichkeit zu geben, auswärts Partien zu probieren, seien die bezahlten Urlaube zugestanden worden.

74.143.1. Ohne daß ein Vertrag schriftlich ausgefertigt worden war, wurde ein Sänger in der Spielzeit 1971/72 beschäftigt. Der spätere Direktor war nicht mehr bereit, den Sänger auch in der Spielzeit 1972/73 zu beschäftigen. Zu Ende der Spielzeit 1972/73 brachte der Sänger beim Arbeitsgericht in Wien gegen die Republik Österreich eine Klage auf Zahlung von 600 000 S ein. Dieser Betrag stellte die Jahresgage dar, die der Sänger aufgrund eines behaupteten Dreijahresvertrages mit der Staatsoper für das vergangene Spieljahr beanspruchte. Das Urteil verpflichtete die Republik Österreich (ÖBThV), den Betrag von 600 000 S samt 4% Zinsen seit 23. Mai 1973 und die mit 84 560 S bestimmten Verfahrenskosten zu ersetzen. Die Finanzprokuratur erhob Berufung und bestritt das rechtsgültige Zustandekommen eines Dreijahresvertrages.

74.143.2. Nach Ansicht des RH hätte sich die Direktion in der strittigen Vertragsangelegenheit rechtzeitig um einen außergerichtlichen Vergleich bemühen sollen. Bei der umstrittenen Situation wäre der Sänger einzusetzen gewesen, wodurch eine Aufrechnung der Forderungen hätte erreicht werden können.

Der RH wies darauf hin, daß mangels Schriftlichkeit des Vertrages der ÖBThV in eine schwierige Prozeßlage geraten sei. Er empfahl, Engagements in Hinkunft ausschließlich in Form schriftlicher Verträge einzugehen.

74.143.3. Der Direktor der Staatsoper bemerkte in seiner Stellungnahme, daß ihm der Vertrag mit dem Sänger von seinem Vorgänger und vom Generalsekretär des ÖBThV als beendet dargestellt worden sei. Es habe daher keine Veranlassung bestanden, den Sänger zu beschäftigen. Den wahren Sachverhalt habe er erst durch die Klageschrift beim Arbeitsgericht erfahren.

74.143.4. Der RH hielt dem entgegen, daß der Generalsekretär des ÖBThV in einem Schreiben vom 25. März 1974 den Bundesminister für Unterricht und Kunst über die Weigerung des Direktors der Staatsoper, den Sänger bei Vorstellungen einzusetzen und den Vertrag zu erfüllen, informiert habe. Der Direktor der Staatsoper sei mehrmals davon in Kenntnis gesetzt worden, daß er an den von seinem Vorgänger abgeschlossenen Vertrag gebunden sei.

74.144.1. Mit einem Regisseur wurde 1973 eine Neuinszenierung um ein Honorar in Höhe von 300 000 S vereinbart. Da der Bühnenbildner krankheitshalber nicht in der Lage war, die Produktion zu überwachen, war der Regisseur abgereist. Da er an der Gestaltung des Bühnenbildes mitgewirkt hatte, machte er Rechte auf sein geistiges Eigentum geltend. Zum Ausgleich aller Ansprüche wurden an den Regisseur 150 000 S gezahlt. Innerhalb eines Monats mußte die Direktion für diese Neuinszenierung einen neuen Regisseur verpflichten. Das Honorar belief sich auf rund 150 000 S.

74.144.2. Da die Entwürfe für das Bühnenbild und die Kostüme vertragsgemäß abgeliefert worden waren, bestand nach Ansicht des RH für den Regisseur kein ausreichender Grund zu einem Rücktritt vom Vertrag. Der RH bemängelte, daß die Direktion der Staatsoper die Forderung des Regisseurs, obgleich dieser vertragsbrüchig war, erfüllt hatte. Ungewöhnlich war, daß der Regisseur Rechte am Bühnenbild geltend machte. Der RH empfahl, derartige Forderungen schon zur Vermeidung von Beispielsfolgerungen abzulehnen.

74.144.3. Der Stellungnahme zufolge war der Regisseur der Direktion als einer der eigenwilligsten Regisseure bekannt. Nach Überprüfung der Rechtslage unter Beiziehung der Finanzprokuratur sei festgestellt worden, daß der Regisseur Urheberrechte geltend machen könnte; zwecks Vermeidung eines Rechtsstreites sei ein Ausgleich mit dem Regisseur zustande gekommen. Ein Passus, daß der Regisseur keinerlei Anspruch auf Bühnenmitgestaltung habe, könnte nach dieser Erfahrung, wie die Direktion glaubt, sowohl in den Vertrag mit dem Bühnenbildner wie auch mit dem Regisseur zur Absicherung gegen solche Ansprüche aufgenommen werden.

74.145.1. Für die Zeit vom 1. September 1956 bis 31. August 1964 bestand für den künstlerischen Leiter der Staatsoper, der auch dirigierte und Regie führte, kein schriftlicher Vertrag. 1964 machte er Nachzahlungen ab März 1962 geltend, wobei er für seine Direktionstätigkeit und für

seine Dirigierhonorare jene Maßstäbe anlegte, die zur damaligen Zeit international für ihn Geltung hatten. Da über die Gagenhöhe und deren Besteuerung keine Einigung zustande kam, zogen sich die Verhandlungen bis 1973 hin. Im Jahre 1968 hielt die BThVw einen Betrag von 2,2 Mill. S als Abgeltung für angemessen. Der Künstler verlangte aber einen Betrag von rund 3 Mill. S (netto), das BM f. Finanzen konzedierte jedoch nur 1,5 Mill. S. Im Hinblick darauf, daß der Künstler schon über zehn Jahre auf seine Gagenregelung wartete und ankündigte, er würde auch die Zinsen in die Forderung einbeziehen und klagen, schlug der Bundesminister für Unterricht und Kunst vor, einen Betrag von 3 861 000 S (3 Mill. S netto, den Rest als Steuer bei Einräumung des Status eines beschränkt Steuerpflichtigen) zu gewähren.

74.145.2. Der RH bemängelte, daß ein entsprechender, schriftlicher Vertrag nicht rechtzeitig geschlossen worden war. Er wies auch darauf hin, daß die Ursache für diese Schwierigkeiten nicht nur auf seiten der BThVw gelegen sei. Der RH hielt fest, daß die getroffene Regelung weder dem Inhalt noch der Form nach befriedigend war und keineswegs als Präjudiz für künftige Regelungen gelten dürfe.

74.145.3. In ihrer Stellungnahme führte die Direktion aus, daß es sich um eine „extreme Fehlerquelle" gehandelt habe, die in einem künstlerischen Abhängigkeitsverhältnis ihre Ursache gehabt habe.

74.146.1. Ein Dirigent, der als erster Kapellmeister an der Staatsoper und an der Volksoper vollbeschäftigt gewesen war, wurde am 1. September 1964 für weitere drei Jahre vertraglich an die Staatsoper verpflichtet. Der Dirigent bemühte sich in dieser Vertragszeit wiederholt, zur Dirigententätigkeit herangezogen zu werden, der damalige Staatsoperndirektor lehnte sein Auftreten jedoch ab. So kam es, daß der Dirigent zwar insgesamt 632 422 S erhielt, aber nicht dirigierte. Nach Beendigung des Vertragsverhältnisses klagte der Dirigent auf Feststellung einer Anwartschaft auf Ruhegenuß nach dem BThPG. Der Oberste Gerichtshof entschied zu seinen Gunsten.

74.146.2. Der RH empfahl, Engagements nur nach den tatsächlichen Erfordernissen zu vereinbaren.

74.146.3. Der Stellungnahme des Direktors zufolge liege der Fall weit vor seinem Tätigkeitsbeginn. Eine Rekonstruktion sei infolge des Ablebens der früheren Direktoren nicht mehr möglich.

74.147.1. Ein anderer Dirigent hatte vertraglich für die Zeit vom 1. September 1972 bis 31. August 1974 42 Abende pro Jahr zugesichert erhalten. Als der Dirigent einen Monat vor Schluß der Saison pensioniert wurde, waren an der Staatsoper zu diesem Zeitpunkt noch elf Verpflichtungen und an der Volksoper noch eine Verpflichtung unerfüllt, weswegen zwölf Auffüllhonorare in Höhe von 180 000 S zu zahlen waren.

74.147.2. Der RH bemängelte, daß die genannten Honorare gezahlt worden waren. Nach seiner Ansicht hätten sie dem früheren Ausscheiden entsprechend um einen Monatsanteil gekürzt werden können.

74.147.3. Hiezu teilte die Direktion mit, daß sich die Auffüllhonorare durch eine gewisse altersbedingte Schwerfälligkeit, die sich in nicht erfüllbarem, kostenverursachendem Probenverlangen äußerte, und eine verringerte Tätigkeit in der Volksoper ergeben hätten.

74.148.1. Die Leistungsverpflichtung der Mitglieder des Orchesters der Staatsoper betrug je nach Instrumentengruppe 11 bis 18 Vorstellungsdienste pro Monat. Im Jahresdurchschnitt erreichten die einzelnen Stimmgruppen fast durchwegs nicht ihr monatliches Limit.

74.148.2. Der RH führte die unzureichende Auslastung der Orchestermitglieder zum Teil auf die großzügige Urlaubsregelung zurück. Er empfahl, die Besetzung des Orchesters so zu gestalten, daß im Jahresdurchschnitt die Musiker ihre vorgesehenen Verpflichtungen erfüllen.

74.148.3. Der Empfehlung des RH hielt die Direktion entgegen, daß der Anfall von Diensten spielplanbedingt von Monat zu Monat verschieden sei. Dies bedeute, daß in manchen Monaten sogar Vorstellungsüberdienste abgegolten werden müßten, in anderen Monaten aber das Limit nicht erreicht werde. Von der Leitung des ÖBThV werde versucht, trotz größter Schwierigkeiten über die Einführung eines Jahresdienstlimits zu verhandeln.

74.149.1. In sogenannten Vorstellungskatalogen wurde die Einsatzstärke des Orchesters bei den einzelnen Produktionen detaillert festgehalten. Die Konzertmeisterstellen waren bei verschiedenen Werken aber abweichend vom Vorstellungskatalog doppelt besetzt. Trotz dieser doppelten Besetzung erfüllte die Konzertmeistergruppe durchwegs nicht voll ihre Verpflichtung.

74.149.2. Der RH empfahl, die Anzahl der Konzertmeisterstellen dem tatsächlichen Bedarf anzupassen.

74.149.3. Der Stellungnahme zufolge war vereinbart, daß, bevor die Primgeigergruppe auf Überdienste komme, die Konzertmeister innerhalb ihrer Limits zu zweit zu spielen hätten.

Aus Einsparungsgründen weiche daher die Besetzung der Konzertmeister von den in den Vorstellungskatalogen angegebenen Besetzungen ab.

74.149.4. Hiezu bemerkte der RH, daß sowohl die Konzertmeistergruppe als auch die Ersten und Zweiten Geiger im Durchschnitt ihre Verpflichtungen nicht erfüllt haben. Bei einem Personalstand von fünf Konzertmeistern wurde im Durchschnitt das Monatslimit um zwei Abende pro Mitglied unterschritten. Es ergibt sich daher insgesamt ein Manko von zehn Abenden für die Konzertmeistergruppe im Monat. Bei einem Limit von elf Vorstellungen wäre daher fast ein Dienstposten zu ersparen.

Auch die Gruppe der Primgeiger mit 21 Mitgliedern hatte ihre Verpflichtung nicht erfüllt. Die Minderleistung hat im Durchschnitt pro Mitglied und Monat zwei Abende betragen, somit 42 Abende im Monat. Bei einem Limit von 18 Abenden wären daher mehr als zwei Dienstposten zu ersparen.

74.150.1. Das Orchester der Staatsoper hat pro Spielzeit ein gemeinsames Limit von 90 Proben („orchesterbezogenes Limit"). Bei 152 Orchestermitgliedern wären an sich 13 680 Probendienste möglich, d. h. ein „auf die Person bezogenes Limit". In der Spielzeit 1973/74 wären bei 151 Musikern 13 590 Probendienste möglich gewesen, geleistet wurden aber nur 6 548, so daß bei einem „persönlichen Limit" noch 7 042 zu erbringen gewesen wären.

Auf die Person bezogen würden 90 Probendienste im Spieljahr 9 Probendienste pro Spielmonat ergeben. Demgegenüber wurden aber im Spieljahr 1972/73 durchschnittlich nur 4,3 (1973/1974 nur 4) Probendienste pro Monat und Person geleistet. Von den 30 Stimmgruppen erreichten in der Spielzeit 1972/73 nur 9 mehr als 4,5 Probendienste, hingegen kamen 21 Stimmgruppen nicht einmal auf 4,5 Probendienste pro Person und Monat. In der Spielzeit 1973/74 war die größte Probenleistung durchschnittlich bei 4,9 und die geringste bei 2,6 Proben. Da jede Orchesterprobe für alle Musiker ohne Rücksicht auf die Zahl der tatsächlich eingesetzten Musiker für alle 152 bzw. 151 Mitglieder gerechnet worden war, fielen trotz der dargestellten unzureichenden Auslastung zum Ende der Spielzeit immer wieder Überdienste an, die gesondert honoriert werden mußten, nachdem das „orchesterbezogene Limit" von 90 Proben im Jahr erreicht worden war.

74.150.2. Der RH hielt es nicht für vertretbar, für alle Musiker des Orchesters die Probendienste zu verrechnen, weil selbst bei der stärksten Besetzung nur zwei Drittel des gesamten Orchesters mitwirkten. Er empfahl, die Proben nur für die tatsächlich eingesetzten Musiker zu verrechnen, d. h. daß das Limit künftig auf die Person bezogen werde.

74.150.3. Dazu führte die Direktion der Staatsoper aus, daß das Staatsopernorchester seit 1953 ein „orchesterbezogenes Limit" habe. Dem ÖBThV sei es jedoch gelungen, zur Einführung eines persönlichen Jahresprobenlimits Verhandlungen einzuleiten.

74.151.1. Nach einer Vereinbarung aus dem Jahre 1953 haben die Mitglieder des Orchesters der Staatsoper jährlich zwei Monate Urlaub. Dazu kommen noch sechs Wochen Gastspielurlaub während jeden Spieljahres. Für die Vorbereitung von neun Abonnementkonzerten des Orchesters der Wiener Philharmoniker erhielten die Mitglieder weitere Vormittage in den Wochen dienstfrei, an deren Ende die Konzerte stattfanden. Für die Vorbereitung weiterer fünf Konzerte waren je zwei Vormittage der betreffenden Woche ebenfalls dienstfrei.

In der Spielzeit 1972/73 nahmen die Orchestermitglieder der Staatsoper — von den zwei spielfreien Monaten Juli und August abgesehen — 3 177 Urlaubstage in Anspruch. In der Spielzeit 1973/74 waren es 2 357 zusätzliche Urlaubstage. Berücksichtigte man im ersten Jahr auch die 2 745 und im zweiten Jahr die 2 883 Krankentage, errechneten sich 5 922 bzw. 5 240 Abwesenheitstage, das waren pro Musiker durchschnittlich 39 bzw. 35 Arbeitstage.

74.151.2. Der Stellungnahme der Direktion zufolge ermöglichte die Vereinbarung aus dem Jahre 1953 die Konzert- und Reisetätigkeit der Wiener Philharmoniker.

74.151.3. Nach Ansicht des RH wären angesichts dieser äußerst entgegenkommenden Urlaubs- und Freizeitregelung bei künftigen weitergehenden Forderungen die Interessen der Staatsoper mit Nachdruck zu vertreten.

74.152.1. Anläßlich der Einführung der 45-Stunden-Woche traf die BThVw im Jahre 1960 die Regelung, daß bei sämtlichen Dienstnehmergruppen des künstlerischen Personals der Bundestheater der Einführung der 45-Stunden-Woche durch Gewährung eines Zeitausgleiches in Form von Dienstfreistellungen im Ausmaß von 17 Werktagen Rechnung getragen werde. Da diese Regelung nicht für Mitglieder galt, denen bereits vertraglich ein Urlaub von zwei Monaten oder mehr gewährt worden war, erhielten die Mitglieder des Staatsopernorchesters als Ablöse des Zeitausgleiches eine monatlich (12mal jährlich) auszuzahlende Zulage.

In der Spielzeit 1973/74 betrug die Zulage zwischen 530 S und 1 130 S pro Musiker und ergab für das ganze Orchester einen Betrag von 116 700 S monatlich.

Das BKA hielt bereits im Jahre 1973 im Hinblick auf die Reorganisation der Bundestheater und auf die neuen Gehaltsschemata für

die künstlerischen Gruppen eine rechtliche Begründung für die Gewährung der Zeitausgleichszulage für nicht mehr gegeben und sprach sich daher für eine Einstellung dieser Zulage aus.

Die Direktion der Staatsoper entsprach dieser Auffassung nicht. Die Zustimmung des BKA und des BM f. Finanzen vorausgesetzt, schlug der ÖBThV vor, die Zulage als Bestandteil des Bezuges auf 14 Monate zu verteilen, ohne daß daraus ein finanzieller Mehraufwand erwachsen würde. Diese Regelung sollte mit Inkrafttreten des neuen Kollektivvertrages für das künstlerische Personal gelten. Das BKA gab hiezu seine Zustimmung. Würde der Kollektivvertrag aber bis Ende 1974 nicht abgeschlossen, müßte diese Zulage mit Ablauf des Jahres 1974 eingestellt werden. Der Kollektivvertrag für das künstlerische Personal wurde bis zum Sommer 1976 nicht abgeschlossen.

74.152.2. Der RH bemerkte hiezu, daß die erwähnte Zeitausgleichsregelung wegen der ohnehin bereits bestehenden großzügigen Urlaubsregelung des Staatsopernorchesters nicht mehr in Betracht gezogen werden sollte. Er vertrat die Ansicht, daß diese Zulage wegzufallen hätte.

74.152.3. Die Direktion der Staatsoper konnte sich der Ansicht des BKA und des RH nicht anschließen, weil den bereits angekündigten Kampfmaßnahmen der Gewerkschaft nicht zu begegnen wäre, ohne daß der Opernbetrieb eingestellt werden müßte und der Bund daraus einen finanziellen Schaden erleide.

74.153.1. Der Staatsopernchor hat nach dem Dienstpostenplan 106 Mitglieder. Nach einer arbeitsrechtlichen Vereinbarung waren von den 106 Mitgliedern bei den am stärksten besetzten Vorstellungen höchstens 75%, das waren rund 80 Mitglieder, im Einsatz. Die Differenz stellte eine Reserve für Eleven, die noch nicht in allen Vorstellungen eingesetzt werden konnten, sowie für Beurlaubte und Kranke dar.

74.153.2. Nach Ansicht des RH war es nicht vertretbar, daß selbst bei den Vorstellungen mit maximaler Besetzung grundsätzlich ein Viertel der Chormitglieder frei hatte. Es wäre zweckmäßiger, nur in konkreten Fällen bei den Diensteinteilungen auf nicht einsetzbare Mitglieder Bedacht zu nehmen. Der RH empfahl daher, die Reserve zu verringern.

74.153.3. Die Direktion der Staatsoper führte hiezu aus, daß eine Stärke von 106 Sängern nötig wäre, um die Höchsteinsatzstärke des Chores von 80 zu garantieren. Es wäre sowohl vom musikalischen Standpunkt als auch von der Regie her nicht zu verantworten, daß der Einsatz des Chores in den Vorstellungen mehr oder weniger dem Zufall überlassen werde.

74.153.4. Der RH entgegnete, daß ein Schriftwechsel zwischen der Chordirektion und dem Generalsekretariat über tatsächliche Unterbesetzungen bei verschiedenen Vorstellungen beweise, daß Kranke und Unausgebildete vielfach nicht der Reserve angehörten, sondern von den zur Mitwirkung eingeteilten Chormitgliedern fehlten.

74.154.1. Die Mitglieder des Staatsopernchores sind im Monat zu 19 Vorstellungsdiensten und 22 Probendiensten verpflichtet. Die tägliche durchschnittliche Arbeitszeit eines Chormitgliedes sollte bei 26 Arbeitstagen 4,1 Stunden betragen. In der Spielzeit 1973/74 erbrachten die Herren jeweils rund 15, die Damen je 14 Vorstellungsdienste sowie 13 bzw. 11 Probendienste.

74.154.2. Der RH wies darauf hin, daß infolge der Personalreserve die Chormitglieder ihre Verpflichtungen im Jahresdurchschnitt nicht erfüllten.

74.154.3. Die Direktion lehnte eine derartige Berechnung für einen künstlerischen Betrieb aus künstlerischen Gründen ab.

74.154.4. Der RH entgegnete, daß seinen Ausführungen die Berechnungen des Generalsekretariates zugrunde gelegen seien, das mit einer durchschnittlichen Vorstellungsdauer von drei Stunden ohnedies einen sehr günstigen Wert angenommen hat. Die durchschnittliche Arbeitszeit von 4,1 Stunden pro Tag ergebe sich nur bei Einhaltung des Limits. Tatsächlich erfüllten aber die Mitglieder im Durchschnitt ihre Verpflichtung nicht.

74.155.1. Neben der kollektivvertraglichen Urlaubs- und Zeitausgleichsregelung sowie der Gewährung von Konzerturlauben sind für die Chormitglieder auch sogenannte „Dispensurlaube" bis zu 14 Tagen Gepflogenheit. In der Spielzeit 1973/74 hatten mehrere Mitglieder jedoch einen Dispensurlaub bis zu 35 Tagen.

74.155.2. Nach Ansicht des RH gestattete nur der hohe Personalstand diese großzügige Freizeitregelung. Der RH empfahl, von diesem Dispensurlaub abzugehen und nach einer Senkung des Personalstandes zu trachten.

74.155.3. Die Direktion teilte in ihrer Stellungnahme mit, daß an den Bundestheatern Dispensurlaube als Ausgleich für den immer stärker werdenden Einsatz des Staatsopernchores bei den Salzburger Festspielen gewährt würden. Der Chor werde der Empfehlung des RH nicht nachkommen und von einem jahrzehntelangen Privileg nicht abgehen, das er aus der Position der unabdingbaren Notwendigkeit für Salzburg

erreicht habe. Das Überziehen der 14 Tage sei die Folge der Zusammenziehung der Dispensurlaube von zwei Spielzeiten.

74.155.4. Der RH entgegnete, daß es bei der Behandlung der Angelegenheit auch um die Frage gehe, ob ein überhöhter Personalstand bei konstanter Nichtauslastung vertretbar sei. Wegen der immer größeren Nebenbeschäftigung der Chormitglieder (z. B. bei den Salzburger Osterfestspielen) sollten für Nebenbeschäftigungen grundsätzlich keine bezahlten Urlaube gewährt werden. Im übrigen könne sich ein Dispensurlaub von 35 Tagen nur aus der Zusammenziehung der Dispensurlaube von fast drei Jahren ergeben.

74.156.1. Im Jahresdurchschnitt tanzten in der Spielzeit 1972/73 eine Ballettsolistin durchschnittlich in 2,3 Vorstellungen im Monat und ein Solist in 2,6. In der Spielzeit 1973/74 waren es 1,9 Vorstellungen bei den Solistinnen bis 2,5 bei den Ersten Solistinnen und 2,6 bei den Solisten.

Ein Corps-de-ballet-Mitglied mit Soloverpflichtung tanzte in den Spielzeiten 1972/73 durchschnittlich 3,5, 1973/74 5,5 (Damen) bzw. 5,7 (Herren), ein Gruppenmitglied 1972/73 5,5 und 1973/74 6,1 (Damen) bzw. 6 (Herren) Vorstellungen pro Monat. Bei den Mimikern traten in der Spielzeit 1973/74 die Damen durchschnittlich 4,2mal und die Herren 1,6mal pro Monat auf.

74.156.2. Der RH vertrat die Ansicht, daß bei der nunmehr einheitlichen Schulung, wie sie die Geschäftsordnung vorsieht, mit der die Arbeitsweise des Staatsopern- und des Volksopernballetts mit Wirkung vom 1. September 1973 an koordiniert und gleichzeitig eine gemeinsame künstlerische und pädagogische Leitung geschaffen wurde, zumindest Gruppentänzer und Mimiker an der Staatsoper und an der Volksoper verwendet werden könnten.

Dies ließe neben einer besseren Auslastung und einer besseren Auswahl insbesondere eine Reduktion des Personalstandes zu.

74.156.3. In ihrer Stellungnahme bezeichnete die Direktion die Ansicht des RH zwar als unrichtig, betriebsfremd und vom Repertoire her undurchführbar, wies aber gleichzeitig darauf hin, daß durch den neu ernannten Ballettleiter eine weitgehende Zusammenarbeit der Ballette möglich sein werde.

74.157.1. Von der Staatsoper wurden von 1972 bis 1974 für Stempelmarken rund 93 000 S ausgegeben.

74.157.2. Der RH stellte fest, daß die Hälfte dieser Stempelgebühren von den Dienstnehmern zu zahlen gewesen wäre. Er bemängelte die Bezahlung der gesamten Stempelgebühren durch die Direktion.

74.157.3. Nach der Stellungnahme der Direktion der Staatsoper können die Stempelgebühren erst bei der Gagenauszahlung eingehoben werden. Die Evidenthaltung, die Einhebung und die Aufklärung der Parteien würden mehr Kosten verursachen als die einzuhebende Gebühr ausmache.

74.157.4. Der RH vermochte wegen der eindeutigen Rechtslage von seiner Ansicht nicht abzugehen. Die Einbehaltung der Stempelgebühren mit den übrigen Abzügen bedürfte nach Ansicht des RH keiner besonderen Aufklärung oder eines zusätzlichen Zeit- oder Kostenaufwandes.

Bauangelegenheiten

74.158. In die Gebarungsüberprüfung waren auch die Baumaßnahmen im Bereich der Volksoper in den Jahren 1971 bis 1973, im Kulissendepot des Arsenals, in den Werkstätten und im Betriebsgebäude der Bundestheater einbezogen. Über diese Prüfung wird der RH berichten, sobald alle bei ihm eingelangten Stellungnahmen entsprechend ausgewertet sein werden.

Schlußbemerkungen

74. 159. In seinen Prüfungsmitteilungen an den Österreichischen Bundestheaterverband wies der RH abschließend darauf hin, daß er sich um eine möglichst umfassende Überprüfung bemüht habe. Bei dieser Bestandaufnahme hatte der RH zu berücksichtigen, daß die Bundestheater nicht unwesentlich zu jenem Bild beitragen, das sich die Weltöffentlichkeit von Österreich macht, und daß das künstlerische Schaffen an diesen Häusern immer wieder einen Anziehungspunkt für das kunstinteressierte Publikum des In- und Auslandes bildet. Neben die kulturelle Bedeutung dieser an den Bundestheatern und bei den Sommerfestspielen geleisteten Arbeit tritt die wirtschaftlich sehr erwünschte Wirkung eines verstärkten Fremdenverkehrs, auf den bei der Betrachtung des hohen finanziellen Engagements der Republik Österreich nicht vergessen werden sollte. Die Bundestheater sind aber auch deswegen ein bedeutender Faktor im gesamtösterreichischen Kulturschaffen, weil ihre Sänger, Schauspieler, Regisseure, Musiker, Techniker usw. an zahlreichen anderen kulturellen Institutionen — Bühnen, Festspielen, Film, Hörfunk, Fernsehen, Konzerte — tätig sind bzw. sie in hohem Maße erst ermöglichen.

Bei voller Würdigung dieser Fakten kann aber vor allem der RH aufgrund seiner ihm übertragenen Aufgaben nicht übersehen, daß sich die Schere

zwischen den Aufwendungen und Einnahmen der Bundestheater immer weiter öffnet. Einer Erhöhung der Einnahmen durch Anheben der Eintrittspreise sind im Hinblick auf die bereits erreichte Höhe Grenzen gesetzt, obgleich es möglich erscheint, die höheren Preiskategorien rigoroser anzuwenden. Es muß weiterhin berücksichtigt werden, daß es ein allgemeines kulturpolitisches Ziel ist, die Bundestheater einem möglichst großen Kreis kunstinteressierter Menschen zu eröffnen. Diese Absicht sollte nach Auffassung des RH vor allem durch eine gezielte Subjektförderung in verstärktem Maße erreicht werden; weil es nicht im Interesse der österreichischen Steuerzahler liegen kann, die Sitzplätze auch für jene Theaterbesucher zu subventionieren, die sich das Theatererlebnis in gewünschter Qualität leisten können.

Die Diskussion um die finanzielle Entwicklung der Theater befaßt sich in Österreich und in allen anderen Staaten mit gleichem, kulturellem Niveau mit der Frage, ob es möglich ist, den Kostenauftrieb auf einem tragbaren Niveau zu stabilisieren. Ein Blick auf die Kostenstruktur zeigt, daß der Anteil der Personalkosten mit 80% an den Gesamtaufwendungen extrem hoch ist und daß daher zielorientierte Sparmaßnahmen primär auf dem Personalsektor ergriffen werden müssen. Hiebei kann nicht übersehen werden, daß zusätzliche Maßnahmen sozial- und arbeitsrechtlicher Natur ebenso wie kollektivvertragliche Vereinbarungen Wirkungen auf die Personalkosten auslösen, die bei den Theatern besonders groß sind und von den Leitern der Theaterverwaltungen nur zum Teil aufgefangen werden können, weil der Rationalisierungsspielraum bei dieser Art von Dienstleistungsbetrieb naturgemäß klein ist. Dennoch glaubt der RH, daß es in dem Pflichtenkreis der Verantwortlichen gelegen ist, alle Leistungsreserven auszuschöpfen und sich im Bereich der Ermessensentscheidungen der höchstmöglichen Sparsamkeit zu befleißigen. Zwischen dem notwendigen Aufwand zur Realisierung künstlerischer Ideen und unnötigen, oft von Prestigedenken bestimmten Ausgaben, gibt es ein breites Feld für eine wirkungsvolle Planung und wirtschaftliche Betriebsführung der Bundestheater. Dazu gehören auf der einen Seite ein umfassendes und modernes betriebliches Rechnungswesen und auf der anderen Seite ein verstärktes Kostenbewußtsein aller für das Theatergeschehen Verantwortlichen.

74.160. Im September 1976 gab der Generalsekretär des ÖBThV dem RH gegenüber die folgende zusammenfassende Erklärung ab:

„Das Bundesministerium für Unterricht und Kunst und der Österreichische Bundestheaterverband stellten fest, daß sie in der ersten umfassenden Überprüfung der Bundestheater durch den Rechnungshof eine seit langem gewünschte Hilfeleistung für ihre Bemühungen um eine Reform dieser großen Kulturinstitute Österreichs sehen. Schon in der Zeit der Einschau und während der Verarbeitung des Berichtes wurden neben den geplanten Umstrukturierungen vom Rechnungshof gewünschte Änderungen vorgenommen.

Hier sei vor allem die mit Wirkung vom 1. 9. 1976 in Kraft tretende ergänzende Dienstinstruktion zum Erlaß vom 10. 5. 1971 des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst zu nennen, die nunmehr eine wirksamere, den Theaterbetrieben angepaßte Organisationsform und Kompetenzabgrenzung festlegt und darüber hinaus Möglichkeiten einer verbesserten Koordination vorsieht. Bewährt sich diese Dienstinstruktion, könnte sie in ihren Grundzügen ein wesentlicher Bestandteil eines Bundestheatergesetzes werden. Auch die Frage des Bezuges von Freikarten wurde nach den Vorstellungen des Rechnungshofes mit Wirkung vom 1. 9. 1976 befriedigend gelöst.

Weite Teile des vorliegenden Berichtes lassen bereits viele Reformmaßnahmen in den betriebs- und bautechnischen Bereichen erkennen. Diese in den letzten fünf Jahren durchgeführten Reformmaßnahmen bezogen sich auf den Entwurf eines Bundestheatergesetzes, die Auflösung belastender Miet-, Pacht- und Lieferverträge, eine umfassende Inventarisierung, die Einrichtung zentraler Vorverkaufskassen, die Einführung einer EDV-Abonnementverwaltung, die Errichtung eines Presse- und Dokumentationsdienstes, die Einführung einer monatlichen Informationsschrift, den Abschluß eines Kollektivvertrages für das technische Personal, den Schichtbetrieb, die 40-Stunden-Woche und die Einführung der 5-Tage-Woche ohne Personalaufstockung ermöglichte, weiters auf den Entwurf eines Kollektivvertrages für das künstlerische Personal und eines solchen für das Verwaltungspersonal. Im betriebstechnischen Bereich sind die Zusammenlegung der unterschiedlich ausgelasteten Kostüm- und Dekorationswerkstätten, die Zentralisierung der Gebäudeverwaltungen, der Ausbau des Dekorationsdepots und die dadurch mögliche Auflösung von solchen Depots in der Lehargasse, in Rannersdorf und in Gersthof zu erwähnen. Die Umwandlung der Ballettschule der Staatsoper in eine Ballettschule der Bundestheater findet ihren Niederschlag in Sparmaßnahmen im Bereiche des Wissenschaftsministeriums.

Der Neubau einer zentralen Kartenvorverkaufshalle im Hanuschhof, die Aufstockung des Dekorationsdepots im Arsenal, die Generalsanierung der Volksoper 1973, des Akademietheaters 1974 und des Burgtheaters 1975 waren die entscheidenden Baumaßnahmen seit 1971, wobei seitens des Österreichischen Bundestheaterverbandes

darauf geachtet wurde, die Tauglichkeit der Bühnen für Übertragungen des Fernsehens und des Hörfunks zu verbessern.

Die Auflösung des Burgtheaterorchesters und die Einrichtung eines zentralen Bühnenorchesters waren der Versuch, auch im künstlerischen Bereich neue Wege einer sparsamen und rationellen Führung der Theater zu finden.

Viele der vom Österreichischen Bundestheaterverband getroffenen Maßnahmen zielten auch darauf hin, die Bundestheater gegenüber der österreichischen Bevölkerung zu öffnen. Dies geschah insbesondere durch die Vorbereitung von Tourneen in die Bundesländer, durch Schaffung der Voraussetzungen für Übertragungen durch Hörfunk und Fernsehen sowie durch Veranstaltungen und Durchführung von Einführungsvorträgen.

Der vorliegende Rechnungshofbericht wird zweifellos dazu beitragen, weitere umfassende Maßnahmen zu ergreifen, um ein hohes Maß an künstlerischer Effizienz bei strengster Beachtung des Prinzips der Sparsamkeit sicherzustellen."

Wien, im September 1976

Der Präsident:

Dr. Jörg Kandutsch